

Frauenstudium in Rostock
Berichte von und über Akademikerinnen

Herausgegeben von
Kersten Krüger

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 9

Universität Rostock 2010

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Rostock

Redaktion und Druckvorlage: Prof. Dr. Kersten Krüger

Einband: Medienzentrum der Universität Rostock

Druck und Herstellung: Universitätsdruckerei Rostock 641-10

Copyright 2008 by Universität Rostock

ISBN 978-3-86009-089-3

Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock
Universitätsarchiv
Universitätsplatz 1
18051 Rostock
Telefon: +49-381 498 8621
Fax: +49-381 498 8622

Inhalt

Vorwort	5
Marianne Beese	
Forschungen zur Frauenbewegung und zum Frauenstudium in Rostock	7
Frauenbewegung (Frauenvereine) in Rostock	
im 19. und frühen 20. Jahrhundert	9
Frauenstudium in Rostock zwischen 1909/10 und 1945.	
Ausblick bis 1952	23
Bettina Kleinschmidt	
Ausstellung zur Geschichte des Frauenstudiums	
an der Universität Rostock	41
Hermann Michael Niemann und Karl-Reinhard Titzck	
Dokumentation zum persönlichen und wissenschaftlichen Lebenslauf von	
Frau Professorin Dr. Marie-Louise Henry (1911-2006)	68
Hermann Michael Niemann und Meik Gerhards	
Marie-Louise Henry (1911-2006):	
Eine streitbare, sensible und weitblickende Theologin	84
Heike Kahlert	
Zeitzeuginnengespräch am 8. Mai 2009	94
Rosina Neumann	
Zeitzeuginnengespräch am 12. Juni 2009	123
Marianne Wigger	
Zeitzeuginnengespräch am 22. Mai 2009	152
Gisela Boeck	
Zeitzeuginnengespräch am 17. Juli 2009	197
Hilde Michael	
Zeitzeuginnengespräch am 5. Juni 2009	240

Hella Ehlers Zeitzeuginnengespräch am 19. Juni 2009	257
Petra Ewald Zeitzeuginnengespräch am 3. Juli 2009	285
Angela Hartwig Zeitzeuginnengespräch am 10. Juli 2009	318
Register der Zeitzeuginnen, Personen und Protokollanten	345

Vorwort

Im Jahr 2009 jährte sich die Zulassung von Frauen zum Studium an der Universität Rostock zum 100. Mal. Das gab Anlass zu vielfältigen Aktivitäten, von denen einige im vorliegenden Band dokumentiert werden. Das war zum einen eine vom Universitätsarchiv Rostock – Bettina Kleinschmidt – gestaltete Posterausstellung, zum anderen ein Seminar – geleitet vom Herausgeber –, in dem Zeitzeuginnen zu Wort kamen. Ein ergänzender Beitrag zu Marie-Louise Henry, der zweiten im deutschsprachigen Raum habilitierten Theologin und ebenfalls zweiten Professorin in ihrem Fach steuerte – unter Federführung von Hermann Michael Niemann – die Theologische Fakultät bei.

Berichte von und über Rostocker Akademikerinnen stehen hier im Mittelpunkt. Eine Einführung in die Rostocker Frauenbewegungen seit dem 19. Jahrhundert und die Anfänge des Frauenstudiums gibt Marianne Beese. Die im Juni und Juli 2009 gezeigte Posterausstellung dokumentiert Bettina Kleinschmidt in ihrem Beitrag. Die Dateien der Poster sind zusätzlich auf der beiliegenden CD vorhanden, da sie im Druck nur stark verkleinert wiedergegeben werden können. Im Seminar gab der programmatisch gegenwartsbezogene Beitrag von Heike Kahlert den Auftakt, während der durchaus auch programmatische Bericht der früheren Gleichstellungsbeauftragten der Universität Rostock, Rosina Neumann, zum historischen Rückblick überleitete. Sechs Zeitzeuginnen berichteten über ihre Lebens- und Ausbildungswege, ihre akademischen Karrieren. In der Forschung, meistens auch in der Lehre, vertreten sie die Fächer Chemie (Giesela Boeck), Germanistik (Hella Ehlers, Petra Ewald), Geschichte (Angela Hartwig, Hilde Michael) und Medizin (Marianne Wigger).

Sie alle haben herausragende Lebensleistungen erbracht und tun es weiterhin. Die Jüngste von ihnen, Hilde Michael, hat noch den weitesten Weg vor sich, den sie trotz ihrer starken Sehbehinderung mit bewundernswerter Zielstrebigkeit verfolgt. Die avancierten Wissenschaftlerinnen geben beredt Auskunft über ihre Ausbildung zur Zeit der DDR, die bei gönnerisch gewährten Erleichterungen von den Frauen erwartete, die Doppelbelastung von Familie und Beruf zu meistern. Zur Dokumentation der Karriereplanung durch Kadergespräche trägt Gisela Boeck mit ihren Quellen auf das Wertvollste bei. Dasselbe gilt für Marianne Wigger mit ihren Quellen zur (un)heimlichen Mit- und Umgestaltung des Lebens durch die Staatssicherheit.

Die Zulassung der Frauen zum Studium vor über einhundert Jahren öffnete nicht gleich das Tor zum Paradies der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Um dieses Ziel wirklich zu erreichen, bedarf es weiterhin vielfältiger Aktivitäten. Zu diesen sollten die Veranstaltungen des Jahres 2009 ebenso anregen wie der vorliegende Band mit der Veröffentlichung von Teilergebnissen. Der Herausgeber dankt allen Trägerinnen und allen Beteiligten an diesem Buch.

Kersten Krüger, 29. Juni 2010

Beese, Marianne (geb. Siewert)

Lebenslauf



<i>akademischer Titel:</i>	Dr. phil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1995-1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät (1995-97) Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftl. Fakultät (1998-99)
<i>Institut:</i>	Historisches Institut
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Frauen- und Geschlechtergeschichte, Regionalgeschichte

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 25.11. 1953 in Stralsund
<i>Konfession:</i>	ursprünglich evangelisch-lutherisch; derzeit keine
<i>Vater:</i>	Erwin Siewert, kaufmännischer Angestellter
<i>Mutter:</i>	Käthe Siewert, geb. Müller, Krankenschwester

<i>Kurzbiographie:</i>	
1972	Abitur in Stralsund
1972-74	Volontariat u. Hilfssachbearbeitertätigkeit beim Sender Rostock
1974-1978	Fachlehrerstudium (Germanistik/Geschichte) an der Universität Leipzig
1978-1981	Forschungsstudium an der Universität Leipzig, Fachbereich Literaturgeschichte, Lehrstuhl 18. Jahrhundert
1981-1991	literarisches und literaturwissenschaftliches Arbeiten außerhalb der Universität (in Zusammenarbeit u. a. mit dem Bibliographischen Institut Leipzig)
1991-1995	Mitarbeiterin bei Frauenorganisationen in Rostock (Frauenkultur- und Bildungsverein sowie Landesfrauenrat), dort Arbeit an frauengeschichtlichen bzw. -politischen Projekten
1995-1997	wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Rostock
1998-1999	wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Rostock

- 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- ab 2000 Arbeit an literarischen, literaturgeschichtlichen sowie regionalhistorischen Vorhaben. Status seit 2001, mit zwischenzeitlicher Unterbrechung: freie Autorin, Lektorin und Herausgeberin

Akademische Abschlüsse:

- Studienabschluss 1978 Fachlehrerdiplom (Deutsch/ Geschichte)
Univ. Leipzig
- Promotion: 1982 Dr. phil. Univ. Leipzig

- Mitgliedschaften:* Mitglied in Literaturfördervereinigungen, darunter Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik (GZL) Leipzig, Literaturförderkreis Rostock, und im Verband der Schriftsteller (VS)
- Ehrungen:* Herder-Medaille
1977 Johannes-R.-Becher-Stipendium
Autorenstipendien

Werke (Auswahl):

- Friedrich Hölderlin. Leipzig 1981 u. 82.
Inhaltliche und sprachlich-stilistische Modifikationen als Ausdruck wechselnder Zeiterfahrung in Hölderlins Lyrik zwischen 1800 und 1807 (Diss. phil., Leipzig 1982).
- Georg Büchner. Leipzig 1983.
- E.T.A. Hoffmann. Leipzig 1986.
- Familie, Frauenbewegung und Gesellschaft in Mecklenburg 1870-1920. Situation der Frauen und weibliche Lebensläufe. Rostock 1999.
- Frauenstudium an der Universität Rostock von 1909/10 bis 1945, in: Geschichte des Frauenstudiums in Rostock von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Rostock 1999, S.1-156.
- Novalis. Leben und Werk. Rostock 2000.
- Kampf zwischen alter und neuer Welt. Dichter der Zeitenwende. Rostock 2001.
- Poetische Welten und Wandlungen. Dichter Europas vom 18. bis zum 21. Jahrhundert. Rostock 2006.
- Mehrere Lyriksammlungen, zuletzt: Arten, sich verloren zu gehen. Friedland/ Mecklenburg 2010.

Quellen:

eigene Angaben

Weitere Literatur:

Kürschners Literaturkalender
Website Ingo Koch Verlag: www.ingokochverlag.de

Forschungen zur Frauenbewegung und zum Frauenstudium in Rostock

Frauenbewegung (Frauenvereine) in Rostock im 19. und frühen 20. Jahrhundert¹

Von Marianne Beese

Was fällt auf beim Gang durch die Mecklenburger Geschichte und dem Versuch, diese Geschichte mit „weiblichem Blick“ zu betrachten? Es fällt auf, dass Frauen in den historischen Quellen eher selten vorkommen, und wenn, dann weil sie mit den herrschenden Normen oder Gesetzen in Konflikt gerieten. Über Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, ferner über den Alltag der Frauen, ihr Leben in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in der Familie... sprechen die Quellen auch, doch weniger. Eines wird deutlich: Die Geschichte der Frauen ist – auch in Mecklenburg und Rostock – über weite Zeiträume hinweg die Geschichte von ökonomischer, politischer, rechtlicher und persönlicher Abhängigkeit. Es ist aber, und dies in zunehmendem Maße, auch eine Geschichte des Aufbruchs, ja des Widerstandes, des Strebens nach einer gerechteren Machtverteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb der Gesellschaft. Beleg dessen ist nicht zuletzt, dass die erste Frauenbewegung, ein überregionales Phänomen, die mittelgroße Handelsstadt Rostock gleichfalls ergriff.

Dies geschah vor und während der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, bis hin zum Machtantritt der Nationalsozialisten. Die Anfänge der Frauenbewegung in Rostock sind dabei vor allem als karitative, von privaten Vereinen getragene Bestrebungen fassbar.

Der zeitliche Höhepunkt von Vereinsgründungen lag in den Jahren um die Jahrhundertwende; der Beginn reicht dagegen in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts zurück. Die örtliche Frauenvereinsbewegung wurde dabei durch die besondere Situation in Mecklenburg und Rostock beeinflusst, das heißt, die Region entwickelte sich gegenüber anderen Landesteilen zeitverzögert. Gründe für solche Verzögerung, vor allem in politischer, aber auch in ökonomischer und kultureller Hinsicht, sind u.a. in dem stark konservativen Einfluss der mecklenburgischen Landesherren und der einheimischen Rittergutsbesitzer zu suchen. Dieser Einfluss war durch den Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich von 1755 verfassungsrechtlich verankert worden.

¹ Dieser Abschnitt fußt auf Passagen einer von der Verfasserin veröffentlichten Monographie. Vgl.: Marianne Beese: Familie, Frauenbewegung und Gesellschaft in Mecklenburg 1870-1920. Situation der Frauen und weibliche Lebensläufe. Laura Witte (1869-1939), Anna von Maltzahn (1856-1895). Rostock 1999.

Was die Stadt Rostock betraf: Sie, die größte und wirtschaftlich führende Stadt Mecklenburgs, rückte zwar durch die voranschreitende Industrialisierung, die günstige Entwicklung vor allem der Hafenwirtschaft und die umfangreiche Teilnahme am Welthandel – womit sie einen Sonderstatus gegenüber dem Umland besaß – in den Rang einer Mittelstadt mit 54.579 Einwohnern um die Jahrhundertwende auf², doch blieb sie, alles in allem, hinter anderen Städten ähnlicher Größe zurück.³

Überregional gesehen, also gemessen an Gebieten rascher voranschreitender Industrialisierung bzw. größerer industrieller Ballung, war Rostock kein soziales „Problemgebiet“. Als solches erschien die Stadt aber gegenüber der Region des Mecklenburger Umlandes. Damit war sie prädestiniert, zu einem Ort der Sozialarbeit zu werden.

Die wichtigsten der Rostocker karitativen- und Frauenvereine sollen im folgenden benannt werden, und zwar nach chronologischem Prinzip, doch auch thematisch geordnet. Dabei stellen sich Fragen, wie etwa die nach Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschieden von allgemeiner (deutscher) und lokaler (Rostocker) Frauenbewegung; nach den Strukturen der benannten Vereine, ihrer sozialen Zusammensetzung; nach Zielen, Handlungsinhalten und -motivationen der beteiligten Frauen, aber auch Männer. Darzustellen ist ferner, wie sich Theorien der Frauenbewegung in Rostock auswirkten; ob hier die „soziale Frage“ mit der „Frauenfrage“ verknüpft wurde und folglich die Sozialarbeit mit Forderungen nach mehr Einfluss in Staat und Gesellschaft; auch, in welches Verhältnis „Traditionelles“ und „Modernes“ traten – und nicht zuletzt, inwiefern selbst „radikale“ Momente in die Rostocker Frauenbewegung Eingang fanden.

² Die Einwohnerzahlen Rostocks entwickelten sich von 13.756 im Jahre 1803 über 30.980 (1871) und 54.579 (1900) bis zu 67.070 im Jahre 1919. Vgl. hierzu ausführlich: Martin Polzin/ Horst Witt: Rostock von der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 bis 1945. Rostock 1974, S. 58. Ludwig Pfeiffer: Der Altersaufbau der Bevölkerung der Stadt Rostock, in: Festschrift der XVII. Versammlung des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“. Rostock 1901, S. 105. Auch Carl Dugge: Über die Gesundheitsverhältnisse Rostocks im Weltkrieg. Rostock 1919, S. 5.

³ In einer vergleichenden zeitgenössischen Darstellung von 1900, welche die größten deutschen Hafenstädte umfasste, erschien Rostock erst an 8. Stelle nach Hamburg, Bremen, Stettin, Danzig, Kiel, Lübeck und Flensburg. (Vgl. Wolf Karge: Entwicklung der vertikalen und horizontalen Struktur und der Organisationen der Industrie-, Handels- und Bankbourgeoisie in Mecklenburg-Schwerin 1871- 1914. Diss. phil. Rostock 1986, S. 27).

Anfänge einer Frauenvereinsbewegung in Rostock (ab ca. 1833)

Zunächst soll der Blick auf die im sozialen Bereich wirkenden Vereine gerichtet werden. Gerade hier steht Rostock als repräsentatives Beispiel für ähnliche Entwicklungen im Reich. Der erste der sozial akzentuierten Vereine war der 1833 gegründete „Verein für Kleinkinderwarteschulen“. Dort agierte neben dem „Herrnvorstand“ ein 12köpfiger weiblicher Vorstand. Waren den Frauen juristische Handlungen auch noch verwehrt, so besaßen sie doch, neben der Pflicht der „Aufsicht“ in der Warteschule und der „persönlichen Einwirkung“ auf die anvertrauten Kinder, „Entscheidungsgewalt“ beziehungsweise Genehmigungsbefugnis, etwa im Hinblick auf finanzielle Belange.⁴ Neun Jahre später (1842) konstituierte sich ein „Unterstützungsverein zur Armen- und Krankenpflege“, in dem ausschließlich Frauen den Vorstand bildeten. Die Sorge dieses Vereins galt ebenfalls Kindern der Unterschichten, darüber hinaus „verschämten Armen“ und Kranken. Dabei bezog sich die Förderung auf das „leibliche“ wie „sittliche Wohl“.

Als Motivation zur Vereinsgründung wurden soziales Mitgefühl und die Vorbildwirkung anderer Städte angeführt.⁵ Der Verein bemühte sich, das Wohlwollen und den Schutz des städtischen Rates zu erlangen. Lautete die Argumentation einerseits, dass die städtische Armenfürsorge durch das Wirken des Vereins entlastet werde, so war doch andererseits das Bestreben vorhanden, Unterstützungsgelder von öffentlicher Hand zu erhalten. Dieses Bestreben blieb um 1842 noch recht erfolglos. Gründe hierfür waren, dass zu diesem Zeitpunkt die – später einsetzende – Koalition von privater und öffentlicher Wohltätigkeit nicht oder nur in ersten Ansätzen gegeben war. Die (weiblich dominierte) Privatwohltätigkeit stand der (männlich geprägten) Allianz von Rat/ Bürgervertretung und Armenkollegium gegenüber, wobei die Mitglieder von Rat und Bürgervertretung zumeist auch im Armenkollegium einen Sitz hatten. Erst im Laufe der Zeit konnten die Vereine die städtischen Gremien von ihrem gemeinnützigen Charakter überzeugen, so dass eine Zusammenarbeit möglich wurde.⁶

Ein Bewusstsein dessen, dass Armut eine geschlechterspezifische Komponente besaß, also größtenteils weibliche Armut war, schien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch kaum vorhanden; zumindest wurde hierzu nichts geäußert. Der kinderzentrierte Ansatz der Wohltätigkeit war ebenfalls kein aus-

⁴ Archiv der Hansestadt Rostock (künftig AHR), Kleinkinderwarteschulen 1.2.3

⁵ AHR, Ratsakten 16.- 20. Jh. 25 w 6; Schreiben des Vereinsvorstandes vom 23. März 1843 an den Rat.

⁶ Ein Beispiel hierfür ist der Rostocker Frauen-Hülf-Verein zur Rettung gefallener Mädchen, der immer wieder betonte, dass er wertvolle und die Armenbehörden entlastende soziale Arbeit leiste, und damit erfolgreich war (vgl. AHR, Ratsakten, 25n).

drücklich benanntes Thema, obwohl doch vielfach Kindern die Unterstützung galt. Die Fürsorge richtete sich nicht nur auf misshandelte oder verwaahlte Kinder aus, sondern auch und vor allem auf Waisen. So waren spätere Aufgaben, die Frauen im Waisen- und Kostkinderwesen übernahmen, um 1842/43 bereits vorweggenommen.

Weitere Vereine, die der elementaren Armutsbekämpfung dienten und deren Anlagekapital durch private Sammlung zusammengekommen war, wurden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen. Als Beispiel kann der „Verein der Rostocker Volksküche“, 1881 gegründet, genannt werden. Frauen der bürgerlichen Oberschicht, aber auch Pastoren- oder Gutsbesitzerfrauen engagierten sich gemeinsam mit Männern gleicher sozialer Zugehörigkeit im Sinne der sozialen Wohlfahrt. Der Vereins-Vorstand rekrutierte sich aus vier Frauen und vier Männern; das (auch so bezeichnete) „Amt“ war unbesoldet.⁷

Als Beleg einer frühen Rostocker Frauenvereinsbildung ist ebenfalls der „Israelitische Frauenverein“, gegründet 1876, zu nennen. Jüdische Frauen in Rostock betätigten sich im sozialen Sinne, doch ebenso bildungs- und kulturfördernd. Zu diesen aktiven Frauen gehörten Paula Tobias (Vereinsvorsitzende und Mutter des liberalen Politikers Hermann Tobias)⁸ oder Sara Sawitz (Vorstandsmitglied und Ehefrau des Kultusbeamten der jüdischen Gemeinde).⁹ Neben der jüdischen gab es seit 1872 auch eine katholische Gemeinde in Rostock, die ebenfalls karitative und missionarisch-bildungsfördernde Arbeit initiierte.

Was nun Initiativen der protestantischen Landeskirche – und der überwiegende Anteil der Einwohner Mecklenburgs bekannte sich ja zur evangelischen Konfession – betraf: Ausgehend von dieser und mit ausdrücklicher Befürwortung der großherzoglichen Landesherren waren schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts Missionswerke ins Leben gerufen worden, die sich nach der Jahrhundertwende zum Teil neu konstituierten.

Beispielhaft hierfür seien der „Landesverein für innere Mission“ und der „Rostocker Stadtverein für innere Mission“ genannt. Letzterer Verein (1843 ins Leben gerufen, bis 1852 existent; 1904 neu gegründet) wurde von Männern und Frauen aus den Rostocker bürgerlichen Kreisen getragen, wobei im Vorstand aber nur Männer wirkten. Die Aufgaben des Vereins bestanden nicht nur darin, christliche Werte zu verbreiten, also „Wort-verkündigend“ zu wirken, sondern auch an

⁷ AHR, Raths-Acten, betreffend den Verein der Rostocker Volksküche (1881), 25e.

⁸ Dr. Hermann Tobias, von Käthe Schirmacher auch als „aufrichtiger Frauenrechtler“ bezeichnet, war von Beruf Rechtsanwalt. Er fiel 1913 einem Attentat zum Opfer.

⁹ Frank Schröder/ Ingrid Ehlers, Zwischen Emanzipation und Vernichtung. Zur Geschichte der Juden in Rostock, Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock. Rostock 1988, S. 26.

der „Bekämpfung sittlicher Schäden, wie Trunksucht, Unzucht und dergleichen“ teilzuhaben, ebenso an der „Fürsorge für Arme, insbesondere für Verschämte“.¹⁰ Als frauenspezifische Organisationen innerhalb des Vereins finden sich der „Jungfrauenverein“ und der „Armen-Kranken-Verein“; auch wurden ein „Heimathaus“ für junge Mädchen – das „Maria-Martha-Heim“ – und ein Hospiz für auswärtige, in Rostock zu Besuch weilende Damen eingerichtet. Im „Heimathaus“, das im Oktober 1899 eröffnet worden war, nachdem sich ein spezieller Verein hierfür konstituiert und dieser gemischte Verein Rechtsfähigkeit erlangt hatte, konnten „ehrbare“ junge Mädchen ohne Familienanschluss, die in der Stadt in Stellung waren, wohnen.¹¹ Mit dem „Blauen-Kreuz-Heim“ entstand 1911 ein Heim für Prostituierte, entlassene Gefangene, Vagabundinnen, Schutz- und Obdachlose. Dies ging zurück auf die Initiative des 1902 gegründeten „Mecklenburgischen Frauen-Hülfsvereins zur Rettung gefallener Mädchen“, der dem „Landesverein für innere Mission“ zugehörte und einen Zweig auch in Rostock hatte.¹² In ihm findet sich die charakteristische Einheit von verschiedenen Interessengruppierungen bzw. Einflussbereichen. So gab es neben dem (weiblichen) Vereinsvorstand einen Beirat, bestehend aus vier Personen, von denen „drei Herren“ sein mussten. Dieser Beirat war bei allen Beschlussfassungen hinzuzuziehen. Der „Mecklenburgische Landesverein für innere Mission“ und der Rostocker Rat sollten jeweils ein Mitglied in den Beirat entsenden. Männliche Mitentscheidungsbefugnisse, das heißt auch solche der Stadt (solche der Kirche ja ohnehin) waren also gesichert.

Durch den „Frauen-Hülfsverein“ war bereits 1902 das „Haus Elim“ in Rostock ins Leben gerufen worden. Es beherbergte „gefallene“ (also unehelich schwanger gewordene) Mädchen kurze Zeit vor und nach ihrer Niederkunft, bot somit unverheirateten jungen Frauen wie auch deren Kindern eine vorübergehende sichere und gesunde Unterkunft. Die Mütter sollten anschließend in der Lage sein, selbst für ihre Kinder zu sorgen und diese von der öffentlichen Wohlfahrt fernzuhalten.¹³ Man bemühte sich, ihnen eine geeignete Erwerbsarbeit, meist eine Stellung in Haushalten, zu vermitteln, ihnen helfende Anleitung bei der Versorgung ihrer Kinder zu geben – und wirkte zugleich im Sinne einer sittlich-religiösen „Besserung“ auf sie ein.

¹⁰ Rostocker und Mecklenburger Vereine, Veranstaltungen, Jubiläen, 73. Statuten des Stadtvereins für innere Mission, vgl. § 1 und § 2.

¹¹ AHR, Ratsakten, 25k, Heimathaus für junge Mädchen („Maria-Martha-Heim“) 1899-1931.

¹² AHR, Ratsakten, 25n. Mecklenburgischer Frauenhilfsverein zur Rettung gefallener Mädchen 1905-1935 und „Haus Elim“.

¹³ Ebenda.

Im „Frauen-Hülf-Verein“, der eine hohe Mitgliederzahl aufwies, doch der auch vielen Vorurteilen begegnete, erscheint die für die Rostocker Frauenvereinsbewegung charakteristische Verbindung von „Modernem“ und „Traditionellem“ gegeben. So ist es nicht verwunderlich, dass hier auch solche Frauen Mitglied waren, die wenig später in der Frauenwahlrechtsbewegung eine bedeutende Rolle spielen sollten.

Einen vor allem religiös motivierten, dabei vorrangig missionarischen Anspruch verfolgte ein 1894 von der Gutsbesitzerfrau Anna von Maltzahn (1856-1895) ins Leben gerufener Verein: der „Mecklenburgische Frauenverein für Frauenmission“, der sich ebenfalls in Rostock etablierte. Dieser Verein sammelte Gelder für Missionsarbeit an „heidnischen“ Frauen oder Frauen nicht-christlicher Konfessionen. Jene Frauen – hauptsächlich „Zielgruppe“ waren rechtlose, von Bildung und Kultur ferngehaltene indische Witwen – wurden zum einen mit dem Evangelium vertraut gemacht. Zum anderen gewährten ihnen nach Indien ausgesandte Missionarinnen allgemeine bildungsfördernde, soziale sowie menschlich-moralische Hilfe.

Kranken und Kriegsverwundeten widmete sich Ende des Jahrhunderts und darüber hinaus der „Marien-Frauen-Verein“ (gegr. 1880 und evangelischer Konfession). Er stand unter dem Protektorat der Großherzogin Marie; Frau (dann Witwe) des Landesherrn von Mecklenburg-Schwerin, Friedrich Franz II. (1823-1883). Der Verein wurde von Adligen, Geistlichen und Angehörigen der bürgerlichen Oberschicht getragen, wobei sich im Vorstand sowohl männliche als auch weibliche Personen die Entscheidungsbefugnisse teilten. Der Verein beschaffte Gelder, etwa „für die Unterstützung Armer und Kranker und die Unterbringung hilfbedürftiger Kinder“ in Kur- und Badeorten dadurch, dass er Basare und Lotterien veranstaltete. Seine besondere Aufgabe erlangte der „Marien-Frauen-Verein“ dann im Ersten Weltkrieg, bei der Betreuung verwundeter Soldaten und der Wohlfahrtsarbeit an der „Heimatfront“.¹⁴ Der Verein hatte einen stark nationalistisch-konservativen Grundzug, wies aber später auch „moderne“ Züge auf, indem er partiell auf eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ setzte.

Rostocker Frauenbewegung um die Jahrhundertwende. Ein Überblick

In der Chronologie der Rostocker Vereinsgründungen taucht erst 1893 ein Verein auf, der das Anliegen „Frauen und Bildung“ unmittelbar vertrat. Dieser „Frauenbildungsverein“ knüpfte an die Programmatiken des „Allgemeinen deutschen

¹⁴ Vgl. Rostocker und Mecklenburger Vereine, Veranstaltungen, Jubiläen, 399. Jahresberichte des Mecklenburgischen Marien-Frauen-Vereins, besonders Zweigverein Rostock, von 1914-1918.

Frauenvereins“¹⁵ an. Zum Zeitpunkt seiner Gründung zählte er 106 weibliche Mitglieder, kurz vor der Jahrhundertwende, 1899, bereits 173.¹⁶ Im Vorstand befanden sich Frauen, die in der sozialen-, Bildungs- und Kultur-, aber auch, sobald dies für Frauen möglich war, in der politischen Arbeit aktiv wurden; so Elisabeth Schmidt-Reichhoff, Henriette Lehmann – und Klara Schleker. Letztere rief gemeinsam mit der prominenten Frauenrechtlerin Käthe Schirmacher 1908 den „Mecklenburgischen Landesverein für Frauenstimmrecht“ ins Leben, der die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen vertrat. Das Gründungsdatum des Vereines belegt, dass hinsichtlich der direkt politisch orientierten Frauenvereinsbewegung in Mecklenburg (ebenso wie in Bezug auf eine Bildungsbewegung) eine gewisse Zeitverzögerung gegenüber anderen Regionen aufzuholen war. Dieser Rückstand war allerdings, zumindest was die Wahlrechtsbewegung betraf, nur gegenüber wenigen Regionen, wie Hamburg oder Baden, gegeben.¹⁷

Generell spiegeln die Vereinsgründungen in Rostock die allgemeine Zeitentwicklung wider, innerhalb derer Frauen sich verstärkt in die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse einzubringen versuchten. Auch für Rostock gilt die Tendenz, dass seit „dem späten 19. Jahrhundert [...] die Kämpfe der Frauen um bürgerliche, politische und soziale Rechte, um Staatsbürgerschaft und Wohlfahrt eng miteinander verbunden (waren), und die Frauenbewegung [...] sich mehr als zuvor auf die Bedürfnisse und Interessen von Frauen der Unterschichten und weibliche Armut“ konzentrierte.¹⁸ Es ging darum, die Sozialpolitik zugunsten jener Frauen zu beeinflussen.

Dabei wirkte vor allem das von der Frauenbewegung entwickelte Projekt einer weiblichen Sozialreform in die karitative Arbeit hinein, ebenso die Idee der „geistigen Mütterlichkeit“. Letztere sagte sinngemäß aus, dass die Frauen (gemeint waren in erster Linie die bürgerlichen) gemäß ihren spezifisch weiblichen, nämlich fürsorglich-mütterlichen Eigenschaften einen ergänzenden Kulturbeitrag in der Gesellschaft leisten und sich damit – bei aller vorhandenen Differenz – dem Manne als gleichwertig erweisen sollten. War dieser Beitrag vor allem als qualifizierte Erziehungsarbeit bzw. Sozialarbeit an den unteren Schichten

¹⁵ Der ADF war 1865 auf Initiative von Louise Otto-Peters in Leipzig gegründet worden und erhob die Forderung nach einer besseren Bildung und Ausbildung für Frauen und Mädchen und dem Zugang zu allen Berufen. Mit dem ADF begann die eigentliche Frauenbewegung.

¹⁶ Vgl. Rostocker Adressbuch von 1893 bzw. Adressbücher der darauffolgenden Jahre.

¹⁷ Susanne Asche (Hrsg.), *Karlsruher Frauen 1715-1945. Eine Stadtgeschichte*. Karlsruhe 1992 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 15), S. 240-245.

¹⁸ Gisela Bock, *Weibliche Armut, Mutterschaft und Rechte von Müttern in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats 1890-1950*, in: Duby/ Perrot, *Geschichte der Frauen*, hrsg. v. George Duby/ Michelle Perrot. Bd. 5. Frankfurt am Main 1995, S. 428.

gedacht¹⁹, so wurde die schon zitierte „Hilfe zur Selbsthilfe“ favorisiert, sollte also Prävention von Armut durch die Förderung der Erwerbsfähigkeit jener Frauen oder das Schaffen von Erwerbsmöglichkeiten stattfinden.

Dass die Aufnahme der Reformideen und deren versuchte Umsetzung auch in Rostock gegeben war, lässt sich etwa am Beispiel der Fabrikantenfrau und Mitgestalterin der örtlichen Frauenbewegung, Laura Witte (1869-1939), belegen. Anhand ihres Wirkens wird zugleich deutlich: In der Rostocker Sozialarbeit trafen verschiedene Personen, die einander widersprechende Denkansätze und Vorstellungen von der Rolle der Geschlechter und deren Einflussmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft vertraten, aufeinander. So waren denn auch Kontroversen unvermeidbar. Gerade in der Begegnung von Vertretern und Vertreterinnen der bürgerlichen Oberschicht mit Adligen, und nicht selten mit Angehörigen der großherzoglichen Familie, so der Großherzogin Alexandra (Frau von Friedrich Franz IV.), zeigte sich, dass ungeachtet einer Zusammenarbeit im Wohlfahrtsbereich bürgerliche Frauen, wie etwa Laura Witte, eine distanzierte Haltung einnahmen, ja eine gewisse Opposition an den Tag legten.

Letztlich schloss die kritische Haltung bürgerlicher Frauen gegenüber dem adligen Herrscherhaus den Anspruch auf eine Veränderung der politischen Gesamtsituation in Mecklenburg ein. Das Streben engagierter Rostocker Frauen nach einer Erweiterung ihrer Rechte (speziell dem Wahlrecht) nach der Jahrhundertwende war integriert in den Kampf der Liberalen, aber auch Sozialdemokraten und einiger realpolitisch denkender Konservativer um eine geänderte mecklenburgische Verfassung und allgemeine Wahlmöglichkeiten, durch die eine Repräsentativvertretung im Landtag erreicht werden sollte. Bis dato – und letztlich bis 1918/19 – hatten die Rittergutsbesitzer das Privileg inne, Sitz und Stimme im Landtag weiterzuerben.

Wies die Rostocker Frauenbewegung jene Besonderheit auf, Teil der übergreifenden politischen Reformbestrebungen in Mecklenburg zu sein, so hatte sie,

¹⁹ Vgl. hierzu u.a. Irene Stoehr, „Organisierte Mütterlichkeit“ – Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900, in: Karin Hausen (Hrsg.), *Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. München 1983, S. 225-253. Ilka Riemann, *Frauenbewegung und soziale Arbeit bis zum Ersten Weltkrieg*, in: Verena Fesl u.a., *Sozialarbeit – ein deutscher Frauenberuf, Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert*. Pfaffenweiler 1992, S. 31-39, hier S. 33; Christoph Sachße, *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871-1929*. Frankfurt am Main 1986. Iris Schröder, *Soziale Frauenarbeit als bürgerliches Projekt. Differenz, Gleichheit und „weiblicher Bürgersinn“ um 1900*, in: Tenfelde, Klaus/ Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): *Wege zur Geschichte des Bürgertums*. Göttingen 1994, S. 218.

wie deutlich wurde, sonst viele Gemeinsamkeiten mit der allgemeinen (deutschen) Frauenbewegung.²⁰

Auch in ihr ging es neben dem sozialkaritativen Wirken um bessere Berufs- und Bildungschancen für Frauen, um die Vertretung beruflicher Interessen durch einen Zusammenschluss sowie um den Kampf gegen politische und rechtliche Unmündigkeit. Dabei wurde die bürgerlich-liberal beeinflusste Bewegung, das heißt die Frauenbewegung im direkten Sinne, neben dem Frauenstimmrechtsverein auch vom „Rostocker Frauenverein“, der 1905 entstandenen Nachfolgeorganisation des Frauenbildungsvereins, getragen. In der christlich-missionarisch und karitativ akzentuierten Richtung trat hingegen ein frauenspezifischer Anspruch eher indirekt und vermittelt in Erscheinung.

Für „radikale“ Impulse in der überwiegend „gemäßigt“ sich darstellenden Rostocker Frauenbewegung sorgten Käthe Schirmacher und Klara Schleker, die ab 1909 gemeinsam in der Nähe Rostocks lebten. Schleker war die erste Vorsitzende des „Mecklenburgischen Landesvereins für Frauenstimmrecht“, und Schirmacher die zweite. Die Vereinsgründung – die in Schwerin stattfand, wobei sich eine Ortsgruppe auch in Rostock bildete – war erst möglich geworden dadurch, dass das seit 1851 bestehende mecklenburgische Vereinsgesetz, das bürgerlichen Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen verbot, 1908 durch das Wirksamwerden des Reichsvereinsgesetzes außer Kraft gesetzt wurde.²¹

Eine geraume Weile zuvor, und zwar am 1. Mai 1890, war jedoch in Rostock ein Arbeiterfrauenverein gegründet worden – was auf die ebenfalls präsente sozialdemokratische oder sozialistische Frauenbewegung hindeutet. Diese geriet mit der bürgerlichen Frauenbewegung in Widerspruch. Der Grund: Zu einem Zeitpunkt, da Proletarierinnen um politische Ziele und Werte wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit, verbesserten Arbeitsschutz und kürzere Arbeitszeiten für Frauen kämpften, forderte die bürgerliche Frauenbewegung noch immer vorrangig den Zugang der Frauen zu Bildung und allen Berufen. Es gab aber auch Gemeinsamkeiten – wie etwa das erwähnte Eintreten gegen Armut von Frauen, und besonders Müttern der unteren Schichten. Es gab auch im Hinblick auf eine Zusammenarbeit im kommunalen Bereich Annäherung. Letztlich jedoch ging es den Sozialdemokratinnen um den gemeinsam mit Männern auszufeuchtenden

²⁰ Mehrfach ist die Rede davon, dass Rostock bei der Schaffung bestimmter sozialer Einrichtungen (so der Krippe) sich am Beispiel anderer Städte orientiere, in denen solche Vereine beziehungsweise wohltätigen Stätten schon vorhanden seien.

²¹ Das mecklenburgische Vereinsgesetz hatte sich nicht nur gegen Frauen gerichtet; es machte jede politische Versammlung im Lande genehmigungspflichtig und es verbot die Mitgliedschaft in nicht-mecklenburgischen Vereinen. Bürgerlichen Parteien und Organisationen allerdings war die Versammlungsgenehmigung schon zuvor erteilt worden. Auch die Sozialdemokratie konnte sich nach der Aufhebung des Bismarckschen Sozialistengesetzes wieder frei entfalten.

Kampf gegen Bürgertum und Kapitalismus, dessen Überwindung auch die Mitbefreiung der Frau versprach. Das Eintreten der (Rostocker) Liberalen für eine Gleichstellung der Frau sah hingegen – zumindest vor 1908, dem Jahr der direkten Wahlrechtsforderung – vor, dass der reformerische Weg zu bevorzugen sei, der den Frauen zunächst etwa eine Mitwirkung in der Kommunalverwaltung bringen sollte. Parallel zu den Forderungen nach gesellschaftlichem Mithandeln und Mitentscheiden lief ein Prozess theoretischer Selbstverständigung und Wissensaneignung ab.

In diversen Veranstaltungen wurden auch in Rostock, vor allem im Frauen- und im Frauenstimmrechtsverein, außergewöhnliche Leistungen, die Frauen in der Historie vollbracht hatten, ins Bewusstsein gerufen. Es wurden darüber hinaus soziale, politische, rechtliche und kulturelle Fragestellungen aufgeworfen, etwa zur Situation von Hausfrauen und der Bewertung der Hausarbeit, oder solche zu den Themen Prostitution und Mädchenhandel, zu Aktionen der englischen Wahlrechtsbewegung, auch der zu reformierenden mecklenburgischen Verfassung. Regionalpolitische Fragestellungen verbanden sich mit übergreifenden, auf Reichsebene oder international gültigen.

Gerade anhand des Frauenstimmrechtsvereins lässt sich aber auch nachweisen, welche widersprüchliche Züge die Rostocker Frauenbewegung aufwies. So waren etwa Käthe Schirmacher und Klara Schleker Anhängerinnen deutschnationalen Denkens. Sie betonten die Besinnung auf das Eigene und Ursprüngliche und die Abgrenzung vom „Fremden“. Eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokratinnen lehnten sie ab, und schließlich forderten sie gar ein elitäres Dreiklassenwahlrecht, was den Widerspruch der liberal gesinnten Frauen, auch Laura Wittes, hervorrief.

Dieser Widerspruch brach wohl in besonderem Maße dort auf, wo es direkt um frauenpolitische Ziele ging; in den „gemäßigten“ Vereinen trat er eher zurück und das Verbindende überwog. So stand etwa der Frauenbildungsverein, später der Frauenverein, den Vereinen mit religiös-missionarischem und karitativem Anspruch nahe. Insgesamt gab es enge Vernetzungen in der lokalen und regionalen Frauenbewegung, ebenso die Zusammenarbeit von konfessionellen und nichtkonfessionellen Vereinen. Der traditionelle Gedanke der „Sittlichkeit“ war in den Wohlfahrtsvereinen nahezu durchgängig anzutreffen – und er blieb eng mit christlichen Moralvorstellungen verknüpft. Zudem schlug sich die Liaison von Staat und (evangelischer) Kirche, die erst 1918 enden sollte, in der sozialen Struktur der Vereine nieder. Neben den – oft kirchlich ausgerichteten – Vereinen mit Wohlfahrtscharakter oder denen, die ihren Schwerpunkt auf die Förderung von Kultur, Bildung, Erwerbsfähigkeit von Frauen legten, sowie dem Frauenstimmrechtsverein, waren es vor allem Berufsvereinigungen, in denen sich Frauen organisierten; so ein Hebammenverein (gegr. 1887), eine Fachinnung, später Zwangsinnung der Schneiderinnen, Putzmacherinnen und Weißnäherinnen,

ab 1915 auch ein Hausfrauenverein. Mit dem Beginn der Weimarer Republik sollte sich das Vereinsspektrum nochmals wesentlich erweitern.

Einzelbeispiele von Frauenvereinen in Rostock, Überblick und Resümee

Von den Vereinen, die um die Jahrhundertwende existierten, sollen hier zwei für die „gemäßigte“ Richtung typische, eng miteinander kooperierende und in ihrem Anliegen verwandte ausführlicher vorgestellt werden: der schon benannte „Rostocker Frauenverein“ und der „Verein Freundinnen junger Mädchen“.

Der Rostocker Frauenverein war dem „Verband Norddeutscher Frauenvereine“, der wiederum der Dachorganisation „Bund deutscher Frauenvereine“ zugehörte, angeschlossen. Im Vorstand befanden sich vor allem Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen, die ehrenamtlich wirkten. Der Frauenverein betätigte sich in kultureller, bildungsfördernder Hinsicht, gab Frauen und Mädchen rechtliche Auskünfte oder half ihnen bei Geschäftsangelegenheiten. Zudem unterhielt der Verein eine Berufsberatung und eine Stellenvermittlung. Letztere war vom Frauenverein in Kooperation mit dem „Verein Freundinnen junger Mädchen“, dem „Maria-Martha-Heim“ und der „Mecklenburgischen Gewerbe- und Fortbildungsschule für Frauen“, der gewerblichen Lehranstalt „Frauenfleiß“, im April 1906 ins Leben gerufen worden. Die Stellenvermittlung wirkte gemeinnützig und wurde durch Beihilfen vom Rostocker Rat unterstützt.²²

Zum Rostocker Frauenverein gehörte auch die Abteilung „soziale Hilfsgruppe“, die eine Zentrale, die häusliche Aushilfe koordinierte, eingerichtet hatte, aber ebenso Mütterabende organisierte. Zum Verein gehörten weitere Untergruppen, so eine Lehrerinnen-, eine Musik-, eine Kunst- und eine Sportgruppe. Der Verein förderte – in Zusammenarbeit mit der Rostocker „Literarischen Gesellschaft“ – auch Literatur.²³ Wenn ein Verein dieser Art einen Schwerpunkt auf die soziale Arbeit legte, sich vor allem in der Kinder- und Jugendfürsorge, ferner in Bildung und Kultur engagierte, so schloss dies letztlich den Anspruch auf eine Verbesserung der rechtlichen Lage von Frauen und auf deren Mitwirkung im Bereich der Institutionen ein. Schauplatz für das Ringen um Rechte – quasi als

²² Im Dezember 1911 war berichtet worden, dass sich im abgelaufenen Jahr 255 Stellengebenende und 304 Stellensuchende gemeldet hätten. 168 Vermittlungen gelangen; darunter waren 42 „Alleinmädchen“, 14 Saisonmädchen, 4 Tagesmädchen, 2 Fabrikmädchen, 1 Kindermädchen, 20 Stützen, 5 Kinderfräulein, 4 Vertreterinnen von Kinderfräulein, 2 Kindergärtnerinnen, 3 Vertreterinnen der Hausfrau, 2 Gesellschafterinnen, 1 Französin, 1 Haushälterin, 1 Pflegerin, 3 Jungfern, 6 Kochmamsellen, 1 Kochlehrling, 4 Aufwärterinnen, 7 Arbeitsfrauen, 13 Aushilfen.

²³ AHR, Ratsakten 25q, betreffend den Rostocker Frauenverein 1907/1918 und Adressbuch von 1910.

Lohn für die Erfüllung sozialer Pflichten – war die Kommune. Da die Frauen seit 1900, seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, Vormundschaften übernehmen konnten, bemühten sie sich, „die Idee der Vormundschaft“ weiter auszugestalten, sich auch mit den Pflichten von weiblichen Vormündern, doch vor allem von Waisenpflegerinnen vertraut zu machen.²⁴ 1902 wurden die ersten ehrenamtlichen Waisenpflegerinnen in Rostock „widerruflich“ bestellt. Sie traten den bereits im Kostkinderwesen wirkenden Diakonissen zur Seite, vermittelten zwischen dem einzelnen Kind, dessen Schicksal sie kannten, und den Behörden. Ihre Aufgaben- und Verantwortungsbereiche ähnelten denen der (männlichen) Armenpfleger, das heißt, ihnen wurden erste kommunale Mithandlungs- und Mitentscheidungsbefugnisse zugebilligt.²⁵ Frauen versuchten nach 1900, weitere Funktionen wahrzunehmen, durch die sie Einfluss gewannen. So waren sie bestrebt, in die unteren Verwaltungsbereiche von Versicherungsgesellschaften oder in Kaufmannsgerichte zu gelangen.²⁶ Dieses Verbinden der Idee der „Ehrenamtlichkeit“ mit der Forderung nach weitergehenden Rechten und Einflussmöglichkeiten, bis hin zum Wahlrecht, war eine zeittypische Strategie der gemäßigten Frauenbewegung.

Ehrenamtlich tätige Frauen finden sich ebenfalls in dem soeben erwähnten, bereits 1892 gegründeten „Verein Freundinnen junger Mädchen“. Dessen Mitgliederzahl war gering und belief sich auf 45-50 weibliche Personen.²⁷ Ziel des christlich akzentuierten Vereins sollte die „Bewahrung vor irdischem und ewigem Unglück“ sein. Kernstück des Vereins war die Bahnhofsmision. Die jungen Mädchen, die in die Stadt kamen, um dort eine Erwerbstätigkeit zu beginnen, wurden von „Missionarinnen“ in Empfang genommen und in sichere Herbergen geleitet, dann gegebenenfalls bei der Arbeitssuche unterstützt. Es ging im Freundinnen- wie im Frauenverein aber auch darum, Mädchen nach ihrem Schulabschluss eine weitergehende Ausbildung zu vermitteln, ihre Erwerbsfähigkeit zu fördern und ihnen so den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Frauen

²⁴ AHR, 1.3.1 Rostocker und Mecklenburger Vereine, Veranstaltungen, Jubiläen. 119. Verband mecklenburgischer Frauenvereine 1905 (enthaltend u.a. das Programm der 4. Jahresversammlung des Verbandes Norddeutscher Frauenvereine im April 1905 in Rostock und einen Artikel über das Ereignis in der Rostocker Zeitung). Im Programm der 4. Jahresversammlung des Bundes Norddeutscher Frauenvereine in Rostock vom 14.-16. April 1905 ist festgehalten, dass es auf der Tagung auch um derartige Fragen ging.

²⁵ In das umstrittene Ehrenamt „Armenpflegerin“ gelangten Frauen in Rostock erst 1919, und auch da handelte es sich noch um einen „versuchsweisen“ Einsatz.

²⁶ Im Statut für das in Rostock errichtete Kaufmannsgericht (am 6. Juli 1904) heißt es im § 6.1, dass u.a. „Personen weiblichen Geschlechts“ nicht berufen werden können. (Vgl. Sammlung der Rostocker Verordnungen und Bekanntmachungen 1893 bis 1911, S. 248 f.)

²⁷ AHR, Ratsakten 25y, betreffend den Verein Freundinnen junger Mädchen

beider Vereine riefen in Zusammenarbeit mit dem Rostocker Rat Lehrinstitute für die berufliche Ausbildung von jungen Mädchen und Frauen ins Leben. Darunter waren um 1909 eine „Fortbildungsschule für schulentlassene Mädchen der Volks- und Bürgerschule“²⁸ sowie ein „Kunstgewerbliches Lehrinstitut“, gegründet von der „Kunstgruppe“ des Rostocker Frauenvereins. Ausgewiesen sind ebenfalls ein Lehrinstitut für Damenschneiderei und eine Kochschule, verbunden mit einem privaten Mittagstisch.²⁹ Ein weiteres Anliegen des „Freundinnen“-Vereins war es, jungen Mädchen eine sinnvolle Freizeitgestaltung anzubieten.³⁰ Überhaupt wirkte der Verein vielfältig und zugleich überregional, leistete „Freundinnen-Dienst“ auch an Mädchen, die in fremde Städte gegangen waren. In der Bahnhofsmision arbeiteten Anfang des 20. Jahrhunderts neben den Frauen, die ihre Aufgabe ehrenamtlich erfüllten, auch einige Berufsarbeiterinnen.³¹

Auf weitere Vereine aus dem religiös-karitativen Spektrum wurde ja bereits eingegangen und dargelegt, dass sich diese Vereine unter anderem jungen Müttern und deren Kindern widmeten. Um die Jahrhundertwende entstanden neue Verbände und Vereine mit diesem Anliegen, darunter der „Verein für Kinderhorte“ (1901 gegründet), oder der „Verein Volkskindergarten“ (1895 aus privaten Mitteln ins Leben gerufen). Im Volkskindergarten kamen ausgereifte „moderne“ fachliche Konzepte zum Tragen, mit denen man sich von der Absicht einer Nur-„Aufbewahrung“ der Kinder distanzierte.³² 1912 gelangte die jüdische Reformpädagogin und Kindergartenleiterin Marie Bloch (1871-1943)³³ durch einstimmige Wahl in den Beirat des Vereins. Sie vertrat Methoden des Pestalozzi-Fröbel-Hauses Berlin³⁴, die im Rostocker Volkskindergarten denn auch angewendet wurden.

Die eben benannten Vereine schlossen sich dem in Rostock ansässigen „Verband für soziale Hilfsarbeit“ an. Dies war ein auf die Armenfürsorge ausge-

²⁸ AHR, Bürgermeister und Rat, 442, Mädchenfortbildungsschulen. Enthält u.a.: Staatliche Anerkennung, 1895-1936.

²⁹ AHR, Adressbuch von 1909.

³⁰ Auch hier lässt sich wieder an das Projekt einer weiblichen Sozialreform denken.

³¹ AHR, Ratsakten 25y, Bericht aus dem Jahre 1913.

³² Rostocker und Mecklenburger Vereine, Veranstaltungen, Jubiläen, 413. Verein Volkskindergarten e.V.

³³ Zum verdienstvollen Wirken und zur Lebensgeschichte Marie Blochs, die Anfang 1943 im KZ Theresienstadt starb, vgl. Birgit Jürgens: Marie Bloch (1871-1943). Das Schicksal einer jüdischen Kindergartenleiterin in Rostock, in: 777 Jahre Rostock. Neue Beiträge zur Stadtgeschichte, hrsg. von Ortwin Pelc. Rostock 1995, S. 233-243.

³⁴ Das Pestalozzi-Fröbel-Haus existierte seit 1873; hier hatte Marie Bloch das Kindergärtnerinnenseminar besucht.

richteter und für das Wohl alleinstehender berufstätiger Mütter wirkender Zusammenschluss von Vereinen, der seit 1904 existierte. Ihm gehörten zunächst 17 Vereine und 257 Einzelmitglieder an; später variierten diese Zahlen.³⁵ Im Vorstand waren bürgerliche Frauen, die sich auch in anderen Vereinen betätigten. Sie agierten gemeinsam mit männlichen Vertretern des öffentlichen Lebens. Die wichtigsten Einrichtungen wie kommunaler Rat und Bürgervertretung, Armenkollegium, geistliches Ministerium und auch eine private Initiative (Frauenverein) waren dort personell vertreten.³⁶ Wieder fügte sich die Synthese von Staat, Kirche, öffentlicher/privater Wohlfahrt in wirklicher oder vermeintlicher Eintracht zusammen.

Kernpunkte der Aktivitäten des „Verbandes für soziale Hilfsarbeit“ waren neben der „Auskunftsstelle“ die sogenannte „Brockensammlung“, d.h. Sammlungsstelle für Gegenstände, die in den Haushalten überflüssig geworden waren; die „Hauspflege“, die kranken, alleinstehenden Müttern oder Wöchnerinnen Hilfe bei der Kinderbetreuung und im Haushalt bot; die „Krippe“ (erste Kinderkrippe in Rostock) und der Fürsorgeausschuss „Jugendarbeit“.

Die Rostocker Krippe, ebenso frauenspezifisch ausgerichtet wie etwa die „Hauspflege“, war 1907 auf Initiative des Kostkinderarztes Hermann Brüning ins Leben gerufen worden und nahm die Kinder unbemittelter Eltern oder alleinstehender berufstätiger Mütter gegen Zahlung eines geringen Entgelts auf. Unterstützungsgelder für die Krippe flossen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie als Zuwendung von Rat und Rostocker Sparkasse. Ab 1915 wirkte Laura Witte im Vorstand des Krippenvereins, leistete neben der ehrenamtlichen Arbeit auch materielle Hilfe. 1917 wurde die Krippe dem von Großherzog und Großherzogin ins Leben gerufenen „Alexandrawerk“ angegliedert. 1930 ging die Einrichtung schließlich in die Trägerschaft des Vereins vom Roten Kreuz über.³⁷

Resümierend lässt sich, speziell für die karitative Richtung der Rostocker Frauenbewegung, sagen, dass sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts, um die Jahrhundertwende und danach meist eine Kombination aus privatem Engagement und öffentlich-städtischer, vereinzelt auch landesherrlicher Leistung darstellte. In ihr finden sich Elemente herkömmlicher Fürsorgepraxis (zum Beispiel Gewährleistung von Unterstützungsgaben beziehungsweise auf den männlichen Ernährer ausgerichtete Hilfe) und sozialreformerisch beeinflusster, frauenspezifischer Unterstützung. So gesehen ist die von Frauen in Rostock mit getragene Wohltätigkeit ebenso als indirekte Kritik an beziehungsweise als Gegenentwurf zu bisheri-

³⁵ Vgl. Ratsakten, 25r bzw. Mecklenburger Vereine, Veranstaltungen, Jubiläen, 42, Verband für soziale Hilfsarbeit zu Rostock 1904-1916.

³⁶ Schreiben des Vereinsvorstandes an den Rat vom 27. Oktober 1913.

³⁷ Letzterer hatte als vaterländischer Verein bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewirkt, und zwar teilweise in enger Kooperation mit dem „Marien-Frauen-Verein“.

ger (männlich geprägter) Sozialpolitik zu verstehen. Doch nicht Opposition und Widerspruch kennzeichnen den weiblichen Gegenentwurf, sondern vielmehr das Suchen nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten. Der Anteil selbstbestimmten Handelns scheint dabei für Frauen, und zwar sowohl für jene, die Wohltätigkeit übten, als auch für die, denen die Wohlfahrt galt, gewachsen zu sein. –

Was die „radikal“ beeinflusste Strömung der Rostocker Frauenbewegung – speziell den Frauenstimmrechtsverein und dessen Wirken – betraf: Hier wurde das erstrebte Ziel: „Frauenwahlrecht“ weniger durch die Bewegung selbst, sondern vielmehr im Zuge des politischen Umbruchs und Neuanfangs nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und des Kaiserreichs erreicht. Frauen erhielten im November 1918 das allgemeine Wahlrecht zugesprochen; weitere Rechte, wie das uneingeschränkte Koalitionsrecht, das Recht auf freie Berufswahl oder den Achtstundentag, folgten.

Frauenstudium in Rostock zwischen 1909/10 und 1945. Ausblick bis 1952³⁸

Als immanenter Bestandteil der Frauenbewegung kann auch das Bemühen, Frauen den Zugang zu höherer Bildung, sprich: zum Abitur und Studium zu ebnen, gelten.³⁹ Nicht zuletzt gehörte der Rostocker Frauenverein zu den Organisationen, die das ‚Ob‘ und ‚Wie‘ des Frauenstudiums aufmerksam verfolgten, ja partiell zu beeinflussen suchten. Von den Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen, die sich in der Rostocker Frauenbewegung engagierten, mögen einige ein unmittelbares Interesse gehabt haben, als Hörerinnen in die Hörsäle der Universität zu gelangen oder sogar ein Studium zu absolvieren.⁴⁰

Um einen Blick auf die Entwicklung des Frauenstudiums in Mecklenburg und Rostock generell zu werfen: Es war der ohnehin lange und widerspruchsrei-

³⁸ Dieser Abschnitt entstand unter Verwendung einer 1999 veröffentlichten Studie (vgl.: Marianne Beese: Frauenstudium an der Universität Rostock von 1909/10 bis 1945, in: Geschichte des Frauenstudiums in Rostock – von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Rosina Neumann. Rostock 1999, S.1-156).

³⁹ Genannt sei in diesem Zusammenhang wieder der „Allgemeine Deutschen Frauenverein“, der neben der Bildungs-Forderung die nach dem uneingeschränkten Zugang von Frauen zu allen Berufen, auch zu akademischen, vertrat.

⁴⁰ Angesehene Frauen aus der bürgerlichen Oberschicht, wie Henriette Lehmann, waren zeitweise Gasthörerinnen an der Universität. Henni Lehmann schaltete sich zugleich in damalige Meinungsbildungsprozesse ein. So plädierte sie (im Namen des Rostocker Frauenvereins) 1910 erstaunlicherweise dafür, dass Frauen, die lediglich das Lehrerinnen-Examen, nicht aber das Abitur abgelegt hatten, n i c h t regulär immatrikuliert werden sollten, da so das wissenschaftliche Niveau des Frauenstudiums sinken könne.

che, durch die bürgerliche Frauenbewegung wesentlich gebahnte Weg zu diesem⁴¹ noch länger als in allen anderen Ländern des Deutschen Reichs. Dabei hatte es paradoxerweise schon 1869 eine historische Chance für die Rostocker Universität gegeben. Diese Chance ergab sich aus einer Anfrage des „Centralvorstands“ des „Allgemeinen Vereins für Volkserziehung und Verbesserung des Frauenlooses“ mit Sitz in Stuttgart an die Hochschule und galt der Zulassung von weiblichen Studierenden zu den „freien Wissenschaften, namentlich Chemie und Botanik“, den „Fakultätswissenschaften, darunter besonders Medizin, Chirurgie, Entbindungskunst, Pharmaceutik und Veterinärkunde“ und den „Philologischen Wissenschaften“. Durch Unterlassen einer Antwort seitens des amtierenden Rektors Professor Krabbe wurde die Chance letztlich vertan.⁴²

Der zeitgenössischen Entwicklung verschließen konnte sich die Universität und konnte sich das Großherzoglich-Mecklenburgische Ministerium, Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten, jedoch nicht. So ging der regulären Immatrikulation von Frauen zunächst die Praxis der Erteilung von Hörscheinen voraus. 1896 wurden an der Rostocker Universität erstmalig Hörerinnen an der Philosophischen Fakultät offiziell zugelassen. Dafür musste aber noch die Einwilligung des jeweiligen Dozenten, der wiederum an Rektor und Vizekanzler Mitteilung zu machen hatte, vorliegen. Der Vizekanzler besaß eine besondere Machtfülle, war er doch Repräsentant des Großherzogs, des obersten Rektors der Universität. Das großherzogliche Ministerium knüpfte seine prinzipielle Zustimmung an die Bedingung, dass die Teilnahme von Hörerinnen „überhaupt der Zahl nach sowie für die einzelnen Vorlesungen im Verhältnis zu der Menge der immatrikulierten

⁴¹ Vgl. Hager, Barbara: Über das Frauenstudium an der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock. Diss. med, Rostock 1964, S. 12-16. Immer wieder waren Petitionen ergangen an verschiedene Instanzen; an Universitäten, Ministerien, Landesregierungen und den Reichstag. Es wurden Mädchengymnasien gefordert, ferner die Zulassung von Mädchen zum Abitur, zum Studium an Universitäten und Hochschulen. Nachdem die erstmalige Behandlung der Frage des Frauenstudiums im Reichstag 1891 kein zustimmendes Resultat erbracht hatte, folgten auch in den kommenden Jahren nur Ablehnungen. Schritt um Schritt wurden jedoch (Teil-) Zugeständnisse errungen, wie 1892 die Zulassung von Mädchen zum Abitur in Preußen, die Teilnahmemöglichkeit an Universitäts-Vorlesungen als Hörerinnen ab ca. 1895, und schließlich, nachdem der Siegeszug des Frauenstudiums nicht mehr aufzuhalten war, 1908 die für das Gebiet des Deutschen Reiches erlassene Mädchenschulreform (die aber regional differenziert durchgeführt wurde) und Bestimmungen über die Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium.

⁴² Vgl. hierzu ausführlicher: Kittel, Pirina: „Unauffällige Kleidung und keine Bekanntschaften mit jungen Männern“. Die Geschichte des Frauenstudiums in Rostock. In: TRADITIO ET INNOVATIO. Das Forschungsmagazin der Universität Rostock, Heft 1, 3. Jahrgang 1998, S. 8-12 bzw. „...und nehmen den Studenten die Plätze fort“. Frauen als Hörerinnen an der Universität Rostock. In: Geschichte des Frauenstudiums in Rostock – von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Rostock 1999, S. 5-8.

Hörer gering bleibt und sich auf solche Mädchen oder Frauen beschränkt, welche ein außerordentliches Interesse, insbesondere ein Berufsinteresse, nachweisen und ihren Aufenthalt in Rostock haben.“⁴³

Ein Reskript vom 17. Mai 1906 brachte Neuerungen gegenüber der Festlegung von 1896, regelte die Vergabe von Hörscheinen an Frauen für alle Fakultäten jetzt nach Vorlage eines Reifezeugnisses und weiterer, in den universitären Disziplinarvorschriften erwähnter Zeugnisse. Das Argument des „außerordentlichen Interesses“ bzw. „Berufsinteresses“ konnte ebenfalls wieder geltend gemacht werden. Der die Hörscheine nunmehr genehmigte, war der Rektor der Universität. Das Reskript wurde aufgehoben durch eine Verfügung vom 7. September 1909, die unter anderem festhielt, dass Frauen mit entsprechender Vorbildung – wozu auch die „Anstellungsbefähigung als Oberlehrerin“ oder die „volle Lehrberechtigung für höhere Mädchenschulen“ zählten – Hörscheine für die Philosophische und die Theologische Fakultät erhalten konnten.⁴⁴

Was die Immatrikulation betraf: Im Wintersemester 1909/10 wurden die ersten Studentinnen regulär immatrikuliert. Damit war Rostock in punkto Frauenstudium das Schlusslicht aller Universitäten des Deutschen Reiches. Noch 1907 hatte das Großherzoglich-Mecklenburgische Ministerium einen entsprechenden Antrag des Universitäts-Konzils abgelehnt, und noch 1908 war darauf bestanden worden, das Beispiel Preußens abzuwarten.

Damit das Studium für Frauen beginnen konnte, waren infolge großherzoglicher Genehmigung Änderungen in den Disziplinarvorschriften für die Studierenden der Universität Rostock vorgenommen worden, und zwar am 29. Juni 1909. Ein neuer, siebenter Abschnitt trug nunmehr die Überschrift „Vom Frauenstudium“ und enthielt die Paragraphen 57-59. Im § 57 war unter anderem festgelegt, dass „auch Frauen das akademische Bürgerrecht erwerben und die große Matrikel empfangen“ könnten. Mit dieser Festlegung einhergehend, waren die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium definiert. So war „der erfolgreiche Abschluss eines einheimischen (örtlichen) oder sonst in Deutschland befindlichen Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule, die jeweils vom Ministerium, Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten, anerkannt sein mussten“, vorgeschrieben. „Ausländerinnen“ hatten eine „dieser gleichwertige Vorbildung“ nachzuweisen.⁴⁵

⁴³ Reskript des Großherzoglich-Mecklenburgischen Ministeriums vom 9. Oktober 1896. Vgl. hierzu: Pirina Kittel, „... und nehmen den Studenten die Plätze fort“, S. 15.

⁴⁴ Universitätsarchiv Rostock (künftig UAR), R11 B 9.1, Reskript der Erteilung von Hörscheinen an Frauen. Ministerialerlaß des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums vom 7. September 1909.

⁴⁵ UAR, R 11 A 2: Disziplinarvorschriften für die Studierenden (1903-1927). Es gab im folgenden aber zahlreiche Unklarheiten oder Entscheidungsprobleme, welche Studienanstalten

Die bevorstehende Anwesenheit von Frauen an der Universität hatte aber noch zu weiteren Modifizierungen in den Disziplinarvorschriften geführt. Es hieß dort nunmehr, dass Frauen betreffend „Karzerstrafe und Untersuchungsarrest nicht beschlossen werden können und sich die Bestimmungen des § 29 (Freiheitsstrafen und Festnahme) nicht auf sie beziehen“. Frauen erfuhren also eine besondere Schonung, zumal man offenbar auch keine Disziplinarvergehen von ihnen erwartete.

In jedem Falle schien nun der Weg für sie an die Universität geebnet zu sein. Es gab allerdings noch den § 59. Dieser besagte: „Ehefrauen sind von der Immatrikulation ausgeschlossen.“ Den Paragraphen gleichsam begründend, würde das Großherzogliche Ministerium in einer Stellungnahme später erklären, dass die Aufgaben einer Frau in der Ehe mit einem regulären Studium nicht vereinbar wären. Der „Ehefrauenparagraph“ sollte vergleichsweise lange in Kraft bleiben; er fiel erst am 5. Mai 1919 ersatzlos fort.

Trotz dieser Einschränkung am Beginn des Frauenstudiums: Im Jahresbericht für das Jahr 1909 zogen Rektor und Konzil der Rostocker Universität eine positive Bilanz über das damals Erreichte. Es wird festgestellt, dass die Frage der Frauen-Immatrikulation, wenngleich „nach langjährigen Verhandlungen“, nunmehr „zur Erledigung gekommen“ sei, um wenige Zeilen weiter hinzuzufügen: „Unsere Universität ist hiermit dem Beispiel der anderen deutschen Universitäten nicht allein gefolgt, sondern hat vor mehreren anderen die völlige Gleichstellung der Frauen mit den studierenden Männern voraus, das ist die Teilnahme der Frauen an allen akademischen Einrichtungen, an Stipendien, Preisbewerbungen etc.“⁴⁶

Die Tatsache, dass die Rostocker Universität die letzte im Deutschen Reich war, die das Frauenstudium eingeführt hatte, wurde argumentativ nahezu ins Gegenteil verkehrt. Und mit der Nachzügler-Rolle nicht genug: Auch *nach* Etablierung des Frauenstudiums blieb es unübersehbar, dass zwar nicht Rektor und Konzil, dafür jedoch der Schweriner Landesherr und das ihm unterstellte Ministerium weibliche Studierende – und letztlich auch Hörerinnen – weiterhin nur widerstrebend an der Studienanstalt dulden und entsprechend die Anzahl gering und auf bestimmte Fakultäten beschränkt halten wollten.

Dass dies so war, geht etwa aus dem Jahresbericht der Rostocker Universität für das Jahr 1911 hervor, der sinngemäß festhält, dass Rektor und Konzil den Antrag gestellt hätten, auch denjenigen Hörerinnen, welche eine höhere Mädchenschule besucht und dort das Lehrerinnenexamen abgelegt hätten, „ebenso wie an anderen Universitäten das Immatrikulationsrecht einzuräumen“. Der Antrag war

anzuerkennen seien, welche nicht.

⁴⁶ UAR, R 4 C 8/4: Jahresbericht der Universität Rostock, zusammengestellt von Rektor und Dekanen. Jg. IV 1909, Rostock 1910.

jedoch vom Großherzoglichen Ministerium „trotz wiederholter Vorstellung abgelehnt worden“. Auch durfte eine Ausweitung der Hörererlaubnis für diesen Personenkreis auf die Juristische und die Medizinische Fakultät nicht vorgenommen werden (was auf die 1909 erfolgte Neuregelung bei der Vergabe von Hörscheinen verweist).

Brisanterweise wurde im Jahresbericht nun bilanziert: „Die Folge davon ist, dass die weiblichen Studierenden die Universität Rostock meiden und Lehrstätten aufsuchen, an denen man ihnen ein größeres Entgegenkommen bezüglich ihrer Ausbildungsmöglichkeiten entgegenbringt.“⁴⁷ Eine Verbesserung der Situation würde, ähnlich wie im Falle des „Ehefrauenparagraphen“, erst 1919 erfolgen, nachdem der Einfluss des großherzoglichen Landesherrn und seines Ministeriums entfiel. Nun endlich konnten auch Frauen an der Philosophischen Fakultät immatrikuliert werden, wenn sie das Reifezeugnis eines Oberlyzeums vorlegten und gleichzeitig ein Lehramtszeugnis, das sie durch den wenigstens einjährigen Besuch der Seminarklasse eines Oberlyzeums erworben hatten.⁴⁸ Wollten sie sich an anderen Fakultäten immatrikulieren lassen, so mussten sie eine Nachprüfung ablegen, um die gymnasiale oder realgymnasiale Reife zu erwerben.⁴⁹ Das Vorlegen des Reifezeugnisses einer der genannten Studienanstalten oder, alternativ, einer Oberrealschule, sahen die Disziplinarvorschriften nämlich als Studien-Zugangsvoraussetzung – wie schon 1909 – vor.

Eine Schlussfolgerung, die sich aus obigem ableiten lässt, ist die, dass Mädchenschulbildung und Frauenstudium eng zusammengehörten. So wurde denn auch, parallel zum endlich erfolgten Einzug der Frauen in die Universitäten, die schulische Bildung des weiblichen Geschlechts entscheidend verbessert. Auch in Rostock waren 1909 weitreichende Beschlüsse zur Einrichtung eines Mädchenzugs der Oberstufe, der letztlich bis zum Abitur führen sollte, gefasst worden, und zwar an der Großen Stadtschule.

Diese gymnasiale Stufe begann nach dem 8. Schuljahr und führte bis zum 13. Um dort aufgenommen zu werden, brauchten die Schülerinnen anfangs noch keine Kenntnisse im Lateinischen, im Griechischen und in der Mathematik nachzuweisen; vielmehr war der Lehrplan so gestaltet, „dass der Unterricht in diesen Fächern mit verstärkter Stundenzahl von vorn beginnt“.⁵⁰ Zwei Jahre später, ab 1911, waren die Aufnahmebedingungen schon komplizierter. Die Schülerinnen in

⁴⁷ UAR, R 4 C 8/4, Jahresbericht der Universität Rostock, zusammengestellt von Rektor und Dekanen. Jg. VI 1911, Rostock 1912.

⁴⁸ UAR, R 11 A 2: Disziplinarvorschriften für die Studierenden (1903-1927).

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Vgl. AHR, Sammlung der Rostocker Verordnungen 1893 bis 1911, S. 419/420 (VO. vom 5. April 1909). Das Schulgeld betrug 60 Mark im Vierteljahr.

spe – die das 15. Lebensjahr vollendet haben mussten – hatten sich einer Aufnahmeprüfung in Deutsch, Französisch, Geschichte und Geographie zu unterziehen oder durch Vorkenntnisse in Latein, Griechisch, Mathematik oder durch schon vorliegende gute Zeugnisse ihre Reife nachzuweisen.⁵¹

Da der reguläre Weg hin zum Abitur in Rostock erst 1909 begann, konnten die Mädchen, die ihn gingen, noch nicht zu den ersten, voll immatrikulierten Studentinnen gehören. Diese wiederum mussten ihre Vorbildung anders, und zwar am ehesten durch vorausgegangene Hörersemester oder durch das Ablegen des Abiturs auf Bildungsanstalten außerhalb der Stadt Rostock erworben haben. So verhielt es sich denn auch mit den ersten drei Frauen, welche die Möglichkeit des endlich legalisierten Frauenstudiums an der Rostocker Universität nutzten.

Es handelte sich bei ihnen gemäß der Reihenfolge im Matrikelbuch (unter dem Datum des 27.10. 1909) um: Elisabeth Bernhöft, die Germanistik studieren wollte, Sophie Jourdan, die sich für Medizin eingeschrieben hatte, und um Frida Ortmann, die am 30.10. immatrikuliert wurde und die ebenfalls ein Germanistikstudium anstrebte.⁵² Während die Germanistinnen Elisabeth Bernhöft und Frida Ortmann beide aus Mecklenburg stammten, war die 29jährige, angehende Medizinerin Sophie Jourdan gebürtig aus Mülheim am Rhein. Sie, die Tochter eines Steuerrates, war zuvor in Berlin und Halle, dann auch in Kiel Hörerin bzw. Studentin gewesen. Vor Beginn des Studiums der Humanmedizin hatte sie das Lehrerinnenexamen abgelegt und im In- und Ausland als Lehrerin gearbeitet. Diesen Beruf gab sie aus Krankheitsgründen auf. Nach privater Vorbereitung legte sie im Frühjahr 1907 das Abitur ab, und zwar am Sophien-Real-Gymnasium zu Berlin. In Rostock bestand sie 1912 das medizinische Staatsexamen mit „Gut“ und promovierte am 17. 6. 1913 zum Dr. med. mit dem Thema „Erfahrungen über den transperitonealen Weg bei Operationen an der Wirbelsäule“. Als Gesamtprädikat wurde „Cum laude“ vergeben.⁵³

Zeitlich vorausgegangen war Sophie Jourdan an der Medizinischen Fakultät aber bereits eine andere Frau: Marga Gütschow, die schon 1899 die Reifeprüfung entsprechend „den Vorschriften der Zahnärzte“ ablegen durfte als Zugangsvoraussetzung zum Studium, doch die dann nur – oder immerhin? – als Hörerin zugelassen wurde. 1903 erhielt sie die Zulassung zur zahnärztlichen Staatsprüfung.⁵⁴

⁵¹ Ebenda, S. 545, vgl. VO. vom 14. Dezember 1911.

⁵² Vgl. auch das Vorlesungsverzeichnis 1909/10, aus dem hervorgeht, dass F. Ortmann bereits am 5. 3. 1910 exmatrikuliert wurde. Vgl. im übrigen Pirina Kittel: „... und nehmen den Studenten die Plätze fort“, S. 30/31.

⁵³ UAR, Akte Sophie Jourdan (1913). Vgl. auch Hager, Über das Frauenstudium, S. 51.

⁵⁴ Vgl. Kittel, „...und nehmen den Studenten die Plätze fort“, S.21/22, sowie Promotionsakte der Philologin Erna Grawi, in der kurz auf den Fall Gütschow Bezug genommen wird.

An der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität gab es zwei Frauen, die im ersten Jahr der Etablierung des Frauenstudiums den Dokortitel erwarben: die aus Hannover stammende Erna Grawi (geb. 1885), Tochter eines jüdischen Möbelfabrikanten, und die schon benannte Elisabeth Bernhöft (geb. 1880), Tochter des Rostocker Juristen und Universitätsprofessors Franz Bernhöft. Bei beiden Frauen wurden die mittels Hörscheinen absolvierten Semester, die Hörersemester, als reguläre Studiensemester gerechnet, also voll anerkannt. Erna Grawi hatte fünf Semester in Berlin studiert, eines in Göttingen, und schließlich fünf in Rostock. Vor ihrem Studium war sie Teilnehmerin an Mädchengymnasialkursen in ihrer Heimatstadt gewesen, um dann in Goslar die Reifeprüfung abzulegen. Sie wurde am 30. Juli 1909 zum Dr. phil. promoviert, nachdem sie ihre Arbeit „Die Fabel vom Baum und Schilfrohr in der Weltliteratur“ eingereicht und verteidigt hatte, auch mündlich in den Fächern Französische Literatur, Englisch und Philosophie geprüft worden war.⁵⁵

Die Zulassung zum Promotionsverfahren wurde im Falle Erna Grawis bei unterschiedlicher Meinung der an der Fakultät lehrenden Professoren erteilt. So empfahl der damalige Rektor Wolfgang Golther zwar die Zulassung, doch „mit entschiedenem Unbehagen“. Bedenken hatte auch sein Kollege Eugen Geinitz. Die Mehrzahl der Professoren, darunter Hermann Reincke-Bloch, der Bruder der Rostocker Reformpädagogin Marie Bloch, und der die Arbeit betreuende Rudolf Zenker, stimmten uneingeschränkt für die Einleitung des Promotionsverfahrens. Zenker hatte sich in seinem Gutachten ohnehin sehr lobend über den Text der Doktorandin ausgesprochen. – Da Erna Grawi noch v o r Beginn des regulären Frauenstudiums promovierte, kann ihr Fall als Sonderfall gelten, der einmal mehr die widerspruchsvolle Situation an der Rostocker Universität um 1909/10 kenntlich macht.

Die zweite Promovendin, Elisabeth Bernhöft, war bereits seit dem 24. Juni 1904 Hörerin – und selbst vor diesem Zeitpunkt hatte sie das „geschichtliche Colleg (Geschichte der deutschen Philosophie seit Kant, d. Verfn.) besucht“.⁵⁶ Elisabeth Bernhöft hörte auch: „Einleitung in die Philosophie und Pädagogik“, „Geschichte der neueren Philosophie“, „Logik“ und Weiteres. Sie erhielt den Dokortitel am 28. Januar 1910 und erwarb damit zugleich die Befähigung zum höheren Schuldienst. Aus ihrem Lebenslauf geht hervor, dass sie in Rostock die höhere Mädchenschule besucht, das Lehrerinnen-Examen bestanden, dann als Lehrerin gearbeitet; in Paris die französische Sprache erlernt hatte, schließlich in ihrer Heimatstadt wieder als Erzieherin tätig gewesen war. 1907 legte sie am Fridericianum (dem Großherzoglichen Friedrich-Franz-Gymnasium) in Doberan die Reifeprüfung ab. Sie studierte dann „in vollem Umfang“ Deutsch, Geschichte,

⁵⁵ UAR, Akte Prom. phil. Erna Grawi (1909/10).

⁵⁶ Vgl. Kittel, „... und nehmen den Studenten die Plätze fort“, S. 24f.

Französisch und Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität. Das Thema ihrer Dissertationsschrift war: „Das Lied vom hörnenen Siegfried. Vorgeschichte der Druckredaktion des 16. Jahrhunderts“. Die Probearbeit für die allgemeine Prüfung schrieb Elisabeth Bernhöft ihrem Wunsch gemäß über „Die Unsterblichkeitsbeweise in Platons ‚Phädon‘“⁵⁷

Wurden soeben einzelne Studentinnen und Promovendinnen benannt, so soll im folgenden ein Überblick über die Entwicklung der Studentinnenzahlen gegeben werden. Dabei wird ersichtlich: Es vollzog sich an der Rostocker Universität – und sie zählte ja zu den kleinsten des Deutschen Reiches – die Entwicklung des Frauenstudiums, auch nachdem es installiert war und trotz gegenteilig anmutender Einzelleistungen, langsamer als andernorts.⁵⁸ Studierten im ersten Semester der regulären Immatrikulation, im Wintersemester 1909/10, in Rostock lediglich drei Frauen, so stieg bis zum Wintersemester 1913/14 die Anzahl auf 16 an. In Greifswald gab es in dieser Zeit, gemäß den Angaben Barbara Hagers, bereits 72 studierende Frauen.

Während des Ersten Weltkriegs zeigte sich der Trend einer (wenngleich nicht stetigen) Erhöhung der Studentinnenanzahl auch in Rostock. Die Zahl studierender Frauen stieg auf 43 im Sommersemester 1916, dem 4. Kriegsesemester. Sie sank dann zwar im Wintersemester 1916/17 wieder auf 33, doch kletterte im Sommersemester 1917 schließlich auf 71. Im Winterhalbjahr 1917/18, dem 7. Kriegsesemester, befanden sich 65 studierende Frauen an der Rostocker Universität (9 legten erfolgreich das Examen ab) und im Sommerhalbjahr 1918, dem 8. Kriegsesemester, betrug die Anzahl sogar 83 (davon 11 mit Examen). Im Winterhalbjahr 1918/19, dem 9. und letzten Kriegsesemester, betrug die Studentinnenanzahl 80.

Im Sommersemester 1919 hatten sich 180 Studentinnen immatrikulieren lassen, doch es gab bereits 60 Exmatrikulationen nach kurzer Zeit. Über die Gründe hierfür lässt sich nur mutmaßen. Womöglich fühlten sich manche der Frauen den Anforderungen des Studiums doch nicht gewachsen oder ihre soziale Situation als Studentin war nicht durchhaltbar. Während des Krieges waren auch etliche der studierenden Mädchen und Frauen Aufrufen gefolgt, in der Kriegswirtschaft (etwa in Munitionsfabriken, doch ebenso in der Verwaltung) tätig zu werden. Ein möglicher Grund zur Exmatrikulation könnte aber auch der Wechsel an eine andere Universität gewesen sein.

Generell hatte in Deutschland zwischen 1914 und 1918 eine große Anzahl Mädchen und Frauen die Chance zu studieren wahrgenommen, und das an sämtlichen Universitäten. Viele strebten eine selbständige Berufstätigkeit an – was man ihnen teilweise auch zum Vorwurf machte. Anfang der 20er Jahre aber sank,

⁵⁷ UAR, Stud. Akte Elisabeth Bernhöft (1910).

⁵⁸ Vgl. Hager, über das Frauenstudium, S. 33.

bedingt durch Nachkriegskrise und Inflation, in ganz Deutschland die Zahl der Studentinnen. Dies lässt sich auch für Rostock nachweisen, wenngleich die Zahlen hier offenbar konstanter blieben als anderswo.

Am Ende der Weimarer Republik, kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, lag die Studentinnenanzahl in Rostock wieder außerordentlich hoch – betrug beispielsweise 1932 nicht weniger als 484, wenngleich sich diese Zahl vor allem durch Exmatrikulationen bald auf 242 verringerte. Die weiblichen Studierenden verteilten sich auf alle Fakultäten und nahezu jedes Fachgebiet (außer Archäologie, das im Sommer 1932 von keiner Studentin belegt war).

Ein Jahr später, im Sommer 1933, waren 283 Frauen immatrikuliert worden – so dass sich der Gesamtbestand auf 520 belief. Damit war, wenngleich auch diese Studentinnenzahl sich innerhalb eines kurzen Zeitraums wieder verringern würde, ein Höchststand innerhalb der Geschichte des Rostocker Frauenstudiums von den Anfängen bis ca. 1939 erreicht. Er betraf die Gesamtstudentinnenzahl, doch entsprechend auch die Fakultätszahlen.

Um nochmals die Wahl der Studienfächer genauer aufzuschlüsseln: Ließen sich die ersten Rostocker Studentinnen an der Philosophischen und Medizinischen Fakultät immatrikulieren, so erreichte die Anzahl der Medizinerinnen bald den höchsten Stand.⁵⁹ Vom Wintersemester 1909/10 bis einschließlich Sommersemester 1926, in insgesamt 34 Semestern, wurden speziell an der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock dreihundertfünfzehn Studentinnen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren immatrikuliert. Die auf Medizin nächstfolgenden Immatrikulationsfächer waren neben Neuerer Philologie und Germanistik auch Staatswissenschaften oder Chemie. Pharmazie studierende Frauen gab es ebenfalls in zunehmendem Maße.⁶⁰

So lässt sich, alles in allem, eine positive Bilanz der Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland und – mit Einschränkungen – auch in Mecklenburg und Rostock bis zum Ende der Weimarer Republik, also bis etwa 1932/33, ziehen. Jedes akademische Studium, alle Fakultäts- und Staatsprüfungen sowie Promotionen und fast alle akademischen Berufe waren den Frauen nunmehr zugänglich.⁶¹

Als nächstes soll die Rede nochmals auf jenen Aspekt kommen, der eng mit dem Frauenstudium verknüpft war: die schulische Vorbildung der Frauen und Mädchen: Hier sah es, statistisch gesehen, im Jahre 1919 folgendermaßen aus. Das Realgymnasium (mit Latein und modernen Fremdsprachen) nahm als

⁵⁹ Ebenda, S. 34/35.

⁶⁰ Vgl. ebenda, S.35. Die Reihenfolge in den von Studentinnen bevorzugten Fächern wurde aber gemäß neuesten Untersuchungsergebnissen leicht verändert.

⁶¹ Hier sei beispielsweise erwähnt, dass Frauen zwar Theologie studieren, doch anschließend kein Pfarramt übernehmen durften; in Mecklenburg – bis auf verschwindend wenige Ausnahmen – nicht vor 1972! Sie wirkten lediglich als Vikarinnen o.ä.

Ausbildungsstätte mit 92 Absolventinnen den vorderen Platz ein, gefolgt vom Gymnasium (mit Latein und Griechisch als Hauptfächern) mit 47. Einige Studentinnen – es waren 9 – konnten kein Reifezeugnis einer der genannten Studienanstalten vorweisen. Sie konzentrierten sich im Bereich Neue Philologie/ Germanistik, und es handelte sich bei ihnen vermutlich um Frauen, die ein Lehrerinnenexamen abgelegt hatten. Es gab ferner 8 Studentinnen, die das Reifezeugnis der Oberrealschule (mit Naturwissenschaften und modernen Fremdsprachen) besaßen. Um 1926 waren die Verhältnisse dahingehend verändert, dass das klassische Gymnasium als schulische Bildungsform wieder an Einfluss gewonnen hatte. Bei der größten Gruppe weiblicher Studierender, den Medizinerinnen, blieb allerdings das Realgymnasium lange Zeit dominierend.⁶²

Was die soziale Herkunft der Frauen und Mädchen, die in Rostock – speziell Medizin – studierten, anging: Die Väter waren hauptsächlich mittlere und höhere Beamte, Handel- und Gewerbetreibende, Angehörige freier akademischer Berufe und in geringem Ausmaß Landwirte und Handwerker. In den 30er Jahren erschien die soziale Herkunft insofern modifiziert, als mittlere Beamte und Lehrer als Väter der studierenden Töchter weitaus häufiger vertreten waren als zuvor.⁶³ Offenbar spielte in den jeweiligen, mehr oder weniger gut situierten Familien der Gedanke eine Rolle, den Töchtern eine hohe Bildung und gute Ausbildung zu ermöglichen. Hinsichtlich der regionalen Herkunft der in Rostock (Medizin) studierenden Frauen ist festzuhalten, dass die meisten aus Preußen kamen, dann folgte Mecklenburg und schließlich Sachsen.

Wurde vorhin eine weitgehend positive Bilanz des Frauenstudiums in Deutschland gezogen, so sei an dieser Stelle wieder eine Einschränkung hinzugefügt. Letztlich blieb der Anteil studierender Frauen, auch und gerade in Rostock, gegenüber der Gesamtzahl der immatrikulierten Studenten deutlich zurück. Die Ursache dafür ist – was sich wie ein roter Faden durch die Jahre vor 1918/19 zieht – in der schon im Abschnitt „Frauenbewegung“ erläuterten wirtschaftlichen und politischen Situation im damaligen Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin zu suchen. Das dünn besiedelte, überwiegende Agrarland Mecklenburg war ja zugleich durch die Abwesenheit einer parlamentarischen Regierungsform geprägt.

⁶² Hager, Über das Frauenstudium, S. 55. Um genauere Zahlen zu nennen: Von den dreihundertfünfzehn Medizinstudentinnen, die zwischen 1909 und 1926 an der Rostocker Universität immatrikuliert wurden, hatten 83,1% ein Realgymnasium absolviert, 12,4 % die Oberrealschule, 1,6 % Lyzeum und Gymnasium; 1,0 % verfügten über eine private Vorbildung, und 0,6 % hatten jeweils das Humanistische Gymnasium oder ein Oberlyzeum besucht oder aber konnten Schulbesuch und private Vorbildung in Kombination vorweisen.

⁶³ Ebenda, S. 68.

Nach 1918, also unter bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen (der Weimarer Republik) sahen die Relationen hinsichtlich des Anteils studierender Frauen gegenüber dem männlicher Studenten folgendermaßen aus: 1919 waren etwa 9 % der Studierenden an der Rostocker Universität Frauen; 1926 waren es ca. 12 % und 1933 schließlich 19 % – ehe sich der prozentuale Anteil vorerst wieder verringerte.

War oder wurde das Verhältnis von männlichen und weiblichen Studierenden im Bereich Medizin ausgeglichener, ebenso in den Fächern Germanistik sowie Philosophie und Geschichte, oder auch Pharmazie, so gab es große Differenzen des Studienanteils von Männern und Frauen in den Studienrichtungen Theologie, Rechtswissenschaft; abgeschwächt auch in Wirtschaftswissenschaft oder Mathematik und Naturwissenschaft, später Landwirtschaft. Das Fach Physik mieden Frauen zunächst völlig, ehe sie sich vereinzelt in diese Domäne wagten.⁶⁴ Hinsichtlich der Gesamtzahl der in Rostock zwischen 1909 und 1945 p r o m o - v i e r e n d e n Frauen lässt sich festhalten, dass sie an der Medizinischen Fakultät bei etwa 250 lag, an der Philosophischen Fakultät bei über 90 und an der Juristischen bei 33. Es gab auch vereinzelt Ehrenpromotionen von Frauen. Der Oberin und Religionspädagogin Magdalene von Tiling, einer bedeutenden Erscheinung der protestantischen Frauenbewegung, wurde am 29. September 1926 die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Rostock verliehen. Die Frauen, die an der Philosophischen Fakultät zu Ehrendoktorinnen ernannt wurden, sind: Else Lüders (am 12. November 1919), Mathilde Mann (am 1. Dezember 1924) und Alma von Hartmann, geb. Lorenz (am 31. Mai 1924).⁶⁵ Else Lüders und Alma von Hartmann – letztere die zweite Frau des Religionsphilosophen Eduard von Hartmann – erhielten die Ehrung u.a. deshalb, da sie Anteil hatten an der Bewahrung bzw. Weiterführung der Forschungsarbeiten ihrer Ehemänner; Mathilde Mann für ihre Verdienste um die dänische Sprache und Kultur und ihre Vermittlungsbemühungen zwischen Deutschland und Dänemark.

Fanden Frauen also zum Bereich der Promotionen und Ehrenpromotionen einen Zugang, so sind sie als Habilitandinnen an der Rostocker Universität sehr spät zu finden. Erst 1951 schloss an der Philosophischen Fakultät die Germanistin Hildegard Emmel ihre Habilitation erfolgreich ab.⁶⁶ Sie legte dazu eine Arbeit über „Mörikes Peregrinadichtung und ihre Beziehung zum Noltenroman“ vor.⁶⁷

⁶⁴ Die erste Frau, die nachweislich 1918/19 „Naturwissenschaften“ – wozu auch Physik gehörte – studierte, war die aus Warnemünde stammende Käte Burchard.

⁶⁵ Vgl. UAR, R 6 B 1/6 Ehrenpromotionen 1901-1944.

⁶⁶ UAR, R III, 385, Promotions- und Habilitationsstatistiken (1946-1975).

⁶⁷ UAR, PD 50, Habilitation Dr. Hildegard Emmel. H. E., geb. am 23.07.1911 in Frankfurt am Main, hatte schon einmal in Hamburg versucht, sich zu habilitieren. Sie war seit Januar 1950

Ebenfalls 1951 verteidigte die Agrarhistorikerin (Thünenforscherin) Gertrud Schröder-Lembke ihre Habilitationsschrift über „Die Einführung des Kleebaues in Deutschland vor dem Auftreten Schubarts von dem Kleefeld“. ⁶⁸ An der Theologischen Fakultät gab es die erste Frau, die sich habilitierte, 1952. Es handelte sich um Marie Louise Henry, die 1948 bereits an der Fakultät promoviert worden war und die dann ab 1953 als hauptamtliche Dozentin an der Universität wirkte. Das Thema ihrer Habilitationsschrift lautete: „Interpretationsprobleme zur Jesaja-Apokalypse“. ⁶⁹

Interessanterweise hatten Rektor und Konzil der Rostocker Universität schon 1909 eine Erklärung abgegeben, in der sie sich für die Gleichstellung von Frauen nicht nur hinsichtlich von Promotionen, sondern auch Habilitationen aussprachen – doch blieb dies offenbar jahrzehntelang folgenlos. ⁷⁰

Es hatte aber in Rostock vereinzelt schon Frauen gegeben, die Lehrveranstaltungen bestritten, und zwar als Lektorinnen für französische und englische Sprache und Literatur. Als erste Lektorin unterrichtete im Wintersemester 1918/19 Dr. Elise Lohmann, in Vertretung des Lektors der französischen Sprache. ⁷¹

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Gothewörterbuch bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1935 bereits war sie promoviert worden; ihre Arbeit handelte über „Das Verhältnis von *êre* und *triuwe* im Nibelungenlied und bei Hartmann und Wolfram“. Zu weiteren Lebensdaten – so war H. E. ab 1956 Lehrstuhlinhaberin in Greifswald, ging dann 1960 in die Bundesrepublik, bald weiter ins Ausland, und starb schließlich 1996 in der Schweiz – siehe Katalog zur Ausstellung des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität „90 Jahre Frauenstudium in Greifswald“ vom April 1999.

⁶⁸ Vgl. UAR, Habilitationsakte Gertrud Schröder-Lembke, 2/51. In einem Schriftstück vom 18. Dezember 1951 ist u.a. vermerkt: „Frau Dr. Schröder-Lembke hat soeben ihre Habilitation mit bestem Erfolg an der Landwirtschaftlichen Fakultät für das Fach ‚Agrargeschichte‘ abgeschlossen.“ G. Schröder-Lembke, Verfasserin mehrerer Arbeiten über die mecklenburgische Landwirtschaft der Thünenzeit, hatte seit dem Wintersemester 1949/50 einen Lehrauftrag an der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität und hielt Übungen über agrargeschichtliche Themen ab. Vom 1. Januar 1952 an würde sie als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Agrarökonomie der Landwirtschaftlichen Fakultät arbeiten.

⁶⁹ UAR, TD 1/48 und TD 1/52. Marie Louise Henry (geb. am 15. 6. 1911) stammt aus Brüssel. Zum Zeitpunkt ihrer Promotion (9. April 1948) war sie bereits Assistentin am Alttestamentlichen Seminar der Rostocker Universität und Lehrbeauftragte für die hebräische Sprache. Ihr Dissertationsthema war: „Studien zum Kulturkampf der Deutschen Evangelischen Kirche mit besonderer Berücksichtigung der mecklenburgischen Verhältnisse“.

⁷⁰ UAR, Frauenstudium Bd. I 1869-1910, RM B 12/1, Erklärung von Rektor und Konzil vom 28. Mai 1909. Es hieß dort: „Die Fakultäten stimmen sämtlich für die Gleichstellung der Frauen bezüglich der Promotion und Habilitation mit den Männern, mit Ausnahme der theologischen Fakultät, welche die Habilitation in ihrer Fakultät ausnimmt.“

⁷¹ Personen- und Vorlesungsverzeichnisse 1918-1945.

Weitere Lektorinnen folgten, darunter die erwähnte Mathilde Mann. In den späteren 30er Jahren und darüber hinaus – zwischen 1935/36 und 1941/42 – fehlen dann Frauen als Lehrende. Erst im Wintersemester 1941/42 gibt es wieder eine Lektorin für Französisch (Emmy Gehrig, geb. Menges), ab dem Sommersemester 1942 Lektorinnen für skandinavische Sprachen (cand. Mag. Else Dalhoff für Dänisch, Gudlov Koch, geb. Leere, für Norwegisch), ferner Studienrätin Dr. Annemarie von Harlem (geb. 1894)⁷², eine Nichte Laura Wittes, die Finnisch-Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene anbot.⁷³ Im Wintersemester 1943/44 beschäftigte die Universität je eine Lektorin für Italienisch (Ursula Voß) und für Spanisch (Harriet Brunnemann).

An der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wirkte seit dem Sommersemester 1943 Dr. Margarete Fuhrmann, die auch Rechtsberaterin für Arbeitnehmer bei der „Deutschen Arbeitsfront“ war.⁷⁴

Der Einsatz mehrerer hochqualifizierter Frauen war zweifellos der Ausnahme-, d.h. Kriegssituation, dem Fehlen männlicher Lehrkräfte, geschuldet. Es gab auch weibliche Assistenten an den Universitäts-Kliniken, am Hygienischen Institut und an weiteren Instituten, doch blieb ihre Anzahl ebenfalls deutlich geringer gegenüber der männlicher Kollegen.

War soeben von Frauen als Lehrende die Rede, so soll sich der Blick nun wieder direkt auf Frauen in der Forschung richten. Eine herausragende Erscheinung unter den studierenden und promovierenden Frauen der Rostocker Universität war die jüdische Sprachwissenschaftlerin Eva Fiesel, Tochter des Juristen

⁷² Vgl. Promotionsakte Annemarie von Harlem (1922). A. v. H. hatte als Thema ihrer Dissertationsschrift gewählt: „Herders Lehre vom Volksgeist. Ausgangspunkte, begrifflicher Inhalt und Anwendung auf Geschichte, Sprache und Literatur“.

⁷³ A. von Harlem, zunächst Studienrätin, nach 1945 Rektorin am Rostocker Lyzeum, war gesellschaftlich und politisch sehr aktiv, wirkte nach Kriegsende u.a. in der Rostocker Stadtverordnetenversammlung und im Mecklenburger Landtag. 1948 übersiedelte sie nach Bielefeld. Sie wurde Legationsrätin bzw. Konsulin I. Klasse im Auswärtigen Amt und wirkte zeitweise in Helsinki. Sie starb 1983. Vgl. hierzu: Keipke, Bodo: Siegfried Witte, in: *Zeitgeschichte Regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern*, 2. Jahrgang, H. 1 (Juli 1998), S. 52-56. In den Anmerkungen zum Artikel sind die Lebensdaten Annemarie von Harlems zu finden.

⁷⁴ UAR, Akte Dr. Margarete Fuhrmann, geb. 26.10. 1896, Lehrbeauftragte für Arbeitsrecht 1943-1947. Das universitäre Wirken M. Fuhrmanns in Rostock endete mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Dem Antrag der Wissenschaftlerin auf Wiederherstellung ihres Lehrauftrags im September 1945 konnte nicht mehr entsprochen werden, da sie durch ihre vorherige Mitgliedschaft in der NSDAP belastet erschien. Sie selbst führte an, nicht aus eigenem Entschluss in die Partei eingetreten zu sein und verwies auch auf ihr Engagement für ihre (oft sozial benachteiligten) Klienten bei der „Deutschen Arbeitsfront“.

und Universitätsprofessors Karl Lehmann und seiner Frau Henni Lehmann (die ja in der Rostocker Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielte).⁷⁵

Die Lehmanns zogen 1911 nach Göttingen, da Karl Lehmann an die dortige Universität berufen worden war. Die Tochter Eva ließ sich, nachdem sie von 1911/12-1915 in Göttingen studiert hatte, inzwischen verheiratet (kriegsgetraut) war, im September 1916 an der Rostocker Universität immatrikulieren. Ihrem Antrag wurde von Rektor und Konzil ohne Komplikationen stattgegeben. Sie erhielt eine „Entfreierung von der Vorschrift des § 59 der Disziplinarvorschriften“ – dem Ehefrauenparagraphen – „unter den vorliegenden besonderen Verhältnissen“. Die junge Frau, die anfangs in Rostock, dann mit ihrem Mann Ludolf Fiesel, einem Gymnasiallehrer, späteren Direktor der Staatlichen Volkshochschule, gemeinsam in Doberan wohnte, beendete ihr Studium erfolgreich. Dies wurde ihr am 2. Januar 1922 von Rektor und Konzil bescheinigt.⁷⁶ Sie hatte eine Fülle von Vorlesungen gehört bzw. Übungen absolviert, und zwar zu Themen der klassischen Philologie und Altertumskunde, der indogermanischen Sprachwissenschaft, der orientalischen Philologie – auch der Germanistik sowie der vergleichenden Sprachwissenschaft.

Eva Fiesel hatte ebenfalls eine Dissertation verteidigt, deren Thema lautete: „Das grammatische Geschlecht im Etruskischen“. Sie reichte diese Arbeit zugleich als Preisarbeit des Etatjahres 1919/20 ein – und die Schrift wurde von der Fakultät „mit dem vollen Preis gekrönt“.

Professor Gustav Herbig, der Direktor des Seminars für Vergleichende Sprachwissenschaft, verhandelte nunmehr mit dem Mecklenburg-Schwerinschen Ministerium, Abteilung für Unterricht, und bat „um nachträgliche Bewilligung eines weiteren ausserordentlichen Zuschusses zu den Druckkosten, damit die wissenschaftlich erfreulich hochstehende Arbeit, die der deutschen Forschung auch im Ausland Ehre machen wird, zum Drucke gelangt“.⁷⁷ Die Kosten von insgesamt 5.000 Mark konnten aufgebracht werden, und so erschien die Arbeit denn gedruckt, ebenso wie weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen Eva Fiesels in der Folgezeit erscheinen würden.

Die junge Frau folgte 1924 ihrem akademischen Lehrer Gustav Herbig nach München und war dort weiterhin wissenschaftlich tätig. 1927 veröffentlichte sie eine Studie über „Die Sprachphilosophie der deutschen Romantik“.

Mit Beginn der Naziherrschaft in Deutschland, 1933, erwies sich, dass den Lehmanns – also auch Eva – wengleich sie zum Christentum konvertiert waren,

⁷⁵ Henni Lehmann war auch Gasthörerin an der Universität; hörte etwa 1904 Vorlesungen über Differential- und Integralrechnung.

⁷⁶ UAR, Stud. Akte Eva Fiesel (1916).

⁷⁷ Vgl. ebenda.

ihre jüdische Herkunft zum Verhängnis wurde. Eva Fiesel, die seit 1926 von ihrem Mann Ludolf Fiesel geschieden war, emigrierte 1933 mit ihrer damals 12jährigen Tochter Ruth nach Italien, 1934 in die USA.

Dort setzte sie ihre wissenschaftliche Arbeit, zuletzt als Professorin, erfolgreicher denn je fort. Ihre Existenzbedingungen blieben jedoch auf längere Sicht unsicher. Eva Fiesel starb 1937, im Alter von nur 46 Jahren, in New York.⁷⁸ Im selben Jahr starb auch ihre Mutter Henni Lehmann in Berlin.

Die neben Eva Fiesel wohl bedeutendste Promovendin der Rostocker Universität ist die Archäologin und spätere Filmhistorikerin Lotte Eisner (1896-1983). Sie war am 26. Juli 1924 mit einer Arbeit über die „Entwicklung der Komposition auf griechischen Vasenbildern“ zum Dr. phil. promoviert worden. Anlässlich ihrer Promotion hatte die Doktorandin seinerzeit einen handschriftlichen Lebenslauf vorgelegt. Dieser umfasste bis zum Jahre 1924 ihre Lebensstationen. Lotte Eisner war am 5. März 1896 in Berlin als Tochter des Kaufmanns Hugo Eisner und seiner Frau Margarethe geboren worden; sie hatte im Herbst 1917 auf dem humanistischen Gymnasium zu Karlsruhe das Reifezeugnis erhalten und studierte dann mit Unterbrechung eines Semesters in Berlin, Freiburg, München und Rostock. Ihr Promotionsverfahren an der Rostocker Universität konnte mit „magna cum laude“ bewertet werden.⁷⁹

Lotte Eisner arbeitete dann 1926 als Journalistin für das „Berliner Tageblatt“, anschließend für das kulturelle Wochenblatt „Literarische Welt“ in Berlin und von 1927 bis 1933 für die Fachzeitschrift „Film-Kurier“. 1933 musste sie emigrieren und wirkte in Paris unter dem Namen Lotte Escoffier. 1934 und 1935 erschienen Beiträge von ihr in der Exilzeitschrift „Die Kritik“. Mit Henri Langlois (1914-1977) gehörte sie 1936 zu den Gründern der Cinémathèque Française, deren Kuratorin sie von 1945 bis 1968 war. Zu Lotte Eisners Werken gehören: „L'Écran démoniaque. Influence de Max Reinhardt et de l'Expressionisme“, Paris 1952; deutsche Ausgabe: „Dämonische Leinwand. Die Blütezeit des deutschen

⁷⁸ International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, Volume II, Part I, A- K, S. 295/96, and Part 2, L- Z, S. 703, The Arts, Sciences and Literature. München 1983. Vgl. zum Lebensgang der Eva Fiesel auch: Häntzschel, Hiltrud: "Amerika gab ihr, was ihr ihr Heimatland immer verwehrt hatte". Die Philologin Eva Fiesel (1891-1937), in: Häntzschel, Hiltrud/Bußmann, Hadumod: Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern. München 1997, S. 242-247. Vgl. auch Recherchen des Rostocker Historikers Andreas Wagner (die unveröffentlicht sind).

⁷⁹ UAR, Prom. Akte Lotte Eisner (Missive 8, betreffend Promotionsgesuch der cand. phil. Fräulein Lotte Eisner aus Berlin, Dek.-Jahr 1924/25). Darin befindet sich u.a. der handschriftliche Lebenslauf der Promovendin. Die Akte enthält aber auch einen Briefwechsel aus den 80er Jahren zwischen K. Steffen, der damaligen Leiterin des Rostocker Universitätsarchivs, und Dr. phil. Sabine Schiller-Lerg aus Münster. Auf eine entsprechende Anfrage hin teilt Frau Steffen am 3.1. 1984 Frau Schiller-Lerg die Lebensdaten Lotte Eisners bis 1924 mit.

Films“, Wiesbaden-Biebrich 1955, „F. W. Murnau“, Paris 1964; deutsche Ausgabe: „Murnau – Der Klassiker des deutschen Films“, Velbert 1967, und: „Fritz Lang“, London 1967.⁸⁰

Was Lotte Eisners Beziehung zu Rostock betrifft: Während der Nazi-Diktatur wurde ihr der Dokortitel durch die Rostocker Universität am 21. Februar 1940 wieder aberkannt. Auch entzog man ihr die deutsche Staatsbürgerschaft.⁸¹

Zweiundvierzig Jahre nach ihrer Promotion wurde sie dann wieder nach Rostock eingeladen, und zwar durch das Institut für Altertumswissenschaften sowie durch ihren damaligen Förderer und Doktorvater, Gottfried von Lücken. Am 5. Juli 1966 hielt die Filmhistorikerin einen Vortrag über „Stileinflüsse auf den deutschen Film“. Ihr Auftreten in Rostock fand große Resonanz. Lotte Eisner ist am 25. November 1983 in Garches, Frankreich, gestorben.⁸²

Ein gesondertes, doch mit dem Thema der begabten, aber verfemten jüdischen Wissenschaftlerinnen korrespondierendes Kapitel für das Frauenstudium in Rostock ergibt sich aus der Zeit des Nationalsozialismus. Hatten sich zum Ende der Weimarer Republik hin besonders viele Frauen und Mädchen an die Universität begeben und hatten sich auch weibliche akademische Lehrkräfte dort etabliert, so drohte den Akademikerinnen – nicht nur in Rostock, sondern in ganz Deutschland – dann infolge der Weltwirtschaftskrise Arbeitslosigkeit. Die staatliche Bürokratie reagierte entsprechend mit einer „Vereinbarung der Länder wegen Regelung des Zugangs der Abiturienten zu den Hochschulen“.⁸³ Am 25. April 1933 wurde von den an die Macht gelangten Nationalsozialisten ein „Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ verabschiedet. Es richtete sich in erster Linie gegen jüdische Studienbewerber.⁸⁴ Am 12. Januar 1934 wurde eine (schon am 28. Dezember 1933 erlassene) Verordnung bekanntgegeben, worin die Zahl der Abiturienten, die einen Studienplatz an Hochschulen erhalten würden, auf maximal 15 000 festgelegt war. Darunter sollten nur 10% Mädchen sein dürfen. Dieser Numerus Clausus benachteiligte studierwillige Mädchen und Frauen in hohem Maße.⁸⁵ Bereits ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten,

⁸⁰ Vgl. Brief Frau Schiller-Lergs vom 21.1. 1984 an Frau Steffen, dem diese Angaben entnommen sind.

⁸¹ Vgl. Brief von K. Steffen an Dr. phil. Sabine Schiller-Lerg vom 3.1. 1984.

⁸² Dieses Datum wurde wiederum von Dr. Sabine Lerg am 21. 1. 1984 an Frau Steffen übermittelt.

⁸³ Die Regelung datiert vom 15. Februar 1933; vgl. Claudia Huerkamp, *Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945*, Göttingen 1996, S. 80.

⁸⁴ Ebenda, S. 80. Der Anteil Neuimmatrikulierter pro Fakultät sollte 1,5 % „Nichtarier“ nicht überschreiten.

⁸⁵ Ebenda, S. 80.

Anfang 1935, aber wurde die Numerus-Clausus-Regelung wieder aufgehoben. Es gab jedoch fortan einen Arbeitsdienst, den auch die studierwilligen Abiturientinnen ableisten mussten.⁸⁶ Ein Rückgang an Neuimmatrikulationen insgesamt war zu verzeichnen, was vor allem jüdische Studenten und Studentinnen betraf.

Ab 1938 stieg die Anzahl neuimmatrikulierter Studentinnen, wenngleich langsam, wieder an. Es war durch die NS-Propaganda durchaus für die höhere Schulausbildung begabter Mädchen und die Aufnahme eines Studiums durch diese geworben worden, denn: Perspektivisch zeichnete sich ein Akademikermangel ab; außerdem würden die staatlich geplanten, vor allem wirtschaftlichen Aufgaben ohne die Mitwirkung qualifizierter Frauen nicht zu erfüllen sein.⁸⁷

Ab dem Jahre 1940 erfolgte dann ein deutlicher Anstieg von neuimmatrikulierten weiblichen Studenten. Die höchste Anzahl von studierenden Mädchen und Frauen an deutschen Universitäten wurde im Sommersemester 1943 und im Wintersemester 1943/44 erreicht, und zwar belief sich die Zahl auf 25 000 Frauen, was 47% aller Studierenden ausmachte.⁸⁸ So lässt sich resümieren, dass es während der Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus durchaus nicht zu der von der Forschung lange Zeit über angenommenen durchgängigen Repressionspolitik gegenüber studierenden Mädchen und Frauen und deren Zurückdrängung von den Universitäten gekommen war. Auch Rostock betreffend, kann aus Einzelbeispielen geschlussfolgert werden, dass spätestens mit Beginn der 40er Jahre Frauen an der Universität bereitwillig zum Studium angenommen wurden. Von einer Anpassung vieler weiblicher Studierender an die „gleichgeschalteten“ Strukturen ist dabei auszugehen. Dies betraf etwa auch die Vereine weiblicher Studierender an der Rostocker Universität.

So war 1933 die „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen“ gegründet worden.⁸⁹ Auch die NS-Frauenschaft und der BDM wirkten im universitären Umfeld. Die „Deutsch-Christliche Vereinigung studierender Frauen“ wurde hingegen 1938 verboten.⁹⁰ Sie hatte ihre Wurzeln in der Zeit nach 1918, also nach dem Ersten Weltkrieg, ebenso wie weitere Vereine, darunter der „Verband Rostocker Studentinnen“. Bei diesem handelte es sich um eine Interessenvertretung unter vorrangig wirtschaftlichem Gesichtspunkt; politische oder konfessio-

⁸⁶ Ebenda, S. 82/83.

⁸⁷ Ebenda, S. 88.

⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 89/90. Hierfür wird ein „Ursachenbündel“ konstatiert, so die NS-Werbung für das Frauenstudium, aber vor allem die erstmals von Brigitte Steffen-Korflür vermutete Tatsache, dass die Mädchen „anderweitigen Verpflichtungen oder Untätigkeitsvorwürfen“ entgehen wollten.

⁸⁹ UAR, R 13 N 16

⁹⁰ Ebenda, R 13 M 2.

nelle Bestrebungen wurden dagegen nicht verfolgt. Im Sommersemester 1918 waren 43 studierende Frauen Mitglied dort. Im Oktober 1919 jedoch erfolgte bereits die Auflösung des Verbandes.⁹¹ Weitere Möglichkeiten eines Zusammenschlusses für Studentinnen waren gegeben im „Verein studierender Frauen Rostocks“ (1919 gegründet, 1921 aufgelöst).⁹² Gerade dieser Verein – obwohl er leider nicht lange existierte – stand der zeitgenössischen Frauenbewegung nahe, vertrat die Grundsätze und Ideen des BDF („Bund Deutscher Frauenvereine“), trug also den Gedanken der Emanzipation auch nach Mecklenburg und Rostock – wo er sich nicht zuletzt ja im Frauenstudium selbst geltend machte, wie verzögert und hürdenreich dieses auch zustande gekommen war.

⁹¹ Ebenda, R 13 M 1. Vgl. auch Hager, Über das Frauenstudium, S. 36.

⁹² UAR, R 13 M 3.

Kleinschmidt, Bettina



Lebenslauf

Adresse der Homepage mit weiteren Informationen:
http://www.ub.uni-rostock.de/ub/xAboutUs/archiv_xde.shtml

Tätigkeit in Rostock: Archivarin
Fakultät: Universitätsarchiv Rostock
Institut: Universitätsbibliothek

Kurzbiografie: 1984-1987 Fachschule für Archivwesen Potsdam
1987-1988 Archivarin Sächsisches Staatsarchiv

Akademische Abschlüsse: 1987 Diplomarchivarin (FH)

Quellen: Eigene Angaben

Ausstellung zur Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Rostock

Von Bettina Kleinschmidt

In Erinnerung an die Immatrikulation der ersten Frau an der Universität Rostock vor 100 Jahren veranstaltete das Universitätsarchiv im Jahr 2009 eine Posterausstellung. Im Mittelpunkt der Präsentation der Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Rostock standen die Quellen des Universitätsarchivs. Auf 12 Postern wurden ausgewählte Schwerpunkte mit kurzen aussagekräftigen Texten und optisch ansprechenden Dokumenten und Fotos kombiniert.

Die Dokumentation beginnt mit der Zulassung der ersten Hörerinnen Ende des 19. Jahrhunderts und zeigt die weitere Entwicklung bis heute. Es werden nicht nur die ersten Studentinnen und Promovendinnen vorgestellt, sondern auch außergewöhnliche Persönlichkeiten und Biographien von herausragenden Wissenschaftlerinnen. Anhand der Ausstellung wird der schwere und lange Weg der Frauen in einen selbstverständlichen und gleichberechtigten akademischen Alltag deutlich.

Die Poster enthalten keinen vollständigen Abriss der Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Rostock, sondern nur einzelne Höhepunkte. Zu vielen Themen stehen umfangreiche Arbeiten noch aus.

Im Universitätsarchiv sind folgende Quellen zum Frauenstudium überliefert: Matrikelbücher der Universität Rostock, zeitgenössische Studentenkarteien, Studentenakten, Promotionsakten der einzelnen Fakultäten, Personalakten, Rektorsratsbestand, die Akten des Kurators, Fakultätsbestände und die Fotosammlung.

Auf den kommenden Seiten werden die Poster der Ausstellung in kleinem Format abgedruckt, bitte verwenden Sie zur besseren Ansicht die Digitalisate auf der angefügten DVD. Eine Publikation der Graphiken bedarf der Genehmigung durch das Universitätsarchiv.

Plakat 1

100 Jahre Frauenstudium an der Universität Rostock 1909 – 2009

Quellen aus dem Universitätsarchiv

Bildunterschriften

Großherzogliche Ergänzung der Disziplinarvorschriften für die Studierenden der Universität Rostock vom 29. Juni 1909: Frauen werden zum Studium zugelassen.

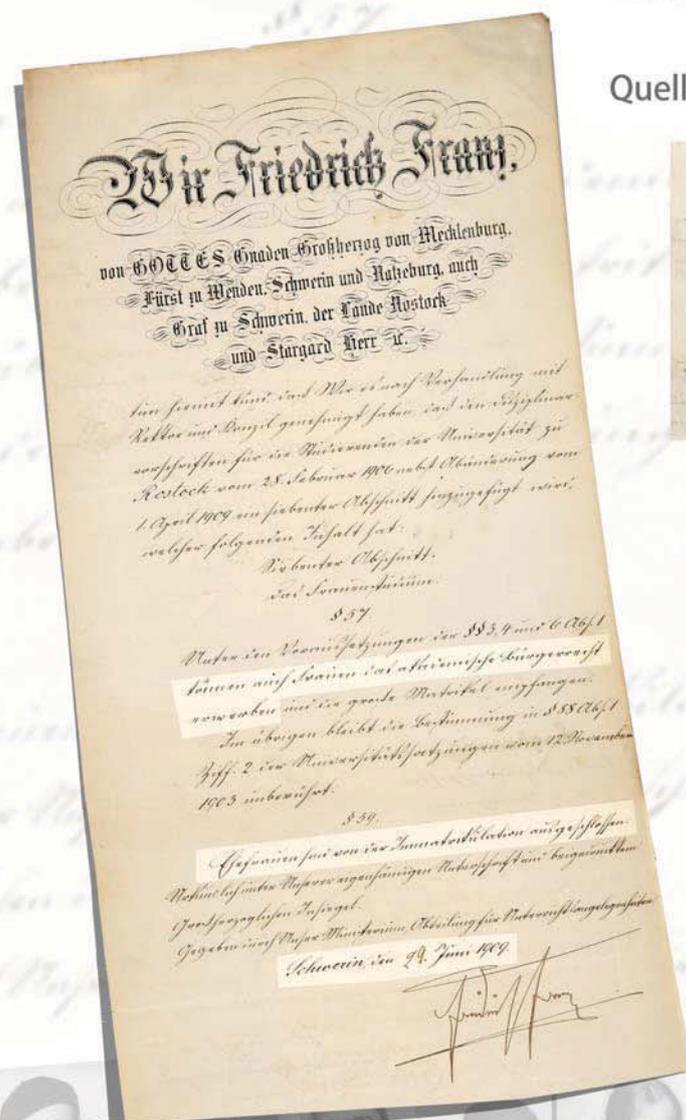
Zentral-Vorstand des Allgemeinen Vereins für Volkserziehung und Verbesserung des Frauenloos an den akademischen Senat der Universität Rostock, Stuttgart 20. Mai 1869: Ausschnitt: „Empfohlene Vorkehrungen und Maßregeln“ für das Frauenstudium.

Rektor und Konzil an das Großherzogliche Ministerium am 29. November 1907:

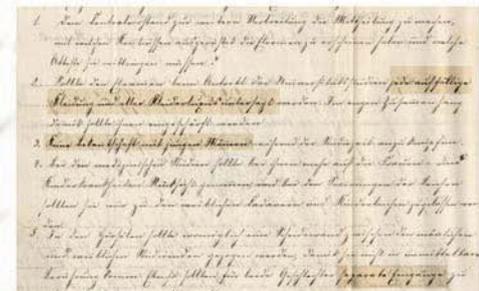
... Es kann nach Ansicht des Konzils nur eine Frage sein, wann unsere Universität dem Vorgange anderer Universitäten sich anschliessen und Frauen zur Immatrikulation zulassen wird. Uns aber erscheint es nicht dem Ansehen unserer Universität zu entsprechen, damit zu warten, bis das Vorgehen aller übrigen Universitäten uns zur Nachfolge zwingt.



100 Jahre
FRAUENSTUDIUM
 AN DER UNIVERSITÄT ROSTOCK
1909 - 2009
 Quellen aus dem Universitätsarchiv



Ihr Friedrich Franz,
 von Gottes Gnaden Großherzog von Mecklenburg,
 Fürst zu Wenden, Schwerin und Ratzeburg, auch
 Graf zu Schwerin, der Lande Rostock
 und Stargard Herr u.
 Ich freue mich sehr, dass Ihre schon auf Vorbestellung mit
 Reife und Eifer genugsam haben, und von der
 Vorbestellung für ein Ministerium des Ministeriums zu
 Rostock vom 28. September 1909 nach Ueberweisung vom
 1. April 1909 ein sächsischer Oberpräsident fungiert sind,
 welche folgenden Inhalt hat:
 Die sächsische Oberpräsident.
 Ein Ministerium.
 § 37.
 Nach dem Voran-Jahrgang des § 37 mit 6 Abs. 1
 können auf diesem Voran-Jahrgang
 von oben mit der große Ministerial-Verordnung.
 Im übrigen bleibt die Sachverhaltung in § 37 Abs. 1
 Ziff. 2 des Ministerial-Verordnung vom 12. November
 1903 unberührt.
 § 39.
 Gegenüber dem von der Universität Rostock angelegten
 Ministerial-Verordnung vom 12. November 1903
 sind folgende Änderungen
 gegeben sind: Ministerial-Verordnung für Ministerial-Verordnung
 Ministerium vom 29. Juni 1909.

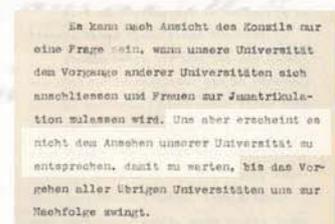


1. Die Lehrpläne sind nach der Bestimmung der Regierung zu erlangen, mit welcher die betreffenden Vorlesungen zu erlangen sind und welche Plätze für die Vorlesungen zu erlangen sind.
2. Die Vorlesungen sind nach der Bestimmung der Regierung zu erlangen, mit welcher die betreffenden Vorlesungen zu erlangen sind und welche Plätze für die Vorlesungen zu erlangen sind.
3. Die Vorlesungen sind nach der Bestimmung der Regierung zu erlangen, mit welcher die betreffenden Vorlesungen zu erlangen sind und welche Plätze für die Vorlesungen zu erlangen sind.
4. Die Vorlesungen sind nach der Bestimmung der Regierung zu erlangen, mit welcher die betreffenden Vorlesungen zu erlangen sind und welche Plätze für die Vorlesungen zu erlangen sind.
5. Die Vorlesungen sind nach der Bestimmung der Regierung zu erlangen, mit welcher die betreffenden Vorlesungen zu erlangen sind und welche Plätze für die Vorlesungen zu erlangen sind.

Zentral-Vorstand des Allgemeinen Vereins für Volkserziehung und Verbesserung des Frauenloosens an den akademischen Senat der Universität Rostock, Stuttgart 20. Mai 1869, Ausschnitt „Empfohlene Vorkehrungen und Maßregeln“ für das Frauenstudium



Die als Direktoren des Ministeriums dem Senat vorgelegt, in dem
 Ministerium die Ministerial-Verordnung.
 Rektor und Senat der Universität.
 Rostock, den 6. Mai 1909



Es kann nach Ansicht des Konzils nur
 eine Frage sein, wann unsere Universität
 den Vorzügen anderer Universitäten sich
 anschließen und Frauen zur Immatrikulation
 zulassen wird. Uns aber erscheint es
 nicht das Ansehen unserer Universität zu
 entsprechen, damit zu warten, bis das Vor-
 gehen aller übrigen Universitäten uns zur
 Nachfolge zwingt.

Rektor und Konzil an das Großherzogliche
 Ministerium am 29. November 1907

Großherzogliche Ergänzung der Disziplinavorschriften für die
 Studierenden der Universität Rostock vom 29. Juni 1909:
 Frauen werden zum Studium zugelassen



UNIVERSITÄTSARCHIV
MEDIENZENTRUM
GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE
DR. MARIANNE BEISE
ANDREAS LUTZENBAUER

Plakat 1

Plakat 2

Hörerinnen seit 1896
Hintertür zur Universität

Bildtexte

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen erkämpften sich die Frauen am Ende des 19. Jahrhunderts auch in Mecklenburg den Zugang zur Universität.

Im Wintersemester 1895/96 wurden an der Universität Rostock erstmals 18 Hörerinnen zugelassen. Ihr Zutritt blieb bis 1906 auf die Philosophische Fakultät beschränkt. Nur nach Zustimmung von Rektor und Dozenten erhielten sie die Erlaubnis, an einzelnen Vorlesungen teilzunehmen. Da Hörerinnen keine Mitglieder der Universität waren, hatten sie auch kein Recht, Prüfungen abzulegen.

Mit der Zulassung von 10 bis 20 Hörerinnen pro Semester stellten Frauen an der Universität Rostock bis 1908 weiterhin eine Ausnahme dar. Zwar wurde ihnen die vollwertige Immatrikulation noch vorenthalten, dennoch hatten diese mutigen Vorreiterinnen den ersten Schritt in die Universität als männliche Bildungsdomäne getan.



Das Frauenstudium auf den deutschen Univeritäten.

Am Herbst vorigen Jahres wurden den Frauen auch die preussischen Univeritäten, sowie die reichs-ländliche Univerität Straßburg und die heilige in Wien für das ordentliche Studium, d. h. für die Immatrikulation zugänglich gemacht, so daß ihnen jetzt alle Univeritäten des Reiches, ausgenommen allein die mecklenburgische in Rostock, offen stehen. Dadurch ist jetzt eine sichere Grundlage für die Statistik des Frauenstudiums geschaffen, die jeweils ein zuverlässiges Bild von dem schrittweisen Gange der Frau an alle akademischen Berufe gibt.

Die Zahl der weiblichen Studenten liegt im letzten Winter von 336 im Sommer des Vorjahres bereits auf 1108 und im laufenden Sommerhalbjahr auf 1432. Davon sind 900 in Preußen immatrikuliert, nämlich in Berlin 417 (im letzten Winter 400), in Bonn 144 (89), in Göttingen 110 (59), Breslau 64 (71), Greifswald 38 (5), Marburg 33 (27), Königsberg 30 (2), Halle 26 (22), Münster 25 (0), Kiel 13 (2). In Baden studieren 228 weibliche Studenten, nämlich in Heidelberg 138 (101) und in Freiburg 90 (67); in Bayern 173 (152), davon in München allein 148 (134), in Erlangen 16 (11) und in Würzburg 9 (7). In Ostpreußen studieren 56 (44), in Gießen 20 (23), in Straßburg 21 (31), in Jena 15 (13) und in Tübingen 9 (6).

An der Verteilung der studierenden Frauen auf die einzelnen Fakultäten bzw. Studienfächer ergeben sich in neuester Zeit gegenüber der Entwicklung zu Beginn des Frauenstudiums bemerkenswerte Abweichungen. Während noch vor 3 Jahren die Hälfte der Studentinnen sich der Medizin zuwandte, ist heute der Anteil der Medizinerinnen an der Gesamtzahl auf den vierten Teil zurückgegangen, wogegen der Zutritt zur Biologie und Literatur in erheblichem Maße hat. Die Hälfte der Studentinnen darauf entfällt. Stellt man den jetzigen Verhältnissen der einzelnen Studienfächer die des letzten Winters gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: Biologie und Philosophie oder Geschichte studieren 699 (im Winter 605), Medizin 371 (322), Mathematik und Naturwissenschaften 245 (175), Naturwissenschaften 42 (40), Zahnheilkunde 44 (40), Rechts- und Staatswissenschaften 25 (20), evangelische Theologie 4 (8) und Pharmazie ebenfalls 4 (8).

Der neuerdings hervorgetretene starke Zugang zur Philosophie und zur Mathematik bzw. zu den Naturwissenschaften ruht zweifellos daher, daß eine große Anzahl geprüfter Lehrerinnen von dem ihnen in Preußen neuerdings eingeräumten Rechte auf Immatrikulation auf Grund der sogenannten kleinen Mittel Gebrauch machen.

Eine Zahl der an den Univeritäten als außerordentliche Hörerinnen zugelassenen Frauen beträgt in diesem Sommer 1153 gegenüber 1783 im Winter und 1767 im Sommer 1908, so daß gegenwärtig 2284 Frauen am Univeritätsunterricht teilnehmen. Die meisten Hörerinnen zählt die Univerität Berlin, nämlich 149. München hat 116, Straßburg 107, Breslau 83, Tübingen 80, Bonn 78, Leipzig 76, Gießen 74, Erlangen 80, Bonn 78, Leipzig 76, Straßburg je 43, Rostock 40, Jena 38, Halle 28, Greifswald 22, Münster 20, Kiel und Würzburg je 19, Marburg und Erlangen je 8.

Rostocker Anzeiger vom 7. Juli 1909: „Das Frauenstudium auf den deutschen Univeritäten“

100 Jahre FRAUENSTUDIUM

Hörerinnen seit 1896
Hintertür zur Univerität



Nach jahrelangen Auseinandersetzungen erkämpften sich die Frauen am Ende des 19. Jahrhunderts auch in Mecklenburg den Zugang zur Univerität.

Im Wintersemester 1895/96 wurden an der Univerität Rostock erstmals 18 Hörerinnen zugelassen. Ihr Zutritt blieb bis 1906 auf die Philosophische Fakultät beschränkt. Nur nach Zustimmung von Rektor und Dozenten erhielten sie die Erlaubnis, an einzelnen Vorlesungen teilzunehmen. Da Hörerinnen keine Mitglieder der Univerität waren, hatten sie auch kein Recht, Prüfungen abzulegen.

Großherzogliches Justiz-Ministerium.
Schwerin L.M. den 17. Mai 1906.
G.Nr. 10008.

§ 3.
Ausnahmsweise kann in vorerwähnten Fällen an gebildete Frauen, welche ein besonderes natürliches Interesse an dem Hören einer bestimmten Vorlesung im Bereich der theologischen oder der philosophischen Fakultät darthun, vom Rektor in Einverständnis mit dem betreffenden Dozenten ein Hörschein für die fragliche Vorlesung ausgestellt werden.

Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium,
Abteilung für Unterrichts-Angelegenheiten.

Ertelung von Hörscheinen an Frauen, 7. September 1909

Mit der Zulassung von 10 bis 20 Hörerinnen pro Semester stellten Frauen an der Univerität Rostock bis 1908 weiterhin eine Ausnahme dar. Zwar wurde ihnen die vollwertige Immatrikulation noch vorenthalten, dennoch hatten diese mutigen Vorreiterinnen den ersten Schritt in die Univerität als männliche Bildungsdomäne getan.

Die deutschen Univeritäten sind nach ihrer historischen Entwicklung nicht bloß Lehr- und Forschungsanstalten der Wissenschaft, sondern dienen auch dazu, in freier Form den Charakter zu bilden und die Studenten zur männlichen Tüchtigkeit zu erziehen.

Das unterzeichnete Ministerium ist deshalb den Bestrebungen nicht geneigt, welche die Univeritäten gleichmäßig den Männern und den Frauen öffnen wollen.

Dagegen hat es kein Bedenken dagegen, bis dem Bedürfnis der Frauen nach höherer und Berufsbildung die rechten Wege hergerichtet sind, in angemessenen Grenzen auch Frauen als Hörerinnen zu den Vorlesungen der Univerität zuzulassen.

Durch Reskript vom 9. Oktober 1896 ist es bereits gestattet worden, daß im Bereich der philosophischen Fakultät Frauen unter gewissen Bedingungen die Vorlesungen der Univerität besuchen können.

Das unterzeichnete Ministerium verordnet nun darüber hinaus auf Grund des § 88 Abs. 2 der Satzungen unter Aufhebung des genannten Reskripts hierdurch bis auf weiteres das Folgende:

1. Weiblichen Personen, welche das Reifezeugnis von einem humanistischen Gymnasium, einem Realgymnasium, einer Oberrealschule oder einem nach Beschluß des Engeren Konzils diesen Lehranstalten gleichwertigen Mädchen-Gymnasium des Deutschen Reichs besitzen, und die in § 3 Ziff. 1, 2, 3 der Disziplinärvorschriften erwähnten Zeugnisse vorlegen, kann der Rektor im Gebiet aller Fakultäten, insoweit als das entsprechende Reifezeugnis den Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung für die Einschreibung in das Album der betreffenden Fakultät geben würde, einen Hörschein zu der Folge erteilen, daß die Inhaberin des Hörscheins regelmäßig zum Besuch aller Vorlesungen berechtigt ist, welche im Gebiet der betreffenden Fakultäten stattfinden.

An
Rektor und Konzil der Univerität
zu Rostock.

Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium,
Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten.
Langfeld.

Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium an Rektor und Konzil der Univerität Rostock am 17. Mai 1906. Öffnung der Univerität für Frauen



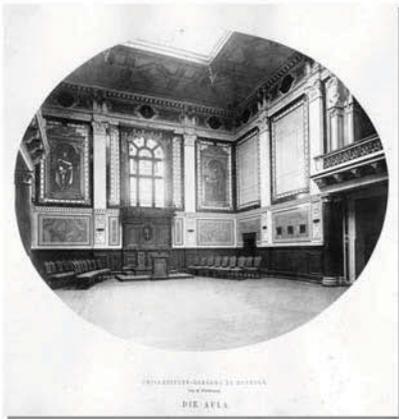
Plakat 3**Die ersten Immatrikulationen 1909
Schlusslicht im Deutschen Reich****Bildtexte**

Der Großherzog genehmigte am 29. Juni 1909 die Immatrikulation von Studentinnen. Damit war die Universität Rostock die letzte deutsche Hochschule, die das Frauenstudium einführte.

Elisabeth Bernhöft schrieb sich am 27. Oktober 1909 als erste Frau in die damals 490-jährige Matrikel der Universität Rostock ein. Die 1880 geborene Tochter des Rostocker Rechtsprofessors Franz Bernhöft war seit 1904 Hörerin in den Fächern Deutsch, Geschichte, Französisch und Philosophie. Sie promovierte 1910 an der Philosophischen Fakultät. Ebenfalls im Oktober 1909 wurden die Germanistikstudentin Frida Ortmann und die Medizinstudentin Sophie Jourdan immatrikuliert.

Auch wenn Frauen auf dem Weg zu akademischer Bildung noch viele Hürden zu nehmen hatten, waren diese ersten Studentinnen die Protagonistinnen, mit denen im Wintersemester 1909/10 ein neues Kapitel der Geschichte der Universität Rostock begann.

Abgangszeugnis der Universität Rostock für Elisabeth Bernhöft vom 2. Juli 1910.



100 Jahre FRAUENSTUDIUM

Die ersten Immatrikulationen 1909 Schlusslicht im Deutschen Reich

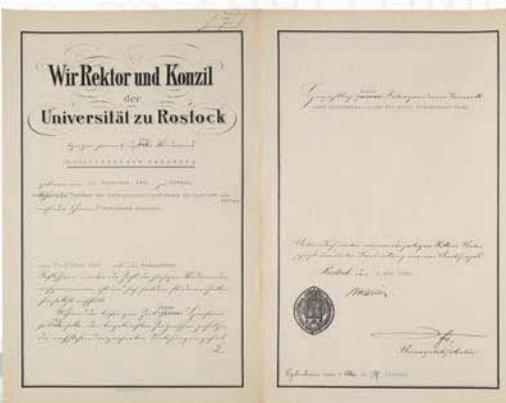
Der Großherzog genehmigte am 29. Juni 1909 die Immatrikulation von Studentinnen. Damit war die Universität Rostock die letzte deutsche Hochschule, die das Frauenstudium einführte.

Elisabeth Bernhöft schrieb sich am 27. Oktober 1909 als erste Frau in die damals 490-jährige Matrikel der Universität Rostock ein. Die 1880 geborene Tochter des Rostocker Rechtsprofessors Franz Bernhöft war seit 1904 Hörerin in den Fächern Deutsch, Geschichte, Französisch und Philosophie. Sie promovierte 1910 an der Philosophischen Fakultät. Ebenfalls im Oktober 1909 wurden die Germanistikstudentin Frida Ortmann und die Medizinstudentin Sophie Jourdan immatrikuliert.

Rektoratsjahr: 1909/10 Unter dem Rektorat des Herrn Professor Dr. Wolfgang Golther wurden immatrikuliert:

Jahr und Tag	Nr.	Nr. und Namen	Geburts- Jahr	Geburts- Ort	Religion	Staats- angehörigkeit	Immatrikulation bei	Prüfung	Schulart Immatrikulation	Prüfung Immatrikulation	Stand bei Eintritt	Bemerkungen
27. Okt. 1909	69	Bernhöft, Elisabeth	1880	23. Sept. ca. bei Norditz			Rostock	Rostock	gymn.	Personen- akt Rostock		Immatrikuliert am 27. 10. 1909 Bücherei Bücherei
27. Oktober 1909	74	Sophie Jourdan	1885	1. Aug. Kapf. Jüterbog			Mülheim an der Ruhr	Berlin	med.	Professur Berlin	Heinrich Galle	Immatrikuliert am 29. 10. 1909 Bücherei
30. Okt. 1909	76	Frida Ortmann	1886	1. Oktober, ev. bei Norditz			Wolgast	Wolgast	gymn.	Personen- akt Wolgast		Immatrikuliert am 30. 10. 1909

Matrikeleintragungen der ersten drei Studentinnen im Oktober 1909 (Fotomontage)



Auch wenn Frauen auf dem Weg zu akademischer Bildung noch viele Hürden zu nehmen hatten, waren diese ersten Studentinnen die Protagonistinnen, mit denen im Wintersemester 1909/10 ein neues Kapitel der Geschichte der Universität Rostock begann.



Plakat 4

Entwicklung bis 1945

Bildtexte

Das Frauenstudium an der Universität Rostock entwickelte sich anfangs nur zögerlich. Zu einem Aufschwung der Studentinnenzahlen kam es erst während des Ersten Weltkrieges. Viele Frauen nutzten die besonderen Umstände, um zu studieren und eine selbständige Berufstätigkeit anzustreben. Im Sommersemester 1919 waren erstmals 180 Studentinnen immatrikuliert. Das entsprach einem weiblichen Anteil von 10 Prozent aller Studierenden.

Nachdem Frauen zunächst nur an der Philosophischen und Medizinischen Fakultät zugelassen wurden, konnten sie am Ende der Weimarer Republik alle Fachrichtungen wählen. Im Sommersemester 1933 studierten in Rostock 508 Studentinnen. Damit hatte sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Immatrikulierten im Vergleich zu 1919 verdoppelt.

Die Nationalsozialisten propagierten die Rolle der Frau als Mutter. Sie verpflichteten Studienbewerberinnen zum Reichsarbeitsdienst und erschwerten die Zugangsbedingungen zu den Hochschulen. Die Anzahl der Studenten wurde systematisch gesenkt, der Frauenanteil sollte nur noch 10 Prozent betragen.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte die faschistische Politik zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Studentinnen wurden erstmals gefördert. Auch an der Universität Rostock erhöhte sich die Anzahl der studierenden Frauen. Waren 1940 bereits 30 Prozent der Studenten weiblich, so stieg ihr Anteil 1944 auf 60 Prozent an.

Großherzogliches Ministerium an Rektor und Konzil der Universität Rostock am 8. Juli 1918: Ehefrauen sind vom Studium ausgeschlossen.

Anzahl der Studentinnen an der Universität Rostock 1909 bis 1939.

100 Jahre

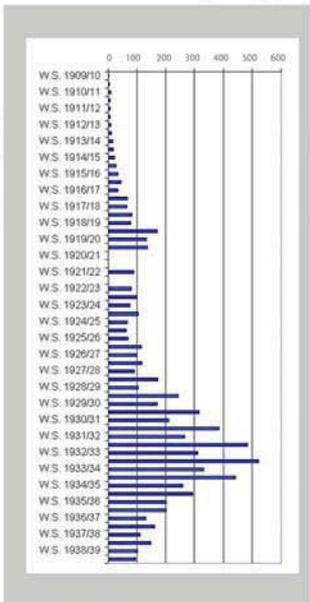


FRAUENSTUDIUM Entwicklung bis 1945



Das Frauenstudium an der Universität Rostock entwickelte sich anfangs nur zögerlich. Zu einem Aufschwung der Studentinnenzahlen kam es erst während des Ersten Weltkrieges. Viele Frauen nutzten die besonderen Umstände, um zu studieren und eine selbständige Berufstätigkeit anzustreben. Im Sommersemester 1919 waren erstmals 180 Studentinnen immatrikuliert. Das entsprach einem weiblichen Anteil von 10 Prozent aller Studierenden.

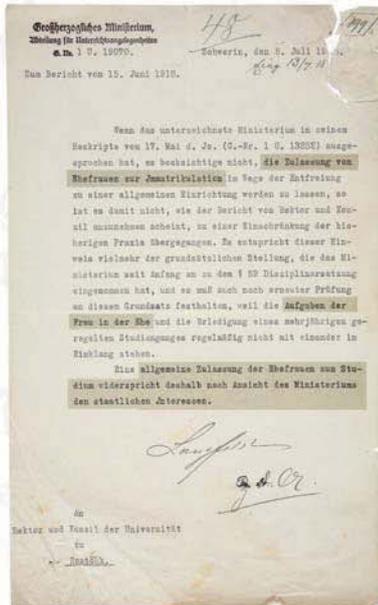
Nachdem Frauen zunächst nur an der Philosophischen und Medizinischen Fakultät zugelassen wurden, konnten sie am Ende der Weimarer Republik alle Fachrichtungen wählen. Im Sommersemester 1933 studierten in Rostock 508 Studentinnen. Damit hatte sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Immatrikulierten im Vergleich zu 1919 verdoppelt.



Anzahl der Studentinnen an der Universität Rostock 1909 bis 1939

Die Nationalsozialisten propagierten die Rolle der Frau als Mutter. Sie verpflichteten Studienbewerberinnen zum Reichsarbeitsdienst und erschwerten die Zugangsbedingungen zu den Hochschulen. Die Anzahl der Studenten wurde systematisch gesenkt, der Frauenanteil sollte nur noch 10 Prozent betragen.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte die faschistische Politik zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Studentinnen wurden erstmals gefördert. Auch an der Universität Rostock erhöhte sich die Anzahl der studierenden Frauen. Waren 1940 bereits 30 Prozent der Studenten weiblich, so stieg ihr Anteil 1944 auf 60 Prozent an.



Großherzogliches Ministerium an Rektor und Konzil der Universität Rostock am 8. Juli 1918: Ehefrauen sind vom Studium ausgeschlossen



Plakat 5

Das weibliche Promotionsrecht Zustimmung mit erheblichem Unbehagen

Bildtexte

Den ersten Dokortitel, der an der Universität Rostock einer Frau verliehen wurde, erhielt am 3. August 1909 Erna Grawi von der Philosophischen Fakultät. Die Tochter eines Möbelfabrikanten wurde 1885 in Hannover geboren. Nach dem Studium an den Universitäten Berlin und Göttingen war sie ab 1907 Hörerin in den Fächern Französisch, Englisch und Philosophie in Rostock.

Sophie Jourdan wurde 1913 als erste Frau an der Medizinischen Fakultät promoviert. Sie hatte im In- und Ausland als Lehrerin gearbeitet und danach in Berlin, Halle und Kiel studiert. Das medizinische Staatsexamen bestand sie 1912 in Rostock.

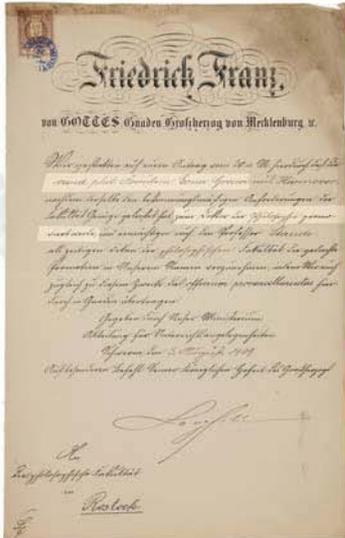
Eine herausragende Philologin war die 1920 an der Philosophischen Fakultät promovierte Eva Fiesel (1891-1937). Die Tochter des Rostocker Rechtsprofessors Karl Lehmann hatte in Göttingen und Rostock studiert. 1924 folgte sie dem Sprachwissenschaftler und Spezialisten für Etruskologie, Prof. Gustav Herbig, nach München. Auf Grund ihrer jüdischen Abstammung musste sie 1934 in die USA emigrieren, wo sie ihre wissenschaftliche Arbeit bis zu ihrem frühen Tod fortsetzen konnte.

Insgesamt promovierten bis 1945 etwa 90 Frauen an der Philosophischen, 250 an der Medizinischen und 30 an der Juristischen Fakultät.



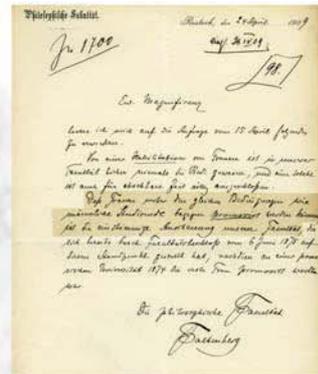
100 Jahre FRAUENSTUDIUM

Das weibliche Promotionsrecht Zustimmung mit erheblichem Unbehagen



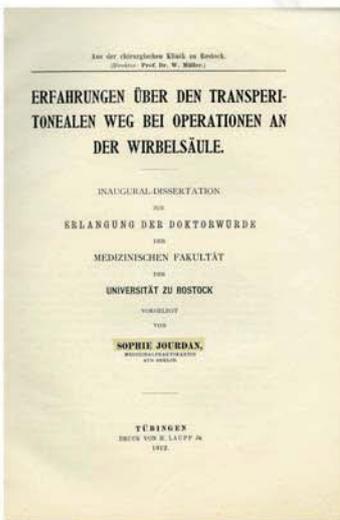
Größherzog an die Philosophische Fakultät am 3. August 1909: Zustimmung zur Promotion Erna Grawis

Den ersten Dokortitel, der an der Universität Rostock einer Frau verliehen wurde, erhielt am 3. August 1909 Erna Grawi von der Philosophischen Fakultät. Die Tochter eines Möbelfabrikanten wurde 1885 in Hannover geboren. Nach dem Studium an den Universitäten Berlin und Göttingen war sie ab 1907 Hörerin in den Fächern Französisch, Englisch und Philosophie in Rostock.



Philosophische Fakultät an den Rektor am 24. April 1909: Stellungnahme zur Promotion von Frauen

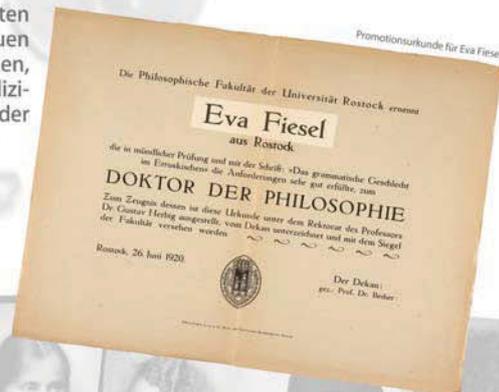
Sophie Jourdan wurde 1913 als erste Frau an der Medizinischen Fakultät promoviert. Sie hatte im In- und Ausland als Lehrerin gearbeitet und danach in Berlin, Halle und Kiel studiert. Das medizinische Staatsexamen bestand sie 1912 in Rostock.



Deckblatt der Dissertation von Sophie Jourdan

Eine herausragende Philologin war die 1920 an der Philosophischen Fakultät promovierte Eva Fiesel (1891-1937). Die Tochter des Rostocker Rechtsprofessors Karl Lehmann hatte in Göttingen und Rostock studiert. 1924 folgte sie dem Sprachwissenschaftler und Spezialisten für Etruskologie, Prof. Gustav Herbig, nach München. Auf Grund ihrer jüdischen Abstammung musste sie 1934 in die USA emigrieren, wo sie ihre wissenschaftliche Arbeit bis zu ihrem frühen Tod fortsetzen konnte.

Insgesamt promovierten bis 1945 etwa 90 Frauen an der Philosophischen, 250 an der Medizinischen und 30 an der Juristischen Fakultät.



Plakat 6

Ehrenpromotionen
Seltene Würdigung

Bildtexte

Bis heute wurden an der Universität Rostock fast 500 Ehrendokortitel für besondere wissenschaftliche Leistungen verliehen. Drei Fakultäten würdigten in dieser Form auch herausragende Verdienste von Frauen.

Else Lüders	1919	Philosophische Fakultät
Alma von Hartmann	1924	Philosophische Fakultät
Mathilde Mann	1924	Philosophische Fakultät
Magdalene von Tiling	1926	Theologische Fakultät
Margareta Mikkelsen	1988	Medizinische Fakultät
Christa Lewek	1989	Theologische Fakultät

100 Jahre

FRAUENSTUDIUM

Ehrenpromotionen Seltene Würdigung

Bis heute wurden an der Universität Rostock fast 500 Ehrendokortitel für besondere wissenschaftliche Leistungen verliehen. Drei Fakultäten würdigten in dieser Form auch herausragende Verdienste von Frauen.

Am Tage der Fünfhundertjahrfeier der Universität Rostock ernannt die Philosophische Fakultät durch diese Urkunde Frau **Else Lüders**, die als-treue Gehilfin ihres Mannes bei der Wiederherstellung indischer Palmblätterhandschriften die Forschung über das indische Drama auf neue Grundlage gestellt hat, ehrenhalber zum Doktor der Philosophie.

Rostock 12. November 1919.

Der Dekan

Die philosophische Fakultät der Universität Rostock
ernannt durch dieses Diplom
Frau Alma von Hartmann
geborene Lorenz

die unablässig bemüht ist, in Wort und Schrift die Kenntnis der Philosophie Eduard von Hartmanns im Bewusstsein der Zeitgenossen lebendig zu erhalten und das Verständnis seiner Ideen auch in weiteren Kreisen zu verbreiten, die in uneigennütziger Weise das Studium der Philosophie durch Rat und Tat gefördert und in postretierten Aufsätzen besonders das Grenzgebiet zwischen Dichtung und Philosophie behandelt hat, zum

Doktor der Philosophie honoris causa.

Rostock, am 31. Mai 1924.

Der Dekan: *J. J. Tausch*

Theologische Fakultät der Universität Rostock

Wir haben durch einstimmigen Beschluß vom 22. Juli dieses Jahres
Frau **Oberta
Magdalene von Tiling**
in Theologie-Doktor
Mitglied des Päpstlichen Lehramtes
ernannt zum
Doktor der Theologie

Es hat sich über Jahre von theologischen Beschränkungen, unter denen sie zu leben und wissenschaftliche Produktivität zu erlangen, zu ihrer freien Betätigung in der Theologie (besonders dem praktischen) durch Förderung auf der Deutschen im Zusammenhang mit der Religionswissenschaft. Sie hat sich die Aufgabe der Theologie, Evangelium, Wissenschaft, menschlich-kulturelle Arbeit in der Zusammenfassung der Religion und Kirche gestellt und durch die Erlangung des Doktorgrades (Theologie) im Jahre 1926 in Rostock die Förderung der Theologie im großen Maßstab erreicht. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die Theologie im Zusammenhang mit der Religionswissenschaft zu fördern und zu verbreiten. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die Theologie im Zusammenhang mit der Religionswissenschaft zu fördern und zu verbreiten. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die Theologie im Zusammenhang mit der Religionswissenschaft zu fördern und zu verbreiten.

Wieder, die Theologie im Zusammenhang mit der Religionswissenschaft zu fördern und zu verbreiten.

Das Institut der Theologie im Zusammenhang mit der Religionswissenschaft zu fördern und zu verbreiten.

Rostock, am 22. September 1926.

L. S.

Else Lüders	1919	Philosophische Fakultät
Alma von Hartmann	1924	Philosophische Fakultät
Mathilde Mann	1924	Philosophische Fakultät
Magdalene von Tiling	1926	Theologische Fakultät
Margareta Mikkelsen	1988	Medizinische Fakultät
Christa Lewek	1989	Theologische Fakultät

Plakat 7

Lektorinnen Aus Mangel an männlichen Lehrkräften

Bildtexte

Die ersten Frauen, die an der Universität Rostock lehrten, waren Lektorinnen für Fremdsprachen. Ihr Einsatz blieb die Ausnahme und dem Mangel an männlichen Lehrkräften in besonderen Notsituationen geschuldet.

Elise Lohmann aus München war die erste weibliche Lehrkraft. Als Kriegsvertretung übernahm sie im Sommersemester 1918 und Wintersemester 1918/19 das Lektorat für Französische Sprache.

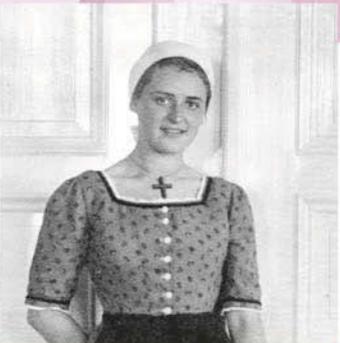
Von 1921 bis 1923 wirkte die Rostockerin Mathilde Mann (1859-1925) als Lektorin für Dänische Sprache und Literatur an der Universität Rostock. Die Philosophische Fakultät würdigte ihre literarischen Leistungen 1924 mit einer Ehrenpromotion.

Annemarie von Harlem (1894-1983) bekleidete von 1942 bis 1948 das Lektorat für Finnisch. Sie hatte in Rostock studiert und 1922 an der Philosophischen Fakultät promoviert. Später war sie als Rektorin am Rostocker Lyzeum, in der Stadtverordnetenversammlung, im Mecklenburger Landtag und im Konsulat des Auswärtigen Amtes tätig.



100 Jahre

FRAUENSTUDIUM



Durch mich geliebt ist heurlich, daß ich allzeit bewußt sein will, daß der über diese Dürre der Philosophie wichtig zu werden und in Worten und Werken der Weisheit der letzten Jahre und der philosophischen Zukunft, die mir der Dittgenbach verleiht, zu werden und zu werden.

Rostock, den 15. 5. 1922

Annemarie von Harlem

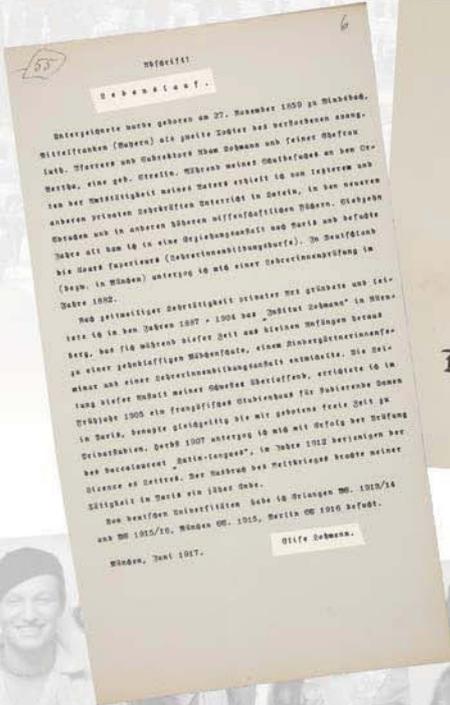
Lektorinnen Aus Mangel an männlichen Lehrkräften

Die ersten Frauen, die an der Universität Rostock lehrten, waren Lektorinnen für Fremdsprachen. Ihr Einsatz blieb die Ausnahme und dem Mangel an männlichen Lehrkräften in besonderen Not-situationen geschuldet.

Elise Lohmann aus München war die erste weibliche Lehrkraft. Als „Kriegsvertretung“ übernahm sie im Sommersemester 1918 und Wintersemester 1918/19 das Lektorat für Französische Sprache.

Von 1921 bis 1923 wirkte die Rostockerin Mathilde Mann (1859-1925) als Lektorin für Dänische Sprache und Literatur an der Universität Rostock. Die Philosophische Fakultät würdigte ihre literarischen Leistungen 1924 mit einer Ehrenpromotion.

Annemarie von Harlem (1894-1983) bekleidete von 1942 bis 1948 das Lektorat für Finnisch. Sie hatte in Rostock studiert und 1922 an der Philosophischen Fakultät promoviert. Später war sie als Rektorin am Rostocker Lyzeum, in der Stadtverordnetenversammlung, im Mecklenburger Landtag und im Konsulat des Auswärtigen Amtes tätig.



Die philosophische Fakultät der Universität Rostock

ernannt durch dieses Diplom

Frau Mathilde Mann

Lektorin des Dänischen,

die in selbstloser Hingabe lange Zeit hindurch den Interessen der philosophischen Fakultät und der Studentenschaft gedient und durch hervorragende Übersetzungen der nordischen, namentlich der dänischen Litteratur die enge Verknüpfung des deutschen Geisteslebens mit dem nordischen gefördert hat, zum

Doktor der Philosophie honoris causa.

Rostock, am 1. Dezember 1924.

Der Dekan:



Plakat 8

Diskriminierung jüdischer Studentinnen und Wissenschaftlerinnen

Bildtexte

An der Universität Rostock verschärfte sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten die Diskriminierung jüdischer Frauen zunehmend.

Jahrelange Auseinandersetzungen gab es, um die Anerkennung und Beschäftigung der 1928 in Rostock promovierten Else Hirschberg. Die begabte Wissenschaftlerin und Assistentin am Physiologischen Institut wurde von Prof. Friedrich Fröhlich geschützt. Nach dessen Tod erhielt sie 1933 die Kündigung.

Die Journalistin und Filmhistorikerin Lotte Eisner (1896-1983) hatte 1924 an der Philosophischen Fakultät promoviert. 1940 wurde ihr der Dokortitel aberkannt. Als Jüdin und Regimegegnerin musste sie 1933 emigrieren. Sie fand als Kuratorin an der Cinémathèque in Paris ihr berufliches Tätigkeitsfeld. Auf Einladung der Universität Rostock hielt Lotte Eisner 1966 einen Vortrag über den deutschen Film.

Stellvertretend für die Verbrechen gegen jüdische Frauen soll hier an die Rostocker Kinderärztin Edith Josephy (1899-1944) erinnert werden. Sie hatte an der Universität Rostock Medizin studiert und promovierte 1924. Ihre eigene Kinderarztpraxis in Rostock musste sie auf Grund der Repressalien gegen jüdische Ärzte 1933 aufgeben. 1943 wurde sie mit ihrem Mann nach Theresienstadt deportiert und 1944 in Auschwitz ermordet. Ihr tragisches Schicksal bleibt unvergessen.

100 Jahre FRAUENSTUDIUM



VERBAND DER ROSTOCKER STUDENTENSCHAFT
 WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT
 ROSTOCK, DEN 3. DEZ. 1929.

Dr. Hauptfächer des Fächers der Naturwissenschaften
 Herrn Prof. Dr. FRIEDRICH FRÖHLICH.

Der Vorstand der Rostocker Studentenschaft gestattet sich Dr. Hauptfächer gestützt auf Artikel 1, Absatz 1, des Statuts vom 22. Dezember 1920 folgende Anfrage vorzubringen:

„Die Rostocker Studentenschaft fordert an alle in den deutschen Universitäten die Erlangung des Doktorsgrades für Angehörige der jüdischen Rasse. So hat eine gesetzliche Regelung zu erlangen, durch die Angehörige der jüdischen Rasse in jedem Falle in gleicher Weise zum Studium an den deutschen Universitäten des Reichs zugelassen werden. Als diese gesetzlichen Bestimmungen in der deutschen Verfassung der Reichs verankert.“

„Die Rostocker Studentenschaft stimmt mit gebrochener Zustimmung von der Bedeutung ihrer Beziehungen zu den deutschen Universitäten Berlin und Königsberg überein und wird diese Angelegenheit durchzuführen, dass die Erlangung des Doktorsgrades durch Angehörige der jüdischen Rasse in jedem Falle in gleicher Weise zum Studium an den deutschen Universitäten des Reichs zugelassen werden.“

Der Vorstand der Rostocker Studentenschaft,
 [Signature]

Diskriminierung jüdischer Studentinnen und Wissenschaftlerinnen

An der Universität Rostock verschärfte sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten die Diskriminierung jüdischer Frauen zunehmend.

Jahrelange Auseinandersetzungen gab es, um die Anerkennung und Beschäftigung der 1928 in Rostock promovierten Else Hirschberg. Die begabte Wissenschaftlerin und Assistentin am Physiologischen Institut wurde von Prof. Friedrich Fröhlich geschützt. Nach dessen Tod erhielt sie 1933 die Kündigung.

Wissenschaftlerinnen
 Ministerium für Unterricht, Wissenschaft und Hochschulwesen
 Berlin, den 1. April 1933.

An Frau Dr. Else Hirschberg
 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Auf Grund der Bestimmungen in §§ 2, 7 und 13 des Reichsgesetzes vom 7. April 1933 zur Gleichberechtigung der Berufsangehörigen (Reichsgesetz Nr. 17/33) werden Sie mit Wirkung vom 1. April 1933 von Ihrer Stellung als wissenschaftliche Assistentin am Physiologischen Institut der Universität Rostock entlassen. Ihre Stellung wird nicht weiter ausgedehnt.

Der Minister für Unterricht, Wissenschaft und Hochschulwesen,
 Berlin.

Die jüdische Journalistin Lotte Eisner, geboren am 21. 12. 1896 in Berlin, war seit 1924 in Rostock, an der Philosophischen Fakultät, tätig. Sie war die Ehefrau des jüdischen Journalisten und Schriftstellers Kurt Eisner. Lotte Eisner ist bekannt durch ihre Tätigkeit als deutsche Mitarbeiterin der Zeitschrift „Die Welt“ in Paris. Sie wurde 1940 in Paris verhaftet und 1942 in Auschwitz ermordet. Die Lotte Eisner wird in diesem Heft wieder vorgestellt. Die Lotte Eisner wird in diesem Heft wieder vorgestellt. Die Lotte Eisner wird in diesem Heft wieder vorgestellt.

Rostock, den 21. Februar 1940
 D. R. S. A. R. O. S. T. O. C. K.

Der Dekan der Philosophischen Fakultät.
 Der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.
 Der Dekan der Medizinischen Fakultät.
 Der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Die Journalistin und Filmhistorikerin Lotte Eisner (1896-1983) hatte 1924 an der Philosophischen Fakultät promoviert. 1940 wurde ihr der Dokortitel aberkannt. Als Jüdin und Regimegegnerin musste sie 1933 emigrieren. Sie fand als Kuratorin an der Cinémathèque in Paris ihr berufliches Tätigkeitsfeld. Auf Einladung der Universität Rostock hielt Lotte Eisner 1966 einen Vortrag über den deutschen Film.

Stellvertretend für die Verbrechen gegen jüdische Frauen soll hier an die Rostocker Kinderärztin Edith Josephy (1899-1944) erinnert werden. Sie hatte an der Universität Rostock Medizin studiert und promoviert 1924. Ihre eigene Kinderarztpraxis in Rostock musste sie auf Grund der Repressionen gegen jüdische Ärzte 1933 aufgeben. 1943 wurde sie mit ihrem Mann nach Theresienstadt deportiert und 1944 in Auschwitz ermordet. Ihr tragisches Schicksal bleibt unvergessen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 Gleichstellung Schicksal

Edith Josephy, geb. 1899, Rostock, ist jüdischer Abstammung. Sie hat am 21. 12. 1924 an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock promoviert. Sie hat am 21. 12. 1924 an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock promoviert. Sie hat am 21. 12. 1924 an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock promoviert.

Der Reichsleiter für Gleichstellung,
 Berlin.



Plakat 9

Wissenschaftlerinnen im Aufbruch Dozentinnen und Habilitandinnen

Bildtexte

Die erste Wissenschaftlerin, die an der Universität Rostock einen Lehrauftrag erhielt, war Margarete Fuhrmann (geb. 1896). Zur Dozentin für Arbeitsrecht 1943 ernannt, vertrat sie teilweise den Lehrstuhl für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht von Prof. Walter Hallstein. Als frühere Rechtsberaterin bei der Deutschen Arbeitsfront musste sie die Universität 1945 verlassen.

Nach der Wiedereröffnung der Universität im Jahre 1946 konnte die Geologin Ingeburg Schaacke (1910-1966) als Dozentin für Mineralogie gewonnen werden. Sie hatte sich 1942 in Kiel habilitiert. 1954 wurde sie zur Professorin für Mineralogie berufen und zur Direktorin des Mineralogisch-Petrographischen Instituts ernannt. In dieser Funktion wirkte sie bis zu ihrem Tod 1966.

Die erste Habilitandin der Universität Rostock war 1951 die Germanistin Hildegard Emmel (1911-1996). Sie erhielt 1956 eine Professur für Neuere Deutsche Literaturgeschichte, wechselte jedoch noch im gleichen Jahr an die Universität Greifswald. Unter dem Vorwurf der Verfälschung des Goethe-Bildes wurde ihr 1958 die Lehrbefugnis entzogen. 1960 flüchtete sie in die Bundesrepublik. Da sie dort keinen Lehrstuhl erhielt, ging sie später ins Ausland. 1991 wurde sie in Greifswald rehabilitiert und mit einer Ehrenpromotion gewürdigt.

Die 1935 in Rostock promovierte Agrarhistorikerin und Thünenforscherin Gertrud Schröder-Lembke (1908-2006) habilitierte sich 1951 an der Landwirtschaftlichen Fakultät. Weil der Versuch der Einrichtung eines Lehrstuhls für Agrargeschichte scheiterte, folgte sie 1953 ihrem Mann nach Frankfurt/Main. Sie blieb forschend und publizierend tätig.

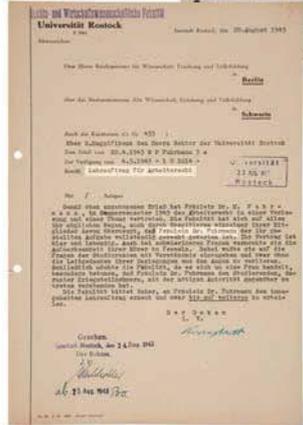
Die Theologin Marie-Louise Henry¹ (1911-2006) war 1948 in Rostock promoviert worden. Sie habilitierte sich 1952 und wurde ein Jahr später zur Dozentin an der Theologischen Fakultät ernannt. 1959 erhielt sie in Leipzig den Lehrstuhl für Altes Testament. Wegen politischer Verfolgung verließ sie 1961 die DDR und setzte in Hamburg ihre Karriere fort. Zum Jubiläum der Theologischen Fakultät hielt sie 1992 in Rostock einen Festvortrag.

¹ Siehe zu ihr auch den folgenden Beitrag in diesem Band.



100 Jahre FRAUENSTUDIUM

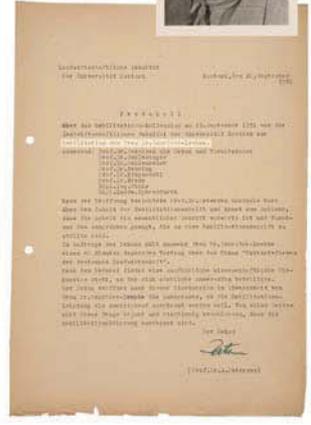
Wissenschaftlerinnen im Aufbruch Dozentinnen und Habilitandinnen



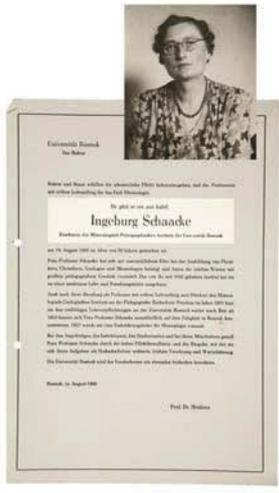
Die erste Wissenschaftlerin, die an der Universität Rostock einen Lehrauftrag erhielt, war Margarete Fuhrmann (geb. 1896). Zur Dozentin für Arbeitsrecht 1943 ernannt, vertrat sie teilweise den Lehrstuhl für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht von Prof. Walter Hallstein. Als frühere Rechtsberaterin bei der Deutschen Arbeitsfront musste sie die Universität 1945 verlassen.



Nach der Wiedereröffnung der Universität im Jahre 1946 konnte die Geologin Ingeburg Schaacke (1910-1966) als Dozentin für Mineralogie gewonnen werden. Sie hatte sich 1942 in Kiel habilitiert. 1954 wurde sie zur Professorin für Mineralogie berufen und zur Direktorin des Mineralogisch-Petrographischen Instituts ernannt. In dieser Funktion wirkte sie bis zu ihrem Tod 1966.



Die erste Habilitandin der Universität Rostock war 1951 die Germanistin Hildegard Emmel (1911-1996). Sie erhielt 1956 eine Professur für Neuere Deutsche Literaturgeschichte, wechselte jedoch noch im gleichen Jahr an die Universität Greifswald. Unter dem Vorwurf der Verfälschung des Goethe-Bildes wurde ihr 1958 die Lehrbefugnis entzogen. 1960 flüchtete sie in die Bundesrepublik. Da sie dort keinen Lehrstuhl erhielt, ging sie später ins Ausland. 1991 wurde sie in Greifswald rehabilitiert und mit einer Ehrenpromotion gewürdigt.



Die 1935 in Rostock promovierte Agrarhistorikerin und Thünenforscherin Gertrud Schröder-Lembke (1908-2006) habilitierte sich 1951 an der Landwirtschaftlichen Fakultät. Weil der Versuch der Einrichtung eines Lehrstuhls für Agrargeschichte scheiterte, folgte sie 1953 ihrem Mann nach Mainz. Dort blieb sie forschend und publizierend tätig.



Die Theologin Marie-Louise Henry (1911-2006) war 1948 in Rostock promoviert worden. Sie habilitierte sich 1952 und wurde ein Jahr später zur Dozentin an der Theologischen Fakultät ernannt. 1959 erhielt sie in Leipzig den Lehrstuhl für Altes Testament. Wegen politischer Verfolgung verließ sie 1961 die DDR und setzte in Hamburg ihre Karriere fort. Zum Jubiläum der Theologischen Fakultät hielt sie 1992 in Rostock einen Festvortrag.



Plakat 10**Von der Ausnahme zur Normalität
Rostocker Professorinnen im Porträt****Bildtexte**

Lola Zahn (1910-1998)

1929-1932 Jurastudium in Hamburg, Freiburg und Heidelberg, als Kommunistin und Jüdin
1933 Flucht nach Frankreich, 1937 Promotion in Paris, ab 1941 Exil in der USA, 1947 erste
Professorin der Universität Rostock: Lehrauftrag für Wirtschaftsplanung an der Sozialwissen-
schaftlichen Fakultät, 1949 Wechsel zur Humboldt-Universität Berlin, Habilitation, 1957
Beendigung des Arbeitsverhältnisses als Professorin wegen politischer Konflikte, 1961- 1971
Wissenschaftlerin im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissen-
schaften Berlin

Hildegard Schumann (1907-1986)

1927-1934 Studium der Philosophie und 1934 Promotion an der Universität Hamburg, 1936 bis
1947 Exil in England, als Sprachlehrerin, Kindergärtnerin und Redakteurin tätig, 1947 Lektorin
für Englisch an der Humboldt-Universität Berlin, 1955 Habilitation, 1954-1956 Dozentur für
Englische Literaturgeschichte, 1956 Professorin für Englische und Amerikanische Sprache und
Literatur an der Universität Rostock, 1959-1964 Direktorin des Instituts für
Anglistik-Amerikanistik, 1959-1961 erste weibliche Dekanin der Philosophischen Fakultät,
1967 Emeritierung

Edith Braemer (1909-1969)

1935-1939 Konzentrationslager und Zuchthaus, 1939 Emigration nach Shanghai, ab 1947
Germanistik-Studium an der Humboldt-Universität Berlin, 1951 Lehrauftrag für Deutsche
Literatur an der Universität Jena, 1952 Promotion, 1957 Habilitation an der Philosophischen
Fakultät der Universität Rostock, 1958 Dozentin und Leiterin des Germanistischen Instituts,
1959 Professorin für Neuere und Neueste Deutsche Literaturgeschichte, 1965 Lehrstuhl in
Leipzig

Gisela Teichmann (1919-2000)

1939-1944 Studium der Medizin an den Universitäten Leipzig, Innsbruck und Straßburg, 1944
Promotion und 1957 Habilitation in Leipzig, 1958-1964 Dozentin, 1964-1980 Professorin für
Innere Medizin und Kardiologie an der Universität Rostock, 1980 Emeritierung

Ursula Klink-Heckmann (geb. 1929)

1946-1950 Studium der Zahnmedizin an der Universität Halle, 1950 Promotion, 1958 Ober-
ärztin an der Rostocker Zahnklinik, 1960 Habilitation, Dozentin für Kieferorthopädie, 1965
Professur für Kieferorthopädie, 1983 Direktorin der Poliklinik für Orthopädische Stomatologie
und Kinderstomatologie, Emeritierung 1988

Liselot Huchthausen (geb. 1927)

1952-1959 Studium der Klassischen Philologie in Rostock, 1959 Promotion, 1965 Habilitation
an der Universität Rostock, 1965 Dozentin für Methodik des Fremdsprachlichen Unterrichts,
1973 Dozentur für Alte Geschichte, 1977 Professorin für Geschichte des Altertums, 1987
Emeritierung

100 Jahre



gegründet 1419

FRAUENSTUDIUM

Von der Ausnahme zur Normalität Rostocker Professorinnen im Porträt



Lola Zahn (1910-1998)
1929-1932 Jurastudium in Hamburg, Freiburg und Heidelberg, als Kommunistin und Jüdin 1933 Flucht nach Frankreich, 1937 Promotion in Paris, ab 1941 Exil in der USA, 1947 erste Professorin der Universität Rostock: Lehrauftrag für Wirtschaftsplanung an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 1949 Wechsel zur Humboldt-Universität Berlin, Habilitation, 1957 Beendigung des Arbeitsverhältnisses als Professorin wegen politischer Konflikte, 1961- 1971 Wissenschaftlerin im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften Berlin



Edith Braemer (1909-1969)
1935-1939 Konzentrationslager und Zuchthaus, 1939 Emigration nach Shanghai, ab 1947 Germanistik-Studium an der Humboldt-Universität Berlin, 1951 Lehrauftrag für Deutsche Literatur an der Universität Jena, 1952 Promotion, 1957 Habilitation an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock, 1958 Dozentin und Leiterin des Germanistischen Instituts, 1959 Professorin für Neuere und Neueste Deutsche Literaturgeschichte, 1965 Lehrstuhl in Leipzig



Gisela Teichmann (1919-2000)
1939-1944 Studium der Medizin an den Universitäten Leipzig, Innsbruck und Straßburg, 1944 Promotion und 1957 Habilitation in Leipzig, 1958-1964 Dozentin, 1964-1980 Professorin für Innere Medizin und Kardiologie an der Universität Rostock, 1980 Emeritierung



Hildegard Schumann (1907-1986)
1927-1934 Studium der Philosophie und 1934 Promotion an der Universität Hamburg, 1936 bis 1947 Exil in England, als Sprachlehrerin, Kindergärtnerin und Redakteurin tätig, 1947 Lektorin für Englisch an der Humboldt-Universität Berlin, 1955 Habilitation, 1954-1956 Dozentur für Englische Literaturgeschichte, 1956 Professorin für Englische und Amerikanische Sprache und Literatur an der Universität Rostock, 1959-1964 Direktorin des Instituts für Anglistik-Amerikanistik, 1959-1961 erste weibliche Dekanin der Philosophischen Fakultät, 1967 Emeritierung



Ursula Klink-Heckmann (geb. 1929)
1946-1950 Studium der Zahnmedizin an der Universität Halle, 1950 Promotion, 1958 Oberärztin an der Rostocker Zahnklinik, 1960 Habilitation, Dozentin für Kieferorthopädie, 1965 Professur für Kieferorthopädie, 1983 Direktorin der Poliklinik für Orthopädische Stomatologie und Kinderstomatologie, Emeritierung 1988



Liselot Huchthausen (geb. 1927)
1952-1959 Studium der Klassischen Philologie in Rostock, 1959 Promotion, 1965 Habilitation an der Universität Rostock, 1965 Dozentin für Methodik des Fremdsprachlichen Unterrichts, 1973 Dozentur für Alte Geschichte, 1977 Professorin für Geschichte des Altertums, 1987 Emeritierung



Plakat 11

Studentinnen in der DDR „Planmäßige“ Förderung

Bildtexte

Die Anzahl der Studenten an der Universität Rostock stieg von 1950 bis 1960 von 1.600 auf 3.500. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Studentinnen von 33 auf 39 Prozent.

Die DDR förderte die Berufstätigkeit von Frauen, deren Ausbildung und Qualifikation. Für Studentinnen und junge Wissenschaftlerinnen wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert. So unterhielt die Universität Rostock beispielsweise eigene Kindergärten, Wohnheimplätze für Studierende mit Kind und Ferienanlagen für Familien.

An der Universität Rostock waren 1970 erstmals mehr Frauen als Männer immatrikuliert. In den achtziger Jahren stabilisierte sich die durchschnittliche Studentenzahl bei 5.300 mit einem weiblichen Anteil von etwa 53 Prozent.

100 Jahre

FRAUENSTUDIUM

Studentinnen in der DDR
„Planmäßige“ Förderung

UNIVERSITÄT
ROSTOCK

Begründet 1419

Die Anzahl der Studenten an der Universität Rostock stieg von 1950 bis 1960 von 1.600 auf 3.500. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Studentinnen von 33 auf 39 Prozent.

Die DDR förderte die Berufstätigkeit von Frauen, deren Ausbildung und Qualifikation. Für Studentinnen und junge Wissenschaftlerinnen wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert. So unterhielt die Universität Rostock beispielsweise eigene Kindergärten, Wohnheimplätze für Studierende mit Kind und Ferienanlagen für Familien.

An der Universität Rostock waren 1970 erstmals mehr Frauen als Männer immatrikuliert. In den achtziger Jahren stabilisierte sich die durchschnittliche Studentenzahl bei 5.300 mit einem weiblichen Anteil von etwa 53 Prozent.

WISSENSCHAFT UND BILDUNG IN DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
FÜR ALLE
MENSCHEN

Plakat 12

Studentinnen 2009
Tendenz steigend

Bildtexte

Derzeit studieren an der Universität Rostock 7.400 Frauen, das entspricht einem Anteil von 51 Prozent. Bemerkenswert ist auch, dass Absolventinnen 55 Prozent der Hochschulabschlüsse erzielen. Die von Frauen am meisten frequentierten Fakultäten sind die Agrar- und Umweltwissenschaftliche, die Juristische, die Medizinische, die Philosophische und die Theologische Fakultät.

Studierende der Universität Rostock 1995 bis 2007.

Karriereverlauf an der Universität Rostock 1995.

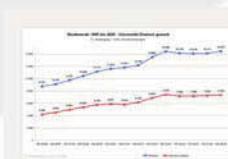
100 Jahre FRAUENSTUDIUM

Begründet 1419

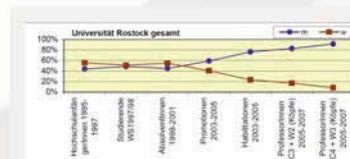
Studentinnen 2009
Tendenz steigend



Derzeit studieren an der Universität Rostock 7.400 Frauen, das entspricht einem Anteil von 51 Prozent. Bemerkenswert ist auch, dass Absolventinnen 55 Prozent der Hochschulabschlüsse erzielen. Die von Frauen am meisten frequentierten Fakultäten sind die Agrar- und Umweltwissenschaftliche, die Juristische, die Medizinische, die Philosophische und die Theologische Fakultät.



Studierende der Universität Rostock 1995 bis 2008



Karriereverlauf an der Universität Rostock 1995



UNIVERSITÄTSARCHIV

MEDIENZENTRUM

GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE

DR. MARIANNE BEESE
ANNE STITZENBAUER

**Dokumentation zum persönlichen
und wissenschaftlichen Lebenslauf von
Frau Professorin Dr. Marie-Louise Henry (1911-2006)**

Von Hermann Michael Niemann und Karl-Reinhard Titzck



Marie-Louise Henry als Studentin



Marie-Louise Henry 2005 Foto: Baier

Die folgenden Daten wurden von Karl-Reinhard Titzck gesammelt. Hermann Michael Niemann überarbeitete und ergänzte sie aus folgenden zusätzlichen Quellen:

- Studentenakte Marie-Louise Henry, Universitätsarchiv Rostock
- Personalakte Marie-Louise Henry (Blatt 1-121), Universitätsarchiv Rostock
- Promotionsakte Marie-Louise Henry, Universitätsarchiv Rostock
- Habilitationsakte Marie-Louise Henry, Universitätsarchiv Rostock
- Gerda Ursula Nützel: Die Kontextualität der Theologinnenarbeit – dargestellt am Beispiel der Entwicklung in den lutherischen Kirchen Bayerns, Mecklenburgs und Brasiliens. Diss. Theol., Theologische Fakultät, Humboldt-Universität Berlin 1997
- Beerdigungsansprache von Pastor Josef Kirsch am 18. Juli 2006 in der Kapelle des Friedhofs Hamburg-Volksdorf (zugänglich in der PA Marie-Louise Henry, Universitätsarchiv Rostock)

15.06.1911

Geburt in Brüssel/Bruxelles als Tochter des Dipl.-Elektroingenieurs und französischen Staatsbürgers Adolphe Henry (deutscher Kriegsdienst, verstorben im Lazarett 1915) und seiner Ehefrau Marie-Auguste, geb. Platz. Die jüdischen (väterlichen) Vorfahren, Sephardim aus Spanien/Portugal waren über das Rheinland nach Dänemark gewandert und schließlich in Altona ansässig geworden. Die Großmutter in Altona heiratete nach Frankreich und lebte in Paris. Diese Großmutter Henry ging nach dem frühen Tod ihres Mannes nach Gotha, unterrichtete dort am herzoglichen Hof Französisch und konnte so sich und ihre Kinder Blanche und Adolphe, den Vater von Marie-Louise Henry, ernähren. Als Adolphe im 1. Weltkrieg im Lazarett starb, zog seine Frau von Brüssel mit ihren Töchtern Marie-Louise und Marguerite Constance zuerst nach Linz im Rheinland und dann nach Wismar in Mecklenburg, weil dort, wie Marie-Louise Henry später erzählte, die Ernährungslage durch Kartoffeln und Steckrüben gesicherter erschien.

1918-1932

Schulbesuch Lyzeum und Oberrealgymnasium in Wismar, Abitur Ostern 1932.

1932-1936

Studium der evangelischen Theologie an der Universität Rostock; am 11.11. 1936 Abschlußprüfung (1. Theol. Examen).

In ihrem Antrag auf Zulassung zum 1. Theologischen Examen vom 19.2.1936 formuliert M.-L. Henry als Berufsziel eine Tätigkeit in der „Inneren Mission“, da damals eine Anstellung als Pastorin in Mecklenburg noch nicht möglich war, die Henry freilich auch nie angestrebt hat (vgl. Gerda U. Nützel, Die Kontextualität ..., Diss. theol. Berlin 1997, 223ff. zur Theologinnenarbeit in Mecklenburg seit den zwanziger Jahren des 20. Jh.). Im Interview am 21.11.1992 mit G. U. Nützel berichtete Frau Henry, dass mit ihr Mitte der 1930er Jahre die ersten Theologinnen das Studium mit der Perspektive beendeten, in den kirchlichen Dienst zu treten (Nützel, S.247).

Wohnhaft war M.-L. Henry damals in Rostock zunächst Alexandrinenstr. 8a, 1. Stock, später Kaiser-Wilhelm-Str. 16 (heute Rosa-Luxemburg-Str.). Die Kartei der Deutschen Studentenschaft, Kreis II, Universität Rostock verzeichnet u. a. seit Sommersemester 1932 Mitgliedschaft in der DCSV (Deutsch-Christliche Studentenvereinigung) und des BDM seit Mai 1933; musikalische Interessen: Klavierspiel; „Welches Fahrzeug benutzen Sie am Hochschulort: Fahrrad“.

1936-1937

M.-L. Henry legte als erste Frau in Rostock das 1. Theologische Examen als Fakultätsexamen, nicht aber bei der Kirche ab, da ihr die Berufsaussichten in der Kirche als zu unsicher erschienen; das Berufsziel einer Pfarrerin mit Predigtendienst

und Sakramentsverwaltung verfolgte sie nie (Nützel, S.248; 249 mit Anm.161). Dann trat sie als erste Theologin in ein kirchliches Ausbildungs- und Anstellungsverhältnis in die Landeskirche Mecklenburgs ein als Lehrvikarin an der Rostocker Heiligen-Geist-Gemeinde, wo sie u.a. an der Krankenhauseelsorge beteiligt wurde; eine Berufsperspektive sah sie in der sog. „Inneren Mission“, im diakonischen Dienst, auch als Gefängnisseelsorgerin (Nützel S. 248). Durch Vermittlung ihres Rostocker kirchenhistorischen Lehrers arbeitete sie ein halbes Jahr auch im Evangelischen Johannesstift Berlin-Spandau mit diakonischen Aufgaben (Nützel S. 249) sowie drei Monate in der Krankenpflege der Chirurgischen Universitätsklinik Rostock.

1937-1938

Kirchenhistorisch-kirchenpolitische Arbeit mit Niklot Beste und der „Bekennenden Kirche“.

1938-1942

Vikariat an der Heiligen Geist-Gemeinde in Rostock, auch hier mit intensiver Beteiligung an der Krankenhauseelsorge, besonders in der Universitäts-Frauenklinik, aber auch im Pflegedienst (Nützel, S. 248).

Amanuensis bei dem Rostocker Kirchenhistoriker Prof. Dr. Johannes von Walter.

1941-1942

Neuimmatrikulation an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock (Geschichte, Deutsch, Literaturgeschichte, Italienisch) zur Erweiterung ihrer beruflichen Möglichkeiten.

April 1942-April 1945

Wiss. Assistentin (50 %) bei der Luthergesellschaft, Hamburg; Arbeit an einer deutschen Luther-Ausgabe. Daneben Beginn einer Dissertation über die Kirchenpolitik Marco Manghettis, die wegen Mangels an italienischer Literatur infolge des Bombenkrieges abgebrochen wurde.

Gleichzeitig 50 % Tätigkeit in einer Gemeinde in Hamburg-Eimsbüttel (Nützel, S. 249).

1944/45

Zerstörung der Rostocker Wohnung, Umzug auf das Gut von Verwandten im Gutshaus Polchow, Gutshof Allee 3, 18299 Polchow/Laage, heute „Künstlerparadies Gutshaus Polchow.“

1945-1946

Tätigkeit in der Seuchenbekämpfung in Rostock und auf dem Lande; Tätigkeit an der Heiligen Geist-Gemeinde Rostock.

März 1947

Wiss. Assistentin mit Lehrauftrag für hebräische Sprache an der Theologischen Fakultät der Universität Rostock

16.03. 1948

Promotion zum Dr. theol. mit der kirchengeschichtlichen Arbeit „Studien zum Kulturkampf der Deutschen Evangelischen Kirche mit besonderer Berücksichtigung der mecklenburgischen Verhältnisse“ (unpubliziert), angeregt von dem Alttestamentler Prof. Dr. Gottfried Quell.

17.12.1952

Habilitation und Erteilung der *venia legendi* mit der alttestamentlichen Arbeit „Interpretationsprobleme zur Jesajaapokalypse“

18.12.1952

Probevortrag „Die Entfaltung des religiösen Universalismus in Israel“.

01.10.1953 Ernennung zur Dozentin für das Fach Alttestamentliche Wissenschaft und Tätigkeit an der Theologischen Fakultät Rostock bis 17.09.1957

01.02.1959

Berufung an die Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig unter gleichzeitiger Ernennung zur Professorin mit Lehrauftrag für das Fachgebiet Altes Testament (in Leipzig wohnhaft Löhrrstr. 9); das Berufungsverfahren hatte bereits 1956 begonnen. Frau Professor Henry war damit die erste Professorin im Fach Altes Testament bzw. in einem biblischen Fach im deutschsprachigen Raum, zugleich die zweite in der Theologie Habilitierte nach Hanna Jursch (Jena), die 1948 die erste Theologieprofessorin, allerdings für Kirchengeschichte geworden war.

1959-1960

Marie-Louise Henry solidarisiert sich öffentlich mit Studierenden, die gegen ihren Willen zu Wehrübungen eingezogen werden. Auch protestiert sie, schon in Leipzig tätig, noch mit Zweitwohnung in Rostock, Baleckestr. 3, intensiv brieflich bei SED-Behörden auf der Ebene des Bezirkes Rostock und bis zu Ministerpräsident Otto Grotewohl gegen die Sprengung der St. Marienkirche Wismar (siehe Anlage 1).

Ausreise über Berlin (Check-Point Charly) in die Bundesrepublik Deutschland, zunächst nach Ahrensburg zu Verwandten.

Auszug aus der PA M.-L. Henry der Karl-Marx-Universität Leipzig:

„Frau Prof. Dr. Henry hat mit Schreiben vom 24.11.1961 aus Hamburg dem Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen und dem Dekan der Theol. Fakultät der KMU Leipzig mitgeteilt, dass sie ihre französische Staatsbürgerschaft (sie hatte sowohl die deutsche als auch die französische) nicht verlieren wolle und sich deshalb gezwungen sehe, die Entscheidung über die von ihr schon im August 1961 beantragte Ausreise aus der DDR (Passverordnung vom 16.8.1961) außerhalb des Territoriums der DDR abzuwarten.“

1960

Forschungsauftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

1963

Gastprofessur im Sommersemester in Wien.

1963

Wintersemester: Umhabilitation an die Hamburger Universität; apl. Professorin an der Theologischen Fakultät der Universität Hamburg.

1967

Wissenschaftliche Rätin, Theologische Fakultät, Hamburg.

1971

Professorin für Altes Testament als erste Professorin des Hamburger Fachbereichs; zahlreiche Kontakte zu jüdischen Einrichtungen.

1976

Emeritierung.

1986

Lehrtätigkeit am Fachbereich Evangelische Theologie der Universität Hamburg wegen zu geringer Dozentenzahl

29.06.2006

Marie-Louise Henry stirbt in ihrer Wohnung in Hamburg-Volksdorf, Immenshuur 13B, kurz nach Vollendung ihres 95. Lebensjahres friedlich, den Tod gelassen erwartend, bis zuletzt klarsichtig und allseitig interessiert. Sie wird am 18. Juli 2006 auf dem Friedhof Hamburg-Volksdorf beigesetzt.

Anlage 1:**Zur Sprengung der St. Marienkirche zu Wismar**

Frau Professorin Henry schickte am 15.08.1960 das folgende Telegramm an den Oberbürgermeister der Seestadt Wismar:

„Ich protestiere aufs schärfste gegen die Vernichtung der Marienkirche, die ein wertvolles Kulturdenkmal der deutschen Nation ist. Henry“

(Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Signatur: BL IV/2/14//1362)

Am 16.08.1960 schrieb sie den folgenden Brief an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Meine gestern telegraphisch an Sie gerichtete Bitte, die Marienkirche zu Wismar in letzter Stunde vor der Sprengung und damit vor dem völligen Untergang zu bewahren, bedarf einer näheren Erklärung.

Schon seit längerer Zeit sind weite Kreise der Bevölkerung beunruhigt angesichts des vollendeten oder geplanten Schicksals einiger kostbarer Kulturdenkmäler, die zum wertvollsten Erbe deutschen Geistes und deutscher Geschichte gehören. Der Turm der Jacobi-Kirche zu Rostock, der noch die Zeichen der großartigen gotischen Bogen dieser bedeutenden Hallenkirche des Ostseeraumes trug und der unserer Generation und künftigen Geschlechtern ein ernstes Mahn- und Erinnerungsmal hätte bleiben können, ist in langwieriger Arbeit unter Einsatz modernster technischer Mittel und mit den entsprechenden Kosten dem Erdboden gleichgemacht worden, das zwar beschädigte, aber wiederherstellbare Petritor in Rostock, das eine architektonische Einheit mit einem Teil der noch erhaltenen Stadtmauer und der dahinter liegenden, im Aufbau begriffenen Petri-Kirche bildete, wurde ohne Befragen der Öffentlichkeit niedergerissen; und schon verbreitet sich die beunruhigende Kunde, dass das wiederhergestellte Steintor von seinem geschichtlichen Ort verrückt werden soll, wie denn auch ein unlängst gezeigtes Modell des künftigen Leipzig erneut erwies, dass immer noch ernsthaft daran gedacht wird, die mit der Geschichte der dortigen Universität unlöslich verbundene Pauliner-Kirche von ihrer historischen Stätte zu verrücken. Abgesehen davon, dass eine solche Maßnahme die Gefahr der möglichen Vernichtung dieses Baus einschließen würde, gehört auch die Stätte, an die unsere Väter sie setzten und wo er seine historische Bedeutung gewann, zu dem, was unser Geschlecht liebend und ehrfürchtig zu bewahren hätte.

In diesen Tagen wurden die ersten Sprengungen an einem Bau vollzogen, der zu den kostbarsten Zeugen norddeutscher Backsteingotik gehört. Seine Umfassungsmauern und Pfeiler waren noch erhalten, der Turm unbeschädigt, und seine

Resistenz ist immerhin noch so groß, dass er nur mit Dynamit niedergelegt werden kann. Herr Ministerpräsident, ich beschwöre Sie, Ihre Hand über diesen Bau zu halten. Wehren Sie von der Deutschen Demokratischen Republik (...) die Schande ab, ohne Not ihre anvertrauten Kulturdenkmäler zerstört oder gefährdet zu haben. Ein Volk, das nicht entschlossen ist, mit letzter Kraft sein kulturelles, historisches und geistiges Erbe zu bewahren, ist nicht wert, ein solches zu besitzen. Hinzu kommt, dass Kostbarkeiten wie die Marien-Kirche zu Wismar heute nicht nur einer Stadt oder einer Nation, sondern der Menschheit angehören. Ihre Erhaltung und Pflege sind die unmißverständlichen Zeichen des Friedenswillens, die ein Volk bekunden kann. Die Blicke der Umwelt müßten sich mit Verachtung auf uns richten, wenn das begonnene Vernichtungswerk vollendet würde, vollends angesichts der Tatsache, dass die übrigen Städte des alten hanseatischen Bundes in Deutschland und Polen ihre gefährdeten Baudenkmäler seit langem wiederhergestellt haben. Die Kosten für die provisorische Eindeckung des Baues würden vermutlich denjenigen seines Abbruches die Waage halten, möglicherweise sogar geringer sein, und die Tatsache, dass unserm Geschlecht modernste technische Mittel zur Rettung bedrohter Kulturdenkmäler zur Verfügung standen, wird künftigen Generationen das Recht geben, uns schwerster Versäumnisse zu zeihen, wenn wir heute nicht tun, was das deutsche Volk von uns erwarten muss. Brennende Sorge veranlaßt mich, Sie nochmals dringendst zu bitten, denen Einhalt zu gebieten, die offensichtlich die Konsequenzen ihres Tuns nicht voll übersehen.

Ergebenst

gez. Marie-Louise Henry“

(Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Signatur: BL IV/2/14//1362).

Am 17.08.1960 schrieb sie an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis:

„Sehr geehrter Herr Mewis!

Beiliegend überreiche ich Ihnen die Durchschrift einer gestern an den Ministerpräsidenten Grotewohl abgesandten Schreibens mit der Bitte, Ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, dass bis zum Eingang der Entscheidung des Herrn Präsidenten von weiteren Sprengungen in der Marienkirche abgesehen wird.

Ergebenst

Marie-Louise Henry“

(Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Signatur: BL IV/2/14//1362)

Antwort des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis:

„Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Henry!

Ihr Telegramm habe ich, da ich mich im Urlaub befinde, erst heute bekommen.

Gleichzeitig erhielt ich einen Brief von Herrn Theologieprofessor Weiss. In der Anlage füge ich Ihnen die Abschrift einer Antwort an Herrn Professor Weiss bei und möchte Sie bitten, diese auch als Antwort auf Ihr Telegramm zu begreifen.

Hochachtungsvoll

Bezirksleitung Rostock der SED

gez. Mewis

1. Sekretär.“

(Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Signatur: BL IV/2/14//1362).

Antwort des 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis, an Professor Dr. Konrad Weiss

„Sehr geehrter Herr Professor!

Sie haben mir mit dem Datum vom 15. August einen Brief übermittelt, in dem Sie mitteilen, dass von Ihnen an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Grotewohl, ein Telegramm folgenden Wortlautes abgegangen ist: „Begonnene Sprengung der Marienkirche steht in unversöhnbarem Widerspruch zu wiederholten Versicherungen Ihrer Regierung über Erhaltung des Kulturerbes, da Erhaltungszustand und Bedeutung dieses Bauwerkes für Geschichte und Kultur Wismars höchste Einsätze rechtfertigen und fordern. Erbitten Sie Ihr sofortiges Eingreifen.“

Da Sie auch mich gebeten haben einzugreifen, sende ich Ihnen aus dem Urlaub meine Stellungnahme. Der Abbruch der Überreste der Ruine einer im 2. Weltkrieg zerstörten ehemaligen Marienkirche in Wismar erfolgte nach gründlicher Diskussion mit der Bevölkerung Wismars und einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung. Dem wiederholten Drängen der Bevölkerung wurde erst Rechnung getragen, als auch die Pastoren der Stadt Wismar und der Superintendent keinerlei Einwände gegen diese Maßnahme hatten.

Da die Diskussion auch in der Presse geführt wurde, muss ich annehmen, dass den Herren Ihres Kreises der Beschluss seit langem bekannt ist. Wenn Sie jetzt, nachdem die Sprengung der Ruinenreste durchgeführt ist, in solcher Form und mit solchen unerhörten Beschuldigungen gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auftreten, dann machen Sie aus einer sachlichen Angelegenheit eine politische Sache. Selbstverständlich könnte man darüber diskutieren, ob eine auffällige Ruine abgerissen werden oder ob man die Marienkirche in ihren alten Zustand wieder herstellen sollte. Diese Diskussion ist jahrelang geführt worden. Die Kirche hat jedes Interesse am Bau verneint und war nicht bereit, irgend welche Mittel zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich gibt es in Wismar noch eine Kirche, die im 2. Weltkrieg zerstört wurde, und zwar die St. Georgi-Kirche. Der Rat der Stadt hat alles getan, um den Wiederaufbau dieser Kirche

zu unterstützen. Jetzt sind auch die kirchlichen Kreise in Wismar bereit, sich diesen Bestrebungen anzuschließen. Bisher haben sie immer den Standpunkt bezogen, sie wollten keine Kirche im Zentrum der Stadt wieder aufbauen, sondern in den neuen Stadtvierteln.

Der Wiederaufbau der Marienkirche aus kulturellen Gründen wäre sehr teuer geworden, und da es ähnliche Kulturdenkmäler der verschiedensten Arten gibt, bzw. der Wiederaufbau durchgeführt wurde, hielt es die Bevölkerung von Wismar für zweckmäßig, statt dessen neue Kulturstätten zu schaffen.

Es gibt sehr wichtige Kulturfragen, zu denen es sich gegenwärtig lohnt, Stellung zu nehmen. Es geht auf allen kulturellen Gebieten in der Deutschen Demokratischen Republik sehr schnell vorwärts. In Wismar, Rostock und Stralsund wurde außerordentlicher Wert auf die Erhaltung der Kulturgüter, soweit sie für die Menschheit nützlich sind, gelegt. Aber bekanntlich gibt es Kräfte, die jedes Vorkommnis in der Deutschen Demokratischen Republik ausnutzen, um die revanchistischen Elemente in Westdeutschland und die NATO-Kreise auch in der Kirche zu unterstützen. Sie können sich sicher vorstellen, dass die [Textausfall in der Quelle] große Geduld und viel Toleranz an den Tag gelegt hat, nicht zulassen wird, dass man innere Angelegenheiten der DDR zu politischen Zwecken im Interesse von NATO-Kreisen ausnutzt.

Ich möchte Sie deshalb bitten, dass Sie sich vom wirklichen Sachverhalt überzeugen und kann mir nicht vorstellen, dass Sie Ihre unerhörte Behauptung in dem Telegramm an den Ministerpräsidenten Grotewohl aufrecht erhalten. In der Deutschen Demokratischen Republik wird auf gesetzlicher Grundlage verfahren. Die Sache der Ruine in Wismar ist gesetzlich völlig ordnungsgemäß vorbereitet und durchgeführt. Sie sind doch in der Lage, Herr Professor Weiss, Zeugnis dafür abzulegen, das wir das Kulturerbe erhalten und viel Neues geschaffen haben. Es würde mich freuen, gelegentlich auch darüber von Ihnen eine Meinungsäußerung zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Bezirksleitung Rostock der SED

gez. Mewis

1. Sekretär

(Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Signatur: BL IV/2/14//1362).

Frau Prof. Henry schrieb am 23.08.1960 einen weiteren Brief an den Ministerpräsidenten der DDR:

„Prof. Dr. Marie-Luise Henry

Leipzig, den 23. Aug. 1960
z. Zt. Rostock, Baleckestr. 3

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Verschiedene Gründe nötigen mich, Ihre Geduld zur Frage des Abbruches der Marienkirche zu Wismar nochmals in Anspruch zu nehmen. Mein in dieser Sache unter dem 16. Aug. an Sie gerichtetes Schreiben, dessen Durchschrift dem 1. Sekretär der SED des Bezirkes Rostock, Herrn Karl Mewis, zugeleitet wurde mit der Bitte, bis zum Eingang Ihrer Entscheidung weitere Sprengungen verhüten zu wollen, ist mit beiliegenden Briefen beantwortet worden.

Ich erlaube mir dazu folgende Feststellungen: Inzwischen eingezogene Erkundigungen haben ergeben, dass die Vertreter des Denkmalschutzes in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. August, die den Abbruch beschloß, nicht ausreichend zu Worte gekommen sind. Der Protest des Denkmalpflegers wurde übergangen. Ein aus Dresden eingeholtes Fachurteil des Inhaltes, dass mit einem Mindestmaß an Arbeitskräften die geschädigte Kirche in wenigen Jahren wiederhergestellt sei, wurde nicht verlesen. Auch Gutachten von Kunstwissenschaftlern sind nicht mehr vorgelegt worden. Auf welcher Basis wurde der Beschluß gefaßt?

Das beigefügte Bild der Marienkirche wird jeden davon überzeugen, dass es sich nicht um Ruinenreste (Anlage S. 1) handelte, sondern um einen zwar verwundeten, aber immer noch überaus imposanten Bau, der über 15 Jahre langen Witterungseinflüssen getrotzt hat. „Ähnliche Kunstdenkmäler“ von so einzigartigem Wert sind seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr so zahlreich, wie die Anlage annehmen läßt (Anlage S. 2). Die Begründung, die der Herr 1. Sekretär der SED des Bezirkes Rostock (Anlage S. 2) für den Abbruch der Kirche geltend macht, scheinen mir auf einer verhängnisvollen Verwechslung von Kultur und Zivilisation zu beruhen. Ihr zu wehren, wurde der Denkmalschutz begründet. Seine Vertreter hätten bei der Beschlußfassung über das Schicksal der Marienkirche zu Wismar unbedingt gehört werden müssen. Durch ihr Gutachten und diejenigen in der 1. Instanz zu befragenden Kunsthistoriker und Archäologen wäre die Bevölkerung über den Wert der Marienkirche aufzuklären gewesen. Nur das Wort solcher Kenner kann bei der Verhandlung über kunstgeschichtlich bedeutende Gegenstände als Diskussionsgrundlage anerkannt werden.

Freilich lehrt die in den Tageszeitungen des Ostseeraumes geführte Debatte über das Schicksal der Jacobikirche zu Rostock, dass unter Umständen Stimmen von Fachkennern von der Öffentlichkeit diskreditiert werden; von ephemeren Interessen geleitete, laienhafte Urteile hingegen als ausschlaggebend und diskus-

sionsschließend gelten. Doch dürfte in diesem Zusammenhang die Tatsache des Nachdenkens wert sein, dass der Sprengmeister in Rostock sich zunächst geweigert hat, das Todesurteil an der Jakobikirche zu vollziehen.

Es steht zu befürchten, dass die Ereignisse in Wismar sich in ähnlicher Weise abgespielt haben, vor allem da in beachtenswerter Eile in der Frühe des der Beschlußfassung folgenden Tages mit den Sprengungsarbeiten begonnen wurde. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung war (im Widerspruch zu Anlage S. 1) nicht „seit langem bekannt“. Die ersten Sprengungen haben die Umwelt aufschrecken lassen und alle diejenigen, die eine Diskussion auf höherer Ebene hätten anstreben können und dazu entschlossen gewesen wären, der Möglichkeit beraubt, ihre dem Wert des Objektes entsprechenden Belange mit Aussicht auf Erfolg zur Geltung zu bringen: den Landesdenkmalschutz, den Oberkirchenrat, den Kirchgemeinderat, den Bischof der Evgl. Kirche Mecklenburgs, nicht zuletzt mich selbst und eine beträchtliche Anzahl derer, die vom Stand der Dinge nichts ahnten, da die Diskussion in der Presse durchaus nicht so weitreichend war, wie die Anlage S. 1 vermuten läßt.

Die Zurückhaltung der kirchlichen Stellen (Anlage S. 2) beruht auf der Nötigung, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Schaffung von gottesdienstlichen Räumen innerhalb der Wohnbezirke verwenden zu müssen. Es steht jedoch außer Zweifel, dass die Gemeinden – und zwar nicht nur diejenigen in Wismar – erhebliche Summen für die Erhaltung der Kirche geopfert hätten. Ich bitte Sie darum nochmals, noch in letzter Stunde einzuschreiten, um wenigstens den wertvollen, das Bild des Marktes bestimmenden Ostchor zu retten, dessen Sprengung überdies das historisch bedeutende Archidiaconat gefährden würde.

Die sich in diesen Tagen in Wismar abspielende Tragödie läßt mich mit Beschämung dessen gedenken, dass in anderen Ländern Kulturdenkmäler pietätvoll gehütet werden. Es ist mir nicht bekannt, dass je der Gedanke aufgetaucht ist, die Ruinen des Forum Romanum in Rom, der Akropolis in Athen, ägyptischer oder vorderasiatischer Tempel zu beseitigen, weil sie keinen Nützlichkeitswert im Sinne der Anlage S. 2 haben. Vielmehr werden Millionen dafür geopfert, ähnliche Zeugen der Vergangenheit mit Spaten und Spitzhacke dem Boden zu entreißen, um sie dem Studium der Kunst- und Kulturgeschichte zuzuführen. Auch die DDR bildet unter hohen Kosten Fachwissenschaftler aus, die für solche Arbeit qualifiziert sind. Diese Gelehrten können die Trümmer in Wismar nur als Diskreditierung ihrer mühseligen Arbeit verstehen. Was, so fragt man sich betroffen, kann deutsche Menschen veranlaßt haben, ein so kostbares Kulturgut ihres Volkes wie die Marienkirche zu Wismar dem Erdboden gleichmachen zu wollen? Warum beseitigt man nicht statt dessen die Reste des kunsthistorisch wertlosen Theaters?

Angesichts der Trauer, die das Ereignis in Wismar allgemein auslöst, bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, dringlichst, dafür Sorge tragen zu wollen, dass nunmehr alles getan wird, um Fehlentscheidungen, wie die in Wismar und Rostock

(Jacobikirche) gefällt, künftig grundsätzlich unmöglich zu machen. Der Bevölkerung muss nach diesen bedauerlichen Ereignissen die beruhigende Gewissheit gegeben werden, dass die Beschlussfassung über Objekte, die in ihrem Wert gar nicht abzuschätzen sind, dem Bereich unberechenbarer Meinungsbildung entzogen sind. Stadtverordnetenversammlungen sind, wie die Beispiele in Wismar und Rostock zeigen, für die Verhandlung solcher Gegenstände nicht kompetent. Die Bürger müssen hinfort darauf vertrauen dürfen, dass in analogen Fällen Beschlüsse nur auf Grund einer Reihe übereinstimmender Fachurteile von der Regierung der DDR in letzter Instanz gefällt werden; vor allem aber müssen sie dessen versichert sein, dass Ruinen wertvoller Gebäude erhalten bleiben, wie es in allen Kulturländern der Erde Brauch ist. Woher sollten wir auch das Recht nehmen, künftige Generationen der Chance des Wiederaufbaus zu berauben!

Nach Darlegung des Sachverhaltes wird es Ihnen, Herr Ministerpräsident, wie ich hoffe, nicht als unbillig erscheinen, wenn ich erwarte, dass dem Herrn 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in Rostock nahegelegt wird, die in der Anlage S. 1 unten und S. 2 oben und in Anspielung unten) gegen Herrn Professor Dr. Weiss und mich erhobenen Beschuldigungen zurückzunehmen. Diese Beschuldigungen sind so schwerwiegender Natur, dass ihre Erhärtung einem Menschen ein Gerichtsverfahren und den Entzug seiner Freiheit eintragen würde. Es kann nicht als zulässig erscheinen, dass sachlich vorgetragene, der Würde und dem Wert des verhandelten Gegenstandes angemessene Argumente politisch interpretiert werden. Diese Methode wäre geeignet, die Bevölkerung einzuschüchtern, sie in der Freiheit ihrer Meinungsäußerung zu beschränken und sie zu nötigen, blutenden Herzens, aber schweigend wertvolle Kulturgüter preiszugeben. – Ich weiß, dass die Regierung der DDR gerade dieses zu verhüten wünscht und auch gelegentlichen Mißgriffen wehren wird. Herr Ministerpräsident, ich vertraue darauf, dass Sie mir in dieser Sache Ihren Schutz nicht versagen werden.

In ehrerbietigster Hochachtung

gez. Marie-Louise Henry

(Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Signatur: BL IV/2/14//1362).

Stellungnahme zum Abbruch der Ruine der St. Marienkirche, SED Rostock, Kreisleitung Wismar vom 03.60.1960

Für den Abriß der Kirchenruine gibt es keine einheitliche Meinung in der Bevölkerung. Wir schätzen jedoch ein, dass nur ein kleiner Teil für die Erhaltung der Kirche ist. Seit 2 Wochen veröffentlicht die Ostsee-Zeitung Leserbriefe hierzu. Es gibt nur vereinzelt Zuschriften, die sich für die Erhaltung aussprechen.

In einer vor einigen Wochen stattgefundenen Aussprache im Kulturbund über die Perspektive der Stadt waren viele Teilnehmer – besonders des Kreises der Denkmalpflege – für die Erhaltung der Ruine....

Am 18. Mai hatten wir eine Aussprache mit den Geistlichen aus der Stadt Wismar. Sie sprachen sich zuerst für die Erhaltung der Ruine aus, machten den Vorschlag, ein Dach aufzusetzen, um die Pfeiler vor weiterem Verfall zu schützen. Nachdem wir ihnen erklärten, dass im Interesse der Sicherheit für die Bevölkerung der bisherige Zustand nicht belassen werden kann, waren sie einverstanden, wenn der Turm erhalten bleibt. An ihm soll dann eine Tafel angebracht werden, die darauf hinweist, dass die Kirche ein Opfer des Krieges geworden ist.

Am Vormittag des gleichen Tages fand eine Aussprache des Genossen Butzirus (1. Stellv. d. Vors.) mit dem Genossen Brussow und dem Genossen Katrenich statt, wo festgelegt werden sollte, dass einige Bausachverständige aus Rostock sofort beauftragt werden, uns durch ein Gutachten zu bestätigen, dass die Ruine infolge des einfalligen Zustandes gesprengt werden muss. Bis heute wurde das Versprechen nicht realisiert.

Die Verzögerung unsererseits ist dadurch eingetreten, weil wir vor der Beseitigung der Ruine den Vertrag über die „Geistlichen Hebungen“ abschließen wollten....

Wir sind der Meinung, jetzt nicht mehr warten zu können. Die bisherigen Untersuchungen durch Materialprüfer bestätigen die Verwendbarkeit des Mauerwerkes für die Herstellung von Leichtbauelementen.

Wismar, 3.6.1960

(VPLA Greifswald, BPA SED Bezirk Rostock, KL Wismar IV/4/10/734)

Die Stellungnahme verdeutlicht, wie die Kirche getäuscht wurde. Noch bevor überhaupt ein Gutachten vorlag, hoben die staatlichen Vertreter auf die Notwendigkeit einer Sprengung der Marienkirche aus Sicherheitsgründen ab.

Offensichtlich hat Frau Professorin Henry auch noch weitere Institutionen angeschrieben, so die Sächsische Akademie der Wissenschaften. Von dort erhielt sie am 14.8.1960 Antwort:

„Ihr Schreiben vom 26.8.1960 ist dem Herrn Präsidenten Prof. Frings nach seiner Rückkehr aus dem Erholungsurlaub mit den Anlagen vorgelegt worden. Da die Sächsische Akademie der Wissenschaften über ein Institut für Kunstgeschichte nicht verfügt, bittet Sie der Herr Präsident, sich an den Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Herrn Prof. Dr. Hartke, unmittelbar zu wenden, damit von dort die Angelegenheit mit dem nötigen Nachdruck verfolgt werden kann.“

(zit. nach: Heinrich Holze (Hg.), Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933-1989. Festschrift für Gert Haendler zum 80. Geburtstag, Münster: LIT-Verlag 2004, Rostocker Theologische Studien Bd. 13, S. 182).

Der Mecklenburgische Landesbischof D. Dr. Niklot Beste schrieb am 1. September 1960 an Marie-Louise Henry:

„Sehr geehrte Frau Professor!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief vom 26. August ds. Js. mit den verschiedenen Anlagen. Ich bin Ihnen und Herrn Professor Weiß besonders dankbar, dass Sie sich so geäußert haben. Es ist für uns alle ein großer Schmerz, dass mit der St. Marienkirche so umgegangen ist. Ich habe am 6. August ds. Js. außer einem telegraphischen Protest noch ein Telefongespräch mit dem Rat der Stadt Wismar geführt und auf sofortiges Aufhören der beabsichtigten Sprengung gedrängt. Der Oberkirchenrat hat einen schriftlichen Protest an die zuständige staatliche Stelle eingereicht. Es war alles vergeblich.

Mit freundlichem Gruß

Ihr sehr ergebener Beste.“

Auch vom sächsischen Bischof D. Gottfried Noth liegt eine Antwort vor:

„Sehr verehrte Frau Professor.

Mit großem Interesse habe ich Ihren Brief vom 26. August 1960 gelesen und danke Ihnen sehr für Ihr entschiedenes und verständnisvolles Eintreten in dieser sowohl kirchlich wie kulturell bedeutsamen Angelegenheit. Im Grunde geht es hier nicht nur um diesen Einzelfall, sondern um eine grundsätzliche Haltung, der auch wir hier in unserer Landeskirche mit Sorge gegenüber stehen. Deshalb ist Ihr Eintreten für die Sache auch für uns von grundsätzlicher Wichtigkeit....“

(zitiert nach: Heinrich Holze (Hg.), Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933-1989. Festschrift für Gert Haendler zum 80. Geburtstag, Münster: Lit-Verlag 2004, Rostocker Theologische Studien Bd. 13, S. 181-182)

Anlage 2: Ein Nachruf

Marie-Louise Henry: Eine streitbare, sensible und weitblickende mecklenburgische Theologin

Heute unvorstellbar, welche Sensation es vor nur 50 Jahren noch war: Eine Frau, Marie-Louise Henry erhält 1956 die Berufung auf eine Theologie-Professur in Leipzig. 1959, nach einigen Verzögerungen, übernimmt damit erstmals in der deutschsprachigen Bibelwissenschaft eine Frau das akademische Lehramt. An dieser Dame von französischem Charme, einer scharfsinnigen und weitblickenden Analytikerin, reich an geistiger Kraft und sensibler Neugier bis ins hohe Alter, die am 29. Juni 2006 in Hamburg starb, war noch mehr außergewöhnlich.

In Brüssel 1911 geboren, wuchs sie in Wismar auf. Nach dem Theologiestudium in Rostock erkannte man ihre vielseitige Begabung und Flexibilität: Die junge Absolventin wurde 1942-1945 nach Hamburg gerufen und arbeitete wissenschaftlich in der Luther-Gesellschaft. Dies mündete 1948 in Rostock in einer kirchengeschichtlichen Doktorarbeit. Schon kurz vorher wurde an der Rostocker Theologischen Fakultät jemand gesucht, der in einem anderen Fach, dem Alten Testament, hebräischen Sprachunterricht erteilt. Professor Gottfried Quell vertraute der jungen Theologin aus dem fremdem Fach die Aufgabe an. Frau Dr. Henry fand sich so schnell in das neue Gebiet, dass sie bereits 1952 eine alttestamentliche Habilitationsschrift vollendete. Ein Jahr später wurde sie zur Dozentin ernannt. Verständlich, dass man in Leipzig bald auf die junge Wissenschaftlerin aufmerksam wurde.

Die Spannungen zwischen Staat und Kirche in der DDR um 1953 sind bekannt. Die kleine, zierliche Theologie-Professorin in Leipzig machte sich bei den DDR-Behörden durch unerschrockene Meinungsäußerung mehrfach verdächtig und unbeliebt. Nach dem Bau der innerdeutschen Grenzbefestigungen durch die DDR 1961 mußte sie nicht zuletzt durch ihre offen kritische Haltung trotz ihrer französischen neben der deutschen Staatsbürgerschaft Repressalien befürchten. So entschloss sie sich, wenn auch sehr ungern, im Spätsommer eine staatliche Entscheidung der DDR über die Gültigkeit ihres französischen Passes lieber außerhalb der DDR in Hamburg abzuwarten. Sie fand Aufnahme als Gastdozentin in Wien. Schon 1963 wurde sie an die Hamburger Theologische Fakultät berufen, wo sie bis 1976 lehrte.

Kreativität und hohe analytische Intelligenz bewies Marie-Louise Henry auf ihrem wissenschaftlichen Gebiet. Ihr Gespür für wichtige Themen, lange bevor sie in das Bewusstsein der Öffentlichkeit traten, war bemerkenswert. Ihr Buch über Tiere im religiösen Bewusstsein des Menschen erschien lange, bevor es eine „grün-ökologische Bewegung“ gab. Andererseits ermöglichte es ihr eine umfas-

sende Bildung, begründete Auffassungen auch gegenüber Modetrends in glasklare und einfache Worte zu kleiden. Dabei war ihre Kritik nie verletzend oder herabwürdigend, sondern – bei sachlichem Ernst - eher liebenswürdig und konstruktiv. Als Professorin erlebte sie in Hamburg die 68er Studentenbewegung, „unter den Talaren den Muff von 1000 Jahren“. Bei differenzierender Beurteilung und Würdigung der Anliegen der Studenten, aber auch Kritik der anarchischen Auswüchse griff sie das gesellschaftskritische Anliegen konstruktiv durch eine Studie zum Problem „Glaube und Gesellschaft“ auf.

In einem Buch stellte sie sich 1990 der Frage nach Verletzungen derer, die zum Beispiel in Konzentrationslagern litten, der Frage „Gott im Leiden? Gott in Auschwitz?“ und der Frage nach Sinn und Wirkung von Gebet im Umfeld des Unmenschlichen. In ihrem 81. Lebensjahr veröffentlichte sie „Alttestamentliche Überlegungen zum Problem der Feministischen Theologie“. Die in der Bibel dargestellte menschliche Gemeinschaft beruhe zwar – wie jede menschliche Gesellschaft - auf Auseinandersetzungen. Aber der in der Bibel bezeugte Wille Gottes schließe eine Unterdrückung des Menschen, natürlich auch der Frau, kategorisch aus. Nur so könne eine demokratische Rechtsgemeinschaft wachsen und gedeihen.

Dankbar erinnert man sich in Rostock an ihren Festvortrag „Überlegungen zum Auftrag und zur Verantwortung der Theologie im 20. Jahrhundert“ beim 560. Stiftungsjubiläum der Theologischen Fakultät 1992. Ihre sensible Rück- und Vorausschau ist auch heute wichtig. „Wenn der Mensch sich nicht mehr über sich selbst hinausgewiesen weiß, verantwortungsschwer gebunden an eine Größe, die mehr ist als er, dann begibt er sich auf den Weg zum Unmensch“. Religiöse Grund- und Menschheitserfahrungen, wie sie die Bibel aufbewahrt, haben Theologie und Kirche für die Gegenwart zur Sprache zu bringen. Genau dies hat Frau Professor Henry ihr Leben lang mit ungeschminkter Klarheit, sachlichem Ernst, überzeugender persönlicher Haltung und großem Charme gelehrt und vorgelebt.

Prof. Dr. Hermann Michael Niemann,
Dekan der Theologischen Fakultät Rostock

4.7.2006

Marie-Louise Henry (1911-2006): Eine streitbare, sensible und weitblickende Theologin*

Von Hermann Michael Niemann und Meik Gerhards

Wäre Marie-Louise Henry, die zierliche, scharfsinnige, temperamentvolle Theologin mit französischem Charme, nur, aber immerhin, die erste Frau gewesen, die im deutschsprachigen Raum eine Professur für Altes Testament innehatte, so wäre dies einer knappen Erwähnung wert, die als Datum „abgespeichert“ werden könnte; aber Marie-Louise Henry steht als Persönlichkeit der theologischen Wissenschaft für sehr viel mehr, was bis heute als vorbildlich gelten kann und in lebendiger Erinnerung gehalten zu werden verdient.

Sie war als Wissenschaftlerin auf zwei theologischen Fachgebieten qualifiziert, zunächst in der Kirchengeschichte, dann in der alttestamentlichen Wissenschaft, die ihre eigentliche Lebensaufgabe werden sollte. Sie hat Themen aufgegriffen, die zu ihrer Zeit nicht als Modethemen gelten konnten, deren Bedeutsamkeit sich aber im Laufe der Zeit entfaltete, was ihr ein Gespür attestiert für wichtige Fragen, die noch nicht ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen sind. Schließlich, aber nicht zuletzt, war sie eine geradlinige Vertreterin ihrer Ansichten, die es etwa nicht scheute, sich bei hohen Funktionären des DDR-Regimes für den Erhalt der Ruine bzw. den Wiederaufbau der Wismarer Marienkirche einzusetzen.

Die gedankliche Weite und Flexibilität dieser Frau hängt sicher nicht zuletzt mit der Transnationalität ihrer Herkunft zusammen. Marie-Louise Henry wurde am 15. Juni 1911 in Brüssel als Tochter einer deutschen Mutter und eines französischen Vaters geboren. Der Vater stammte aus einer jüdisch-sephardischen Familie. Zeitlebens besaß Frau Henry die deutsche und die französische Staatsbürgerschaft und war damit Bürgerin zweier Länder, die sich in ihrer Jugendzeit noch weithin als „Erbfeinde“ betrachteten. Sie wuchs ab 1918 im Rheinland, später und vor allem in Wismar auf, also in Grenzlandschaften, in denen eine lange Tradition des Austausches mit den jeweiligen Nachbarkulturen besteht, im Rheinland mit dem französisch-niederländischen Raum, in Wismar mit Skandinavien.

* Dieser Artikel ist Prof. Dr. Martin Rösel gewidmet, der, aus Hamburg kommend, mit mir (H. M. N.) zusammen im Spätsommer 1993 in Rostock die akademische Lehrtätigkeit aufgenommen hat, mit herzlichem Dank für alles bisherige Engagement und die gemeinsame Arbeit an der Rostocker Theologischen Fakultät. Uns verbindet mit Frau Prof. Henry die Forschung und Lehre auf dem Gebiet des Alten Testaments – in Rostock und in Hamburg.

Nach eigener Auskunft kam die Familie als „Strandgut des Ersten Weltkriegs“ nach Mecklenburg, weil die Mutter meinte, „dass es dort am ehesten etwas zu essen geben würde.“¹ Mecklenburg wurde für Frau Henry zur eigentlichen Heimat, besonders Wismar mit seinen großartigen Baudenkmalern aus der Hansezeit, von denen eines, wie bereits angedeutet, in ihrer Biographie noch eine besondere Rolle spielen sollte. Sie studierte von 1932 bis 1936 Theologie an der Universität Rostock, und damit an einer Fakultät, die sich gegenüber der nationalsozialistischen Kirchenpolitik renitent verhielt.² Kurz nach ihrem 90. Geburtstag bedankte sie sich für einen Gruß aus Rostock, der sie zurückversetzt hätte in ihre „geliebte Rostocker Fakultät“, der sie die Bewahrung „vor einem verhängnisvollen Zeitgeist“ verdanke, „der für Deutschland Schuld, Krieg und Untergang bedeutete.“³

Frau Henry, die in der Bekennenden Kirche aktiv war, wirkte von 1942-1945 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Luther-Gesellschaft in Hamburg an der Erarbeitung einer Luther-Ausgabe mit. 1948 wurde sie an der Rostocker Theologischen Fakultät mit einer Arbeit zur neuzeitlichen Kirchengeschichte promoviert.⁴ Zu dieser Zeit hatte sie neben der Tätigkeit auf dem Gebiet der Kirchengeschichte schon begonnen, im Bereich des Alten Testaments zu arbeiten. Der Alttestamentler Gottfried Quell hatte ihr die Erteilung der Hebräischkurse an der Rostocker Fakultät übertragen. Die damit begonnene Tätigkeit führte 1952 zur Habilitation auf dem Gebiet des Alten Testaments.⁵

Frau Henry war damit die zweite Frau, die sich im deutschsprachigen Raum an einer Theologischen Fakultät habilitierte, nach Hanna Jursch, die sich 1934 in Jena für das Fach Kirchengeschichte und altchristliche Kunst mit einer Arbeit zur Christlichen Archäologie (Thema: „Das Bild des Judas Ischariot in der Alten Kirche“) habilitiert hatte.⁶

¹ Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung Nr. 8 (2005), S. 10.

² Vgl. dazu G. Haendler, Art. „Rostock“, in: TRE 29, 429f.; S. Pauli (Pettke): Die Theologischen Institute im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Heinrich Holze (Hg.): Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933-1945. FS für G. Haendler, Rostocker Theologische Studien 13, Münster 2004, S. 35-60.

³ So in einem persönlichen Brief an Prof. Dr. Hermann Michael Niemann vom 26. Juni 2001.

⁴ Studien zum Kulturkampf der Deutschen Evangelischen Kirche mit besonderer Berücksichtigung der mecklenburgischen Verhältnisse. Dissertation (maschinenschriftl.) Universität Rostock, 1948.

⁵ Interpretationsprobleme zur Jesaja-Apokalypse. Habilitationsschrift (maschinenschriftl.) Universität Rostock, 1952.

⁶ Vgl. dazu M.-T. Wacker, „Nicht Sklavin, sondern Freie“. Stationen feministischer Theologie 1934-1999, Festrede zum 65. Geburtstag von Luise Schottroff in Kassel am 14. Juli 1999, lectio difficilior 1 / 2000, Punkt I, www.lectio.unibe.ch/00_1/n.htm (Zugriff am 3. März 2010); vgl.

Der Habilitation folgte 1953 die Ernennung zur Dozentin und 1956 die Berufung auf einen Lehrstuhl für Altes Testament an der Universität Leipzig, ein Amt, das sie freilich erst nach unklaren Verzögerungen 1959 antrat, im Übrigen als Nachfolgerin des berühmten Alttestamentlers Albrecht Alt. Damit war sie die erste Frau im deutschsprachigen Raum, die eine Professur für Altes Testament bekleidete. Auf dem Gebiet der Theologie überhaupt war sie wiederum die zweite nach Hanna Jursch, die 1948 in Jena zum „Professor mit vollem Lehrauftrag“ ernannt worden war.⁷

Kirchenpolitisch waren die fünfziger Jahre in der DDR von dem Versuch der Staatsmacht geprägt, die volkkirchlichen Strukturen zu zerschlagen. Nach späterer Erinnerung von Frau Henry gab es in der Rostocker Fakultät in diesen schweren Jahren „einen starken Zusammenhalt“, während die Leipziger Fakultät „schon vom kommunistischen Staat unterwandert“ war.⁸ So gelang es ihr nicht, in der Leipziger Fakultät Unterstützung zu finden für ihr Engagement gegen die Sprengung der Wismarer Marienkirche, bei dem sie nicht vor sehr offenen Worten gegenüber hohen Funktionären des SED-Regimes zurückschreckte.

Die Marienkirche in Wismar, der Stadt, in der Frau Henry ihre prägenden Jugendjahre verbracht und in die sie sich schon als Mädchen verliebt hatte,⁹ war kurz vor Kriegsende durch Bomben schwer zerstört worden. Im Jahre 1960 wurde beschlossen, Langhaus und Chor der Kirche zu sprengen, obwohl der Bauzustand eine Restaurierung durchaus erlaubt hätte. Frau Henry schrieb in dieser Sache am 16. August 1960, zwei Tage vor der Sprengung, an Otto Grotewohl: „Herr Ministerpräsident, ich beschwöre Sie, Ihre Hand über diesen Bau zu halten. Wehren Sie von der Deutschen Demokratischen Republik (...) die Schande ab, ohne Not ihre anvertrauten Kulturdenkmäler zerstört oder gefährdet zu haben. Ein Volk, das nicht entschlossen ist, mit letzter Kraft sein kulturelles, historisches und geistiges Erbe zu bewahren, ist nicht wert, ein solches zu besitzen.“¹⁰

umfassend auch M.-T. Wacker, *Geschichtliche, hermeneutische und methodologische Grundlagen*, in: L. Schottroff / S. Schroer / M.-T. Wacker, *Feministische Exegese. Forschungsbeiträge zur Bibel aus der Perspektive von Frauen*. WBG Darmstadt 1995, S. 3ff; M.-T. Wacker listet dort nach Hanna Jursch und Marie-Louise Henry bis 1995 im evangelischen Bereich acht Habilitationen von Frauen im Bereich Altes Testament und sechs im Bereich Neues Testament auf, an katholisch-theologischen Fakultäten sogar nur 3 Habilitationen, alle drei im Bereich Altes Testament.

⁷ Vgl. dazu H. Erhart, Art. „Jursch, Hanna Marie Margarete“, in: *BBKL XVII* (2000), Sp. 733-739.

⁸ *Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung* Nr. 8 (2005), S. 10.

⁹ *Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung* Nr. 8 (2005), S. 10.

¹⁰ Zitiert nach: G. M. Diederich, *Aus den Augen, aus dem Sinn*, Rostock 1997, S. 10.

Bereits einen Tag zuvor hatte sie an den Oberbürgermeister von Wismar geschrieben, einen Tag später schrieb sie an Karl Mewis, den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Rostock. Mewis schickte ihr seine Antwort auf ein Schreiben des Rostocker Theologieprofessors Weiß zu, der in derselben Sache bei ihm Protest eingelegt hatte. Dieser wird abgewehrt, indem auf eine lange Diskussion mit den Bürgern Wismars hingewiesen wird, die letztlich zu einer Einigung geführt haben soll: „Der Wiederaufbau der Marienkirche aus kulturellen Gründen wäre sehr teuer geworden, und da es ähnliche Kulturdenkmäler der verschiedensten Arten gibt, bzw. der Wiederaufbau durchgeführt wurde, hielt es die Bevölkerung von Wismar für zweckmäßig, statt dessen neue Kulturstätten zu schaffen“. Darüber hinaus stempelt der Funktionär diejenigen, die trotz der angeblich freien Entscheidung der Bevölkerung gegen die Sprengung der Kirchenruine protestieren, als Staatsfeinde ab: „Es geht auf allen kulturellen Gebieten in der Deutschen Demokratischen Republik sehr schnell vorwärts. In Wismar, Rostock und Stralsund wurde außerordentlicher Wert auf die Erhaltung der Kulturgüter, soweit sie für die Menschheit nützlich sind, gelegt. Aber bekanntlich gibt es Kräfte, die jedes Vorkommnis in der Deutschen Demokratischen Republik ausnutzen, um die revanchistischen Elemente in Westdeutschland und die NATO-Kreise auch in der Kirche zu unterstützen. Sie können sich sicher vorstellen, dass die [Textausfall in der Quelle!] große Geduld und viel Toleranz an den Tag gelegt hat, nicht zulassen wird, dass man innere Angelegenheiten der DDR zu politischen Zwecken im Interesse von NATO-Kreisen ausnutzt.“¹¹

Die unverhohlene Drohung dieser Worte hielt Frau Henry allerdings nicht davon ab, sich nach der erfolgten Sprengung ein weiteres Mal an den Ministerpräsidenten zu wenden mit der Feststellung, dass der Bezirkssekretär teilweise die Unwahrheit behauptete, etwa wenn er sich darauf berief, die Kirche sei nicht bereit gewesen, einen Beitrag zur Wiederherstellung der Marienkirche zu leisten. Im Übrigen warf sie den Befürwortern der Sprengung vor, ein Fachgutachten unterdrückt zu haben, nach welchem der Wiederaufbau mit verhältnismäßig wenig Aufwand möglich gewesen wäre. Dieser zweite Brief an Grotewohl schließt mit der Bitte, entsprechende Vorgänge zukünftig zu verhindern, und der weiteren Bitte, dass Mewis gedrängt werde, die von ihm erhobenen politischen Vorwürfe gegen die Kritiker der Kirchensprengung zurückzunehmen: „Es kann nicht als zulässig erscheinen, dass sachlich vorgetragene, der Würde und dem Wert des verhandelten Gegenstandes angemessene Argumente politisch interpretiert werden. Diese Methode wäre geeignet, die Bevölkerung einzuschüchtern, sie in der

¹¹ Der Brief befindet sich im Vorpommerschen Landesarchiv Greifswald unter der Signatur: BL IV / 2 / 14 // 1362.

Freiheit ihrer Meinungsäußerung zu beschränken und sie zu nötigen, blutenden Herzens, aber schweigend wertvolle Kulturgüter preiszugeben.“¹²

Die Courage, die sich in diesen Worten spiegelt, musste einer Staatsmacht zu weit gehen, der das Menschenrecht der freien Meinungsäußerung nichts bedeutete, und die bereitwillig zum Mittel der Einschüchterung griff, wenn es der Durchsetzung ihrer ideologischen und politischen Ziele diente. Frau Henry zog sich also das Misstrauen der staatlichen Behörden zu. Noch weiter geriet sie „negativ“ ins Visier der DDR-Behörden, weil sie sich für ihre Studenten laut und öffentlich einsetzte, z.B. als Studierende zu Wehrübungen genötigt wurden. Nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 mußte sie deshalb begründetermaßen fürchten, daß ihr Reisen in den Westen zu ihrer Verwandtschaft aufgrund ihrer Renitenz „zur Strafe“ verweigert würden. So versuchte sie zunächst auf „legalem“ Weg, eine Ausreise zu beantragen bzw. zu probieren, ohne Echo. Mit schlechtem Gewissen gegenüber ihren Studenten und Kollegen nutzte sie daraufhin als Inhaberin der französischen Staatsbürgerschaft mit ihrem französischen Paß im Spätsommer den „Checkpoint Charly“ zur Reise nach West-Berlin und dann in die Bundesrepublik, wo sie zunächst bei Verwandten im holsteinischen Ahrensburg Zuflucht fand.

Es folgte eine Zeit als Gastprofessorin an der Universität Wien, 1962 eine Um-Habilitation nach Hamburg, wo sie als apl. Professorin, Akademische Rätin und schließlich als Professorin bis zum Ruhestand (und vertretungsweise auch danach) lehrte.

Ihre Hamburger Lehrtätigkeit fällt in die Zeit des großen Umbruchs in Gesellschaft und Universität, für den schlagwortartig die Jahreszahl 1968 steht. Frau Henry nahm die Anliegen der protestierenden Jugend differenziert wahr, tadelte allerdings auch anarchische Auswüchse und antwortete konstruktiv mit einer Studie zum Thema „Glaube und Gesellschaft“.

Die akademische Lehrtätigkeit war ihr besonders wichtig, weil sie, wie sie im hohen Alter rückblickend feststellt, in ihrer Schulzeit als junges schüchternes Mädchen wesentliche Förderung durch Lehrer erhalten hatte, die ihre Talente entdeckten und ihr Selbstvertrauen stärkten.¹³ Betrachtet man ihr späteres Verhalten, dann hat die Förderung der Pädagogen in diesem Leben einen staunenswerten Erfolg erzielt. Frau Henry führte ihre Lehrtätigkeit über das Erreichen der Pensionsgrenze hinaus fort bis 1986, also bis in ihr 75. Lebensjahr. Marie-Louise Henry starb am 29. Juni 2006 in Hamburg kurz nach Vollendung ihres 95. Lebensjahres, immer noch hellwach und geistig beweglich, wie sie so viele kannten und bewunderten.

¹² Der Brief befindet sich im Vorpommerschen Landesarchiv Greifswald unter der Signatur: BL IV/2/ 14/1362.

¹³ So in dem Interview mit der „Mecklenburgischen und Pommerschen Kirchenzeitung“ 8 / 2005, S. 10.

Wie Marie-Louise Henry Theologie verstanden und betrieben hat, lässt sich vielleicht am besten einer Rede entnehmen, die sie 1992 aus Anlass des 560. Jubiläums der Theologischen Fakultät Rostock in Rostock gehalten hat: „Überlegungen zum Auftrag und zur Verantwortung der Theologie im 20. Jahrhundert.“¹⁴ Die Rede reflektiert theologische Existenz aus den Erfahrungen eines Jahrhunderts, in dem wie vielleicht niemals zuvor das wahre Wesen des Menschen – „das rätselhafteste, gefährlichste, vielleicht auch schrecklichste Lebewesen der Erde“ – sichtbar geworden ist,¹⁵ was sich in einem Machbarkeitswahn und mörderischen Ideologien gezeigt hat, die nicht zuletzt in Deutschland zwei Diktaturen hervorgebracht haben, von deren Erleben die Biographie von Frau Henry geprägt wurde. Angesichts dessen bestehe die Aufgabe der Theologie darin, „Theologie der Selbsterkenntnis und der Selbstkritik“ zu sein bzw., wie sie wohl nicht ohne einen kritischen Blick auf bestimmte ideologieanfällige theologische Strömungen hinzusetzt, „Theologie der Befreiung“ im Sinne „der Befreiung von uns selbst“.¹⁶

Frau Henry schaut in diesem programmatischen Vortrag zurück auf ihre eigene Zeit an der Rostocker Fakultät während des Dritten Reiches und der frühen Nachkriegszeit. Sie gedenkt dankbar der theologischen Lehrer, die dem Ungeist des Nationalsozialismus widerstanden, und die nach dem Kriege, „in höchst fragwürdiger Zeit“, als der Sozialismus sich der Gesellschaft bemächtigte, ihre Verantwortung wahrnahmen und gegen den Zeitgeist „Theologie als Lebensprozess“, als „Wahrheitsunruhe“, vorlebten.¹⁷ Sie schaut aber auch voraus, indem sie feststellt, dass der Mensch der Gegenwart und Zukunft, der um die Überlebensfragen weiß, unweigerlich vor die religiöse Frage gestellt wird. Anders gesagt: Es ist zur Überlebensfrage geworden, dass der Mensch mit seinen heutigen Möglichkeiten sich Gott gegenüber verantwortlich weiß. Ist das nicht der Fall, „begibt er sich auf den Weg zum Unmenschen.“¹⁸

Daraus folgert sie: „Wir müssen den Absprung wagen von uns selbst. Wohin wir ihn wagen müssen, das sagt uns die biblische Überlieferung. Um ihr Verständnis bemüht sich die Theologie. Ihr Auftrag ist es, die lebenspendende und orientierungsmächtige Kraft dieser Überlieferung wirksam in unsere Zeit zu vermitteln. Dann erschließt sich die Theologie auf vielen Wegen (...) als Lebensprozess und Wahrheitsunruhe.“¹⁹

¹⁴ Publiziert in: H.M. Niemann (u. a.) (Hrsg.), Nachdenken über Israel, Bibel und Theologie, BEAT 37, Frankfurt / M. (u. a.) 1994, 473-484.

¹⁵ Vgl. dazu ebenda, S. 476.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 478.

¹⁷ Ebenda, S. 477.

¹⁸ Ebenda, S. 482.

¹⁹ Ebenda, S. 483.

Damit fallen erneut die Stichworte „Lebensprozess“ und „Wahrheitsunruhe“, die schon in der Erinnerung an die Rostocker Lehrer genannt wurden. Theologie sucht nach der Wahrheit, denkt „über den Sinn des Daseins, über Leben und Tod“ nach, aber sie ist auch dem Lebensprozess verbunden, indem sie eine ihrer Wahrheitserkenntnis gemäße Ethik fördert.²⁰ Sie darf sich nicht dem Zeitgeist anpassen, „sei es durch Schweigen, wo Reden Pflicht wäre, oder auch nur dadurch, daß unverbindliche Bereiche des Faches bestellt werden, wenn es darauf ankäme, seine zentralen und lebensorientierten Aspekte in den Blick zu nehmen.“²¹

Diese Haltung prägt auch die fachlichen Arbeiten von Marie-Louise Henry. Nach der kirchengeschichtlichen Promotion über den sog. „Kirchenkampf“, d.h. die Auseinandersetzungen zwischen nationalsozialistisch orientierten „Deutschen Christen“ und ähnlichen Strömungen in der deutschen evangelischen Kirche einerseits und den so genannten „bekenntnisorientierten“ Gruppen, zumal der „Bekennenden Kirche“ in Deutschland, und speziell in Mecklenburg andererseits beschäftigt sich ihre alttestamentliche Rostocker Habilitationsschrift von 1952, die erst 1967 in Westdeutschland erschien, mit der so genannten „Jesaja-Apokalypse“, den Kapiteln 24-27 des Jesajabuches. Für die Wahl des auf den ersten Blick spröden historischen Stoffs war nach Auskunft des Vorwortes das Erlebnis des Endes des Zweiten Weltkriegs relevant, und so wird das Thema aktuell. Der Titel der Druckausgabe lautet schließlich: „Glaubenskrise und Glaubensbewährung in den Dichtungen der Jesajaapokalypse“.²²

Glaube und Lebensvollzug wird auch zum Thema einer anderen Facharbeit von Frau Henry: „Prophet und Tradition“, mit der sie in die während der 1960er Jahre geführte Diskussion über das prophetische Amt und den Ursprung der israelitischen Religion eingreift. Der Prophet ist danach seinem Wesen nach nicht ein Kultdiener („Kultprophet“), wie in anderen damaligen Arbeiten vielfach vertreten wurde, sondern „der von Jahwe Überwältigte, der eine nicht mehr bestimmbare Anzahl seiner Hörer in seinen Bann zu ziehen und der Sache seines Gottes zu verpflichten vermochte.“²³ Die israelitische Religion, der „Jahweglaube“, bezieht seine Kraft nicht aus geschichtlichen Konstellationen, institutionellen Ordnungen oder zusammenwachsenden religiösen Traditionen, sondern daraus,

²⁰ So bestimmt Frau Henry, ebenda, S. 474, die Aufgaben von Philosophie und Theologie damit, das Nachdenken „über den Sinn des Daseins, über Leben und Tod wachzuhalten und eine demgemäße Ethik zu fördern“.

²¹ Ebenda, S. 474.

²² M.-L. Henry, Glaubenskrise und Glaubensbewährung. Versuch einer Deutung der literarischen Komposition von Jesaja 24-27 aus dem Zusammenhang ihrer religiösen Motivbildungen, BWANT 86, Stuttgart 1967.

²³ M.-L. Henry, Prophet und Tradition. Versuch einer Problemstellung, BZAW 116, Berlin 1969, S. 76.

dass „der gottüberwältigte Mensch“ zum „Stimulans der Überwältigung der Vielen“ wurde; „und er vermochte es zu werden, weil er die geschichtlichen Konstellationen, die überkommenen Institutionen und Ordnungen (...) der geglaubten Geschichtsmächtigkeit seines Gottes unterordnete, indem er die vorhandenen Gegebenheiten aus dieser Voraussetzung kritisierte und seinen Zeitgenossen in neuer Weise aktualisierte.“²⁴

Darin ist unschwer die bibelwissenschaftliche Grundlage des Anspruchs zu erkennen, den Frau Henry in ihrer Rostocker Rede für die Theologie erhebt. Von hier aus erscheint auch ihr freimütiges und unter hohem persönlichen Einsatz durchgeführtes Engagement gegen die Sprengung der Wismarer Marienkirche wie auch ihr Einsatz für ihre Studenten in einem neuen, deutlichen Licht. Es war nicht nur der Einsatz einer am Erhalt der Kulturgüter und der Freiheit der Meinungsäußerung interessierten Staatsbürgerin, es war vielleicht in erster Linie das Engagement einer in der biblischen Tradition gegründeten Theologin, die sich dem totalitären Staat widersetzen musste und ihr anvertraute, zumal junge Menschen in Schutz nahm. So konnte sie später im Blick auf die St. Marienkirche in Wismar sagen: „Hätte ich den Brief [sc. *an Grotewohl*] nicht geschrieben – ich hätte keine Zeile Altes Testament mehr lesen können.“²⁵ Theologie als Lebensprozess!

Was ihre Vorstellungen über den „gottüberwältigten Menschen“ als Stimulans des Jahweglaubens angeht, so dürften sie in der heutigen alttestamentlichen Forschung nicht mehr viel Beifall finden. Die Prophetenbücher werden heute vor allem als Literaturwerke gelesen, die über Jahrhunderte hin durch Fortschreibungen gewachsen sind. Die großen Einzelgestalten, die den Überschriften zufolge am Ursprung des jeweiligen Buches stehen, verschwinden mehr und mehr hinter dem Werk der Sammler und Bearbeiter („Redaktoren“) der Bücher; auch scheinbar sehr persönliche Zeugnisse werden zur literarischen Fiktion erklärt. Aufgrund der fortschreitenden Forschung zur mündlichen und schriftlichen Überlieferung von Texten in der Antike, auch in Juda bzw. der Bibel, dürfte in der neueren sog. Redaktionskritik viel Richtiges gesehen werden. Dennoch stehen – im Sinne von Marie-Louise Henry – hinter den zahllosen redaktionellen Stufen der Überlieferung der biblischen Texte immer lebendige Menschen als Autoren, Leser, Bearbeiter, auch wenn wir heute nichts über ihre Namen und sehr oft nichts Genaueres über die Zeit ihrer engagierten Tätigkeit am Text sagen können. Noch weniger dürfte ihre Forderung am Schluss ihres Buches, dass die Frage nach Mose als dem „auslösenden Impuls der prophetischen Bewegung“ neu zu stellen sei, heute dankbar aufgenommen werden. Mose als Religionsstifter gilt, wie ein Aufsatz von Frau Henrys Hamburger Kollegen Klaus Koch verkündete, auf den sie sich kri-

²⁴ Ebenda.

²⁵ Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung Nr. 8 (2005), S. 10.

tisch bezieht, seit längerer Zeit als „tot“, als Persönlichkeit ungreifbar sein.²⁶ Dennoch sollte sich die Forschung von Arbeiten wie der von Frau Henry fragen lassen, ob sie nicht wenigstens in die Gefahr gerät, eine wesentliche Komponente biblischen Glaubensverständnisses zu verlieren, wenn sie durch die Nachzeichnung von literar- und religionsgeschichtlichen Prozessen die Vorstellung des „gottüberwältigten Menschen“ verabschiedet. Immerhin drängt sich die Frage auf, warum die biblischen Autoren so intensiv von solchen Menschen sprechen, solche Menschen-Bilder den Lesern und Hörern so lebendig, so packend so exemplarisch vor Augen stellen, sei es Mose, oder seien es die großen Prophetengestalten, unter deren Namen die Prophetenbücher gestellt sind. Sollte es ohne Bedeutung sein, dass die Bücher unter die Namen einzelner Zeugen gestellt wurden; ist das Vorhandensein von zum Teil sehr persönlich formulierten Zeugnissen in diesen Büchern theologisch irrelevant? Da diese Fragen kaum zu bejahen sein dürften, ist die Theologie auch angesichts der gegenwärtigen Forschungslage gut beraten, die Vorstellung des Überwältigten und Berufenen, des Ergriffenen, der gegenüber bestehenden Traditionen und Institutionen Gottes Geschichtsmächtigkeit kritisch bezeugt, in Ehren zu halten – mit den entsprechenden Konsequenzen für den theologisch bestimmten „Lebensprozess“.

Von den übrigen Arbeiten von Frau Henry verdient die Studie „Das Tier im religiösen Bewußtsein des alttestamentlichen Menschen“ aus dem Jahre 1958 Erwähnung, in der sie lange bevor es üblich wurde, Tiere als „Mitgeschöpfe“ zu betrachten, und bevor sich ein breites ökologisches Bewusstsein entfaltete, die Mitgeschöpflichkeit der Tiere und die Angewiesenheit des Menschen auf seine tierischen Begleiter verweist. In ihrem 81. Lebensjahr veröffentlichte sie – gewohnt engagiert und hellwach mit ihrem kritischen Geist bis ins hohe Alter „Alttestamentliche Überlegungen zum Problem der Feministischen Theologie“. Die in der Bibel dargestellte menschliche Gemeinschaft, so ihre Überzeugung, beruht zwar auf Auseinandersetzungen, aber sie schließt eine Unterdrückung des Menschen, natürlich auch der Frau, kategorisch aus. Nur auf diesen biblisch-menschlichen Grundlagen könne eine demokratische Rechtsgemeinschaft wachsen. Und – bei ihren familiären jüdisch-sephardischen Wurzeln nur zu verständlich – war ihr das Verhältnis der christlichen Kirchen zu deren jüdischen Wurzeln ein äußerst wichtiges Anliegen. „Die Tradition, der Glaube Israels entfaltete für sie eine derartige Kraft, dass sie selbst manchmal nicht genau wusste, ob sie in ihrem Hoffen, in ihrem Denken, in ihrem Glauben nicht vielleicht doch eher Jüdin sei als Christin“.²⁷ So stellte sie sich in einem Buch 1990 der Frage nach den

²⁶ K. Koch, Der Tod des Religionsstifters, Kerygma und Dogma 8 (1962), S. 100-123.

²⁷ Pastor J. Kirsch, Ansprache anlässlich der Trauerfeier für Frau Prof. Dr. theol. Marie-Louise Henry am 18. Juli 2006 in der Kapelle des Friedhofs Hamburg-Volksdorf (Ansprache zugänglich in der PA M.-L. Henry, UA Rostock).

Verletzungen derer, die z.B. in Konzentrationslagern litten, die leiden ließen oder auch schwiegen. Sie stellte sich der Frage „Gott im Leiden? Gott in Auschwitz?“ und der Frage nach Sinn und Wirkung von Gebet im Umfeld des Unmenschlichen.

Religiöse Grund- und Menschheitserfahrungen, wie sie die Bibel aufbewahrt, für die Gegenwart zur Sprache zu bringen: Genau dies hat Frau Professor Henry ihr Leben lang mit ungeschminkter Klarheit, sachlichem Ernst, überzeugender persönlicher Haltung und großem Charme gelehrt und vorgelebt. Theologie war ihr „nie nur eine gelehrte Fachwissenschaft, sondern Existenzvollzug, leidenschaftliches Leben“. „Wenn es ein Stichwort gab, das für Marie-Louise Henry zentral war, dann war es ein Wort aus diesem Psalm (36,6 – H.M.N.): ‘Deine Treue reicht bis an die Wolken’. Unverbrüchlich galt ihr die Treue Gottes, auch wenn existentielle Erfahrung dagegen spricht.“²⁸

²⁸ J. Kirsch, ebenda.

Kahlert, Heike

Lebenslauf

Adresse der Homepage mit weiteren Informationen:

<http://www.wiwi.uni-rostock.de/soziologie/makrosoziologie/kahlert/>



<i>akademischer Titel:</i>	Dr. rer. soc.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	seit 2001 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Projektleiterin
<i>Fakultät:</i>	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
<i>Institut:</i>	Institut für Soziologie und Demographie
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Allgemeine Soziologie – Makrosoziologie, Genderforschung

Lebensdaten: geboren am 28.02.1962 in Hameln

Konfession:

Vater:

Mutter:

Kurzbiographie:

1981-1988	Studium der Soziologie, Psychologie, Neueren Deutschen Literaturwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg
1988-1990	Wissenschaftliche Hilfskraft bzw. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg
1991-1995	Promovendin und Promotionsstipendiatin (1991-1994) der FrauenAnstiftung (jetzt: Heinrich-Böll-Stiftung) an der Universität Bielefeld
1996	Wissenschaftliche Dokumentarin bei der Wochenzeitung „Die Woche“, Hamburg
1997	Post-doc-Stipendiatin der Universität Hamburg

1997-1998	Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
1999-2001	Forschungsstipendiatin der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik
seit 2001	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Projektleiterin an der Universität Rostock
2007	Gastprofessur für Gender Studies am Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie der Paris-Lodron-Universität Salzburg
2008-2009	Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessur für internationale Frauen- und Genderforschung an der HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen und der Stiftung Universität Hildesheim

Akademische Abschlüsse:

Studienabschl	1988 Diplom-Soziologin, Universität Hamburg
uss	
Promotion	1995 Dr. rer. soc., Universität Bielefeld
Weiterbildung	2006 Diplom-Supervisorin (FH) und Organisationsberaterin
sstudium	(zertifiziert), Evangelische Fachhochschule Hannover

Akademische Selbstverwaltung:

2004-2005 Mitglied der Fakultätskommission zur Vergabe von Promotionsstipendien im Rahmen der Landesgraduierföderung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock; seit 2005 Mitglied im Institutsrat des Instituts für Soziologie und Demographie der Universität Rostock (Vertreterin)

Funktionen:

2002-2008	Mitglied im Vorstand der Sektion Bildung und Erziehung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS); Mitherausgeberin der Buchreihe „Bildungssoziologische Beiträge“, Weinheim/München: Juventa
2004-2006	Stellvertretende Sprecherin und Geschäftsföhrung der Sektion Bildung und Erziehung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)
2006-2008	Redaktionsmitglied der „Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien“, Bielefeld: Kleine
seit 2008	Mitglied im Rat der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)
seit 2009	Mitbegründung, Mitherausgabe und Redaktionsmitglied von „Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“, Birmingham, Leverkusen-Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich

seit 2010 Mitbegründerin und Mitherausgeberin der Buchreihe
„Gesellschaftstheorien und Gender“, Wiesbaden: VS Verlag für
Sozialwissenschaften

Werke (Auswahl):

- 1992 *Feministische Soziologie. Eine Einführung.* Frankfurt, New York: Campus, 293 Seiten (mit Brigitte Brück, Marianne Krüll, Helga Milz, Astrid Osterland und Ingeborg Wegehaupt-Schneider)
- 1996 *Weibliche Subjektivität. Geschlechterdifferenz und Demokratie in der Diskussion.* Frankfurt, New York: Campus, 262 Seiten
- 1997 *Feministische Soziologie. Eine Einführung.* Frankfurt, New York: Campus (2., erweiterte und überarbeitete Neuauflage), 293 Seiten (mit Brigitte Brück, Marianne Krüll, Helga Milz, Astrid Osterland und Ingeborg Wegehaupt-Schneider)
- 1999 *Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie zu Forschung und Lehre an den Hochschulen von 1992 bis 1997.* Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, 104 Seiten + Anhang (187 Seiten).
- 2000 *Neue Bildungswege für Frauen. Frauenhochschulen und Frauenstudiengänge im Überblick.* Frankfurt, New York: Campus, 228 Seiten (mit Anina Mischau)
- 2003 *Gender Mainstreaming an Hochschulen. Anleitung zum qualitätsbewussten Handeln.* Opladen: Leske + Budrich, 254 Seiten.
- 2009 *Soziologische Theorien.* München: Wilhelm Fink, 334 Seiten (mit Lars Gertenbach, Stefan Kaufmann, Hartmut Rosa und Christine Weinbach)

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Heike Kahlert am 8. Mai 2009

Transkription: Anne-Dore Neumann

Kersten Krüger:

Wir begrüßen Frau Kahlert als unseren heutigen Gast. Frau Kahlert wird sich selbst vorstellen, aber vorweg etwas pointiert gesagt: sie ist eine sehr energische, auch politisch kämpferische Frau, die für die Etablierung von Gender Studies an dieser Universität eintritt. Frau Kahlert wird ihre Standpunkte dazu darlegen und hat jetzt das Wort.

Heike Kahlert:

Vielen Dank, Herr Krüger, für die Einladung und für die Einführung. Vom Temperament kann ich mitgehen, aber was ich hier vortragen werde, soll wissenschaftlich fundiert sein. Denn ich verstehe mich als Wissenschaftlerin und nicht als politische Kämpferin, was aber selbstverständlich nicht ausschließt, dass ich mich auch politisch artikuliere, zum Beispiel wenn es sich um hochschulpolitische Fragen wie die Bedeutung der Frauen- und Geschlechterforschung für die Wissenschafts- und Hochschulentwicklung handelt. Für meinen Beitrag hier als Zeitzeugin habe ich eine etwas andere Präsentationsform gewählt. Sie werden darin durchaus Aussagen von mir als Zeitzeugin finden, aber vor allem Forschungsergebnisse, an deren Produktion auch ich selbst beteiligt war. Meinen Beitrag verstehe ich als einen Diskussionsimpuls im Blick zurück nach vorn auf die Nachwendezeit. Mein Thema lautet: „Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an den Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns“. Ich habe das Thema dezidiert auf die beiden Universitäten bezogen, also nicht auf die gesamten Hochschulen des Landes. Da wären dann ja noch die Fachhochschulen zu nennen, also Stralsund und Neubrandenburg, die Hochschule Wismar sowie auch die Hochschule für Musik und Theater Rostock, sondern mir geht es heute wesentlich um die beiden Universitäten Greifswald und Rostock. Ich bin davon ausgegangen, dass Sie sich noch nicht so intensiv mit der Frauen- und Geschlechterforschung als Wissenschaftsrichtung beschäftigt haben, so dass ich erst einmal einiges dazu sagen will, womit wir es überhaupt zu tun haben, damit verständlich wird, worüber ich dann im Nachfolgenden am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns mit einem Schwerpunkt auch auf der Universität Rostock reden werde.

Vorweg will ich Ihnen eine Systematik vorstellen, die von der Wissenschaftshistorikerin Londa Schiebinger¹ entwickelt und vorgestellt worden ist auf der BMBF-Konferenz „Gender in der Forschung, Innovation durch Chancengleichheit“ in Berlin am 18./19. April 2007.² Das war eine Konferenz im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahre der Chancengleichheit, in der es darum ging, einerseits die Chancengleichheit von Frauen, aber auch die Frage von Gender als Kategorie von Forschung zu thematisieren und mit den großen Wissenschaftsorganisationen zu diskutieren.

Londa Schiebinger hat auf dieser Konferenz eine Analysesystematik vorgestellt, die ich durchaus hilfreich finde für das Thema Gender – also soziales Geschlecht – und Wissenschaft. Sie unterscheidet drei Ebenen. Die eine ist die Ebene der Partizipation von Frauen und Männern in der Wissenschaft. Da haben wir es dann in der Regel mit Zahlenverhältnissen zu tun, also mit der Frage, wie viele Frauen, wie viele Männer finden wir auf den unterschiedlichen Status Ebenen, beginnend mit Studienanfängerinnen und Studienanfängern bis hin zur Ebene der Professuren. Diese Ebene wird mich heute eher nicht beschäftigen, sondern nur ganz am Rande. Die zweite Ebene, die Schiebinger unterscheidet, ist die Ebene von Gender in den Wissenschaftskulturen. Damit meint sie die Frage, wie weit die wissenschaftlichen Institutionen – also Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber eben auch die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen – durch Geschlechterverhältnisse durchzogen sind, und das nicht nur auf der Ebene von Zahlenverhältnissen, sondern auch auf der Ebene der Kulturen, also der Umgangsweise und der Strukturierung der Disziplinen und der Organisationen. Die dritte Ebene, die Schiebinger unterscheidet, ist die Ebene von Gender im Wissen, also im engeren Sinne die Ebene der Frauen- und Geschlechterforschung, und diese Ebene steht heute auch im Mittelpunkt meines Vortrages.

Was erwartet Sie jetzt also? Ich werde Ihnen in einem ersten Schritt erst einmal noch etwas zur Frauen- und Geschlechterforschung als Beitrag zur Modernisierung der Universität darlegen. Dann will ich, weil es unser Thema ist, einen Blick zurück nach vorn auf die Nachwendezeit werfen und fragen, ob wir es bei der Frauen- und Geschlechterforschung mit einem Westimport zu tun haben. Dabei geht es um die Frage nach alten und neuen Bundesländern in diesem Zusammenhang. Dann will ich Ihnen einige Daten zur Verteilung oder zur Repräsentanz zur Frauen- und Geschlechterforschung in Deutschland für das Jahr 2009

¹ Prof. Dr. Londa Schiebinger, geboren 1952, amerikanische Wissenschaftshistorikerin und Wissenschaftstheoretikerin. Siehe <http://www.stanford.edu/dept/HPST/schiebinger.html> (14.01.2010) und http://de.wikipedia.org/wiki/Londa_Schiebinger (14.01.2010).

² Konferenz: Gender in der Forschung – Innovation durch Chancengleichheit, gefördert vom Ministerium für Bildung und Forschung, siehe <http://www.cews.org/konferenz-Innovation/> (30.01.2010).

vorstellen und von da aus zur Situation in Mecklenburg-Vorpommern kommen. Abschließend will ich noch einen kurzen Ausblick wagen, der auch die eingangs aufgeworfene Frage des politisch Kämpferischen und der darin enthaltenen Energie nochmals aufgreift.

Vorweg sage ich etwas zur Frauen- und Geschlechterforschung als Beitrag zur Modernisierung der Universität. Wir haben es in den letzten zehn Jahren mit der Einführung marktförmiger Strukturen im Wissenschaftssystem zu tun. Das heißt, betriebswirtschaftliche Leitideen wie Wettbewerb, Effizienzprofilbildung, Leistungsmessung und Leistungskontrolle haben deutlich an Bedeutung für die Hochschulen gewonnen. Das können wir hier auch ganz aktuell im Alltag an der Universität Rostock merken. Das Controlling ist allgegenwärtig und zumindest auf der Seite der Lehrenden ist man eigentlich permanent mit dem Ausfüllen irgendwelcher Tabellen für Statistiken beschäftigt. Es geht darum, Forschung und Lehre effizient zu gestalten, Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen. Das Ganze steht unter einem sparpolitischen Druck, also weniger Geld zu geben und mehr Leistung von den Institutionen zu verlangen.

Diese ökonomische Ausrichtung steht durchaus im Spannungsverhältnis zur Frage von Chancengleichheit. Chancengleichheit ist eher normativ begründet, also die Forderung nach Gerechtigkeit ist durchaus im Grundgesetz in Art. 3, Abs. 2 verankert. Wie weit die Frage der Ökonomisierung von Hochschulen und die Frage der Einlösung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern miteinander kompatibel sind, kann man durchaus diskutieren. Es wird auf jeden Fall gegenwärtig in der wissenschaftlichen Diskussion sehr kontrovers diskutiert, und es besteht überwiegend die Meinung, dass Gerechtigkeit und ökonomischer Druck nicht unbedingt miteinander vereinbar sind. Aber wie gesagt, das kann man diskutieren.

Die Frauen- und Geschlechterforschung – auch als Gender Studies oder Women- und Gender Studies oder Genderforschung bezeichnet – ist eine Wissenschaftsrichtung, die im Zusammenhang mit den Frauenbewegungen seit den 1960er Jahren entstanden ist. Es gab auch vorher schon einige Ansätze im Bereich von Frauenforschung, aber diese Wissenschaftsrichtung versteht sich als Teil der sozialen Bewegung der Frauen. Fachlich geht es um die Befassung mit Fragen der Geschlechterverhältnisse und der Geschlechterdifferenzierung. Auf der erkenntnistheoretischen Ebene kann man durchaus sagen, dass es bei dieser Perspektive auch um so etwas wie die Vorwegnahme von Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern geht. Das ist in der Tat eine politische Positionierung, die jedoch durchaus mit Grundlagen moderner Gesellschaften kompatibel und nicht einfach aus dem hohlen Bauch genommen ist. Frauen- und Geschlechterforschung ist ein neues Wissenschaftsgebiet, institutionalisiert in nahezu allen Wissenschaftsdisziplinen. Vom Gegenstand der Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen und Geschlechterdifferenzierung her liegt es nahe, dass wir sie eher

in den Sozial- und Geisteswissenschaften finden. Das sind Disziplinen, die solche Fragen auch in ihrem disziplinären Gegenstandsbereichen haben, während man sich in den Natur- und Technikwissenschaften die Frage stellt, was das Fach denn mit Geschlechterverhältnissen zu tun habe. Allenfalls könne es darum gehen, wie viele Frauen und wie viele Männer es beispielsweise in der Biologie oder in den Ingenieurwissenschaften gibt. Von daher gibt es dort weniger Ansätze der Genderforschung, aber es gibt sie dort auch, und wir sehen im deutschsprachigen Wissenschaftsraum seit ungefähr zehn Jahren, dass sich die Genderforschung in Form einer eigenen Disziplin institutionalisiert. Beispielsweise gibt es an einigen Universitäten in Deutschland Bachelor-Studiengänge zur Genderforschung, aber auch Master- und Promotionsstudiengänge. Im angelsächsischen Hochschulwesen sind die Gender Studies übrigens deutlich intensiver institutionalisiert als im deutschen und auch nicht so hochgradig politisch umkämpft. Das hat etwas mit der unterschiedlichen Geschichte der Wissenschaftsentwicklung und ihrer Institutionen in diesen Ländern zu tun.

Dieser Teil meines Vortrags gilt der Frauen- und Geschlechterforschung als Beitrag zur Modernisierung der Universität. Das ist eine bestimmte Perspektive, und ich will Ihnen kurz erläutern, was Modernisierung von Wissen, von Lehre und Studium und der Universität als Organisation in dem Bereich bedeutet. Modernisierung des Wissens meint, Fragen von Geschlechterverhältnissen und Geschlechterdifferenzierung in die Wissenschaftsinhalte zu integrieren, aber auch in die Fragestellungen überhaupt, die in den Wissenschaften behandelt werden. Es geht auch um erkenntnistheoretische Positionen, Methoden oder Forschungsperspektiven.

Im Zuge des Bologna-Prozesses geht es darum, das Studium auf Kompetenz auszurichten, und zu einer der zentralen Schlüsselkompetenzen zähle ich die Vermittlung und den Erwerb von Gender-Kompetenz. Einige verstehen Gender-Kompetenz als Vermittlung von Frauen- und Geschlechterforschungsinhalten. Das ist aber nur ein Teil. Gender-Kompetenz würde auf jeden Fall darüber hinaus gehen und nicht nur diese Wissenschaftsinhalte und die damit verbundenen Fragestellungen vermitteln, sondern sollte auch die Anwendung dieses Wissens in Bezug auf Forschungsperspektiven, Fragestellungen, Interaktionsstrukturen oder Hochschuldidaktik übertragen. Modernisierung der Universität als Organisation durch Frauen- und Geschlechterforschung meint die Integration von Gender Studies in die Universitäten in Studiengängen und Forschungszentren, aber eben auch auf der Ebene von Professuren, die speziell diesem Wissenschaftsgebiet gewidmet sind.

Daran anknüpfend möchte ich etwas zur Frauen- und Geschlechterforschung in Deutschland sagen: „20 Jahre nach der Wende“ habe ich diesen Punkt überschrieben. Die erste Professur für Genderforschung wurde in Deutschland an der Freien Universität Berlin im Jahre 1984 eingerichtet. Das war aber „noch“ keine

ordentliche Universitätsprofessur, sondern es war eine befristete Teilzeitprofessur. Die ersten ordentlichen Professuren für Genderforschung wurden 1985/86 an der FU Berlin eingerichtet, also vor gut 20 Jahren. Die erste C4-Professur für Genderforschung, also die höchst dotierte Professur, stellte 1987 die Universität Frankfurt am Main bereit. Das war eine Professur für Soziologie, deren Einrichtung, Ausschreibung und Besetzung fast zehn Jahre dauerte. Gegenwärtig finden wir in einer Erhebung der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung in der FU Berlin die Angabe, dass es insgesamt 117 Professuren für Genderforschung an deutschen Universitäten gibt.³ Das ist eine verschwindend kleine Zahl, verglichen mit der Zahl der Professuren insgesamt. Es handelt sich dabei überwiegend um C3-Professuren oder – nach der neuen Besoldungsordnung – W2-Stellen. Etwa ein Fünftel dieser 117 Professuren sind C4- oder W3-Stellen.

Interessant ist, dass von diesen 117 Professuren in den neuen Bundesländern genau vier angesiedelt sind, nämlich zwei in Brandenburg – eine an der Viadrina in Frankfurt an der Oder, die andere an der Universität Potsdam –, dann eine Professur in Sachsen-Anhalt – angesiedelt im Fach Geschichtswissenschaft – und eine in Thüringen an der Universität Erfurt im Fach Soziologie. Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben in dem Bereich bisher keine Professur eingerichtet.

Warum gibt es einen Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern? Das hat zum einen damit zu tun, dass es deutlich mehr Universitäten oder Hochschulen in den alten als in den neuen Bundesländern gibt. Von daher wundern diese Zahlenverhältnisse nicht. Trotzdem kann man sagen, dass es deutlich weniger institutionalisierte Geschlechterforschung in den neuen Bundesländern als in den alten gibt. Das hat auch mit den unterschiedlichen Hochschulwissenschaftssystemen und mit den unterschiedlichen politischen Systemen zu tun, in denen sich die Geschlechterforschung seit den 1960er Jahren entwickelte. Es gab wenig Forschung zur Geschlechterforschung in der DDR, und es wäre spannend, das noch einmal für einzelne Universitäten anzugucken. Bei der Durchsicht der mir verfügbaren Literatur habe ich dazu einiges gefunden.

Durchaus bestand in der DDR seit den 1960er Jahren eine Frauenforschung „von oben“, also eine politisch verordnete Forschung über die Situation von Frauen. Auf Beschluss des Ministerrats wurde 1964 ein wissenschaftlicher Beirat mit dem programmatischen Titel „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ gegründet, 1981 umgebildet zu einem Wissenschaftlichen Rat. Beide Gremien waren der Akademie der Wissenschaften angegliedert und hatten die Aufgabe – und jetzt zitiere ich: „durch Koordinierung, Anleitung und Förderung der For-

³ Vgl. die laufend aktualisierte Dokumentation von Genderforschungsprofessuren an deutschen Hochschulen unter:
<http://www.zefg.fu-berlin.de/datensammlung/genderprofessuren/index.html> (30.01.2010).

schungsarbeiten zur weiteren Entwicklung der neuen gesellschaftlichen Stellung der Frau“ beizutragen. Es war mithin eine Forschung im Interesse der Politik, die mit unserem jetzigen Wissenschaftsverständnis der Freiheit von Lehre und Forschung nicht unbedingt kompatibel ist. Unter ostdeutschen Wissenschaftlerinnen wird darüber gestritten, ob eine solche politisch orientierte sozialwissenschaftliche Forschung über Frauen überhaupt als Frauenforschung bezeichnet werden kann, denn es handelte sich um staatlich gelenkte und geförderte Forschung. Die Ergebnisse wurden in den Informationen des wissenschaftlichen Rates publiziert. Da gab es die so genannten Grünen Hefte unter dem Titel „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft.“⁴ Diese Hefte waren nur einer kleinen Elite von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zugänglich und wurden ansonsten zur Zeit der DDR unter Verschluss gehalten. Es gab seit den 80er Jahren auch eine Frauenforschung „von unten“, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisierte. Diese war allerdings nicht wie in der Bundesrepublik und auch den anderen westlichen Ländern mit der Frauenbewegung verbunden. Insofern war die Geschlechterforschung zunächst einmal ein Phänomen westlicher Gesellschaften, weil die Verknüpfung mit der sozialen Bewegung der Frauen im Transformationsprozess als unabdingbar angenommen wird. Seit 1989/1990, der Zeit der Wende, hat sich sehr viel in allen gesellschaftlichen Bereichen getan, auch an den Hochschulen in den neuen Bundesländern. Es sind an einigen Hochschulen sprunghaft Frauenforschungsinitiativen entstanden, zuvorderst an der Humboldt-Universität zu Berlin. Das verwundert vielleicht nicht. Denn an der Humboldt-Universität waren schon vorher Forschungen möglich wie sonst an anderen Universitäten in der DDR nicht. Die Vereinigung vollzog sich schnell mitten in der Stadt. An der Humboldt-Universität sind bis heute für den Bereich Ostdeutschlands die intensivsten Initiativen zur Geschlechterforschung etabliert.

Es gab zu der Zeit aber auch an anderen ostdeutschen Universitäten Initiativen zur Formierung von Frauenforschungsinitiativen, etwa in Leipzig, Dresden und Halle, ebenso in Greifswald, Erfurt, Jena und Chemnitz, spannenderweise auch in Rostock. Nähere Informationen konnte ich dazu allerdings nicht finden. Das müsste man noch genauer erforschen, besonders für die Geschichtsschreibung der Universität Rostock wäre das ja sehr interessant. Eine ganze Reihe dieser Ansätze sind aber wieder weggebrochen. Das hat mit der Umstrukturierung der Hochschulen nach der politischen Wende zu tun, durch die eine ganze Reihe von Wissenschaftlerinnen ihre Stellen verloren. Wir wissen, dass im Zuge des Systemwechsels der Anteil der Frauen an den Hochschulen gesunken ist. Viele Wissen-

⁴ Vgl. Grandke, Anita (Hrsg.): Frau und Wissenschaft. Referate und ausgewählte Beiträge. [Protokoll der Arbeitstagung des Wiss. Beirates 'Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft' bei der DAdW zu Berlin, März 1967, zum Thema: Die gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR und die Aufgaben der Wissenschaft.] Berlin 1968.

schaftlerinnen, die zu DDR-Zeiten feste Stellen im Mittelbau hatten, mussten die Hochschulen verlassen, weil das neue westdeutsche System nur wenige Dauerstellen im Mittelbau vorsah. Teilweise sind diese Ansätze außerhalb der Universitäten weitergeführt worden.

Mecklenburg-Vorpommern ist neben Sachsen also das einzige deutsche Bundesland, in dem es keine Professur für Frauen- und Geschlechterforschung gibt. Sämtliche Bemühungen, eine solche Professur nach der Wende einzurichten, sind bisher erfolglos geblieben. Gleichwohl gibt es Ansätze, die Geschlechterforschung an den Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns zu institutionalisieren, und eine von mir in den Jahren 1997 und 1998 durchgeführte Studie⁵ zeigt, dass die Universität Greifswald diesbezüglich besser aufgestellt ist als die Universität Rostock. Das kann man aus der neueren Zeitgeschichte erklären. Zu Greifswald zitiere ich zunächst von der aktuellen Homepage des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG): „Seit dem Herbst 1996 hat der Forschungsschwerpunkt Gender Studies auch im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern einen dauerhaften Platz in einer akademischen Institution gefunden. Im November jenes Jahres gründeten WissenschaftlerInnen und Studierende der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien an der Philosophischen Fakultät.“⁶ Die Arbeit des IZFG wird größtenteils von der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald sowie aus Mitteln der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern finanziert. Dahinter verbirgt sich, dass das Zentrum nach wie vor wesentlich von Mitteln abhängt, die von außerhalb der Hochschule kommen. Es ist eine ganz stark drittmittelabhängige Institution, deren Bestand bis heute nicht durch Stellen oder irgendeine andere Ausstattung gesichert ist.

Innerhalb der letzten zehn Jahre ist es gerade einmal gelungen, das Zentrum mit einer halben wissenschaftlichen Mitarbeiterinnenstelle auf Zeit auszustatten sowie mit einem kleinen Sachmitteletat. Von der wirklichen Etablierung im Rahmen der Universität kann man daher noch nicht sprechen, aber es gibt immerhin Räume, eine Adresse und viele Aktivitäten. Das IZFG versteht sich als eine wissenschaftliche und hochschulpolitische Einrichtung. Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern auch im akademischen Bereich. Geschlecht soll als

⁵ Vgl. Kahlert, Heike: *Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie zu Forschung und Lehre an den Hochschulen von 1992 bis 1997*. Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 1999.

⁶ Siehe: <http://www.izfg.uni-greifswald.de/> (30.01.2010).

handlungsleitende Erkenntniskategorie in den Bereichen der Forschung, Lehre und Wissenschaftspolitik verankert werden, um dem praktizierten Verschweigen der Differenz zwischen einem „männlichen“ und einem „weiblichen“ Zugang zu wissenschaftlichen Arbeitsbereichen entgegenzuwirken. In den Zielsetzungen findet sich also durchaus eine Kopplung aus Gleichstellungspolitik im Sinne der Erhöhung der Partizipation von Frauen als auch der Verankerung von Gender Studies in Forschung und Lehre.

Ich selbst habe in den Anfangszeiten des IZFG dort von 1997 bis 1998 eineinhalb Jahre gearbeitet und ein Projekt zur Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern an den Hochschulen durchgeführt, in dem ich für alle Hochschulen des Landes erhoben habe, welche Forschungsprojekte es zu der Zeit in dem Bereich gab, welche wissenschaftlichen Abschlussarbeiten, wesentlich Promotionen und Habilitationen, zu der Zeit zu den Themenstellungen entstanden und inwiefern es Lehrveranstaltungen zu der Geschlechterforschungsperspektive gab. Übrigens gab es an der Universität Greifswald erhebliche Irritationen gegenüber diesem Zentrum. Es bedurfte der Intervention und Unterstützung der Landespolitik durch die damalige Bildungsministerin, Regine Marquardt,⁷ und der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung, Karla Staszak.⁸ Erst in einem zähen Verhandlungsprozess zwischen Universität und Landesregierung kam es überhaupt zu der Gründung dieses Zentrums.

Inneruniversitär ist das IZFG damals eigentlich immer als eine Institution der Gleichstellung betrachtet worden, und es gab Irritationen, dass es sich schwerpunktmäßig als ein Forschungs- und Lehrzentrum verstand. Inzwischen ist das IZFG an der Universität Greifswald akzeptiert und auch respektiert, nicht zuletzt deshalb, weil das Zentrum an der Philosophischen Fakultät zu dem Bereich gehört, der die meisten Drittmittel eingeworben hat und weil es gelungen ist, große Forschungsprojekte dorthin zu holen. Das führte in der Philosophischen Fakultät, aber auch in anderen Fakultäten, unter den Bedingungen von Wettbewerb und Controlling zur Anerkennung. Da geht es weniger um die Inhaltsebe-

⁷ Regine Marquardt, geboren 1949, deutsche Theologin, Journalistin und Politikerin, 1994-1998 Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Regine_Marquardt (14.01.2010) und http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/_Personen/Marquardt,_Regine/-index.jsp (14.01.2010).

⁸ Karla Staszak, Parlamentarische Staatssekretärin, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Vgl. <http://www.123people.de/s/karla+staszak> (14.01.2010) und http://www.fhf-rostock.de/fileadmin/infopool/veroeffentlichungen/taetigkeitsberichte/Doku_Modellprojekt_CORA_98-01.pdf (14.01.2010).

ne, sondern einfach um Geldmittel, mit denen ein Bereich gut aufgestellt ist. Die Aktivitäten des IZFG sind sehr vielfältig – und das bei der Ausstattung mit einer halben wissenschaftlichen Mitarbeiterinnenstelle und studentischen Hilfskräften. Das Zentrum wurde dezidiert als Zentrum für das ganze Land gegründet mit dem Ziel der Vernetzung aller Aktivitäten. Die Mitglieder rekrutieren sich bis heute aber fast ausschließlich aus der Universität Greifswald.

Zu den Aktivitäten des IZFG gehört auch die regionale und überregionale Kooperation mit inner- und außeruniversitären Institutionen der Gender Studies, die Kooperation an der Universität Greifswald, die Begleitung von wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten – angefangen von Studienabschlussarbeiten bis hin zu Promotionen und Habilitationen –, die Beratung und Unterstützung bei der Beantragung und Institutionalisierung von Forschungsprojekten, schließlich der Ausbau der einschlägigen Bibliothek. Es gibt dort eine relativ große, gut ausgestattete Bibliothek zur Frauen- und Geschlechterforschung. Es finden regelmäßig Fachtagungen statt – in der Regel international ausgerichtet und oft von der DFG gefördert. Aus den Tagungen und Forschungsprojekten des IZFG ist eine beeindruckende Zahl von Buchpublikationen hervorgegangen, es sind bisher wohl über 20. Das finde ich ganz beeindruckend für ein Zentrum, das seit 1996 nahezu ohne eigene Ressourcen und zumindest mittelfristige Verstärkung existiert.

Zur Einrichtung einer Professur für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Greifswald hat es durchaus Initiativen gegeben, die einer näheren Erforschung wert wären. Die erste Initiative gab es bereits Anfang der 1990er Jahre. Da wurde nämlich eine C3-Professur für neuere deutsche Literatur mit Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterstudien ausgeschrieben, und das ist für die neuen Bundesländer durchaus erstaunlich. Es fand auch ein Berufungsverfahren für diese Professur statt, aber die Stelle ist nicht mit der erstplatzierten Wissenschaftlerin besetzt worden, sondern mit einem Pommernforscher, der sich wegen Unregelmäßigkeiten eingeklagt hatte, die im Zuge der Abwicklung bei seinem Ausscheiden aus der Universität Greifswald geschehen waren. Die Universität hatte keine andere Stelle zur Verfügung und stoppte das laufende Berufungsverfahren, um diesen Mann auf die Stelle zu setzen. Im Stellenplan stand diese als Professur für Frauen- und Geschlechterstudien, besetzt wurde sie jedoch mit einem Pommernforscher.

Nachdem diese Stelle durch altersbedingtes Ausscheiden vakant geworden war, gab es einen neueren Anlauf zur Einrichtung einer Professur für Gender Studies, wie sie 2004 bezeichnet wurde. Das scheiterte wiederum. Da kam es erst gar nicht zur Ausschreibung, weil es intern viele Kontroversen darüber gab, wo diese Professur an der Universität anzusiedeln sei – also in welcher Fakultät oder nicht an eine Fakultät gebunden –, und welchem Fach sie zugeordnet werden sollte. Da man sich nicht einigen konnte, ist die Sache nicht voran gekommen. Das finde ich insofern ganz interessant, weil es gar nicht am Geld scheiterte. Das

Rektorat war meines Wissens zu der Zeit durchaus bereit, eine solche Professur einzurichten. Aber wenn Fakultäten sich nicht einigen können, werden Initiativen eben einfach eingestellt. Seit dem letzten Jahr gibt es meines Wissens den dritten Anlauf, von dem im Moment noch nicht abzusehen ist, wie das Ganze ausgehen wird, also ob in den nächsten Jahren dort eine solche Professur eingerichtet wird, um das IZFG abzusichern oder nicht. Das ist noch offen.

Kommen wir zur Universität Rostock als der zweiten und größeren Universität in Mecklenburg-Vorpommern. Hier muss man vorwegschicken: Es gibt keine mit Greifswald vergleichbaren Aktivitäten zur Frauen- und Geschlechterforschung, also kein Zentrum, meines Wissens auch keine Bemühungen zur Gründung eines Zentrums. Wohl aber gibt es ebenfalls Ansatzpunkte zur Geschlechterforschung, und zwar einmal auf der Ebene der Selbstverpflichtung der Institution, und es gibt einige Initiativen von unten, etwas voranzubringen. Zur Selbstverpflichtung möchte ich Sie auf den aktuellen vom damaligen Rektor unterzeichneten und damit in Kraft gesetzten Frauenförderplan der Universität Rostock aufmerksam machen, den ich für einen sehr fortschrittlichen und gut durchdachten Frauenförderplan halte. Es gab sehr intensive Vorarbeiten dazu in einer Kommission, der unter anderen der Kanzler, der Personaldezernent, die Gleichstellungsbeauftragte und die damalige Prorektorin, Frau Prof. Tivig angehörten. Ich selber habe in dieser Kommission als wissenschaftliche Beraterin mitgearbeitet. Nachdem wir einen Vorschlag für den Frauenförderplan vorgelegt hatten, ist der mehrfach durch die Gremien gegangen und letztlich verabschiedet worden. Daraus zitiere ich. Unter dem Punkt Frauenstudium und Frauenforschung findet man 6 Absätze. Der erste lautet:

- „1. Die Universität Rostock fördert die Institutionalisierung von Frauenforschung, geschlechtsspezifischer Forschung und Gender Studies in den einzelnen Fakultäten.
2. Alle Fakultäten und Einrichtungen der Universität Rostock werden aufgefordert, entsprechende Vorhaben, insbesondere bei der Vergabe von Sach- und Personalmitteln, angemessen zu berücksichtigen.
3. Richtlinien bei der Vergabe von Forschungsmitteln und Forschungsprogrammen sollen die Förderung von Frauenforschung mit berücksichtigen.
4. Die Hochschulleitung wirkt darauf hin, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Professuren für Frauen-, Männer- und geschlechtsspezifische Forschung und Gender-Studien einzurichten und diesem Bereich Stellen zu widmen.
5. Die Fakultäten werden aufgefordert, ihren Möglichkeiten entsprechend geschlechtsspezifische Lehrinhalte als integralen Bestandteil in Pflichtveranstaltungen aufzunehmen und in die Studienordnungen zu integrieren. In Pflicht- und Wahlveranstaltungen sollen frauenspezifische Gesichtspunkte aufgenommen werden.

6. Die Zentralen Organe der Universität Rostock unterstützen die Koordination interdisziplinärer Frauenforschung, geschlechtsspezifischer Forschung und Gender Studien.“⁹

Das ist eine sehr weitreichende Selbstverpflichtung, die Verantwortlichkeiten benennt und die verschiedenen Organisationsbereiche in den Blick nimmt. Allerdings ist damit eine bestimmte Ebene institutioneller Wirklichkeit erreicht, die sich in einer Reihe von Punkten eher auf dem Papier als in der Umsetzung im Organisationsalltag abspielt.

Reale Ansätze zur Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Rostock konnte ich in dem bereits erwähnten Forschungsprojekt am IZFG, das ich 1997/98 durchgeführt habe, in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät – vor allen Dingen im Institut für Soziologie und Demographie – und ebenso an der Philosophischen Fakultät ausmachen – vor allem an den Instituten für Anglistik/Amerikanistik, Germanistik, Pädagogik und für Geschichte. Das sind im Wesentlichen die Bereiche, in denen sich an der Universität Rostock etwas tut. Auch an der Juristischen Fakultät fanden immer wieder mal Arbeiten oder Forschungen auf diesem Gebiet statt. Im Bereich des Öffentlichen Rechts stellt die Gleichstellung als juristische Frage ein Thema dar, an dem eine ganze Reihe Juristinnen arbeiten, bisweilen auch an der Universität Rostock.

Wir finden also in Rostock vereinzelte Lehrveranstaltungen und Qualifikationsarbeiten im Rahmen der Gender Studies, vor allen Dingen Bachelor- und Masterarbeiten, aber auch Dissertationen. Bei Habilitationen dürfte die Zahl eher klein sein. Wir finden vereinzelte Forschungsprojekte und auch vereinzelte Tagungen in diesem Wissenschaftsfeld. Zusammenfassend lässt es sich so beschreiben, dass es sich durchweg um individuelle Initiativen handelt, also nicht um einen Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Studierenden etwa in Form eines Zentrums wie in Greifswald. Es besteht mithin kein etabliertes Netzwerk, sondern Forschungen auf diesem Gebiet hängen davon ab, welche Personen es im Rahmen ihrer Dienstaufgaben in Lehre und Forschung machen, aber nicht in institutionalisierter Form.

Als stärker institutionalisierte Form lässt sich ein Interdisziplinäres Kolloquium zur Genderforschung hier an der Universität Rostock betrachten, das vor knapp zwei Jahren, am 30. November und 1. Dezember 2007 erstmalig stattfand. Es ging aus einer Initiative des Instituts für Anglistik/Amerikanistik hervor,

⁹ Universität Rostock: Frauenförderplan der Universität Rostock 2006-2009, Rostock o. J. [2005], S. 13f.; <https://www.uni-rostock.de/fileadmin/UniHome/Gbur/Frauenfoerderplan2006-2009.pdf> (30.01.2010).

namentlich verbunden mit Frau Prof. Gabriele Linke¹⁰ und Beate Rudlof als wissenschaftlicher Mitarbeiterin. Sie hatten die Initiative ergriffen, hochschulweit laufende Ansätze der Genderforschung zu bündeln. Die Tagung wurde von einer kleinen Arbeitsgruppe von Rostocker Wissenschaftlerinnen vorbereitet und durchgeführt und stand unter dem Titel „Genderforschung an der Universität Rostock – eine Bestandsaufnahme im Jahr der Geisteswissenschaften“.¹¹ Das Kolloquium fand am Max-Planck-Institut für Demografie statt und wurde von ungefähr 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden besucht. Das Interesse war durchaus rege. Die Ergebnisse der Tagung sind als Sammelband veröffentlicht.¹²

Für dieses Jahr ist wieder für Ende November ein zweites Interdisziplinäres Kolloquium in Vorbereitung unter dem Thema „Gender, Generation und Ageing“ – ein englischer Titel, aber eine deutschsprachige Veranstaltung, die thematisch an die Profillinie „Aging and Humanities“ der Universität Rostock anknüpft.¹³

Wie sieht es mit einer Professur aus? Für Greifswald habe ich es dargestellt. Auch in Rostock gab es Überlegungen, eine Professur für Frauen- und Geschlechterforschung einzurichten. Von einer Initiative im Jahr 2006 kann ich berichten. Vor drei Jahren schlug auf Initiative des Instituts für Soziologie und Demographie der damalige Rektor der Universität dem Akademischen Senat die Einrichtung einer Professur für Soziologie mit Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung vor und der Akademische Senat beschloss die Einrichtung dieser Stelle nach einer heftigen und sehr kontroversen Diskussion. Trotzdem wurde die Stelle nicht eingerichtet, weil der damalige Rektor kurz danach aus dem Amt schied und sein Nachfolger an dieser Initiative und an dem Senatsbeschluss nicht weiter festgehalten hat. Das laufende Ausschreibungsverfahren wurde gestoppt und auch nicht wieder aufgenommen. Gespräche mit dem neuen Rektor, Prof. Strothotte,¹⁴ ob man diese Initiative noch einmal beleben könne, waren nicht erfolgreich. Ob

¹⁰ Prof. Dr. Gabriele Linke: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001435

¹¹ Vgl. <https://www.uni-rostock.de/gender/2007/index.htm> (30.01.2010).

¹² Vgl. Ehlers, Hella/Heike Kahlert/Gabriele Linke/Dorit Raffel/Beate Rudlof/Heike Trappe (Hg.): *Geschlechterdifferenz – und kein Ende? Sozial- und geisteswissenschaftliche Beiträge zur Genderforschung*. Münster, Hamburg, Berlin, Wien, London: Lit 2009.

¹³ Vgl. <https://www.uni-rostock.de/gender/2009/index.htm> (30.01.2010).

¹⁴ Prof. Dr. Thomas Strothotte: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002314

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung*. Zeitzeugen berichten. Band 3. Rostock 2009, S. 40-79.

beim jetzigen Rektor¹⁵ noch einmal daran angeknüpft werden kann, ist im Moment offen. Das muss man sehen, ob sich da dieses Jahr in der Richtung etwas tut. Das wird sicherlich auch davon abhängen, wie sich das Rektorat insgesamt hochschulpolitisch die Weiterentwicklung der Universität vorstellt und welche Schwerpunkte dann gestärkt werden.

Jetzt komme ich zu meinem Fazit vor dem Hintergrund der drei Ebenen, die ich einleitend von Londa Schiebinger vorgeführt habe. Die erste Ebene ist die Partizipation von Frauen und Männern in der Wissenschaft. Der Professorinnenanteil liegt in Mecklenburg-Vorpommern deutlich – und zwar um einige Prozentpunkte – unter dem Bundesdurchschnitt, verteilt auf alle Hochschulen. Der Frauenanteil an den Studierenden liegt hingegen im Bereich des Bundesdurchschnitts. In Rostock sind jetzt mehr weibliche Studierende als männliche Studierende eingeschrieben; entsprechend erreichen mehr Frauen als Männer Studienabschlüsse. Auf der Ebene von Gender in den Wissenschaftskulturen ist bisher kein etablierter Organisationsentwicklungsprozess im Sinne des Gender-Mainstreaming erkennbar als einer neuen, allumfassenden Gleichstellungsstrategie, weder an der Universität Rostock noch an der Universität Greifswald. Mecklenburg-Vorpommern war das letzte Bundesland, das Frauenförderpläne an den Hochschulen verabschiedete. Zwar gibt es in Rostock inzwischen einen Rahmenfrauenförderplan für die ganze Universität¹⁶, der vorsieht, dass die einzelnen Fakultäten jeweils auch Frauenförderpläne verabschieden, aber das haben bis heute nicht alle Fakultäten getan. Auf der dritten Ebene nach Schiebinger, das ist die Ebene Gender im Wissen, ist Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit Sachsen bundesweites Schlusslicht.

Die Frage eines Ausblicks fällt daher schwer. Wesentlich erscheint mir erst einmal eine Frage einer organisationspolitischen Entscheidung, das heißt die Entscheidung, welcher Stellenwert der Chancengleichheit für die Zukunftsfähigkeit und Exzellenz einer wissenschaftlichen Institution beigemessen wird. Also unter den Bedingungen gestärkter Leitungsstrukturen kommt man an den Entscheidungen der Leitungsspitze nicht vorbei, ob in Richtung Chancengleichheit, insbesondere auch Frauen- und Geschlechterforschung, etwas vorangebracht werden soll. Es geht um die Fragen, wie sich das Rektorat an dem Punkt positioniert. Grundsätzlich denke ich, dass die politische Konstellation derzeit in Rostock, aber auch Greifswald und möglicherweise auch im ganzen Land durchaus

¹⁵ Prof. Dr. Wolfgang Schareck: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001284
Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht ebenda, S. 83-109.

¹⁶ Vgl. Universität Rostock: *Frauenförderplan der Universität Rostock 2006-2009*, Rostock o.J. [2005], <https://www.uni-rostock.de/fileadmin/UniHome/Gbur/Frauenfoerderplan2006-2009.pdf> (30.01.2010).

günstig ist. Auf Bundesebene hat Chancengleichheit in Hochschule und Forschung derzeit einen sehr hohen Stellenwert. Es besteht auf Initiative des Wissenschaftsrats auf Ebene der großen Wissenschaftsorganisationen eine so genannte Gender-Allianz¹⁷, um die Chancengleichheit der Geschlechter in Wissenschaft und Forschung voranzubringen. Unter anderem hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft gleichstellungsorientierte Forschungsstandards verabschiedet und macht die Förderung von Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs und ähnlichem künftig davon abhängig, wie gut eine Universität in Sachen Gleichstellung aufgestellt ist. Das wird noch einige Bewegung zur Folge haben. Denn wenn die Universitäten aufgrund dieser Standards von der DFG nicht gefördert werden, dann wird sich etwas ändern.

In Mecklenburg-Vorpommern stehen wir gerade am Beginn einer neuen Zielvereinbarungsperiode zwischen dem Bildungsministerium und den Hochschulen. Das ist immer günstig, um auch bestimmte Fragen politisch voranzubringen, weil an dem Punkt intensive Gespräche über die Hochschulentwicklung stattfinden. Das Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern zeigt Interesse, die bundesweite Schlusslichtposition bezüglich der Frauen- und Geschlechterforschung zu verlassen. Es stellt sich damit die Frage nach den Kräfteverhältnissen in der Universität, also danach, wie in dieser Frage traditionsbewusste und innovationsbereite Kräfte handeln. Damit beende ich meinen Beitrag und kann mir vorstellen, dass es Fragen und vielleicht auch heftigen Widerspruch gibt.

Kersten Krüger:

Wir danken sehr für Ihre Ausführungen und eröffnen die Aussprache.

¹⁷ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft/Fraunhofer Gesellschaft/Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren/Hochschulrektorenkonferenz/Leibniz-Gemeinschaft/Max-Planck-Gesellschaft/Wissenschaftsrat (2006): Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. In: Wissenschaftsrat (Hg.): Exzellenz in Wissenschaft und Forschung – Neue Wege in der Gleichstellungspolitik. Dokumentation der Tagung am 28./29.11.2006 in Köln. Köln: Wissenschaftsrat 2007, S. 151-165, <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/ChancGleichDoku.pdf> (30.01.2010).

Diskussion

Transkription: Katrin Altmann, Juliane Rudloff

Edmund Fanning:

Mich interessiert, ob es nach dem Kolloquium zur Genderforschung, welches vor zwei Jahren stattfand, Schritte in Richtung einer Etablierung einer solchen Forschung gegeben hat, zum Beispiel durch Zusammenarbeit.

Heike Kahlert:

Im Vorfeld hatte sich eine kleine Vorbereitungsgruppe zu diesem Kolloquium gebildet. Diese bestand aus Gabriele Linke,¹⁸ Beate Rudlof, Hella Ehlers¹⁹ (Institut für Germanistik), Heike Trappe und mir (Institut für Soziologie und Demographie). Relativ bald kam Dorit Raffel von der Juristischen Fakultät hinzu, die inzwischen auch Gleichstellungsbeauftragte der Universität Rostock ist.²⁰

Wir haben die Veranstaltung gemeinsam vorbereitet und auch ausgewertet. Dazu wird es eine Buchpublikation geben, die zum zweiten Kolloquium im Herbst vorliegen soll. Diese befindet sich gerade in der letzten Korrekturfassung.²¹

Auch von Seiten der Studierenden hat es sehr viel Zuspruch zu der Veranstaltung gegeben. Jedoch ist das Ganze nicht so weit voran gebracht worden, dass sich ein Zusammenschluss oder eine Initiative daraus entwickelt hätte. Dies hat weniger mit den Aktivistinnen und auch nicht mit denen, die sich darum gesellt haben zu tun, sondern mit einem anderen Umstand. Wir hielten zum Abschluss des Kolloquiums eine Podiumsdiskussion, zu der wir das Rektorat eingeladen hatten sowie den Sprecher und den Dekan der Interdisziplinären Fakultät, Prof. Kragl²² aus der Chemie. Anwesend waren Prof. Göbel²³ von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (zu der Zeit Dekan) und darüber hinaus Vertreter der Philosophischen Fakultät.

¹⁸ Prof. Dr. Gabriele Linke: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001435

¹⁹ Dr. Hella Ehlers, siehe ihren Zeitzeuginnenbericht in diesem Band, S. 227-254.

²⁰ Nachtrag zum Zeitpunkt der Freigabe zur Drucklegung dieses Beitrags (Ende Januar 2010): Die genannten Wissenschaftlerinnen haben sich inzwischen zur Arbeitsgruppe Genderforschung zusammengeschlossen; vgl. <https://www.uni-rostock.de/gender/> (30.01.2010).

²¹ Vgl. Ehlers, Hella/Heike Kahlert/Gabriele Linke/Dorit Raffel/Beate Rudlof/Heike Trappe (Hg.): *Geschlechterdifferenz – und kein Ende? Sozial- und geisteswissenschaftliche Beiträge zur Genderforschung*. Münster, Hamburg, Berlin, Wien, London 2009.

²² Prof. Dr. Udo Kragl: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001563

²³ Prof. Dr. Stefan Göbel: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001910

Das Rektorat kam nicht und schickte auch keinen Vertreter. Das Rektorat sagte auch die Einladung zur Eröffnung der Veranstaltung ab und der Tenor lautete: „Sie können das gerne weiter machen, aber Ressourcen wird die Universität dafür nicht zur Verfügung stellen.“ Vor diesem Hintergrund ist das eine ganz schwierige Sache. Immerhin gab es Signale von zentralen Verantwortungsträgern, die sagten: „Wir finden es sehr spannend und schön, dass an der Universität Rostock jetzt auch so eine Initiative begonnen hat, aber wir sind nicht bereit, dafür Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Das legt jede Initiative lahm, denn wenn man etwas institutionalisieren will, dann braucht es in irgendeiner Form Ressourcen. Dann kann man nicht einfach nur sagen: „Ihr müsst alle mitmachen“, sondern man muss auch sehen, wie man möglicherweise fördern kann.

Heiko Marski:

Ich hoffe, dass ich Sie nicht zu sehr provoziere, aber ich sehe diesen Frauenförderplan kritisch. Es gibt ja die direkte Forderung, dass wenn zwei Bewerber gleich geeignet sind für eine Stelle und einer von beiden eine Frau ist, dann wird diese bevorzugt. Das halte ich für unvereinbar mit der europäischen Definition von Gleichberechtigung, die klar sagt, dass niemand aufgrund seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Es ist ja lobenswert, wenn die Frauen nicht benachteiligt werden, wenn dafür aber die Männer benachteiligt werden, finde ich das ein wenig kritisch.

Wir haben Bereiche, in denen fast nur Männer auf den Professuren sitzen, wir haben aber auch Bereiche, wo fast nur Frauen auf den Professuren sitzen. Es ist neulich festgestellt worden, dass wir bei den Neuberufungen eine Frauenquote von teilweise 60-70% haben. Das heißt, wenn sich das fortsetzt, werden wir quasi in 20 Jahren das große Männersterben haben und brauchen dann einen Männerförderungsplan. Wie kann man das sinnvoll kombinieren, dass wirklich eine Gleichberechtigung, eine Chancengleichheit im eigentlichen Sinne geschaffen wird und nicht eine Zwangsförderung der Frauen?

Heike Kahlert:

Das ist in der Tat eine provokative Frage, auf die ich eine lange und eine kurze Antwort geben kann. Ich würde Sie mit der Frage der Gleichberechtigung gerne an unsere Gleichstellungsbeauftragte verweisen, weil das zum einen nicht das Thema meines Vortrags war und zum anderen die Gleichstellungsbeauftragte, die von Haus aus auch noch Juristin ist, darauf viel kompetenter antworten kann als ich als Soziologin. Trotzdem nehme ich Ihre Provokation auf einer anderen Ebene auf.

Im Zuge der Diskussionen, die es im Vorfeld der Entwicklung des Frauenförderplans gab, äußerte Kanzler Wittern einmal halb scherzhaft, aber zugleich halb ernsthaft die Befürchtung, dass – wenn mit dem Frauenförderplan ernst

gemacht würde – die Männer keine Chance mehr hätten und die Universität Rostock zu einer reinen Frauenuniversität werden würde, an der nur noch Genderforschung betrieben würde. Wir konnten ihn mit dem historischen Argument sehr schnell beruhigen, dass das an den Institutionen, die vor 20 Jahren derartige Frauenförderpläne verabschiedet hatten, bis heute nicht der Fall ist.

Bis die Männer tatsächlich verdrängt sind, das werden wir, glaube ich, nicht erleben und dazu wird es auch nicht kommen. Alle Projektionen besagen, wenn es in dem Tempo weitergeht wie bisher, dann haben wir eine Gleichverteilung zwischen den Geschlechtern auf den Professuren im Jahr 2250. Also ich glaube, Sie müssen sich keine Sorgen machen.

Harold Fanning:

Sie haben bereits etwas zu den weiblichen Studierenden und Professorinnen in Deutschland gesagt. Was wissen Sie zu Frauen in Rektoraten?

Heike Kahlert:

Es gibt meines Wissens ungefähr zwei Hände voll Rektorinnen. Prozentual kann ich Ihnen das nicht sagen, aber ich denke, der Anteil liegt deutlich unter dem Prozentsatz der Frauen an den Professuren. Bundesweit ist der Prozentsatz der Frauen an den Professuren inzwischen bei ungefähr 15%. Das ist eine ganze Menge, verglichen mit dem, was wir vor zehn Jahren hatten. Zwar sagte die ehemalige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn²⁴ zu ihrer Amtszeit, dass Sie im Rahmen ihrer Amtszeit den Frauenanteil an den Professuren auf 20% steigern wolle. Frau Bulmahn ist schon lange nicht mehr Ministerin und bei 20% sind wir auch noch nicht. Bei den W3- und C4-Professuren haben wir einen Frauenanteil von ca. 11% und bei den Rektorinnen liegt der maximal bei 5%, also noch mal deutlich darunter.

Arne Busch:

Braucht Mecklenburg-Vorpommern nur aus dem Grund eine Professur für Frauen- und Geschlechterforschung, um den letzten Platz im Bundesdurchschnitt zu verlassen?

Heike Kahlert:

Gehen wir ein Stück zurück zu dem Punkt, als ich gesagt habe, dass Modernisierung von Wissenschaft mit der Aufnahme bestimmter Fragestellungen in Forschung und Lehre zu tun hat. Es liegt ein Modernitätsrückstand vor, wenn be-

²⁴ Edelgard Bulmahn, geboren 1951, deutsche Politikerin (SPD). Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Edelgard_Bulmahn (17.01.2010) und <http://www.edelgard-bulmahn.de/> (17.01.2010).

stimmte Themenstellungen nicht repräsentiert werden und Studierende zu diesen Fragestellungen nicht ausgebildet werden können. Auf der Ebene des institutionellen Wettbewerbs und der institutionellen Exzellenz kann man durchaus sagen, dass es perspektivisch und auch gegenwärtig ein Wettbewerbsnachteil für die ganze Institution ist, keine Genderforschung zu haben. Das liegt daran, dass im Rahmen der Exzellenzinitiative die Frage von Chancengleichheit und auch Genderforschung durchaus eine Rolle gespielt hat und Institutionen, die in dem Bereich nichts zu bieten haben, in der Exzellenzinitiative schlecht abgeschnitten haben. Andere, die gefördert worden sind, haben Auflagen bekommen, in dem Bereich etwas zu unternehmen, was sie auch brav gemacht haben.

Institutionelle Exzellenz hat demnach heute auch etwas mit Chancengleichheit und mit Genderforschung zu tun. Das ist in einem anderen Sinne interessant, als in einem Ranking der Bundesländer den letzten Platz verlassen zu wollen. Es hat mehr was damit zu tun, wie man national, aber auch international aufgestellt ist und ob man im Institutionenwettbewerb mithalten können will – oder nicht.

Axel Büssem:

Sie haben gerade die Notwendigkeit dargelegt, warum wir die Frauen- und Geschlechterforschung brauchen. Können Sie Themenfelder nennen, bezogen auf Mecklenburg-Vorpommern, wo es nötig wäre zu forschen? Also Forschungsbereiche, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht? Wo sind Frauen besonders benachteiligt?

Heike Kahlert:

Das ist eine Frage nach dem Anwendungsbezug. Ich würde es eine Ebene darüber ansiedeln. Wenn man sagt, Frauen- und Geschlechterforschung ist eine Wissenschaftsperspektive, die in allen Disziplinen vertreten ist, dann braucht man nicht zu fragen, welche wir brauchen. Das gehört ganz selbstverständlich zu den wissenschaftlichen Disziplinen dazu. Wenn Sie das auf einer anwendungsbezogenen Ebene wissen wollen, würde das bedeuten, dass die für die Landespolitik interessanten Themen zu erforschen wären.

Wissenschaftliche Themenstellungen umfassen im Grunde den gesamten Bereich eines Fachs, von daher kann man sich für jedes einzelne Fach ganz viele spannende Fragen vorstellen. Für die neuere Zeitgeschichte habe ich im Vortrag als Nichthistorikerin einige Fragestellungen entwickelt. Zum Beispiel könnte man erforschen, wie in der DDR mit der Frage von Chancengleichheit der Geschlechter an den Universitäten umgegangen wurde, und darüber hinaus, wie weit die Frauen- und Geschlechterforschung – wie auch immer sie zu der Zeit benannt und auch bewertet wurde – tatsächlich in der Forschung präsent war.

Aus einer soziologischen Perspektive könnte man von den Schwerpunkten aus, die an der Universität Rostock im Moment vertreten sind, die Frage stellen,

was Geschlechterverhältnisse mit dem demographischen Wandel zu tun haben. Wenn wir über die Frage von Alterung der Gesellschaft sprechen, dann wissen wir, dass die Frauen älter werden als die Männer. Sie haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, gleichzeitig sind sie aber diejenigen, die im Alter finanziell deutlich schlechter abgesichert sind. Da gibt es einen großen Forschungsbedarf.

In Bezug auf die Frage des Geburtenrückgangs muss man sicher fragen, was das mit Veränderungen im Geschlechterverhältnis zu tun hat, denn insbesondere die hochqualifizierten jungen Frauen und jungen Männer entscheiden sich inzwischen mehrheitlich gegen Familiengründung. Auch das wäre ein Thema, das die Genderforschung durchaus interessieren könnte. Zum Themenbereich Migration könnte man ganz konkret mit dem Regionalbezug Mecklenburg-Vorpommern die Frage angehen, warum es hauptsächlich die jungen Frauen sind, die das Land verlassen und nicht die jungen Männer. Das wären ganz praktische Themen, aber man kann sich noch ganz viele andere ausdenken.

Heiko Marski:

Mich würde aus Forschungssicht interessieren, woran es liegt, dass die Frauen sich in der Wissenschaft nicht besser durchsetzen können. Ich glaube nicht, dass es die Leistungsfähigkeit ist. Welches sind die Gründe, an denen es scheitert? Was müsste man daraus schlussfolgernd tun, damit die Chancengleichheit auch wirklich eine Chancengleichheit ist und man nicht sagen muss, dass wenn es zwei Bewerber auf eine Stelle gibt, man die Frau wählt, wenn sie genauso gut ist wie der Mann?

Heike Kahlert:

Die Frage der gleichwertigen Qualifikation ist ganz knifflig. Das ist auch immer eine Frage, wie man das eigentlich in Besetzungsverfahren bewertet – nicht nur in der Wissenschaft, aber auch dort.

Gerade in der Wissenschaft hat man es in der Regel mit hoch spezialisierten Leuten zu tun – unabhängig vom Geschlecht –, so dass es auch immer eine Frage ist, welche Leistungen als innovativ und exzellent bewertet werden. Wenn die Frage, was zu tun ist, mit eins, zwei, drei, vier, fünf beantwortet und dann auch noch mit einem Zeithorizont von einigen Jahren versehen wäre, dann wären wir historisch schnell an einem anderen Punkt. Wir haben – bezogen auf sämtliche modernere Gesellschaften – einen deutlichen Gleichstellungsrückstand in der Wissenschaft bei durchaus erheblichen nationalen Unterschieden. Deutschland, Österreich und die deutschsprachige Schweiz liegen im europäischen Vergleich in Bezug auf Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft auf den letzten Plätzen. Das hat offensichtlich etwas mit der Struktur des Wissenschaftssystems im deutschsprachigen Raum insgesamt zu tun.

Als Gründe werden unter anderem angeführt, dass es im Mittelbau keine Dauerstellen gibt, also dass man nur Wissenschaft als Beruf betreiben kann, wenn die Berufung auf eine Professur erfolgreich ist. Das ist in den meisten europäischen Ländern anders, denn da gibt es auch Dauerstellen unterhalb der Professur. Verknüpft mit dem Stellensystem der deutschsprachigen Länder ist das Erfordernis der Habilitation als zweiter akademischer Qualifikation nach dem Studienabschluss. Diese fällt in der Regel zusammen mit der Familiengründungsphase und ist ein sehr langwieriger und hoch komplexer Qualifikationsprozess, bei dem deutlich mehr Frauen auf der Strecke bleiben als Männer. Das hat nicht unbedingt etwas mit Leistungsfähigkeit zu tun, sondern damit, wie Ressourcen (Stellen, Geld) vergeben werden, wie Machtverhältnisse sind und ähnliches mehr.

Carsten Schrepper:

Können Sie uns konkrete Zahlen der aktiven Rektorinnen und Professorinnen aus anderen europäischen Ländern, zum Beispiel aus dem skandinavischen Bereich oder Frankreich, nennen? Welche Quote gibt es da?

Heike Kahlert:

Zahlen habe ich nicht griffbereit, aber Tendenzen kann ich aufzeigen. Man muss bei der Frage erst einmal die nationalen Wissenschaftssysteme betrachten, die in der Regel unterschiedlich sind. In Skandinavien haben wir zum Beispiel Dauerstellen im Wissenschaftsbetrieb unterhalb der Professur. In Skandinavien haben wir auch ein Wissenschaftssystem, in dem die Entscheidungsprozesse einfach ein Stück anders laufen als in den deutschen Universitäten, wo also eine stärkere staatliche Regulierung stattfindet. In Schweden hat es zum Beispiel – ich meine vor ungefähr 20 Jahren – ein großes Programm der Regierung zur Förderung von Geschlechterforschungsprofessuren gegeben. Wenn die Hochschulen das Programm nicht annahmen, erhielten sie auch keine Mittel dafür. Das ist in der Regel ein Anreiz, der bei Hochschulen immer fruchtet: wenn es Geld gibt oder Geld wegbleibt. Das hat dazu beigetragen, dass diese Forschungsperspektive sehr viel selbstverständlicher in Forschung und Lehre an allen schwedischen Hochschulen vertreten und gleichzeitig der Frauenanteil in der Wissenschaft deutlich gestiegen ist. Das liegt mit daran, dass diese Forschung mehrheitlich von Frauen betrieben wurde, obwohl Geschlechterforschung nicht erfordert, eine Frau zu sein. Es geht um eine davon unabhängige Wissenschaftsperspektive. Trotzdem gibt es deutlich mehr Frauen als Männer, die sich für solche Fragen interessieren. Von daher ist Institutionalisierung von Frauen und Geschlechterforschung immer auch ein Beitrag zur Chancengleichheit.

Philipp Bänsch:

Sie haben uns den Frauenförderplan vorgestellt. Inwieweit blockiert dieser die Schaffung eines Genderforschungsinstitutes? Denn er wälzt ja im Endeffekt die Aufgaben der Genderforschung von der Universität auf unterschiedliche Institute und Bereiche ab. Wäre es nicht, um ein Institut für Genderforschung zu schaffen, erst einmal erforderlich, diesen Frauenförderplan rückgängig zu machen, so dass man die Aktivitäten konzentrieren kann?

Heike Kahlert:

Das ist eine spannende Idee. Juristisch geht das jedoch nicht. Juristisch sind Hochschulen verpflichtet, Frauenförderpläne zu haben. Zwar gibt es Rahmenvorgaben, aber was eine Hochschule dann jeweils daraus macht und ob der Frauenförderplan 20 oder zwei Seiten umfasst, dafür gibt es keine juristischen Vorgaben.

Die Gründung eines Instituts für Genderforschung ist eine Frage, die nicht unbedingt mit dem Frauenförderplan zusammenhängt, sondern eher mit der Universitätsstruktur im Hinblick darauf, ob wir ein solches Institut an einer Fakultät oder als eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung – vielleicht angesiedelt an der INF (Interdisziplinären Fakultät) – in einer Profillinie Genderforschung gründen. In die Richtung gehend verstehe ich Ihre Frage. Das ist hochgradig interessant. Das sollte man in den Gremien einmal diskutieren. Ich glaube, dass man für Rostock auf einer Umsetzungsebene sehr schnell an den Punkt kommen wird zu sagen, dass wir nicht genug Masse haben, um das einlösen zu können. Es braucht ja dann auch dementsprechend fachlich ausgewiesene Personen, die das mit Leben füllen können. Wenn wir eine solche Forderung aufstellen, wird es spannend zu sehen, wie das Rektorat darauf reagiert. Das ist eine Frage, wohin Mittel gelenkt werden. Ich bleibe da skeptisch, ob das auf Gegenliebe trifft. Aber auf jeden Fall ist es eine interessante Idee. Also warum nicht?

Angela Hartwig:

Die Idee mit der INF finde ich sehr gut. Den Ansatz sollte man wirklich weiter verfolgen. Zunächst scheint die Fakultät ein bisschen anders besetzt zu sein, aber eigentlich passt es ja dort richtig rein. Also sollten Sie das anstreben. Meine Frage geht dahin, warum und wie Sie in diese Forschungsrichtung gekommen sind. Was war Ihre Veranlassung, in diese Richtung zu gehen?

Heike Kahlert:

Ich möchte noch einen Satz zur INF sagen. Die INF ist ja bisher von ihren Profillinien her relativ stark von den Themensetzungen naturwissenschaftlich-technisch ausgerichtet, so dass es da durchaus nicht ganz einfach ist, Anschlussstellen zu finden. Im Zuge dessen, was der neue Rektor angekündigt hat, nämlich eine vierte

Profillinie „Wissen, Wissenskulturen und Bildung“ zu entwickeln, denke ich, gibt es neue Möglichkeiten, die Frage erneut zu diskutieren. Auch glaube ich, dass es in diesem Bereich der „Wissenskulturen“ eine größere Offenheit für diese Themenstellung gibt als beispielsweise in der Profillinie „Aging Science“, die sich ja inzwischen relativ stark technisch-medizinisch ausgerichtet hat.²⁵

Die andere Frage, wie ich dazu gekommen bin, hat mit meinem Vortrag direkt nichts zu tun. Für mich war es im Rahmen meines Studiums an einer westdeutschen Universität relativ schnell klar, dass irgendetwas mit den Frauen in der Wissenschaft verwunderlich ist. Ich habe von 1981 bis 1988 an der Universität Hamburg studiert, die für die alten Bundesländer eine der Universitäten gewesen ist, an denen Fragen von Geschlechterforschung oder Frauenforschung sehr früh angegangen wurden. Ich fand es merkwürdig, dass bestimmte Themen im Soziologiestudium – wo es ja um Gesellschaft, um Lebensverhältnisse, um Lebenssituationen, um Sozialisationsfragen und so etwas geht – nicht vorkamen. Das kann man sich heute für die Soziologie nicht mehr vorstellen, weil Soziologie heute so nicht mehr betrieben werden kann. Soziologie ist eines der Fächer, in denen die Geschlechterforschung sehr starke Wurzeln hat, aber zu meiner Studienzeit war das noch kein Thema, aber es interessierte mich und ich habe angefangen, mich damit zu beschäftigen und es hat mich nicht losgelassen.

Hilde Michael:

Sie sagten gerade, in der Soziologie habe die Genderforschung sehr starke Wurzeln. Wie ist insgesamt die Gewichtung? Ist es mehr eine soziologische Hauptrichtung oder auch eine historische? Wie sehen Sie da die Verteilung?

Heike Kahlert:

Für den deutschsprachigen Bereich würde ich das so bewerten, dass die stärksten Wurzeln der Genderforschung in der Soziologie, in der Erziehungswissenschaft, in der Geschichte und in der Literaturwissenschaft liegen. Das sind eigentlich die Fächer, in denen sehr früh Geschlechterfragen in der Wissenschaft thematisiert wurden, auch als inhaltliche Fragen und nicht nur als Fragen nach den Zahlenverhältnissen. Das hat etwas damit zu tun, dass in diesen Disziplinen die Themenstellungen der Frauenfrage oder der Geschlechterfrage nahe liegen. Wenn man in der Soziologie über Gesellschaft, über Familie oder über Sozialisation redet, dann

²⁵ An dieser Stelle ist zum Zeitpunkt der Freigabe dieses Beitrags (Ende Januar 2010) ein Nachtrag angebracht: Anlässlich seiner Eröffnungsrede zum Zweiten Interdisziplinären Kolloquium zur Genderforschung am 26. November 2009 bezog Rektor Schareck Stellung zu Perspektiven der Genderforschung an der Universität Rostock. Er brachte zum Ausdruck, dass er es sehr begrüßen würde, wenn die Genderforschung an der Universität Rostock in Gestalt von drittmittelgeförderten Forschungsprojekten, gern angesiedelt an einer der Profillinien, Fuß fassen würde.

geht das nicht wirklich, ohne dass man eben auch über Frauen und Männer spricht und beobachtet, wie da die Verteilungen aussehen und wie man sich bestimmte Erscheinungen von Ungleichheit erklären kann. Ein zentrales Thema der Soziologie ist ja die Frage der sozialen Ungleichheit. Dabei ist die Ungleichheit der Geschlechter eine zentrale Perspektive von sozialer Ungleichheit. In der Erziehungswissenschaft liegt die Geschlechterfrage ebenfalls sehr nahe, denn wenn man über Erziehung redet, kommt man am Geschlecht gar nicht vorbei. Für die Geschichte würde ich Anknüpfungspunkte beispielsweise in der Thematisierung von sozialen Bewegungen sehen. Die Frauenbewegung war eine der großen sozialen Bewegungen, und es gab ja nicht nur die Frauenbewegung der 1960er und in den folgenden Jahren, sondern es gab schon frühere Frauenbewegungen um die Jahrhundertwende. In der Literaturwissenschaft war es immer auch ein Thema, Geschlechterrollen zu reflektieren. Auch für die DDR kann man sagen, dass Literatur und die Literaturwissenschaft einer der stärksten Bereiche in den Geschlechterfragen in der Wissenschaft war. Die Literatur von Frauen in der DDR reflektierte auch gesellschaftliche Verhältnisse, und zwar durchaus vorsichtig kritisch.

Kersten Krüger:

Ich möchte einen Themenbereich ansprechen, der jetzt etwas zu kurz gekommen ist, nämlich den der Erkenntnistheorie. Wir haben weitgehend über Gleichberechtigung und Gleichstellung von zwei im Grunde gleichartig strukturierten menschlichen Gruppen diskutiert. Interessant fand ich Ihren Hinweis, dass es auch erkenntnistheoretisch fassbare Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Im historischen Rückblick werden seit der Aufklärung die frauenspezifischen Eigenschaften mehr den Emotionen zugewiesen – so auch in der bürgerlichen Frauenbewegung –, so dass bestimmte Berufsfelder als für Frauen angemessen galten. In der proletarischen Frauenbewegung hingegen herrschte eine völlige Gleichberechtigung, auch und gerade in der Arbeit. Die Gleichberechtigungspolitik der DDR führte insgesamt dazu, dass Frauen genauso schwer arbeiten mussten wie die Männer. Ich erinnere mich an ein Reklame- oder Propagandabild, auf dem eine Frau Eisenbahnschwellen verlegte. Das finde ich unpassend.

Sie betonen, dass es erkenntnistheoretisch Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, also geschlechtsspezifische Zugänge zur Wissenschaft. Können Sie dazu etwas sagen? Sehen Sie hier eine Dimension, die weiter geht, als dass es zwei Gruppen sind, die in Konkurrenz oder in Kooperation um Gleichberechtigung ringen? Begründet Geschlecht unterschiedliche Zugänge zur wissenschaftlichen Erkenntnis?

Heike Kahlert:

Diese Frage wird in der Geschlechterforschung sehr kontrovers diskutiert. Ich möchte diese Frage auch nicht auf der Ebene angesiedelt sehen, ob Frauen anders

denken als Männer. Darum geht es an der Stelle nicht. Vielmehr folgt die Erkenntnisperspektive der sozialen und kulturellen Situation des Subjekts, und dieses Subjekt hat immer auch ein Geschlecht. Die Annahme, Wissenschaft gehe von einem archimedischen Punkt der Erkenntnis aus – irgendwie völlig frei schwebend jenseits von sozialen Kontexten –, wird im gesamten Feld der Frauen- und Geschlechterforschung kritisch in Frage gestellt. Erkenntnis wird immer von konkreten Subjekten gewonnen, und die haben auch ein Geschlecht, die haben auch eine bestimmte soziale Herkunft, die haben auch eine bestimmte sexuelle Orientierung. Diese Faktoren beeinflussen möglicherweise die Art und Weise auf die Welt zu schauen und Fragen zu stellen. Das heißt nicht, dass es ein anderes Denken aufgrund der Verschiedenheit von Gehirnhälften ist, sondern eher aufgrund einer bestimmten Verortung in einem sozialen Kontext. Das bedeutet, wissenschaftskritisch betrachtet, dass Wissenschaft ein soziales Produkt ist. Wissenschaft ist mithin eine soziale Institution, die immer auch sozialen Einflüssen unterliegt. Wenn man sich die Geschichte der Geschlechterforschung ansieht, wird deutlich, wie immens die sozialen Einflüsse sind, so zum Beispiel die politische Steuerung. Wofür gibt es Geld oder wo liegen die Zusammenhänge mit dem gesellschaftlichen System? Wenn das DDR-Regime eine bestimmte Form von Frauenforschung förderte, dann hatte das ja auch etwas mit einer sozialen Positionierung zu tun.

Kersten Krüger:

Eine kleine Rückfrage habe ich. Ist es nicht ein bisschen gemogelt, wenn Sie sagen, dass „sozial“ das Geschlecht einschließt? Hat es da eine Bedeutung?

Frau Dr. Heike Kahlert:

Ich finde, dass es das mit einschließt.

Kersten Krüger:

Dann bin ich zufrieden.

Harold Fanning:

Sie hatten erzählt, wo und in welchen Disziplinen die Genderforschung in Deutschland am häufigsten angesiedelt ist. Mich interessiert auf dem Hintergrund der Rolle der Frau in den Religionen, ob es auch Genderforschung im Bereich der Theologie gibt.

Heike Kahlert:

Ja, die gibt es, wie intensiv institutionalisiert, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber es gibt sehr aktive Ansätze in der feministischen Theologie. Wir haben auch jetzt an der Universität Rostock in der Theologie einige Kolleginnen und Kolle-

gen, die diesen Fragen gegenüber sehr aufgeschlossen sind und auch selber dazu arbeiten. Inhaltlich kann ich Ihnen dazu nicht wirklich etwas sagen, weil das Fach von meinem Feld der Expertise zu weit entfernt ist. Deshalb lasse ich es lieber.

Isabel Zeidler:

Wer gibt die finanziellen Drittmittel zum IZFG, zur Förderung der Genderstudien?

Heike Kahlert:

Das ist die Landesregierung.

Isabel Zeidler:

Es ist die Landesregierung, aber nicht die Universität selbst?

Heike Kahlert:

Nicht die Universität selbst. Also wenn hier steht „größtenteils von der Philosophischen Fakultät“, heißt das, dass die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald zum Beispiel Räume zur Verfügung stellt. Außerdem stellt sie Telefonleitungen zur Verfügung und man darf die Briefe mit der Universitätsadresse verschicken. Auch die wissenschaftliche Mitarbeiterinnenstelle wird aus dem Etat der Philosophischen Fakultät bezahlt – jedes Mal neu umkämpft, wenn es um Verlängerung geht. Die Sachmittel, um Veranstaltungen durchführen zu können, Tagungen zu machen, Kolloquien zu veranstalten, Bücher zu publizieren, kommen von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Diese ist in der Staatskanzlei angesiedelt, also direkt unter dem Ministerpräsidenten. Ergänzende Mittel wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligt.

Heiko Marski:

Mich interessiert, ob diese Frauen- und Geschlechterforschung sich vielleicht auch in Richtung Jugendforschung ausweiten ließe, und zwar mit der Frage, ob Jungen und Mädchen innerhalb eines bestimmten Alters andere Perspektiven auf Sachverhalte haben.

Heike Kahlert:

Ich würde die Frage gerne auf der erkenntnistheoretischen Ebene beantworten, weil im Moment in der Genderforschung eine sehr lebendige Diskussion um das Thema „Intersektionalität“ stattfindet, also um die Frage des Zusammenwirkens von verschiedenen Kategorien der Ungleichheit. Es reicht nicht, Ungleichheiten nur nach Geschlechtern zu untersuchen, sondern man muss auch die soziale Herkunft dazu nehmen, die sexuelle Orientierung, die ethnische Herkunft, das

Alter(n). Und wenn man das Alter(n) als eine weitere zentrale Kategorie dazu nimmt, ist auch Ihre Frage nach der Jugend da mit eingeschlossen.

Kersten Krüger:

Können wir es dabei belassen, einen Blick zurück nach vorn zu werfen? Wir begannen beim „Aging“ und wir sind zurück gekommen zur Jugend. Dazwischen stehen altersmäßig unsere teilnehmenden Studierenden. Selber gehöre ich zum „Aging“, aber der Rektor hat ja das neulich übersetzt als „erfolgreiches Altern“. Wir dürfen uns bei der Referentin bedanken, bei den Teilnehmenden und bei den Diskutierenden. Wir schließen die Sitzung mit Gewinn an Kenntnis und Erkenntnis. Vielen Dank.

Neumann, Rosina

Lebenslauf



<i>akademischer Titel:</i>	Dr. rer. nat.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1984-1991 Mitarbeiterin am Institut für Sozialistische Wirtschaftsführung (ISW)
	1991-2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin/ Assistentin an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock
	seit 2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl „Sprachliche Kommunikation und Kommunikationsstörungen“ der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät
<i>Institut:</i>	Institut für Germanistik
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Kommunikationspsychologie, Interkulturelle Kommunikation

Lebensdaten: geboren am 18. Juni 1956 in Rostock

Kurzbiographie:

1963-1971	Polytechnische Oberschule in Rostock
1971-1974	Erweiterte Oberschule in Rostock
1974-1975	Institut zur Vorbereitung auf ein Auslandsstudium der Universität Halle
1975-1980	Studium der Psychologie an der Moskauer Lomonossowuniversität
1980-1984	Promotionsstudium am Lehrstuhl für Sozialpsychologie der Moskauer Lomonossowuniversität
1985-1986	Postgraduale Trainerausbildung (Verhaltenstraining)

Akademische Abschlüsse:

- | | |
|------|---|
| 1980 | Diplom in Psychologie („Mit Auszeichnung“) |
| 1985 | Promotion zum Thema: „Besonderheiten der interpersonellen Wahrnehmung in internationalen Arbeitsgruppen“ („Mit Auszeichnung“) |

*Akademische Selbstverwaltung:**Funktionen:*

- | | |
|-----------|---|
| 1994-2002 | Gleichstellungsbeauftragte der Universität Rostock |
| 1998-2002 | Mitglied des Konzils der Universität Rostock |
| 2001- | Vorsitzende bzw. Geschäftsführerin der Friedrich-und-Irmgard-Harms-Stiftung |

Werke (Auswahl):

R. Neumann, (Hrsg.): Geschichte des Frauenstudiums in Rostock - von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Rostock 1999.

R. Neumann (Hrsg.): Autonomie der Hochschulen - Nutzen für die Gleichstellung. Dokumentation der 11. Jahrestagung der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF). Rostock 1999.

S. Heier, R. Neumann: Untersuchungen zur Planung von Wissenschaftlerinnenlaufbahnen, in: Babendererde, Cornelia; Fellmer, Claudia; Kahlert, Heike; Pieper, Julia (Hrsg.): Impulse – Chancen – Innovationen. Dokumentationen der ersten Tagung zur Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern 1998, Rostock 1999, S. 116-131.

R. Neumann (Hrsg.): Karriereplanung von Wissenschaftlerinnen, Rostock 2001.

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Rosina Neumann am 12. Juni 2009

Protokoll und Transkription:

Judith John, Stefan Meyenburg, Tina Thome, Lisa Walter

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, Frau Dr. Rosina Neumann. Das Zeitzeuginnengespräch teilt sich im Allgemeinen in eine kurze Autobiographie und in den Bericht über die akademische Karriere oder Berufstätigkeit. Frau Neumann wird den Schwerpunkt auf ihre Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte legen, die sie, wenn ich mich nicht irre, sieben Jahre lang ausübte. In meiner Erinnerung ging es Frau Neumann in dieser Rolle eher um Qualifikation und nicht kämpferisch nach Geschlecht. Gewiss, Menschen erinnern sich unterschiedlich. Wir alle wissen, dass Zeitzeugen- und Zeitzeuginnenberichte immer von dem Standpunkt des Berichtenden aus dargestellt sind. Das dokumentieren wir; die Quellenkritik überlassen wir denen, die später damit arbeiten. Frau Neumann, wir freuen uns auf Ihren Bericht; Sie haben das Wort.

Rosina Neumann:

Dankeschön. Herr Krüger hat ja nun schon einiges vorweggenommen, was ich zu Beginn gesagt hätte. Natürlich werde ich etwas zu meinem Lebenslauf sagen und über meine Entwicklung. In diesem Jahr im August werde ich 25 Jahre an der Universität sein, das heißt also schon sehr lange, aber den Schwerpunkt möchte ich trotzdem auf die Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte setzen, weil es ja auch Schwerpunkt in diesem Seminar ist – es geht um Frauen und Frauenstudium und da gehört das eben entsprechend mit hinein. Ich weiß nicht, ob ich von der Stimme durchhalte, ich bin ziemlich erkältet.

Zu meinem Lebenslauf: Ich wurde 1956 in Rostock geboren, bin also Rostockerin, habe die normale Schullaufbahn, also die Polytechnische Oberschule, dann die Erweiterte Oberschule besucht, und dann verlief es vielleicht etwas anders als bei Anderen. Denn anschließend kam ich für ein Jahr nach Halle an die ABF (Arbeiter-und-Bauern-Fakultät), an das Institut zur Vorbereitung auf ein Auslandsstudium. Von 1975 bis 1980 studierte ich Psychologie in Moskau an der Lomonossowuniversität und promovierte im Anschluss in Moskau. Das war 1985. Ich war also zehn Jahre in Moskau, natürlich mit Unterbrechungen.

Nach meiner Rückkehr in die DDR arbeitete ich am damaligen Institut für Sozialistische Wirtschaftsführung. Das war ein Institut innerhalb der Universität, heute klingt das tatsächlich alles ein bisschen merkwürdig, aber ich habe bewusst den Namen nicht verändert. An diesem Institut hatte ich mit Führungskräften zu tun – in unserer damaligen Begrifflichkeit „Leiter“ – und habe dazu die Trainer-

ausbildung absolvieren müssen, um mit ihnen Verhaltenstraining machen zu können. Auch das mag wieder merkwürdig klingen, wenn man sich fragt, welches Verhaltenstraining es innerhalb der DDR gab. Aber es gab durchaus entsprechende Schulungen.

Mit der Wende kam ich an die neu gegründete Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, habe dort bis 2003 gearbeitet und bin seit 2003 an der Philosophischen Fakultät. In der Zeit an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät habe ich noch den „dankbaren“ Job als Gleichstellungsbeauftragte ausgeübt, und zwar von 1994 bis 2001. Das war neben meiner eigentlichen Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Organisationspsychologie eine volle zweite Tätigkeit. Zugleich war ich Mitglied des Konzils und – automatisch als Gleichstellungsbeauftragte – in vielen Senatskommissionen. Im Jahr 2001 wurde ich Vorsitzende und dann Geschäftsführerin der Friedrich- und Irmgard-Harms-Stiftung. Das bin ich heute noch und verwalte in der Zwischenzeit auch noch das Wohnheim der Stiftung. Dieses ist also ganz grob mein Lebenslauf.

Jetzt möchte ich Ihnen sagen, wie ich meinen Redebeitrag hier aufgebaut habe. Eigentlich wollte ich etwas aus einem Buch über die Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte vorlesen, das ich schreiben wollte, das ich aber noch nicht geschrieben habe. Dafür habe ich aber einen alten „Heuler“ mitgebracht mit einem Interview, das von Studentinnen 1995 mit mir geführt wurde. Darin sage ich etwas zu der Motivation, warum ich Gleichstellungsbeauftragte geworden bin. Im Anschluss möchte ich etwas zu den Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten sagen und zu den Projekten, die ich geleitet habe. Anschließend lese ich Ihnen etwas aus dem letzten Interview vor, das ich gab, nachdem ich die Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte beendet hatte. Zum Schluss zeige ich Ihnen „Regeln“ der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, die nicht von mir erarbeitet wurden, sondern von den Frauenbeauftragten der Alten Bundesländer, aber die ich fast alle voll unterstreichen kann. Diese möchte ich dann noch einmal untersetzen anhand meiner Erfahrungen.

Zu meiner Motivation: Ich habe, Sie haben es am Lebenslauf gesehen, eine normale Ausbildung in der DDR beziehungsweise in der Sowjetunion absolviert, ohne mich mit Geschlechtsspezifika zu beschäftigen. Auf die Frage „Warum haben Sie sich damals zur Wahl der Gleichstellungsbeauftragten gestellt?“ habe ich 1995 geantwortet:

„Ich fand es sehr schade, dass mit der Wende so viele Sachen weggebrochen sind, bei denen vielleicht persönliches Engagement hätte etwas ändern können, wo wir uns aufgrund von Unsicherheit und so weiter nicht mehr eingebracht haben. Dann kam irgendwann der Punkt an dem ich mich fragte, ob es wirklich so ist, dass ich nichts tun kann. Es war eine bestimmte Unzufriedenheit, z. T. auch hier in der Fakultät. Ich muss dazu sagen, dass ich mich nicht viel mit dieser Sache befasst

habe, nur aus der Sicht meines Psychologiestudiums, mit dem Problem der Geschlechterspezifik, doch das hat in der DDR in den Untersuchungen keine große Rolle gespielt. Ich habe mir gesagt, OK, ich werde es versuchen, vielleicht kann ich da kämpfen, was verändern. Nicht für Frauen kämpfen, sondern mehr das man sich einbringt, dass man sich nicht den Vorwurf machen muss, nichts getan zu haben.“(Heuler 1995)

Das ist es, was Professor Krüger über seinen ersten Eindruck berichtete. Ich bin ein unwahrscheinlicher Gerechtigkeitsapostel, und das betrifft nicht nur das Geschlecht. Es hat einfach damit zu tun, dass – wenn eine Sache nicht gerecht verläuft – ich mich dort unbedingt einbringen muss, und da gucke ich nicht, ist es die Frau oder der Mann, sondern ist die Sache in Ordnung oder nicht. Und deswegen war mein Ansatz von vornherein auch kein geschlechtsspezifischer. So habe ich angefangen. In der Zwischenzeit hat sich das dann geändert, weil Diejenigen, die ungerecht behandelt wurden, vorrangig Frauen waren, aber das musste ich auch selber erst erfahren. Das war ein Punkt, der sich mit der Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte ergeben hat. Als ich mich 1994 zur Wahl gestellt hatte, war es eben aus der Situation heraus, dass viele Dinge im Argen lagen, dass man nicht informiert wurde, dass man überhaupt nicht wusste, was mit einem geschieht. Ja, das war eine Situation, in der man sich sagte: „Ja – und was wird morgen sein?“ Häufig kamen Gerüchte über Veränderungen, über die wir immer sehr (sehr) spät informiert wurden, sodass ich mir sagte: „Entweder du gehst oder du musst irgendwas machen.“

Da passierte es, dass zum ersten Mal eine Gleichstellungsbeauftragte „gesucht“ wurde, weil es seit 1994 ein Gleichstellungsgesetz gab. Sie haben Frau Wigger¹ schon gehört, und ich bin auch deshalb zu dem Zeitzeuginnenbericht von Frau Wigger gekommen, weil Frau Wigger meine unmittelbare Vorgängerin war – aber zu ihrer Zeit gab es noch kein Gesetz für diese Tätigkeit. Als ich mich zur Wahl stellte, waren sieben Kandidatinnen aufgestellt. Das nahm ich gelassen: „Na, dich kennt keiner und warum sollen sie dich wählen?“ Von den Gewerkschaften waren Kandidaten aufgestellt worden – Sie kennen das von der Werbung her – ihre Bilder waren entsprechend groß, andere kleiner. Man versuchte damit die Wahl manipulativ zu beeinflussen. Als ich dann angerufen wurde mit der Mitteilung, ich sei gewählt worden, fühlte ich mich veralbert und dachte, das könne auf keinen Fall sein. Dennoch war es so, und ich hatte drei Tage Zeit, um mich zu entscheiden. Diese Entscheidung fiel mir nicht leicht, weil ich Probleme hatte mit der Frage, was ich denn als Gleichstellungsbeauftragte machen sollte.

¹ Prof. Dr. Marianne Wigger: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001622
Siehe auch ihren Zeitzeuginnenbericht in diesem Band, S. 152-166.

Das ist ein wesentlicher Punkt, weil das Landeshochschulgesetz (siehe Kasten) mit seinem Paragraphen zur Gleichstellungsbeauftragten sehr allgemein formuliert war, so dass man im Grunde genommen mit den Dingen, die dort standen, nicht viel anfangen konnte. Im zeitgleich ergangenen Gleichstellungsgesetz, das mit dem Landeshochschulgesetz nicht konform ging, stand, die Gleichstellungsbeauftragte ist für vier Jahre gewählt. Ich wusste also nicht, für welche Amtszeit ich antrat, für zwei oder vier Jahre. Ebenso wenig waren die Freistellung von meiner Dienststelle und die Zuständigkeiten der Gleichstellungsbeauftragten geklärt. Das ergab sich erst im Laufe der Zeit.

LHG 1994, §86

Gleichstellungsbeauftragte

- (1) Im Rahmen der Aufgaben nach § 3 Abs. 4 wird eine Gleichstellungsbeauftragte bestellt.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat ein Recht auf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Informationen. Sie macht Vorschläge und nimmt Stellung gegenüber den zuständigen Stellen der Hochschule in allen Angelegenheiten, die die Belange der Frauen in der Hochschule unmittelbar berühren. An den Beratungen solcher Angelegenheiten in den Gremien der Hochschule kann sie mit Antrags- und Rederecht teilnehmen. In den Berufungsverfahren für Professoren ist ihr die Möglichkeit der Stellungnahme zum Berufungsvorschlag zu geben.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte wird vom Senat für zwei Jahre gewählt. Die Grundordnung regelt die Aufstellung der Wahlvorschläge. Wiederwahl ist zulässig. Sie berichtet dem Senat regelmäßig über ihre Tätigkeit.
- (4) Die Gleichstellungsbeauftragte wird zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben angemessen von ihren sonstigen Dienstaufgaben entlastet. Soweit sie nicht von der Verwaltung unterstützt werden kann, erhält sie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel.

Ich fand große Unterstützung von Denjenigen, die aus den Alten Bundesländern gekommen waren und dort schon Erfahrung mit den Frauenbeauftragten hatten. Sie wussten, was die Frauenbeauftragten erreichen sollten und worauf sie zu achten hatten. Gut kann ich mich an meine erste Sitzung in einer Berufungskommission erinnern, in die ich mit der Frage ging: „Was willst du hier eigentlich oder was sollst du hier?“ Erwartungsvoll guckten alle so nach dem Motto: „Sagt die jetzt was?“ Aber ich wusste gar nicht, was ich sagen sollte. Ich hatte keine Richtlinien und sollte Irgendetwas machen, wobei nicht einmal feststand, was. Durch die Fragen der Kommissionsmitglieder, etwa ob ich die Entscheidungen vom Fachlichen her mittragen könne, geriet ich ins *learning by doing* und begriff, worauf ich zu achten habe. Bestimmt habe ich über hundert Berufungsverfahren an der Universität mit begleitet, weil wir keine Gleichstellungsbeauftragten in den einzelnen Fakultäten hatten. Ich allein war die Gleichstellungsbeauftragte der Universität. Eine weitere Ebene gab es nicht. Da war nichts gesetzlich geregelt,

mithin fehlte die Legitimation, so dass es hieß, wir haben eine Gleichstellungsbeauftragte, die wird das schon machen. Nun können Sie sich vorstellen, dass es nicht einfach ist, gleichzeitig noch „normal“ angestellt zu sein und wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Ich staune manchmal selbst, wie ich das alles schaffen konnte. Zudem könnte ich mein eigenes Archiv mit allen möglichen Unterlagen von den Berufungsverfahren zusammenstellen, von denen ich mich schwer trennen kann. Denn darin stecken alle Erfahrungen, die ich in hartem Kampf und nicht immer reibungslos gewonnen habe. Meine fachliche Qualifikation als Psychologin kam mir da sicher zur Hilfe. Manche Berufungsverfahren zeigten übrigens, dass Frauen durchaus benachteiligt wurden, und wenn ich dagegen anging, musste auch ich Federn lassen.

Was habe ich in den sieben Jahren gemacht? Ich bin noch ein zweites Mal angetreten, weil es keine neue Kandidatin gab, weil sich keine zu dieser Aufgabe drängte. Zum Schluss übernahm ich sie kommissarisch, bis wir eine neue Gleichstellungsbeauftragte gefunden hatten, Frau Dr. Moldenhauer. In der Zeit als Gleichstellungsbeauftragte habe ich zwei große Projekte geleitet. Über das eine hat Frau Dr. Beese² berichtet: „Die Geschichte des Frauenstudiums in Rostock – von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.“ Dieses Projekt, ein historisches, war eine kollektive Arbeit, an der mehrere Frauen mitwirkten. Das Buch darüber haben wir 1999 auf der Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten hier in Rostock an alle Gleich- und Frauenbeauftragten der Bundesrepublik verteilt. Damals hatte ich keine Lust, irgendwohin zu reisen und hatte die Bundeskonferenz hier nach Rostock geholt. Es war die elfte Bundeskonferenz, aber ihre Organisation hat so viel Kraft und Energie gekostet, dass ich mir hinterher sagte, woanders hinfahren wäre leichter gewesen. Denn es gab für mich keine großen finanziellen Unterstützungen, und ich hatte keine weiteren Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen. Ich hatte eine einzige Kollegin als Sekretärin aber dazu möchte ich lieber nichts sagen.

Das zweite von mir geleitete Projekt galt der Untersuchung der Karriereplanung von Wissenschaftlerinnen. Dieses Projekt stellten wir 2006 noch einmal auf der Physikerinnentagung in Berlin vor. Das Thema ist nach wie vor aktuell, und ich bin jetzt gerade von der Prorektorin für Forschung aufgefordert worden, ihr die Studie noch einmal zur Verfügung zu stellen, denn darin geht es um die Karriereplanung von Professorinnen und Professoren im Vergleich. Wir hatten damals Professorinnen aus Greifswald und Rostock befragt und dazu einen Interviewleitfaden entwickelt. Die Interviews wurden transkribiert. Die Ergebnisse sind nach wie vor lesenswert, so dass man sich auch heute noch damit auseinandersetzen kann. Auch für Sie, die Sie ja noch am Anfang Ihrer Karriere stehen, mag das von Interesse sein, weil Sie dadurch vielleicht Anregungen

² Dr. Marianne Beese, siehe auch ihren Beitrag in diesem Band, S. 7-40.

bekommen, wie Sie etwas anders und besser machen können. Selbst wenn die Mittel beschränkt waren, haben wir versucht, möglichst viel zu machen. Natürlich erforderten diese zwei Projekte zusätzliche Arbeit und Kraft.

Außer für Projekte standen der Gleichstellungsbeauftragten noch andere Mittel zur Frauenförderung zur Verfügung.

Maßnahmen nach § 5 HSP (Hochschulsonderprogramm) III

1. Kontaktstipendien
2. Wiedereinstiegsstipendien
3. Habilitationsstipendien
4. Weitere Frauen fördernde Maßnahmen

So gab es Mittel für Kontaktstipendien, das waren Stipendien für Personen, die aufgrund von Erziehungsurlaub oder aus anderen Gründen ausgefallen waren und dann wieder an das Studium herangeführt werden sollten. Allerdings gab es zu meiner Zeit einen solchen Fall nicht, diese Mittel wurden von uns gar nicht genutzt. Daneben hatten wir Wiedereinstiegsstipendien. Die Erste und Einzige, welche über dieses Stipendium wieder einstieg, um nach der Unterbrechung der wissenschaftlichen Tätigkeit wieder in ein Forschungsprojekt zu kommen, war Frau Borowy.³ Des Weiteren gab es auch Habilitationsstipendien. Für Frau Thurow⁴ aus dem technischen Bereich, die damals mit 29 Jahren unsere jüngste Professorin wurde, ist durch das Stipendium Jemand eingestellt worden, damit sie ihre Tätigkeit an ihrer Habilitationsschrift beenden konnte. Bei frauenfördernden Maßnahmen gab es die beiden zuvor erwähnten Projekte. Dies war das Spektrum der Möglichkeiten, um Frauen zu fördern. Andere Finanzierungsmöglichkeiten bestanden nicht. Ansonsten hätte man den Haushalt der Universität belasten müssen, und das ist immer eine heikle Angelegenheit. Geld gab es damals nicht und gibt es heute auch nicht. Dieses zu beschaffen ist immer schwer, für frauenfördernde Maßnahmen ganz besonders.

Das waren im Rahmen meiner Tätigkeit die wesentlichen Schwerpunkte: die Projekte, die Berufungsverfahren und natürlich alle Anliegen von Frauen, die es an der Universität gab. Wenn irgendeine Frau ein Problem hatte, meldete sie sich bei mir und dann habe ich neben der offiziellen Sprechstunde auch individuelle Gesprächstermine wahrgenommen. Es gab sogar Männer, die sich bei mir wegen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz durch Frauen meldeten. Aber das waren nur

³ Vgl. Borowy, Iris: Coming to Terms with world health. The League of Nations Health Organisation, 1920-1946. Rostock, Univ., Habil.-Schr., 2008.

⁴ Prof. Dr. Kerstin Thurow: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001282

Einzelfälle und nicht die Regel. Alles, was nirgendwo hinein passte, kam zur Gleichstellungsbeauftragten.

Nach sieben Jahren habe ich die Aufgabe dann abgegeben. Ich war froh, dass ich dies tun konnte, denn ich glaube, länger wäre es nicht gegangen, weil der Frustrationspegel entsprechend groß war. Man muss sich vorstellen, dass die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten ein ständiger Kampf ist. Man hat von vornherein das Gefühl, wie eine Polizistin zu sein, obwohl ich mich nie so gesehen habe. Aber so wurde man wahrgenommen. Ich weiß nicht, ob Sie eine gute Einstellung zu Polizistinnen und Polizisten haben – wahrscheinlich nicht. So war es auch in der Wahrnehmung meiner Person, und in dieser Rolle möchte man nicht immer sein. Irgendwann habe ich mir dann gesagt: „Gut ich bin schlecht.“ Damit konnte ich mich arrangieren, aber anfangs war das doch sehr gewöhnungsbedürftig. Es war schwer, eine neue Gleichstellungsbeauftragte zu finden, aber letztendlich haben wir es geschafft.

Nun lese ich aus einem Interview vor, welches 2002 zum Abschluss meiner Tätigkeit mit mir geführt wurde (siehe Anhang).

Zeitgleich mit meinem Ausscheiden hatten wir erreicht, dass ab 2002 die Gleichstellungsbeauftragte von ihren eigentlichen Aufgaben freigestellt wurde, was vorher nicht gegeben war. Wie schon erwähnt, liefen vorher beide Tätigkeiten parallel, welche dementsprechend miteinander arrangiert werden mussten.

Frauenbeauftragte

Die Vorteile davon, eine Frauenbeauftragte zu sein:

Frauen zu fördern, welche Frauenförderungsmaßnahmen als Früchte der Frauenbewegung ernten und sich dann von ihr distanzieren.

Nicht in die Verlegenheit zu kommen, sich durch seine Arbeit beliebt zu machen.

Mit der ganzen Kraft die Karriere von anderen Frauen fördern zu dürfen und dadurch deine eigene Karriere zu blockieren.

Stellvertretend Politik machen zu dürfen.

Der Ausbeutung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und sich selbst dabei aufzuopfern.

Die Ehre zu haben, Projektionsfläche für das politische Versagen anderer zu sein.

Das Vergnügen zu haben, erwachsene Männer und Frauen erziehen zu dürfen.

Auf Kosten der eigenen Motivation immer wieder andere zu motivieren, sich für ihre Interessen einzusetzen.

Zu arbeiten, ohne die Frage nach Effektivität beantworten zu müssen.

Im Folgenden möchte ich noch etwas über meine Erfahrungen als Gleichstellungsbeauftragte berichten. Dazu benutze ich die bereits erwähnten „Regeln“ der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten.

Etwas, was ich immer wieder erlebt habe und was mich beschäftigte, war, dass man Frauen gefördert hat, welche die Früchte der Frauenbewegung in Form von Förderungsmaßnahmen nutzten und dass die Geförderten sich dann von diesen und mir distanzierten. Man kämpft für die Interessen von Frauen bis zum Umfallen. Das ist etwas, was mit der eigenen Person zusammenhängt, denn in diese Arbeit muss man sehr viel Zeit, Kraft und Energie investieren. Wenn die geförderten Frauen ihr Ziel dann erreicht haben, kann man froh sein, wenn diese einen dann überhaupt noch kennen.

Dies war typisch für meine Arbeit: nicht in Verlegenheit zu kommen, sich beliebt zu machen.

Wenn ich heute durch die Universität gehe und manche Professoren von damals sehe, dann weiß ich, wenn sie grüßen, da ist nichts im Argen, im Sinne von ich bin ihnen nicht in die Quere gekommen, wenn sie aber nicht grüßen, dann weiß ich, es gab irgendein Verfahren, bei dem es zwischen uns ein Problem gab.

Man wird sehr schnell als die Böse stigmatisiert. Wie schon erwähnt, hatte ich mich aber damit abgefunden, die Böse zu sein. Damit kann man ganz gut leben. Aber am Anfang war das natürlich schwer.

Des Weiteren hat die Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte zur Folge, dass man mit ganzer Kraft die Karriere von anderen Frauen fördern darf und die eigene dadurch blockiert wird. 2002 hatte ich in einem Berufungsverfahren den 1. Listenplatz auf eine Professur an der Fachhochschule Stralsund inne. Das Verfahren ist aufgrund von finanziellen Engpässen beendet worden. Dies war aber nur die Alibiantwort. Eigene Karriere können Sie als ehemalige Gleichstellungsbeauftragte nicht machen. Man kämpft für andere und bleibt selber doch auf der Strecke. Bis man das begreift, ist es zu spät.

Unser Personaldezernent sagte einmal zu mir, wenn ich meine Bewerbungsunterlagen irgendwo abgebe und jemand liest, dass ich vier Jahre Gleichstellungsbeauftragte war, dann hätte ich keine Chancen. Nun stellen Sie sich vor, ich habe die Tätigkeit sogar sieben Jahre ausgeübt.

Weitere wesentliche Punkte meiner Arbeit waren (siehe „Regeln“) stellvertretend Politik machen zu dürfen – das möchte ich nicht weiter kommentieren –, der Ausbeutung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegen zu wirken und sich selbst dabei aufzuopfern, Projektionsfläche für das politische Versagen anderer zu sein, das Vergnügen zu haben, erwachsene Männer und Frauen erziehen zu dürfen, auf Kosten der eigenen Motivation immer wieder andere zu motivieren und sich für ihre Interessen einzusetzen und zu arbeiten, ohne die Frage nach Effektivität beantworten zu müssen.

Wenn man sich überlegt, wie lange ein Berufungsverfahren dauert, also vom Beginn der Arbeit der Berufungskommission, über die Sichtung der Unterlagen und letztendlich bis zum Abschluss, bis zur Entscheidungsfindung, und dann diese Dauer mit über 100 Berufungsverfahren multipliziert, weiß man, wie viel Zeit investiert wurde. Wenn man dann schaut, wie viele Frauen wirklich berufen wurden, hätte man sich vorher fragen müssen: „Was mache ich hier eigentlich?“ Nach Effektivität darf man nicht fragen. Ich habe das für die Interessen der Frauen getan und gehofft, dass diese dann wenigstens den Gedanken der Gleichstellung weiter tragen würden, aber auch das geschah in der Regel nicht. Das größte und schlimmste Problem in den Berufungskommissionen waren nicht die Männer. Die haben sich nicht getraut zu sagen: „Die Frau schmeißen wir nun raus.“ Das haben sie sich schon alleine wegen meiner physischen Präsenz nicht zu sagen getraut. Schlimm waren die Frauen in den Kommissionen, die sich meldeten und etwa Folgendes äußerten: „Ich als Frau muss jetzt mal was zur Frau sagen.“ Ihnen fehlte die Sensibilität für die Problematik. Das ist bis zum Schluss nicht erreicht worden, die Sensibilisierung für das Gleichstellungsproblem.

Ein weiterer Punkt war, dass in den Berufungskommissionen mindestens eine Frau sein musste. Häufig war sogar nur die studentische Vertretung die nötige weibliche Person. Wenn man dann noch in Berufungsverfahren der Medizin geht, in der das Statusgefälle sowieso riesig ist, wo die Studenten meistens mit N. N. aufgezählt sind, wo zum Schluss irgendeiner genommen wird, der noch schnell in die Kommission kommt, damit das Verfahren problemlos durch den Senat geht, dann kann man sich vorstellen, wie sich diese Frau dann für die Interessen der Frauen engagierte. Diese Dinge waren zu meiner Zeit sehr akut, mit der gegenwärtigen Situation habe ich mich nicht weiter auseinandergesetzt, schließlich soll ich hier ja aus der Zeit berichten als ich Gleichstellungsbeauftragte gewesen bin und damals bin ich die Einzige gewesen, die sich darum gekümmert hat, dass die Frauen in den Verfahren irgendwie mit im Rennen blieben. Das geschah natürlich auf rein fachlicher Basis. Aber auch da kann man viel kaschieren und Sachen umdeuten, das kennen Sie. So kann man andere Argumente vorschieben und vorgeben, dass es um die Fachlichkeit gehe, aber in Wirklichkeit möchte man die betreffende Person einfach nicht. Sie wissen wie das mit Sympathie und Antipathie ist. Das zeigte sich teilweise schon bei den Bewerbungsunterlagen. Diese wurden aufgeklappt, man sah das Foto der Person und klappte die Unterlagen schnell wieder zu, weil man sich „gruselte“. Ich habe viel von diesen Einstellungen in den Kommissionen mitbekommen. Manchmal wünschte ich mir, in meinem Kopf befände sich eine Kamera, welche das alles filmt, weil ich förmlich das Verhalten beobachten konnte. Wenn eine Frau hinein kam, die der Kommission passte, konnte man sehen, wie alle strahlten und zufrieden waren. Wenn aber eine Frau kam, die nicht passte, sah man, wie alle zugeknöpft waren und grimmig dreinschauten. Dementsprechend waren dann auch die Fragen an die Kandidatin.

Das glaubt man nicht, aber ist so. Auch die Gesprächsführung ist dann eine andere, das wurde mittlerweile auch wissenschaftlich nachgewiesen. Der erste Eindruck war sehr entscheidend. Viele subjektive Momente haben in den Berufungsverfahren eine Rolle gespielt. Diese Fakten können sie als Gleichstellungsbeauftragte zwar diskutieren, sind aber sehr schwer nachweisbar. Das war wie gesagt zur „Regel“ Effektivität. Sie kämpfen, sie kämpfen, sie kämpfen, das Ergebnis ist aber gering. An dieser Stelle ende ich nun, damit Sie Gelegenheit haben zu fragen.

Diskussion

Kersten Krüger:

Vielen Dank, ich denke, wir bleiben nicht in völliger Frustration stehen und werden in der Diskussion noch andere Akzente setzen als diesen kritischen. Aber es ist häufig so, dass wir nach Effektivität im Sinne eines messbaren Ergebnisses in der Wissenschaft nicht fragen können. Aber das will ich jetzt nicht vertiefen, sondern möchte die Rednerliste eröffnen und bitte um Wortmeldungen.

Steffen Bild:

Bereuen sie im Nachhinein ihre Position als Gleichstellungsbeauftragte oder würden sie die Tätigkeit mit ihrem heutigen Wissenstand noch einmal machen?

Rosina Neumann:

Ich bereue die Tätigkeit im Nachhinein überhaupt nicht. Sonst hätte ich ja eine kognitive Dissonanz und müsste sagen: sieben Jahre verloren. Ich bereue sie nicht. Die gleiche Frage wird mir häufig auch zu meinem Auslandsstudium gestellt. Ich beantworte diese immer so: Wenn ich nicht in Moskau studiert hätte, hätte ich die Wende nicht überlebt. Das Auslandsstudium hat wahnsinnig gestählt. Das Gleiche gilt für die Gleichstellungsarbeit. Ich habe so viel kämpfen müssen und geriet in so viele Situationen, aus denen ich hinterher raus ging und zu mir sagte: „Was machst du hier eigentlich, wie kommst du mit der Situation klar?“ Man wächst mit der Aufgabe. Es frustriert, ist aber auch etwas Wichtiges für die Persönlichkeitsentwicklung, ist etwas sehr Entscheidendes, weil man viele Sachen aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, von denen man vorher nur oberflächliches Wissen hatte und eigentlich erst durch die Tätigkeit weiß, wie die ganzen Mechanismen funktionieren. Deshalb bereue ich die Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte nicht, auch wenn ich jetzt als Psychologin sage, das darf ich auch gar nicht. Das ist das Gleiche, als wenn Sie sich einen Kühlschranks kaufen und sich hinterher sagen, Sie hätten den falschen gekauft und jammern. Das würden Sie ja auch nicht machen und viel eher den Kühlschrank loben. Vielleicht hätte es gereicht, nach der zweiten Amtszeit – nach 6 Jahren – aus der Aufgabe auszuschneiden. Aber es gab noch

keine Nachfolgerin, weswegen es sich noch ein Jahr hinauszögerte. Aber insgesamt war es eine lohnenswerte Erfahrung.

Kolja Triglaff:

Können Sie ihre Möglichkeiten beschreiben, die Sie bei Ungerechtigkeiten in Berufungskommissionen hatten?

Rosina Neumann:

In solchen Situationen habe ich nach dem Warum gefragt. Ich bin ja keine Fachspezialistin für alle Gebiete gewesen. Sie müssen sich vorstellen, ich war in der Juristischen Fakultät, in der Medizinischen und anderen tätig. Dort hatte ich keine speziellen Fachkenntnisse. Deswegen war es mir wichtig, die Frau zu fragen, die mit in der Kommission saß, wie sie den Fall sieht, und diesen mit ihr zu diskutieren. Wenn ich das Gefühl hatte, etwas sei nicht in Ordnung, habe ich natürlich nachgehakt, habe nachgefragt und wenn dann das Protokoll kam, habe ich interveniert, so dass man meine Bedenken zur Kenntnis nehmen musste. Das ging so weit, dass ich bei einem Verfahren, welches mir die größten Bauchschmerzen bescherte, das Ganze in eine Extrasitzung brachte. Wenn nötig, kämpfte ich bis hin zum Ministerium, wenn eine Situation gegeben war, die nicht gerecht war. Wenn Diejenigen, die damals in der Berufungskommission saßen, ganz ehrlich wären, würden sie das auch bestätigen. Wenn es also eine Situation gab, habe ich interveniert und die Kommissionsmitglieder gebeten, mir den Fall zu erklären, wenn ich nicht nachvollziehen konnte, inwieweit es dort wirklich Unterschiede in der Qualifikation gab. Das habe ich mir dann belegen lassen. Es gab ja auch Verfahren, in denen ich vergessen wurde. Aus meinen bisherigen Ausführungen könnte man ja schließen, die Gleichstellungsbeauftragte sei immer involviert gewesen. Dem war aber nicht so. Es gab genug Berufungskommissionen – heute sicherlich auch noch –, in denen die Professoren sich nicht gerade freuten, diese zu leiten. Außerdem mussten sie dann auch die Berufsordnung lesen und richtig umsetzen. Weil die Professoren aber viele andere Sachen zu tun hatten, vergaßen sie das. Dann beriefen sie schnell eine Sitzung ein und stellten irgendwann fest, dass sie die Gleichstellungsbeauftragte vergessen hatten. In diesen Fällen kamen sie hinterher zu mir Abbitte leisten und erklärten mir, das Verfahren sei ordentlich gelaufen. Ich habe natürlich nachgehakt und mir die Fälle mit dem Wieso und Weshalb erklären lassen. Ich habe versucht, dort, wo es Bewerberinnen gab, wirklich präsent zu sein. Nicht in allen Kommissionen gab es Bewerberinnen, manchmal gab es auch nur Bewerber.

Edmund Fanning:

Hat Ihnen ihre Ausbildung als Psychologin bei ihrer Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte geholfen? Wenn ja, inwiefern?

Rosina Neumann:

Meine Ausbildung hat mir auf jeden Fall geholfen. Ich glaube, sonst hätte ich das nicht überlebt. Sie müssen sich vorstellen, Sie sitzen in einer Kommission und werden von allen „geprügelt“. Wer sind Sie überhaupt? Sie sind eine Frau, die lediglich promoviert und keine Fachspezialistin ist. Ihnen gegenüber sitzen Professoren. Man muss sich selbst Techniken aneignen, die einem den Umgang mit unangebrachtem Verhalten seitens der Mitglieder der jeweiligen Berufungskommission leichter machen. Manche Formulierungen der Professoren waren wirklich grenzwertig, gerade wenn es, zum Beispiel, das Styling einer Bewerberin betraf. In solchen Fällen musste ich mir sehr auf die Zunge beißen.

Harold Fanning:

Wird die Gleichstellungsbeauftragte auch hinzugezogen, wenn es um die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern geht?

Rosina Neumann:

Zu meiner Zeit war es so, dass man zumindest informiert werden musste. Die jeweilige Situation wurde dann kurz geschildert und man bat mich darum, mir ein Bild von den Bewerbern zu machen. Allerdings hing es ganz davon ab, um welche Stelle es sich handelte. Auf jeden Fall aber wurde ich informiert; ob ich dann wirklich nachgeprüft habe, das ist eine andere Frage. Oftmals war es zeitlich nicht machbar, wenn Sie überlegen, wie viele Personen an der Universität eingestellt werden. In den Fällen, bei denen es sich nicht nur um eine befristete Stelle handelte, wurde nachgesehen. Mitunter habe ich selbst auch an solchen Auswahlgesprächen teilgenommen oder Kollegen haben mich gebeten, daran teilzunehmen, weil sie meinten, dass ich die entsprechende Erfahrung in solchen Dingen habe. Zudem wollten sie sicher gehen, dass die qualifizierteste Person eingestellt wird.

Heiko Marski:

Haben Sie eine Erklärung, woher die beinahe schon grundsätzliche Frauenfeindlichkeit in der Medizin stammt?

Rosina Neumann:

Diese Frage hat mich schon oft beschäftigt, nur ist mir die historische Entwicklung diesbezüglich nicht bekannt. Es hat sehr lange gedauert, bis Frauen in der Medizin überhaupt Fuß gefasst haben. Sie gehören hier jedoch zum mittleren Personal. Das ist eine Sache des Status, der in der Medizin eben eine große Rolle spielt. So sind es doch überwiegend die Frauen, die gewisse Arbeiten für den Professor vorbereiten, und der Professor – der Mann – macht dann das Eigentliche. Woher diese Rollenverteilung kommt, kann ich nicht definitiv sagen. Das diese Einstellung aber vorhanden und ganz schwer aufzuweichen ist, das habe ich

immer wieder in den einzelnen Berufungsverfahren der Medizinischen Fakultät erlebt und trotzdem haben wir es geschafft, Frauen dort zu berufen. Ich erinnere mich noch an das Verfahren, in dem Frau Prof. Dr. Nöldge-Schomburg⁵ berufen wurde. Hier gab es eine Pattsituation, da wir bei der Abstimmung nicht die Mehrheit der Professoren hatten.

Aber ja, diese frauenfeindliche Einstellung ist vorhanden. Ich denke, das hat sehr viel mit der Geschichte zu tun. Zuerst waren eben die Männer da und haben das Terrain behauptet und nicht abgegeben, ähnlich dem Revierverhalten. Wenn nun eine Frau kommt, die dieses Terrain übernimmt, dann bedeutet das für die Männer Abgabe von Macht.

Sandy Hillmann:

Warum gibt es an bestimmten Instituten der Universität Rostock nur sehr wenige bis gar keine weiblichen Professoren?

Rosina Neumann:

Erst einmal ist es für eine Frau in einer führenden Position sehr schwer, in bestimmten Bereichen Fuß zu fassen. Das hängt vor allem mit der Fähigkeit zusammen, Netzwerke aufzubauen. Frauen haben sich damit zunächst sehr schwer getan. Was die Schaffung von Netzwerken betrifft, haben die Männer einen entscheidenden Vorlauf. Zudem funktionieren ihre Netzwerke sehr gut. Die Frauen hingegen haben noch ein anderes Problem. Selbst dann, wenn eine Frau in einer Einrichtung beschäftigt ist, sorgt sie nicht für weitere weibliche Unterstützung, sondern versucht vielmehr alles, um die Einstellung einer zweiten Frau zu verhindern. In der Wissenschaft wird dieses Phänomen als das so genannte „Bienenköniginnen-Syndrom“ bezeichnet: „Ich bin die Königin und andere Frauen haben außen vor zu bleiben.“ Dies ist ein entscheidender Aspekt, denn im Grunde genommen tragen die Frauen selbst einen Teil der Schuld – wenn man das als Schuld bezeichnen kann. Sie selbst verhindern bestimmte Sachen.

Ich hatte Ihnen von einer Berufungskommission erzählt, in der die Frau zu einer Bewerberin sagte, dass sie nicht qualifiziert genug sei. Hier spielen sensible Faktoren eine Rolle.

Daneben müssen auch Prozesse, wie beispielsweise die Sozialisation, berücksichtigt werden. Von Geburt an werden bestimmte Dinge in den Köpfen verankert, sprich das, was wir als Stereotype bezeichnen. So dürfen gewisse Sachen eigentlich nicht von einer Frau gemacht werden. Es werden aber auch unterschiedliche Klischees bedient, zum Beispiel, wenn eine Lehrerin im Physikunterricht eher die Jungen als die Mädchen bevorzugt, weil sie der Meinung ist, dass Mädchen

⁵ Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg: Catalogus Professorum Rostochiensium: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001579

sowieso nicht viel mit dem Fach anfangen können. Ich sage also etwas und provoziere damit bei meinem Gegenüber ein entsprechendes Verhalten, das heißt das Bild, welches ich im Kopf habe, ruft ein vergleichbares Bild hervor, sprich, ich suche eine entsprechende Bestätigung. In der Psychologie nennt man das eine sich selbsterfüllende Prophezeiung. Ich werde so, wie ich gesehen werde. Wenn ich also sage, dass Frauen kein Verständnis für Mathematik und Physik haben beziehungsweise auf naturwissenschaftlichem Gebiet gänzlich unbegabt sind, dann ist dem auch so, weil man sich dementsprechend verhält. In der Psychologie gibt es diesbezüglich zahlreiche Studien, die eine solche Art des Verhaltens belegen. Entscheidend ist nun die Vermittlung, dass unser Bild über Andere ein entsprechendes Verhalten provoziert. An manchen Fakultäten ist man sich dieser Zusammenhänge bewusst, an anderen wiederum nicht.

Bei einem meiner Verfahren wurde die Situation sogar so grotesk, dass ich eingreifen musste. Hier wurde in der ersten Sitzung darüber diskutiert, ob man die Bewerberin überhaupt einladen solle oder nicht. Im Zuge dieser Besprechung kam es zu unangebrachten Äußerungen, woraufhin ich mich bei dieser Frau meldete. Ich stellte mich als die Gleichstellungsbeauftragte vor. Ohne ihr genaue Details zu erzählen, teilte ich ihr mit, dass es bei dem bevorstehenden Berufungsverfahren Probleme geben werde. Ich fragte sie, ob wir ihren Vortrag einmal zusammen durchgehen könnten, aber sie sah mich ungläubig an, und ich merkte, dass sie das Gesagte nicht wahrnahm, denn sie war sich sicher, alle fachlichen Kriterien zu erfüllen. Es fehlte das Bewusstsein, dass neben den fachlichen Qualifikationen auch andere Faktoren, wie etwa Sympathie und Antipathie eine Rolle bei dem Auswahlverfahren spielen. Ich habe schon manchmal gestaunt, dass es noch Menschen gibt, die glauben, dass das, was auf dem Papier geschrieben steht, in diesem Fall die fachlichen Fähigkeiten, dann auch entsprechend umgesetzt wird. Im Endeffekt ist diese Frau nicht gelistet worden, obwohl sie es hätte müssen. Das war mein schlimmstes Verfahren an der Universität Rostock.

Arne Busch:

Welche hochschuldidaktischen Fähigkeiten spielen bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber eine Rolle?

Rosina Neumann:

Laut der neuen Berufsordnung sollen die Bewerberinnen und Bewerber fachdidaktische Fähigkeiten vorweisen können. In der alten Berufsordnung war diese Forderung nicht so explizit formuliert. Damals wie heute wird im Rahmen des Auswahlverfahrens immer ein Probevortrag gehalten. Die Studierenden haben die Möglichkeit, dabei anwesend zu sein und ihre Meinungen zu äußern. Diese Option wurde allerdings unterschiedlich gehandhabt. Wenn jemand einen Bewerber oder eine Bewerberin nicht wollte, die didaktischen Fähigkeiten aber gut

waren, dann versuchte man, diejenigen von der fachlichen Seite auszuhebeln und umgekehrt. Das war sehr unterschiedlich und hing auch von den Studierenden ab, wie sie selbst im Vorfeld beeinflusst wurden. Angenommen Sie gehen in ein Berufungsverfahren, in dessen Kommission ein Professor sitzt, mit dem Sie in Vorlesungen oder Seminaren zu tun haben und dieser gibt ihnen bestimmte Vorinformationen über den nächsten Bewerber. Wie reagieren Sie? Die Angaben werden von Ihnen zunächst nicht in Frage gestellt und mit diesem Wissen gehen Sie anschließend in das Berufungsverfahren und Sie werden dort Entsprechendes wahrnehmen. Auch hierzu gibt es wissenschaftliche Untersuchungen. Sie bekommen eine Vorinformation, die ihre Wahrnehmung beeinflusst und daraufhin bilden sich entsprechende Einwände oder nicht.

Die Studierenden müssen sich mehr einbringen und sich bewusst machen, dass es auch zu einem Großteil von ihnen abhängt, welcher Bewerber oder welche Bewerberin die ausgeschriebene Stelle bekommt. Die Möglichkeit zur Mitbestimmung wird nicht ausreichend genutzt. Ich erinnere mich noch, dass es oft ein Kampf war, überhaupt Jemanden für diese Kommissionen zu finden – das macht Arbeit. Die nächste Hürde besteht darin, genügend Leute für die Probevorträge zusammenzutrommeln, die sich für den zukünftigen Professor, die zukünftige Professorin stark machen. Die Zahl der Studenten im Auditorium war nicht selten sehr überschaubar, und der Rest jammert im Nachhinein herum. Der Punkt ist, selbst Prioritäten zu setzen. Will man Stress haben oder nicht? Wenn Sie keinen Stress haben wollen, dann kämpfen Sie bitte selbst. Nutzen Sie ihre zahlreichen Möglichkeiten. In jeder Berufungskommission sitzt Ihr Vertreter, den Sie entsprechend beeinflussen können. In einigen Verfahren hat man deshalb Evaluationsbögen angefertigt, die von den Studierenden ausgefüllt wurden. Die Ergebnisse hat man anschließend zusammengetragen und der Vertreter präsentierte die studentische Meinung, die natürlich auch zur Kenntnis genommen wurde. Es ist somit nicht der eine subjektiv vorgeprägte Vertreter, vielmehr steht eine Masse dahinter, die eine gewisse Macht hat. Sie haben alle Möglichkeiten.

Julia Harder:

Gab es Frauen, die nicht zum Berufungsverfahren erschienen, nachdem sie im Vorfeld erfahren hatten, dass es Probleme geben könnte?

Rosina Neumann:

Nein. Die Bewerberinnen werden im Vorfeld nicht über eventuelle Probleme informiert. Es darf nichts publik gemacht werden, alles läuft intern ab.

Sie kennen mit Sicherheit den Ausspruch: „Der Erfolg hat viele Väter“. Das war immer dann der Fall, wenn die Mitglieder der Berufungskommission sich auf die Schulter geklopft haben und stolz waren, dass sie die eine oder die andere Frau berufen haben. In solchen Momenten habe ich gestaunt, weil die zuvor geführten

Diskussionen mit einem Mal vergessen waren. Die Frau übrigens, die in dem von mir zuvor geschilderten Fall nicht gelistet wurde, ist aus Rostock weggegangen und bekam eine Professur an einer anderen Universität

Anne Lüder:

Wie sah das vorbereitende Jahr für ihr Auslandsstudium aus? Fühlten sie sich anschließend entsprechend gut vorbereitet?

Rosina Neumann:

Im Grunde nein. Ich lehre an der Universität unter anderem das Fach Interkulturelle Kommunikation, und wenn ich dieses Seminar mit den Studierenden durchführe, muss ich immer an mein vorbereitendes Jahr denken. Wir sind in dieser Zeit vor allem fachlich auf das Auslandsstudium vorbereitet worden und zwar insofern, als dass wir im Vergleich zu den übrigen Klassen mehr Russischstunden hatten. Insgesamt kamen wir auf zehn Stunden Russisch, wobei die Fächer Mathematik und Biologie ebenfalls auf Russisch unterrichtet wurden, auch fachspezifische Sachen. Das Hauptproblem lag aber darin, dass man uns nicht auf das jeweilige Land vorbereitete. Wenn ich heute das besagte Seminar durchführe und wir uns mit der Anpassungskurve und dem Thema Kulturschock beschäftigen, dann denke ich an meine Vorbereitungszeit zurück und daran, dass wir das damals alles hätten wissen müssen. Aber darüber sind wir nicht informiert worden. Heute glaube ich, dass wir nicht nur einen Kulturschock, sondern mehrere gehabt haben. Ich kann mich noch ganz deutlich daran erinnern, dass ich bereits nach dem ersten Monat in Moskau wieder zurück wollte. Es hat mir gereicht. Sie müssen sich vorstellen, Sie bilden sich ein, zumindest sprachlich einigermaßen fit zu sein. Dann kommen Sie in einem fremden Land an und verstehen kein Wort. Das Russisch, welches man in der Schule gelernt hat, hatte nichts mit der realen russischen Sprache gemein. Ich studierte dort kein Fach, das man in Formeln fassen konnte – ich studierte Psychologie. Da sitzt man in einer Vorlesung und versteht eineinhalb Stunden lang kein Wort. Dann wollen sie ein Buch lesen und brauchen für einen Satz mehrere Stunden. Sie fangen an, jedes Wort mit Hilfe des Wörterbuches nachzuschlagen und am Ende verstehen sie den Satz trotzdem nicht. Das war eine sehr schlimme Zeit. Aber es stählt, das ist die Kehrseite. Haben Sie eine solche Situation überstanden, dann bringt Sie so schnell nichts aus der Ruhe.

Isabel Zeidler:

Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie gesagt, dass Sie zehn Jahre in Russland studiert haben.

Rosina Neumann:

Ja.

Isabel Zeidler:

Dann haben Sie dort bestimmt einen guten Eindruck darüber bekommen, wie das Verhältnis zwischen Männern und Frauen an der Universität ist. Es würde mich interessieren, ob es dort sehr anders gewesen ist, ob dort Frauen schon früher gefördert wurden oder eben gerade nicht. Könnten Sie dazu vielleicht noch etwas sagen?

Rosina Neumann:

Unter diesem Blickwinkel habe ich damals gar nicht geschaut. Das war auch nicht Ursache für die Motivation, warum ich Gleichstellungsbeauftragte wurde. Ich hatte dort damals eine Chefin, also der Lehrstuhl der Sozialpsychologie wurde von einer Professorin – wie eine Generalin – geleitet. Ich glaube, das Verhältnis der Mitarbeiter war ausgewogen. An anderen Lehrstühlen waren es Professoren, aber insgesamt war es eigentlich nicht so, dass man sagen konnte, es seien nur Männer gewesen. Ich muss aber dazu sagen, dass in der Sowjetunion natürlich das Gehalt eine große Rolle spielte. Die Gehälter waren sehr gering. Und die Stellen an der Universität – auch wenn sie lukrativ (im Sinne man ist Professor oder Professorin) waren – haben sehr wenig eingebracht. Das hat sich dann auch mit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion gezeigt, als dann ganz viele Männer die Universität verließen und ins Ausland gingen, weil man sich von dem Gehalt nicht ernähren konnte. Es war nicht unüblich, mehrere Jobs zu haben, um überhaupt über die Runden zu kommen. Deshalb war es dort nicht so ausgeprägt, dass man sagen könnte, Männer hätten überwogen. Wenn sie mich nach Ministern fragen würden, dann ist das schon eine andere Ebene. Aber auf der Ebene der Professorinnen und Professoren könnte ich es nicht sagen. Auch, wenn ich den Wissenschaftlichen Rat nochmal Revue passieren lasse, war es eigentlich ein ausgewogenes Verhältnis.

Kolja Trieglaff:

Was hat Sie dazu bewogen, in Russland zu studieren? Sie hätten ja sicherlich auch in Deutschland studieren können und mussten Sie irgendwelche Voraussetzungen dafür erfüllen oder gab es Schwierigkeiten?

Rosina Neumann:

Was hat mich dazu bewogen, in Russland zu studieren? Ich hatte ab der fünften Klasse eine Brieffreundin in Moskau, also ich habe schon viel für die russische Sprache getan. Ich war auch auf Russisch-Olympiaden und so weiter, deshalb war es für mich eigentlich klar, falls ich irgendwo im Ausland studiere, dann in Moskau beziehungsweise in der Sowjetunion. Moskau stand nicht von Anfang an fest. Das war die eine Seite, die andere Seite war: Ich hatte einen Bruder und dieser hatte in Moskau studiert. Er ist ein Jahr älter und war zwei Schuljahre weiter, ist

aber einen anderen Weg, damals über die Herderschule (Schule mit erweitertem Russischunterricht), gegangen. Er hatte ab der dritten Klasse Russischunterricht und ist vom Direktor darauf hingewiesen worden, dass er doch ein solches Auslandsstudium machen könnte. Und dann ist er nach Moskau gegangen. Da habe ich gedacht: „Was der kann, das kann ich auch!“ Daher kam meine Motivation. Meine Eltern waren total dagegen und ich denke heute, da spielte die Geschlechtsspezifität schon eine Rolle. Aber ich habe es damals nicht als solche wahrgenommen: „Aha, weil er ein Junge ist!“ Nein, das war mehr auf der Ebene: „Mein Bruder darf, du darfst nicht, also zeigst du jetzt, dass du das auch kannst.“ Mein Vater musste damals unterschreiben, dass ich überhaupt fahren durfte. Das hat er immer sehr bereut, er wollte das eigentlich nicht. Natürlich hätte ich in Deutschland studieren können, wenn mein Bruder einen anderen Weg gewählt hätte, wäre ich wahrscheinlich auch nicht in die Sowjetunion gegangen, denke ich.

Heiko Marski:

Sie haben immer daran mitgearbeitet oder für eine Durchsetzung gekämpft, dass man eben nicht diesen personenbezogenen beziehungsweise geschlechterspezifischen Zugang bei Prüfungen von Bewerbungen hatte, sondern dass man diese Spezifität möglichst nicht beachtete, um wirklich fachlich entscheiden zu können.

Rosina Neumann:

Es ist schwer, das zu machen. Ich habe darüber viel nachgedacht, und wir haben darüber auch viel diskutiert. Wie wollen Sie das machen? Total anonyme Bewerbungsunterlagen einreichen, dass sie nicht wissen, ob das ein Mann oder eine Frau ist?

Heiko Marski:

Also in Amerika gibt es das zum Teil: keine Bilder, keine Namen und gar nichts, alles anonymisiert, damit nur rein fachliche Sachen gesehen werden können.

Rosina Neumann:

Gut. Dann würden Sie aber trotzdem nachschauen können, wenn Sie bestimmte Quellen oder Literaturangaben haben, wer dahinter steckt. Sie glauben gar nicht wie pfiffig die Leute sind. Selbst wenn Sie diese Informationen nicht haben, dann rufen Sie Meier, Müller, Schulze an und sagen: „Hier hör mal zu, eine Sowieso hat sich da beworben.“ Ich war in manchen Kommissionen sehr irritiert. Ich hatte die Schriftstücke, welche ich, wie alle anderen, auch gelesen hatte und somit wusste, mit wem wir es zu tun haben. Doch dann kamen da plötzlich Informationen, bei denen ich dachte: „Wo bist du denn, wo stehen die denn im Text?“ Das war mein erstes Verfahren in der Juristischen Fakultät, in dem ich plötzlich dachte: „Das kann doch nicht wahr sein!“ Mein Bild von Juristen: Gesetze und Para-

graphen stehen bei denen an erster Stelle; und plötzlich fingen sie an: „Wir haben das über Die gehört und sowieso...“ Da habe ich mich dann zu Wort gemeldet: „Das geht wohl irgendwie nicht, Sie können ja nicht irgendwelche Geschichten mitverwenden, die nicht offiziell für alle da sind.“ Aber die hatten sich da schon anderweitig informiert. Genau dasselbe haben wir ja bei jeder anderen Bewerbung in einem Unternehmen auch, die können sich auch immer irgendwoher Informationen holen. Da müssten Sie sich schon eine total neue Identität schaffen und auch Ihre ganzen Publikationen unter einem anderen Namen veröffentlichen, damit man nicht weiß, ob Sie männlich oder weiblich sind. Ich weiß nicht, ob das geht.

René Ide:

Sie arbeiten auch noch als Vorsitzende in einer Stiftung. Ich würde gerne etwas über die Aufgaben oder die Arbeit der Stiftung erfahren und was Sie dort machen.

Rosina Neumann:

Ja, das ist ein Sonderthema. Es gab den Ehrensenator Friedrich Harms.⁶ Dieses Jahr sind es zwei Jahre, seitdem er verstorben ist. Ein gebürtiger Grevesmühlener, der dann nach dem Krieg nach Herford gegangen ist. Als die Wende anfang, hat er sich sehr engagiert, ganz besonders für sein Heimatland Mecklenburg. Er sagte zu uns: „Ich musste etwas tun.“ Es begann mit der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät, welche nach der Wende abgewickelt werden sollte. Für diese Fakultät wollte er sich einsetzen und gründete 1992 eine Stiftung. Er stellte eine Summe von 750.000 DM zur Verfügung, die an ein bestimmtes Ziel gebunden wurde. Das war der Beginn. Dann gab es jedoch Ärger, weil die Fakultät sich nicht an die Satzung hielt, sondern Sachen kaufte, die nicht vorgegeben waren – Stühle und sonstige Sachen. Woraufhin Herr Harms sagte: „So nicht, wir nehmen die Stiftung da weg und machen sie zu einer universitätsweiten Stiftung.“ Sie erhielt dann eine neue Satzung, welche nach wie vor gültig ist. Er bestimmte: „Wir wollen Studierende fördern, die sozial schwach und leistungsstark sind.“ Das sind die zwei Kriterien, die erfüllt sein sollen und die für die gesamte Universität gelten.

Und wie bin ich eigentlich zu dieser Stiftung gekommen? Das hing mit der Gleichstellungsarbeit zusammen. Damals hatte ich Herrn Harms gebeten, eine Frau zu fördern, bei der ich keine Möglichkeiten mehr hatte. Ich hatte alles ausgeschöpft, was mir zur Verfügung stand. Daher schickte ich ihm diesen Antrag, der zwar außerhalb des Stiftungszwecks lag, aber Herr Harms rief mich an und förderte diese Frau. Zu diesem Zeitpunkt war gerade die neue Satzung im Gespräch mit

⁶ Friedrich Harms, 1916-2007, Ehrensenator und Mäzen der Universität Rostock. Siehe auch: <http://idw-online.de/pages/de/news220280> (10.01.2010).

Zuständigkeit der Stiftung für die ganze Universität. Er faxte mir den vorgesehenen Stiftungsvorstand und sagte: „Hier Frau Neumann, die sollen da drinnen sein.“ Da habe ich natürlich gleich gemeckert und geantwortet: „Wieder eine total männlich besetzte Kommission!“ Daraufhin gestand er zu: „Ja ich denk ‘mal drüber nach. Aber, wie wäre es denn, wenn Sie mit hinein gehen würden?“ Da habe ich gesagt: „Nein, nein, das geht gar nicht. Ich bin ja nicht mal Professorin.“ Er möge Jemanden anderes finden. „Nein, ich will, dass Sie da mit hinein gehen“, war seine Antwort.

Das war sozusagen der Beginn, also über die Gleichstellung habe ich Herrn Harms kennen gelernt, weil ich ihn eben in einem konkreten Fall angefragt hatte. So bin ich dann in den Vorstand gekommen. Nachdem es dann Ärger mit dem Vorsitzenden der Stiftung gab, wollte er, dass ich den Vorsitz übernehme, das musste ich ihm versprechen. So haben wir es dann sieben Jahren miteinander ausgehalten. Viele meinten, er sei schwierig gewesen, aber ich sagte mir: „Dann bin ich auch schwierig. Da haben sich zwei Schwierige gefunden.“ Wir haben sehr gut zusammen gearbeitet. Ja und die Stiftung, wie gesagt, existiert nach wie vor. Wir fördern jedes Semester so ungefähr sechs bis sieben Studierende. Antragsfristen sind immer Ende Februar und Ende August. Die Informationen dazu stehen aber auch im Netz unter Förderung.

Kersten Krüger:

Jetzt möchte ich mich mit zwei Themen zurückmelden, das eine ist der Bereich Medizin, das andere ist die Frage der Berufungskommissionen.

Zum Bereich Medizin: Der Unterschied zwischen Mann und Frau, ob nun Klischee oder Eigenschaft, das müssen wir nicht diskutieren, aber die in der bürgerlichen Frauenbewegung oder auch in der bürgerlichen Aufklärung vertretende Meinung, dass eine Berufstätigkeit der Frau vor allem in ihren spezifischen Eigenschaften, nämlich Medizin, Krankenfürsorge und Ausbildung liege, widerspricht eigentlich dieser Dominanz von Männern in der Medizin.

Ich weiß, dass es stimmt. Meine Schwester hat als Neurochirurgin solche Erfahrungen gemacht. Kann man das erklären, außer dass es sich um einen so genannten „closed shop“ handelt, also dass hier eine Komplizenschaft von Männern herrscht, die über ihre Netzwerke die Frauen behindert – obwohl es sich nach bürgerlicher Auffassung genau um den spezifischen Tätigkeitsbereich weiblicher Eigenschaften handelt?

Rosina Neumann:

Das ist eigentlich das, was ich erst in einem anderen Zusammenhang gesagt habe. Wenn Sie in der Berufungskommission eine Frau haben, die den Kaffee eingießen oder die das Protokoll schreiben kann, dann ist das sehr schön. Dann greifen wir auf diese weiblichen Eigenschaften zurück, weil man meint, dass Frauen das eben

besser können: die sind nun einmal fürsorglich und machen das schon. Wenn sie das aber im beruflichen Kontext sehen, wie am Beispiel der Medizinerin, dann heißt es: „Wieso acht Stunden stehen? Bei Operationen? Das können Sie doch nicht als Frau! Das halten Sie doch nicht durch, da sind sie doch zu schwach, das geht nicht. Nein!“ – man argumentiert so, wie man es will und gerade braucht. Das ist die Art der Argumentation. Wo man keine Frauen will, da würde ich schon sagen, das ist ein „closed shop“. Man will es nicht, denn da könnten Schwierigkeiten entstehen, das ist sozusagen eine Abgabe von Macht.

Dagegen habe ich immer gesagt: „Frauen, Ihr seid selber Schuld! Dann gießt bitte auch nicht mehr den Kaffee ein. Ihr seid schließlich auch nicht mit der Kaffeekanne zur Welt gekommen.“ Wo steht geschrieben, dass die Frau das besser macht oder machen soll?

Das sind vielleicht Banalitäten, aber wieso ist es dann so, dass wenn eine Kommission zusammensitzt und da stehen Tassen und eine Kanne auf dem Tisch, warum steht die Frau auf und gießt den Kaffee ein? Oder warum schreit die Frau: „Ich schreibe das Protokoll.“ Warum? In dem Moment, in dem die Frau das Protokoll schreibt, kann sie nicht mit diskutieren. Da ist sie beschäftigt. So eine Situation hatte ich jetzt gerade in meinem Seminar, wo der eine Student diese Aufgabe übernommen hatte und Protokoll schreiben wollte, ja musste. Da sagte er: „Aber dann kann ich ja nicht mit diskutieren.“ Worauf ich ihm antwortete: „Sehen Sie, und so geht es den Frauen meistens, nicht wahr?“

Kersten Krüger:

Da habe ich jetzt eine Anschlussfrage an die Berufungskommission. Jetzt werde ich einmal polemisch. Meine leidvolle Erfahrung aus vielen Jahrzehnten ist: Es ist kein Argument dumm genug, um in einer Berufungskommission nicht verwendet zu werden. Genau, was sie dargestellt haben. Meine leidvolle Erfahrung ist also – oder war –, dass gerade die Abhängigen, also Studis oder Assistenten, den Pressionen bestimmter Professores ausgesetzt, leider erfolgreich ausgesetzt sind.

Rosina Neumann:

Ja.

Kersten Krüger:

Es ist eine Machtfrage. Es gibt aber auch andere Beispiele von Berufungskommissionen, in denen nicht geschlechtsspezifisch entschieden wurde. Es ging da genauso gegen Männer. Hier wirkten Netzwerke, die wir – neutral ausgedrückt – als bestimmte Schulen betrachten können, die ihre Mitglieder oder Anhänger unterbringen wollen.

Aber ich komme jetzt noch einmal zurück auf Vorschläge, die Frau Kahlert⁷ hier vorgetragen hat. Dass zum Beispiel die Habilitation eigentlich eine Qualifikationsstufe ist, die Frauen aus familiären Gründen häufig oder nie erreichen. Dann könnte man sie abschaffen. Gesetzlich ist sie längst abgeschafft, wird aber weiter praktiziert. Die Habilitation ist immerhin ein objektiver Messpunkt. Wenn wir sagen, Nichthabilitierte kommen nicht in die engere Wahl, dann kommen sie nicht in die engere Wahl. Aber können Sie sich vorstellen, dass es da eine Vermittlung gibt? Wenn jetzt eine Frauenförderung, also eine Förderung von Wissenschaftlerinnen stattfinden soll, ist dann der Verzicht auf diese hohe Schwelle der Habilitation hilfreich?

Rosina Neumann:

Natürlich gibt es diese Problematik bei Männern genauso. Sie haben Recht, wenn sie einen bestimmten Mann nicht wollten, dann hatte der auch keine Chance. Aber dass war nicht mein Part. Da ich nicht in die männlichen Netzwerke integriert war, kann ich dazu also schwer etwas sagen. Aber das funktioniert genauso. Wir könnten da eine Hierarchie aufbauen: Also erst Mann oder Frau und dann nachher, wenn wir die Männer nehmen: welche Schule und so weiter. Das ist sozusagen schon eine Stufe höher, natürlich gibt es das dort genauso.

Das andere, die Frage der Hürde Habilitation oder nicht. Wir haben es in dieser Untersuchung zur Karriereplanung gesehen. Es haben auch viele Frauen eine Habilitation gemacht und sind dann den Weg nicht weiter gegangen beziehungsweise haben ihn nicht weiter verfolgt, weil es nicht ihr Ziel war, weil sie nicht den Stress haben wollten, weil es ihnen nicht vorrangig um Macht ging oder Ähnliches. Wir hatten entsprechende Programme oder haben sie auch noch, mit denen man die Frauen fördern kann, damit sie den Weg weiter verfolgen können. Aber es ist nicht immer die eigene Motivation oder die eigene Intention, welche die Frauen haben. Viele sind zufrieden mit dem, was sie haben. Und diejenigen, die es nicht sind, die haben es letzten Endes auch umgesetzt, beziehungsweise schaffen es oder versuchen es zumindest.

Lisa Walter:

Ich wollte gerne wissen, ob auch Studentinnen zu Ihnen gekommen sind?

Rosina Neumann:

Ja, die kamen auch, obwohl ich für sie nicht zuständig war. Die Gleichstellungsbeauftragte wurde gewählt von den weiblichen Mitarbeitern und war nicht für die Studierenden zuständig. Dafür war dann die Fachschaft beziehungsweise der

⁷ Dr. Heike Kahlert, siehe ihren Beitrag in diesem Band, S. 94-122.

STURA zuständig. Sie wurden natürlich nicht abgewiesen, es wurde nie gesagt: „Ich bin dafür nicht zuständig.“ Niemals.

Claudia Carl:

Mich interessiert, ob Sie jetzt ganz und gar mit der Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten abgeschlossen haben oder ob Ihnen das manchmal noch nachgeht? Werden Sie von Studentinnen auch noch um Rat gefragt?

Rosina Neumann:

Ich habe damit abgeschlossen. Ich habe abgeschlossen, insofern, als ich sage, ich mische mich in solche Sachen nicht ein. Das ist beendet, aber ich mache noch bestimmte Sachen weiter und wenn ich um Rat gefragt werde, erteile ich ihn natürlich auch. Das ist aber eine neue Situation. Ich habe in diesen sieben Jahren natürlich selber eine Entwicklung durchgemacht, die dazu führt, dass ich bestimmte Sachen gar nicht abstellen kann. Beispielsweise, wenn die Studierenden im Seminar bei Autorinnen und Autoren männlich und weiblich nicht angeben, dann weise ich daraufhin, dass zumindest eine entsprechende Fußnote gemacht werden sollte: „Die männlichen Begriffe schließen die weiblichen mit ein.“ Und wenn eine Studentin von sich sagt: „Ich als Student habe...“, dann klingelt es bei mir natürlich auch in den Ohren, und dann frage ich immer: „Sind sie weiblich oder männlich?“ Bestimmte Sachen sind geblieben, die ein Ergebnis der Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte sind. Ansonsten aber widme ich mich jetzt mehr der Interkulturalität und im Rahmen der Interkulturalität natürlich auch der Geschlechtsspezifität, aber nur als einen Punkt, ansonsten interessiere ich mich mehr für andere Kulturen.

Edmund Fanning:

Ich möchte fragen, was das für eine Stelle war, für die Sie sich in Stralsund beworben haben?

Rosina Neumann:

Das war eine Professur für Management-Methoden und -techniken. Diese Stelle in Stralsund war im Maschinenbau angesiedelt. Das war somit genau das, was ich gemacht habe: Organisationspsychologie und diese Dinge. Sie passte wirklich idealtypisch zu meiner Qualifikation. Ich habe mich prinzipiell nicht auf Stellen beworben, wo ich mir sagte, sie passen vom Profil her nicht zu mir, aber die passte wirklich sehr, sehr gut.

Heiko Marski:

Was halten sie von Positionen, bei denen es heißt, Männer und Frauen müsse man fein säuberlich trennen. Also auch im grammatischen Sinne mit -innen, die und so

weiter. Kann man es nicht machen wie früher? Ist es nicht einfach nur eine grammatische Sache? Haben sich Frauen nicht schon so weit emanzipiert, dass sie sich dann trotzdem mit einbegriffen fühlen?

Rosina Neumann:

Diese Frage wird immer wieder gestellt. Als wir das neue Landeshochschulgesetz bekamen, hieß es auch: „Und um wie viele Seiten ist das jetzt länger, weil wir alles mit -in, -innen und so weiter ausgeschrieben haben, was soll das?“ Sprache und Denken gehören zusammen, das ist nun einmal so. Der Sprache entspricht das Denken. Wenn wir sagen, der Chef und die Sekretärin, dann ist die Sekretärin weiblich und der Chef eben männlich. Da denken Sie auch nicht einen weiblichen Chef. Als klassisches Beispiel erörtere ich im Seminar mit meinen Studierenden folgenden Fall: Ein junger Mensch namens X wird bald mit der Schule fertig sein, und er hat folgende Fähigkeiten. Die werden dann aufgezählt: Gut in Naturwissenschaften, treibt gerne Sport, ist beliebt beim anderen Geschlecht und so weiter. Die Studierenden sollen dann sagen, was sie ihm als Berufsweg empfehlen. Dies ist eine einfache Aufgabe. Sie sitzen und überlegen, was sie ihm empfehlen, welche Berufsplanung, welchen Lebensweg. Hinterher frage ich sie dann: „Wer hat an ein Mädchen gedacht?“ Es heißt in der Aufgabenstellung: ein junger Mensch namens X. Er könnte Fußballer werden oder er könnte ja Trainer werden oder er kann Arzt werden und dann wird er Professor. Das ist so in den Köpfen drin. Deshalb: so lange wir es nicht auch so denken, brauchen wir die Sprache als Vehikel. Ich habe mich am Anfang auch gesträubt. Ich habe gesagt: „Was soll der Quatsch, das ist doch nur eine Formsache.“ Nein, es ist keine Formsache. Zumindest sollte so viel Zeit sein, an diese Fußnote zu denken. Wenn ich daran gedacht habe, dann habe ich daran gedacht. Dann habe ich sie formuliert und dann ist sie da. Und ich weiß, dass das für mich ein wichtiger Aspekt ist. Ansonsten habe ich es gar nicht in meinem Denken irgendwo verankert. Das ist der Punkt. Und wenn wir es verankert haben, dann können wir auch die Fußnote wegnehmen, aber das wird noch sehr lange dauern. Ich kenne auch die Diskussionen von den Frauen, die sich dann hinstellen und sagen: „Ach Blödsinn, das brauchen wir nicht.“

Kersten Krüger:

Wagen Sie noch – jenseits eines hohen Frustrationspegels, – einen Ausblick zu geben, was denn spezifisch zur Gleichstellung noch gemacht werden könnte und sollte?

Rosina Neumann:

Erst einmal müssen die Studierenden sensibilisiert werden. Das sind Diejenigen, die dann den Weg gehen und die zukünftigen Professoren und Professorinnen

werden. Sie sollten für diese Problematik aufgeschlossen werden. Ich denke, wir müssten auch mehr in den einzelnen Fachdisziplinen zu dieser Spezifik anbieten. Es soll nicht als Einzelfach herausgenommen werden, indem man festlegt, in dem und dem Fach etwas zur Geschlechtsspezifität zu machen. Nein, das geschlechtsspezifische Denken muss in den jeweiligen Fächern – egal ob es Medizin ist oder ein anderes Fach – verankert werden. Sie kennen die Problematik „Weiblicher Patient – männlicher Patient“ dass die Symptome unterschiedlich sind. Das Leben kann davon abhängen, nicht wahr? Das heißt, Geschlechtsspezifität muss im Fach mit gelehrt werden, nicht bloß, weil es Emanzen gibt. Wenn jeder Professor, jede Professorin das mit einbauen würde, sozusagen als roten Faden, dann würden wir viele Sachen viel schneller hinkriegen, womöglich auch einfacher, dann bräuchten wir nicht solche Vehikel, wie Gleichstellungsbeauftragte oder Frauenbeauftragte, wie sie in den alten Bundesländern heißen. Der Blick auf die Quote – haben wir eine oder haben wir keine – würde sich dann erübrigen. Aber das ist noch ein langer Weg. Ich kann Sie also nur ermuntern, ja auffordern sensibler zu werden, wenn Sie es nicht schon sind. Sie sollten dann natürlich ihr Recht auch einfordern.

Kersten Krüger:

Das nehmen wir als Schlusswort und sagen vielen Dank an unsere Referentin, an alle Diskutierenden und alle Teilnehmenden.

Interview mit der langjährigen Gleichstellungsbeauftragten Frau Dr. Rosina Neumann aus Anlass der Beendigung ihrer Amtszeit



DAV:

„Frau Dr. Neumann, seit wann üben Sie Ihr Amt aus und was hat Sie bewegt, dieses Amt wahrzunehmen?“

Frau Dr. Neumann:

„Ich übe dieses Amt seit Ende 1994 aus, und bewegt haben mich, diese Aufgabe zu übernehmen, eigentlich weniger Gesichtspunkte aus frauenrechtlicher Perspektive sondern eher die Situation damals innerhalb der Universität oder ganz konkret der Umstand, dass man an meiner Fakultät im Grunde genommen immer wieder sehr spät über Sachen informiert wurde. Ich hatte mir damals gesagt: ‚Wenn du jetzt nicht irgendetwas tust und dagegen angeht, dann wirst du irgendwann total frustriert sein.‘“

DAV:

„Worauf haben Sie sich denn nun eingelassen, was war im Laufe Ihrer Tätigkeit Ihr schönstes, was Ihr schlimmstes Erlebnis?“

Frau Dr. Neumann:

„Ich kann eigentlich nicht sagen, was mein schönstes oder mein schlimmstes Erlebnis war. Schöne Erlebnisse waren natürlich immer die, wenn ich etwas erreicht hatte, wenn ich etwas für Frauen tun konnte, wenn ich wirklich weiterhelfen konnte. Schlimme Erlebnisse waren die, bei denen Unrecht gegenüber Frauen geschehen ist – ich denke da beson-

ders an den Umgang mit Bewerberinnen in manchen Berufungskommissionen.“

DAV:

„Hoffentlich gab es von diesen schlimmen Erlebnissen nur wenige, was können Sie dazu sagen?“

Frau Dr. Neumann:

„Ich denke, es ist irgendwie ausgewogen, ich könnte nicht sagen, dass das Schlimme überwog, aber es gab genug schlimme Situationen.“

DAV:

„Sehen Sie Defizite in der Frauenförderung an der Universität immer noch und wenn ja, worin bestehen diese Defizite?“

Frau Dr. Neumann:

„Ich denke, wir sind eine typische ostdeutsche Universität; und wenn ich über Defizite der Frauenförderung spreche, dann muss ich auch über die Frauen sprechen, denn es ist auch eine Frage des Bewusstseins, wie sich die Frauen selbst definieren, und ich finde, da haben wir noch ganz ganz viel zu tun, um da etwas zu bewegen. Das Zweite dann, man sollte auch innerhalb der Universität begreifen, dass Frauenförderung nicht allein etwas mit der Gleichstellungsbeauftragten zu tun hat, sondern dass dies eine Aufgabe der gesamten Universität ist, die daher unbedingt auch eine Führungsaufgabe sein sollte.“

DAV:

„Wenn wir mal die Bereiche Verwaltung und Wissenschaftsbereich betrachten, wo steckte Ihre meiste Arbeit? Oder anders ausgedrückt, wo war Ihr größter Einsatz gefordert?“

Frau Dr. Neumann:

„Also das kann ich ganz klar beantworten: natürlich im akademischen Bereich, nicht im Verwaltungsbereich - und zwar schon allein dadurch, dass durch das LHG vorgegeben ist, dass die Gleichstellungsbeauftragte in den Berufungsverfahren mitwirkt, dass sie dafür sorgen

soll (laut Gleichstellungsgesetz), dass die Unterrepräsentanz von Frauen in diesen Bereichen beseitigt wird. Dies haben wir vorwiegend in den wissenschaftlichen Bereichen, in der Verwaltung haben wir ein genau umgekehrtes Verhältnis, also mehr Frauen als Männer, da besteht dieses Problem als solches gar nicht.“

DAV:

„Den letzten Punkt aufgreifend: Definieren Sie sich als Gleichstellungsbeauftragte auch für die Interessen der Männer, ich will mal sagen unter dem Gesichtspunkt Unterrepräsentanz in der Verwaltung durch die Männer?“

Frau Dr. Neumann:

„Laut Gleichstellungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern in der letzten Fassung, von 1998, ist damit tatsächlich nur gemeint, dass die Unterrepräsentanz der Frauen verringert wird; da steht nichts davon drin, dass etwa auch die Unterrepräsentanz der Männer aufgehoben werden sollte. Ich denke, das kann ein Trend sein, der auch weiter verfolgt werden muss, aber dann müsste man auch die gesetzlichen Grundlagen ändern.“

DAV:

„Also kann ich sagen, dass es auch Hoffnung für die Männer gibt. Gibt es im Sinne von Frauenförderung frauenförderungsfeindliche Strömungen in der Universität?“

Frau Dr. Neumann:

„Als Strömung würde ich es nicht bezeichnen; sicher gibt es Bereiche in der Universität, in denen man sich darüber mehr Gedanken gemacht hat – schon allein von dem Gegenstand ihrer Fächer her – als in Bereichen, die inhaltlich wenig damit zu tun haben. Aber ich finde, dass es wirklich vor allem eine Frage der Bewusstseinsentwicklung ist, wie weit man sich für andere Themen öffnet, inwieweit man auch für solche Diskussionen offen ist - und da gibt es sicher Bereiche, die damit noch sehr wenig Erfah-

rung gesammelt haben und sich damit kaum auseinandergesetzt haben und aus denen man dann auch immer wieder hört: ‚Also wozu brauchen wir überhaupt eine Gleichstellungsbeauftragte, was soll das, was hat die überhaupt für Aufgaben?‘ usw. Solche kritischen Fragen kommen eher aus diesen Bereichen, weil sie die Problematik für sich nicht sehen.“

DAV:

„Meinen Sie, dass sich in Sachen Gleichstellung etwas an der Universität bewegt hat? Wie sehen Sie daran Ihren Anteil?“

Frau Dr. Neumann:

„Ich hoffe sehr, dass sich etwas bewegt hat. Es ist natürlich immer schwer, seinen eigenen Einfluss einzuschätzen, vielleicht sollte man eher die Betroffenen fragen?“

DAV:

„Welche Empfehlungen geben Sie Ihrer Nachfolgerin?“

Frau Dr. Neumann:

„Zäh, ausdauernd und hartnäckig zu bleiben. Ich gehe davon aus, dass Frau Dr. Moldenhauer eine sehr fähige und eine sehr geeignete Person für diese Funktion ist, und ich hoffe und wünsche, dass sie eine erfolgreiche Amtszeit haben wird. Die materiellen Grundlagen, wie dienstliche Freistellung, dafür sind ja gelegt worden.“

DAV:

„Frau Dr. Neumann, ich möchte Ihnen im Namen des Redaktionsteams für dieses Interview danken und Ihnen alles Gute für Ihren weiteren Lebensweg wünschen. Ich hoffe, dass Sie die sehr wichtigen Eigenschaften der Beharrlichkeit und der Hartnäckigkeit auch weiterhin für Ihre eigenen Interessen einsetzen können.“

(Das Interview führte Frau Börner am 23. Januar 2002.)

Wigger, Marianne

Auszug aus dem
 Catalogus Professorum Rostochiensium
 (http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001622)
 vom 12.01.2010



akademischer Titel: Prof. Dr. med. habil.
Tätigkeit in Rostock: 1994-2002 Privatdozentin für Kinderheilkunde
 seit 2002 apl. Professorin für Kinderheilkunde
Institut: Kinder- und Jugendklinik, Abt. Pädiatrische Nephrologie und Dialyse

Lebensdaten: geboren am 18.01.1946 in Pötenitz
Konfession: evangelisch
Vater: Richard Lau
Mutter: Christine Lau
Kurzbiographie:
 1964 Abitur
 1965-71 Studium der Humanmedizin, Univ. Rostock
 1971-76 (Paediatric trainee as a resident?)
 seit 1975 Arzt, ab 1992 Oberarzt in der Abt. "Pädiatrische Nephrologie und Dialyse" an der Univ.-Kinder- und Jugendklinik Rostock
 1976 Facharzt für Kinderheilkunde
 2002 apl. Professor, Univ. Rostock
 2002-05 Direktor (kommissarisch) der Abt. Pädiatrische Nephrologie und Dialyse"

Akademische Abschlüsse:
 Studienabschluss: 1971 Dipl.-Medizinerin, Univ. Rostock
 Promotion: 1974 Dr. med., Univ. Rostock
 Habilitation: 1992 Dr. med. habil., Univ. Rostock

Akademische Selbstverwaltung:
 seit 1990 Mitglied in Fakultätsrat, Senat und Konzil (jeweils zeitweise)

Funktionen:

zeitweise Frauenbeauftragte der Univ.

wissenschaftliche Mitgliedschaften:

Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde
Europäische Gesellschaft für Pädiatrische Nephrologie
Internationale Gesellschaft für Pädiatrische Nephrologie
Internationale Gesellschaft für Pädiatrische Transplantation
Arbeitsgemeinschaft für Pädiatrische Nephrologie
Arbeitsgemeinschaft für Klinische Nephrologie
Gesellschaft für Nephrologie

Werke (Auswahl):

Wigger, M. et. al.: Zur körperlich-psychischen Entwicklung von Risikokindern mit niedrigem Geburtsgewicht. Dtsch. Gesund.-wes. (1975) 30: 2069-2076.
Wigger, M. et. al.: Behandlung der hereditären hypophosphatämischen Vitamin-D-resistenten Rachitis mit 1,25-Dihydroxycholecalciferol - eine neue therapeutische Möglichkeit. Kinderärztl. Prax. (1984) 52: 135.
Wigger, M. et. al.: ¹⁵N-tracer kinetic investigation of the protein metabolism in a child with chronic renal failure fed on a protein restricted diet. Contr. Nephrol. (1988) 65: 51-54.
Wigger, M. et. al.: Proteinrestriktive Diät in der konservativen Therapie chronisch niereninsuffizienter Kinder. Kinderärztl. Prax. (1989) 57: 177-184.
Wigger, M. et. al.: Course of glomerular filtration rate after renal transplantation and the influence of hypertension. Clinical Nephrology (2001) 56: 30-34.

Quellen:

eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Marianne Wigger am 22. Mai 2009

Protokoll und Transkription:

Axel Büssem, Julia Harder, Anne Lüder, Steffen Bild

Kersten Krüger:

Wir eröffnen die Sitzung und begrüßen unseren Gast, Frau Prof. Dr. Marianne Wigger. Liebe Frau Wigger, Sie sind uns als Zeitzeugin sehr willkommen und Sie haben jetzt das Wort.

Marianne Wigger:

Auch ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen und Ihnen, Herr Krüger, für die Gelegenheit danken, hier meine Geschichte zu erzählen – natürlich nicht nur meine Geschichte. Diese ist auch immer eingebettet in den Kontext der Gesellschaft, in den Kontext der Politik und natürlich – da gucke ich gleich zu Frau Neumann¹ – in den Kontext der Frau in der Gesellschaft. Letzteres ist übrigens eines meiner Lieblingsthemen, das allerdings auch manchmal von mir selbst kontrovers diskutiert wird.

Jetzt fange ich einfach an, so wie ich mir das dachte. Ich bin 1946 geboren, und zwar auf der Flucht im tiefsten Winter, sozusagen als Flüchtlingskind, und die Flüchtlinge waren in Mecklenburg-Vorpommern nicht willkommen, das wissen Sie vielleicht. Hauseigene Katzen galten fast mehr als kleine Flüchtlingskinder. Die Katzen erhielten kommentarlos Milch, für die kleinen Flüchtlingskinder gab der Bauer nicht so ohne weiteres Milch. Die Grundschule besuchte ich in einem Grenzdorf, das sich in einem Sperrgebiet, nahe Lübeck, allerdings auf der Ostseite befand. Zur Erklärung für Sie: Es gab rings um die DDR zwei Sperrgürtel, einen 500-Meter- und einen 5-Kilometer-Streifen. In beide Gebiete durfte man nur mit gesonderten Passierscheinen einreisen. Ich wohnte im 5-Kilometer-Sperrstreifen.

Unsere Dorfschule war ein schönes, großes Gebäude mit 8 Klassenstufen. Eingeschult 1952, beendete ich 1960 die achte Klasse. Für mich war die Schulzeit völlig unproblematisch. Ich erinnere sie nur als eine schöne, erfüllte Zeit. Natürlich war ich auch Pionier. Natürlich sage ich deshalb, weil es auch einige Kinder gab, die nicht in der Pionierorganisation waren – sie kamen aus anderen Elternhäusern. In unserer Schule war es aber eher die Ausnahme. In den Gremien der Pionierorganisation war ich aktiv tätig. Meine Freizeit war ausgefüllt mit allen möglichen Aktivitäten in Arbeitsgemeinschaften: Theater, Junge Sanitäter, Chor,

¹ Dr. Rosina Neumann, siehe ihren Zeitzeuginnenbericht in diesem Band, S. 123-151.

Turnen, Schach und Lernzirkeln. In Form von Patenschaften habe ich mich um lernschwache Mitschüler gekümmert, habe ihnen sozusagen Nachhilfe gegeben. In meiner Erinnerung habe ich die Grundschulzeit als unpolitisch erlebt, obwohl ich in der Pionierorganisation sehr engagiert war. Ich kann nicht sagen, dass wir Kinder ständig mit politischen Dingen konfrontiert wurden. Aber der „Klassenfeind“ spielte schon eine Rolle. Interessant im Rückblick, dass ich diese Zeit eher als unpolitisch bezeichne. Vielleicht hatten wir Glück. Unsere Lehrer waren überwiegend ältere Persönlichkeiten, ich erinnere allenfalls zwei politisch sehr aktive Lehrer. Einer dieser politisch aktiven Lehrer verließ noch während meiner Grundschulzeit die Republik.

Neben Schule und Freizeit gab es die Familie, und dort hörten wir – ein Fernsehgerät hatten wir nicht – Radio. Am Abend wurde sehr viel über den Krieg erzählt, und vor allen Dingen über die Flucht. Das war in der Zeit 1952-1954, sieben bis neun Jahre nach dem Krieg. Die Distanz damals – für mich als Kind – zum 2. Weltkrieg war ungleich größer als jetzt der Abstand zur Wende vor 20 Jahren. In meinem Fühlen hatte der Krieg ein Jahrhundert zuvor stattgefunden, die zeitliche Nähe hatte ich gar nicht realisiert.

Zu Hause hörten wir nur Westrundfunk: Die musikalische Einleitung zum Schulfunk (aus Mozarts Zauberflöte) und der Ankündigungsgong zum „Echo des Tages“ höre ich noch heute ganz deutlich. Erstaunlich erscheint mir im Nachhinein, dass man als Kind sehr schnell realisiert hatte, was man in der Schule sagen durfte und was man besser nicht sagte. Es war nicht so, dass die Eltern Verbote aussprachen. Intuitiv wusste man, dass es besser war, an bestimmten Stellen zu schweigen. Das ging ganz automatisch. Obwohl ich diese Zeit als relativ unproblematisch schildere, muss ich im Rückblick doch sagen, dass die Umwelt natürlich schon problematisch war. Möglicherweise verdrängt man als Kind die Probleme oder nimmt sie als solche gar nicht wahr. Man ist fröhlich und rund um die Uhr beschäftigt.

Wir lebten in diesem Grenzgebiet abgeschottet und isoliert. Es kam keiner hinein. Freunde von außerhalb konnten uns nicht besuchen. In den Jahren 1953 und 1954 fand eine große Umsiedlungsaktion statt. Am Morgen plötzlich war der Friseur nicht mehr da. Man fragte sich: „Wo ist der Friseur geblieben?“ Über Nacht waren LKW gekommen, hatten den Hausrat der Familien aufgeladen und 200 Kilometer weiter transportiert. In dieser Zeit waren aus unserem Ort auch sehr viele Menschen in den „Westen“ gegangen. Alle Großbauern; alle, die ein kleines Geschäft oder dergleichen hatten, gingen in den Westen. Das war damals unproblematisch - Berlin war noch offen. Oder man ging über die ortsnahe Grenze, die nur aus einem gepflügten Streifen, dem sogenannten Zehn-Meter-Streifen, ohne Minen oder Selbstschutzanlagen bestand.

Aber diese Umsiedlungsaktion war dann doch schon tiefer greifend. Auch verschwanden immer wieder plötzlich Leute. Sie kamen irgendwann wieder,

sprachen jedoch nicht darüber, wo sie gewesen waren. Im Nachhinein weiß man, wo sie gewesen sind. An die Prozesse hier in Rostock gegen Arno Esch² und Hartwig Bernitt³ sei erinnert – Todesurteil und 25 Jahre Arbeitslager in Sibirien, eigentlich für nichts.

Es gab Aufmärsche zum 1. Mai. Unglaublich, sieben oder acht Jahre nach dem Krieg, nach dem Nationalsozialismus. Alle Leute waren auf der Straße und marschierten mit. Ich habe Fotos von diesen Umzügen. Das finde ich im Nachhinein bemerkenswert, als Kind fand ich es interessant. Mit den Plakaten für Brüderlichkeit, Gleichheit und gleiche Bildungschancen für alle konnte ich mich identifizieren und fand sie auch gut. Gleiche Bildungschancen konnte ich nicht schlecht finden. Diesbezügliche Erfahrungen hatte ich durch meine Westverwandtschaft, die man damals noch besuchen konnte, machen können. Meine achtwöchigen Sommerferien verlebte ich bis 1957 in einem Ort bei Bremen, vergleichbar unserem Dorf in der „Ostzone“. Dort ging ich auch zeitweise zur Schule und kam zu dem Schluss, dort nicht zur Schule gehen zu wollen. Es war eine Schule mit drei Klassenzimmern, das heißt, es wurden mehrere Klassenstufen in einem Raum unterrichtet. Für eine weiterführende Schule musste seinerzeit noch Schulgeld bezahlt werden. Das hätten meine Großeltern, die dort wohnten und uns drängten im Westen zu bleiben, nicht gekonnt – jedenfalls glaubte ich das.

Ich beendete schließlich die achte Klasse, und es erfüllte sich mein Wunsch, auf die Erweiterte Oberschule in Grevesmühlen zu gehen. Dass es im Hintergrund diesbezüglich Diskussionen wegen meiner engen Westverwandtschaft gab, habe ich erst 30 Jahre später erfahren. Eine sehr gute Bekannte der Familie hatte sich für mich verbürgt. Für mich stellte es sich so dar, dass die Auswahl nach dem Leistungsprinzip getroffen worden war, und damit war für mich die Welt in Ordnung.

Während der vier Jahre in der Erweiterten Oberschule (einem Gymnasium entsprechend) habe ich zum ersten Mal so etwas wie politische Ausgrenzung gespürt. Wegen meiner extrem nahen Westverwandtschaft war ich in bestimmten Gremien nicht erwünscht. Ich muß sagen, damals zu meinem Kummer. Ich hätte tun können, was ich wollte, ich wäre nie in die Leitungsgremien der FDJ der Oberschule gewählt worden. Von den Mitschülern wäre ich sicher gewählt worden, aber ich durfte mich gar nicht zur Wahl stellen. Somit hatte ich eigentlich keine Chance, mich in die FDJ-Arbeit einzubringen, und ich war damit in der FDJ

² Vgl.: Köpke, Horst, Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. 2. Aufl. Rostock 1997.

³ Vgl.: Ehrenpromotion der Philosophischen Fakultät 2008, Dr. rer. nat. Hartwig Bernitt. akademischer Festakt in der Aula der Universität am 24. Januar 2008. Mit einem Festvortrag von Gerhard Maeß ... und einer Dankrede von Hartwig Bernitt ... Rostock Univ., 2008.

eher nicht aktiv. Während der Oberschulzeit erhielten wir im Rahmen der GST⁴ eine vormilitärische Ausbildung. Verweigern konnte man sich eigentlich nicht. Wir haben es mit viel Humor genommen, haben auch nicht viel darüber nachgedacht, muss ich sagen. Als Nebenprodukt oder auch als Anreiz oder auch zur Verschleierung hatten wir die Möglichkeit, die Fahrerlaubnis zum Fahren eines Motorrades abzulegen. Mit Speck fängt man Mäuse.

Beschränkungen gab es bei unseren regelmäßigen Klassenfesten. Wir durften nur 10% Westmusik hören, und das empfanden wir als eine erhebliche Einschränkung. Es wurde natürlich mehr gehört, aber dann gab es am nächsten Tag immer wieder Ärger. Westeinfluss galt als Problem, obwohl ich denke, dass sich dieses Problem in unserer Schulzeit (1960-1964) in Grenzen hielt. Wir wurden beispielsweise nicht ermahnt, keine Westsachen zu tragen oder dergleichen mehr. Ich kann mir ein Urteil darüber bilden, weil ich nur Westsachen trug. Es gab auch keine Schulverweise aus politischen Gründen, soweit ich weiß. Vielleicht hatte ich wie so oft in meinem Leben Glück mit dem Schulort. An anderen Schulen war es anders, und wir wissen auch, dass Pastorenkinder nicht einfach diese höhere Bildung in Anspruch nehmen konnten. Die Lehrer unserer Oberschule waren politisch sehr heterogen. Eigentlich gab es nur zwei politisch aktive Lehrer, die Geschichtslehrerin und den Direktor. Das mag vielleicht erklären, dass wir (ich) die Politisierung nicht so wahrnahmen.

Wie stand es mit der Freiheit? Das ist für diese Zeit schwer zu sagen. Die große Welt war für uns unerreichbar. Als kleines Mädchen hätte ich mir nie vorstellen können, dass meine Familie ein Auto hätte besitzen können. Darüber war ich aber nicht traurig. Die Verhältnisse waren 1952/1953 eben so: Ein Auto war für unsere Familie unerreichbar und gänzlich außerhalb meiner Vorstellungswelt. So war es auch mit Reisen. Ich hatte ja bis 1957 das Glück, in den Westen zu meinen Großeltern reisen zu dürfen. Dann war die Grenze geschlossen. Seit 1958 durften wir nicht mehr nach Westdeutschland reisen, aber auch das hat man irgendwie hingenommen. Es war für uns eben unerreichbar, und für andere Reisen, selbst innerhalb der Republik, fehlte in unserer Familie das Geld. Während der Oberschulzeit wohnte ich während der Woche im Internat der Kreisstadt. Auch diese Phase habe ich als unproblematisch und relativ unpolitisch wahrgenommen. Wir hatten eine Internatsleiterin, mit der wir unsere Späße trieben. Wir waren Teenager und haben uns als solche aufgeführt. Wir haben gelacht, Spaß gehabt, wir hatten unsere ersten Romanzen, und wir haben unsere Schularbeiten ordentlich gemacht. Da gab es nichts Dramatisches. Bemerkenswert aber scheint mir, dass man auch in dieser Zeit überlegte, was man wo sagen konnte.

⁴ Gesellschaft für Sport und Technik (GST), paramilitärische Jugendorganisation in der DDR. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_f%C3%BCr_Sport_und_Technik (22.04.2010).

Zwar waren mir etwaige Konsequenzen nicht in vollem Umfang gegenwärtig, aber eine innere Stimme bestimmte das eigene Verhalten, und ich wollte mich diesen Konsequenzen nicht aussetzen. Entweder hat man sich, wenn es gefordert wurde, zum System bekannt oder man war oppositionell – letzteres war ich nicht. Ich gehörte auch keiner oppositionellen Gruppe an. Dann hätte mein Weg schon früh geendet. Einen Freundeskreis, in dem man sich gut aufgehoben fühlte, konnte man sich selbst suchen. Zu meinen Freunden gehörten keine verbohrtten Kommunisten, aber auch keine offiziell bekannten Oppositionellen.

Den 13. August 1961 – Bau der Mauer in Berlin – habe ich im Ferienlager erlebt. Ich war Gruppenthelferin. In den Ferien habe ich des Geldes wegen immer ein bisschen gearbeitet. Die Nachricht kam durch die Lautsprecher, aber wir realisierten noch gar nicht richtig, was das eigentlich bedeutet. Zudem war ich bis zu diesem Zeitpunkt noch nie in Berlin gewesen, also war Berlin für mich weit weg.

Etwas Anderes passierte aber in dieser Zeit, und das war für mich sehr einschneidend: Ich wurde von Mitarbeitern der Staatssicherheit gefragt, ob ich bereit sei, als Informeller Mitarbeiter zu arbeiten. Die Akten habe ich mitgebracht (siehe Anhang). Damals war ich gerade 17 Jahre alt, und das finde ich schon ganz bemerkenswert. In diesen Akten, in die ich nach der Wende einsehen konnte, sehen Sie ein Inhaltsverzeichnis mit 13 Punkten (Anlage 1). Das war der sogenannte Maßnahmenplan oder Operationsplan, der auswies, was mit mir passieren sollte. Dann wurde ich in die Mangel genommen, und da ich die Mitarbeit verweigerte, musste ich am 24. März 1963 selbst eine Schweigeverpflichtung schreiben und unterschreiben. Aufregend und interessant ist die Tatsache, dass ich mich an Einzelheiten dieser Schweigeverpflichtung vor Einsicht in meine Akten nicht mehr erinnern konnte. Ich hatte es total verdrängt. Zwar wusste ich, dass ich etwas schreiben musste, aber ich hätte bis auf den letzten Satz überhaupt nicht sagen können, was es war. Entscheidend für mein weiteres Leben war eigentlich der letzte Satz, den ich auch nicht vergessen hatte: „Diese Schweigeverpflichtung werde ich unter Beachtung, dass ich bei Verstoß gegen die Schweigeverpflichtung mit aller Härte der Gesetzlichkeit rechnen muß, einhalten.“ (Anlage 2) Dieser Satz hat mir 27 Jahre den Mund verschlossen, ich habe geschwiegen. Aber bis zur Wende war dieser Satz ein ständiger Gefährte in meinem Unterbewusstsein. Die Angst war da.

Man schrieb in meine Akte: „Der Kandidat ist als IM untauglich, und es wird deshalb vorgeschlagen, den IM-Vorgang einzustellen und das Material in das Archiv der BV [Bezirksverwaltung] zur Ablage zu bringen.“ (Anlage 3) Für die Staatssicherheit war diese Sache damit erst einmal beendet, für mich jedoch überhaupt nicht. Selber wusste ich ja nicht, dass die Angelegenheit beendet ist, und ebenso wenig ahnte ich, dass diese Akten nie nach Rostock gekommen sind. Die Rostocker Staatssicherheit wusste also nichts. Mit anderen Worten: Für die

Rostocker Stasi war ich völlig unauffällig. Es erstaunt, dass dieses gut organisierte Unternehmen keine Information aus dem eigenen Haus bekommen hatte.

Für mich überraschenderweise hatte ich trotz der „Stasigeschichte“ einen Studienplatz im Fach Medizin erhalten. Es waren also keine Sanktionen wegen meiner Weigerung gegen mich verhängt worden. Das wusste ich jedoch nicht, und somit war das eine wirklich kritische Phase in meinem Leben. Die Studiensituation war ähnlich der heutigen: 4 Bewerber auf einen Studienplatz. Es wurden Auswahlgespräche geführt. Ich hatte einen Termin bei Professor Kaeding⁵, damals Chef der Medizinischen Poliklinik. Ich musste eine Weltreise mit dem Schiff machen, musste Fragen aus der Biologie und Chemie beantworten und zum Heyde-Savade Prozess Stellung nehmen. Es war aber insgesamt ein nettes Gespräch. Zusätzlich mussten wir schriftlich etwas über die Antike niederlegen. Es war also ein richtiges Auswahlverfahren. Glücklicherweise habe ich es geschafft.

Dann habe ich als Praktikantin ein Jahr in der Nervenlinik der Universität gearbeitet. Dieses wurde mein politisches Lehrjahr, weil ich dort mit Freunden zusammen war, die anders dachten als ich bis dato gedacht hatte. Mir erschlossen sich politisch andere Welten. Während der Arbeit auf den Stationen der Nervenlinik war von Politik nichts zu spüren. Da hatte man seine Arbeit zu erledigen, die Toiletten zu reinigen, den Fußboden zu putzen, den Patienten das Essen zu bringen und sie gegebenenfalls zu füttern. Es war ein eindrucksvolles Jahr. Noch heute erinnere ich viele dieser Patienten. Aber an den Nachmittagen und Abenden wurde ohne Ende diskutiert und politisiert

Das Studium selbst dauerte von 1965 bis 1971. Ich wohnte in einem der neuen Studentenwohnheime in der Südstadt. Wir haben sie damals als sehr angenehm empfunden. Ich wohnte zu dritt mit den Freunden aus dem Praktischen Jahr. Ich selbst war vom Studium begeistert. In den fachlichen Vorlesungen spielte Politik keine Rolle. Daneben hatten wir politische Ökonomie mit Herrn Harms und Philosophie mit Herrn Professor Seemann.⁶ In den zugehörigen Seminaren ließ Professor Seemann relativ viel Diskussion, auch kontroverse, zu. Insgesamt habe ich das Studium als eher locker empfunden. Wir waren organisiert in Seminargruppen. Meine Seminargruppe spielte aber für mich kaum eine Rolle. Ich kann mich gar nicht an Zusammenkünfte meiner Seminargruppe erinnern. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass irgendwelche wesentlichen politischen Aktionen in den Seminargruppen oder im Studienjahr gestartet worden sind. Nach

⁵ Prof. Dr. Alfred Kaeding: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002278

⁶ Prof. Dr. Ulrich Seemann: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001327 Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009, S. 435-451.

meinem Empfinden konnten wir relativ individuell mit unseren Freunden leben. Daneben gab es sicher ganz andere Gruppen, aber das tangierte mich nicht.

Nun komme ich zu einem meiner Lieblingsthemen: Die Gender-Frage. Diese spielte während des Studiums überhaupt keine Rolle. Es galt das Leistungsprinzip, gleichgültig ob Junge oder Mädchen. Von Gleichberechtigung haben wir gar nicht gesprochen, sondern sie ganz selbstverständlich gelebt. Gleiche Rechte für Jungen und Mädchen sowohl in der Schule als auch während des Studiums waren eine Selbstverständlichkeit.

Nach dem Abschluss des Studiums bemühte man sich um eine Fachausbildung und damit um eine Arbeitsstelle. Von Vorteil war, dass in der DDR keiner arbeitslos bleiben durfte. Irgendwo musste jeder untergebracht werden, und wenn man gute Leistungen hatte, konnte man auch gewisse Forderungen stellen. Ich wollte gern Kinderärztin in der Kinderklinik des Uni-Klinikums werden und brauchte dazu eine Stelle. Das klappte jedoch nicht auf Anhieb, da offiziell keine Stelle frei war. In diesem Zusammenhang spürte ich zum zweiten Mal den Arm der Partei. Die ganz klare Aussage der damaligen Personalchefin, Frau Fabian, - solche Namen prägen sich fest ein - lautete: „Wenn Sie sich politisch bekennen und in die Partei der Arbeiterklasse eintreten, bekommen Sie sofort eine Stelle. Wenn Sie das nicht tun, dann gibt es in der Kinderklinik für Sie keine Stelle.“ Damit war auch klar, dass im Prinzip eine Ausbildungsstelle verhandelbar war. Die Aussage der Personalchefin konnte ich überhaupt nicht akzeptieren, da trotz schlechterer Leistungen eine Genossin und eine andere Kommilitonin, letztere dank anderer Beziehungen, eine Stelle in der Kinderklinik erhielten. Nun habe ich mich erst recht bockbeinig gestellt und gesagt: „Etwas Anderes will ich nicht und mache ich nicht!“ Das war tatsächlich auch möglich. Der Dekan, Professor Naumann,⁷ zeigte zu meinem Glück Rückgrat und bestimmte: „Wo Zwei Platz haben, ist auch Platz für Drei.“ So bekam ich die Stelle in der Kinderklinik. Offenbar war es auch für Menschen in Machtpositionen innerhalb dieses Systems möglich, so oder so zu entscheiden. Ich glaube nicht, dass Prof. Naumann durch diese Entscheidung Scherereien hatte. Er hätte allerdings auch anders entscheiden können. Insofern hing manchmal das persönliche Schicksal sehr davon ab, an wen man gerade geraten oder wie diese Person an dem Tag aufgelegt war, oder wie viel Mut diese Person hatte. Jedenfalls bin ich in der Kinderklinik gelandet, wo ich immer noch bin. Herrn Prof. Naumann bin ich noch heute sehr dankbar. Die Kinderklinik erwies sich als eine Insel der Glückseligkeit, weil wir einen Direktor hatten, der nicht in der Partei war und jedem einen großen Freiraum ließ. Er hat Keinen besonders gefördert, aber er hat auch Keinen behindert, und er hat uns nichts aufoktroziert. Im Jahr 1971 gab es in der Kinderklinik zwei, bestenfalls drei

⁷ Prof. Dr. Günter Naumann: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001742

ärztliche Parteigenossen, und die spielten nun bei 250 Mitarbeitern in der täglichen, für uns spürbaren Arbeit einfach keine Rolle.

In der täglichen Arbeit hatte die Medizin, das können Sie bestätigen, immer eine Sonderstellung. Selbst wenn es nicht jeden Tag um Leben und Tod geht, bei Krankheit hören Religion und Politik auf. Allenfalls kommt die Religion noch ins Spiel, nicht jedoch die Politik. Davon haben wir sicher profitiert. In der Kinderklinik hatten wir keine große personelle Fluktuation, weil sich alle wohl fühlten. Es gab kein ausgeprägtes Konkurrenzdenken. Man musste nicht seinen Platz unentwegt behaupten. Wenn man die Stelle hatte, dann hatte man sie. Dann lag es bis zu einem gewissen Grad an einem selbst, was man daraus machte, ob viel oder wenig.

Im Jahr 1971 schloss ich mein Studium mit der Diplomarbeit ab, wir mussten damals entsprechend der Studienreform vor eine Doktorarbeit erst eine Diplomarbeit schreiben. Meine Doktorarbeit verteidigte ich 1974, die Habilitation 1992. Trotz Heirat, Familie und eines Kindes strebte ich eine Universitätskarriere an, aber hier spürte ich zum dritten Mal den Arm der Partei: Nämlich – keine Frauenförderung ohne Partei. Frauenförderung wurde wie heute – das ist gar kein fremdes Wort – schon immer groß geschrieben. Aber auch da wurde mir unmissverständlich gesagt – nicht vom Chef –, sondern vom Parteisekretär der Klinik: „Gehen Sie in die Partei, bekennen Sie sich zum Arbeiter- und Bauernstaat, dann kommt auch für Sie die Frauenförderung in Frage, dann werden Sie freigestellt. Wenn Sie das nicht machen, dann erfolgt auch keine Förderung.“ Nachteile hatte ich durch meine Weigerung, der Partei beizutreten, nicht. Ich wurde lediglich im Frauenförderplan, wie ja angekündigt, nicht berücksichtigt. Mit meiner Entscheidung musste ich diese Folge in Kauf nehmen. Für mich brach mit der Nichtberücksichtigung im Frauenförderplan keine Welt zusammen, aber es war schon eine Enttäuschung. In gewisser Weise hätte dadurch der Lebensweg beeinflusst werden können. Unabhängig davon konnte man allerdings forschen, wenn man es unbedingt wollte.

Dann begann ich, Untersuchungen für meine Habilitation durchzuführen und die Habilitationsarbeit zu schreiben. Dabei hat mich keiner behindert, aber auch keiner gefördert. Mir wurde dann aber doch 1989 ein Studienaufenthalt für ein halbes Jahr in Ungarn genehmigt, was ich als großzügig empfand. Dort konnte ich neben der Klinik ein halbes Jahr in der Bibliothek arbeiten. Ohne diese Zeit hätte ich sicher das Literaturstudium nicht bewältigen können. Damals gab es noch kein Internet. Einfach Literaturlisten durch Tastendruck abrufen, das ging nicht. Meine Literaturrecherche war handgemacht. Die Bibliothek der Universität in Budapest war hervorragend; innerhalb einer Viertelstunde lagen selbst die ältesten Bände auf dem Tisch. Auch diese Phase betrachte ich als glückliche Fügung. Mit der Literatur im Gepäck konnte ich dann 1992 – nach der Wende – habilitieren.

1990 trat für mich ein weiterer Glücksumstand ein. Da wir seit 1986 wissenschaftliche Beziehungen zur Heidelberger Klinik unterhielten, bot man mir 1990 in dieser Klinik eine Arbeitsmöglichkeit für ein viertel Jahr an. Eine Kollegin war ausgefallen und man suchte Ersatz. Die Heidelberger Kollegen dachten an mich. Man bewilligte mir in Heidelberg ein Stipendium und stellte mich hier in Rostock frei. Dabei blieb ich Mitarbeiter der Universität Rostock. Das war großzügig und eine große Chance. Viel Neues kam mit der Wende auf uns zu, auch in der Medizin. Allein schon die Medikamentenlisten waren viel, viel umfangreicher - ein dickes Buch. Wir hatten ein kleines Arzneimittelverzeichnis im Kitteltaschenformat. Die Medikamentenamen waren teilweise neu und ungewohnt für uns. Es war ein anstrengendes halbes Jahr, eine echte Herausforderung. Aber nach dieser Feuertaufe habe ich gedacht: „Dich kann jetzt in diesem System nichts erschüttern.“ In Heidelberg war ich schon von Schwestern und Ärzten, aber eher mehr von Schwestern, zuweilen auf den Prüfstand gestellt worden: „Kann sie überhaupt Blut abnehmen? Kennt sie diese Erkrankungen?“ Bei manchen westdeutschen Kollegen spürt man gelegentlich auch heute noch diese oder jene Zweifel an unserem Wissen oder unseren Fähigkeiten. Etwas erschütternd fand ich, dass im Grunde niemand in Heidelberg an den Geschehnissen der Wende interessiert war. Selber habe ich darüber auch nicht viel geredet. Wenn mich einer gefragt hätte, hätte ich gerne über die Wende gesprochen. Aber da keiner fragte, war ich eher still. Ich habe nur registriert, dass die Wende weit im Südwesten Deutschlands eigentlich keinen interessierte. Das einzige, womit Rostock bundesweit bekannt geworden war, war FC Hansa Rostock. Damals spielte der Verein im obersten Drittel der Ersten Liga. „Sie kommen aus Rostock, ach Hansa Rostock, Fußball.“ Dann war alles klar.

Jetzt würde ich gern noch mal etwas zur Politik in den zwanzig Arbeitsjahren während der DDR sagen. In der DDR und in ihrer Gesellschaft musste man sich nicht unentwegt erklären. Es wurde nicht pausenlos von Ihnen erwartet, dass sie sich zur DDR bekennen. Wie ich bereits sagte, habe ich mich zweimal oder noch häufiger verweigert. Es wurde registriert, aber es passierte nichts zu meinem unmittelbaren Nachteil. So wähnte ich mich in relativer Sicherheit, allerdings immer im Bewußtsein, dass die Stasi meine Schritte beobachtet oder registriert. Wie ich jetzt weiß, war dem nicht so. So eine wichtige Person war ich nicht. Auf der anderen Seite konnten wir nach meinem Empfinden trotzdem relativ individuell leben, dachte ich.

Aber ganz so war es doch nicht, denn noch einmal geriet ich in das Visier der Stasi. Irgendwer (ich weiß bis heute nicht, wer es war) hatte behauptet, dass eine meiner Freundinnen und ich dieses gelobte Land verlassen wollten und entsprechende Pläne schmiedeten. Daraufhin wurde von der Stasi ein etwas längerer Maßnahmeplan beschlossen (Anlage 4). Die Beobachtungen und diesbezüglichen Untersuchungen mündeten in einer Akte von 100 Seiten. Alle Leute im näheren

Umfeld waren befragt worden. Meiner Familie wurde bescheinigt, dass sie ruhig und zurückgezogen lebe. Unabhängig von diesem Vorgang erfolgten aber auch über mich anonyme Meldungen an die Stasi. So habe ich mich an einer Tankstelle wegen lächerlicher Dinge aufgeregt, und die dortige Tankwartin hat das Geschehen an die Stasi berichtet. Das führte zu einer weiteren Seite in meiner Akte. Man glaubte unbehelligt zu leben, aber es wurde alles (vieles) beobachtet. Von diesen Dingen ahnte ich natürlich nichts. Ich merkte, dass das Telefon zeitweise abgehört wurde, aber ich dachte, das sei meiner engen Westverwandtschaft geschuldet.

Wie gesagt, in die Partei bin ich trotz der Karriereaussichten nicht eingetreten. Darauf bin ich auch heute noch stolz. Aber ich war natürlich angepasst in dem Sinne, wie alle angepasst waren, die hier in der DDR lebten und nicht im Gefängnis waren. Es soll keiner sagen, der hier gelebt hat – es sei denn er hat sich zur Opposition bekannt – dass er ein großer Revolutionär war. Dann wäre er nämlich in Bautzen gelandet. Man wusste, was und wie viel man sagen durfte, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Aus Angst vor möglichen Konsequenzen habe ich den Mund gehalten. Ein bisschen Kritik durfte man anbringen, manchmal auch ein bisschen mehr. Man brauchte auch immer ein Aushängeschild. Wenn Frau Wigger in der Kinderklinik sich etwas kritisch äußerte, sah man dann vielleicht darüber hinweg. Aber es hatte alles seine Grenzen, und die kannte man in der Regel.

In der Familie oder im Freundeskreis blieb man unter sich. Es war so, dass mein Ehemann durch meine Westverwandtschaft in seiner Karriere behindert war. Seine Arbeitgeber forderten die Aufgabe meiner Kontakte zur Westverwandtschaft. Dann hätte seiner Karriere in der Außenhandelsbank nichts im Wege gestanden. Das allerdings erwartete mein Mann nicht von mir. So blieb ihm der Aufstieg verwehrt. Nach der Wende verwandelte sich dieses Negativum ins Positive. Daraus lässt sich schlussfolgern: Man darf sich nicht verbiegen und sollte immer auf seine innere Stimme hören.

Jetzt komme ich zu „Frau und Karriere“. Das Studium war unproblematisch, das habe ich schon mehrfach gesagt. Hier spielte das Geschlecht keine Rolle. Das änderte sich im Klinikalltag. Hier spielte das Geschlecht schon eine Rolle. In nunmehr fast 40jähriger Berufstätigkeit habe ich immer wieder bemerkt, dass Männer es einfacher haben. Mein hochgeschätzter Lehrer, den ich auch heute noch verehere und der für mich der Klügste in der Kinderklinik war, hat eindeutig die Männer bevorzugt. Wenn ich mit ihm darüber stritt, sagte er: „Ich weiß gar nicht, was sie wollen Frau Wigger. Sie....“ „Ja“, sage ich dann, „gerade ich, deshalb.“ Wenn bei der Visite eine Frau nicht alles parat hatte oder nicht alle Einzelheiten der Anamnese bis ins Kleinste wusste, dann gab es gleich Kommentare. Wenn der nette Kollege etwas nicht wusste, dann hat der Professor schon mal selbst in den Akten nachgeschaut. Es war sofort eine große Solidarität unter den

Männern, die mich immer geärgert hat. Ich hatte das Gefühl, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Ich glaube, es hat sich bis heute nicht so viel geändert.

Was braucht es, wenn man als Frau „Karriere machen“ will? Oder, wenn man einfach Lust daran hat, etwas zu hinterfragen? Wenn man neugierig ist und wissen möchte, was die Welt im Innersten zusammenhält, auch heute noch? Wenn man wissen möchte, warum ein und dieselbe Erkrankung bei Kindern unterschiedlich verläuft? Zuerst muss man als Frau Karriere selbst wollen. Das ist meiner Meinung auch in der heutigen Frauenbewegung der große Knackpunkt. Ich war auch einmal für eine gewisse Zeit – vor Frau Neumann – Frauenbeauftragte der Universität. Nach meiner Erfahrung wollen die meisten Frauen keine Karriere, und das ist auch in Ordnung, wenn sie auf ihre Weise glücklich werden. Nur, die Frauen, die weiter möchten, die die Welt hinterfragen möchten, sollte man fördern. Im Klinikum haben wir ungefähr tausend Angestellte, überwiegend Frauen. Aber wenn ich die Frauen zu einer Versammlung eingeladen hatte, kamen zwei. Mit anderen Worten, wen sollte ich denn da vertreten? Die zwei? Die brauchte ich nicht zu vertreten. Mich selbst konnte ich alleine vertreten. Mir schien es, dass überhaupt niemand vertreten werden wollte, und ich glaube auch nicht, dass sich das bis heute sehr geändert hat.

Als Nächstes muss man bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang macht sich bemerkbar, dass Frauen anders denken, anders fühlen, anders entscheiden, anders handeln. Frauen sind weniger aggressiv, deshalb mögen uns die Männer auch so gerne. Wir, die Frauen, sind ängstlicher und harmoniebedürftiger. Darüber kann man nicht hinwegsehen. Deshalb und weil wir viel mehr Rücksicht nehmen, weil wir auch auf die Folgen bestimmter Handlungen achten, sind wir vielleicht auch weniger durchsetzungsfähig. Männer haben eine andere Sicht der Dinge, lösen Probleme auf andere Weise, sicher nicht schlechter, aber eben typisch männlich. Ich denke, man darf das männliche Denken und die männlichen Verhaltensweisen nicht als Maßstab für die Verhaltensweisen der Frauen nehmen und umgekehrt. Gerade hatten wir den Fall, dass wir eine Kollegin aufgebaut, ihr alles für einen Aufstieg ermöglicht hatten. Aber dann kündigte sie mit der Begründung, sie wolle keine große Verantwortung tragen, sondern verkürzt arbeiten. Das war ihre Entscheidung, die wir respektierten.

Es gibt nicht so viele Frauen, die Verantwortung tragen wollen. Deshalb wird man Frauen nie gleichgewichtig in den oberen Gremien finden. Ich glaube auch nicht, dass dieses mit einer Quotenregelung zu lösen ist. Es liegt nach meiner Überzeugung in der Natur der Dinge.

Als dritten Punkt muss ich erwähnen, dass auch der Wille einer Frau allein für eine erfolgreiche Karriere nicht ausreicht. Frauen müssen zudem eine eiserne Gesundheit und Nerven wie Stahlseile haben. Und sie müssen einen verständnisvollen Partner finden, wenn sie eine Familie gründen wollen. Es tut mir immer wirklich leid, wenn ich meine vielen jungen alleinstehenden Kolleginnen sehe, die

sicher auch eine Familie gründen und Kinder haben möchten. Beruf und Familie bzw. Kinder unter einen Hut zu bringen, ist äußerst schwierig. Das war auch zu Zeiten der DDR schwierig, auch wenn das Gegenteil suggeriert wurde: Fünf Kinder, voll berufstätig im Dreischichtsystem, liebende Ehefrau und dann noch bücherlesend. Das war Quatsch, und das geht auch heute nicht. Man braucht einen verständnisvollen Partner, der für die Kinder da ist, wenn man Nacht- oder Wochenenddienst in der Klinik hat. Ich habe zum Beispiel immer mit doppelten Netzen gearbeitet. Neben der Kindertagesstätte hatte ich noch eine Frau im Hintergrund, die unsere Kinder, zwei Jungen, bei Krankheit betreut hätte, damit ich im Beruf nicht ausfalle.

Sie brauchen aber auch gesunde, relativ unkomplizierte Kinder. Sofern irgendwo ein bisschen Sand im Familien-Getriebe ist, funktioniert alles nicht mehr. Außerdem brauchen Sie, wie auch der Mann, am Beginn seiner Karriereleiter, Protektion, unabhängig vom Gesellschaftssystem. Das, so glaube ich, ist auch heute noch wichtig. Ohne Protektion ist es äußerst schwierig, ganz besonders für Frauen. Zu Zeiten der DDR wäre die Protektion die Partei gewesen, die Sache mit der Frauenförderung hatte ich schon erwähnt. Heute sind es Persönlichkeiten aus dem eigenen Fachgebiet, die einem den Weg ebnen können. Die sagen: „Fahren Sie jetzt mit dem Stipendium für ein halbes Jahr oder für zwei Jahre in die Staaten;“ oder: „Ich kenne da jemanden. In seinem Labor bringe ich Sie unter.“ Wenn Sie das nicht haben, dann wird der Karriereweg sicher schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Frauen und Gesellschaft ist ein weiterer Punkt. Das Frauenproblem ist ein gesellschaftliches Problem. Fast 90 % der Frauen in der DDR haben in den unterschiedlichsten Berufen gearbeitet. Die Kinder wurden in Tagesstätten betreut, wie es auch in Frankreich gang und gäbe ist. Was mich bis zum heutigen Tag ärgert ist die Ignoranz einer Alice Schwarzer⁸. Nie habe ich von ihr gehört: „Schauen wir doch einmal, wie die Frauen in der DDR gelebt haben?“ In ihrer Wahrnehmung gibt es uns eigentlich gar nicht. Bis zur Wende waren wir für sie gar nicht existent. Alice Schwarzer datiert die Frauenbewegung Deutschlands mit dem Jahr 1972, was überhaupt nicht stimmt. Als Frau Schwarzer 1972 in der Bundesrepublik die Frauenbewegung aus der Taufe hob, da haben wir hier schon gleichberechtigt gearbeitet und das gelebt, was auch die Französinen seit Jahrzehnten leben. Wir durften (konnten) berufstätig sein, da die Gesellschaft eine Kinderbetreuung in allen Altersgruppen ermöglichte. Wenn die Gesellschaft nicht bereit ist, die Voraussetzungen, in diesem Fall ausreichende Kinderbetreuung, für eine Berufstätig-

⁸ Alice Schwarzer, geboren 1942, Vertreterin der neuen deutschen Frauenbewegung, Gründerin und Herausgeberin der Frauenzeitschrift Emma. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Alice_Schwarzer (11.01.2010) und <http://www.aliceschwarzer.de/> (11.01.2010).

keit der Frauen zu schaffen, dann kann sie ihr ganzes Gerede über Gleichberechtigung vergessen.

Der nächste Punkt ist die Akzeptanz der Frau in der Gesellschaft. Vielleicht bin ich da besonders sensibilisiert. Wenn eine Frau im Akademischen Senat etwas sagt, ist das ganz etwas anderes, als wenn ein Mann etwas sagt. Und wenn Frau Wigger vor drei Rednern schon das gesagt hatte, was nun der dritte Redner auch sagt, wird nicht registriert, dass Frau Wigger diese Meinung schon geäußert hat. Diese Äußerung wird dann dem dritten Mann zuerkannt. Mag sein, dass ich nun ein wenig kleinlich bin. Aber, Sie wollten meine Befindlichkeiten hören. Ich denke zwar, dass Männer hier großzügiger sind. Aber, selbst wenn ich mir sage, nun denke mal wie ein Mann. Es geht eben nicht, ich bin halt eine Frau. Sie nicken zustimmend. Vielleicht bin ich ein bisschen sensibel bei diesem Thema, aber ich denke, dass die Frau besonders dann anders wahrgenommen wird, wenn sie sich einmischt. Hier bin ich jetzt schon am Ende, aber ich habe zu meinem 60. Geburtstag eine kleine Vorlesung zum Unterschied von Frau und Mann gehalten. Molekularbiologe Gerd Scherer⁹ behauptet: „Der Mann ist nur ein Ableger der Frau. Eine menschliche Sonderform für die Fortpflanzung, welche die Frau sich als Luxus leistet.“ Das gefällt mir natürlich, und ich glaube vielen, vielleicht nicht allen Frauen. Aber diese Aussage ist wissenschaftlich untermauert. Ursprünglich ist die Eizelle weiblich und nur durch bestimmte Einflüsse wird aus dieser weiblichen Zelle ein Mann. Am Anfang gibt es also keine differenten Geschlechter. Es gibt von der Natur quasi nur einen Bausatz für zwei Geschlechter, und durch viele Einflüsse wird dann zwischen der siebten und zwölften Schwangerschaftswoche aus dieser weiblichen Ursubstanz entweder Mann oder Frau.

Die geschlechtliche Identität des Hirns wird vor der Geburt durch Testosteron geprägt. Eine Ursache für die männliche Homosexualität wird in der unzureichenden Testosteronprägung des Hirns im Mutterleib gesehen. Damit bleibt das Hirn in unterschiedlichem Ausmaß weiblich und erklärt die große Variabilität der Homosexualität. Das Hirn ist somit das größte Geschlechtsorgan, und die geschlechtsspezifischen Verhaltenstendenzen sind uns schon in die Wiege gelegt. Das männliche und weibliche Gehirn unterscheiden sich morphologisch und damit auch funktionell. Auch an diesen Tatsachen kann man nicht vorbei. Es ist interessant, dass das Hirn wirklich große Unterschiede im Zellaufbau und in der Zellstruktur zeigt. Daraus ergeben sich natürlich ganz andere Verknüpfungen der Hirnzellen und daraus resultieren andere Handlungen. Mit einem weiblichen Hirn kann ich mich eben nicht wie ein Mann verhalten. Vor allen Dingen will ich das auch nicht. Nur, manchmal ist es besser, wenn man es täte.

⁹ Prof. Dr. Gerd Scherer, Universität Freiburg. Siehe auch: <http://forschdb.verwaltung.uni-freiburg.de/servuni/forschdbuni.fdbfbr1?Ausgabeart=bs&Abtkey=0099> (22.04.2010).

Zum Beispiel ist das Corpus callosum, das ist dieser dicke Balken zwischen beiden Hirnhälften, bei der Frau dicker. Damit können mehr Informationen zwischen den beiden Hirnhälften ausgetauscht werden und die Frauen sind in der Lage, viele Dinge gleichzeitig zu tun: Frau kann Marmelade kochen, Paper schreiben, telefonieren und fernsehen. Männer hören zum Beispiel nur mit einer Hirnhälfte. Stören sie mal einen Mann, der liest – der hört nichts. Der ist so mit dieser einen Tätigkeit beschäftigt, dass ihn nichts Anderes interessiert. Allerdings sollen die Hirnfunktionen diffuser sein, je weiblicher ein Hirn ist. Und Sie werden sich gleich wieder erkennen; die Männer werden sagen, genauso ist es. Wie Sie sehen (Powerpoint Präsentation), ist das auch wissenschaftlich unterlegt. Dieser große und schnelle Informationsaustausch zwischen den beiden Hirnhälften hat aber auch für die Frauen erhebliche Nachteile. Warum haben wir nicht so viele exzellente Mathematikerinnen, nicht so viele Physikerinnen? Weil es wohl wirklich so ist, dass die Männer zwar weniger gleichzeitig können, aber eben mit der einen Hirnhälfte sich ganz auf eine Sache konzentrieren. Das muss kein Fehler sein.

Der Mann macht alles mit dem Ziel, die Art zu erhalten. Es ist bekannt, dass der Mann einen Tunnelblick hat und auf die Jagd geht. Die Frau hat ihr Rundumradar und beschützt die Familie. Die Frau spricht 20.000 Worte pro Tag, sie ist sozusagen ein verbaler Gourmet. Männer sind mit 7.000 Worten gesprochenes „Fastfood“. Wir sind also ein Produkt der Biologie – mehr als ein Opfer der Sozialisation. Das haben etliche Studien belegt. Aber manchmal ist es schwierig, die Ursache für menschliche Entwicklungswege zu erkennen. In meiner Diplomarbeit über die Entwicklung von Krippenkindern erforschte ich den Zusammenhang zwischen sozialem Status, Krankheitseinflüssen und geistiger Entwicklung. Allerdings zeigten Kinder aus sozial schlechteren Schichten eine deutlich geringere geistige Entwicklung. Das durfte jedoch in der DDR nicht publiziert werden, weil damit das dem Sozialismus zu Grunde liegende Prinzip (Führung des Staates durch die Arbeiterklasse) in Frage gestellt hätte werden können. Das war damals nicht gewünscht. In diesem Fall wurde dann mehr der biologische Aspekt betont. Das typisch männliche oder weibliche Verhalten zeigt sich in bestimmten Situationen: 1. Spaß an der Konkurrenz – das hat eine Frau eigentlich nicht, denke ich. 2. Selbstdarstellung – das macht eine Frau auch nicht so gerne, wenn sie nicht gerade Frau Wigger heißt und heute hier sitzt. 3. Dominanzhierarchie – das heißt, dass die Dominanz eines Mannes sofort von den anderen Männern anerkannt wird, wenn er gewählt ist. Bei Frauen ist es anders. Eine Frau wird nicht von Ihrgleichen sofort in dieser Weise akzeptiert. 4. Misserfolgstoleranz – das hat mich auch überrascht, als ich diesen Sachverhalt las. Was heißt das? Wird eine Frau bei einer Bewerbung abgelehnt so sagen viele Frauen: „Oh, ich bin nicht gut genug für diesen Job. Nein, ich bewerbe mich gar nicht mehr.“ Der abgelehnte Mann schreibt am nächsten Tag die nächste Bewerbung und gibt diese an eine andere Universität, als hätte er kein Misserfolgserlebnis gehabt. Das nennt man

Misserfolgstoleranz. Dieses Verhalten ist für Frauen eher unüblich. Daraus resultiert auch, denke ich, dass Frauen sich nicht so viel zutrauen. Wenn sie einmal zurückgewiesen werden, wenn sie einmal Misserfolg hatten, dann stehen sie nicht auf wie ein Stehaufmännchen, sondern sind eher zurückhaltend.

Typisch weibliches Verhalten ist der Wunsch nach Gleichheit, weniger Konkurrenzdenken, und eine Geltungshierarchie. Die Frau wird nicht unbedingt gleich von den anderen Frauen anerkannt, sie muss dafür ganz schön was leisten. Diese Geltungshierarchie besteht darin, dass oft die Meinungen anderer miteinbezogen werden und führt manchmal zu endlosen Diskussionsrunden ohne Ergebnis. Während der Mann sagt: „So, jetzt ist hier aber Schluss.“ oder „Ende der Diskussion.“ Das kennen wir aus dem Senat. Das ist auch gut so, sonst kommt man nie zu einem Ende. Im Konkurrenzfall zwischen Mann und Frau hat der Mann wegen der angeborenen Verhaltenstendenzen die besseren Karten in der Gesellschaft, das muss man einfach sagen.

Den folgenden Satz fand ich schön und damit möchte ich schließen: „Der Unterschied der Geschlechter steht nicht im Gegensatz zur Gleichberechtigung.“ Der Satz ist leider nicht von mir. „Gleichberechtigung ist die Freiheit, das zu tun, wozu man sich berufen fühlt. Unterschied heißt, dass Mann und Frau sich vielleicht nicht zu den gleichen Dingen berufen fühlen.“ Das finde ich gut. Ich mag keine Reifen montieren, einen Ölwechsel machen oder Nägel in die Wand hauen. Dafür koche ich sehr gern Marmelade, backe und koche. Das ist auch in Ordnung, wenn jeder das tut, wozu er sich berufen fühlt. Damit möchte ich aufhören und jetzt können Sie Fragen stellen.

Diskussion

Kersten Krüger:

Wir dürfen uns bedanken, nun darf ich um Wortmeldungen bitten.

Hilde Michael:

Können Sie darauf eingehen: Wo und wie haben Sie die Wende erlebt ? Was waren Ihre ersten Gedanken, die Sie einerseits als Privatperson und andererseits als Professorin hatten?

Marianne Wigger:

Sehr schön, das hatte ich vergessen, vielen Dank für die Frage. Ich war 1989 in Ungarn, vom 1. Januar bis zum 1. Juli. Das war genau die Zeit der Proteste, die in einer Leipziger Kirche ihren Anfang nahmen. Am Ende meines Aufenthalts in Ungarn wurde die Grenze zu Österreich geöffnet. Es flohen Leute aus der DDR in die Budapester Botschaft der Bundesrepublik. In Budapest selbst fanden große

Veranstaltungen statt, die ich mit Interesse verfolgte. Ich habe an einer Feierlichkeit zum Gedenken an den früheren Ministerpräsidenten Imre Nagy,¹⁰ der von seinen sozialistischen Genossen ermordet worden war, teilgenommen. Das war ein großes Erlebnis. Die ungarischen Kollegen fragten mich: „Wie wird denn das bei Euch in Deutschland sein?“ Ich antwortete: „Wir sind so preußisch, ich kann mir nicht vorstellen, dass da überhaupt etwas passiert.“ Da hatte ich mich total geirrt. Als ich nach Deutschland zurück kam, fanden auch in Rostock die Donnerstagsdemonstrationen statt. Ich habe mich daran beteiligt, war aber in keiner Gruppe tätig. In unserer Klinik gab es drei, vier Leute – Ingo Richter¹¹ zum Beispiel, der sehr aktiv war und auch die SPD in Rostock mit gegründet hat, wir sind befreundet. Aber an seinen Aktivitäten war ich nicht beteiligt. Ich war mit Sicherheit dafür, aber ich war nicht aktiv. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite war ich zu sehr DDR-Bürger. Man (ich) hat sich gewundert, dass bei den Demonstrationen eigentlich für uns sichtbar nichts passiert. Man hat eigentlich immer damit gerechnet, auch bei den Demonstrationen hier in Rostock, dass irgendjemand einschreitet. Bis zur letzten Minute hätte ich mir nicht vorstellen können, dass es eine unblutige Wende wird.

Edmund Fanning:

Sie sagten, dass Ihr Praktisches Jahr Ihr politisches Lehrjahr war. Könnten Sie etwas genauer ausführen, wie Sie das gemeint haben?

Marianne Wigger:

In dieser Zeit änderte sich mein Freundes- und Bekanntenkreis grundlegend. Einer der Praktikanten war ein Pastorensohn, hochgebildet und aus einer ganz anderen sozialen Schicht kommend als ich. Eine weitere Praktikantin, die auch jetzt noch meine engste Freundin ist, kam auch aus einer anderen sozialen Schicht. Beide brachten ganz andere Sichtweisen mit. Ich muß auch gestehen, dass mir die Ziele der DDR wie Gleichheit für Alle, gleiches Bildungssystem, keine Standesunterschiede, gefallen haben. Ich kann nicht sagen, dass ich aufgestanden wäre und gesagt hätte, das will ich nicht. Das aber war nur die eine Seite. Deshalb war es dem System vielleicht auch möglich, die Leute solange ruhig zu halten. Das ist ja teilweise – wenn ich den Bogen so weit spannen darf – auch noch heute das

¹⁰ Imre Nagy, 1896-1958, ungarischer Politiker, 1953 und 1956 Ministerpräsident. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Imre_Nagy (12.01.2010) und <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/NagyImre/index.html> (12.01.2010).

¹¹ Prof. Dr. Ingo Richter: *Catalogus Professorum Rostochiensium*: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001655 Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten*. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008, S. 254-292.

Problem der Ostdeutschen, dass sie sich nicht akzeptiert und sich in ihrem Selbstbewusstsein total verletzt fühlen, weil sie jetzt anscheinend nicht mehr so gebraucht werden, wie es damals der Fall war.

Im Nachhinein muss ich sagen, die sozialistischen Parolen waren fast ein Missbrauch und eine gute Propaganda, die auch bei mir gefruchtet hatte. Durch unsere Gespräche, die wir jeden Nachmittag bis in die Nacht hinein geführt haben – wie Sie das ja von sich auch kennen, es hat sich da nichts verändert: man will die Welt verändern, die Welt einreißen und umstürzen – bin ich erstmals auf eine andere Sichtweise der Dinge gelenkt worden. Das hat zu einem Prozess des Umdenkens geführt. In meinem ersten Studienjahr habe ich an meinen Geschichtslehrer – das war einer der politischen Lehrer in der Oberschule – einen bitterbösen, vierseitigen Brief geschrieben, in dem ich ihn fast beschimpfte und mich über seine Lügen beklagte. Bis dahin hatte ich in der Tat Vieles von dem, was man uns in der Schule erzählt hatte, geglaubt; zum Beispiel auch über die Sowjetunion. Mein Glaube wurde erst in dieser Zeit erschüttert. Ich habe immer gerne und viel gelesen. Dazu habe ich mir Romanhefte gekauft, die nur 80 Pfennig kosteten. Darunter war auch „Wanjuschka Mursins mörderische Liebe“.¹² Dieses Heft hat, so glaube ich, sonst kein Mensch gekauft. In diesem Buch stand verbrämt die Wahrheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie dieses Buch durch die DDR-Zensur gekommen ist. Ich kann es mir nur so erklären, dass der Lektor es gar nicht gelesen hatte. Im Buch stand, wie das System funktionierte: Nicht die Leistung, sondern die Parteizugehörigkeit war das Entscheidende; zum Beispiel wurde die Größe eines Feldes willkürlich festgelegt je nach der Person, die darauf gearbeitet hatte. Sollte diese Person ausgezeichnet werden, vergrößerte sich das Feld theoretisch auf wundersame Weise, und keiner konnte dagegen etwas ausrichten. Da kam ich ins Grübeln und habe mich ganz bitter bei meinem ehemaligen Geschichtslehrer beschwert. Ich habe keine Antwort auf meinen Brief erhalten, aber der Funke des Nachdenkens war richtig entfacht worden.

Heiko Marski:

Mich würde interessieren, wie Sie ganz persönlich die momentan stattfindende Unrechtsstaatsdebatte sehen.

Marianne Wigger:

Also diese Frage finde ich ganz interessant. Die Diskussionen dazu haben mich auch geärgert. Die DDR war ein Unrechtsstaat, Punkt. Dass nicht alles schlecht war, das habe ich Ihnen ja auch gesagt. Aber man darf das nicht vermischen. Wenn eine mögliche zukünftige Bundespräsidentin sagt, so könne man das nicht

¹² Lipatov, Wil: Wanjuschka Mursins mörderische Liebe. Berlin [u.a.] 1983.

sagen, der Staat sei vielleicht doch nicht ein so ganz großer Unrechtsstaat gewesen, wir hätten ja auch Gutes gehabt, dann vermischt sie da zwei Dinge. Für mich ist klar, es war eine Diktatur. Vielleicht ist das in meinen Ausführungen bisher nicht so deutlich geworden: Wir waren eingesperrt, wir durften nur begrenzt reisen. Und wenn jemand dieses Gelobte Land verlassen wollte ... – denken Sie an Chris Gueffroy,¹³ der letzte, der an der Mauer erschossen wurde, der nichts anderes wollte. Ich habe nicht versucht, das Land zu verlassen, weil ich nicht in Bautzen landen wollte. Ein Staat, der seine Bürger quasi einsperrt oder der 17-Jährige fragt, ob sie für die Stasi arbeiten wollen, das ist doch schlimm. Da kann ich wirklich nur sagen: „Es war ein Unrechtsstaat, eine Diktatur bleibt eine Diktatur.“ Sie finden ja auch im Nationalsozialismus einige Dinge, die nicht schlecht waren, aber trotzdem bleibt der Nationalsozialismus ein Unrecht. So würde ich das ganz klar definieren, und so würde ich das auch Gesine Schwan¹⁴ sagen.

Kersten Krüger:

Darf ich mich da einmal einschalten? Die DDR war ein Rechtsstaat im eigenen Verständnis, denn im Sinne des Marxismus ist Recht nur das Unterdrückungsinstrument in den Händen der Herrschenden. Im bürgerlichen Verständnis ist dies umgekehrt ein Unrechtsstaat. Insofern bin ich für die Klarstellung sehr dankbar, und ich kann auch nicht verstehen, wie Politiker ohne Ahnung vom Marxismus daher reden.

Arne Busch:

Sie haben eben schon kurz angerissen, wie sich der Alltag im Beruflichen und Privaten verändert hat. Als jemand, der in der DDR geboren wurde und bei der Wende vier Jahre alt war, habe ich keine Vorstellung davon, was sich verändert hat.

Marianne Wigger:

In meiner Arbeitsweise brauchte ich mich nicht zu ändern. Ich arbeite so, wie ich vorher gearbeitet habe, und das wird bei vielen anderen auch so sein. Es ist einfach so, dass das Grundlagenwissen gerade in der Medizin überall auf der Welt gleich ist. Wir hatten eine hervorragende Ausbildung hier in Rostock, und alle Ärzte, die ins westliche Ausland gegangen sind, auch schon zu DDR-Zeiten,

¹³ Chris Gueffroy, 1968-1989, das letzte Todesopfer durch Waffeneinsatz an der Berliner Mauer. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Chris_Gueffroy (12.01.2010).

¹⁴ Prof. Dr. Gesine Marianne Schwan, geboren 1943, deutsche Politikwissenschaftlerin, Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin 2004 und 2009. Siehe auch: <http://www.gesine-schwan.de/> (12.01.2010) und http://de.wikipedia.org/wiki/Gesine_Schwan (12.01.2010).

konnten dort sofort arbeiten. Da gab es keinen Unterschied. Aber die Pharmaindustrie, die ja sehr rührig ist, hatte in Westdeutschland ganz viele Präparate auf dem Markt. Zum Beispiel braucht man, um den Blutdruck zu senken, eigentlich nur fünf verschiedene Präparate, aber Sie finden in der Liste von einer Sorte über 40 verschiedene Anfertigungen, und Sie müssen lernen, damit umzugehen. Das ist aber nicht so sehr das Problem. Was das Medizinische betrifft, gab es gar nicht so einen großen Wandel. Natürlich haben wir jetzt mehr Technik, wir haben moderne Technik und können alles machen, was heute in der Welt möglich ist. Schlimmer war es ja für Lehrer, einschneidend für Leute in der Ökonomie, in den Banken. Also für viele Berufsgruppen hat sich sicher viel geändert. Für Handwerker war es erschreckend, plötzlich mit dem Schließen der Werften arbeitslos zu sein. Sie waren gut ausgebildet, aber es war keine Arbeit mehr da. Für diese Berufsgruppe sah es ganz anders aus.

Kolja Trieglaff:

Sie sprachen davon, dass Sie in der Schule eine Patenschaft übernommen haben für Kinder, die in der Schule nicht so gut mitkamen. Können Sie dieses System kurz beschreiben?

Marianne Wigger:

Das war nichts anderes als Nachhilfeunterricht, wenn man so will. Ich hatte vier Jahre Latein und mochte die Klarheit der Sprache. Ich unterhielt mich erst neulich mit einem Kollegen aus Westdeutschland, der auch Latein hatte. Er sagte, anhand des Lateinischen hat er erst die deutsche Grammatik richtig gelernt, also bin ich wahrscheinlich nicht die Einzige, die so empfindet. Aber für viele war Latein schwierig, und da habe ich nachmittags eine Mitschülerin Vokabeln und Formen abgefragt oder schon in der Grundschule mit schwächeren Mitschülern Mathematik und Lesen geübt.

Kolja Trieglaff:

Ging das von Ihnen aus oder wurde das von Ihnen gefordert?

Marianne Wigger:

Das hört sich so hart an: „gefordert“. Also eines muss man ja dem DDR-Bildungssystem lassen, und das ist auch so ein Punkt, der mich ärgert: Die Finnen haben ja das System übernommen und fahren damit nicht schlecht, sind ja bei PISA ganz vorn. Es wurde von den Lehrern, und da muss ich alle Lehrer in Schutz nehmen, darauf geachtet, dass jedes Kind so viel Wissen wie möglich in sich aufnahm. Und wenn man sah, dass das Kind nicht so konnte, weil eben die Hirnzellen ein bisschen anders geknüpft waren, dann hat man Nachhilfe angeregt. Das hieß dann sozialistischer Lernzirkel, aber wenn Sie das sozialistische wegnehmen, war es

letztlich einfach Hilfe: Sie haben Schwächeren geholfen. Sie mussten dazu nicht gezwungen werden. Ich war auch nicht der Typ, den man zu so etwas zwingen musste, das habe ich gerne gemacht. Und wenn man das Wissen selbst vermittelt, verfestigt sich das Gelernte ja für einen selbst noch mehr. Das habe ich damals nicht so gewusst, aber das ist ja ein Prozess, der automatisch abläuft.

Jonas Rosenow:

Als Sie darauf angesprochen wurden, ob Sie als IM arbeiten wollen, wie kann man sich das genau vorstellen? War es so, dass da zwei Herren bei Ihnen vor der Tür standen?

Marianne Wigger:

Genau so. Es war 1963, ich war gerade 17. Offensichtlich hatte mich der Schulleiter gemeldet, weil ich sehr nahe Verwandtschaft in Westdeutschland hatte, und er sicher geglaubt hatte, dass ich über diesen Weg erpressbar sein könnte. Es war auch für mich überhaupt nicht sicher, ob ich nach der Ablehnung an der Schule bleiben konnte. Da standen plötzlich zwei Herren vor der Tür und sagten, sie würden gerne einmal mit mir sprechen. Da ich im Internat wohnte, wo sie nicht mit mir sprechen wollten, sind sie mit mir in einen Wald in der Nähe von Grevesmühlen gefahren. Ich hatte nicht den Mut, diese Aufforderung und die Fahrt abzulehnen. Dazu war man zu sehr in diesem Gefüge gefangen. Ich wusste zuerst nicht, dass diese Männer zur Staatssicherheit gehörten, aber sie waren entsprechend gekleidet. Sie haben ja auch nicht gesagt, ich solle für die Staatssicherheit arbeiten, so plump waren sie nicht. Ich sollte ihnen nur Berichte aus meinem Umfeld liefern: Es sei doch neulich im Internat eingebrochen worden, und man wisse ja gar nicht, wer das gewesen sei, und es sei doch wichtig, dass so etwas nicht mehr vorkommt. Wenn ich irgendetwas hören sollte, dann sollte ich ihnen das doch sagen. Also sie haben nicht gesagt, nun müssen Sie das oder jenes tun. Eigentlich haben sie auf den ersten Blick nur ganz harmlose Dinge gefordert oder erwähnt, wie Sie es oft auch lesen. Sie sollten nur gelegentlich mal dieses oder jenes berichten. Dann habe ich gleich gesagt, das könne ich nicht, und das wolle ich auch nicht, worauf sie sagten, sie gäben mir noch Bedenkzeit. Nach etwa einer Woche kamen sie dann wieder, so ganz genau weiß ich das nicht mehr wann. Man verdrängt ja auch. In dieser Woche hatte ich mir schon überlegt, was ich machen werde, aber da kam dann auch die Angst dazu. Bei meiner zweiten Weigerung, mit ihnen zusammenzuarbeiten, waren die Männer nicht mehr so fein. In meiner handgeschriebenen Ablehnung stand sinngemäß drin, dass ich mich dazu nicht in der Lage fühle, und dass ich mich von allen Leuten fernhalten würde, nur um nicht über sie berichten zu müssen. Und dann habe ich in meiner Not etwas getan, wovon später alle sagten, das es einen Schutz darstellte, das wusste ich aber damals nicht: In meiner Not bin ich zum Direktor meiner Schule gegangen. Ich

konnte das mir Angetragene ja nicht mit meinen Freunden besprechen, das war verboten, das war mir ziemlich klar bzw. das hatte man mir ganz deutlich gesagt. Mit diesem Gespräch habe ich mich wohl selbst geschützt, denn der Direktor hatte möglicherweise zu den entsprechenden Stellen eine Information gegeben. Aber, das kann ich nicht beweisen und auch nicht den Akten entnehmen. Dann musste ich diese Schweigeverpflichtung unterschreiben und dann war ich eigentlich aus der Sache raus, aber die Angst blieb ja.

Axel Büsser:

Ich hätte da direkt eine Anschlussfrage: Den Text der Schweigeverpflichtung, haben Sie den selbst geschrieben?

Marianne Wigger:

Den habe ich selbst geschrieben.

Axel Büsser:

Gab es da Vorlagen?

Marianne Wigger:

Nein, es war in einem Zimmer in Klütz bei Boltenhagen. Ich weiß gar nicht mehr, warum wir nach Klütz gefahren sind, der Ort ist 20 Kilometer von Grevesmühlen entfernt. Es war kariertes Papier, und es gab keine Vorlagen. Das musste ich selbst schreiben.

Axel Büsser:

Da steht ja mehr oder weniger drin, dass Sie sich schämen, dass Sie nicht dazu in der Lage sind, das zu machen.

Marianne Wigger:

Ja, was fällt Ihnen dazu als 17-Jährige ein, wenn Sie unter einem extremen Druck mit großer Angst etwas schreiben sollen? Den letzten Satz in der Erklärung, den hat man mir, glaube ich, diktiert. Darauf wäre ich ja nun nicht gekommen. So, wie Sie es sagen, steht es übrigens auch nicht drin. Ich habe nicht geschrieben, dass ich mich schämen würde, sondern, dass ich mich nicht dazu in der Lage sehe, das ist ja was anderes, das hat einen anderen Ton. Wie dem auch sei, ich denke, man steht da ganz schön unter Strom, und da kann man das Wort nicht auf die Goldwaage legen. Mir ging es darum, nicht für die Stasi zu arbeiten, das war mein Ziel. Ob nun das eine Wort so oder so gewählt worden war, darüber würde ich jetzt nicht richten wollen, und es wäre mir in der Situation auch egal gewesen.

Steffen Bild:

Mich würde interessieren, ob Sie durch Ihre nicht aktive Teilnahme am Parteigeschehen oder der Stasi nach der Wende irgendwelche Vorteile genossen haben, oder ob Sie mitbekommen haben, dass andere wegen ihrer aktiven Teilnahme Nachteile erlitten haben?

Marianne Wigger:

Nein, eigentlich wollte ich diesen Bereich nicht tangieren. Aber, da Sie mich fragen, will ich gerne antworten. Vorteile habe ich mit Sicherheit nicht gehabt, eher im Gegenteil. Es passierte nämlich in unserer Klinik Folgendes: Zur Investitur des neuen Rektors¹⁵ wurden ausgewiesene Parteigenossen geschickt. Damals waren wir anderen sehr verärgert, ich persönlich auch. Es waren 40 parteilose, oder doch mindestens 20 parteilose Kollegen in der Klinik und zehn Parteigenossen, so genau weiß ich das auch nicht mehr. Und dann wird nach der Wende zur Investitur des neuen Rektors die ehemalige Parteisekretärin geschickt! Weiter ging es dann mit der Bildung eines so genannten Ethikrates. Dort sollte ich eine Studie vorstellen und glaubte, meinen Augen nicht zu trauen, das Ganze muss so um 1991 oder 1992 gewesen sein. In dieser Ethikkommission traf ich den letzten Parteisekretär unserer Klinik. Mir ging es gar nicht um die Person, Sie dürfen das nicht falsch verstehen, er war ein angenehmer Kollege, aber auch Träger des Systems. Dieser Kollege saß nun vor mir in der Ethikkommission. Ich dachte, ich sei im falschen Film. Wie Sie mich nun vielleicht erlebt haben, habe ich das natürlich nicht still hingenommen. Ich sagte sinngemäß: „Also nun bin ich ja vom Donner gerührt. Ich sitze hier, kaum ist die Wende da, wieder vor dem Parteisekretär, von dem ich ja eigentlich glaubte, dass er nun keine tragende Funktion mehr haben sollte.“ Im ersten Gefühl wollte ich aufstehen und gehen. Dann habe ich mir aber gedacht – manchmal hat man ja so einen Schutzengel –: „Nein, das machst du nicht, du hast dich geäußert, du ziehst das Ding jetzt hier durch.“ Wie gut, wie gut, denn am nächsten Tag wurde ich vom Direktor unserer Klinik gerügt, dass ich seine Anordnung unterlaufen hätte, denn er hatte den Kollegen in die Ethikkommission entsendet. So konnte ich aber dann antworten, dass ich seine Anordnung nicht unterlaufen hätte, und dass ich mich nur über die Zusammensetzung der Ethikkommission geäußert hätte. Ich habe es als sehr ungewöhnlich gefunden, dort einem Parteigenossen und nicht nur einem Parteigenossen, sondern dem letzten Parteisekretär gegenüber sitzen zu müssen. Wäre ich weggegangen, hätte es als eine Art Arbeitsverweigerung ausgelegt werden kön-

¹⁵ Prof. Dr. Gerhard Maeß; *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000772 Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten*. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007, S. 44-77.

nen, da der Direktor der Kinderklinik diesen Kollegen in die Ethikkommission delegiert hatte. Damit hätte man dann etwas gegen mich in der Hand gehabt. Ich habe dann lediglich gesagt, dass ich das Ganze nicht verstehe, denn schließlich wäre nicht ich der Parteisekretär gewesen, sondern der Kollege. Darauf äußerte der Chef, sich überlegen zu wollen, ob er unter solchen Umständen die Leitung der Klinik weiterführte. Am nächsten Tag hatte er es sich dann aber doch überlegt und leitete die Klinik weiter. Wie dem auch sei, also Vorteile hatte ich nicht, nein. Einige Kollegen, die für die Stasi gearbeitet hatten, haben beizeiten Rostock verlassen und ohne Prüfung durch irgendwelche Kommissionen bei ausreichender Qualifikation lukrative Arbeitsstellen im westlichen Teil der Republik erhalten. Das waren so Reminiszenzen aus der Wendezeit.

Heiko Marski:

Was mich noch interessieren würde, Sie haben es vorhin sehr lebhaft berichtet, dass Frauen in höheren Gremien eher ignoriert werden. Also aus meinen Erfahrungen heraus kann ich nur sagen, dass weibliche Studenten noch schlimmer dran sind. Die sind dann genauso interessant wie ein umfallendes Glas Wasser, wobei das eher selten vorkommt. Mich würde interessieren, haben Sie in Bezug auf die Zeit in der DDR und der BRD Vergleichserlebnisse? Zählte die Stimme der Frau in der DDR mehr, oder war es der gleiche Chauvinismus?

Marianne Wigger:

Nein! Wir hatten zwar eine auf dem Papier durchgesetzte Gleichberechtigung in der DDR, aber sie war auch nur insofern durchgesetzt, indem die Gesellschaft die Betreuung fast jeden Kindes in Kindertagesstätten ermöglichte. Somit konnte jede Frau, die es wünschte, arbeiten. Ich glaube nicht, dass man damit in erster Linie die Gleichberechtigung verwirklichen wollte. Das war eher ein Nebenprodukt. In erster Linie waren es sicher ökonomische Zwänge - die Frau wurde als Arbeitskraft gebraucht. Ich habe das nie untersucht, auch nicht viel darüber gelesen, aber ich denke schon, dass die Frau in dem damaligen Wirtschaftssystem als Arbeitskraft gebraucht wurde und sich das System deshalb vor die Frau gestellt hat. Als Beispiel dafür mag gelten, dass die Frauen in den 60iger und 70iger Jahren nach der Geburt eines Kindes zunächst nur sechs oder acht Wochen mit finanziellem Ausgleich zu Hause bleiben konnten. Später, als nicht mehr so viele Arbeitskräfte gebraucht wurden, verlängerte sich der Zeitraum bis zu einem Jahr. Es gab das sogenannte Babyjahr mit finanziellem Ausgleich. Natürlich war die Argumentation keine ökonomische, und ich muss sagen, wir Frauen haben uns über dieses Jahr gefreut. Auch ich habe es in Anspruch genommen. Aber die Berufstätigkeit der Frauen in der DDR hatte auch noch einen anderen Aspekt, nämlich den ökonomischen Aspekt innerhalb der Familie. In einer Familie mussten beide Ehepartner verdienen, damit die Familie einigermaßen über die Runden kam. Wenn

also nur einer verdiente, dann wurde es ganz schön eng, so dass sowohl der Staat als auch die Frau an der Berufstätigkeit der Frauen interessiert war.

Dazu kam dann das Interesse der Frauen an der Arbeit. Mit anderen Worten, wenn man einmal Blut geleckt hatte – als Mädchen oder als Frau – dann wollte man auch nicht in die Hausfrauenrolle zurück. Das gesellschaftliche Leben spielte sich auch vielmals in den Betrieben ab. Auch wurden den Mädchen in der Schule ein anderes Frauenbild als in Westdeutschland vermittelt. Das sind vielleicht einige Unterschiede zu den Frauen in Westdeutschland. Die Frauen meines Alters waren in der BRD überwiegend zu Hause und fanden das bis 40, solange die Kinder noch im Hause waren, auch ganz gut. Danach kam dann wohl der Drang zur Selbstverwirklichung. Ich habe viele Gespräche zur Wendezeit darüber mit westdeutschen Frauen geführt. Mehrfach, von weitaus jüngeren Frauen als ich, wurde ich gefragt, ob ich mich nicht schlecht gefühlt hätte, die Kinder in einer Tagesstätte abgegeben zu haben. Diese Tagesstätten aber ermöglichten der Frau schon eine viel frühere Selbstverwirklichung. Ich habe einmal zu einer jungen Frau aus Westdeutschland gesagt: „Wissen Sie, ob ich nun selbstverwirklicht war, bin oder zukünftig sein werde, das kann ich ihnen gar nicht sagen. Ich hatte und habe gar keine Zeit darüber nachzudenken. Ich musste funktionieren, um das alles unter einen Hut zu bringen.“ Also, ich würde nicht denken, dass die Akzeptanz der Frauen durch die Männer oder die Gesellschaft in der DDR größer war, sie wurden für die Arbeit gebraucht. Bezüglich Ihrer ersten Frage nach der Akzeptanz der Frauen in Gremien unterschied sich die DDR sicher nicht von der BRD. In den Gremien der DDR finden sie als Beweis dafür auch nur ganz wenige Frauen. Aber auch diese Tatsache hat eine andere Seite, denn ein Großteil der Frauen wollte gar nicht in Gremien mitarbeiten und auch gar nicht an vorderster Front stehen, wie jetzt auch. Sie waren und sind zufrieden, so wie es war und ist. Ich kann immer nur unterstreichen, wenn sie zufrieden sind, dann ist das in Ordnung, dann muss man ja auch niemand zwingen, bloß nicht zwingen.

Kolja Trieglaff:

Sie sagten vorhin, Sie seien abgehört worden, haben aber gar nicht gesagt, wie Sie das gemerkt haben.

Marianne Wigger:

Doch das kann ich Ihnen sagen, das ist so ein metallenes Geräusch. Sie nehmen den Hörer auf, sprechen hinein, und es klingt so, als wenn sie in eine große Halle hineinsprechen. Das hört man ganz gut. Eigentlich war dieses Abhören witzlos, denn ich wüsste gar nicht, was man bei mir oder bei uns hätte abhören wollen. Manchmal haben sie wohl auch Gespräche mitgeschrieben. Aber bei uns wäre das völlig witzlos gewesen. Auch war eine Denunziation einer Mitarbeiterin einer Tankstelle in der Südstadt auf den ersten Blick völlig sinnlos. Ich hatte mich über

Kinderkram aufgeregt, eigentlich lächerlich, gar nichts Politisches, und eigentlich ist es mir heute fast peinlich. Sie schrieb eine Seite über mich, was ich gesagt hätte, wie ich aufgetreten sei und schloss das Ganze mit einem zusammenfassenden Fazit von ihr ab. Ich habe diese Seite in meiner Stasiakte wiedergefunden. Wozu sollte das gut sein, und wozu wurde so etwas gesammelt? Aus dem Bekanntenkreis kenne ich allerdings Beispiele, deren harmlose Redereien, aufgeschrieben von solchen Leuten wie der Mitarbeiterin der Tankstelle, negativ ausgelegt worden sind, wenn sie in das Fadenkreuz der Stasi gerieten. Solange man einigermaßen angepasst und ruhig war und keinen Ärger verursachte, geschah einem eigentlich nichts. Daher stammt die Aussage vieler Leute, sie hätten die Stasi gar nicht gemerkt. Das stimmt auch, diese Menschen übertreiben nicht. Nur in dem Moment, wenn sie dieses gelobte Land hätten verlassen wollen oder oppositionell tätig geworden wären, hätte die Stasi alle irgendwann zugetragenen Denunziationen herausgeholt und noch wilde Sachen dazu erfunden. Ein „Gericht“ hätte sie dann entsprechend der Vorkommnisse im Namen des Volkes verurteilt.

Arne Busch:

Sie haben berichtet, dass Sie mit Ihrer Westverwandtschaft kommuniziert haben. Sind Sie sich dort irgendwie der unterschiedlichen Verhältnisse der beiden verschiedenen Staaten bewusst geworden, also sprach man darüber, dass es dort eigentlich ganz anders aussieht als hier.

Marianne Wigger:

Ja, das tat man schon. Ich habe bis in das Jahr 1957 mindestens 3 Monate pro Jahr in Westdeutschland bei Bremen gelebt. Dort hatte ich auch Freundinnen und erhielt so Einblicke in das westliche Leben. Ich hatte ihnen ja schon gesagt, dass mir die Schule dort nicht gefallen hat, insbesondere die Tatsache, dass ich wohl aus finanziellen Gründen nicht hätte eine höhere Schulen besuchen können. Für Kinder aus finanziell besser gestellten Familien war das kein Problem, auch wenn der Kopf eigentlich nicht so klug war. Kluge Mädchen ohne ausreichenden finanziellen Hintergrund wurden dann Verkäuferin. Verkäuferin ist zwar kein schlechter Beruf, aber er entsprach nicht meinen Vorstellungen. Diese Situation fand ich ungerecht, und deshalb hatte ich nicht den Wunsch, in Westdeutschland zu bleiben.

Später kam dann die Westverwandtschaft mindestens einmal im Jahr nach Rostock zu Besuch. Das hat man natürlich schon genossen, und man hat über die Unterschiede in den Lebensverhältnissen gesprochen. Meine Verwandtschaft war nicht so gut „betucht“, deswegen hatte ich auch gar nicht so hohe Erwartungen nach der Wende. Mir war schon vor der Wende klar, dass manche Familien auch im Westen sehen mussten, wie sie über die Runden kamen. Auch wenn manche in

der DDR auftraten wie große Lords, war ihr „Osturlaub“ manchmal nur mit geborgtem Geld möglich.

Das Neptun-Hotel wurde im Jahr 1970 gebaut, zu dem Haus gibt es übrigens ein interessantes Buch, welches ich ihnen nur empfehlen kann „Hotel der Spione“.¹⁶ Es war genau unsere Studentenzeit, und da haben wir im hochgelegenen Café sehr gerne Kaffee getrunken. Es war ein elegantes, exzellentes Café. Es gab dort den besten Kuchen Rostocks. Ebenso schön war die Eisbar, und von den Toiletten ganz zu schweigen: Sanitäranlagen, wie wir sie nicht kannten. All’ das war von den Schweden gebaut. Man genoss dieses schöne Hotel richtig. Und dann passierte bei einem Besuch meiner Mutter – einer relativ einfachen Frau – Folgendes: Nachdem wir ihr sozusagen mit dem Neptun-Café das Beste offeriert hatten, sagte sie: „Na ja, das ist hier so wie mein Marktcafé in Witten.“ Also man hat schon über die Unterschiede gesprochen. Gut, man hätte ausreisen können. Aber, das stand für mich eben gar nicht zur Diskussion. Ein Kollege von uns hatte geäußert, dass er ausreisen wolle. Er arbeitete im Südstadtkrankenhaus. Eine Woche nach dieser Äußerung war er arbeitslos. Seine Frau wurde anschließend auch arbeitslos. Also, man wusste auch genau, nein eigentlich wusste man eben nicht genau, was passierte, wenn man äußerte, dieses Land verlassen zu wollen. Wir wussten, dass etwas passiert, aber wir wussten nicht, was passiert. Die Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhang wäre ja noch das Harmloseste gewesen. Es hätte ja auch sein können, dass man Eltern unter diesen Bedingungen die Kinder wegnahm und sie ins Heim gegeben hätte, weil die Eltern sie nicht zu sozialistischen Persönlichkeiten hätten erziehen können. Das ist nicht von so weit hergeholt, und wenn man das alles nicht wollte, dann hat man sich entsprechend gefügt, nicht wahr?

Julia Harder:

Wir haben von einer anderen Zeitzeugin gehört, dass sie den Kontakt zu ihrer Westverwandtschaft aufgeben musste, damit ihr Sohn studieren konnte.

Marianne Wigger:

Mein großer Sohn hat zu dieser Zeit einen Studienplatz bekommen. Es wurde von uns nichts gefordert, und Sie sehen ja, ich selbst konnte trotz intensiver Westverwandtschaft auch studieren. Das war allerdings in den 1960er Jahren, da war es vielleicht auch noch einfacher. Ich glaube, zehn Jahre später hätte ich keinen Studienplatz mehr bekommen. Es gab in den 60iger so eine Art Grauzone – ähnlich wie nach der Wende. Einer wusste nicht, was der andere tat; selbst absolut systemkonforme staatstragende Personen wussten manchmal nicht, mit

¹⁶ Pohlmann, Friederike: Hotel der Spione. Das „Neptun“ in Warnemünde. 2. Aufl. Schwerin 2009.

bestimmten Sachen umzugehen. Ich kann nicht sagen, dass die Aussage der Zeitzeugin nicht stimmt. Wenn sie es so gesagt hat, dann wird es so gewesen sein. Bisher habe ich in meinem Umkreis eigentlich immer nur erlebt, dass alle, die wollten, letztlich auch studieren durften und das auch mit Westverwandtschaft. Ich kann nichts Anderes sagen. Manchmal musste man intervenieren, aber letztlich haben es dann alle geschafft. Es gab wohl aber große regionale Unterschiede.

Axel Büssem:

Ich meine in Ihrem Vortrag einen kleinen Widerspruch herausgehört zu haben. Sie haben zweimal den Begriff Leistungsprinzip verwandt, sowohl als es um die Oberschule und Hochschule ging, als auch als es um das Studium ging. Sie meinten, dass das Leistungsprinzip vorherrschte, aber andererseits wissen Sie ja auch, dass eben nicht nur das Leistungsprinzip herrschte, sondern wer eben nicht in das System passte, der konnte auch nicht studieren, unabhängig von guten Leistungen. Man wurde in dieser Situation benachteiligt. Wie können Sie das unter einen Hut bringen?

Marianne Wigger:

Für mich ist das kein Widerspruch, weil ich auch dazu gesagt habe, dass ich angepasst war und dass alle, die in diesem Land – ob Professor, ob Dozent, ob Student oder was auch immer – unbehelligt lebten, in gewisser Weise angepasst waren. Das heißt, ich habe mich so verhalten, dass mir nichts passierte und dann wirkte auch wieder das Leistungsprinzip. Sie haben natürlich völlig Recht, wenn ich oppositionell gewesen wäre, hätte ich noch so gut sein können, dann hätte ich nie studieren dürfen. Da gebe ich Ihnen Recht.

Axel Büssem:

Also herrschte dann ein bedingtes Leistungsprinzip vor?

Marianne Wigger:

Gut, ich bin da nicht so feinsinnig in der Definition.

Kersten Krüger:

Ich habe jetzt noch eine Frage zum Fach Kinderheilkunde. Was Sie darstellen ist überzeugend, dass also die Ausbildung in Rostock gut war und dass die Unterschiede in der Kinderheilkunde zwischen Ost und West nicht sonderlich groß waren. Die Kinderheilkunde ist ja eine nicht intervenierende Medizin – ich habe schon einmal darauf hingewiesen – in der intervenierenden Medizin gab es durchaus hohe Unterschiede. Meine Schwester ist Neurochirurgin, die 1990 nach Erfurt ging; und sie hat sich sehr gewundert. Sie kam aus Hamburg nach Erfurt. Medizi-

nisch war das wie eine Revolution. Nicht umsonst ist ja die Lebenserwartung nach der Wende im Gebiet der DDR stark angestiegen.

Marianne Wigger:

Ja, das kann schon sein. Also, ich kann als Beweis für meine Interpretation der Dinge in der Kinderheilkunde nur sagen, dass ich aus dem Stand heraus in der Heidelberger Universitätskinderklinik eine Sprechstunde für chronisch nierenkranke Kinder übernommen habe und meine Arbeit dort ohne Beanstandungen erledigte. Ich selbst arbeite auf dem Gebiet der künstlichen Niere, und wir hatten, vielleicht dank guter Beziehungen, ich sage nur das Wort Klinkmann,¹⁷ die neuesten Geräte. Man kann nun darüber auch wieder denken, wie man will, aber die Innere Klinik war eine weltweit hoch angesehene Klinik. Sie hatte die neuesten Geräte, und wir als Kinderärzte profitierten davon. Wir konnten die neuesten Geräte auch für die Kinder nutzen, so dass wir mit der Wende zunächst erst einmal gar nichts zu ändern brauchten. Wir behandelten unsere Kinder schon mit den neuesten Geräten. Später wurde unsere Abteilung noch schön umgebaut, und wir erhielten dann wieder neue Maschinen. Es hing also immer viel von einzelnen Personen ab. Herr Klinkmann war in allen Gremien der Welt sozusagen zu Hause. Die Forschungen seines Teams in der Organersatztherapie wurden hoch geachtet. Die Organersatztherapie aus Rostock war führend, und dementsprechend hatte er auch für seine Klinik die neuesten Geräte zur Verfügung. Ob die Kardiologie so ausgestattet war oder die Neurochirurgie – sicher nicht. Also hingen Ausstattungen einzelner Gebiete sehr von Personen ab. Da stellt sich für mich sofort die Frage: „Wenn der Mann so gut war und das alles so gut gemacht hat, warum war er so eng mit der Partei verbunden?“ Das hätte er doch überhaupt nicht nötig gehabt, würde ich denken. Aber vielleicht denke ich da ja nicht richtig.

Juliane Rudloff:

Was hat Sie dazu veranlasst, Medizin zu studieren, also woher kam das Interesse und warum Kinderheilkunde?

Marianne Wigger:

Ja, als ich im neunten Schuljahr zur Oberschule ging, hatte mich das Fach Latein vorübergehend sehr interessiert, da wollte ich tatsächlich Lateinlehrer werden. Das hatte sich nachher aber dann bald gegeben. In der Schule war ich Sanitäter, ich war im DRK, also irgendwie war das Interesse für Medizin einfach da. Ich wollte

¹⁷ Prof. Dr. Horst Klinkmann: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002057 Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten*. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008, S. 226-253.

es von Anfang an. Der naturwissenschaftliche Teil der Medizin reizte mich auch sehr, auch wenn die richtigen Naturwissenschaftler sagen, Medizin sei keine Naturwissenschaft. Ich versuche, heutzutage die Studenten immer wieder davon zu überzeugen, dass sie alles, was sie in der Biochemie, in der Physiologie und in anderen theoretischen Fächern lernen, für ihre spätere tägliche praktische Arbeit brauchen. Die Naturwissenschaften haben mich immer sehr interessiert, also das Geheimnis des Lebens. Was passiert da im Körper? Deshalb war das Studium für mich auch hochinteressant. Mit jedem Tag ist man ein Stück weiter hinter dieses Geheimnis gekommen. Warum funktioniert ein lebender Organismus? Die Antworten darauf waren für mich und sind es heute noch wirklich eine Erfüllung. Trotzdem muß ich bekennen, nicht unentwegt gelernt zu haben. Wenn heute gesagt wird, man müsse während des Semesters kontinuierlich lernen, dann denke ich immer: „Lasst ab, lasst ab!“ Wir lernten ganz intensiv vor den Prüfungen, und zwischendurch haben wir „Highlife“ gemacht. Kontinuierlich haben wir nicht gelernt.

Zur Kinderheilkunde fühlte ich mich einfach hingezogen. Man muss immer wieder sagen, die von einem ausgewählte Disziplin innerhalb der Medizin ist eine wirkliche Berufung. Ich würde nie Chirurg werden. Wahrscheinlich wäre ich mit meiner Art dort völlig fehl am Platz. Umgekehrt können sich die meisten Chirurgen, nicht vorstellen, Kinderarzt zu sein. Ein Internist wird eben Internist, weil er so ist, wie er ist. Also, wenn man länger im Beruf ist, erkennt man, dass die Wahl des Medizinfaches wohl auch ein bisschen eine Charaktersache ist. Mir gefällt zum Beispiel in der Pädiatrie, dass man nicht Frau Doktor sein muß. Sie sind da die Tante oder was auch immer. Sie sind meistens keine Autoritätsperson. In der Erwachsenenmedizin hat man einer Erwartungshaltung des Patienten zu entsprechen; das fällt in der Pädiatrie völlig weg. Mir gefällt das eben. Also, ich möchte zum Beispiel nicht Internist sein; das wäre mir nichts.

Kersten Krüger:

Eine Frage der Neigung?

Marianne Wigger:

Ja genau.

Kersten Krüger:

Mit dem Bekenntnis zur Berufung aus Neigung zur Kinderärztin schließen wir diese Sitzung und dürfen uns bedanken.

Marianne Wigger:

Gern geschehen.

Inhaltsverzeichnis der Akte Marianne Lau der Staatssicherheit
Maßnahmen zur Anwerbung als IM 1964

1 Blatt Papier

Kopie BStU Privatarchiv Marianne Wigger

Transkription Kersten Krüger

Inhaltsverzeichnis

Vorgang

Reg.-Nr. I /286/64

Lfd. Nr.	Inhaltsangabe	Blatt Nr.	Bemerkungen
1.	Index	1	
2.	Personalüberprüfungen	2 + 3	
3.	Beschluß zum Anlegen eines IM-Vorlaufs	4	
4.	Bekanntwerden der Person	5	
5.	Aktenvermerk über Kontaktgespräch	6 - 7	
6.	Aktenvermerk über Aussprache m. d. Kand.	8 - 9	
7.	Beurteilung	10	
8.	GI-Bericht	11	
9.	GI-Bericht	12 - 13	
10.	Vorschlag zur Anwerbung	14 - 17	
11.	Aktenvermerk zum Abbruch der Verbindung	18 - 19	
12.	Schweigeverpflichtung	20	
13.	Beschluß zum Einstellen des IM-Vorlaufs	21	

Inhaltsverzeichnis

BSU
000001

- Vorgang

Reg.-Nr.

1 / 286 / 64

Lfd. Nr.	Inhaltsangabe	Blatt Nr.	Bemerkungen
1.	Index	1	
2.	Personenüberprüfungen	2 + 3	
3.	Beschluß zum delegieren eines IM - Postlaufes	4	
4.	Bekanntwerden der Person	5	
5.	Aktenvermerk über Kontaktgespräch	6 - 7	
6.	Aktenvermerk über Aussprache m. d. Kandid.	8 - 9	
7.	Bewertung	10	
8.	G1 - Bericht	11	
9.	G1 - Bericht	12 - 13	
10.	Dossier zur Anwerbung	14 - 17	
11.	Aktenvermerk zum Abbruch d. Verbindung	18 - 19	
12.	Prüfungspflichtung	20	
13.	Beschluß zum Einstellen des IM - Postlaufes	21	

Kopie BSU
AR 8

Schweigeverpflichtung 1963 März 24
Akte Marianne Lau der Staatssicherheit Nr. 12, S. 20
1 Blatt Papier
Kopie BStU Privatarchiv Marianne Wigger
Transkription Kersten Krüger

24. 3.1963

Schweigeverpflichtung!

Nach längerer Überlegung muß ich ehrlich einschätzen, daß ich persönlich mich dazu nicht eigne, dem MfS gewisse Hinweise zu geben. Das ist für mich eine persönliche seelische Belastung, und ich komme mir gegenüber anderen Personen als nicht aufrichtig vor.

Ich werde nach nochmaliger Belehrung über die mit mir bereits besprochenen Probleme in 3 Aussprachen gegenüber jedermann strengstes Stillschweigen bewahren, obwohl ich dieses bereits versprochen habe, habe ich mich indirekt mit dem Genossen Wienholz konsultiert. Ich möchte jedoch sagen, daß ich dem Genossen Wienholz keine Einzelheiten erzählt habe, sondern nur mitteilte, daß ich vom MfS zur Mithilfe zur Aufklärung der ruhestörenden Vorkommnisse angesprochen wurde, jedoch dies mich persönlich belaste. Diese Schweigeverpflichtung werde ich unter Beachtung, daß ich bei Verstoß mit aller Härte der Gesetzlichkeit rechnen muß, einhalten.

Marianne Lau.

24.3.1963

10.

Schweigeverpflichtung!

BSTÜ

000022

Nach längerer Überlegung muß ich
 erkläre einordnen, daß ich persönlich
 nicht dazu in der Lage bin, dem MFS
 gewisse Hinweise zu geben. Das ist für
 mich eine persönliche seelische Belastung,
 und ich kann mir gegenüber anderen
 Personen also nicht anständig verhalten.

Ich werde nach notwendiger Behandlung
 über die ^{mit mir} ~~über~~ besprochenen Probleme
 in 3 Aussprachen gegenüber jedem
 Mitglied der Stillen Schweigen bewahren, obwohl
 ich dieses bereits besprochen habe, wobei
 ich mich nicht mit dem Genossen
 Wienholtz konsultiert. Ich möchte
 jedoch sagen, daß ich dem Genossen
 Wienholtz keine Einzelheiten erzählt habe,
 sondern nur mitteilte, daß ich dem
 MFS aus Ehrlichkeit zur Aufklärung der
 bestehenden Verhältnisse Angepro-
 chen wurde, jedoch dies nicht persönlich
 behalte. Diese Schweigeverpflichtung
 werde ich unter Beachtung, daß ich
 bei Bedarf mit aller Klarheit die
 Gesetzmäßigkeit erklären muß, einhalten

Marianne Wigger

Kopie BSTÜ

1963

Einstellung des IM-Vorlaufs 1964

Akte Marianne Lau der Staatssicherheit Nr. 13, S. 21

1 Blatt Papier, 2 Seiten

Kopie BStU Privatarchiv Marianne Wigger

Transkription Kersten Krüger

[Seite 1]

Vertrauliche Verschlusssache

Bezirk Rostock

Diensteinheit Grevesmühlen

Mitarbeiter Ltn. Lübke

Grevesmühlen, den 6.4.64
Reg.-Nr.

Beschluß

für das Einstellen eines GI-Vorlaufs

IM-Vorlaufakte

- | | |
|--------------------------|-----------------------|
| 1. Vorgesehene Kategorie | GI |
| 2. Wohnadresse | Grevesmühlen Internat |
-

IM-Vorgang

1. Kategorie
 2. Deckname
 3. Wohnadresse
 4. Reg.-Nr. der Vorlaufakte
-

Operativ-Vorlaufakte

1. Deckname (Wenn als notwendig erachtet)
 2. Delikt
 3. (Verwaltungs- bzw. Wirtschaftszweig, auf dem die Akte läuft)
-

Operativ-Vorgang

1. Deckname
 2. Delikt
 3. (Verwaltungs- bzw. Wirtschaftszweig, auf dem die Akte läuft)
 4. Reg.-Nr. der Vorlaufakte
-

Untersuchungsvorgang

nur bei Ermittlungsverfahren ohne U-Haft / bei Übernahme von anderen Organen

1. Delikt
-

Objekt-Vorgang

1. Bezeichnung des Objekts
-

Kontroll-Vorgang

1. Zum -Vorgang Reg.-Nr.
-

Anmerkung: Die Gründe für das Anlegen / Einstellen umseitig angeben.

21.

Bezirk Rostock
Diensteinheit Grevesmühlen
Mitarbeiter Ltn. Lübke

Vertrauliche Dienstsache!
BSIU
000023

Grevesmühlen, den 6.4.64
Reg.-Nr.

Beschluß

für das ~~Anlegen~~/Einstellen eines GI - Vorlaufes (Vorgangsart angeben)

IM-Vorlaufakte

- 1. Vorgesehene Kategorie GI
- 2. Wohnadresse Grevesmühlen Internat

IM-Vorgang

- 1. Kategorie
- 2. Deckname
- 3. Wohnadresse
- 4. Reg.-Nr. der Vorlaufakte

Operativ- Vorlaufakte

- 1. Deckname (Wenn als notwendig erachtet)
- 2. Delikt
- 3.
(Verwaltungs- bzw. Wirtschaftszweig auf dem die Akte läuft)

Operativ-Vorgang

- 1. Deckname
- 2. Delikt
- 3.
(Verwaltungs- bzw. Wirtschaftszweig, auf dem der Vorgang läuft)
- 4. Reg.-Nr. der Vorlaufakte

Auszufüllen bei:

Untersuchungsvorgang

nur bei Ermittlungsverfahren ohne U-Haft/gegen Unbekannt/bei Übernahme von anderen Organen

- 1. Delikt

Objekt-Vorgang

- 1. Bezeichnung des Objekts

Kontroll-Vorgang

- 1. Zum-Vorgang Reg.-Nr.

Anmerkung: Die Gründe für das Anlegen/Einstellen umseitig angeben.

Kopie BSIU
AR 8

[Seite 2]

Der IM-Kandidat zeigte in der Aufklärung keine Voraussetzungen für die Arbeit als GI. Er ist politisch noch sehr unklar, hat große Hemmungen und fühlt sich persönlich nicht dazu in der Lage als IM zu arbeiten, indem er sich als unehrlich vorkommt. Auch kann er sich noch nicht entsprechend der Or[i]entierung richtig konspirativ verhalten und würde sich bei den ersten Fragen von anderen Personen in Widersprüche verwickeln. Aufgrund seines jugendlichen Alters ist gegenwärtig noch nicht mit einem allseitig richtigen Verhalten sowie Erkennen von Problemen zu rechnen. Der Kandidat ist als IM untauglich und es wird deshalb vorgeschlagen den IM-Vorlauf einzustellen und das Material in das Archiv Oder BV zur Ablage zu bringen.

Mitarbeiter (Lübke) Ltn.
Leiter der Dienst Einheit (Zilm) Hptm.

Bestätigt am [keine Eintragung] von [keine Eintragung]
(Unterschrift)

BStU
000024

Gründe für das Anlegen/Einstellen

Der IM - Kandidat zeigte in der Aufklärung keine Voraussetzungen für die Arbeit als GI. Er ist politisch noch sehr unklar, hat große Hemmungen und fühlt sich persönlich nicht dazu in der Lage als IM zu arbeiten indem er sich als unehrlich vorkommt. Auch kann er sich noch nicht entsprechend der Orientierung richtig konspirativ verhalten und würde sich bei den ersten Fragen von anderen Personen in Widersprüche verwickeln. Aufgrund seines jugendlichen Alters ist gegenwärtig noch nicht mit einem allseitigen richtigen Verhalten sowie Erkennen von Problemen zu rechnen. Der Kandidat ist als IM untauglich und es wird deshalb vorgeschlagen den IM - Vorlauf einzustellen und das Material in das Archiv der BV zur Ablage zu bringen.

KOPIE BStU

Datum

Bestätigt

Mitarbeiter (*Z 1*) Lt.
Leiter der Dienst Einheit (*Z 1*) Hptm.

Bestätigt am von (Unterschrift)

Kopie BStU
AR 8

Operative Auskunft über Marianne Wigger 1975 März 3
Akte Marianne Wigger der Staatssicherheit
3 Blätter Papier
Kopie BStU Privatarchiv Marianne Wigger
Transkription Kersten Krüger

Blatt 1: Titelblatt der Akte



Blatt 2: Suchauftrag 1975 März 3

Operative Auskunft vor unbefugter Einsicht sichern!

Mit Maschine oder Druckschrift ausfüllen

Sondervermerke

bestätigt

BV Rostock

Datum 03.03.75

Abt. VIII/4

Mitarbeiter Saß

Tel.-Nr. 2284

Suchauftrag - Original

Name Wigger

Geburtsname

weitere Namen geb. Lau

Vorname Marianne

geb. am 18.01.46

in Pötenitz

Staatsangehörigkeit DDR

Anschrift Rostock, Engelstr. 15

Beruf / Tätigkeit med. Studentin

Arbeitsstelle

Hinweise zur Überprüfung

[?]ngt angeben

[Unterschrift], Major
Unterschrift

WA-844 2

Operative Auskunft vor unbefugter Einsichtnahme sichern!
Mit Maschine oder Druckschrift ausfüllen

Sondervermerke	BSU 000006	bestätigt
----------------	---------------	-----------

MIS/BV: Rostock Datum 03.03.75
Verw. U III/4

~~HA/Abt. 80~~ Sz/B Mitarbeiter Tel.-Nr. 2284

Suchauftrag – Original

NAME Wigger

Geburtsname, weitere Namen *) geb. Lau

Vorname Marianne

geb. am 18.01.46 in Pökenitz

Staatsangehörigkeit DDR

Anschrift Rostock, Engelstr. 15

Beruf/Tätigkeit med. Studentin

Arbeitsstelle

Hinweise zur Überprüfung

Unterschrift Hans Wigger

KOPIE BSU

Blatt 3: Inhaltsverzeichnis der Akte Marianne Wigger der Staatssicherheit

Inhaltsverzeichnis

Vorgang Reg.-Nr.

Lfd. Nr.	Inhaltsangabe	Blatt-Nr.	Bemerkungen
1	K.-K.-Erfassung	1	
2	F-10	2-5	
3	Kontrollauftrag PZF	6	
4	Auskunftsersuchen Abt. VI	7	
5	Personalunterlagen	8-14	
6	Beurteilung	15	
7	Approbationsurkunde	16, 17	
8	IM-Einschätzung	18	
9	Information	19, 20	
10	Maßnahmeplan	21, 22	
11	Kontrollauftrag PZF	23	
12	Fahndungsauftrag	24	
13	Schreiben an Kd Güstrow	25	
14	Schreiben an Kd Rostock	26	
15	Schr. v. Kd Rostock	27	
16	IM-Einschätzungen	28, 29	
17	Ermittlungsbericht	30, 31	
18	Auskunftsbericht	32, 33	
19	Mitteilung Abt. XII	34-38	
20	Überprüfung Abt. M	39	

21	Überprüfung PZF	40	
22	Mitteilung Abt. XII	41, 42	
23	IM-Einschätzungen	43, 44	
25*	Wohnungswechsel	45	
26	Einschätzung zur Person	46	
27	Aktenvermerk	47	
28	Bericht über Kontaktaufn.	48, 49	
29	IM-Einschätzungen	50	

* Nr. 24 fehlt, versehentlich ausgelassen.

Inhaltsverzeichnis		BStU 000003	
-Vorgang	Reg.-Nr.		
Lfd. Nr.	Inhaltsangabe	Blatt-Nr.	Bemerkungen
1	KK-Gefangung	1	
2	F-10	2-5	
3	Kontrollauftrag PZF	6	
4	Beschreibung des Anwesenden 1706 VI	7	
5	Personenunterlagen	8-14	
6	Beschreibung	15	
7	Approbationsverfahren	16, 17	
8	17-Geschichte	18	
9	Informationen	19, 20	
10	Maßnahmenplan	21, 22	
11	Kontrollauftrag PZF	23	
12	Fotokopierprüfung - 11-	24	
13	Scheine an KM Anträge	25	
14	Scheine an KM Postfach	26	
15	Sche. v. KM Methode	27	
16	17-Geschichten	28, 29	
17	Gemittlungsbericht	30, 31	
18	Beschreibung des Anwesenden	32, 33	
19	Hilfsmittel, Abt. XII	34-38	
20	Überprüfung, Abt. 11	39	
21	Überprüfung, P.Z.F.	40	
22	Hilfsmittel, Abt. XII	41, 42	
23	17-Geschichten	43, 44	
24	Wohnungsregister	45	
25	Geschichte der Person	46	
26	Postensystem	47	
27	Bericht über Kontrollauftrag	48, 49	
28	17-Geschichte	50	

Boeck, Gisela



Lebenslauf

Adresse der Homepage mit weiteren Informationen:
<http://www.chemie.uni-rostock.de/index.php?id=110812>

<i>akademischer Titel:</i>	Dr. rer. nat.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	Wissenschaftliche Mitarbeiterin
<i>Fakultät:</i>	Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
<i>Institut:</i>	Chemie
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Grundlagen der Chemie Geschichte der Chemie und ihre Didaktik

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 03.12.1954 in Halle/Saale
<i>Konfession:</i>	
<i>Vater:</i>	Wolfgang Engel, Hochschullehrer
<i>Mutter:</i>	Helga Engel, Lehrerin
<i>Kurzbiografie:</i>	
1973	Abitur
1973-1977	Chemiestudium
1977-1981	Aspirantin
Seit 1981	Wissenschaftliche Mitarbeiterin
1984-1986	Hochschulpädagogisches Zusatzstudium
<i>Akademische Abschlüsse:</i>	
1977	Diplom-Chemiker
1981	Dr. rer. nat.
1980	Staatsexamen Fachübersetzer

Akademische Selbstverwaltung:

<i>Funktionen:</i>	Seit 2003	Sprecherin des Arbeitskreises "Rostocker und Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte"
	Seit 2004	Mitglied der Kommission 600
	Seit 2005	Mitglied des Vorstandes der FG Geschichte der Chemie der GDCh
<i>Ehrungen:</i>	2002	Auszeichnung mit dem "Preis für gute Lehre" (gestiftet vom Förderverein der Universität Rostock)

Werke (Auswahl):

Boeck, G.: Kurzlehrbuch Chemie, G.-Thieme-Verlag, Stuttgart 2008, ISBN: 978-3-13-135522-5 (2. Auflage).

Boeck, G.: Arbeitsbuch Chemie, G.-Thieme-Verlag, Stuttgart 2008, ISBN: 3-13-139912-0 (2. Auflage).

Boeck, G.: Précis de chimie, Paris: Maloine, 2006.

Boeck, G.: Zum Gedenken Dmitrij Ivanovič Mendeleev, Chemkon 14 (2007), Heft 2, S. 99.

Boeck, G.; Lammel, H.-U.; Münch, E.; Wagner, W.-E.: Vom Collegium zum Campus - Orte Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Rostock: Redieck & Schade, 2007.

Boeck, G.: How Shall We Teach Chemistry. First Approaches to Didactics of Chemistry in the Nineteenth Century. In: Neighbours And Territories The Evolving Identity of Chemistry, Proceedings, hrsg.: José Ramón Bertomeu-Sánchez, Duncan Thorburn Burns, Brigitte Van Tiggelen, Louvain-la-neuve: Mémosciences, p. 647-658.

Boeck, G.: Celebrating 200 years of Julius Adolph Stoeckhardt, the author of Schule der Chemie. Using history to learn chemistry. Educación Química, De Anniversario, 2008, p. 263-270.

Quellen: Eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Gisela Boeck am 17. Juli 2009

Transkription:

Claudia Carl, Harold Fanning, Anna-Franziska Freitag, Kolja Trieglaff

Sie haben im vergangenen Semester sicherlich schon eine Vielzahl von Informationen erhalten. Selber möchte ich über meinen „Zick-Zack-Karriere-Verlauf“ berichten und dabei einen gewissen Schwerpunkt auf die Zeit der DDR legen, die ich zu einem großen Teil an der Universität Rostock miterlebt habe. Erst einmal werde ich aus meinem Leben berichten. Anschließend haben Sie natürlich die Gelegenheit zu Fragen nach Ihrem Interesse. Meinen Namen haben Sie bereits gehört: Ich bin Gisela Boeck, aber eine geborene Engel. Als Gisela Engel erblickte ich 1954 in Halle das Licht der Welt. Meine Eltern haben beide studiert. Während meine Mutter als Lehrerin fungierte, war mein Vater an der Universität in Halle tätig. So entstamme ich einem akademisch geprägten Haushalt. Wie zu dieser Zeit weitgehend üblich, war es auch in meiner Familie letztlich so, dass mit Familienzuwachs die Frau ihre Arbeit niederlegte. Dementsprechend gab meine Mutter ihren Lehrerberuf für lange Zeit auf und widmete sich ganz der Kindererziehung. Ich bin die Erstgeborene, und eineinhalb Jahre später bekamen meine Eltern noch einen Sohn und ich einen Bruder, sodass unsere Mutter bis in die siebziger Jahre zu Hause blieb.

Als wir Kinder schließlich relativ groß und vernünftig wurden, hegte sie den Wunsch, sich wieder in das Berufsleben zu begeben. Aber eine Rückkehr in den Schulbetrieb stellte sich damals als sehr schwierig dar. Die Fächer Mathematik und Physik waren in der Oberstufe besetzt. Daher entschied sich meine Mutter, als Mathematikerin an der Universitätsnervenklinik zu arbeiten. Hier führte sie statistische Auswertungen von Studien durch, die in Gehlsheim angefertigt wurden.

Meine Kindheit und Jugend verbrachte ich in einem weltoffenen Haus. Mein Vater hatte im Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit beinahe zu jeder Zeit unterschiedlichste ausländische Besucher, die häufig unsere Gäste waren. Bei uns zu Hause spielten sich ganze Abendveranstaltungen ab, zu denen meine Eltern ausländische Gäste wie auch Mitarbeiter einluden. Daneben trafen sich die Damen der Fakultät auch hin und wieder zu einem Kaffeekränzchen, das einige Male bei uns zu Hause stattfand. So kam ich also stets mit Akademikern in Berührung.

Meine Eltern bemühten sich sehr, mit uns Kindern viel zu reisen. Das führten sie planmäßig durch. Als wir Kinder alt genug waren, haben wir zuerst zwei Rundreisen durch die DDR gemacht, sodass wir erst einmal die Heimat besser kennenlernen konnten. Mehr – also die „andere Seite“ zu sehen – war zu jener

Zeit noch nicht erlaubt. In späteren Jahren sind meine Eltern mit meinem Bruder und mir viel in das östliche Ausland gefahren: Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Polen. So wurde uns die Möglichkeit geboten, zumindest einen Teil der Welt anzuschauen. Bergsteigen stand im Vordergrund.

Die ersten sechs Jahre meines Lebens habe ich in Halle verbracht. Doch mit der Berufung meines Vaters¹ nach Rostock zog schließlich 1960 die ganze Familie in die Hansestadt. Hier wurde ich 1961 eingeschult. Anscheinend waren meine schulischen Leitungen ganz gut, denn man unterbreitete meiner Familie den Vorschlag, ich solle mich für die Herderschule bewerben. Die Herderschule wird von Ihnen sicherlich keiner mehr kennen – es war eine Schule mit erweitertem Russischunterricht, und vor allen Dingen hatten nur die Schülerinnen und Schüler Zugang, die sich wirklich durch sehr gute Leistungen auszeichneten. Die Zeugnisnoten reichten nicht, sondern die Bewerber mussten einen Eignungstest absolvieren. Diesen bestand ich und durfte somit ab 1963 die Herderschule besuchen. Das bedeutet, dass mir bereits ab der dritten Klasse Russischunterricht zuteil wurde. Diese Schule förderte Begabte. Man konnte in allen Klassen auf höherem Niveau anfangen. Daher nahmen wir an, dass die Herderschule der Freifahrtschein zum Abitur war. Aber die Verhältnisse änderten sich. In der zehnten Klasse mussten wir eine Prüfung ablegen, aber die meisten kamen dennoch zum Abitur. Während ich am Anfang an der Herderschule ein paar Schwierigkeiten gehabt hatte, gehörte ich ab der sechsten Klasse stets zu den Jahrgangsbesten.

In diese Zeit fällt auch das erste Dokument, welches ich Ihnen gern zeigen möchte. Sie sehen hier meinen Pionerausweis (Abbildung 1). Im Jahr 1968 trat ich – ganz der Norm entsprechend – der FDJ (Freie Deutsche Jugend) bei und wurde zur gleichen Zeit Mitglied der DSF, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Übrigens kann ich mich nicht erinnern, jemals aus der FDJ oder der DSF ausgetreten zu sein. Das war weder üblich noch möglich. Es erledigte sich 1990 von ganz allein. Man zahlte irgendwann keinen Mitgliedsbeitrag mehr. Wann dies bei mir der Fall war, habe ich bis zum heutigen Zeitpunkt leider nicht herausfinden können. Von 1975 bis 1990 war ich Mitglied der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Für jene Zeit lässt sich eigentlich sagen, dass ich immer sehr gesellschaftlich engagiert war, wobei mein Schwerpunkt stets auf Fragen des Lernens lag.

¹ Prof. Dr. Wolfgang Engel: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000914

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Krüger, Kersten (Hrsg.): *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1.* Rostock 2007, S. 285-315 .



Abbildung 1
Jungpionierausweis 1962 (Privatarchiv Gisela Boeck)

In allen Organisationen gab es eine Funktion, die sich mit Lernfragen auseinandersetzte. Diese Position habe ich mein ganzes Leben lang sozusagen „am Halse“. Ich habe mich immer sehr engagiert, anderen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wenn diese beispielsweise Lernschwierigkeiten hatten. In diesem Zusammenhang betreute ich innerhalb der FDJ-Leitung Lerngruppen und habe sie auch selber eingerichtet. Auch hier an der Universität wurde ich Mitglied der FDJ-Leitung des Instituts (damals Sektion). Leider habe ich dazu nichts Schriftliches mehr gefunden, aber ich weiß aus meiner Erinnerung zu berichten, dass wir uns beispielsweise sehr darum bemühten, Sonderstudienpläne für Studentinnen mit Kind

einzurichten, sodass es ihnen möglich wurde, auch in der Regelstudienzeit oder zumindest mit nur geringem Verzug ihr Studium abzuschließen. Außerdem organisierten wir im Rahmen der Studententage eine große Veranstaltung zur Begabungsförderung, was ich im Wesentlichen mit initiierte. Studententage gibt es heute nicht mehr. Man könnte es vielleicht mit der Rostocker Kulturwoche der Gegenwart in Verbindung setzen, wobei ich aber denke, dass dieser Vergleich nicht ganz stimmt. Während der Studententage gab es damals ein vielfältiges Angebot an kulturellen Ereignissen, aber auch Veranstaltungen, die sich sowohl mit Lernfragen als auch politischen Fragen auseinandersetzten.

Wie erwähnt, besuchte ich eine Russischschule und interessierte mich sehr für die russische Sprache, die, wie schon gesagt, bereits ab der 3. Klasse unterrichtet wurde. Meine Liebe zu dieser Sprache begann schon in der sechsten Klasse – ganz besonders dann aber ab der siebten. Diese Sprache faszinierte mich. Darum kaufte ich mir Zeitungen. Ich hörte russische Radiosendungen, da wir ja – wegen der sowjetischen Truppen im Land – russische Sender empfangen. So habe ich ziemlich gut Russisch gelernt. Da ich stets mit sehr vielen Menschen aus der Sowjetunion zusammenkam, war es für mich keine Frage, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beizutreten. Obwohl die Mitgliedschaft offiziell vorgeschrieben war, empfand ich sie nie als Zwang. Ich kann mich daran erinnern, dass ich in den achtziger Jahren einmal als DSF-Vorsitzende innerhalb des Institutes ins Personaldezernat gebeten wurde – damals hieß es noch Kaderabteilung. Man setzte mich darüber in Kenntnis, dass ein junger Assistent nicht in der DSF sei und ich mich darum kümmern solle. So unterhielt ich mich also mit dem betreffenden jungen Mann. Er erklärte mir im Gespräch, dass er keine Beziehung dazu habe, was ich akzeptierte. Nie konnte ich verstehen, dass man in eine Funktion oder eine Organisation eintreten soll, wenn man keine innere Beziehung dazu hat, nur weil es politisch vorgeschrieben ist. Für mich war die DSF ein Stück meines Lebens.

In dieser Zeit habe ich sehr viel gedolmetscht. Durch die DSF-Organisation gab es zahlreiche Freundschaftstreffen, auf denen ich zugegen war. In diesem Zusammenhang begleitete ich Reisegruppen und übersetzte viel. Dabei lernte ich Kosmonauten kennen und habe Botschafter getroffen, was ich immer ganz schön „cool“ fand. Man könnte sagen, dass die Freundschaftstreffen meine Discos waren. Für etwas anderes hatte ich dadurch auch gar keine Zeit. Natürlich gestehe ich ein, dass man diese Freundschaftstreffen gewissermaßen auch in Anführungsstriche setzen muss, da es sich schließlich um verordnete, vorgeschriebene Treffen handelte. Trotzdem habe ich es auch geschafft, private Kontakte aufzunehmen, beispielsweise zu einem Mädchen, dessen Vater in unserer Gegend Offizier war. Ich lernte sie bei einem Freundschaftstreffen kennen und fragte sie, ob sie mit mir befreundet sein möchte. Ich erklärte ihr, dass ich gern noch besser Russisch lernen wolle und fragte, ob wir uns nicht regelmäßig treffen könnten. Das gelang uns

auch – einen Sonntag bei ihr, einen Sonntag bei mir. So erhielten beide Seiten Einblicke in das Leben der anderen. Auch meine Eltern haben einmal versucht, ihre Eltern einzuladen. Aber ihre Eltern durften nur bis zu unserer Haustür mitkommen. Weiter ging die deutsch-sowjetische Freundschaft nicht.

Meine Beschäftigung mit der russischen Sprache führte in den Jahren schließlich auch dazu, dass ich an Russischolympiaden teilnahm. Es gelang mir, bei der DDR-Olympiade eine Bronzemedaille zu erringen. Leider gab es noch keine internationale Olympiade. Eine weitere Auszeichnung kann ich vorlegen: eine Urkunde, die mich bei der Überreichung unwahrscheinlich bewegte. In der achten Klasse wurde ich beim Abschlussappell in der Aula nach vorn zitiert und bekam ohne Ankündigung eine Auszeichnung überreicht: die Herder-Medaille, die von der DSF vergeben wurde. Darüber habe ich mich sehr gefreut.

Nun habe ich viel vom Russischen erzählt. Es bleibt jedoch auch noch zu erwähnen, dass ich ebenfalls Westkontakte pflegte. Ich hatte eine Freundin in Frankreich, mit der ich regelmäßig in Briefkontakt stand. Glücklicherweise sind ihre Eltern auch einige Male in die DDR gekommen, sodass wir sogar persönlichen Kontakt aufbauen konnten. Meine erste „Amtshandlung“ 1989 bestand darin, Annie zu schreiben. Wir hatten inzwischen den Kontakt leider ein wenig verloren. Es dauerte aber nur fünf Tage, bis ich eine Antwort von ihr erhielt. Und so bin ich damals auch sehr schnell einmal nach Paris gefahren. Ich bin froh darüber, dass der Kontakt bis heute anhält. Kennengelernt hatten wir uns in Bulgarien.

Trotz meiner zahlreichen Verpflichtungen als Dolmetscherin, die im Übrigen immer ehrenamtliche Tätigkeiten waren, habe ich dennoch einen sehr guten Schulabschluss erreicht. Was man dafür bekam? Zum Beispiel die Lessingmedaille. Aber da ich im Jahre 1973 mein Abitur ablegte, bekam ich als Auszeichnung auch eine Ehrenfahrkarte zu den Zehnten Weltfestspielen. Natürlich legte man uns damals durch Anweisung nahe, den Alexanderplatz zu meiden, weil sich dort sehr viele Jugendliche des westlichen Auslands aufhielten, denen wir nicht zu nahe kommen sollten.

Aber interessanterweise gibt es in meiner Stasiakte keinen Hinweis darauf, dass ich trotzdem zum Alex gegangen bin, denn man musste ja schließlich schon einmal zumindest gucken gehen.

Als ich später Einsicht in meine Stasi-Akte nahm, fand ich dazu nichts. Doch fand ich zu meinem Erstaunen in den Unterlagen einen Brief, den ich 1973 an ein DKP-Mitglied geschrieben hatte. Diesen Mann hatte ich im Rahmen eines Treffens – durch wen jenes organisiert war, weiß ich nicht mehr, vermutlich die FDJ – kennen gelernt. Wir hatten uns ganz gut verstanden, sodass ich ihm später einmal einen ganz langen Brief schrieb. Dieses Schriftstück konnte ich dann also noch einmal über 25 Jahre später lesen, denn es wurde vollständig in meine Akte aufgenommen. Es wurde außerdem mitgeteilt, dass ich in einem Sicherungs-

vorgang erfasst worden sei. In Sicherungsvorgängen wurden bestimmte Personengruppen erfasst, die nach Auffassung des Staatsicherheitsdienstes aufgrund ihrer besonderen Stellung, beruflichen Tätigkeit oder Interessen zu sichern waren. Somit wurden in einem Sicherungsvorgang mehrere, häufig sehr viele Personen aufgenommen. Eine Erfassung bedeutete jedoch nicht, dass die Person gezielt und systematisch beobachtet wurde. Dann fand ich in meiner Akte noch ein Dokument, das 1979 angelegt wurde. Hier stellt sich mir etwas ganz Komisches dar. Im oberen Teil heiße ich Gisela und weiter unten stehe ich noch einmal mit „ie“. Die Hintergründe dieser Schreibungen habe ich bis heute nicht entschlüsseln können. Ob ich vielleicht unter diesem Namen noch einmal registriert wurde? Eine Antwort geht aus den Unterlagen nicht hervor. Übrigens war der Antwortbrief des DKP-Mitglieds aufgemacht worden, man konnte das ganz eindeutig am Verschluss sehen. Ansonsten ist in meiner Akte nicht viel Spannendes zu entdecken, sodass ich mich damit nicht länger beschäftigt habe. Immerhin fühlte ich mich manches Mal in der DDR beobachtet.

Als ich das Abitur erlangt hatte, stellte ich mir die Frage, was ich nun machen sollte. Die Antwort sah ich in einem Studium, denn ins Ausland konnte ich nicht gehen, was mir Intelligenzlerkind nicht gestattet war. Ein Jahr später sah es allerdings ganz anders aus, denn mein Bruder durfte ins Ausland und sein Studium in Minsk beginnen. Eigentlich hätte ich ganz gern Sprachen unterrichtet und wollte also zuerst Sprachenlehrerin werden. Es war aber damals Vorschrift, einen Hals-Nasen-Ohren-Arzt aufzusuchen, der bestätigte, dass die Stimmbänder für eine solche Tätigkeit, die mit langem Sprechen verbunden ist, geeignet seien. Da erhielt ich jedoch die Prognose, dass meine Stimme einer solchen Belastung auf Dauer niemals standhalten würde. Ich weiß bis heute nicht, ob das Gutachten ernst gemeint war. Möglicherweise dachte dieser Arzt, dass ich gar nicht Lehrerin werden wolle. Heute kann ich Vorlesungen halten und auch hier zu Ihnen sprechen. Dazu reichen die Stimmbänder.

Was sollte ich also nun studieren? Vielleicht Landeskunde? Das hätte mich auch sehr interessiert. Slawistik? Linguistik? Aber dies ging aufgrund meiner sozialen Herkunft nicht, da es in solchen Studiengängen eben viel zu wenige Studienplätze gab. So dachte ich mir, dass ich auch etwas Mathematisch-Naturwissenschaftliches wählen könne. Mathematik habe ich jedoch von vornherein ausgeschlossen, weil es da zu viele Leute in der Familie gab, die das wesentlich besser konnten. So bin ich alle Naturwissenschaften einmal durchgegangen. Der Physik konnte ich nichts allzu Spannendes abgewinnen. Chemie hingegen fand ich faszinierend. Wir mussten bereits in der Schulzeit das quantenmechanische Atommodell behandeln. Wir hatten jedoch eine Lehrerin, die in den neuen Theorien ziemlich schlecht war und demzufolge die Thematik selbst nicht ganz durchdrang. Auf alle Fälle konnte sie uns das Wissen nicht richtig vermitteln. In der Klausur zu diesem Bereich hatte ich jedoch als einzige gezeigt, dass ich es ver-

standen hatte. So musste ich es der Klasse beibringen. Daran konnte ich mich bei der Wahl eines Studiengangs erinnern und so dachte ich mir: „Dann studierst du eben Chemie!“

Dann habe ich von 1973 bis 1977 Synthesechemie studiert, und zwar in Rostock, nicht in einer anderen Stadt, weil ich dadurch keinen Wohnheimplatz brauchte. Eine andere Qualifizierungsrichtung gab es hier in Rostock nicht. Es war ein vierjähriges Studium. Im Zuge der Dritten Hochschulreform war geplant worden, dass die Absolventen möglichst schnell fertig werden sollten, damit sie der sozialistischen Volkswirtschaft bald zur Verfügung stehen. Das Vierjahrestudium hatte zur Folge, dass vor allen Dingen die Stoffchemie zurücktrat. Ich hab das immer gemerkt, wenn ich mich mit Studenten höherer Jahrgänge unterhalten habe, dass sie von der Stoffchemie viel mehr wussten als ich. Wir hatten ein theoretisches Fundament, wir konnten Zusammenhänge erklären, aber über die Stoffe wussten wir nicht viel. Ich gehörte dort auch zu den Besten, aber das präparative Arbeiten hat mir nie wirklich Spaß gemacht, obwohl ein Chemieprofessor, der mal meine Kekse gekostet hatte, meinte, ich würde bestimmt eine hervorragende Synthesechemikerin, weil die Kekse so gut schmeckten, aber das war ein Scherz.

Dann bekam ich von Professor Rembarz,² Professor für Organische Chemie, das Angebot, mich in Theoretischer Organischer Chemie zu qualifizieren. Das gefiel mir, so ein bisschen rechnen und Modelle entwerfen. Damit fing ich in der Diplomarbeit an. Erst einmal musste ich aber einige Verbindungen synthetisieren, die dann NMR-spektroskopisch (nuclear magnetic resonance) untersucht werden sollten. Vielleicht wissen Sie noch etwas von Kohlenstoffketten und, dass diese eigentlich frei drehbar sind, aber diese Drehbarkeit unter bestimmten Bedingungen eingeschränkt wird. Das kann man zum Beispiel experimentell durch NMR-Spektroskopie verfolgen und ich sollte dann Rechnungen zu den spektroskopischen Untersuchungen machen. In der Diplomarbeit sollte ich aber zuerst die Substanzen herstellen. Das klappte wieder nicht. Das Präparative war wirklich nicht mein Ding. Ich hatte in meinem Diplom auch nur ein „gut“, aber der Hochschulabschluss insgesamt war trotzdem ein „sehr gut“.

In dieser Zeit hatte ich auch wieder Kontakt mit ausländischen Jugendlichen, zum Beispiel hatte ich eine französische Jugendgruppe zu betreuen, wobei ich mich heute noch frage, wie ich dazu kam, denn ich konnte gar kein Französisch. Mit dem Leiter der Jugendgruppe traf ich mich manchmal in der Kneipe – anderswo erschien es mir zu riskant –, um politische Fragen genauer zu besprechen. Darüber steht übrigens auch nichts in meiner Stasi-Akte.

² Prof. Dr. Gerhard Rembarz: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002047

Mit dem Studium war ich 1977 fertig und dachte an eine Promotion. Welche Möglichkeiten gab es? Man konnte entweder eine Assistentenstelle bekommen oder – das galt für die besonders Guten – ein Forschungsstudium oder eine Aspirantur. Ich wurde wissenschaftliche Aspirantin. Ursprünglich sollten Betriebe Aspiranten zum Zweck der Promotion an die Universität delegieren. Das änderte sich später und die Universität vergab selbst die Aspiranturen. Die Urkunde meiner Aspirantur unterschrieb der Rektor. Sie galt von 1977 bis 1980, und Professor Rembarz wurde mein Betreuer. Das Gebiet meiner Qualifizierung bildeten die Theoretische Chemie oder die Quantenchemie. Aber das ging nur, wenn ich bereit war, nach Leipzig zu wechseln. So trat ich eine Art Fernaspirantur an.

Zu meiner Kaderentwicklung gehörte es, dass ich FDJ-Sekretär des Institutes sein musste. Das war ich von 1977 bis 1978, weshalb ich in dieser Zeit relativ wenig in Leipzig weilte. Erst 1978 konnte ich richtig mit meinen quantenchemischen Arbeiten beginnen, die ich sehr zielstrebig durchführte. Die Rechenbedingungen sind überhaupt nicht mit den heutigen Möglichkeiten vergleichbar. Was ich in meiner Dissertation berechnete, könnte man wahrscheinlich heutzutage zu Hause am PC machen. Damals musste ich im Rechenzentrum vor allem in den Nächten rechnen. Das heißt, ich musste am Tage die Lochkarten stanzen, sie durften keine Fehler aufweisen, da man sonst gleich aus dem Rechenlauf herausflog. Wenn man dann morgens kam und die Rechnung wegen eines Lochfehlers auf der Karte nicht gelaufen war, musste man nach der Korrektur wieder einen Tag warten. Das war bisweilen schon sehr dramatisch.

Es gibt verschiedene Gütestufen bei den quantenchemischen Rechnungen. Man kann semiempirisch (halbempirisch) arbeiten oder nicht empirisch, sogenannte „ab-initio“-Rechnungen machen. Diese „ab-initio“-Rechnungen haben damals sehr viel Rechenzeit gekostet und dafür bin ich dann zweimal nach Polen gefahren. Es gab Beziehungen nach Thorn (Toruń) und dort an der Universität hatte ich dann mehrere Nächte die Möglichkeit zu rechnen. Dort habe ich im Wesentlichen meine computergestützten Berechnungen zur Promotion durchgeführt. In Leipzig fühlte ich mich sehr wohl, weil ich dort wirklich, wie man heute sagen würde, in einer „scientific community“ gewesen bin. Man konnte miteinander reden und alle hatten irgendwo die gleichen Ziele. Das war eine tolle Zeit. In dieser Zeit habe ich dort in Leipzig zusätzlich meinen Fachübersetzer für Russisch im Spezialgebiet Chemie gemacht.

Die Verteidigung meiner Dissertation fand dann in Rostock statt. Die Urkunde ist auf den 7. November 1981 ausgestellt. Mein Prädikat war „summa cum laude“. Mein Betreuer in Leipzig meinte sogar: „Na, eigentlich war es ja fast eine Habilitation.“ Schade, das hat er mir erst hinterher gesagt, vielleicht hätte ich das Thema noch etwas weiterführen und die Habilitation erreichen können. Mein

Betreuer war Cornelius Weiss,³ vielleicht ist er einigen von Ihnen ein Begriff. Er war lange Zeit nach der Wende Rektor in Leipzig, später im Sächsischen Landtag sehr aktiv.

Mit der Promotion kehrte ich wieder nach Rostock zurück. Man machte sich gleich Gedanken über meine Zukunft, die – das war üblich – in so genannten Kaderperspektivplänen festgelegt wurden (siehe Anhang 1 bis 4). Es gab einen ersten Vorschlag von 1979, dass ich alle Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Laufbahn hätte. Nach Ablauf der Aspirantur bekam ich zunächst eine befristete Assistentenstelle. Im Kaderplan steht, die Bereitstellung einer unbefristeten Arbeitsstelle hätte bis 1984 Zeit, sofern nicht nach einer kurzen Assistentenzeit eine Sonderaspirantur angestrebt werde, was im Sinne einer Frauenförderung sei.

Doch kam alles ein bisschen anders, denn inzwischen hatte ich eine Familie. 1979 hatte ich geheiratet und 1980 kam das erste Kind, Nadja. Die Große hat übrigens später Theologie studiert. 1982 kam dann das zweite Kind, Ina studierte später Kirchenmusik. Ein erneutes Kadergespräch mit entsprechender Aktennotiz fand 1980 statt. Darin steht noch einmal etwas über gezielte Nachwuchsförderung, wieder im Rahmen einer Aspirantur. Festgehalten war darin jedoch auch, dass es offensichtlich Schwierigkeiten mit den Kindern gab, weil die Krippenplätze nicht ausreichten. Für das erste Kind hatte ich keinen Krippenplatz, es war in privater Pflege. Als das zweite Kind kam, habe ich unser erstes sofort nach Hause geholt. Später bekamen wir für beide Kinder Krippenplatz beziehungsweise Kindergartenplatz, was aber für die Kleine gar nicht so einfach war. Sie kam mit der Krippe nicht klar und wurde lange Zeit krippenunfähig geschrieben, wie sich das damals nannte, wenn die Kinder zu viel krank waren. Auch die Mütter galten als „krippenunfähig“ – natürlich nicht die Väter. Mein Kaderentwicklungsplan bekam von daher einige Probleme.

Nach der Geburt des zweiten Kindes kam ich 1983 wieder in den Dienst. Dazu steht im Kadergespräch, man solle die B-Aspirantur erwägen, sodass ich die befristete Assistentenzeit abschließen und dann in die B-Aspirantur gehe. Zwi- schendurch hatte sich aber ein personelles Problem ergeben: der Posten eines wissenschaftlichen Sekretärs am Institut war frei geworden und man suchte händeringend jemanden dafür. Wer konnte geeignet sein? Man hat mich dann gefragt, ob ich nicht nebenbei – während der Vorbereitung auf die B-Aspirantur – die Funktion des wissenschaftlichen Sekretärs ausüben könne. Gutmütig, wie ich in meinem Leben immer war, sagte ich: „Ja das mache ich, und das andere erledige ich alles noch nebenbei.“ Wissenschaftlicher Sekretär – da war man die rechte Hand des Sektionsdirektors. Nebenbei habe ich mich auf die Aspirantur vor-

³ Prof. Dr. Cornelius Weiss (geboren 1933 in Berlin), Wissenschaftler und Politiker (SPD), 1999- 2009 Abgeordneter und Alterspräsident des Sächsischen Landtages. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Cornelius_Weiss (04.01.2010).

bereitet. Das hieß: Suche nach einem Thema, Abschluss in einem Postgradualstudium der Hochschulpädagogik, einschließlich Prüfung und Abschlussarbeit. Hinzu kam eine weitere Qualifikation in Englisch. Da ich mit dem Sektionsdirektor nicht besonders gut klar kam, endete das damit, dass ich mich gesundheitlich nicht in der Lage fühlte, die ganze Sache unter einen Hut zu bekommen. So beantragte ich 1986 die Entpflichtung von der Funktion des wissenschaftlichen Sekretärs, um die fachliche Qualifikation vorantreiben zu können.

Dabei ergaben sich zwei Riesenprobleme. Ich sollte quantenchemisch weiterarbeiten, aber es fehlte mir in Rostock die „scientific community“, vor allem fehlte mir der Professor, der wirklich daran interessiert gewesen wäre, die theoretischen Arbeiten hier überhaupt einzuführen, denn Professor Rembarz war 1984 im Alter von 55 Jahren gestorben. So konnte ich in der Wissenschaft nicht wieder Fuß fassen. In einem weiteren individuellen Kaderentwicklungsplan für die Jahre von 1986 bis 1990 wurde alles genau vorgeschrieben: Diplom 1977, Promotion A 1981 hatte ich, Promotion B sollte ich 1991/92 erreichen und die „Facultas docendi“ bereits 1988 erwerben. Auch das Forschungsgebiet wurde aufgeführt: „zwischenmolekulare Wechselwirkung in Gasen“, ebenso meine Sprachkenntnisse sowie Praxiserfahrung. In diesem Plan heißt es aber auch, dass ein Aufenthalt im Ausland derzeit aus familiären Gründen nicht möglich sei.

Auslandsaufenthalte waren immer sensibel. Als ich in Polen war, ging ich zu einem wissenschaftlichen Kolloquium, das ein Kollege aus München-Garching hielt. Das war ein ganz berühmter Kollege, der dort zu einem quantenchemischen Thema sprach. Er lud mich ein, zu einem Forschungsaufenthalt nach München zu ihm zu kommen. Die Einladung kam an, aber da wurde ich erst einmal zu einigen Gremien zitiert: Wieso ich denn da zu einem solchen Kolloquium gegangen sei? Dank meines damaligen Sektionsdirektors wurde das nicht dramatisch und ging glimpflich ab.

Sie sehen hier die Vorgaben so mancher Kaderentwicklungspläne. Es war darin vorgesehen, dass ich nach Abschluss der Promotion B wissenschaftliche Oberassistentin werde. Ebenso war festgelegt, dass jährlich aktenkundige aktualisierte Festlegungen zu treffen seien. Allerdings stand im Kaderentwicklungsplan natürlich nicht, dass ich 1988 noch ein drittes Töchterlein bekomme. Damit kam der Kaderentwicklungsplan durcheinander, denn ich war dann mit Lena eineinhalb Jahre zu Hause, kam im Oktober 1989 zurück und geriet voll in die Wende an der Universität hinein. Inzwischen hatte ich bewirkt, dass ich das Arbeitsgebiet völlig wechseln konnte. Es galt nun der Didaktik, und darin habe ich bis 1992 gearbeitet. Es war eine ganz spannende Zeit der politischen Veränderungen, aber auch wissenschaftlich war es sehr anregend.

Im Jahr 1992 kamen Überleitung und Übernahme. Wir mussten uns um neue Stellen bewerben. Da war mir klar, dass ich nicht in der Didaktik bleiben konnte. Es gab nicht genug Stellen. Die Ausschreibungen zeigten, dass Bewerber über-

nommen würden, die Lehrer gewesen waren, und das traf für mich nicht zu. Deshalb bewarb ich mich auf eine Stelle in der physikalischen Chemie, deren Ausschreibung mit meinen früheren Tätigkeiten gut zusammenpasste, und auf die Stelle eines wissenschaftlichen Sekretärs, der dann aber Fachbereichsreferent hieß. Diese Stelle bekam ich. Das war eine sehr schwere Zeit, weil drei Kinder zu versorgen waren und ich eine Wochenendheute führen musste, da mein Mann 1992 hier nicht übernommen wurde und nach Hamburg ging. Aber es war schon ein glücklicher Moment, als ich das Schreiben erhielt: Übernahme mit Wirkung vom 01.10.1992. Damit war auch klar, dass die Ehrenkommission bei mir kein Fehlverhalten festgestellt hatte. In diesem neuen Arbeitsvertrag gab es jedoch den Vorbehalt, dass man die Stelle nur innehat, bis die Prüfungen der Unterlagen der Staatssicherheit abgeschlossen seien. Erst danach bekam man einen Vertrag, der diesen Vorbehalt nicht mehr hatte. Zunächst wurde ich auf eine befristete Stelle übernommen. Die ganze Sicherheit, die man vorher hatte, war mit einem Mal weg.

Auf eine Dauerstelle kam ich 1994. Als wissenschaftlicher Sekretär, später Fachbereichsreferent, hatte ich viel mit Verwaltung zu tun. Dennoch bemühte ich mich, auch noch etwas anderes zu machen. So kümmerte ich mich um die Lehrlingsausbildung und musste dazu noch eine Prüfung als Lehrlingsausbilderin ablegen. Die IHK – die Industrie- und Handelskammer – erkannte es nicht an, dass ich jahrelang schon Studenten ausgebildet hatte, das sei etwas völlig anderes. Also habe ich eine Ausbildereignungsprüfung abgelegt und bin auch später Prüferin im Fach Chemie geworden. Meine Lehr- und Prüfungsaufgaben lagen besonders auf dem Gebiet der Chemie für Mediziner und auf dem Gebiet der Geschichte der Chemie. Sieben Jahre nach der Übernahme, 1999, dachte ich, dass ich noch etwas anderes in meinem Leben tun wollte, als Verwaltungskram zu erledigen.

Ich hatte also mit Erfolg neue Aufgaben angestrebt und schrieb dazu in eine für mich bestimmte Aktennotiz, dass ich jetzt eine Stelle mit umfangreicher Medizinerausbildung habe und dass der Umfang dieser Tätigkeiten es nicht zulasse, vorrangig an einer Habilitation zu arbeiten. Insbesondere kümmerte ich mich um die Didaktik der Chemieausbildung für Mediziner, gründete dafür eine bundesweite Arbeitsgruppe. Mir wurde 2002 angeboten, ein Buch „Chemie für Mediziner“⁴ zu schreiben. Das hat mir auch sehr viel Spaß gemacht. Seit 2004 darf ich sämtliche Lehrveranstaltungen der Chemie für Mediziner allein bei uns im Hause wahrnehmen. Über das mir damit entgegengebrachte Vertrauen habe ich mich sehr gefreut. Im Jahr 2005 wurde ich zur Sachverständigen am Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz berufen. In diesem Institut werden die Physikumsaufgaben oder jetzt die Aufgaben für die erste ärztliche Vorprüfung entworfen. So bin ich eine von den beiden Chemikern, die

⁴ Boeck, Gisela: Kurzlehrbuch Chemie. Stuttgart 2003, 2. überarb. Auflage Stuttgart 2008.

über diese Aufgaben befinden darf. Darauf bin ich natürlich schon stolz. Ebenso glücklich war ich, als man mir 2002 den „Förderpreis für gute Lehre“ zuerkannte.

Zusätzlich engagierte ich mich auf dem Gebiet der Geschichte der Chemie und trat natürlich in die entsprechende Fachgruppe ein. Tagungen besuchte ich und traute mich 2001 wieder an einen wissenschaftlichen Vortrag. Seit 2005 bin ich Mitglied im Vorstand der Fachgruppe für die Geschichte der Chemie der Gesellschaft Deutscher Chemiker. Wissenschaftlich arbeite ich jetzt auf diesem Gebiet, beschäftige mich insbesondere mit Fragen der Chemiebildung im 19. Jahrhundert und pflege dabei eine internationale Zusammenarbeit. Gemeinsam mit dem Medizinhistoriker Professor Lammel⁵ gründete ich 2003 den Arbeitskreis „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ hier an der Universität. Im Jahr 2004 wurde ich zum Mitglied der Kommission zur Vorbereitung des Universitätsjubiläums 2019 berufen.

Gegenwärtig habe ich kräftig mit Verwaltungs- und Lehraufgaben zu tun, weiß allerdings angesichts ihres Umfangs nicht, ob ich jemals noch in meinem Leben die Habilitation schaffen werde. Es wäre zwar ganz nett, wenn ich diesen Punkt noch abarbeiten könnte, aber ich frage mich auch, ob das wirklich so wichtig ist, denn ich habe konkrete und schöne Aufgaben in der Lehre, ebenso Verwaltungsaufgaben – ob die nun immer schön sind, ist eine andere Frage, aber sie sind mit viel Verantwortung verbunden. Immer habe ich auch Forschungsmöglichkeiten, insofern ist mein Arbeitsleben eine ganz runde Sache.

Kersten Krüger:

Vielen Dank, wäre es wirklich eine ganz runde Sache, könnten wir jetzt nach Hause gehen, aber wenn manches nicht so ganz rund erscheint, haben wir die Möglichkeit zu Rückfragen zu diesem sehr interessanten Lebenslauf. Ich darf um Wortmeldungen bitten.

Diskussion

Isabel Zeidler:

Können Sie etwas zu den Lochkarten sagen? Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie man mit Lochkarten rechnen kann. Was soll ich mir darunter vorstellen?

Gisela Boeck:

Ich habe leider keine bei mir. Das war eine feste Pappe, die war ungefähr...

⁵ Prof. Dr. Hans-Uwe Lammel: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001796

Kersten Krüger:

...im Dollar-Format mit 80 Stellen für Lochungen.

Gisela Boeck:

Dort wurden an bestimmten Stellen Löcher angebracht, weil man auf die Art und Weise mit dem Rechner kommunizierte. Das System basierte auf Ja/Nein-Fragen und die eingegebenen Daten wurden durch die Löcher verschlüsselt. Ich habe dort Informationen über Moleküle, Bindungswinkel und Bindungslängen eingegeben. Daher musste der Rechner wissen, ob ich eine Bindungslänge oder einen Bindungswinkel eingebe. Das war durch die Löcher verschlüsselt. Dafür gab es Maschinen, ich musste die Löcher also nicht mit einer Kneifzange stanzen. Lochkartenstanzer ähnelten einer Schreibmaschine, und hier tippte ich die Informationen ein. Es gab auch Lochkartenprüfer, die Lochfehler feststellen sollten. Wie diese funktioniert haben, erinnere ich jedoch leider nicht mehr. Fehlerhafte Lochkarten musste ich noch einmal tippen. Ein Job für den Rechner bestand immer aus Hunderten von Lochkarten.

Kersten Krüger:

Auf jede Lochkarte passte eine Information von 80 Zeichen, die durch Lochungen in zehn Zeilen verschlüsselt waren. Es konnten die Zahlen von 0 bis 9 und 24 Buchstaben – ohne Umlaute und ohne Groß- oder Kleinschreibung – eingegeben werden. Für jede Zeile brauchte man eine neue Lochkarte. Hatte man sich ärgerlicherweise an der 78. Stelle vertippt, musste man 77 Lochungen auf einer neuen Lochkarte wiederholen und dann die drei letzten korrekt eingeben.

Lochkartenstanzer waren wahre Höllenmaschinen, unglaublich laut – man musste fast Ohrenschützer aufsetzen. Außerdem tobten sie auf dem Tisch umher. Sie waren arbeitsökonomisch wie arbeitsergonomisch schlimm, aber wir haben Ost wie West damit die EDV angefangen. Wer sich damals auf computergestützte Rechnungen einließ, hatte eine Riesen-Arbeit allein mit der Vorbereitung eines Rechenjobs, insbesondere in der Chemie, wo umfangreiche Rechnungen erforderlich sind. Wenn Sie dann noch 0,2 Sekunden Rechenzeit – CPU-time – benötigten, mussten Sie ganz schön Schlange stehen oder nach Thorn fahren. Es war ein erheblicher Aufwand, aber es ist trotzdem etwas herausgekommen.

Gisela Boeck:

Der Jobumfang betrug höchstens 300 Kilobyte. Heutzutage haben wir alle einen Stick mit mehreren Gigabyte. Die Entwicklung in diesem Sektor ist gar nicht mehr zu fassen.

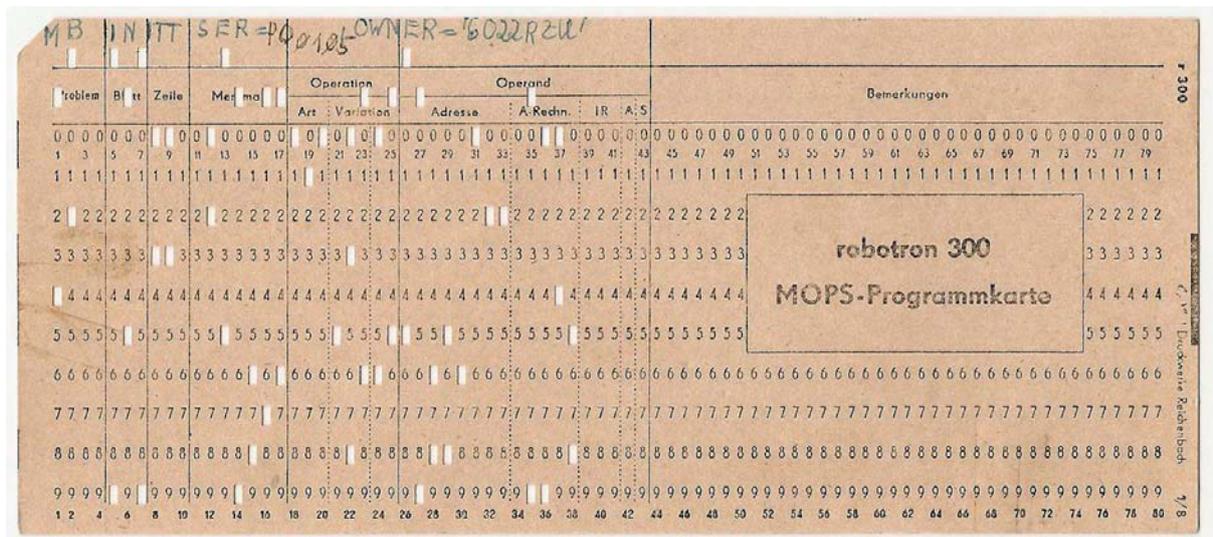


Abbildung 2

Lochkarte robotron 300 – Rechenzentrum Universität Rostock

Die gelochten Zeichen sind ein Initialierungscode, oben handschriftlich vermerkt:

MB INITT SER=PO0105,OWNER='6022RZU'

Hilde Michael:

Sie erwähnten vorhin kurz die Ehrenkommission. Könnten Sie kurz die Umgestaltung des Fachbereichs Chemie erläutern? Oder blieb alles beim Alten?

Gisela Boeck:

Das ist nicht ganz einfach zu beantworten. Ich versuche mich zu erinnern. Wenn ich nicht irre, mussten wir uns alle bei der Ehrenkommission vorstellen (siehe auch Anhang 5 und 6).

Angela Hartwig:

Alle mussten etwas einreichen.

Gisela Boeck:

Und wer wurde vorgeladen?

Angela Hartwig:

Das war unterschiedlich. Das hat die Ehrenkommission entschieden.

Gisela Boeck:

Ich wurde jedenfalls vorgeladen und ich weiß von einer Reihe von Kollegen in der Chemie, die ebenfalls vorgeladen wurden. Im Hinblick auf die Übernahme am Institut kann man sagen, dass fast alle, die vorher in einer unbefristeten Assistenz waren, übernommen wurden, allerdings auf befristete Stellen, genau wie ich. Einige von ihnen sind später gegangen, weil sie keine Möglichkeit hatten, eine

Dauerstelle zu bekommen. Bei den Hochschullehrern war es ein wenig anders. Dort hingen Überleitung und Übernahme mit der wissenschaftlichen Prüfung zusammen. Da blieben einige auf der Strecke. Aus meiner heutigen Perspektive ist nicht alles gerechtfertigt, was die Ehrenkommission dort an Entscheidungen traf.

Aber ich möchte noch einmal aus dem Blickwinkel der Frauenfrage dieses Problem der Übernahme in eine befristete Assistenz beleuchten. Das Traurige war – ehrlich gesagt –, dass alle vorhandenen Beamten- und Dauerstellen an Männer gegangen sind. Wir Frauen blieben auf der Strecke, wir konnten zusehen, wie wir weiterkommen. Einige von meinen Kolleginnen haben es nicht geschafft. Ich hatte Glück, dass ich den Posten des wissenschaftlichen Sekretärs beziehungsweise Fachreferenten bekam. Dabei hegte ich die Hoffnung, dass es nach Ablauf der Beschäftigungsfrist weitergeht, dass hier nicht so schnell gewechselt wird. Man hätte ja auch sagen können: „Es kommt alle drei Jahre ein neuer Fachbereichsreferent.“ Aber ein Fachbereichsreferent sammelt Erfahrungen und baut Strukturen auf, den kann man schlecht alle drei Jahre auswechseln. Insofern hatte ich Glück, dass ich auf diese Stelle übernommen wurde. Sie brachte mir ab 1994 eine gewisse Sicherheit. Ob das nun eine wissenschaftliche Perspektive war, ist natürlich eine andere Frage.

Vielleicht könnte man mir den Vorwurf machen, dass ich 1992 nicht auf eine Projektstelle ging, denn ich hatte mich in der Didaktik in ein neues Forschungsgebiet eingearbeitet, auf dem ich auch habilitieren wollte. Warum habe ich mich nicht um ein entsprechendes Projekt bemüht? Dazu möchte ich sagen:

1. Befristete Projekte waren für uns neu. Wir hatten keinerlei Erfahrung mit dieser Arbeitsweise. Der Leiter der Didaktik zu jener Zeit hatte ebenso wenig Erfahrung damit und hat mir auch überhaupt keinen Mut gemacht.

2. Es wäre mit einer gewissen Unsicherheit verbunden gewesen. Wie ich bereits erwähnte, wurde 1992 mein Mann arbeitslos. Da habe ich pragmatisch entschieden, dass ich eine Stelle brauchte, die mir eine gewisse Sicherheit für die nächsten Jahre gab, damit ich die Familie durchbringen kann. Zu der Zeit wussten wir auch nicht, wie es mit meinen Eltern weitergeht. Meine Mutter erhielt kaum Rente, mein Vater erhielt am Anfang auch sehr wenig Rente, weil die Altersversorgung noch nicht geklärt war. Daher habe ich die Stelle angenommen, um der Familie eine gewisse Sicherheit zu geben.

Harold Fanning:

Können Sie das Konzept einer Fernaspirantur näher erläutern?

Gisela Boeck:

Ich weiß nicht, ob es das noch einmal an irgendeiner anderen Stelle gegeben hat. Letztendlich hing es damit zusammen, dass mir die Aspirantur hier in Rostock verliehen worden war. Aber es war von Anfang an klar, dass Prof. Rembarz mich

nicht wissenschaftlich betreuen konnte. Er hat aber dafür gesorgt, dass der Kontakt nach Leipzig aufgebaut wurde und man dort bereit war, mich zu betreuen. In Leipzig hatte ich auch einen Schreibtisch. Meine Forschungen kosteten etwas Geld – besonders durch die beanspruchte Rechenzeit –, aber das war damals kein ökonomisches Problem. Man sagte eben nicht: „Die kommt aus Rostock, die muss eine bestimmte Menge Geld mitbringen“. Ich war dort willkommen und durfte dort auch rechnen, und ich bin dort übrigens auch in der Lehre eingesetzt worden. Aber es ist mir nicht bekannt, dass jemand anderes eine solche Aspirantur-Variante hatte.

Heiko Marski:

Mich würde interessieren, wie tolerant in den Kadergesprächen auf den Kinderwunsch reagiert wurde, da dies ja die Pläne durchkreuzte.

Gisela Boeck:

Das war abhängig von den Gesprächspartnern. Ich kann mich erinnern, dass von 1984 bis 1986 sehr, sehr wenig Verständnis für das Problem gezeigt wurde, dass man sich auch um die Kinder kümmern muss. Letztendlich meine ich auch, dass an keiner Stelle die Doppelbelastung der Frau deutlich wahrgenommen wurde. Vielmehr hat man immer versucht, mir noch eine Aufgabe mehr obendrauf zu packen. Man kann natürlich auch fragen: „Warum hast du das denn gemacht?“ Man kann eben schlecht aus seiner Haut. Ich habe versucht, alles hundertprozentig zu machen, aber das geht irgendwann nicht mehr.

Ich glaube auch, das hätte man einem Mann nicht zugemutet. Da wäre man nie auf die Idee gekommen, dem auch noch einen wissenschaftlichen Sekretärs-Posten aufzuhalsen, damit er erst einmal seine Dauerstelle kriegt. Da hätte man dann lieber gesehen, dass der sich ganz konzentriert auf sein Thema vorbereiten kann.

Kolja Trieglaff:

Sie erzählten, dass Sie mit einem russischen Mädchen befreundet waren und dass Ihre Eltern deren Eltern zu sich eingeladen haben, diese jedoch an der Haustür stehen bleiben mussten und nur ihre Freundin zu Besuch kam. Wieso?

Gisela Boeck:

Der Vater war Offizier (wahrscheinlich Oberst), und es war allen Angehörigen der sowjetischen Armee verboten, private Kontakte zu haben. Es durften nur diese offiziellen Freundschaftstreffen besucht werden. Die Soldaten durften auch überhaupt nicht alleine ‘raus, allerdings durften die Offiziersfrauen allein einkaufen gehen. Die Offiziere durften allein durch die Stadt gehen, aber sie durften keine persönlichen Kontakte haben.

Hilde Michael:

Sie haben gesagt, dass Sie ein Jahr später zu den Pionieren gekommen sind. Wissen Sie etwas darüber, wie von schulischer Seite und damit automatisch von der System-Seite darauf reagiert wurde?

Gisela Boeck:

Das weiß ich leider nicht, da müsste ich meine Eltern fragen. Aber ich weiß, dass es dann immer wieder Probleme gab, wenn man nicht in der FDJ organisiert war. Ich hatte auch eine Klassenkameradin, die religiös gebunden war. Deren Schwester hatte nicht regulär mit ihren Klassenkameradinnen und Klassenkameraden an der Jugendweihe teilgenommen. Da hat es eine ganze Menge Probleme gegeben. Sie hat dann mit uns zusammen die Jugendweihe mitgemacht, damit dieser Punkt abgearbeitet war.

Kersten Krüger:

Darf ich ergänzen? Ihr Herr Vater hat als Zeitzeuge erklärt: man lästerte über ihn, weil er sich mit Margot Honecker⁶ gut verstand – er organisierte mit ihr die Mathematikolympiaden, war aber nicht in der Partei –, konnte man ihn nicht angreifen. Genauso war es mit der Sippenhaft oder Nicht-Sippenhaft, den Engel konnte man nicht angreifen, also konnte man die Tochter auch nicht bestrafen.

Gisela Boeck:

Das war ja schon 1961, insofern war er da noch nicht so ganz geschützt.

Arne Busch:

Es stand auf den gezeigten Dokumenten mehrfach, dass Sie die Herkunft „Intelligenz“ haben und dass ihre Eltern Akademiker sind und Sie deshalb nicht für ein Auslandsstudium vorgesehen waren. Konnten Sie nicht versuchen, mit Hilfe Ihrer Eltern trotzdem im Ausland studieren zu gehen?

Gisela Boeck:

Das weiß ich nicht, ob man das hätte durchsetzen können, denn es hieß immer, es dürfen nur Arbeiter- und Bauernkinder gehen. Das konnte ich bei bestem Willen nicht nachweisen und auch meine Eltern konnten nicht nachweisen, dass ich ein Arbeiter- und Bauernkind bin, daher haben wir das nicht weiter verfolgt. Das war dann eben so.

⁶ Margot Honecker (geboren 1927 in Halle (Saale)), 1963-1989 Ministerin für Volksbildung der DDR, Ehefrau des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Margot_Honecker (26.12.2009).

Heiko Marski:

Haben Sie sich jemals beschränkt oder gefangen gefühlt in dem System?

Gisela Boeck:

Hin und wieder schon. Zum Beispiel war ich unwahrscheinlich traurig, dass ich meine französische Freundin nie besuchen durfte. Dass sie nun immer nur kommen konnte und ich mir die Bücher dann anguckte, wie Paris aussieht, aber ich konnte nicht hinfahren. Ansonsten wusste man eben, dass es so ist, aber wenn ich in Berlin war, dann habe ich die Beschränkung besonders gemerkt. Ich kann mich noch erinnern, wie ich 1987 mit meinen beiden Mädchen unter den Linden war und wir vor dem Brandenburger Tor standen und sie mich fragten, was dahinter sei. Das war schon eine komische Situation.

Wenn die Mutter dann das erste Mal auf Westreise war, dachte man: „Du musst wohl warten, bis du Rentnerin bist, bis du mal die Alpen siehst.“ Aber ich kann nicht sagen, dass ich total darunter gelitten hätte, man wusste es. Man hat versucht, das irgendwie in sein Leben einzuordnen. Da ich ja die Möglichkeit hatte, in das andere Ausland zu fahren, habe ich doch einiges von der Welt gesehen. Dass ich damit allenfalls nur die Hälfte kennenlernte, war mir auch klar. Doch will ich ergänzen: ich hätte einmal fast nach Algerien fahren dürfen. Es gab Jugendgruppenreisen nach Jugoslawien und nach Algerien. Da war ich auch vorgeschlagen, aber es wurde dann jemand für einen Studentensommer in Polen gesucht. Es sollten die Chemikerinnen und Chemiker jemanden stellen, und da bin ich dann eben zum Fensterputzen nach Thorn (Toruń) gefahren.

Kersten Krüger:

Es klang zuvor schon fast ein wenig vorurteilhaft: Einem Mann hätte man so etwas nie zugemutet, aber eine Frau musste das ja übernehmen. Wir hatten in unserem Seminar schon grundsätzliche Zeitzeuginnen, wie zum Beispiel Rosina Neumann und Heike Kahlert. Frau Kahlert sprach sich dafür aus, dass es eine Förderung für Frauen geben müsse, um Familie und Wissenschaft zu vereinen. Doch diese sei unterentwickelt. Was Sie uns erzählen, scheint ja – trotz allem Anspruch der DDR auf Gleichberechtigung der Frau – nur in der Theorie gegolten zu haben, aber im Gegensatz zu einer abweichenden Praxis zu stehen. So mussten Sie sich letztendlich doch entscheiden, ob Sie sich um ihre Familie kümmern oder in der Wissenschaft weiterkommen wollten. Würden Sie es als ein grundsätzliches Problem der Frauenförderung der DDR sehen, dass diese wohl auf dem Papier festgeschrieben stand, aber in der Realität nicht beziehungsweise unzureichend verwirklicht wurde?

Gisela Boeck:

Ja, das würde ich voll unterstreichen! Offiziell gab es Gleichberechtigung und wir hatten doch auch einige Vorzüge, als es sich mit den Krippen- und Kindergartenplätzen geregelt hatte. Danach befanden wir uns in einer recht guten Versorgungssituation. Ich habe es auch immer bewusst erwähnt, dass meine Kinder nicht irgendwie „bekloppt“ geworden sind, obwohl sie im Kindergarten alle zur gleichen Zeit auf den Topf gehen mussten. Sie haben das alles gut überstanden. Es war auf keinen Fall eine schlimme Zeit, so wie es oft beschrieben wird. Wenn man sich als Eltern in der gemeinsamen Zeit dann intensiv um die Kinder gekümmert hat, konnte man die fehlenden Stunden recht gut ausgleichen. Ich bin diesem Anspruch, viel Zeit mit den Kindern zu verbringen, dann auch gefolgt. Außerdem ist uns in der Krippe, im Kindergarten und in der Schule viel abgenommen worden – viele Dinge, um die sich die Eltern heute selbst kümmern müssen. Es gab dort zum Beispiel Zahnärzte. Ich selbst musste nie mit den Kindern zum Zahnarzt. Das war bereits alles erledigt. Ebenso verhielt es sich mit den nötigen Impfungen. Es lief alles automatisch. Insofern hatten wir gewisse Freiräume, das muss man sagen. Aber letztendlich denke ich schon, dass zu einer wissenschaftlichen Karriere sehr viel Einsatz gehört. Das ist dann zu koordinieren, vor allem weil es keine Regularien gab, die besagt hätten, dass man sich zielgerichtet hätte vorbereiten können und nicht den Weg über den wissenschaftlichen Sekretär hätte gehen müssen. Mit solchen Regularien hätte man Bedingungen geschaffen, sodass ich vielleicht auch mal zu einer Habilitation gekommen wäre. Aber wenn man nun erst so viele andere Aufgaben erledigen muss, geht natürlich viel Zeit verloren und vor allem bleibt für die eigentliche Wissenschaft kaum noch Zeit.

Oft nahm ich mir auch bewusst vor, dass ich diesen Abend oder jenes Wochenende allein Zeit für die Kinder haben muss. Ich musste einfach ganz effektiv mit meiner Zeit umgehen. Das habe ich auch immer versucht, aber es hat eben nicht für alle Dinge reichen können.

Kolja Trieglaff:

Sie erzählten, dass ihre Mutter nach der Geburt der Kinder aufhörte zu arbeiten. Als sie jedoch wieder in den Beruf einsteigen wollte, gab es Schwierigkeiten. Welche Schwierigkeiten ergaben sich?

Gisela Boeck:

Das hätte ich genauer erfragen sollen, aber ich weiß, dass sie überlegte wieder in der Schule zu arbeiten. Dann hat sie sich, ich glaube, das war sogar auf eine Zeitungsannonce hin, in der Nervenklinik beworben und ist auch genommen worden. Damit war sie dann eigentlich auch sehr zufrieden.

Hilde Michael:

Wie sah es in Ihrem Fachbereich Chemie in der DDR mit der Ausstattung und Beschaffung von Arbeitsmaterialien aus? Oder welchen Weg mussten Sie beschreiten, um es zu bekommen?

Gisela Boeck:

Das war natürlich problematisch. Aber grundlegende chemische Journale waren schon verfügbar. Wir hatten auch den Vorteil, dass direkt neben unserem Institut das Institut für Katalyse gewesen ist. Dieses Institut war eine Akademieeinrichtung, dessen Nachfolgeeinrichtung das heutige Leibniz-Institut für Katalysforschung ist. Durch gute Nachbarschaft standen uns zusätzlich Geldmittel zur Verfügung. Wir konnten auch gegenseitig die Bibliothek nutzen. Ansonsten waren die Mittel alle irgendwie bemessen. Trotzdem haben wir einen Computer gehabt und auch NMR-Geräte. Das war alles auch nicht einfach, gerade wenn ich an das NMR-Gerät denke. Bis dies endlich angeschafft werden konnte, musste erst ein Anbau realisiert werden. Dieser ist dann in Eigenleistung durch das Institut gebaut worden, in den so genannten Subbotniks, freiwillige Arbeitsleistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Da waren halt alle dabei. Nun war das Gerät da und nun sollte es auch wirklich arbeiten können, und dann hat man eben angepackt und zusammen gearbeitet.

Auch die wissenschaftlichen Kontakte ins westliche Ausland waren sehr beschränkt. Ich hatte ja schon angedeutet, dass ich Kontakte hatte, ohne Reisekader gewesen zu sein. Es gab natürlich auch einige Reisekader. Das waren bestimmte, besonders ausgewählte Wissenschaftler. Diese durften dann auch ins westliche Ausland fahren. Ich selbst hätte nur ins sozialistische Ausland fahren können.

Heiko Marski:

Sie haben geschildert, dass die Frauen früher theoretisch nicht benachteiligt waren, aber benachteiligt wurden. Würden Sie sagen, dass es Frauen heute leichter haben oder ist die Situation ähnlich?

Gisela Boeck:

Das ist schwierig zu sagen. Heute ist die Situation anders. Wer von den heutigen Akademikerinnen würde noch auf die Idee kommen, drei Kinder zu haben. Das ist schon ein ganz entscheidender Punkt. Wenn da heute ein Kind kommt, dann ist das schon bemerkenswert. Aber es gibt auch Professorinnen, die haben drei, vier oder auch mehr Kinder. Aber, dass es heute leichter ist, würde ich nicht sagen.

Es hängt vielleicht auch davon ab, was das Umfeld leisten kann. Gibt es vielleicht eine Großmutter, die die Betreuung der Kinder voll und ganz übernehmen kann? Oder vielleicht ist es der Ehepartner, aber das ist eher unwahrschein-

lich, der die Elternzeit oder die wesentlichen Dinge übernimmt. Aber da das meistens auch ein Akademiker ist, wenn man sich die Statistik so ansieht, ist die Chance dafür nicht sehr groß. Manchmal sind es aber auch einfach Glück und Zufall – da folge ich den Beobachtungen von Frau Heike Kahlert –, die einem behilflich sind. Frau Kahlert hielt vor kurzem einen Vortrag an unserem Institut und es hat zu großem Erstaunen unter den Kollegen geführt, dass auch Glück und Zufall eine Rolle spielen können. Glück und Zufall insofern, in welcher Community man sich befindet, wie stark dort Frauenförderung betrieben wird und wie die Randbedingungen beschaffen sind. Das ist keine Ost-West-Frage.

Arne Busch:

Sie sprachen über die Zusatzqualifikation der Hochschuldidaktik. Wieso war das zusätzlich gefordert und was waren die Inhalte?

Gisela Boeck:

Ich möchte sagen, ich fordere es auch heute noch, dass von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine Hochschuldidaktikausbildung absolviert wird.

Arne Busch:

Heißt das: auf Hochschuldidaktik beschränkt? Es hörte sich zuvor so an, als hätten Sie ein weiteres Studium ableisten müssen.

Gisela Boeck:

Nein, das war nicht der Fall. Damals nannte man das Hochschulpädagogik, weil da natürlich auch die Werte der sozialistischen und kommunistischen Erziehung vermittelt worden sind. Aber das war eben nur ein Teilaspekt. Es ging vor allem darum, wie man eine Vorlesung oder ein Seminar aufbaut. Das sind sehr wichtige Dinge. Es wurde uns gesagt, wie viel man auf eine Folie schreiben sollte und Ähnliches. Dann mussten wir auch eine Abschlussarbeit schreiben. Ich fertigte diese über die Begabungsförderung unseres Institutes an. Zudem mussten wir eine Lehrprobe halten. Insofern erachte ich es schon für wichtig – bis auf den politischen Teilaspekt jedenfalls – dass sich jemand, der eine wissenschaftliche Karriere anstrebt und auch wirklich an der Universität forschen und lehren will, mit solchen Dingen auseinandersetzt, denn gerade, wenn man aus einer Fachwissenschaft kommt, hat man sich doch mit solchen Sachen nie beschäftigt, ebenso wenig mit pädagogischen Fragestellungen. Wie gehe ich denn vor, wenn ich nun auf einmal ein Gruppenproblem habe? Da ist Didaktik sehr hilfreich.

Arne Busch:

Welchen Umfang hatte die hochschuldidaktische Ausbildung?

Gisela Boeck:

Die Ausbildung ging über zwei Jahre mit zwei Semesterwochenstunden, glaube ich. Aber das ist grob geschätzt. Ich wüsste auch gar nicht mehr, wo ich dies nachschauen sollte. Da müsste ich vielleicht mal das Universitätsarchiv besuchen. Das steht auch nicht in meinem Studienbuch.

Kersten Krüger:

Ich habe nun eine Frage zu dem Bereich, den Sie aussortiert haben: die Vermittlung von Werten. Noch einmal die Hypothese, die davon nun relativ unabhängig ist, dass Ihre Chancen in einer Naturwissenschaft als Frau größer waren, als sie es möglicherweise in einer Gesellschaftswissenschaft gewesen wären. Dies soll aber nur eine Vorbemerkung, vielleicht eine Vermutung sein.

Wir haben vom Marxismus-Leninismus bei Ihnen überhaupt noch nichts gehört. Die russische Sprache ist eine schöne Sprache, aber wenn ich sie nur lerne, wie Lenin im Garten sitzt und Revolution macht, dann sind da ja doch schon Werte des Marxismus-Leninismus enthalten. In den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, dazu gehört ja Geschichte als anerkannter Ideologieträger im Marxismus-Leninismus, sind die Verhältnisse anders. In den Naturwissenschaften, so jedenfalls unsere Erfahrungen mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, ist also der Eintrag von Marxismus-Leninismus geringer, wenn überhaupt vorhanden, ganz im Gegensatz zu den Gesellschaftswissenschaften. Welche Rolle spielte der Marxismus-Leninismus im Fach Chemie beziehungsweise in der Theoretischen Chemie, was ja mehr Ihr Schwerpunkt war?

Gisela Boeck:

In der Chemie ist es doch ein wenig anders als zum Beispiel in der Mathematik, würde ich sagen. Denn man konnte es schon politisch steuern, auf welchem Gebiet geforscht werden sollte. Bis auf die Tatsache, dass ich während des Studiums und der Promotion Kurse des Marxismus-Leninismus belegen musste, konnte ich mich davor dennoch drücken, denn die Quantenchemie ist ja in Ost und West gleich. Es gab keine Fragestellungen, die etwas mit dem Sozialismus zu tun hatten. Die Potenzialfläche sieht nun mal im Osten und im Westen gleich aus. Insofern hat dies für mich überhaupt keine Rolle gespielt. Nun könnten Sie noch erfragen, wie es hinsichtlich der Didaktikausbildung aussah. Da ist das Problem natürlich stärker ausgeprägt. Aber auch in diesem Fall habe ich versucht, mich dem Marxismus-Leninismus ein wenig zu entziehen. So habe ich mich zum Beispiel mit dem Thema, wie Kommunikationsprozesse im Chemieunterricht ablaufen, beschäftigt. Diese Fragestellung war nun weit vom Marxismus-Leninismus entfernt.

Heute dagegen befasse ich mich mit der Rezeption des Periodensystems in der Schulbuchliteratur im 19. Jahrhundert. Ich habe auch ein bisschen weiter

geschaut um festzustellen, wie dies im 20. Jahrhundert aussah. Dabei habe ich bemerkt, man staune, dass die Rezeption des Periodensystems in der DDR erst einmal heruntergefahren wurde. Das Periodensystem wurde ja von Dmitri Iwanowitsch Mendelejew und Lothar Meyer aufgestellt. Man hätte denken können, dass diese Tatsache nun der erste Satz im Chemiebuch hätte sein müssen. Aber das war zu viel Theorie. Es war viel wichtiger, dass man Dinge lernte, die für die Volkswirtschaft eine Rolle spielten, dass man zum Beispiel weiß, wie die Schwefelsäureproduktion ablief.

Kolja Trieglaff:

Wir haben schon einmal gehört, dass es für Sie, als Kind von Intelligenzlern, eigentlich nicht vorgesehen war zu studieren. Gab es Regelungen, warum Kinder von Intelligenzlern denen der Bauern und Arbeitern nachgestellt wurden? Für sich selbst sahen Sie bessere Chancen im Bereich der Naturwissenschaften?

Gisela Boeck:

Erstens, war ich sicher gut genug, sodass ich nicht in den Auswahltopf kam und abwarten musste, ob es noch bessere Kinder von Arbeitern und Bauern gab, die Vorrang hatten. Zweitens, war es in den Naturwissenschaften gar nicht so sehr entscheidend, welcher Herkunft man war. Aber es gab dennoch Quoten. Es ist also schon registriert worden, ob man ein Kind von Intelligenzlern war oder das eines Arbeiters oder Bauern. Wir mussten dies in unseren Studienbewerbungen ankreuzen und sicherlich ist das auch irgendwo aufgenommen worden. Danach wurden Listen erstellt, um zu sehen, ob die Proportionen stimmen. Das habe ich alles nicht so mitbekommen. Ich bin dann ja auch aufgenommen worden. Aber es war sicherlich problematisch, wenn man als Kind eines Intelligenzlers einen besonders begehrten Studienplatz bekommen wollte. Chemie war nicht so begehrt wie etwa Medizin. Aber Medizin wollte ich nicht studieren. Ich konnte noch nie Blut sehen.

Kersten Krüger:

Dies waren nun die Schlussworte unserer heutigen Zeitzeugin Frau Dr. Gisela Boeck. In diesem Vortrag ist deutlich zum Ausdruck gekommen, dass es schwierig war (und ist) Familie und Wissenschaft harmonisch zu vereinbaren. Irgendwas bleibt da auf der Strecke. Haben Sie vielen Dank für Ihren Vortrag und Ihre Diskussionsbeiträge.

Kaderperspektivplan für Gisela Engel
Rostock 1979 März 12
Privatarchiv Gisela Boeck
Transkription Kersten Krüger

Vorschlag

Kaderperspektivplan für Aspirantin G. Engel

Die Genossin G. Engel hat alle Voraussetzungen in fachlicher und politischer Hinsicht erfüllt, um im folgenden Planjahr fünf in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Aus jetziger Sicht kann gesagt werden, daß G. Engel ihre externe Qualifikation mit Abschluß der Promotion A an der Arbeitsgruppe Quantenchemie der KMU (Dr. Weiss) im Jahr 1981 erreicht. Damit würde ihre Aspirantur enden und Frl. Engel müßte als Assistentin übernommen werden. Die Bereitstellung einer unbefristeten Arbeitsstelle hätte sicherlich bis 1984 Zeit, sofern nicht nach einer kurzen Assistentenzeit eine Sc-Sonderaspirantur angestrebt wird, was sicherlich im Sinne einer Frauenförderung wäre. Die Stellung von G. Engel sollte stets im Bereich der Forschungsgruppen Synthesechemie betrachtet werden. Das derzeitige Interesse richtet sich auf bindungstheoretische Probleme, was sich zwanglos auf neue Richtungen in der Kohlenhydratchemie ausdehnen läßt. Hinsichtlich der Ausbildung von Studenten ergeben sich gewisse Konsequenzen, die sich jedoch ab 1982 regeln lassen. Die derzeitige Stoffvermittlung befriedigt nicht, da die ursprüngliche Konzeption für eine Quantenchemie (Doz. Dr. Lichtenstein) nicht mehr dem Fachstudium Synthesechemie entspricht.

Durch die Forschungsgruppe Prof. Rembarz / Prof. Fischer wird strikt die Meinung vertreten, daß ein Fachkader für Quantenchemie heute unbedingt in eine Arbeitsgruppe Synthesechemie gehört, bzw. für sie verfügbar ist. Da die Arbeitsgruppen an der Sektion Chemie zu klein sind, um für alle Anforderungen autark zu sein, ergibt sich für Frl. Engel eine mehr zentrale Position an der Sektion. Man sollte diese Problematik unbedingt im Zusammenhang mit den Bemühungen von Prof. Kibbel sehen, Herrn Teller im Sinne der Röntgenstrukturanalyse zu qualifizieren. Nur in diesem Sinne lassen sich an unserer Sektion Fragen der Orientierung auf neue Arbeitsgebiete lösen, und damit auch die arbeitsteilige Zusammenarbeit unterschiedlicher Forschungsgruppen.

Rostock, d. 12.3.1979

(G. Rembarz)
Prof. G. Rembarz

(Fischer)
Prof. E. Fischer

VorschlagKaderperspektivplan für Aspirantin G.Engel

Die Genossin G.Engel hat alle Voraussetzungen in fachlicher und politischer Hinsicht erfüllt, um im folgenden Planjahr fünf in ein unbefristetes Arbeitsrechtsverhältnis übernommen zu werden.

Aus jetziger Sicht kann gesagt werden, daß G.Engel ihre externe Qualifikation mit Abschluß der Promotion A an der Arbeitsgruppe Quantenchemie der KMU (Dr. Weiss) im Jahr 1981 erreicht. Damit würde ihre Aspirantur enden und Frl.Engel müßte als Assistentin übernommen werden. Die Bereitstellung einer unbefristeten Arbeitsstelle hätte sicherlich bis 1984 Zeit, sofern nicht nach einer kurzen Assistentenzeit eine ~~So~~-Sonderaspirantur angestrebt wird, was sicherlich ~~im~~ Sinne einer Frauenförderung wäre.

Die Stellung von G.Engel sollte stets im Bereich der Forschungsgruppen Synthesechemie betrachtet werden. Das derzeitige Interesse richtet sich auf Bindungstheoretische Probleme, was sich zwanglos auf neue Richtungen in der Kohlenhydratchemie ausdehnen läßt.

Hinsichtlich der Ausbildung von Studenten ergeben sich gewisse Konsequenzen, die sich jedoch ab 1982 regeln lassen. Die derzeitige Stoffvermittlung befriedigt nicht, da die ursprüngliche Konzeption für eine Quantenchemie (Doz., Dr. Lichtenstein) nicht mehr dem Fachstudium Synthesechemie entspricht.

Durch die Forschungsgruppe Prof. Rembarz/Prof. Fischer wird strikt die Meinung vertreten, daß ein Fachkader für Quantenchemie heute unbedingt in eine Arbeitsgruppe Synthesechemie gehört, bzw. für sie verfügbar ist. Da die Arbeitsgruppen an der Sektion Chemie zu klein sind, um für alle Anforderungen autark zu sein, ergibt sich für Frl. Engel eine mehr zentrale Position an der Sektion. Man sollte diese Problematik unbedingt im Zusammenhang mit den Bemühungen von Prof. Kibbel sehen, Herrn Teller im Sinne der Röntgenstrukturanalyse zu qualifizieren. Nur in diesem Sinne lassen sich an unserer Sektion Fragen der Orientierung auf neue Arbeitsgebiete lösen, und damit auch die arbeitsteilige Zusammenarbeit unterschiedlicher Forschungsgruppen.

Rostock, d. 12. 3. 79


Prof. G. Rembarz

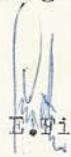

Prof. E. Fischer

Abbildung 3
Kaderperspektivplan 1979 (Privatarchiv Gisela Boeck)

Kadergespräch mit Frau Dr. Boeck
 Rostock 1984 Mai 17
 Privatarchiv Gisela Boeck
 Transkription Kersten Krüger

Wilhelm-Pieck-Universität
 Rostock
 Sektion Chemie

Rostock, 12. Juli 1984
 Prof. Ki/Mo

Kadergespräch mit Frau Dr. Boeck am 17. Mai 84

Die Einstellung von Frau Dr. Boeck als befr. Assistentin erfolgte am 01.02.81.

Folgende Unterbrechungen gab es seither:

11.05.81	Ende Wochenurlaub 1. Kind
11.05.81-01.09.81	unbezahlte Freistellung wegen fehlenden Krippenplatzes (dann Pflegestelle)
05.08.82-05.02.83	Schwangerschaft und Wochenurlaub 2. Kind
02/82-09/83	Babyjahr
09/83-01/84	unbezahlte Freistellung
ab Juni 84	unbezahlte Freistellung wegen Krippenunfähigkeit des 2. Kindes nach vorheriger Erkrankung des Kindes

Ausfall bisher rund 2 Jahre, d. h. Verlängerung bis wenigstens 31.01.1986 zu rechtfertigen

Fachliche Entwicklung

- a) Beantragung als Reisekader erforderlich. Wünschenswert der Aufbau fachlicher Kontakte zu einer Arbeitsgruppe in den Niederlanden.
- b) Die Eingrenzung des in Aussicht genommenen Arbeitsthemas sollte baldmöglichst erfolgen (Opel, Heßler, Millat, Vogel).
- c) Die Voraussetzungen für die Übernahme in eine B-Aspirantur sind zu klären.
- d) Es besteht Interesse an Aufnahme der Sprachausbildung Französisch.
- e) Das Konzept der Lehrveranstaltung ist einmal erfolgreich erprobt und wird überarbeitet.

Zur Kenntnis genommen:
 Gisela Boeck

Prof. Dr. H. U. Kibbel
 Sektionsdirektor

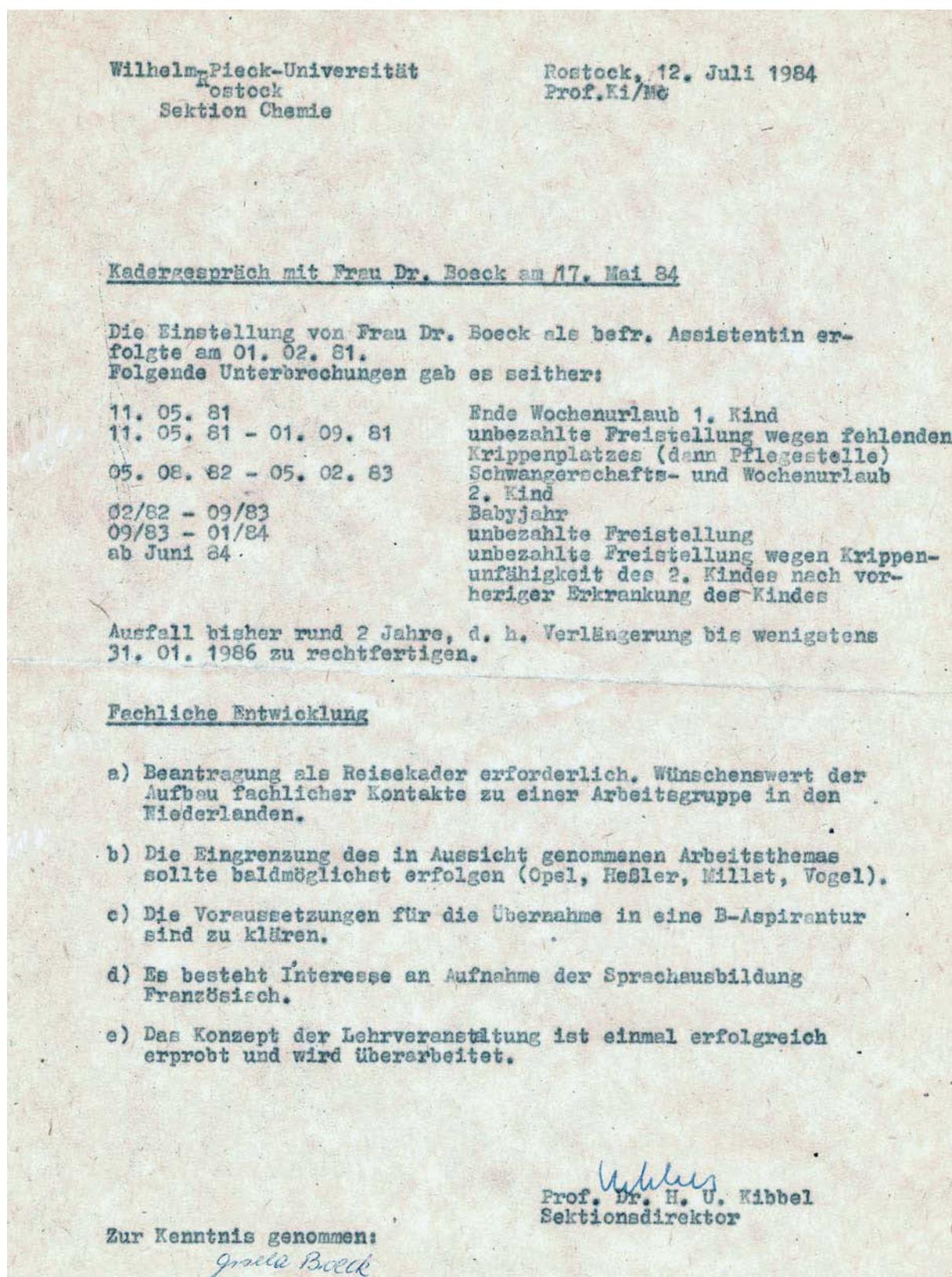


Abbildung 4
 Kadergespräch 1984 (Privatarchiv Gisela Boeck)

Aktenvermerk zur beruflichen Entwicklung von Frau Dr. Gisela Boeck
Rostock 1986 März 14
Privatarchiv Gisela Boeck
Transkription Kersten Krüger

Wilhelm-Pieck-Universität
Rostock
Sektion Chemie

Rostock, 14. März 1986
Prof. Ki/Mo

A k t e n v e r m e r k – Zum Stand der Förderungsvereinbarungen zu der
weiteren beruflichen Entwicklung von Frau Dr. Gisela B o e c k

In einem Gespräch am 12. 3. 86 bestätigte Frau Dr. Boeck nochmals, daß sie auf Grund ihres Gesundheitszustandes und ihrer familiären Situation derzeit nicht in der Lage ist, den Verpflichtungen eines wiss. Sekretärs nachzukommen und gleichzeitig notwendige Aktivitäten zu ihrer fachlichen Qualifizierung nachzuweisen. Sie bestätigte zudem, daß sie derzeit aus gesundheitlichen Gründen keinem konkreten Terminplan für die Anfertigung einer B-Promotion zustimmen kann und daher vorerst auch von der geplanten Delegation in eine B-Aspirantur Abstand nehmen möchte. Gleichzeitig betrachtet es Kolln. Dr. Boeck aus persönlichen Gründen als nicht mehr realisierbar, auf dem ursprünglich vorgesehenen Arbeitsgebiet tätig zu werden, da in diesem Fall längerfristige Arbeitsaufenthalte in Berlin notwendig wären. Dadurch ergibt sich die Notwendigkeit der Einarbeitung in ein neues Arbeitsgebiet, aus dem dann ein Thema für eine B-Dissertation erwachsen könnte. Ein konkreter Termin dafür ist derzeit aber nicht absehbar, so daß die im individuellen KEP getroffenen Festlegungen nicht mehr voll einzuhalten sind.

Nach Zustimmung des PNT, daß eine 1986 noch unbesetzte Dozentenstelle der Sektion vorübergehend mit Kolln. Dr. Boeck besetzt werden kann, ist die Leitung der Sektion Chemie in der Lage, dem Antrag von Dr. Boeck auf Entpflichtung als wiss. Sekretär und Änderung des Arbeitsrechtsverhältnisses zuzustimmen.

Es ist vorgesehen, Frau Dr. Boeck als wiss. Mitarbeiterin zu beschäftigen (Einstufung in WM IV) und im WB Organische Chemie einzusetzen. Die Zuweisung eines Arbeitsplatzes erfolgt, sobald der Gesundheitszustand von Frau Dr. Boeck einen Einsatz wieder zulässt.

In einem Funktionsplan für die für Kolln. Dr. Boeck neu zu schaffende Stelle werden die für die Sektion Chemie zu erfüllenden Aufgaben festgelegt. Dabei ist zu sichern, daß neben den von einem unbefristeten Mitarbeiter der Sektion Che-

mie zu erbringenden Arbeitsleistungen ausreichend Zeit für die Qualifizierung und die Forschung bleibt. Entsprechende Festlegungen werden in einer Qualifizierungsvereinbarung getroffen, sobald in Übereinstimmung mit dem WB Organische Chemie konkrete abrechenbare Vorhaben genannt werden können. In Abständen von jeweils einem Jahr wird der Stand der beruflichen Qualifizierung geprüft und es wird über weitere Schritte entschieden.

Vorstehender Aktenvermerk ist als notwendige Ergänzung der Kurzbegründung zur Änderung des Arbeitsrechtsverhältnisses zu betrachten und dient gleichzeitig zur personengebundenen Untersetzung des Funktionsplanes der für Kolln. Dr. Boeck vorgesehenen Planstelle.

(H. U. Kibbel)
Prof. Dr. H. U. Kibbel
Sektionsdirektor

Verteiler
Dr. Boeck/SCH
SCH

Zur Kenntnis genommen: G. Boeck

Wilhelm-Pieck-Universität
Rostock
Sektion Chemie

Rostock, 14. März 1986
Prof. Ki/Mo

A k t e n v e r m e r k - Zum Stand der Förderungsvereinbarungen zu der weiteren beruflichen Entwicklung von Frau Dr. Gisela Boeck

In einem Gespräch am 12. 3. 86 bestätigte Frau Dr. Boeck nochmals, daß sie auf Grund ihres Gesundheitszustandes und ihrer familiären Situation derzeit nicht in der Lage ist, den Verpflichtungen eines wiss. Sekretärs nachzukommen und gleichzeitig notwendige Aktivitäten zu ihrer fachlichen Qualifizierung nachzuweisen. Sie bestätigte zudem, daß sie derzeit aus gesundheitlichen Gründen keinem konkreten Terminplan für die Anfertigung einer B-Promotion zustimmen kann und daher vorerst auch von der geplanten Delegierung in eine B-Aspirantur Abstand nehmen möchte. Gleichzeitig betrachtet es Kolln. Dr. Boeck aus persönlichen Gründen als nicht mehr realisierbar, auf dem ursprünglich vorgesehenen Arbeitsgebiet tätig zu werden, da in diesem Fall längerfristige Arbeitsaufenthalte in Berlin notwendig wären. Dadurch ergibt sich die Notwendigkeit der Einarbeitung in ein neues Arbeitsgebiet, aus dem dann ein Thema für eine B-Dissertation erwachsen könnte. Ein konkreter Termin dafür ist derzeit aber nicht absehbar, so daß die im individuellen KEP getroffenen Festlegungen nicht mehr voll einzuhalten sind.

Nach Zustimmung des PNT, daß eine 1986 noch unbesetzte Dozentenstelle der Sektion vorübergehend mit Kolln. Dr. Boeck besetzt werden kann, ist die Leitung der Sektion Chemie in der Lage, dem Antrag von Dr. Boeck auf Entpflichtung als wiss. Sekretär und Änderung des Arbeitsrechtsverhältnisses zuzustimmen.

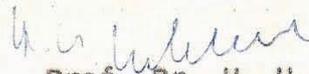
Es ist vorgesehen, Frau Dr. Boeck als wiss. Mitarbeiterin zu beschäftigen (Einstufung in WM IV) und im WB Organische Chemie einzusetzen. Die Zuweisung eines Arbeitsplatzes erfolgt, sobald der Gesundheitszustand von Frau Dr. Boeck einen Einsatz wieder zuläßt.

Abbildung 5
Kadergespräch 1984, Blatt 1 (Privatarchiv Gisela Boeck)

2

In einem Funktionsplan für die für Kolln. Dr. Boeck neu zu schaffende Stelle werden die für die Sektion Chemie zu erfüllenden Aufgaben festgelegt. Dabei ist zu sichern, daß neben den von einem unbefristeten Mitarbeiter der Sektion Chemie zu erbringenden Arbeitsleistungen ausreichend Zeit für die Qualifizierung und die Forschung bleibt. Entsprechende Festlegungen werden in einer Qualifizierungsvereinbarung getroffen, sobald in Übereinstimmung mit dem WB Organische Chemie konkrete abrechenbare Vorhaben genannt werden können. In Abständen von jeweils einem Jahr wird der Stand der beruflichen Qualifizierung geprüft und es wird über weitere Schritte entschieden.

Vorstehender Aktenvermerk ist als notwendige Ergänzung der Kurzbegründung zur Änderung des Arbeitsverhältnisses zu betrachten und dient gleichzeitig zur personengebundenen Untersetzung des Funktionsplanes der für Kolln. Dr. Boeck vorgesehenen Planstelle.


Prof. Dr. H. U. Kibbel
Sektionsdirektor

Verteiler

DKQ

Dr. Boeck/SCH

SCH

Zus. Herrschaftlich genommen: G. Boeck

Abbildung 5
Kadergespräch 1984, Blatt 2 (Privatarchiv Gisela Boeck)

Kadergespräch und Kaderentwicklungsprogramm Gisela Boeck 1986-1990

Rostock 1987 Mai 14

4 Blätter Papier

Privatarchiv Gisela Boeck

Transkription Kersten Krüger

Wilhelm-Pieck-Universität
Rostock
Sektion Chemie

Rostock, 14. Mai 1987
Prof. Ki/Mo

AKTENVERMERK – Kadergespräch mit Dr. Gisela BOECK am 12.05.87

anw.: Prof. Kristen (WB-Leiter)
Doz. Dr. Michalik (Parteisekretär)
Prof. Kibbel (Sektionsdirektor)

Der Erfüllungsstand der im Schreiben des WB-Leiters Prof. Kristen vom 18.09.86 genannten Aufgaben wurden kontrolliert.

Die Aufgaben in Aus- und Weiterbildung wurden den Erwartungen entsprechend gelöst. Die erbrachten Leistungen verdienen Anerkennung. Die Ausbildung von Mitarbeitern auf dem Gebiet der Informatik wurden noch nicht in Anspruch genommen. Die eigene Weiterbildung wurde gewissenhaft und mit guten Ergebnissen betrieben. Die HSP-Ausbildung wurde erfolgreich abgeschlossen. Sehr verdienstvoll ist das Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung einer interdisziplinären Weiterbildungsveranstaltung "Reaktionstheorie". Eine eindeutige Orientierung auf eine für die weitere wiss. Qualifizierung tragfähige Forschungsaufgabe erfolgte noch nicht. Die bisherigen Überlegungen waren ausgerichtet auf eine Einordnung in das Forschungsprofil des WB Organische Chemie. Angestrebt wird eine Arbeit, die Messungen an interessanten Substanzen und die tiefgründige theoretische Interpretation der Meßergebnisse umfaßt.

Dr. Boeck fühlt sich physisch wieder in der Lage, intensiver wissenschaftlich zu arbeiten, um so eine Basis für die Anfertigung einer B-Promotion zu schaffen. Damit ist es erforderlich, baldmöglichst eine Festlegung über das künftige Arbeitsgebiet zu treffen. Zwei Varianten für ein B-Thema stehen zur Diskussion. Eine zukunftsorientierte (auf Kohlenhydrate ausgerichtete) Themenstellung, die viel grundlegende Arbeit und damit viel Zeit erfordern würde. Eine Themenstellung, die von im wesentlichen vorhandenen Substanzen ausgeht und daher schneller und sicherer zu einem Ergebnis führen würde, aber nicht in Übereinstimmung mit dem Forschungsprofil des WB steht.

Bis zum 1.10.87 wird im WB Organische Chemie eine Entscheidung über die künftige wiss. Tätigkeit von Dr. Boeck vorbereitet. Auf dieser Basis erfolgt ein weiteres Kaderngespräch, auf dem konkretere Festlegungen zu einem Arbeits- und Zeitplan sowie die Unterstellung im WB erfolgen.

2

Parallel dazu sind in der Sektionsleitung Überlegungen zur langfristigen beruflichen Perspektive von Genn. Dr. Boeck anzustellen.

Die Lehraufgaben werden künftig in dem bisherigen Umfang weitergeführt.

Der bisherige Arbeitsplatz entspricht nicht den Erfordernissen. Eine andere Lösung wird bis zum 31.8.87 gefunden. Der Arbeitsaufwand für die Wahrnehmung des Kulturfunktionärs im DSF-Vorstand der WPU ist derzeit noch zu bewältigen.

Anlage 2

Einrichtung (Wissenschaftsbereich, Abteilung o. ä.)
Sektion Chemie der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

Individuelles Kaderentwicklungsprogramm für die Jahre 1986-1990
für Hochschulkader, Leitungskader, Nachwuchskader

Zur Aufnahme in das Kaderprogramm wird vorgeschlagen:

Name, Vorname: Dr. Boeck, Gisela
geb. am: 3. 12. 1954
soziale Herkunft: Intelligenz
tätig als: Wissenschaftlicher Sekretär
Partei seit: 1976
höchste staatl. Auszeichnung: Lessing-Medaille in Gold
(Art, Jahr)

Abschluss / vorgesehener Abschluß
Diplom: 1977
Promotion A: 1981
Promotion B: 1991/1992
facultas docendi: 1988

Lehrgebiet: Theoretische Chemie
Forschungsgebiet: Zwischenmolekulare Wechselwirkung in Gasen
Sprachkenntnisse: (Grad) Russisch II a
Praxiserfahrungen: (wann, wo, als) Fernaspirantur an der KMU Leipzig (78-80)
WS der Sektion Chemie (seit 1984)

Mitgl. wiss. Gremien / Akademien usw.: nein
(Art, Funktion, Land)

vorgesehene fachliche Weiterbildungsveranstaltungen: (Art) Hochschulpädagogik
Universität: Wilhelm-Pieck-Universität Rostock Abschluß 1987;
MHF: AdW ZIPC, 2mal 3 Monate Englisch SKA IIa
andere Bildungseinrichtungen: Arbeitsaufenthalt 1986 - Abschluss
langfristiger Studienaufenthalt im soz. Ausland: nicht vorgesehen

Einsatz als Experte im Ausland: derzeit aus familiären Gründen nicht möglich
wann beantragt:
wann vorgesehen: 1985 Beantragung als Reisekader vorgesehen

vorgesehene marx.-len. Weiterbildung: Parteilehrjahr
 Parteischulen: derzeit nicht vorgesehen
 Lehrgänge:
 andere Veranstaltungen: Festlegungen nach aktuellen Erfordernissen

Einsatz nach fachlicher und politischer Qualifizierung:
 als: wissenschaftlicher Oberassistent
 wann: nach Abschluss der Promotion B
 wo: Sektion Chemie WPU

Festlegungen im Kadergespräch zur Vorbereitung als Hochschullehrer,
 Leitungskader, Nachwuchskader:

Jahr	Zeitraum	Maßnahmen	wo
1986 1987 1988 1989 1990		Auf der Grundlage des Rahmenprogramms erfolgen jährlich aktenkundige Festlegungen für planbare Aktivitäten	
	G. Boeck Unterschrift des wiss. Mitarbeiters		Unterschrift des Prorektors (Unterschrift) Unterschrift des Direktors der Einrichtung
Kontrollvermerke			
1986			Prorektor Direktor der Einrichtung DKO
1987			Prorektor Direktor der Einrichtung DKO
1988			Prorektor Direktor der Einrichtung DKO
1989			Prorektor Direktor der Einrichtung DKO
1990			Prorektor Direktor der Einrichtung DKO

Wilhelm-Pieck-Universität
Rostock
Sektion Chemie

Rostock, 14. Mai 1987
Prof. Ki/Mo

AKTENVERMERK - Kaderngespräch mit Dr. Gisela BOECK am 12.05.87

anw.: Prof. Kristen (WB-Leiter)
Doz. Dr. Michalik (Parteisekretär)
Prof. Kibbel (Sektionsdirektor)

Der Erfüllungsstand der im Schreiben des WB-Leiters Prof. Kristen vom 18. 09. 86 genannten Aufgaben wurden kontrolliert.

Die Aufgaben in Aus- und Weiterbildung wurden den Erwartungen entsprechend gelöst. Die erbrachten Leistungen verdienen Anerkennung. Die Ausbildung von Mitarbeitern auf dem Gebiet der Informatik wurden noch nicht in Anspruch genommen. Die eigene Weiterbildung wurde gewissenhaft und mit guten Ergebnissen betrieben. Die HSP-Ausbildung wurde erfolgreich abgeschlossen. Sehr verdienstvoll ist das Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung einer interdisziplinären Weiterbildungsveranstaltung "Reaktionstheorie". Eine eindeutige Orientierung auf eine für die weitere wiss. Qualifizierung tragfähige Forschungsaufgabe erfolgte noch nicht. Die bisherigen Überlegungen waren ausgerichtet auf eine Einordnung in das Forschungsprofil des WB Organische Chemie. Angestrebt wird eine Arbeit, die Messungen an interessanten Substanzen und die tiefgründige theoretische Interpretation der Meßergebnisse umfaßt.

Dr. Boeck fühlt sich physisch wieder in der Lage, intensiver wissenschaftlich zu arbeiten, um so eine Basis für die Anfertigung einer B-Promotion zu schaffen. Damit ist es erforderlich, baldmöglichst eine Festlegung über das künftige Arbeitsgebiet zu treffen. Zwei Varianten für ein B-Thema stehen zur Diskussion. Eine zukunftsorientierte (auf Kohlenhydrate ausgerichtete) Themenstellung, die viel grundlegende Arbeit und damit viel Zeit erfordern würde. Eine Themenstellung, die von im wesentlichen vorhandenen Substanzen ausgeht und daher schneller und sicherer zu einem Ergebnis führen würde, aber nicht in Übereinstimmung mit dem Forschungsprofil des WB steht.

Bis zum 1. 10. 87 wird im WB Organische Chemie eine Entscheidung über die künftige wiss. Tätigkeit von Dr. Boeck vorbereitet. Auf dieser Basis erfolgt ein weiteres Kaderngespräch, auf dem konkretere Festlegungen zu einem Arbeits- und Zeitplan sowie die Unterstellung im WB erfolgen.

Parallel dazu sind in der Sektionsleitung Überlegungen zur langfristigen beruflichen Perspektive von Genn. Dr. Boeck anzustellen.

Die Lehraufgaben werden künftig in dem bisherigen Umfang weitergeführt.

Der bisherige Arbeitsplatz entspricht nicht den Erfordernissen. Eine andere Lösung wird bis zum 31. 8. 87 gefunden. Der Arbeitsaufwand für die Wahrnehmung des Kulturfunktionärs im DSF-Vorstand der WPU ist derzeit noch zu bewältigen.

Abbildung 6
Kaderngespräch und -entwicklungsprogramm 1986-1990, Blatt 2 (Privatarchiv Gisela Boeck)

Anlage 2

Einrichtung (Wissenschaftsbereich, Abteilung o.ä.)
Sektion Chemie der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

Individuelles Kaderentwicklungsprogramm für die Jahre 1986 - 1990
für Hochschullehrer, Leitungskader, Nachwuchskader

Zur Aufnahme in das Kaderprogramm wird vorgeschlagen:

Name, Vorname: Dr. Boeck, Gisela

geb. am: 3. 12. 1954

soziale Herkunft: Intelligenz

tätig als: Wissenschaftlicher Sekretär

Partei seit: 1976

höchste staatl. Auszeichnung: Lessing-Medaille in Gold
(Art, Jahr)

Abschluß/vorgeschener Abschluß:

Diplom: 1977
Promotion A: 1981
Promotion B: 1991/1992
facultas docendi: 1988

Lehrgebiet: Theoretische Chemie

Forschungsgebiet: Zwischenmolekulare Wechselwirkung in Gasen

Sprachkenntnisse: (Grad) Russisch IIa

Praxiserfahrungen: (wann, wo, als) Fernassistentur an KMU Leipzig (78-80)
WS der Sektion Chemie (seit 1984)

Mitgl. wiss. Gremien/Akademien usw.: nein
(Art, Funktion, Land)

vorgesehene fachliche Weiterbildungsveranstaltungen: (Art) Hochschul-
Universität: Wilhelm-Pieck-Universität Rostock pädagogik,
Abschluß 1987;
HfF: AdW ZIPC, 2mal 3 Monate Englisch SKA
andere Bildungseinrichtungen: Arbeitsaufenthalt IIa, 1986 - Ab-
schluß
langfristiger Studienaufenthalt im soz. Ausland: nicht vorgesehen
(wann, wo)

Einsatz als Experte im Ausland: derzeit aus familiären Gründen nicht
möglich
wann beantragt: 1985 Beantragung als Reisekader vorgesehen
wann vorgesehen:

Abbildung 6
Kadergespräch und -entwicklungsprogramm 1986-1990, Blatt 3 (Privatarchiv Gisela Boeck)

12

vorgesehene marx.-len. Weiterbildung: **Parteilehrjahr**
 Parteischulen: derzeit nicht vorgesehen
 Lehrgänge: **Festlegungen nach aktuellen Erfordernissen**
 andere Veranstaltungen:

Einsatz nach fachlicher und politischer Qualifizierung:
 als: **wissenschaftlicher Oberassistent**
 wann: **nach Abschluß der Promotion B**
 wo: **Sektion Chemie WPU**

Festlegungen im Kadergespräch zur Vorbereitung als Hochschullehrer, Leitungskader, Nachwuchskader:

Jahr	Zeitraum	Mafnahmen	wo
1986			
1987		Auf der Grundlage des Rahmenprogramms erfolgen	
1988		jährlich aktienkundige Festlegungen für planbare	
1989		Aktivitäten	
1990			

G. Boeck
 Unterschrift des
 wiss. Mitarbeiters

H. W. Wulder
 Unterschrift des Direktors
 der Einrichtung

Kontrollvermerke

1986	Prarektor Direktor der Einrichtung DKO
1987	Prarektor Direktor der Einrichtung DKO
1988	Prarektor Direktor der Einrichtung DKO
1989	Prarektor Direktor der Einrichtung DKO
1990	Prarektor Direktor der Einrichtung DKO

Abbildung 6
 Kadergespräch und -entwicklungsprogramm 1986-1990, Blatt 4 (Privatarchiv Gisela Boeck)

Rostock, den 03.11.1991.....

Erklärung

Hiermit erkläre ich, daß ich zu keiner Zeit Angehöriger des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit war und keine Verpflichtung zu inoffizieller Mitarbeit mit einer der genannten Dienststellen eingegangen bin.

Mir ist bekannt, daß Falschaussagen zur Beendigung meiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst führen.

Ich bin mit der Überprüfung meiner personengebundenen Daten einverstanden.

Nachname(n)¹: Boeck... geb. Engel.....

Vorname(n)²: Gisela... Gabriele.....

PKZ: 03 12.54.5.00810.....

Wohnanschriften³: 2500 Rostock 1, Voßstr. 23a...
 2500 Rostock 1, Thierfelder Str. H2 (NW)
 2500 Rostock 1, Stephanstr. 2
 2520 Rostock 25, J.-Schaes-Str. 88

Gisela Boeck

 Unterschrift

¹ auch Geburtsname und solche aus früheren Ehen

² alle Vornamen angeben

³ möglichst alle Anschriften der letzten 10 Jahre angeben

UNIVERSITÄT ROSTOCK

Ehrenkommission



UNIVERSITÄT ROSTOCK, Schröderplatz 3/4, 18051 ROSTOCK

Tel. : (0381) 498 3879

Datum: 30.06.1995

In dem Verfahren gemäß § 130 LHG i. V. m. Art. 1 § 2 HEG

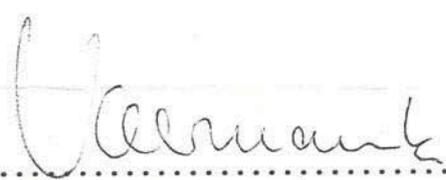
Frau
Dr. Gisela Boeck
Neustrelitzer Str. 88

18109 Rostock

geb. 03.12.1954

hat der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR der Ehrenkommission der Universität Rostock mitgeteilt, daß die Überprüfung der bisher erschlossenen und archivierten Bestände des Staatssicherheitsdienstes unter den eingereichten Daten keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit des Betroffenen mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR ergeben haben
(Tagebuchnummer AU II.5.05-057343/92 Z).

Auf dieser Grundlage wird der Vorbehalt in der Erklärung der Ehrenkommission vom 11.05.1992 aufgehoben.


.....
Erik Voermanek
Vorsitzender der Ehrenkommission

F. d. R.
Universität Rostock
-Ehrenkommission-
Schröderplatz 3/4
18051 Rostock

Abbildung 8

Bescheid Ehrenkommission 1995 (Privatarchiv Gisela Boeck)

Michael, Hilde

Lebenslauf



<i>akademischer Titel:</i>	M. A.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	Promotionsstudentin
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät
<i>Institut:</i>	Historisches Institut
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	jüdische Geschichte, Rechtsgeschichte der frühen Neuzeit

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 14. November 1980 in Karl-Marx-Stadt
<i>Vollständiger Vorname</i>	Susi-Hilde
<i>Kurzbiografie:</i>	
2001	Abitur in Marburg/Lahn
2001	Juni-September – Selbstorganisierter Auslandsaufenthalt in Israel
2001-2003	Studium in der allg. Geschichtswissenschaft und Latinistik sowie Grundstudium der Politikwissenschaft in Marburg/Lahn
Seit 2003	Studium der allgemeinen Geschichtswissenschaft in Rostock und Latinistik
2005-2006	Übersetzerin für lateinische Quellen am Pharmaziehistorischen Institut in Marburg/Lahn
2007	Februar – Forschungsreise nach Israel Ramat Gan University
2006-2009	studentische / wissenschaftliche Hilfskraft an der Theologischen Fakultät und am Historischen Institut sowie am Archiv der Universität Rostock
Seit 2008	Promotionsstudentin am Historischen Institut der Universität Rostock
Seit 2009	Stipendiatin der Landesgraduiertenförderung M.V.

Akademische Abschlüsse:

2006	Bachelorabschlussprüfung in den Fächern Latinistik und Allgemeine Geschichte
2008	Masterabschlussprüfungen in den Fächern Latinistik und Allgemeine Geschichte

Werke (Auswahl):

Michael, Hilde: Antijüdische Aussagen im 5. Buch der Historien des P. Cornelius Tacitus, Norderstedt 2006.

Michael, Hilde: Das Leben der Hamburger und Altonaer Juden unter dem Hakenkreuz. Anhand ausgewählter Briefe des Dr. Joseph Carlebach, Berlin 2009.

Quellen: Eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Hilde Michael am 29. Mai 2009

Protokoll und Transkription:

Henrik Babanov, Eric Brodowski, Arne Busch,

Kersten Krüger:

Für heute habe ich Hilde Michael eingeladen, weil sie in meinen Augen eine sehr ungewöhnliche Biographie hat und sie mir darüber hinaus als intelligente, tüchtige und leistungsstarke Studentin aufgefallen ist, die nicht in das übliche Muster einer Studierenden passt. Sie ist anders als andere. Um es vorsichtig auszudrücken, sie sieht nicht ganz gut und gerade deshalb ist es eine ganz besondere Leistung in unserem universitären Betrieb mitzuhalten. Doch darüber wollen wir hier nicht lange spekulieren. Hilde Michael hat das Wort.

Hilde Michael:

Kersten Krüger, haben Sie Dank für ihre einführenden Worte. Ich drücke das, was sie mit „sie sieht nicht ganz gut“ beschrieben haben, immer ein wenig anders aus. Ich formuliere es so – ich habe keine Angst im Dunkeln. Aber ich möchte jetzt mein Curriculum Vitae in besseren Worten beginnen und zwar indem ich sage, über was ich nicht sprechen möchte. Dies ist der größere Teil meiner Kindheit, weil ich diesen als zu belastend empfinde. Deshalb beginne ich mit meinen biographischen Eckdaten, die ihr sicher benötigt, und eröffne dann den Bericht meiner Erinnerungen mit der Zeit an der gymnasialen Oberstufe.

Ich wurde am 14. November 1980 geboren. Das heißt, ich stehe im 28. Lebensjahr. Meinen vollen Namen, den ich in der Regel nicht benutze und deren ständige Angabe mir als zu eitel erscheint, gebe ich hier nur aus Amts- und Behördengründen an. In voller Form heiße ich Susi-Hilde Michael, aber ich bin allseits nur als Hilde bekannt und auch als Hilde hier. Darüber hinaus habe ich zwei Muttersprachen. Ob man nun sagt Deutsch und Russisch oder Russisch und Deutsch, ist – glaube ich – individuell und immer situationsbedingt, daher möchte ich mich diesbezüglich nicht festlegen.

Meine Zeit an der gymnasialen Oberstufe begann für mich mit dem 16. Lebensjahr und war eine sehr spezielle Zeit, denn ich sollte zuerst nicht ans Gymnasium gehen. Das lag nicht an meiner Leistungsschwäche – damit hatte ich Gott sei Dank nicht zu kämpfen und keinerlei Probleme –, sondern basierte auf der Frage, wer das bezahlen sollte. Es wurde mir 1996, aufgrund einer angeborenen Sehbehinderung, verwehrt, weiterhin unter „normalen“ Bedingungen zur Schule zu gehen und ich wurde nicht umgeschult, sondern in die Carl-Strehl-

Schule eingewiesen. Das ist eines der beiden Gymnasien in Deutschland, an denen speziell Blinde und hochgradig sehgeschädigte Personen die Möglichkeit haben ein Hochschulreifezeugnis zu erlangen, und zwar überwiegend in den Richtungen allgemeines Abitur und Abitur mit den Zusatzfächern Wirtschaft, BWL, VWL, Controlling und EDV. Nach langem Behördengezänk wurde mir in den letzten Sommerferientagen des Jahres 1997 die Bewilligung erteilt und ich wurde – wie es der Behördenjargon ausdrückte – weder eingeschult, noch umgeschult, sondern in die Anstalt eingewiesen.

Bereits nach vier Wochen bemerkte ich deutliche Defizite zu dem, was ich mir unter gymnasialer Bildung vorgestellt hatte. Es fiel regelmäßig Unterricht aus, der Unterricht wurde massiv gestört und vieles war dort für mich, im Gegensatz zu meinen bis dahin besuchten und gewohnten Schuleformen, ohne Hand und Fuß. Sehr schnell begriff ich, dass ich an dieser Schule maximal einen Zettel erwerben konnte, auf dem zwar die Hochschulreife mit den von mir gewählten Zusatzfächern in Wirtschaft bescheinigt werden würde, aber eine wirkliche Hochschulreife, die ich anstrebte, bliebe mir verwehrt. Das begriff ich sehr schnell, handelte sehr schnell und machte mich sehr schnell unbeliebt. So erhielt ich mehrere Abmahnungen, weil ich dem Unterricht fern blieb, um mich selbst weiterzubilden, aber keinen endgültigen Schulverweis. Deshalb machte ich in diesem Stil weiter und erhielt im Juli 2001 sowohl den Zettel, auf dem vermerkt war, dass Hilde Michael das Abitur bestanden hat, als auch, zumindest in einigen Fächern, die von mir angestrebte Hochschulreife. Die erworbenen Kenntnisse bestärkten mich darin, noch im gleichen Jahr ein Hochschulstudium an der Philipps-Universität in Marburg aufzunehmen. Bei meiner Fächerwahl gereichte mir die intensive Zeit des Selbststudiums zum Vorteil, da mir bewusst geworden war, was ich mir mit Mühe anlas und welche Lektüre ich genoss. So kam ich sehr schnell zu dem Entschluss, dass ich Geschichte und entweder Latein oder Griechisch, oder gar beides studieren möchte. Ich entschied mich dann für ein Studium der Geschichtswissenschaft und der Latinistik.

Doch bevor ich zu studieren begann, gab es für mich noch im selben Jahr – 2001 – ein zwölfwöchiges Zwischenspiel in Israel. Meine Gründe dafür waren das mehr als vierjährige Leben im Internat, aus dem ich quasi „plötzlich“ nach Hause zurückkehren sollte. Das gelang mir nicht! Zudem dachte ich mir, dass ein wenig Geld zu verdienen nicht schlecht sei, und etwas Zusätzliches zu lernen war mir auch willkommen. Also griff ich auf einige während der Schulzeiten aufrechterhaltene Kontakte zurück und fragte bei einer Bekannten an, ob ich nicht in der Nähe von Haifa, genauer gesagt in Dir Chanah über den Sommer für Kost und Logis auf den Obstfeldern arbeiten und was ich darüber hinaus verdiente, bar ausgezahlt bekommen könnte. Die Bekannte sagte zu und ich machte mich sehr schnell auf den Weg nach Israel. Dort hatte ich eine sehr intensive Zeit. Ich arbeitete viel, lernte auch viel und hinterfragte sehr viel. Besonders viel lernte ich

über Geschichte, was mir sehr willkommen war und mich in meiner Studienfächerfächerwahl bestärkte. Dabei fiel mir auf, wie wichtig es ist Fragen zu stellen und immer wieder zu hinterfragen, um ansatzweise verstehen zu können. Ich lernte auch ein wenig Ivrit, das heißt Neuhebräisch, wofür ich sehr dankbar war, weil in Israel nicht immer fließendes Englisch oder fließendes Russisch die nötigen Brücken schlägt. Die Zeit in Dir Chanah ging schneller zu Ende, als ich gedacht hatte und so fand ich mich im Handumdrehen in Marburg, der Stadt an der Lahn, wieder, wo ich mich auch wie geplant für die Fächer Geschichte und Latinistik eingeschrieben hatte.

Das Studium begann ich mit regem Interesse. Vom Lateinischen bekam ich in den ersten Monaten, eigentlich im kompletten ersten Studienjahr, sehr wenig mit, da ich die meiste Zeit aufwenden musste, um das sogenannte Graecum, das ist die Altgriechischprüfung zu absolvieren, die heute nur noch an manchen altsprachlichen Gymnasien in Deutschland angeboten wird. Das ist gewissermaßen die Eintrittskarte ins Studium und zugleich für viele Studenten der Rausschmeißer aus dem Fach. Ich bin sehr dankbar für die umfangreichen Kenntnisse im Altgriechischen, weil sie mir einen anderen Zugang zum Lateinischen ermöglichen. Den Hörsaal des Griechischprofessors betrat ich jedoch selten. Ich übte mich vielmehr im Eigenstudium und das war auch notwendig, weil es am Anfang mit dem Studieren in meinem Fall nicht ganz einfach ging. Es ging, um es genau zu sagen, eher schwierig, weil mein Augenlicht erneut im erhöhten Maße nachließ, so dass ich nicht mehr mit den Augen lesen konnte, was ich schwarz auf weiß besaß.

Daraus ergab sich für mich die Notwendigkeit, die Blindenschrift zu erlernen und deshalb steckte ich mir im ersten Studienjahr zwei Ziele. Das war zum einen das Studium der Brailleschrift und zum anderen das Studium des Altgriechischen. Ich hatte sehr viel Glück in dieser Zeit, weil mir ein pensionierter Altgriechischlehrer zur Seite stand. Wir trafen uns zufällig und haben uns sofort gut verstanden. Plötzlich lebten die Ideen Platons. Plötzlich lebte Aristoteles, lebte Sokrates, lebten all' die alten Gedanken um uns herum. Auf diese Weise studierte ich nicht nur Grammatik und Formenlehre, sondern ich versuchte auch zu verstehen, was es zum Beispiel mit dem Höhlengleichnis auf sich hat oder welche Bedeutung die griechische Literatur für später Schreibende besitzt und wo sich Parallelen zum Lateinischen finden lassen. Manchmal endeten unsere Zusammenkünfte in Streitgesprächen oder besser wissenschaftlichen Disputen. Wir hatten also nie persönlich Streit, und beide Seiten, sowohl ich als auch und auch Dr. Wimmatt genossen es einen Diskussionspartner zu haben.

Nach einem Jahr, als ich mich an die Brailleschrift und alles andere sehr gut gewöhnt hatte, hielt ich das notwendige Papier, das Ergänzungszeugnis zum Abitur, auf dem Graecum stand, in den Händen. Nun konnte ich erst recht mit dem Studium des Lateinischen beginnen. Die Lektüre eines Ovid, eines Vergil und eines Cicero ging mir auch aufgrund der intensiven Auseinandersetzung mit der

anderen alten Sprache etwas leichter von der Hand. Insgesamt würde ich sagen, hatte ich einen besseren Zugang zum Wissen der alten Welt und setzte am Anfang meinen Schwerpunkt auch auf das Studium der alten Geschichte. Sehr früh interessierte ich mich aber im Besonderen für die jüdische Geschichte, die auf meinem weiteren Lebensweg noch größere Bedeutung erlangen wird.

Nach einem weiteren Studienjahr an der Philipps-Universität kam ich hierher nach Rostock. Ich wechselte. Die meisten Scheine, die ich im Geschichtsstudium erworben hatte, wurden in Rostock anstandslos anerkannt und ich konnte nahtlos anknüpfen. Im Lateinstudium gestaltete sich dies etwas schwieriger, weil die Studienordnungen geringfügig variierten. Deshalb erbrachte ich also in Rostock einige Leistungsscheine, die Marburg nicht zu bieten hatte. Dies bremste mich insgesamt für zwei Semester, aber gab mir aus dem Nachhinein betrachtet auch die Gelegenheit, die derzeit wohl am häufigsten in Gebrauch stehende wissenschaftliche Grammatik des Lateinischen, den so genannten Rubenbauer/Hoffmann/Heine,¹ erstmals in Brailleschrift abzuschreiben. Dies ermöglichte es mir nachzuschlagen, welchen Paragrafen man am besten zitiert, wenn man den doppelten Akkusativ gebraucht oder den Qualitatis heranziehen möchte. Ich hatte endlich etwas, worin ich blättern konnte. Das Abschreiben des Werkes bedurfte jedoch seine Zeit, den ich auch nutzte, um mich hier in Rostock und auch ins hiesige Studium schnell einzugewöhnen. Ich ging wieder zu dem zurück, was mich sehr interessierte. In Latein waren das besonders die Autoren der augusteischen Zeit. Beispiele wären Ovid, Vergil oder Horaz, um nur einige bedeutende Autoren stellvertretend zu nennen. Im Geschichtsstudium griff ich den Faden wieder auf, mich im Besonderen der jüdischen Geschichte des Altertums zuzuwenden. Dies sollte für mich sehr gewinnbringend sein, denn im Jahre 2006 legte ich meine Bakkalaureatsprüfung im Fach Allgemeine Geschichtswissenschaft und dort im Teilgebiet der Alten Geschichte über den Judenexkurs des Tacitus erfolgreich ab und konnte anschließend nahtlos mit dem Masterstudium anknüpfen.

In diesem Zeitraum überlegte ich auch, ob ich in der Alten Geschichte mehr leisten oder lieber etwas Neues probieren und dabei Altes beibehalten wollte. Es war eine Zeit, in der ich dachte: „Hilde was willst du wirklich?“ Hier nun kam Professor Krüger verstärkt ins Spiel, als ich zu ihm ging und ihm sagte, dass ich zwar noch viel Zeit für das Studium und den Abschluss des Masterstudienganges hätte, aber wahrscheinlich nicht genug Zeit, mir auf die eben angesprochenen Fragen eine klare Antwort zu geben. Nur eines sei mir klar, ich wollte wieder etwas auf dem Gebiet der jüdischen Geschichte schreiben. Dafür bahnte mir Herr Krüger mit der dafür erforderlichen großen Unterstützung den Weg nach Israel an

¹ Rubenbauer, Hans; Hofmann, Johann Baptist; Heine, Rolf: Lateinische Grammatik. 12. korr. Aufl. Bamberg [u.a.]1995.

die Bar-Ilan Universität in Ramat Gan. Ramat Gan ist vielleicht nicht jedem ein Begriff. Es liegt ungefähr 20 Autominuten von Tel Aviv entfernt. Auf diese Weise erlangte ich die Gelegenheit mich an einer anderen Universität umzuschauen und viele Fragen zu stellen. Wie wird geforscht? Was wird geforscht? Warum wird geforscht? Vor allem wollte ich ein eigenes neues Forschungsthema finden und mich mit meinen schon vorhandenen Ideen näher auseinander setzen.

Bald wurden Letztere fundierter und ich beschäftigte mich intensiver mit dem Rabbiner Joseph Carlebach der in Hamburg und Altona wirkte und der bedauerlicherweise den Terror der NS-Zeit nicht überlebte. Er blieb in der Schoah. Ich hatte die großartige Gelegenheit mit seiner Tochter, Miriam Gillis-Carlebach, die an der Bah-Ilan-Universität als Professorin arbeitet, zu reden und dabei nicht nur Beratung zu finden, sondern sie auch als Zeitzeugin zur Verfügung zu haben. Dies, die gesamte Zeit in Ramat Gan, die intensive Lektüre meinerseits und die weitere Unterstützung durch Herrn Krüger waren besonders fruchtbar, um den richtigen Weg und die richtige Herangehensweise für das Thema zu finden, das ich nun in meinem Masterstudium bearbeiten wollte. Es wurde die Behandlung einer Auswahl von Briefen, die Joseph Carlebach in seinem Wirken als Lehrer und Rabbiner geschrieben hatte. Im Besonderen nahm ich mich der Briefe aus der NS-Zeit an. Letztendlich entstand daraus dann eine sehr umfangreiche Masterarbeit,² die mir dann erlaubte an mein Masterstudium ein Promotionsstudium anzuknüpfen.

Damit befinden wir uns beinahe im Hier und Jetzt. Derzeit bin ich im zweiten Semester des Promotionsstudienganges und aus dem Mastervater Krüger ist der Doktorvater geworden. Er machte es mir möglich hier in Rostock auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte zu promovieren. Im Augenblick übersetze ich sämtliche Rechtstexte, die hier an der Universität in der Frühen Neuzeit und im ausgehenden Mittelalter verfasst wurden, um sie dann später historisch-kritisch gut bearbeiten zu können.

Damit bin ich noch nicht ganz am Ende meines Referats angekommen, denn eine Frage, die mich meine ganze Studienzeit immer wieder begleitete, war: „Wie finanziere ich mir mein Studium?“ BAFÖG kriegte ich zeitweise ganze 30 Euro, das war zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel; also musste ich irgendwie anders handeln. Zusätzlich wollte ich auch über den Tellerrand von Geschichte und Latinistik hinausschauen und mich anderweitig, außerhalb des Alt-Griechischen, noch weiter fremdsprachlich qualifizieren, da ich immer vor Augen hatte: „Blind kann ich durch die Welt rennen, aber taub nicht.“ Ich muss verschiedene Sprachen beherrschen, um auch andere Menschen und Kulturen zu verstehen.

² Michael, Hilde: Das Leben der Hamburger und Altonaer Juden unter dem Hakenkreuz. Anhand ausgewählter Briefe des Dr. Joseph Carlebach. Berlin 2009 (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 28).

Ich bemühte Verschiedenes, aber vermehrt blieb ich zum Zwecke meiner Studienfinanzierung ein „Wörterbuch auf zwei Beinen“; ich arbeitete also hier und da als Dolmetscherin. Hier an der Uni Rostock studierte ich Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag und die restliche Zeit verbrachte ich in anderen Städten, sei es in Berlin oder Stuttgart, um zu dolmetschen. Mal dauerten die Projekte ein Wochenende, mal wünschten die Damen oder auch Herren, dass ich für fast ein halbes Jahr lang zu ihnen reiste. Überwiegend machte ich mir auf diesen Projekten meine zweite Muttersprache zunutze, indem ich russisch-deutsch, russisch-englisch dolmetschte oder auch in Umkehrfunktion. Das war in der Regel mein Studieneinkommen. Eine Tücke, die diese Arbeit in sich barg, lag darin, dass man den einen Monat Geld hatte und den anderen Monat unter Umständen gar keins. Wie haushaltet man nun damit am besten? Welches Buch schafft man sich wirklich an? In was für andere lebenswichtige Dinge muss man investieren? Das waren Fragen, die eine ganze Weile nicht aufhörten. Durch die spätere Beschäftigung an der Theologischen Fakultät und dann am Historischen Institut hatte ich zumindest die Sicherheit, dass ich immer meine Miete bezahlen konnte. Mit dieser Anstellung, zu Beginn als studentische Hilfskraft, später dann als wissenschaftliche Hilfskraft, verdiente ich mir also mühsam mein täglich Brot, um das vielleicht so in aller Deutlichkeit zu formulieren. Diese Sorge riss natürlich mit dem Eintreten in das Promotionsstudium auch nicht ab, sondern sie blieb vorerst, bis ich dann die Möglichkeit hatte, mich um ein Stipendium bewerben zu können. Große Unterstützung bekam ich von Prof. Krüger, Prof. Müller und anderen nicht nur dadurch, dass sie mir die passenden und notwendigen Gutachten schrieben, sondern sie bestärkten mich auch in dem Vorhaben, diese Chance wahrzunehmen. Mit dem nötigen Glück bekam ich die Bewilligung und so erhalte ich seit dem 1. April 2009 ein Stipendium. Das bedeutet für mich in erster Linie, dass ich meinen Fokus auf mein liebstes Kind, die Wissenschaft, richten kann und mir nicht permanent ausrechnen muss, ob ich mir eine Buchanschaffung leisten kann. So viel vielleicht zum Abschnitt „Studienfinanzierung“.

Was ich in meinem Studium immer als sehr wichtig und bereichernd empfand, war der Blick über den Tellerrand, also über Geschichte und Latein hinaus. Ich fand hier an der Rostocker Universität zahlreiche Gelegenheiten, im Interdisziplinären Studium vieles zu hören und auch vieles zu leisten. Ich besuchte unter anderem Vorlesungen auf dem Gebiet der Archäologie und auf dem Gebiet der vergleichenden Sprachwissenschaften; letzteren war ich besonders dankbar, weil sie den Zugang zur Grammatik, zur Sprachfamilie und nicht zuletzt zu Sprachen allgemein sehr erweiterte. Ich kann jeden nur bestärken, sich auch Interdisziplinären Studien zuzuwenden, um ein größeres Spektrum kennen zu lernen und dann vielleicht Nutzen daraus zu ziehen. Ich glaube, bis hierher habe ich erst einmal einen Einblick gegeben. Als ich mich heute für diese Sitzung vorbereitet habe, dachte ich, sie würde mir ein wenig schwer fallen. Man kennt

sich zwar selbst am besten, man selbst ist aber auch insofern etwas unsensibel, da man gewisse Situationen und gewisse Dinge einfach weg lässt. Und ich glaube, ich höre bereits an dieser Stelle auf zu sprechen und gebe dem Plenum die Gelegenheit, Fragen zu stellen und das Porträt, was ich jetzt hier in Kürze referiert habe, hoffentlich in angemessener Form zu ergänzen. Bis dahin erst einmal besten Dank für euer Gehör.

Diskussion

Axel Büssem:

Woher kommt dein großes Interesse für tote Sprachen?

Hilde Michael:

„Ergo linguam latinam loquor!“ Aber das tut hier nichts zur Sache. Ich bin begeisterte Lateinsprecherin und es gibt – in deinen Augen vielleicht – „Verrückte“, die selbst ihre Einkaufszettel in lateinischer Sprache abfassen und ich selbst gehöre auch dazu. So genannte tote Sprachen kann man, wie ich es eben sehr beispielhaft beschrieben habe, wieder zum Leben erwecken. Diese Sprachen haben grammatisch so etwas Präzises und so etwas Genaues. Ich war schon immer ein Mensch, der etwas Präzises und Genaues brauchte, häufig etwas Formelhaftes – und das findet man in den alten Sprachen. Egal ob man Latein, Griechisch oder Hebräisch lernt, ist es einfach herrlich zu sehen, wie zum Beispiel Texte des Ovid Shakespeare und Goethe beeinflussten – die Autoren, die man heute so selbstverständlich in den verschiedensten Sprachen liest und lieben und schätzen gelernt hat. Das kann etwas Wunderbares sein.

Edmund Fanning:

Wie kann man sich ein Literaturstudium als Sehbehinderte vorstellen? Wie läuft so etwas ab und welche Schwierigkeiten hat man zu überwinden?

Hilde Michael:

Das kann ich erklären. Die Literatur bleibt natürlich die gleiche, man muss sie nur anders aufbereiten. Das heißt, die Literatur, besonders in dem Fächerkanon, den ich gewählt habe, liegt in keiner Weise in Brailleschrift vor. Man muss also den Scanner und Textprogramme bemühen, die allerdings zum Teil sehr teuer sind, weshalb es häufig ein Kampf ist, diese Dinge zu beschaffen. Nachdem man diese Hürde genommen hat, scannt man ein und druckt sich die Texte entweder in Brailleschrift aus oder hört sie sich an. Ich liebe beides – sowohl den mir vorgesprochenen Text, egal in welcher Sprache, zu hören, als auch den Text unter den Fingern zu haben. Was mein Literaturstudium der lateinischen Sprache etwas

anders, um nicht zu sagen etwas römischer machte, ist meine Herangehensweise an die Struktur eines Satzes. Ich hoffe und wünsche euch, dass ihr alle das Lateinum habt. Wenn ihr es besitzt, kennt ihr bestimmt alle die Regel eures Lehrers, in einem Satz zuerst das Subjekt und dann das Prädikat zu suchen. Damit bin ich nicht ganz einverstanden. Denn wenn ich die Zeilen mit den Fingern erst einmal abgrasen und nach dem Prädikat oder dem Subjekt suchen muss, weiß ich am Ende des Satzes, der unter Umständen über zwanzig Zeilen in Brailleschrift geht, nicht mehr, wo ich eigentlich angefangen habe. Das heißt, ich nehme den römischen Weg, ich gehe Wort für Wort. Man erarbeitet sich dabei andere Gedankenwege und baut den Satz dann in der deutschen Grammatik richtig, denn die Römer haben einfach anders geschrieben. Sie haben das Prädikat in der Regel an das Ende gestellt – warum also soll man dann nicht auch so lesen und so verstehen?

Philipp Bänsch:

Werden deine Übersetzungen (etwa der Rubenbauer/Hofmann/Heine) nach dem Abschluss deines Promotionsstudiums vorliegen? Denkst du, dass du durch dein Studium den Weg für andere Sehbehinderte vereinfachst und förderst?

Hilde Michael:

Ich beginne mit letzterem. Ich glaube nicht, dass ich den Weg vereinfache, weil ich keine Studienfächer gewählt habe, die für Blinde und auch für Sehbehinderte üblich sind. Übliche Fächer, um einige beiläufig zu nennen, sind Jura, Psychologie, BWL und VWL. Ganz einfach aus dem Grund, weil dort die Fachliteratur so festgelegt ist, dass sie immer die gleiche ist, dass also das, was einmal in Brailleschrift erschienen ist, für längere Zeit eine Gültigkeit hat. Das, was ich übertragen habe, und das, wofür ich mich interessiere, kann dem Nächsten, der ein Studium dieser Art aufgreift, unter Umständen nicht viel nützen, weil dieser sich vielleicht für Militärgeschichte interessiert und nicht wie ich für jüdische Geschichte, zu der ich hauptsächlich Medien erstellt habe. Der Rubenbauer/Hofmann/Heine, den ich abgeschrieben habe, muss in meinem Besitz bleiben, weil ein solches Exemplar nicht bibliothekstauglich ist. Bibliotheken, die es etwas anginge, sich solcher gedruckten Medien anzunehmen, haben kein Interesse bekundet und wenn, dann verlangen sie, dass ich das gesamte Arbeitsmaterial kostenlos zur Verfügung stelle. Das sehe ich als unmöglich an. Was ich versuche ist, einige Probleme auf der EDV-Ebene zu lösen. Ich arbeite derzeit an einer speziellen Computerbrailleschrift für die griechische Punktschrift, damit man nicht doppelt, dreifach und vierfach lernen muss, sondern einfach nur Datenbanken aktiviert, zwei, drei Zeichen umformatiert und dann im Handumdrehen in Brailleschrift den gleichen griechischen Text hat wie jemand, der zum Buchhändler oder sonst wohin geht

und sich die Platon-Ausgabe kauft. Aber das Projekt ist noch nicht ganz fertig, mir fehlt es buchstäblich am letzten Iota.

René Ide:

Warum bist du von der Universität Marburg an die Universität Rostock gewechselt? Was waren deine Beweggründe dafür, alles, was du dir in Marburg aufgebaut hast, zurück zu lassen?

Hilde Michael:

In meinen Fächern war ich an der Universität Marburg ein Einzelkämpfer und hatte mir dort einen gewissen Ruf erarbeitet. Ich dachte, was ich mir in Marburg erarbeitet habe, kann ich auch anderswo erreichen. Ebenso dachte ich an die Zukunft. In der Bundesrepublik Deutschland studieren 90% der von einer Sehbehinderung betroffenen Studenten in Marburg und es wurde dort immer von Blinden gesprochen. Dann wurde zum Beispiel gesagt: „Schickt mir mal die Blinde her.“ und darauf reagierte ich nicht. Ich sagte: „Ich habe einen schönen Namen und mit dem möchte ich auch angesprochen werden.“ Ich wollte nicht nur in Marburg etwas leisten, denn ich war dort schon zur Schule gegangen und hatte dort angefangen zu studieren. Es würde sich mir also früher oder später die Frage stellen: „Wann komme ich mal raus aus Marburg?“ Es gab auch noch andere Beweggründe, aber das waren Gedanken, die mich geistig und wissenschaftlich antrieben. Denn einer Sache war ich mir bewusst: Ich konnte mir kein Auslandssemester leisten, auch wenn ich es noch so gern gemacht hätte. Anfangs wollte ich unbedingt nach Oslo, später vielleicht für ein Semester nach Israel, aber das wäre einfach finanziell nicht möglich gewesen. Auch wenn ich zurückblicke, würde ich heute immer wieder wechseln. Natürlich war es schwierig und problematisch, ich kannte in Rostock nicht einen Weg. Am Ende des ersten Semesters kannte ich drei Wege in Rostock: den Weg zur Uni, den Weg zur Bibliothek und den Weg zum Supermarkt. Das sind natürlich schon Schwierigkeiten und Probleme, aber für mich war das der Weg, diese Dinge einzureißen. Natürlich hätte ich mir einen speziellen Coach nehmen können, der mir in Rostock alles zeigt, aber wer bestellt, der muss auch bezahlen. Das war von der Seite der Behörden aus nicht möglich und allein konnte ich es mir auch nicht finanzieren. Also stolperte ich buchstäblich allein drauf los. Denn ich wollte nicht ein halbes Jahr irgendwo herum sitzen und nur die Hälfte von dem schaffen, was ich mir vorgenommen hatte, bis der Fall bei den Behörden endlich bearbeitet worden wäre.

Lisa Walter:

Was für zukünftige Forschungsprojekte hast du geplant?

Hilde Michael:

Wissenschaftlich ist für mich offen, wie man Medien so kostengünstig wie möglich zugänglich machen kann. Weiterhin sind nach meiner geplanten Promotion erneut Fragen in der jüdischen Geschichte offen, also Recherchen zu einzelnen Personen und deren Biografien. Denn dahingehend treibt mich die Maxime, welche der Talmud anstellt, in dem geschrieben steht: „Nur die Erinnerung hält die Menschen lebendig“. Da möchte ich maßgeblich anknüpfen. Zum anderen habe ich sehr große Interessen auf dem historischen Gebiet der Neuzeit.

Anne Lüder:

Mich würde interessieren, wie du dich an dieser Universität fühlst? Vielleicht könntest du aufzeigen, von welchen Stellen du Hilfe erhältst oder dir noch wünschst und wie es dir als Behinderter an dieser Universität geht.

Hilde Michael:

Ich sage immer: „Man ist so behindert, wie man sich selber macht!“ In dem Sinne habe ich keine Behinderung. Natürlich muss ich Türen eintreten, aber das Thema, dass ich eben hinschauen kann ohne wegschauen zu müssen, ist für mich nicht präsent. Daran denke ich nicht, wenn ich morgens aufstehe oder zum Seminar gehe. Ich denke höchstens daran, wenn ich mal wieder über irgendwas oder irgendwen hergefallen bin, was mir dann meist bedauerlich leid tut. Von Seiten der Universität bekam ich alles, was ich benötigte. In einigen Klausurprüfungen, für die nötigen Leistungsnachweise, durfte ich hin und wieder zehn Minuten, oder auch mal eine halbe Stunde länger schreiben. Aber das ging ganz reibungslos in individueller Absprache mit dem Dozenten. Wenn nötig erinnerte ich ihn daran und hatte so zu 95 % keinerlei Schwierigkeiten, in der vorgegebenen Zeit meine mir gesteckten Ziele zu erreichen und die waren so gut oder schlecht wie ich vorbereitet war. Bei Hausarbeiten, Bachelor oder Masterarbeit brauchte ich keine Zeitverlängerungen. Ich habe einfach früh genug damit angefangen. Das war für mich einfach die beste Möglichkeit dem Problem von Abgabeschwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Was natürlich manchmal eine Schwierigkeit darstellt, ist die Bibliothek. Ich kann mich ja dort nicht einfach so hinsetzen und ein Buch zur Hand nehmen. Ich muss es mit nach Haus nehmen und häufig gibt es Präsenzbestände, wo sich die Bibliothekarin auf mich verlassen muss, dass ich eine Nachtschicht einlege und die Bücher alle nachts einscane. Ich finde schon wieder etwas Zeit für meinen Schlaf, damit am nächsten Tag anderen Lesern die Literatur wieder zur Verfügung steht. Das ist natürlich eine Sache, die häufig Tücken hat und man benötigt oft Übersetzungsprogramme oder Personen wie Professor Krüger, die sich mal hinsetzen und schell, obwohl ich das nie erwartet oder verlangt hätte, die Finger auf der Tastatur tanzen lassen. Da bestimmte Texte nur

in Fraktur zugänglich sind und die Umwandlung in Brailleschrift unbezahlbar wäre, benötigte ich einige Unterstützung.

Ich hatte weder Ärger noch ist mir jemand dumm gekommen. Ach ja! Einmal, das war ganz am Anfang am Uni-Hauptgebäude, da wurde ich gefragt, ob ich denn mit diesem weißen Teil nach Gold suchen würde. Ich versprach, wenn ich welches finde, bekäme er eine Gewinnbeteiligung. Also, den Kopf in den Sand stecken sollen andere, ich nicht.

Eric Brodowski:

Ich möchte fragen, womit es damals begründet wurde, das dir nur 30 € Bafög zur Verfügung stand?

Hilde Michael:

Das ist ganz einfach, mein Vater verdiente zu gut, als dass mir BAFÖG zugestanden hätte, und mir mein Vater die Unterstützung für ein Studium mit den Worten verwehrte, dies würde ja eh nichts bringen. Ich sehe das allerdings ich nicht so. Das BAFÖG-Amt prüft natürlich nur die Zahlen und Fakten, die vorliegen, und wenn da zu viel auf den Gehaltsabrechnungen zu sehen ist, dann gibt es 30 € BAFÖG oder eben gar nichts.

Axel Büssem:

Welche Unterstützung gibt es für sehbehinderte Studenten oder steht denen etwas zu?

Hilde Michael:

Für Studenten keine. Man versucht hin und wieder etwas auf die Beine zu stellen. Es gibt eine generelle bundesweite Unterstützung die zwar auch bundesweit genehmigt wird aber länderspezifisch ist. Dort haben wir im Moment viel Arbeit und Ärger. Das ist manches Mal, neben Promotion quasi ein sehr undankbarer Nebenjob, in dem ich mich ehrenamtlich engagiere um klarzumachen das gewisse Zahlungen, ein so genannter Nachteilsausgleich, unumgänglich ist. Hier in Mecklenburg-Vorpommern haben wir zurzeit einen finanziellen Verlust von über 100 € im Monat zu verkraften. Dieser Betrag ist im Moment unwiderruflich weg und da ist auch keine Besserung abzusehen.

Kersten Krüger:

Darf ich kurz unterbrechen? Also im Klartext, das Blindengeld ist vom Land Mecklenburg-Vorpommern gerade im Zuge der Haushaltskonsolidierung gekürzt worden. Ich möchte das nicht kommentieren!

Axel Büsser:
Gibt es irgendwelche Stiftungen?

Hilde Michael:
Nicht wirklich! Also man kann unterstützende Gelder beantragen, allerdings nur bis zum Abschluss eines Bachelorstudienganges. Das heißt, man darf in den Augen der Behörden sich nicht weiter qualifizieren. So verstehe ich das. Ich hoffe, dass sich die, die den Mut haben ein Studium anzufangen, davon nicht abhalten lassen Türen einzurennen. Was ich da anstrebe – unterstützt von Juristen, die die Fachkenntnis haben, – trifft früher oder später einmal hoffentlich bundesweit auf fruchtbaren Boden.

Isabel Zeidler:
Mich würde interessieren wie du in Israel zurechtgekommen bist und wie du das finanzieren konntest, wenn das schon hier in Deutschland so knapp war? Hattest du da eine spezielle Art der Betreuung oder bist du da auch so rein gestolpert?

Hilde Michael:
Also Professor Krüger und ich und die Universität Ramat Gan in Person von Frau Professor Miriam Gillis-Carlebach bereiteten das von langer Hand vor, damit man eben nicht blindlings irgendwo rein stolpert. Also wo werde ich wohnen? Was sind das dort für Leute? Wie sind die Umstände dort? Wie weit ist es zur Universität und kann man sich das mit einem Taxi leisten um nicht großartig Wege lernen zu müssen? Kann man alles in einer kurzen Zeit, sprich in einer Woche abhaken, um die nötigen Informationen zu erhalten? Das alles sind Fragen die im Vorfeld geklärt werden mussten und die erfolgreich geklärt wurden. Auch war mir klar war, wenn ich irgendwie Schwierigkeiten haben sollte, dass ich sofort und jederzeit Herrn Professor Krüger auch aus Israel kontaktieren konnte. Das waren Dinge, die gut vorher geplant werden mussten. Im Ganzen ist ein Studium für Blinde in Israel ein offeneres Thema als in Deutschland. Natürlich hat man dort die gleichen Barrieren aber man reißt nicht die Hände hoch: „Oh Gott da kommt eine Blinde“.

Ich hatte ein solches Gespräch mit der Universität Leipzig, als ich alternativ eine Universität zu Marburg suchte. Im Telefongespräch hatte ich schon Abneigungen gehört und als man mir sagte: „Um die Blinde haben wir uns noch nicht gekümmert“, dann antwortete ich: „Danke Sie brauchen sich um gar nichts mehr zu kümmern! An ihrer Universität will ich nicht studieren!“ Den Mut muss man dann auch haben. So etwas ist mir weder in Rostock, noch in Israel widerfahren, wofür ich sehr dankbar bin. Wie finanziert man, wenn man so knapp bei Kasse ist, eine Reise nach Israel? In der Zeit dolmetschte und übersetzte ich beinahe ohne jede Unterbrechung um mir ein Geldpolster zu schaffen. Diese finanziellen Sorgen

wurde geklärt; auch erhielt ich private Unterstützung, die ich nicht zurückzahlen musste. Diese Unterstützung reichte aber nur für den Zeitraum in Israel, wo ich alle Rechnungen wie Flugticket, Taxi, Unterkunft in der Gastfamilie und so weiter selber finanzierte. Von Luft und Laune oder dem Schmarotzen kann man ja auch nicht leben.

Kersten Krüger:

Als kleine Zwischenbemerkung sei erlaubt darauf hinzuweisen, dass es Netzwerke gibt, die nicht öffentlich sind, familiäre oder wissenschaftliche. Miriam Gillis-Carlebach steht für eine wissenschaftliche Vernetzung. In ihrer Arbeit forscht sie über das Leben ihres Vaters und Hilde Michaels Thema gehört in ihren Forschungsbereich. In der Wissenschaft ist es üblich mehr zutun als das, was rechtlich oder öffentlich vorgeschrieben ist.

Anna Franziska Freitag:

Mich würde interessieren, wie man das wissenschaftliche Arbeiten in Rostock mit dem in Israel vergleichen kann?

Hilde Michael:

Das ist eine knapp formulierte aber dennoch sehr umfangreiche Frage. Es gibt in Israel auch Bachelor- und Masterstudiengänge. Das Carlebach-Institut, an dem ich sein durfte, beschäftigt sich rein mit der jüdischen Geschichte. Da ich in den Semesterferien ankam, erlebte ich dort leider nicht das Studentenleben und die studentische Sicht der Dinge. So blieb mein Eindruck in so fern einseitig, dass er sich auf den Blickwinkel von Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern beschränken musste.

René Ide:

Hast du hier an der Universität Kontakt mit anderen sehbehinderten Studenten und arbeitet ihr vielleicht vernetzt daran das hier an der Universität etwas verbessert wird?

Hilde Michael:

Also innerhalb der Universität kann ich ehrlich gesagt leider gar nichts sagen, ob es irgendwo in einem Fachbereich derzeit Personen gibt, die das betrifft. Früher gab es so etwas im Fachbereich Jura. Mein Beschäftigungsfeld betrifft allgemein alle Bereiche des Mehrbedarfs. Selber muss ich meinen Mehrbedarf für die Wissenschaft selber bezahlen. Aber ich engagiere mich auch dafür zu ermitteln, welchen Mehrbedarf ein Büroangestellter hat, und für die Frage, wie man Blinde ins Berufsleben integriert. Das sind eher die Fragen, mit denen ich mich beschäftige. Hier in Rostock habe ich nur zu einem sehr kleinen Kreis Kontakt, mit dem

man solche Probleme erörtern kann. Zusätzlich bestehen Kontakte zu Juristen, welche uns im Land und Bund vertreten. Wenn die sagen: „Hilde, liefere wieder ein Papier, das klar den Mehrbedarf aus der Universitätsebene dokumentiert,“ dann tue ich das nicht nur aus dem Blickwinkel des Historikers oder der Latinistin, sondern insgesamt. So erstelle ich Fixkostenrechnungen und Variablenkostenrechnungen, um daraus den kompletten Mehrbedarf in der Form der Deckungsbeitragsrechnung zu ermitteln.

Kersten Krüger:

Darf ich ergänzend fragen: Sie waren doch schon auf einer Demo?

Hilde Michael:

Mehrfach! Dennoch habe ich immer das Gefühl, dass ich am Schreibtisch mehr bewegen kann. Das was ich dann schriftlich niederlege, kann ich direkt an die passenden Personen senden, die es lesen sollen und müssen. Das erreiche ich in einer Demonstration nicht immer und nicht unbedingt. Das letzte Mal ist es mir gelungen dass ich an den Ministerpräsidenten, Herrn SELLERING,³ heran kam. Das Gespräch verlief nicht gerade sehr erfreulich, denn Herr SELLERING legte den Arm um mich und meinte, es werde schon irgendwie werden. Ich antwortete: „Nehmen sie den Arm von mir, nicht weil ich Sie nicht mag, aber ich will nicht mit ihnen kuscheln, damit morgen ein falsches Bild in der Presse steht, das alles ganz friedlich zeigt: ‚SELLERING kuschelt mit Blinden.‘ Solche Verzerrungen dulde ich nicht!“ Aus unserem Anliegen ist übrigens nichts geworden.

Julia Harder:

Ich wollte fragen, woher das spezielle Interesse für jüdische Geschichte kommt und ob das aus deiner eigenen Familie oder von deinem eigenen Glauben mitbestimmt wurde?

Hilde Michael:

Zu Glaubensfragen möchte ich mich hier nicht äußern, aber es ist privat und familiär motiviert und stammt aus dem Lebensabschnitt, über den ich hier aus privaten Gründen nicht referieren möchte. Aber verstärkt ist natürlich privates Interesse die treibende Kraft.

³ Erwin SELLERING, seit 2008 Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern (2000 Justizminister, 2006 Sozialminister), siehe:

http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/Der_Ministerpraesident/index.jsp (09.01.2010.)

Heiko Marski:

Du hast vorhin eindrucksvoll beschrieben, dass du dann in diese Anstalt eingewiesen wurdest, wo es dann hieß: „Du bist sehbehindert, also bitte dahin!“ Mir kommt es manchmal so vor als wenn das eine Art Parallele ist für Leute, die für Behörden nicht – in Anführungsstrichen – normal wirken und bei denen es dann heißt, das machen wir gesondert. Bist du jemals ermuntert worden oder dahingehend beraten worden zu versuchen, ein normales Leben zu führen und zu studieren? Gestalte deinen Lebensweg selber! Oder ging es in die andere Richtung nach dem Motto: „Wir finden ein Plätzchen, wo du verweilen kannst und uns nicht weiter störst?“

Hilde Michael:

Das Letztere war eigentlich die Grundidee: ein Plätzchen, wo ich niemanden störe. Manchmal bin ich provokant, wenn ich Türen einrenne. Das muss aber auch so sein, weil die Strukturen so starr sind nach dem Grundsatz: „Wir suchen für euch alle ein Plätzchen, und zur Not gibt es noch Hartz IV.“ Ich erinnere mich noch an den Tag des Abiturzeugnisses, ich sage mit Absicht nicht Hochschulreifezeugnis. In diesem Zeugniskuvert erhielt ich zwei Dinge zusätzlich. Einmal eine Kopie des Zeugnisses und einen Antrag auf Sozialhilfe. Diesen nahm ich, ging zu meinem betreuenden Tutor und zerriss ihn vor dessen Augen – einfach um ein Exempel zu statuieren: Dort möchte ich nicht hin! Ich weiß nicht, ob ich im Leben alles richtig mache. Manchmal habe auch ich auch versagt, habe Fehler gemacht, aber eins war mir bewusst: „Aus diesen Strukturen der Unselbstständigkeit muss ich heraus. Das kann ich nicht dulden, dass will ich nicht dulden und deshalb gehe ich meinen Weg.“

Kersten Krüger:

Das war ein eindrucksvolles Schlusswort. Wir danken unserer Referentin, allen Diskutierenden und Anwesenden. Die Sitzung mit Gewinn an Kenntnis und Erkenntnis.

Ehlers, Hella



Lebenslauf

Adresse der Homepage mit weiteren Informationen:

<https://www.phf.uni-rostock.de/institut/igerman/lehrstuhl-literaturwissenschaft-mitarbeiter-ehlers.html>

<i>akademischer Titel:</i>	Dr. phil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	Wiss. Mitarbeiter
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät
<i>Institut:</i>	Institut für Germanistik
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Neuere und Neueste deutsche Literatur; Ausgewählte Probleme der deutsch-jüdischen Literaturgeschichte; Mitarbeit im internationalen Forschungsprojekt »Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur« universitet Göteborg, institutionen för moderna språk.

<i>Lebensdaten:</i>	geb. 1948
<i>Kurzbiografie:</i>	1967–1971 Studium der Germanistik und Slawistik an der Universität Rostock, Abschluss als Diplomlehrer für Deutsch und Russisch; ab 1971 Forschungsstudium; 1973 Assistentin im Wissenschaftsbereich Germanistik der Universität Rostock, Lehrstuhl Neueste deutsche Literatur; 1977 Promotion zum Dr. phil.; 1977–1980 Deutschlektorin in Stockholm; ab 1980 Oberassistentin am Lehrstuhl Neueste deutsche Literatur; seit 1992 akademische Rätin am Institut für Germanistik Rostock, Abteilung Germanistische Literaturwissenschaft, Lehrgebiete Neuere und Neueste deutsche Literatur.
<i>Akademische Abschlüsse:</i>	Diplomlehrer für Deutsch und Russisch; Dr. phil.

*Akademische**Selbstverwaltung:*

Studienberater Germanistik/Literaturwissenschaft;

Funktionen:

Mitglied der Hochschulgruppenleitung der FDJ; Mitglied Frauenkommission der Universitätsgewerkschaftsleitung; Seminargruppensekretär; Seminargruppenbetreuer; Lehrerbildungskommission der Universität Rostock.

Publikationen (Auswahl):

Zur Leistung des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“ bei der Entwicklung einer antiimperialistisch-demokratischen Literatur in der BRD am Beginn der 1970er Jahre. Rostock 1977 (Diss.).

Zur Darstellung des Verhältnisses der Frau zum Krieg bei Arnold Zweig. In: Colloquia Germanica Stetinensia 2. Zeszyty Naukowe Nr. 40. Szczecin 1989, S. 39- 46.

Erinnerungsarbeit gegen Vergessen und „Entsorgung“. On the Treatment of the experience of german facism in prose works of the last decade in the Federal Republic. In: German Literature at Time of Chance 1989- 1990. German Unity in Literarary Perspektive. Hg. v. Arthur Williams, Stuart Parks und Roland Smith. Bern 1991, S. 225-242.

Das „Dritte Reich“ und seine Literatur in Mecklenburg. Beobachtungen aus der Entfernung. In: Risse. Zeitschrift für Literatur in Mecklenburg und Vorpommern 2 (1999), Heft 4, S. 64- 81.

Erinnerte Geschichte in autobiographischen Texten deutscher jüdischer Schriftsteller nach der Shoah. In: Erinnerte und erfundene Erfahrung. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur. Hg. v. Edgar Platen. München: IUDICIUM 2000, S. 9-30.

Diskontinuität im Erzählverfahren und die Konstruktion historischer Kontinuitäten in Texten jüngerer deutsch- jüdischer Schriftsteller. In: Perspektivensuche. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur (II). Hg. v. Edgar Platen. München: IUDICIUM 2002, S. 67-86.

Rollenspiel von der „Trägerin des Lebens“ und der „stillen Hüterin des Hauses“. Zum Bild der Frau in Romanen von Rudolf Ahlers. In: Literatur und Literaturpolitik im Dritten Reich. Der Doberaner Dichtertag 1936-1943. Hg. v. Monika Schürmann und Reinhard Rösler. Rostock 2003, S. 235-264.

„Aus lichten Dunkelheiten rein in dunkle Lichten“. Robert Schindels erzählerische Verfahren im Umgang mit Grenzen. In: Grenzen- Grenzüberschreitungen- Grenzauflösungen. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwarts-

literatur (III). Hg. v. Edgar Platen und Martin Todtenhaupt. München: IUDICIUM 2004, S. 145-169.

Von „Ullstein“ zum Deutschen Verlag. In: „Die Geschichte war ein Anfang“. Neue Beiträge zu Ehm Welks „Heiden von Kummerow“. Hg. v. Reinhard Rösler und Monika Schürmann. Weimar & Rostock: Edition M. 2005, S. 73-98. (= Schriftenreihe Gesellschaft, Band 2).

Ein anderer unter Fremden. Wie der Mecklenburger Aaron Isaak Schweden wahrnahm. In: Der Mensch ist nicht gegeben. Zur Darstellung des Subjekts in der Moderne. Für Heinz- Jürgen Staszak. Hg. v. Moritz Baßler und Arne Klawitter. Rostock: Konrad Reich Verlag 2005, S. 120- 134.

„Im Bann der Gesänge von den mythischen Orten und Begebenheiten“ – Erinnerndes Erzählen (nicht)geteilter Mythen bei Barbara Honigmann. In: Mythisierungen. Entmythisierungen. Remythisierungen. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur (IV). Hg. v. Edgar Platen und Martin Todtenhaupt. München: IUDICIUM 2007, S. 166-189.

Deutscher Guldenberg. Erzählen zwischen „kleiner“ und „grosser“ Welt in Christoph Heins Roman Landnahme. In: Zwischen Globalisierungen und Regionalisierungen. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur (V). Hrsg. von Martin Hellström und Edgar Platen. München: IUDICIUM 2008, S. 90-107.

Pantherfrau, Geschlechtertausch und Suche nach der anderen Schrift. Zu literarischen Präsentationsformen des Weiblichen am Beginn der 1970er Jahre. In: Ehlers, Hella; Heike Kahlert; Gabriele Linke u.a.(Hg.): Geschlechterdifferenz- und kein Ende? Sozial- und geisteswissenschaftliche Beiträge zur Gender-Forschung. LIT Verlag: Berlin 2009, S. 117-136.

[Rezension] Kerstin Wiedemann: Zwischen Irritation und Faszination. George Sand und ihre deutsche Leserschaft im 19. Jahrhundert. Tübingen: Verlag Gunter Narr 2003. 604 S. [= Mannheimer Beiträge zur Sprach- und Literaturwissenschaft. Hrsg. von Christine Bierbach et al. Bd. 53.]. In: Heine-Jahrbuch 45 (2006), S. 299-302.

[Art.] Brüning, Elfriede; [Art.] Kohlhaase, Wolfgang; [Art.] Liebmann, Irina; [Art.] Jüdische Autoren in der DDR. In: Opitz, Michael, Michael Hofmann (Hg.): Metzler Lexikon DDR- Literatur. Metzler: Stuttgart 2009.

Quellen: Eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Hella Ehlers am 19. Juni 2009

Protokoll und Transkription:

Edmund Fanning, Markus Otto, Felix Ruttloff, René Schmidt

Kersten Krüger:

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie alle begrüßen, vor allem heute unseren Gast, Frau Dr. Hella Ehlers. Frau Ehlers ist hier in der Germanistik schon sehr lange tätig und eine sehr erfahrene Wissenschaftlerin, die hier in Rostock Karriere gemacht hat. Liebe Frau Ehlers, jetzt haben Sie erst einmal das Wort danach kommt die Diskussion.

Hella Ehlers

Ich begrüße sie noch einmal aus meiner Sicht und bedanke mich auch für ihre Einladung. Es wird sich zeigen, ob ihre Erwartungshaltung und mein Angebot übereinstimmen und ich freue mich auch auf ihre Fragen. Wie Sie erwähnten, bin ich schon etwas länger hier, wirklich sehr lange. Das Wort „Zeitzeuginnen“ hat mich irgendwie sehr berührt, weil ich dachte, dass sind immer nur alte Leute, die gefragt werden und plötzlich sah ich mich mit diesem Begriff konfrontiert. Es kostete einige Energie, mich in diese Rolle zu finden. gekostet.

Ein paar Bemerkungen zum Biographischen schicke ich vorweg. Natürlich habe ich eine Herkunft. Meine Eltern gehören zu der so genannten Kriegsgeneration, beide waren Stettiner. Sie leben leider nicht mehr. Aufgewachsen bin ich in einer Familie, die sie vor dem Krieg gegründet hatten; 1939 – glaube ich – haben meine Eltern geheiratet, und da sind zwei Kinder während der Kriegszeit geboren: meine älteren Geschwister, ein Bruder und meine Schwester. Nach dem Krieg kamen weitere zwei Kinder, das bin ich und mein jüngerer Bruder. Sie leben alle noch. Zum Elternhaus möchte ich gerne sagen, dass meine Eltern – mein Vater und meine Mutter – sehr offen und aufgeschlossen gegenüber den Anliegen und Zielen der DDR standen, sie gehörten engagiert zu der so genannten Aufbaugeneration, was auch immer darunter diskutiert werden könnte. Sie waren zudem sehr auf die Bildung ihrer Kinder orientiert. Meine Geschwister haben ein Fachstudium erfolgreich absolviert, und das war in der frühen Zeit nicht ganz selbstverständlich. Ich bin aus der Geschwisterreihe die einzige, die ein Hochschulstudium gemacht und das verdanke ich meinen Eltern. Meine Eltern kamen nicht aus einer traditionellen bildungsbürgerlichen Familie, haben uns aber in diese Richtung orientiert.

Zur Schulbildung möchte ich bemerken, dass ich bis 1967 in die erweiterte Oberstufe – abgekürzt EOS – gegangen bin. In den Klassen 8 bis 12 bin ich zum Abitur geführt worden, und zwar in Angermünde – das ist in der Uckermark – im so genannten sprachlichen Zweig. Es gab damals unterschiedliche Zweige in der EOS und ich gehörte also zum sprachlichen Zweig. Das bedeutete, dass man dort mehr sprachlichen Unterricht hatte als im naturwissenschaftlichen Zweig – das war der A-Zweig. Es gab dann noch einen so genannten C-Zweig, der altsprachlich ausgerichtet war. Russisch-Unterricht hatte ich ab der 5. Klasse, dann Englisch-Unterricht ab der 7. Klasse und Latein in der Oberstufe, also in der Abiturstufe.

Gleichzeitig neben dem Abitur habe ich eine Berufsausbildung gemacht. Das war damals relativ neu, und ich glaube, es hat mir auch Spaß gebracht. Es war eine Berufsausbildung zum KFZ-Schlosser. Das mag ein bisschen befremdlich klingen; denn wir hatten weder ein Auto, noch kannte ich ein Auto von innen. Es war damals nicht üblich ein privates Auto zu haben, aber ich mochte gerne technisch zeichnen und das war im Ausbildungsprofil zum KFZ-Schlosser enthalten, und das hat mich gereizt. Sehr viele meiner Klassenkameraden wurden Chemiefacharbeiter, was hat damit zu tun, dass in der Nähe von Angermünde – vorher lebte ich in Schwedt/Oder – zu der Zeit gerade die Papierfabrik – das Papierkombinat – und das Petrolchemische Kombinat Schwedt errichtet wurden. Damit verbunden waren natürlich zahlreiche Ausbildungsangebote, und die meisten meiner Klassenkameraden haben Chemiefacharbeiter gelernt. Das war mir zu umfangreich, die Formeln hab ich mir nie merken können, davor hatte ich unheimlichen Respekt davor gehabt. Die chemischen Verbindungen zu wissen und aufzuzeichnen, war nicht meine Sache. Das andere erschien mir überschaubarer, und ich habe dann gleichzeitig mit dem Abitur das Facharbeiterzeugnis als KFZ-Schlosser mit „gut“ bestanden. In der verbalen Gesamteinschätzung, das habe ich jetzt wieder herausgeholt, heißt es, ich zitiere erst einmal aus dem Zeugnis: „Im autogenen Schweißen muss sie in Zukunft bestrebt sein, ihre bisherigen Kenntnisse zu vervollkommen.“ Zur Vervollkommenung der Kenntnisse ist es natürlich – eigentlich hätte es heißen müssen Fertigkeiten – glaube ich, ist es bislang nicht gekommen. Allerdings in Vorbereitung auf dieses Zeitzeugengespräch, konnte ich von meinem Arbeitsplatz zu Hause aus, meinen sehr kreativen und handwerklich geschickten Nachbarn beobachten, wie er die metallene Grundplatte einer Terrasserweiterung autogen schweißte und ich konnte feststellen, dass er es sehr gut gemacht hat. Allerdings handelt es sich bei diesem Schweißverfahren um Elektroschweißen und die Gefahr der damals gefürchteten Knallgasexplosion ist dabei gegeben. Ich weiß nicht ob Sie wissen, was ich meine, also da hat sich mein Facharbeiterblick noch gehalten. Der Meister lebt nicht mehr, dem ich dafür danken könnte.

Kommen wir zur wissenschaftlichen Qualifizierung und zunächst zur universitären Ausbildung. Mit dem Zeugnis der 11. Klasse bewarb man sich damals zum Hochschulstudium über die zentrale Hochschullenkung, ich glaube sie war in Magdeburg angesiedelt. Da gab es eine Aufnahmeprüfung, zu der ich nach Rostock fuhr. Sie bestand aus einem mündlichen und einem schriftlichen Prüfungsteil in beiden Fächern, für die ich mich beworben hatte: Germanistik und Slawistik im Lehramtsstudiengang. Außerdem gab es damals ein so genanntes Diplomstudium für diese Fächer, jedoch nicht in Rostock, sondern in Greifswald. Ich wollte aber gerne Lehrerin werden. Das Motiv für die Wahl des Studienortes, nämlich die Bevorzugung Rostocks, kann ich wirklich nicht mehr genau erinnern. Es mag unbewusst zusammenhängen mit einer länger zurückliegenden Geschichte.

In meiner Schulzeit, die ich also an einer Grundschule bis zur 5. Klasse, knapp 6. Klasse in Schwedt an der Oder absolviert hatte, gab es damals eine Kampagne, die mich sehr beeindruckte und über die ich immer wieder in Erinnerung stolpere. Nämlich alle Schüler trugen, ich glaube wochenlang, auf dem Schulhof Feldsteine zusammen für den Bau des Rostocker Hafens, sicherlich – glaube ich – für die Mole, die damals im Zusammenhang damit entstehen musste. Wir haben also Steine getragen, zusammengetragen. Zudem konnte man Sparmarken für zehn Pfennig erwerben und in ein kleines Sparheftchen als Aufbauhilfe für den Rostocker Hafen einkleben. Vielleicht hing die Wahl des Studienorts damit zusammen.

Das Studium ging also über acht Semester, in einer konstanten, in einer festen Seminargruppe von ich glaube 25 Studierenden. Darunter war ein Mann, der zudem noch aus Dresden kam und auch unter dem Aspekt des Dialektes also ein Außenseiter war. Er hat sich jedoch ganz gut akkulturiert. Der Anteil männlicher Studierender war damals in Abhängigkeit der Fächerkopplung bei den Historikern und den Sportwissenschaften höher, lag aber dennoch weit unter dem weiblicher Studierender. In der Lehre scheint mir das Verhältnis von weiblichen und männlichen Lehrenden ausgewogen gewesen zu sein, wobei die Professuren, sowohl in der Sprach- als auch in der Literaturwissenschaft von Männern besetzt waren.

Mein Studium habe ich 1971 als Diplomlehrer für Deutsch und Russisch abgeschlossen. Prüfungen fanden in den jeweiligen Fächern statt, dazu in Fachdidaktik beider Fächer, ebenso in Pädagogik und Psychologie, ML-Studium. Auch ein so genanntes dreimonatiges großes Schulpraktikum gehörte dazu. Da hatte man in der Schule gearbeitet, das entspricht vielleicht in einer geringfügigeren Form dem heutigen Referendariat. Die Diplomarbeit, die man also zu schreiben hatte, um das Studium zu abzuschließen schrieb ich in germanistischer Literaturwissenschaft zu Hermann Kasack und seinem Roman „Die Stadt hinter dem

Strom“.¹ Dieser Roman, entstanden während der Zeit des Nationalsozialismus, galt als der herausragende Roman der inneren Emigration und hat mich sehr beschäftigt. Diese Literaturgattung kannte ich nicht, und ich bin dem Professor, der mir dieses Thema gab, noch immer dankbar. Es mag Sie im Vergleich zur heutigen Praxis interessieren, dass es eine individuelle Arbeit war, aber sie entstand in einem Diplomzirkel. Das heißt, ein Professor hatte mehrere Studenten um sich geschart – das waren vier bis fünf – und führte sie in einem Diplomzirkel wie in einem Oberseminar über zwei Semester. Da entstanden in kollektiver geistiger Arbeit thematisch verwandte Arbeiten. Die Leitung dieses Diplomkurses lag damals bei Professor Hans-Joachim Bernhard,² Ordinarius für neuere und neueste Literatur. Am Ende dieses Diplomverfahrens stand eine öffentliche Vereidigung, das heißt die Arbeit wurde wie bei einer Promotion zur öffentlichen Verteidigung ausgeschrieben. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass da andere Menschen als Kommilitonen dabei waren, insofern war es eine eingeschränkte Öffentlichkeit.

Professor Bernhard schlug mich dann nach Abschluss des Studiums für ein Forschungsstudium vor. Ich nahm den Vorschlag an, ohne eigentlich richtig zu wissen, worauf ich mich einlasse. Ich fand es nur spannend weiter an der Universität zu sein und mich weiter wissenschaftlich zu betätigen und mit dieser Entscheidung war ich noch enger als zuvor an das Forschungsprojekt „Zur Erforschung der Geschichte der Literatur der BRD, der so genannte alten Bundesrepublik“ gebunden. Dieses Forschungsprojekt leitete Professor Bernhard.

Die meisten meiner Kommilitoninnen waren in den Schuldienst gegangen, einige promovierten, zeitgleich mit mir, weil sie auch ein Forschungsstudium aufgenommen oder eine Assistenz angetreten hatten. Meine Karriere – wenn ich dieses Wort benutzen darf – verlief nach dem damals hochschulpolitisch angedachten Muster. Mit dem Hochschulabschluss erwarb ich das Diplom, absolvierte dann ein Forschungsstudium mit dem Ergebnis der A-Promotion zum Doktor eines Wissenschaftszweiges, also zum Dr. phil. Daran schloss ich anschließende Assistenz, mit dem Ziel die B-Promotion zu erarbeiten – das ist heute die Habilitation. Danach sollte ich nach Maßgabe der Stellensituation über eine Oberassistenten-Dozent und Professor werden. Das war der biographisch vorgezeichnete Weg, aber ich habe es „nur“ bis zur Oberassistenten-Dozent gebracht.

Von 1971 bis 1973 führte ich das Forschungsstudium im damals ersten Jahrgang an der Universität Rostock durch. Dieses Forschungsstudium war als Ergebnis der Dritten Hochschulreform von 1968 eingerichtet worden mit dem Ziel, relativ junge Leute in zwei bis drei Jahren zur A-Promotion zu führen. Es

¹ Kasack, Hermann: Die Stadt hinter dem Strom. Berlin 1947. 12. Auflage Frankfurt am Main 1994.

² Prof. Dr. Hans-Joachim Bernhard: Catalogus professorum Rostochiensium: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002121

wurde mit einem monatlichen Stipendium von 300 bis 400 Mark der DDR gefördert. Die Themenwahl ergab sich aus dem Bedarf der Forschungsgruppe. Der Forschungsschwerpunkt war Literatur der BRD, der auch unter Beteiligung von Literaturwissenschaftlern anderer Universitäten des In- und Auslandes lief. Mein Thema behandelte den Werkkreis der Literatur der Arbeitswelt. Die Betreuung der Promovenden oblag dem Forschungsgruppenleiter, der auch das Thema gestellt hatte. Es war zudem üblich, dass man im bestimmten Umfang Lehrveranstaltungen während des Forschungsstudiums gab. Das hing auch vom Betreuer ab, ob er das dem Forschungsstudenten zutraute oder nicht. Bei mir war das der Fall.

Zum Qualifizierungsprogramm während des Forschungsstudiums gehörte das Studium des Marxismus-Leninismus, das in so genannten Doktorantenseminaren vermittelt wurde. Das Doktorandenstudium in M-L war mit einer schriftlichen Arbeit und einer Prüfung zu einem Thema abzuschließen, das in der Regel im Umkreis des Forschungsthemas lag. Man versuchte also, die Bearbeitung eines ML-Themas aus dem Forschungsthema heraus zu entwickeln. Darüber hinaus gehörte es zum Forschungsstudium, überregionale republikweite Weiterbildungseminare organisiert zu besuchen. Da kamen dann Forschungsstudenten aus der gesamten DDR zusammen. Selber habe ich nur einmal an einem solchen Seminar in Berlin-Karlshorst teilgenommen.

Im Jahr 1973 – bevor ich überhaupt das Forschungsstudium mit der Promotion abgeschlossen hatte, wurde mir eine Assistenz angeboten, eine befristete wissenschaftliche Assistenz. Diese schloss ich 1977 mit der Promotion ab. Mit der Dissertation „Arbeit zum Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“³ wurde ich promoviert zum Dr. phil.

Bereits als Forschungsstudentin, aber dann als Assistentin gab ich Lehrveranstaltungen, in denen es neben der thematischen Diskussion über die Themen auch um die fachwissenschaftliche und methodische Ausbildung ging, also um die Verzahnung der fachwissenschaftlichen und methodischen Ausbildung der Lehramtsstudenten. Wir haben uns häufig gestritten – sowohl über einheitliche Fachterminologie wie über den inhaltlichen und methodischen Gang der Ausbildung. Damals wurde auch schon über die so genannte Verschulung der Lehrinhalte gestritten – was heute ebenfalls diskutiert wird – bis hin zu den Vorschlägen, dass in der Ausbildung nur das vermittelt werden sollte, was in der Schule nachher auch gelehrt wird. Ich sehe uns immer noch im Hörsaal 10 – heute Hörsaal 218 – im Streit gegen die Forderung einer Großzahl von Studenten, nur das zu vermitteln, was wirklich in der Schule nachher gebraucht würde. Das haben wir mit gutem Grund abgewehrt und verhindert.

³ Ehlers, Hella: Zur Leistung des Werkkreises "Literatur der Arbeitswelt" bei der Entwicklung einer antiimperialistisch-demokratischen Literatur in der BRD am Beginn der siebziger Jahre. Rostock, Univ., Diss. 1977.

Als Ergänzung kann ich vielleicht noch hinzufügen, dass es innerhalb des Wissenschaftsbereiches Germanistik – das waren die Methodiker, die Sprach- und die Literaturwissenschaftler – üblich war, gegenseitig zu hospitieren. Diese Hospitation wurden dann vor dem gesamten Wissenschaftsbereich ausgewertet, die Seminarpläne ebenso wie ihre Realisierung. Das ging nicht ohne Anstrengung vonstatten, vor allen Dingen wenn man als Anfänger große Schwierigkeiten hatte, das richtige Maß zu finden und erfolgreich ein Seminar zu veranstalten. Wenn ich an thematische Defizite in der Ausbildung, die ich auch selber mitgetragen habe, denke, fällt mir auf, dass wir nichts oder kaum etwas über Literatur von Frauen gehört haben, also von Frauen geschriebene Literatur in der Literaturgeschichte. Ebenso wenig erfuhren wir über die Literatur von Minderheiten. Damit meine ich beispielsweise Literatur der Sorben, auf dem Gebiet der DDR hätte man diese stärker wahrnehmen können. Auch fehlte deutsch-jüdische Literatur.

Nach einigen Jahren in der befristeten Assistentenstelle bekam ich 1979 das Angebot eine unbefristete Assistenz zu übernehmen, aus der dann 1983 eine Oberassistentenstelle wurde. Damit war ich fest, unbefristet angestellter Mitarbeiter am Lehrstuhl für neuere und neueste deutsche Literatur, das war während der Zeit der DDR die Professur von Hans-Joachim Bernhard.

Zu meinen Aufgaben gehörte Lehre im Umfang von 6 SWS, und zwar zur Geschichte der deutschen Literatur. Das waren in der Regel Seminarveranstaltungen in allen Semestern, Spezialseminare für höhere Semester und Diplomzirkel für Examenskandidaten – für die bereits erwähnte Erarbeitung von Diplomarbeiten. Die Themen betrafen die Literatur der BRD, unter anderem auch zu Arnold Zweig, was mit der besonderen Vorliebe meines Doktorvaters zu tun hatte, der zu Arnold Zweig sehr intensiv gearbeitet hatte. Vorlesungen wurden in der Regel von Professoren gehalten. Es war also unüblich, dass Assistenten oder Oberassistenten Vorlesungen hielten. Einige Oberassistenten hielten allerdings Vorlesungen. Zudem gab es die Verpflichtung in der Lehrerweiterbildung Angebote zu machen.

Mein Themengebiet war die deutsche Literatur. Lehrveranstaltungen hielt ich von der Aufklärung bis zum 19. Jahrhundert, weniger zum 20. Jahrhundert, auch nicht DDR-Literatur im engeren Sinne, weil es dafür einen anderen Lehrstuhl gab. Vorlesungen hab ich eigentlich nur im Ausnahmefall, wenn Professoren im Ausland oder aber krank waren, was nicht allzu häufig vorkam. Zum Verhältnis der Lehrinhalte und des Forschungsgegenstandes möchte ich bemerken, dass seit Aufnahme der Lehrtätigkeit Lehrinhalte und Forschungsgegenstand nie identisch waren, das heißt ich habe mich in der Forschung mit der Literatur der Bundesrepublik beschäftigt, in der Lehre nur mit Literatur, die lange davor lag. Erst mit der Einrichtung einer Veranstaltung, die „Weltliteratur“ hieß und von Repräsentanten unterschiedlicher Philologien bedient, hat dann die Literatur der Bundesrepublik

innerhalb dieses Zyklus einen Platz bekommen. Da war dann auch ein Umschlag von der Forschung in die Lehre möglich.

Dass ich mich lange vor 1989 durch die Einbindung in die Forschungsgruppe zur bundesrepublikanischen Literatur beschäftigen konnte, erwies sich später als von großem Vorteil. Denn es gewährte mir nach 1989 Handlungsfähigkeit. Wie aber konnte man überhaupt in der DDR bundesrepublikanische Literatur wahrnehmen? Also auf welche Weise sind wir überhaupt an die Literatur herangekommen? Es gab eine so genannte „Giftbibliothek“ mit Westliteratur, die ich oder die Assistenten Professor Bernhards abwechselnd betreuen mussten, aber zugleich darin arbeiten konnten. Diese war in einem verschlossenen Raum im heutigen Rostocker Hof untergebracht, den sie ja nicht mehr als Institutsgebäude kennen. Diese Bibliothek stand unter Verschluss, der Zugang war sehr begrenzt. Die Beschaffung der westlichen Bücher erfolgte über große Umwege, zum Teil sogar über die Universität Providence in den USA. Die Forschungsgruppe hatte zwar ein bestimmtes Kontingent der Buchbestellung, aber das war sehr gering. Wir waren also darauf angewiesen alle möglichen anderen Kanäle zu benutzen, um an das Objekt der Begierde – Westliteratur – zu kommen. Es ist ja ganz klar, wenn man über die Literatur der Bundesrepublik forscht, sollte man die Bücher schon kennen, und das gelang uns auch. Es war eine sehr merkwürdige und im Nachhinein eine sehr bedenkliche Situation.

Noch zwei Jahre vor 1989 entschied ich mich, ein Habilitationsvorhaben anzugehen, das sich mit der Darstellung der Faschismuserfahrungen in der deutschsprachigen Literatur, vor allem Dingen in der bundesrepublikanischen Literatur beschäftigen sollte. Es war ja zu beobachten, dass in den 1970er und 1980er Jahren durch die so genannte Söhne-Töchtergeneration eine Veränderung der Wahrnehmung des Nationalsozialismus in der Literatur vor sich ging. Der Generationswechsel bewirkte auch eine Veränderung in der Sprache über dieser Erfahrung. Mit diesem Themenkomplex wollte ich mich beschäftigen. Das ließ sich wegen der Ereignisse von 1989 nicht mehr realisieren. Mitarbeiter waren durch Krankheit und aus anderen Gründen nicht mehr da. Mit sehr viel weniger Personal haben sehr viel Unterricht gegeben, und ich habe aufgrund der materiellen Situation das Habilitations-Vorhaben dann aufgegeben. Allerdings habe ich – wie es damals üblich war – noch 1989 mein Habilitationsvorhaben innerhalb des so genannten Arbeitskreises Literaturwissenschaft verteidigt. Das Thema fand Zustimmung, und ich hätte es auch weitertreiben sollen.

In meiner Zeit als Assistent im Wissenschaftsbereich Germanistik in den frühen 1970er Jahren war ich auch Seminargruppenbetreuer, das heißt man hat im Alter von etwa 25 Jahren eine Gruppe von Studenten betreut und fachlich beraten. Man hatte den Auftrag, die Leistungsentwicklung dieser Gruppe zu beobachten, also ein waches Auge zu haben, wie der Leistungsanstieg innerhalb dieser Seminargruppe sich entwickelte. Bei Schwierigkeiten wurde in jedem Fall erst einmal

der Seminargruppenbetreuer gefragt worden ist, warum ein Student oder eine Studentin der Seminargruppe derjenige die Prüfung nicht bestanden hatte? „Was hast du dafür getan, dass der Erfolg hätte gesichert werden können?“ Und so weiter. Man war auch beispielsweise dafür verantwortlich, dass Studentinnen, die ein Kind erwarteten, dennoch rechtzeitig und erfolgreich das Studium beenden konnten. Dazu war – in Absprache mit den betreffenden Studentinnen – ein so genannter Förderplan zu erstellen, der auch erfüllt werden musste. Wenn das nicht der Fall war, hatte man sich vor dem Wissenschaftsbereich erfolgreich zu verteidigen. Es fiel nicht leicht, das erfolgreich zu überstehen. Daran kann ich mich sehr gut erinnern. Regelmäßig fanden Leistungskonferenzen der Gruppe statt – ähnlich wie in der Schule. Angenehmer war die Teilnahme am kulturellen Leben der Seminargruppe. Das war neben den Anstrengungen manchmal ganz lustig,.

Zwischen der Promotion 1977 und der Fortsetzung meiner Tätigkeit als Oberassistent war ich im Ausland tätig, und zwar war ich vom Mai 1977 bis zum Mai 1980 Lektor am Deutschkurator des Kulturzentrums der DDR in Stockholm. Promovierte, auch promovierte Germanisten sollten Auslandserfahrungen sammeln, entweder an ausländischen germanistischen Instituten, wenn vorhanden – das war in den sozialistischen Ländern natürlich der Fall – oder an Kulturzentren der DDR im Ausland, denen ein Deutschkurator angegliedert war. Für mich bestand die Aufgabe darin, an schwedischen Universitäten zu arbeiten, wissenschaftliche Veranstaltungen durchzuführen, Vorlesungen und Seminare in relativ kontinuierlichen Abständen zu halten. Das galt für alle Universitäten, sobald sie bereit waren uns zu empfangen. Das Angebot galt auch für andere Länder, also Dänemark und Norwegen oder auch Finnland. Ich selbst bin allerdings nicht in Finnland gewesen.

Neben dieser eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit waren Aufenthalte von Wissenschaftlern aus der DDR zu organisieren, sowohl aus Universitäten, als auch von der Akademie der Wissenschaften. Und dazu gehörte auch die Durchführung von so genannten DDR-Wochen, Wochen der Kultur der DDR, in die wissenschaftlichen Veranstaltungen integriert waren. Es gab es eigentlich niemanden, der am Institut für Germanistik oder damals Wissenschaftsbereich Germanistik tätig war, der nicht mehrere Jahre im Ausland tätig gewesen war. Der Mindestaufenthalt betrug drei Jahre. Manche meiner Kolleginnen und Kollegen waren mehrmals entweder hintereinander in verschiedenen Ländern oder aber in größeren Abschnitten vier bis fünf Jahre tätig. Das gehörte zur Qualifizierung dazu.

Im Mai 1980 kam ich zurück und habe dann ein zweites Kind zur Welt gebracht. Mein erstes ist während der Studentenzeit geboren, im dritten Studienjahr, das habe ich vergessen zu sagen. Also ich bin Mutter zweier heute schon sehr erwachsener Kinder. Meine Forschungen nahm ich im Rahmen meiner Aspirantur wieder auf. In diesem Zusammenhang stellte ich im Juli 1989 einen „Antrag auf Bewilligung eines Studienaufenthaltes in der Bibliothek der Freien Universität

Berlin West“. Darin begründete ich, wenn ich mich mit der bundesrepublikanischen Literatur beschäftige, sei es für die wissenschaftlich akzeptable und termingerechte Fertigstellung dieser Arbeit zwingend notwendig, vor Ort in die Bücher Einsicht zu nehmen. Eine Bewilligung habe ich in meinen Unterlagen nicht gefunden, wahrscheinlich habe ich auch keine bekommen. Im Herbst 1989 erübrigte sich dieser Antrag ohnehin.

Die Ereignisse vom Herbst 1989 haben das Problem gelöst. Meine erste Westreise – nach Empfang des Begrüßungsgeldes in Berlin-Neukölln – führte mich in die Bibliothek Preußischer Kulturbesitz am Kulturforum Berlin. Das war für mich das erste Mal die Möglichkeit, die Literatur der Bundesrepublik in Augenschein zu nehmen. Davon war ich so beeindruckt, dass ich fast unverrichteter Dinge nach Hause fuhr, weil ich mir dachte, niemals könnte ich so viel rückwärts lesen, allenfalls erkennen, wo ich Fuß fassen sollte. Daher war ich ein bisschen deprimiert, weil ich unsicher war, wie ich das handhaben könnte.

Wie ich erwähnte, kamen nach 1989 größere Verpflichtungen auf mich zu. Die Oberassistentin hatte ich angenommen und gehörte dem neuen Institut für Germanistik an. Im Jahr 1992 habe ich mich um Übernahme auf eine so genannte A-14-Stelle beworben – als unbefristeter akademischer Rat hieß es in der Ausschreibung. Zu meinem großen Glück habe ich die Stelle auch bekommen, obwohl es auch andere Mitbewerber gab. Damit waren folgende Dienstpflichten verbunden: 8 SWS Unterricht, zeitweise sogar 12, neben diesen Lehrverpflichtungen die Wahrnehmung wissenschaftlicher Dienstleistungen, das heißt Studienberatung, Prüfungsorganisation. Die Mitwirkung in der Forschung stand merkwürdigerweise ganz hinten, also war die Stelle nicht vorrangig für Forschungsarbeit ausgeschrieben, sondern für Lehrtätigkeit. Natürlich waren Forschungsleistungen zu erbringen, und dem habe ich auch versucht nachzukommen nach Maßgabe meiner Möglichkeiten. Dieser Aufgabenkomplex bis heute so konstant geblieben.

Nun blicke ich noch einmal zurück auf die Zeit der DDR unter der Überschrift „Leben in der Wissenschaft – Wissenschaftskultur zu DDR Zeiten“. Während meiner frühen Zeit gab es an der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft einen Arbeitskreis Literaturwissenschaft gab. Dieser Sektion gehörten alle Philologien an; sie hatte auch einen Arbeitsbereich „Kunst-, Kultur-, Musikwissenschaft“, dem damals zeitweise Professor Haiduk⁴ vorstand. Es war üblich, innerhalb des Arbeitskreises Literaturwissenschaft Forschungsvorhaben vorzustellen, auch Dissertationen A und B. Als so genannter wissenschaftlicher Nachwuchs

⁴ Prof. Dr. Manfred Haiduk: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001531

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Krüger, Kersten (Hrsg.): *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 3.* Rostock 2009, S. 178-201.

musste man da Rede und Antwort stehen. Das war sehr gut, glaube ich, gewiss eine Herausforderung, aber wir lernten von den Professoren und Oberassistenten durch ihre Beiträge eine Menge. Es war in gewissem Sinne ein Graduiertenkolleg besonderer Art. Für mich brachte die Arbeit an der Promotion wöchentliche Sitzungen mit Professor Bernhard mit sich. Da musste man sagen, was man gelesen hatte, nicht nur die Primär-, sondern auch die Sekundärliteratur. Das diente auch seiner Orientierung gewissermaßen. Denn ein Professor hatte seine Assistenten, die Bücher lesen, welche er auch kennen muss. Das war ein ziemlich strenges Regime, das dazu beitrug, dass man sich disziplinieren konnte. Es war ein Jahresplan verlangt, der sehr innerhalb des Wissenschaftsbereiches streng kontrolliert wurde. Man musste also Farbe bekennen, wie weit man gekommen war. Hatte man Zeitverzug zu bekennen und Besserung zu geloben, war das nicht angenehm.

Mir ist damals schon aufgefallen, dass es relativ normal war, von der Ausbildung bis zur Promotion an der gleichen Universität zu verbleiben. Im Nachhinein mag man das sehr kritisch sehen, denn es trug nicht dazu bei, dass man die Wissenschaftskultur an anderen Universitäten vital kennenlernte. Für mich gilt das allerdings nur eingeschränkt, denn Prof. Bernhard unterhielt Beziehungen zu einer Reihe von Wissenschaftlern anderer Universitäten, die dann auch an den Arbeitsberatungen und Kolloquien teilnahmen, zu denen auch die Doktoranden beitragen mussten. Also auf diese Weise erhielt man einen Eindruck, was in Jena, was in Leipzig und Berlin anderswo passierte. Damit ergaben sich persönliche Kontakte, nicht nur Informationen nur aus den Zeitschriften. Wechsel des Studienortes, wie es für Sie heute üblich ist, war in meiner Studienzeit relativ ungewöhnlich. Wechsel finde ich gut.

Während der Qualifizierungsphase waren eigenständige Publikationen gefordert. Ebenso gab es eine Verbindung zur Praxis. Unser Wissenschaftsbereich war mit der Ostseezeitung und den Theater des Bezirks Rostock eine Verpflichtung eingegangen regelmäßig Rezensionen zu liefern. Damit kamen wir in den großen Vorzug häufig in die Theater zu gehen, dazu gehörten auch die Greifswald und Stralsund. Auf diese Weise sahen wir die Theater von innen, konnten an Proben teilnehmen. Das war sehr ertragreich. Ebenso gab es einen Vertrag mit dem Rundfunk, in dessen Sendungen wir eingebunden waren. Die „Stimme der DDR“ hat zeitweise unsere Stimmen gebracht.

Inwiefern bestanden Möglichkeiten, als Angehörige der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft mit ausländischen Universitäten und Wissenschaftlern in Kontakt zu kommen? Es gab eine Reihe von Partnerbeziehungen zwischen der Universität Rostock und anderen Universitäten. Das waren vor allen Dingen die Universitäten des sozialistischen Auslandes, an die man zu Dozentenaufenthalten delegiert werden konnte. Zwei Mal war ich in Polen: in Thorn (Toruń) und Stettin Szczecin, weiter bin ich nicht gekommen. Es gab einen lebhaften

Austausch mit Providence in den USA, dazu bin ich jedoch nicht vorgeschlagen worden. Nachdem ich vorher in Stockholm gewesen war, war ich dafür nicht auserkoren. Man wurde übrigens sehr beneidet, wenn man nach Providence geschickt wurde. Das war sozusagen eine privilegierte Beförderung. Außerdem hatten wir lebhaftige Beziehungen zu Kopenhagen und Aarhus in Dänemark. Häufig haben Germanisten von dort bei uns Veranstaltungen gehalten. Selber konnte ich erst nach 1989 am Dozentenaustausch in das vorher so genannte kapitalistische Ausland teilnehmen. Da war ich 1992 in England.

Erwähnen möchte ich noch den internationalen Hochschulferienkurs, den die Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft während meiner Studentenzeit und auch während meiner gesamten Anwesenheit bis 1989 regelmäßig durchführte. Inhaltlich wie organisatorisch wurde er hauptsächlich von den Mitarbeitern und Studenten des Wissenschaftsbereiches Germanistik getragen. Die Studenten waren Studentenbetreuer von Gruppen ausländischer Germanistikstudenten, die aus aller Herren Länder kamen, auch Amerikaner und Franzosen waren dabei. Das war eine sehr spannende Zeit, denn es gab bisweilen sehr heftige Diskussionen, etwa 1968 mit Studenten aus der Tschechoslowakei über die damaligen Reformen.

Den Unterricht erteilten die Mitarbeiter des Bereichs jedes Jahr während drei Wochen im Juli und August. Der Sommer war dadurch kurz und anstrengend, aber doch sehr interessant. Es wurde übrigens sehr viel gesungen. Wolfgang Dalk erstellte ein Liederbuch, und es war üblich, dass man dann vor den Veranstaltungen, wenn ein Vortrag gehalten wurde – meinetwegen zur russischen oder deutschen Literatur – vorher erst kräftig gesungen wurde. Da war die richtige Temperatur angeheizt und man konnte noch einmal so gut zuhören. Dieser Hochschulferienkurs half darüber hinaus Neugier zu befriedigen, was die Wahrnehmung der Welt außerhalb der DDR betraf.

In meiner aktuellen wissenschaftlichen Arbeit nehme ich seit zehn Jahren Forschungsprojekt teil, das an der Universität Göteborg beheimatet ist: „Zur Darstellung von Zeitgeschichte in der aktuellen deutschsprachigen Literatur“. Da gibt es im Zweijahresrhythmus Kolloquien, an denen ich bislang immer teilgenommen habe. Damit habe ich auch die Möglichkeit zu publizieren, und da bin ich den schwedischen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass sie das über zehn Jahre lang durchgehalten haben. Dieses internationale Forschungsprojekt und erbringt viele wertvolle Erfahrungen.

Außerdem beschäftige ich mich seit etwa zwölf Jahren sowohl in der Lehre als auch in der Forschung mit deutschsprachiger jüdischer Literatur, im Rückblick seit dem 17. Jahrhundert und der Aufklärung und in der Gegenwart konzentriert auf die Literatur der so genannten nachgeborenen Generation. Das ist die so genannte junge jüdische Literatur der heute 60jährigen Autoren. Hinzu kommt eine „noch“ später geborene Generation – inzwischen hat ja die Generation von

Barbara Honigmann⁵ oder Robert Schindel⁶ eine weitere nachgeborene Generation hervorgebracht. Die Literatur der so genannten Überlebenden der Schoah und die ihrer Kinder interessiert mich.

Zur Zeit der DDR hatte ich auch immer so genannte gesellschaftliche Arbeit zu leisten. Es war auch üblich, Mitglied der Gewerkschaft zu sein – erstens – und zweitens auch Funktionen zu übernehmen. In der Schulzeit, ganz klar, war ich Pionier und dann FDJ-ler. Als Gewerkschaftsmitglied war ich während der Studentenzeit Seminargruppensekretär. Damit war ich – als so genannter Semsek – zugleich Mitglied der HGL, der Hochschulgewerkschaftsguppenleitung. Das fand ich sehr interessant und gab mir die Möglichkeit etwas kennen zu lernen, worüber ich sonst nie gestolpert wäre. Es gab nämlich eine zentrale Frauenkommission an der Universität, ein Organ der Universitätsgewerkschaftsleitung, der Frauenvertreterinnen aus allen Fachbereichen und Instituten der Universität angehörten.

Da kamen die altbekannten Fragen auf: Wie kommt es, dass so wenige Frauen Professoren sind? Wie kommt es, dass so wenige Frauen B-promoviert – habilitiert – sind? Wie funktionieren Studium und Qualifizierung für Frauen mit Kind? Das waren Fragen, die uns heute genauso beschäftigen. Vielleicht waren die Verhältnisse damals ein bisschen günstiger als heute, das wage ich aber nicht zu sagen. Mein interessante Tätigkeit in der HGL dauerte von 1972 bis 1976.

Eine kurze Zeit Ich war auch Abgeordnete des Kreistages in Bützow. Meine Stadt Schwaan, in der ich seit meiner Heirat lebe, gehörte damals zum Kreis Bützow. Dort kandidierte ich für den Kulturbund und wurde auch gewählt. Doch bevor ich richtig in Gang kam, wurde der Kreistag schon wieder 1990 aufgelöst. Der Kulturarbeit in meiner zur Heimat gewordenen Stadt blieb ich dennoch treu. In sehr tüchtigen Kulturfördervereinen versuche ich ein bisschen Politik zu machen, indem ich versuche, wissenschaftliche Vorträge zu organisieren, die in der Kunstmühle Schwaan stattfinden. Dort sind Sie jederzeit willkommen. Es würde mich freuen, wenn ich Sie dort wieder sehe und damit möchte ich erst einmal schließen.

Diskussion

Kersten Krüger:

Jetzt kommen wir zur Fragerunde nachdem wir an einem Lebenslauf, der nicht ohne Spannung war, teilhaben durften. Ich darf jetzt die Rednerliste eröffnen.

⁵ Barbara Honigmann, geboren 1949, deutsche Schriftstellerin und Malerin. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Barbara_Honigmann (30.12.2009).

⁶ Robert Schindel, geboren 1944, österreichischer Schriftsteller. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Schindel (30.12.2009).

Hilde Michael:

Sie erwähnten mehrfach, dass ihr wissenschaftlicher Fokus zu DDR-Zeit auf Literatur der Bundesrepublik lag. Inwiefern wurden Sie da innerhalb des Forschungsbereiches gelenkt, beschränkt oder überhaupt nicht? Könnten sie darauf etwas eingehen?

Hella Ehlers:

Also beschränkt, da nehme ich auf etwas Bezug, das ich vorher schon angedeutet habe. Die Beschränkung ergab sich einfach aus den materiellen Bedingungen. Ich kann mich erinnern, dass ich Edgar Hilsenraths Roman „Nacht“⁷, ein ziemlich dicker Roman, im Turm der Bibliothek von Leipzig unter Verschluss gelesen habe. Das war schon merkwürdig. Die materiellen Bedingungen waren wirklich äußerst beschränkt. Wir hatten, glaube ich, damals eine für unsere Verhältnisse ganz gut ausgestattete Bibliothek, aber sie war natürlich beschränkt auf das, was uns interessierte. Es wurde nicht wahllos angeschafft, konnte es auch gar nicht, weil das nicht mit DDR Mark, sondern mit Westmark bezahlt wurde. Also mussten wir die Bücher in der Bundesrepublik einkaufen, zum Teil über Zwischenhändler. Manchmal wurden sie auch in den USA bestellt und kamen dann über Providence nach Rostock. Unter diesem Gesichtspunkt war das schon eine ziemliche Beschränkung. Es war dann natürlich schwierig, all die Informationen zu erfahren, die man nicht aus Büchern, sondern über Rundfunk und so viel wie möglich über das Fernsehen erhielt. Es war nicht erlaubt Westfernsehen zu sehen. Da bedurfte es schon ein bisschen Partisanen- und Untergrundarbeit. Und dann gab es etwas, was für Sie vielleicht unvorstellbar ist: einen Ausschnittdienst. Dieser Ausschnittdienst kam wöchentlich ins Haus, den hatten wir dann zu sortieren. Das war ein Dienst, der in Berlin, wohl bei ADN, der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur der DDR, erstellt wurde. Wir erhielten Zeitungsausschnitte mit Quellenangabe über alles, was zur Literatur der Bundesrepublik in deutschsprachigen Publikationsorganen, vor allem Zeitungen, erschien. Wir hatten die Ausschnitte dann zu sortieren, dem Professor vorzulegen und bei den vorher schon genannten wöchentlichen Zusammenkünften auch zu referieren. Wir mussten also informiert sein und Vorlauf schaffen. Aber wenn ich das im Nachhinein bedenke, war es doch beschränkt, wiewohl viel!

Das Zeitungsarchiv lag im Rostocker Hof, das war ein ehemaliges Bad. Und da lagen die Zeitungen, die wir kriegten. Wir kriegten die „Neue Zürcher Zeitung“ und manchmal auch „Die Zeit“, die waren dann in der UB vorhanden. Den „Spiegel“ gab es, aber die Benutzung ging nur mit Schwierigkeiten. Der Zugang ge-

⁷ Edgar Hilsenrath geboren 1926, deutsch-jüdischer Schriftsteller. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Edgar_Hilsenrath (30.12.2009)
Hilsenrath, Edgar: Nacht. München 1964, Neuauflage 1990.

staltete sich dann so: Man hatte dann seinen Ausweis vorzulegen und vom Forschungsgruppenleiter eine Bewilligung, dass ich zum Beispiel in Leipzig oder in Berlin in der Bibliothek die und die Literatur zu Forschungszwecken lesen durfte. In der Bibliothek, die zur Literatur der Bundesrepublik aufgebaut worden war, war der Leserkreis beschränkt. Es war also keine öffentliche Bibliothek, sondern eine Forschungsbibliothek, die war nicht für jedermann zugänglich war. Ich kann mich gut daran erinnern, dass jemand kam und von Prof. Bernhard die Unterschrift holen musste. Heute kann ich das ein bisschen hemdsärmeliger sagen, als ich das damals überhaupt wahrgenommen habe. Später habe ich mich mit Erstaunen und Schrecken daran erinnert, mit welchem Enthusiasmus wir trotzdem an diese Arbeit gegangen sind. Es hat uns interessiert und wir waren auch gut informiert. Was hat Martin Walser geschrieben? Was hat Günter Grass geschrieben? Was hat Heinrich Böll geschrieben? Worüber reden die gerade? Und so weiter. Also das hat uns natürlich irgendwie gefesselt. Und man konnte das jetzt gut in den Zusammenhang mit der DDR-Literatur bringen, also die Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen.

Edmund Fanning:

Sie haben gesagt, dass es vor der Wende einen Förderplan für schwangere Studierende gab. Welche Art der Förderung konnten diese vor und nach der Entbindung erwarten? Wie kann man die Situation mit der heutigen vergleichen?

Hella Ehlers:

Das ist ein schweres Kapitel. Also ich kann mich erinnern, dass ich als so genannter Seminargruppenbetreuer dafür zuständig war. Man muss ganz oben anfangen. Es war nicht unüblich als Studentin ein Kind zu kriegen, auch weil die Gegebenheiten gut eingerichtet waren. Die Universität hatte eine Kinderkrippe und einen Kindergarten. Die Plätze waren natürlich begehrt und man musste auch warten aber es gab die Möglichkeit. Der Seminargruppenbetreuer hatte dafür zu sorgen, dass die jeweilige Studentin dennoch pünktlich studieren konnte. Man hatte dann Konsultationen und den ganzen Katalog an Fördermaßnahmen zu organisieren. Die Prüfungen wurden nicht erlassen, aber sie wurden dann verschoben. Sowohl das Zeitmanagement als auch das Wissenschaftsmanagement waren zu organisieren. Das war mit Unterschrift dann zu besiegeln, und dafür hatte man gerade zu stehen. Ich kann mich gut erinnern, dass ich zum Beispiel einen Fall hatte, eine Studentin, die dann aufhörte zu studieren, weil sie es aus unterschiedlichen Gründen einfach nicht gepackt hat: studieren, Mutter und Ehefrau sein und so weiter. Da musste ich mich dafür verantworten, warum ich das nicht ordentlich geschafft hätte. Noch heute sehe ich die Kollegin vor mir, die zwar sehr sympathisch, aber auch sehr kategorisch war. Ich hatte also gewissermaßen die Erwartung nicht erfüllt, die an mich gestellt worden war.

Vor ein paar Tagen traf ich mich mit ehemaligen Kommilitoninnen. Wir waren damals, wie erwähnt, Frauen in der Mehrzahl. Alle haben während des Studiums Kinder geboren, manche sogar zwei. Dennoch haben sie rechtzeitig abgeschlossen. Ich will nicht übertreiben, aber ich glaube es hing auch damit zusammen, dass man also dann unter die Fittiche des Seminargruppenbetreuers geriet und da wurde dann manövriert. Es war ganz klar, man musste das irgendwie auch leisten, denn geschenkt wurde einem nichts. Wir haben damals eine Reihe Prüfungen gehabt, mehrere Zwischenprüfungen, also alles was Ihnen jetzt leider erspart bleibt. „Leider“ sage ich, weil ich ja weiß, dass die Examensprüfung in vielen Fällen die erste Prüfung ist und das hat natürlich dann auch Auswirkungen auf den psychischen Haushalt, mit dem man die Prüfung angeht.

Harold Fanning:

Sie haben berichtet, dass Rostocker Wissenschaftler Auslandsaufenthalte in Providence hatten. Mich würde interessieren wie im Gegenzug Wissenschaftler aus Providence in Rostock Besuche abgeleistet haben und wie die abliefen – mit besonderer Hinsicht darauf, ob es offensichtliche Begleitungen von Staatsorganen gab.

Hella Ehlers:

Aus Providence waren Leute da. An einen kann mich an einen erinnern, der später auch noch mal hier war, Professor Smith. Er arbeitete über Kafka. Üblicherweise hielten die Gäste im Wissenschaftsbereich Vorträge, aber auch Lehrveranstaltungen. Dann hatte man auch die Chance, mit ihnen über die Auslandsgermanistik zu sprechen. Was den zweiten Teil Ihrer Frage betrifft, darüber kann ich nichts sagen. Die Gäste waren da, und wir haben sie gehört – und wer da noch mitgehört hat, weiß man nicht. Doch halte ich es für sehr wahrscheinlich und es wäre merkwürdig, wenn es nicht so gewesen wäre.

René Ide:

Ergänzend frage ich dazu. Sie berichteten von der Partnerschaft auf wissenschaftlichem Gebiet mit der Universität Providence. Wie kam so eine Partnerschaft zustande und wie erklärte man das Leuten die meinten: „Eigentlich sind das ja Imperialisten, unsere Feinde!“ Wie hat man das den Studenten erklärt?

Hella Ehlers:

Da weiß ich gar nicht, wie wir das erklärt bekamen. Es gab auf jeden Fall Universitätspartnerschaften, und die bezogen sich nicht nur auf das germanistische Institut oder den Wissenschaftsbereich Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft. Häufig war es sogar so, dass das erst über die Naturwissenschaften lief. Ich weiß das auch über Göteborg in Schweden. Dort versprach man sich unter Umständen

auch mehr davon, also unter Umständen ökonomischen Gewinn durch Forschungskoooperation, wobei Forschungskoooperation und Lehraustausch immer gekoppelt waren. Man war natürlich auch sehr interessiert Forschungsprojekte miteinander zustande zu bringen, die beide Seiten über Jahre miteinander verband. Das war dann unabhängig von der jeweiligen Person. Wir Studenten haben zur Kenntnis genommen, dass die Welt größer wird und fanden es prima, dass da Leute aus den USA kamen. Ich kann mich nicht erinnern, dass es da große politische Diskussionen gegeben hätte. Wenn ich jetzt beispielsweise an den Mann aus Providence denke, wüsste ich nicht, dass wir mit dem über den amerikanischen Imperialismus und über die Israelpolitik gesprochen hätten. Das beschränkte sich in meinen Erinnerungen eher auf die Kenntnisnahme dessen was in der Germanistik in den USA passiert, denn da war unsere Einsicht ja nicht tief.

René Ide:

Wie ist nun der Kontakt zustande gekommen mit dieser Universität in den USA?

Hella Ehlers:

Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass Professor Bernhard, in dessen Forschungsgruppe ich war, diesem Professor Smith sehr enge Beziehungen pflegte und dass darüber der Bücheraustausch erweitert wurde. Da war der frühere UB-Direktor Professor Jügelt⁸ unheimlich findig. Er fand Lücken, von denen man glaubte, dass sie nicht existierten. Die Literatur der Bundesrepublik wurde über den Umweg von Providence nach Rostock geschickt. Das klingt ein bisschen verrückt, aber so war das. An heftige politische Debatten kann ich mich überhaupt nicht erinnern. Vielleicht habe ich auch nicht daran teilgenommen. Das ist durchaus möglich.

Kersten Krüger:

Darf ich zwei Ergänzungen einschieben? Zum Einen: Herr Jügelt hat das vor allem im Tausch gemacht. Die Amerikaner brauchten DDR-Literatur, die Bundesrepublikaner nicht. Providence erhielt Bücher der DDR, dafür kaufte Providence Bücher aus der Bundesrepublik und sandte sie nach Rostock. Mit der Universität Lund in Schweden hat er das genauso gemacht. Zum Zweiten: Partnerschaften wurden auf der oberen Ebene der Rektorate vereinbart. Es gab das Direktorat für Auslandsbeziehungen – Prof. Moll⁹ war da lange Leiter. Dort wurde es organi-

⁸ Prof. Dr. Karl-Heinz Jügelt: Catalogus Professorum rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001946

⁹ Prof. Dr. Georg Moll: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001733 Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1. Rostock 2007, S. 260-288 .

siert, vereinbart und angeordnet. Da war nichts zu hinterfragen, es wurde gemacht, Schluss.

Hella Ehlers:

In diesem Falle war man froh, wenn die Möglichkeit bestand, Dinge kennen zu lernen, die man durch eigene Möglichkeiten gar nicht erfahren konnte.

Steffen Bild:

Sie haben davon gesprochen, dass sie zu DDR-Zeiten ein Habilitationsvorhaben hatten, was nicht zustande gekommen ist. Haben sie das nach der Wende noch mal in Angriff genommen?

Hella Ehlers:

Nein, leider nicht, niemals. Ich habe mich der Tatsache ergeben, dass das Lehrdeputat zeitweise ziemlich hoch lag und habe es aus dem Auge verloren, an der wissenschaftlichen Qualifizierung in dieser Form zu arbeiten. Heute sage ich „leider“, ich hätte es eigentlich tun sollen. Aber ich habe mich irgendwie in die Verhältnisse hineinbegeben und habe die Verhältnisse über mich herrschen lassen. Insofern bin ich keine vorbildliche Wissenschaftlerin, was die zielgerichtete Verfolgung der Stufen der wissenschaftlichen Qualifizierung betrifft.

Axel Büssem:

Ich würde gerne noch mal das Thema aufgreifen, was Hilde Michael eben angesprochen hat, die Westliteratur. Ich finde es ja sehr erstaunlich, obwohl es doch eigentlich die Zensur gab, dass dann auch darüber geforscht und auch gelehrt wurde. Waren Sie da völlig frei oder gab es schon die Maßgabe, dass am Ende doch rauskommen sollte, dass die kapitalistische Literatur irgendwie problematischer ist als unsere oder wie auch immer?

Hella Ehlers:

Erst einmal war herauszufinden was überhaupt passiert, also was überhaupt geschrieben wird, worüber geschrieben wird, wer was schreibt. Es gab wirklich den Versuch, den Entwicklungsprozess zur Kenntnis zu nehmen, zu lesen, zu kennen und zu bewerten. Natürlich, wenn Sie die alten Texte nachlesen, muss man schon sehr nachdenklich werden. Ich glaube, dass wir an unserem Literaturverständnis, an unseren Literaturverhältnissen gemessen haben. Wir waren auch der Meinung, dass die sozialistischen Literaturverhältnisse die besseren sind, beziehungsweise, dass Schriften und Themen, die hier Usus waren, der Maßstab waren für das, was dort passierte. Wir sind damals von Lenins Überzeugung ausgegangen, dass es in der bürgerlichen Gesellschaft zwei Kulturen gibt. Das kann man bei Lenin nachlesen. Demzufolge entwickelten sich zwei Literaturen, in diesem

Fall auf der einen Seite die so genannte „Antifaschistische/Antikapitalistische“ Literatur, die sich natürlich auch in Themen ausdrückt. Wo findet die Literatur ihre Themen? Auf der anderen Seite stand die so genannte „bürgerliche“ Literatur. Wo machte die „bürgerliche“ Literatur, zu der man natürlich auch Böll zählte und Walser, den ersten Schritt in Richtung der zweiten Kultur? Wenn sie die alten Texte angucken, werden Sie sagen: „Na ja, das kann man jawohl heute nicht mehr vertreten.“

Alles entsteht aus seiner Zeit heraus, man lernt dazu und guckt aus 40 Jahren Abstand natürlich anders auf die Dinge. Prof. Bernhard war der Erste, der über Böll gearbeitet hat.¹⁰ Damit war er sozusagen ein Pionier in der DDR, ihn überhaupt hoffähig, akzeptabel zu machen. Dann hat er dafür gearbeitet, dass dieses BRD-Projekt zustande kam. Es sollte eine Geschichte der Literatur der BRD entstehen, eine Buchpublikation. Die ist dann auch erschienen.¹¹ Das können Sie nachlesen. Da wurde natürlich innerhalb dieses Projektes festgelegt, über welche Autoren gearbeitet wird und welche nicht bearbeitet werden. In sofern ist es schon so, dass jedes Projekt Gegenstände hat, die hineinfallen und Gegenstände die herausfallen – zu Recht oder zu Unrecht, das mag man verschieden sehen.

Kolja Trieglaff:

Sie sagten, dass Sie Seminargruppensekretärin waren. Können Sie kurz beschreiben, welche Funktion sie als eine solche erfüllen mussten?

Hella Ehlers:

Ich wurde 1967 Studentin und da war es üblich, dass man, bevor man überhaupt studierte, vier Wochen gemeinsam einen Ernteeinsatz machte, so im August/September in der Übergangszeit. Das war ganz lustig. Wir haben Kartoffeln gesammelt in Ziesendorf und irgendwo bei Schwerin dann im Oktober bei Frost Zuckerrüben gesammelt,. Das war nicht mehr so lustig. Vier Wochen hat sich sozusagen die Gruppe der später gemeinsam studierenden Jungen und Mädchen getroffen. Da wurde dann von der jeweiligen Hochschule ein kommissarischer Seminargruppensekretär eingesetzt. In diesem Falle war ich das für die Gruppe von etwa 25 Menschen. Wir haben uns dann in Ziesendorf vier Wochen aufgehalten, haben wie gesagt tüchtig Kartoffeln gesammelt, und dann kamen sehr häufig die Wissenschaftler des Wissenschaftsbereiches und haben uns dann gesagt, wie es weiter geht, uns sozusagen erste Studieninformationen gegeben, also Studienberatung mit uns betrieben. Wir haben auch viel miteinander gelacht.

¹⁰ Bernhard, Hans Joachim: Die Romane Heinrich Bölls: Gesellschaftskritik und Gemeinschaftsutopie. Berlin 1970. 2. Auflage Berlin 1973.

¹¹ Geschichte der deutschen Literatur. Literatur der BRD. Von einem Autorenkollektiv. Leitung Hans-Joachim Bernhard. Berlin 1983.

Zum kommissarischen Seminargruppensekretär wurde ich bestimmt, wahrscheinlich weil ich vorher auch schon Freundschaftspionierleiter, das heißt Gruppenleiter in der FDJ war. Und ich nehme an, dass man solche Leute ausgewählt hat, die schon solche Funktionen bekleidet hatten. Das war ziemlich anstrengend, muss ich sagen, weil man ja auch kritisiert wurde. Das mochte ich natürlich als junger Mensch genauso wenig wie andere. Und dann gab es eine richtige Wahl, nachdem die Gruppe sich als Studiengruppe zusammengefunden hatte. Dann war ich für die Zeit, bis mein erstes Kind 1969 geboren wurde, die ersten beiden Jahre gewählter Seminargruppensekretär. Das war eine Funktion innerhalb der FDJ, der Freien Deutschen Jugend, und da hatte man für Verschiedenes zu sorgen, vor allem dass alle gut studieren; dass sie FDJ-Arbeit machen; dass sie politische Bildung wahrnehmen und am FDJ-Studienjahr teilnehmen. Wenn man nicht teilnahm, wurde man sehr kritisiert. Weiter war dafür zu sorgen, dass alle fleißig ML-Studium betrieben und überhaupt erfolgreich studierten. Das war mit viel Arbeitsaufwand, also mit vielen Versammlungen verbunden, hatte aber auch den Vorteil, dass man Vieles kennen lernte. Wenn man eine Funktion ausübt, hat man ja immer zwei Dinge zu tragen, einerseits die Last der zeitlichen Bindung und auch der Besetzung eines Teils des Gehirns mit Dingen, die man mehr oder weniger mag – wobei ich sagen muss, ich mochte sie mehr, nicht weniger. Zum anderen lernt man Leute kennen und man bekommt einen Blick für Menschen, der einem entgeht, wenn man keine Funktion ausübt. So habe ich das für mich jedenfalls immer gesehen.

Robert Grädener:

Wie war die „Giftbibliothek“ organisiert?

Hella Ehlers:

Sie war organisiert wie eine richtige Bibliothek. Es gab Karteikarten, die wir ausgefüllt haben, wenn neue Bücher kamen. Sie kamen sie waschkörbeweise und sie mussten natürlich katalogisiert und signiert werden. Das haben dann die Assistenten gemacht. Dann mussten die Bücher natürlich verwaltet werden. Es wurde ganz normal eine Kartei geführt, wer wann ein Buch ausleiht. Die Signaturen waren damals noch nicht digitalisiert. Das waren dann Karteikarten, die man richtig führen musste. Sortieren und aufräumen war natürlich auch Bestandteil der Arbeit.

Robert Grädener:

Hatte dort jeder Zutritt?

Hella Ehlers:

Nein, wenn Sie gekommen wären und hätten gesagt, sie möchten gerne Wolfgang Borchert¹² lesen oder Heinrich Böll, völlig ungefährlich, dann hätte ich Sie gefragt, ob sie autorisiert sind. Ich hätte erstens gefragt, ob sie mit diesen Büchern forschen wollen und zweitens, wer Ihnen die Unterschrift und somit die Erlaubnis gegeben hat. Die Unterschrift hätten sie haben müssen, wie ich es bereits erwähnte und dann hätten sie auch lesen können. So war es. Das hatte damit zu tun, dass man die Bücher, wenn sie verloren gegangen wären, nicht wiederbekommen hätte. Die Bücher wurden unter schwierigen Bedingungen angeschafft und dann musste es natürlich für Forschungszwecke gehütet werden. Die Bücher waren nur für Forschungszwecke zugänglich. Es ist nicht unüblich, dass Forschungsbibliotheken separiert werden.

Stefan Meyenburg:

Wie haben Sie die Wende 1989 in der Germanistik erlebt? Wie sahen die Veränderungen aus und wie war das Klima unter ihren Kollegen? Es waren schließlich sehr einschneidende Veränderungen.

Hella Ehlers:

Das war schon eine sehr hitzige Zeit. Sehr schnell, sehr viel Verschiedenes geschah von einem Tag zum Anderen. Es wurde viel Papier produziert. Ich habe die Papiere auch noch auf dem Dachboden, jedoch habe ich sie nicht mitgebracht. Wegwerfen werde ich das Material wahrscheinlich nicht. Auf diesen Papieren wurde inhaltlich die Frage aufgeworfen: „Wie soll es weitergehen?“ Also wie soll das Wissenschaftskonzept sein? Es war weniger Personalpolitik, da diese kaum im Bereich des Institutes gemacht wurde. Es gab sehr viele persönliche Gespräche, Heinz-Jürgen Staszak¹³ war damals der erste Institutsprecher im Zusammenhang mit den Veränderungen und eine Kollegin, die leider nicht mehr lebt, Frau Kosta-Kopplow¹⁴, war Sekretärin. Es gab sehr viele Versammlungen. Ich habe den Eindruck, wir hatten Tag und Nacht Versammlungen, weil sich erstens sehr viel und sehr schnell außerhalb der Universität veränderte mit Nachrichten, von denen man gestern noch nichts ahnte. Von meinem Mann und von Kollegen anderer Institute erfuhr ich, dass sehr viel Konzeptionelles erarbeitet wurde. Wir waren

¹² Wolfgang Borchert (1921-1947), deutscher Schriftsteller. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Borchert (04.01.2010).

¹³ Prof. Dr. Heinz-Jürgen Staszak: Catalogus Professorum Rostochiensium: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002195

¹⁴ Vgl. Kopplow, Helga: Untersuchung zur Entwicklung des schöpferischen Lesens epischer Werke unter dem Aspekt der Arbeit am gestaltenden Lesen – dargestellt an ausgewählten epischen Kurzformen der Klassenstufen 6 und 7. Rostock, Univ., Diss. A, 1983.

lange Zeit überzeugt, dass man mit dem Bestand der Arbeit, die da war, anders oder neu anfängt und etwas macht, was man vorher hätte vielleicht nicht machen können.

Dann sind aus ganz unterschiedlichen Gründen Mitarbeiter aus der Fakultät und dem Institut weggegangen. Manche haben sehr früh gemerkt, dass sie keine Chance haben, weil die Reduzierung des Personals ins Haus stand. Diese Personen haben versucht sich in den Schulen zu bewerben. Einigen ist es gelungen als Lehrer an erweiterten Oberschulen tätig zu werden. Es sind auch Kollegen ausgeschieden aus Gründen der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Das wurde in einem längeren Prozess deutlich. Es war nicht leicht diese Erkenntnisse zu verarbeiten, weil man mit einer Reihe von Kollegen sehr vertraut war und sie auch als sehr gute Lehrer akzeptiert hatte. Die Tatsache, dass sie nicht mehr anwesend waren, war für mich nicht leicht zu begreifen, weil ich manche Kollegen sowohl als Studentin als auch als Kollegen kennen gelernt habe.

Die Wendezeit war eine furchtbar schnelle Zeit und manches blieb unverständlich. Viele Nachrichten betrafen Dinge, von denen man keine Kenntnis oder zu wenig Fragen gestellt hatte, um Kenntnisse über diese Dinge zu haben. Ich kann mich an etwas ganz Merkwürdiges erinnern: Ich wohnte damals in Schwaan und lebe dort noch heute. Damals fand dort eine Demonstration statt und ich wollte wissen, was die Demonstranten denken und worüber sie sprechen. Sie trugen ein Schild mit der Aufschrift „Mecklenburg-Vorpommern“. Ich verstand nicht, warum ich plötzlich Mitglied eines Landes werden sollte. Es war für mich eine Zuordnung, die für mich überhaupt keinen Sinn machte. Ich hatte damals den Eindruck, dass es keine Vergrößerung sondern eine Verkleinerung war. Ich brauchte Zeit um zu verstehen, was unter diesem Demonstrationsschild vor sich ging. Ich bin etwas seitlich gegangen und habe mich erst später dazu gestellt.

Kersten Krüger:

Zur Erklärung: „Föderativstaat statt Zentralstaat“ war damals das Motto. Es gab die Forderung zur Wiedererrichtung der alten Länder. Diese Forderung kam überall auf.

Hella Ehlers: Die Länder waren in der DDR abgeschafft.

Kersten Krüger:

Im Jahr 1952 wurden die Länder abgeschafft und die Bezirke eingeführt.

Anne Lüder:

Können sie Vor- und Nachteile des damaligen Seminarkonzeptes in Bezug auf das heutige Seminarkonzept erläutern? Das heutige Seminarkonzept beschrieben sie selbst als viel freier.

Hella Ehlers:

Freier und notwendiger für Sie selbst, weil Sie selbst organisieren müssen. Es war damals tatsächlich wie eine Schulklasse. Man wurde immatrikuliert und wenn man nicht zwischenzeitlich exmatrikuliert wurde, traf man sich bei der Verleihung der Diplomurkunde auch wieder. Der Vorteil dabei war, dass ich in jeder Veranstaltung, die ich besuchte, mit den gleichen Personen arbeitete, es sei denn, jemand hatte gefehlt, was selten vorkam, weil viel kontrolliert wurde. Ich kontrolliere heutzutage auch die Anwesenheit meiner Studenten, um die Übersicht zu bewahren. Es war schon ein fester Bestand an Mitgliedern eines Seminars, und es war ein Zusammentreffen ganz unterschiedlicher Richtungen. Germanistik und Slawistikstudenten waren wir. Wir hatten also immer gleiche Inhalte im Kopf. Man musste nicht von Geschichte auf Germanistik umschalten, sondern wir waren immer im gleichen Verband. Zudem hatten wir einen festen Stundenplan und einen Seminargruppenbetreuer. Das war jemand aus dem Wissenschaftsbereich, der unser Studienberater und Seelenröster war und wenn man ein gutes Verhältnis hatte, zum Freund werden konnte. Es war also ein ziemlich fester Verband. Das hatte den Vorteil, dass man organisatorisch nichts zu tun brauchte. Der Stundenplan stand fest. Auch die Folge der Veranstaltungen stand fest. Also zuerst musste man den Grundkurs Lyrik machen und dann den Grundkurs Dramatik und dann den Grundkurs Prosa. Es war ein ziemlich festgelegtes System. Festgelegt war auch, wann ich welche Vorlesung hören musste. Also es fing an mit alter Literatur und hörte auf mit Weltliteratur, wenn sie unterrichtet wurde. So es war für mich als Studentin ein ziemlich überschaubares System.

Alles war gemacht und ich musste nichts organisieren. Das hatte im Nachhinein gesagt den Vorteil, dass ich mich um nichts kümmern und nur gut studieren musste. Es hatte den Nachteil, dass man kaum über die eigene Fakultät und den eigenen Wissenschaftsbereich hinaus gucken konnte, wenn man es nicht wollte oder selbst keinen Ehrgeiz hatte. Schon durch die Kopplung war ich bei den Slawisten zu Hause. Aber mit den Historikern hatte ich nur Verbindung, weil mein Mann Historiker war, mit den Sportwissenschaften eventuell nur in einer Vorlesung, weil dann alle Fächerkombinationen dort saßen. Das hatte eine begrenzte Wahrnehmung zur Folge. Welche Nachteile gab es noch? Natürlich wird der Kopf kleiner, je weniger man wahrnimmt. Es war aber überschaubarer als die Probleme, die Sie jetzt aus unterschiedlichen Fächerkombinationen haben, wenn Sie eine bestimmte Lehrveranstaltung besuchen. Diese Schwierigkeit war uns genommen.

Anna Franziska Freitag:

Gab es einen bestimmten Zeitpunkt, an dem sie nachdachten nicht Lehrer zu werden und an der Universität zu bleiben? Was waren die Gründe dafür?

Hella Ehlers:

Das ist eine schwierige Frage. Ich wollte wirklich Lehrer werden. Ich habe das immer toll gefunden. Es war irgendwie mein Bedürfnis mit Kindern in Kontakt zu sein und ich wollte durch Lehren auch selber klüger werden. Das fand ich sehr spannend. Ich hatte auch zum Teil ganz gute Lehrer, die Spaß am unterrichten hatten. Das Forschungsstudium absolvierte ich, weil ich in einem Diplomkurs war und die Zusammenarbeit mit Herrn Bernhard gut funktionierte. Ich dachte einfach: „Warum sollte ich es nicht machen?“ Wie weit ich das treiben würde, konnte ich nicht sagen, da ich keinen Karriereplan im Kopf hatte. Soweit dachte ich damals nicht. Bevor ich meine Ausbildung beendete, wurden Assistenzplätze an der Sektion frei. Ich dachte, dass die Stelle übernehmen könne, da der Weg in die Schule später immer noch offen stünde. Diese Option würde immer bestehen. Es war allerdings auch nicht üblich, dass man an der Universität blieb. Das hat sich bei mir so gefügt. Es war auch durchaus normal zu promovieren und dann an die Schule zu gehen oder irgendetwas anderes zu machen. Es war jedoch schon damals nicht ganz unproblematisch als Promovierter an einer Schule zu landen. Eine bestimmte Berührungsangst mit dem vermeintlichen Akademiker hat es aus meiner Sicht gegeben. Meine Karriere hat sich Stück für Stück so ergeben durch die Bindung an das Forschungsprojekt. Man bindet sich natürlich auch über Personen, wenn man miteinander in der Arbeit auskommen muss. Vielleicht wäre es ganz anders gekommen, wenn ich dort auf Widerstand gestoßen wäre. Dann hätte ich das gar nicht mehr gemacht, weil es nicht funktioniert hätte. Eigentlich ist das ganz banal. Dann habe ich gemerkt, dass Forschung mit Lehre zu tun hat. Insofern waren die Anfangssehnsucht und das Bedürfnis gestillt. Man hatte natürlich weitaus weniger Stunden als in der Schule. Meine Kollegen, die in der Schule arbeiten, haben unterschiedliche Aufgaben.

Kersten Krüger:

Ich habe eine Frage zum Verhältnis der Philosophie, also des Marxismus-Leninismus zur Literaturwissenschaft. In den 1950er Jahren, nach der Hochschulreform, gab es in Rostock heftigen Streit darüber. Es ging darum, dass eine marxistisch-leninistische Literaturwissenschaft aufgebaut und als verbindlich vermittelt werden sollte. Es sind also schon Andeutungen von ihrer Seite gekommen, die aber eher den Schluss zu lassen, dass es gar nicht allzu streng war. Können sie dazu etwas sagen? Gab es eine fest formulierte marxistisch-leninistische Literaturwissenschaft, die dann als Maßstab gegen die Literatur der Bundesrepublik Verwendung fand? Mit „fortschrittlichen Bürgerlichen“ dort wie Böll oder Grass gab es allenfalls ein Klassenbündnis, weil sie der bürgerlichen Gesellschaft eher kritisch gegenüber eingestellt waren. Aber war das von der festen Basis einer M-L-fundierten Wissenschaft aus oder war der Marxismus-Leninismus eher ein

allgemeines politisches Bekenntnis, das immer als verbindliche wiewohl ferne Basis gedacht wurde, aber eigentlich ganz normale Literaturwissenschaft zuließ?

Hella Ehlers:

Natürlich gibt es den Begriff und es wurde immer von einer marxistisch-leninistischen Literaturwissenschaft gesprochen. Aber unter diesem Label ist ganz Verschiedenes passiert. Da müsste man sehr genau hingucken, welche Forschungsthemen bearbeitet worden sind. Wer hat worüber gearbeitet? Wer hat sich mit der marxistisch-leninistischen Literaturtheorie auseinander gesetzt? Der Name ist das eine und was tatsächlich unter diesem Begriff wissenschaftlich gemacht wurde, muss man untersetzen. Man muss fragen: „Womit haben sich die Leute beschäftigt?“ Es war immer irgendwie notwendig herauszufinden, dass nach dem geschichtlichen Progress, dem Fortschritt gefragt wurde und nach den Kräften, die diesen Progress repräsentieren, in unserem Fall nach der progressiven Literatur. Wenn ich mich beispielsweise an das 19. Jahrhundert wende, hat Prof. Bernhard besonders gerne das frühe 19. Jahrhundert gelesen, weil dort Börne¹⁵ und Heine¹⁶ zu Hause waren, oder Lenau¹⁷ oder Eschenbach.¹⁸ oder sonst was. Aufgrund meiner heutigen Kenntnis möchte ich sagen, dass die Personen an sich keine große Rolle gespielt haben. In der Lehre wie auch in der Forschung interessierten uns die Personen als Repräsentanten der progressiven Kräfte der Menschheit. Das war ganz klar selektiv.

Arne Busch:

Wie war die Beziehung zu neuen westdeutschen Kollegen? Wurde die Beziehung in ihrem alten Kollegium diskutiert?

Hella Ehlers:

Man hat natürlich darüber gesprochen, wie sich das fügen kann: das eine Unbekannte mit dem anderen Unbekannten. Ich glaube, das Verhältnis zu den neu dazugekommenen Professoren hat sich nicht leicht gestaltet. In der Regel haben diese die Professuren besetzt, die vorher von Anderen bekleidet wurden und aus

¹⁵ Carl Ludwig Börne (1786-1837), deutscher Journalist, Literatur- und Theaterkritiker. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Börne (01.01.2010).

¹⁶ Christian Johann Heinrich Heine (1797-1856), deutscher Dichter und Journalist. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Heine (01.01.2010).

¹⁷ Nikolaus Lenau (1802-1850), österreichischer Schriftsteller. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Nikolaus_Lenau (01.01.2010).

¹⁸ Freifrau Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916) in Wien), österreichische Schriftstellerin. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Marie_von_Ebner-Eschenbach (01.01.2010).

unterschiedlichen Gründen aus dem Universitätsbetrieb ausgeschieden sind. Doch würde ich es niemals auf die privat persönliche Ebene stellen. Wenn man das vergleicht und rückwärts denkt, bestanden während der DDR-Zeit sehr starke persönliche Beziehungen innerhalb der Arbeitsgruppen und Forschungskollektive. Es ist natürlich klar, dass man den Einen weniger und den Anderen mehr leiden kann. Es ist aus meiner Perspektive ein Unterschied zu vorher, dass man heute mehr auf sachlicher Arbeitsebene verbleibt. Das ist natürlich für die Arbeit nicht von Nachteil. Aber damals war es üblich gemeinsam ins Theater zu gehen. Vielleicht auch weil man einen Bildungs- und Kulturplan in der Gewerkschaft dafür hatte. Aber es hat uns eigentlich nicht gestört, dass es dafür einen Namen gab.

Auf der sachlichen Ebene gab es schon Verständigungsschwierigkeiten, wie man bestimmte Sachverhalte vermittelt, bis hin zur Fachterminologie. Vorhin hatte ich darüber gesprochen, welcher Strang von Literatur uns dominant interessierte, was nicht heißt, dass wir nichts anderes gekannt haben. In der Lehre haben wir uns durchaus darauf konzentriert, was aus unserer Perspektive relevant war. Es wurden natürlich in der Umbruchzeit auch andere Gegenstände dominanter, und natürlich sind andere Wissenschaftskulturen und andere wissenschaftliche Biographien aufgetreten, die möglicherweise nicht ganz übereinstimmte und die man kommunizieren musste. Man musste sich gegenseitig mit mehr oder weniger Akzeptanz zur Kenntnis nehmen. Wir lernten ganz verschiedene Kollegen aus den Teilen der Bundesrepublik kennen, und das gestaltete sich wie immer im Leben. Es entwickelten sich starke oder weniger starke Beziehungen. Aber auf der Arbeitsebene kam es zur Verständigung.

Kersten Krüger:

Da die Zeit abgelaufen ist, möchte ich mich bedanken und Ihnen diesen Schlusssatz mitgeben: Es waren hauptsächlich Frauen, die das Fach Germanistik studierten. In diesem Seminar haben sie zum ersten Mal einen so intensiven und eindrucksvollen Einblick in den Alltag der akademischen Milieus der DDR und auch der Karrieremöglichkeiten bekommen. Ich sage das im Plural, denn hier spielte die Frage ob Frau oder Mann keine Rolle. Dafür möchten wir uns bedanken und schließen die Sitzung.

Ewald, Petra

Auszug aus dem
 Catalogus Professorum Rostochiensium
 (http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001447)
 vom 04.01.2010



<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. phil. habil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1993-1998 Privatdozentin für Deutsche Sprache der Gegenwart seit 1998 apl. Professorin für Deutsche Sprache der Gegenwart
<i>Institut:</i>	Institut für Germanistik
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Schriftlinguistik, Geschichte der deutschen Orthographie, Lexikologie, Phraseologie, Wortbildung, Onomastik, Sprache im 'Dritten Reich', Metaphernforschung

<i>Weitere Vornamen:</i>	Inge Helge
<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 07.10.1955 in Erfurt
<i>Konfession:</i>	keine
<i>Vater:</i>	Prof. Dr. phil. habil. Karl-Ernst Sommerfeldt
<i>Mutter:</i>	Sibylle Sommerfeldt, geb. Ottens
<i>Kurzbiographie:</i>	
1974	Abitur, Güstrow
1974-78	Studium der Fachrichtung Germanistik / Anglistik, Univ. Rostock
1978-81	Forschungsstudium an der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft, Univ. Rostock
1981-88	Arbeit als wiss. Assistentin, PH Güstrow
1988-90	planmäßige wiss. Aspirantur, PH Güstrow
1990-93	wiss. Mitarbeiterin am Institut für Germanistik, Univ. Rostock
1993	Ernennung zur Privatdozentin (Deutsche Sprache der Gegenwart), Univ. Rostock
1998	Ernennung zur außerplanmäßigen Professorin, Univ. Rostock

Akademische Abschlüsse:

- Studienabschluss: 1978 Dipl.-Lehrerin (Deutsch / Englisch), Univ. Rostock
 Promotion: 1981 Dr. phil., Univ. Rostock
 Habilitation: 1991 Dr. phil. habil. (Deutsche Sprache der Gegenwart), Univ. Rostock
-

Akademische Selbstverwaltung:

diverse Funktionen auf Fakultäts- und Institutsebene (Mitgliedschaft in Fakultätsrat, Promotionsausschuss, Magisterprüfungsausschuss, Institutsrat)

Funktionen:

Vorsitzende von Klassenelternvertretungen

Werke (Auswahl):

(zusammen mit Dieter Nerius:) Die Groß- und Kleinschreibung im Deutschen. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Bibliographisches Institut 1990.

Edition: Hieronymus Freyer: Anweisung zur Teutschen Orthographie. Halle 1722. Hildesheim/ Zürich/ New York: Olms 1999 (enthalten: Petra Ewald: Hieronymus Freyers "Anweisung zur Teutschen Orthographie" – Eine Würdigung im Kontext der Orthographiegeschichte, S. V-LXXXI).

Edition: Die Bemühungen um eine Reform der deutschen Orthographie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. 2 Bände. Hildesheim/ Zürich/ New York: Olms 2005 (enthalten: Petra Ewald. Deutsche Reformorthographien des 18. Jahrhunderts – Eine Einführung, S. 7-101).

Das "Grundgesetz der deutschen Orthographie" bei Johann Christoph Adelung. In: Studien zur Geschichte der deutschen Orthographie. Hrsg. von Dieter Nerius und Jürgen Scharnhorst. Hildesheim/ Zürich/ New York: Olms 1991, S. 61-89 (Germanistische Linguistik. Bd. 108-109).

Das morphematische Prinzip bei den Grammatikern des 18. Jahrhunderts. In: Sprachwissenschaft. Band 29 (2004), Heft 1, S. 75-132.

Quellen:

eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Petra Ewald am 3. Juli 2009

Protokoll und Transkription:

Philipp Bänsch, Sandy Hillmann, Christina Lakomy, Annett Siehms

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, die Sprachwissenschaftlerin Frau Prof. Dr. Petra Ewald. Liebe Frau Ewald, Sie haben das Wort.

Petra Ewald:

Herzlichen Dank, Herr Krüger, für die Einladung zu diesem Vorhaben, das ich als recht abenteuerlich empfinde, denn immerhin breitet man nicht täglich sein berufliches Leben vor einer größeren Öffentlichkeit aus. Ich bin als Germanistin bei Ihnen, als eine in einer ganzen Reihe von Germanistinnen und Germanisten, die schon als Zeitzeugen hier zu Gast waren. Meine Besonderheit ist: Ich bin nicht Literaturwissenschaftlerin wie Frau Ehlers, ich bin Sprachwissenschaftlerin und als Linguistin spezialisiert auf die deutsche Gegenwartssprache, auch wenn mich meine Forschungen, das werden Sie sehen, weit in die Sprachgeschichte hineingetragen haben. Ich habe mir natürlich im Vorfeld gut überlegt, wie ich vorgehen werde, möchte es bei einer kleinen persönlichen Notiz belassen und Sie dann einfach mitnehmen durch meine Schulzeit, durch die Ausbildung und durch die Berufstätigkeit, werde mich an den Stellen eher kurzfassen, von denen ich vermutete, dass dazu schon ziemlich viel gesagt worden ist, werde dann ausführlicher werden an Stellen, die für meinen Werdegang spezifisch sind, aber vielleicht auch für die Geschichte meines Fachgebietes in der DDR.

Die persönlichen Daten: Ich halte gar nicht hinter dem Berg mit meinem Geburtsdatum. Geboren wurde ich 1955 in Erfurt, und zwar am 7. Oktober. Dieses Datum sollte bei Ihnen gewisse Assoziationen auslösen: Sie sehen, ich bin im doppelten Sinne ein Kind der DDR, auch noch am Jahrestag der DDR geboren, was mir regelmäßig einen schul- und später arbeitsfreien Geburtstag beschert hat – allerdings nur bis zur Wende. Ich bin glücklich verheiratet seit mittlerweile 32 Jahren, immer mit demselben Mann, den ich übrigens zu Beginn meines und seines Studiums hier an der Universität Rostock kennengelernt habe. Auch ihn hat sein beruflicher Weg zurück an die Universität Rostock geführt, allerdings nicht an die Philosophische Fakultät, sondern an das Institut für Allgemeine Elektrotechnik. Dort vertritt er die Technische Elektronik und Sensorik. Wir haben zwei Kinder. Unser Sohn hat mittlerweile in Rostock sein Informatikstudium abge-

schlossen und arbeitet hier als wissenschaftlicher Assistent. Unsere Tochter ist faktisch eine Kommilitonin von Ihnen, allerdings an einer anderen Fakultät hier in Rostock, an der Medizinischen, und sie verhilft uns zu einem außerordentlich spannenden Sommer, da sie uns im August zu stolzen Großeltern machen wird. Das waren einige persönliche Daten, auch damit Sie sehen, dass ich nicht mein ganzes Leben an der Universität verbringe, dass es neben der Arbeit auch noch wichtige andere „Sparten“ für mich gibt.

Gehen wir jetzt also etliche Jahrzehnte – mittlerweile fast erstaunlich viele – weit zurück: Hinter mir liegt eine ganz normale DDR-Schulzeit, ein ganz normaler DDR-Schulweg hin zum Abitur – ganz normal auch insofern, als ich (begeisterter) Pionier und später (deutlich weniger begeistertes) Mitglied der FDJ war. Ich habe zunächst die polytechnische Oberschule (POS) besucht, genauer gesagt die 30. POS in Erfurt, wobei ich ehrlicherweise eingestehen muss, dass der polytechnische Unterricht an mich ziemlich verschwendet war. Dass es für mich nicht in diese Richtung gehen würde, war relativ früh klar. Es schloss sich ab Klasse neun ein zweijähriger Besuch der Vorbereitungsklassen der erweiterten Oberschule (EOS) an (also sozusagen der erste Abschnitt der Gymnasialzeit), die ich noch in Erfurt, an der EOS „Heinrich Mann“, absolvierte.

Im Sommer 1972 übersiedelte meine Familie – und ich natürlich mit ihr – von Erfurt nach Güstrow, was mich nicht übermäßig begeisterte, denn wenn man sechzehn Jahre alt ist, hat man schon einen eigenen Freundeskreis, den man nicht gerne zurücklässt. Dennoch habe ich mich dann schnell und gut im Norden eingelebt, auch in der neuen Schule, und zwar in der EOS „John Brinckman“ in Güstrow. Dort habe ich im Jahre 1974 mein Abitur abgelegt. Ich war an der Güstrower EOS übrigens nicht, wie man vielleicht denken könnte, in einer Sprachklasse, sondern in einer naturwissenschaftlich orientierten Klasse, weil ich zunächst mit Studienrichtungen wie Mathematik oder Psychologie geliebäugelt hatte. An beiden Disziplinen war ich sehr interessiert, verabschiedete mich aber von der Vorstellung eines späteren Psychologiestudiums, als ich hörte, dass dies mit dem Sezieren von Schafen verbunden sei.

Den Ausschlag für meinen endgültigen Berufswunsch gab – es ist ja vielfach so – ein besonderer Mensch, nämlich mein sehr verehrter Englischlehrer an der EOS „John Brinckman“ in Güstrow, Herr Dr. Klug, der heute leider nicht mehr lebt. Er hat in mir den unbändigen Wunsch geweckt, Lehrerin zu werden, und zwar unbedingt Englischlehrerin. Deutsch habe ich primär gewählt, weil ich es als geeignetes Koppelfach gesehen habe. Das heißt, Deutsch war für mich anfangs eher eine „Draufgabe“ – aber dennoch sitze ich heute vor Ihnen nicht als Anglistin, sondern als Germanistin. So spielt das Leben, und ich werde noch erklären, wie es dazu kam. Ich bewarb mich also mit diesem Berufswunsch an der Universität Rostock für eine sehr begehrte Studienrichtung, nämlich Germanistik/Anglistik, mit dem Ziel, Diplomlehrerin für Deutsch und Englisch zu

werden, und ich habe diesen Studienplatz auch bekommen. Ich studierte hier in Rostock von 1974 bis 1978 und absolvierte in dieser Zeit ein ganz normales Studium unter Rahmenbedingungen, über die sicherlich schon öfter berichtet worden ist.

Der Beginn meines Studiums 1974 liegt lange nach Beginn der sogenannten Dritten Hochschulreform, das heißt, ich traf auf schon etablierte, nicht mehr als ganz neu empfundene Strukturen. Ich wurde immatrikuliert an der damaligen Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft, zu der nicht nur Germanisten, sondern auch Anglisten und Slawisten gehörten. Das Studium erfolgte in festen Seminargruppenverbänden – ich glaube, das haben Sie schon mehrfach gehört. Zu meiner Seminargruppe gehörten ganz viele Frauen und genau zwei Männer, das heißt, es war damals wie heute: Die Germanistik war und ist fest in weiblicher Hand. Wir hatten auch Seminargruppenberaterinnen, insofern hat das alles gepasst. Seminargruppenberater waren Mitarbeiter der Universität, die faktisch die Funktion des Klassenlehrers weiterführten. Im Seminargruppenverband, der fest war, absolvierten wir einen weitgehend festen Stundenplan, das heißt, man musste sich keine Gedanken darüber machen, welche Veranstaltungen man im Folgesemester belegen sollte. Uns wurde ein im Wesentlichen fertiger Stundenplan vorgelegt. Dieser war klar strukturiert und bot optimal aufeinander abgestimmte Veranstaltungen, die ich größtenteils als sehr niveauvoll und anregend empfunden habe. Dafür war der Wahlspielraum relativ klein, das heißt, man hatte – verglichen mit heute – geringere Möglichkeiten, durch gezielten Zugriff auf Lehrveranstaltungen sein eigenes Profil zu entwickeln. Die entscheidende Wahlmöglichkeit lag in einem relativ späten Studienabschnitt. Dennoch war sie für mich ungeheuer wichtig, wie Sie später hören werden.

Bestandteil des Studiums waren natürlich auch Veranstaltungen zum Marxismus-Leninismus, und zwar zu allen drei Bestandteilen, zu marxistisch-leninistischer Philosophie, zu politischer Ökonomie und auch zum wissenschaftlichen Kommunismus. Die Seminargruppe war gleichzeitig die FDJ-Gruppe, das heißt, auch in dem Teil der lehrveranstaltungsfreien Zeit, in dem man sich der mehr oder weniger verordneten FDJ-Arbeit widmete, war man mit ein und derselben Personengruppe zusammen, und schließlich wohnte der größte Teil der Seminargruppe auch noch zusammen auf einem Flur im Wohnheim in der Erich-Schlesinger-Straße. Wenn man dies positiv sieht, hatte man ein sehr starkes soziales Bezugsfeld. Allerdings war das soziale Netzwerk deutlich weniger flexibel und dynamisch als im heutigen Studentenleben, das jeden Einzelnen dazu zwingt, fortwährend neue Kontakte aufzubauen. Jeder kann mit sich zu Rate gehen, was ihm lieber wäre. Ich glaube, ich hätte lieber unter heutigen Bedingungen studiert. Aber dazu gibt es sicherlich unterschiedliche Positionen.

Das Wohnheimleben war ein typisches DDR-Wohnheimleben: Wir wohnten alle in Mehrbettzimmern, was ich schon damals als dieser Lebensphase nicht mehr

unbedingt angemessen sah. Es gab ein relativ starres Reglement, das bis in die sehr private Sphäre hineinreichte: Das Wohnheim Erich-Schlesinger-Straße war ein Frauenwohnheim. Männliche Bewohner waren Ehemänner von Studentinnen. Ansonsten brauchte ein Mann, wenn er bei seiner Freundin übernachten wollte (und die Mitbewohnerinnen nicht da waren), eine Genehmigung, die man einholen musste. Alle Männer ohne solche Genehmigung, die als Gäste ins Wohnheim kamen, mussten von den „Wachhabenden“ in einem Buch registriert werden. Was passierte, wenn Registrierte um 22 Uhr das Wohnheim nicht verlassen hatten, weiß ich nicht genau. In meinen „Wachschichten“ haben wir die Gäste dann einfach immer ausgetragen. Auch das „Wachhalten“ gehörte demnach zu den Pflichten im Wohnheim: Die Bewohnerinnen und Bewohner mussten selbst absichern, dass die Pforte rund um die Uhr besetzt war. Nacheinander kamen dabei alle Seminargruppen an die Reihe. (Besonders schreckliche Erinnerungen habe ich an die „Schicht“ von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die kaum ein Ende nehmen wollte.)

Jetzt komme ich wieder vom Studentenleben auf die Schiene der Ausbildung. Wichtig für mein ganzes weiteres wissenschaftliches Leben war die fachliche Spezialisierungsmöglichkeit, die sich in der letzten Phase des Studiums eröffnete, nämlich der Diplomkurs. Diplomkurse führten unmittelbar hin zum Schreiben der Diplomarbeit. Sie waren fester Bestandteil des Studienprogramms, und in ihnen fanden sich kleine Gruppen von Studenten zusammen, die gemeinsam an einem Oberthema arbeiteten. In diesen Gruppen wurden dann zunächst unter Anleitung des künftigen Betreuers der Diplomarbeit, also des ausgewiesenen Wissenschaftlers vor Ort, wichtige themenrelevante Texte gelesen und diskutiert. Im Weiteren bekamen die Gruppenmitglieder die Möglichkeit, ihre eigenen Untersuchungskonzepte innerhalb der Gruppe, also vor einem kleinen, sehr interessierten und fachkundigen Publikum, zur Diskussion zu stellen. Mein Diplomkurs bestand aus vier Studentinnen – also nur aus Frauen –, die sich mit der deutschen Orthographie und ihrer Reform beschäftigten – einem in dieser Zeit, wie übrigens auch heute noch, sehr brisanten Thema. Leiter meines Diplomkurses war die zweite sehr wichtige Person in meinem beruflichen Leben, nämlich Professor Dieter Nerius¹, Professor für deutsche Gegenwartssprache an der Universität Rostock und auch Leiter der Forschungsgruppe Orthographie der DDR. Er ist mein akademischer Lehrer, und (mit einigem Pathos) könnte man sagen, dass die Forschungsgruppe Orthographie der DDR bis zur Wende meine wissenschaftliche Heimat

¹ Prof. Dr. Dieter Nerius: *Catalogus Professourum Rostochiensium*:

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001555

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Krüger, Kersten (Hrsg.): *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 3. Rostock 2009, S. 151-174.*

war – eine wissenschaftliche Heimat, die mir einzigartige Rahmenbedingungen für meine Qualifizierungsarbeiten, für meine Forschung geboten hat.

Diese Rahmenbedingungen, kann man, so meine ich, nur verstehen, wenn man zumindest ein wenig über Orthographieforschung in der DDR weiß, und daher wage ich einen kleinen Exkurs weg von meiner Biografie. Anfang 1974, also in dem Jahr, in dem ich mein Studium in Rostock begann, wurde am Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften in Berlin die Themengruppe Orthographie, später Forschungsgruppe Orthographie, der DDR gegründet, die einen klaren Auftrag hatte, nämlich die sprachwissenschaftliche Erforschung der deutschen Orthographie und die linguistische Vorbereitung einer Orthographiereform. Nebenbei – solche Gruppen gab es in allen deutschsprachigen Ländern, also auch in der Bundesrepublik, in der Schweiz und in Österreich. (Um es bereits an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen: An einen Alleingang der DDR in Sachen Orthographiereform war nie gedacht.) Seit 1980 arbeiteten die Expertengruppen aus allen deutschsprachigen Staaten sehr eng zusammen. Dies äußerte sich vor allem in regelmäßigen Expertentreffen, auf denen einzelne Teile der Orthographiereform diskutiert wurden, bis man zu einem internationalen Konsens gelangte. Zur DDR-Forschungsgruppe gehörten die renommiertesten Schriftlinguistinnen und Schriftlinguisten der DDR, zudem Phonologen, da man, wie die Germanisten unter Ihnen wissen, fundierte Orthographieforschung kaum ohne Flankierung durch die Phonologie betreiben kann. Auch Vertreter der Didaktik und der Leipziger Duden-Redaktion brachten ihre spezifischen Sichtweisen in die Diskussionen ein. Es handelte sich also um integrative, unterschiedliche Perspektiven zusammenführende Forschungsgruppe, die bis 1990 stabil war und sehr kontinuierlich arbeitete. Das heißt, sie arbeitete auch in einer Zeit noch stabil und kontinuierlich, in der deutlich war, dass eine Orthographiereform nicht mehr oberster Wunsch der politisch Verantwortlichen in der DDR war. Kontinuierliche Arbeit sah so aus, dass wir uns einmal im Monat getroffen haben. Zu jedem Treffen gab es eine konkrete Vorlage eines der Spezialisten. (Die Mitglieder der Forschungsgruppe hatten jeweils ihr Spezialgebiet.) Diese Vorlage wurde dann auf sehr hohem theoretischem Niveau, das die Forschungsgruppe durchgehend anstrebte, diskutiert. Innerhalb der Forschungsgruppe, also vor einem denkbar kompetenten und dabei sehr wohlwollenden Publikum, wurden auch alle Entwürfe der Qualifikationsarbeiten von Nachwuchswissenschaftlern zur Diskussion gestellt, etwa auch die Konzepte meiner Dissertation und meiner Habilitationsschrift (der Dissertation B, wie sie in der DDR genannt wurde). Bessere Rahmenbedingungen für den Beginn einer Wissenschaftlerlaufbahn konnte man sich kaum denken! Die Forschungsgruppe hat übrigens, was vor allem die Germanisten unter Ihnen interessieren wird, auch ein Hochschullehrbuch erarbeitet, „Deutsche Or-

thographie.”² Dieses erlebte 2007 seine vierte Auflage beim Olms-Verlag, worauf wir durchaus stolz sind, zumal damit ein Standardwerk der DDR auch in der gesamtdeutschen Forschungslandschaft Fuß gefasst hat.

Wie nun die Diplomkurse und ihre Mitglieder – ich kehre jetzt auf die biografische Schiene zurück – in die wissenschaftliche Arbeit einbezogen wurden, lag ganz bei den Leitern der Diplomkurse. Unserem Leiter Prof. Dieter Nerius bin ich sehr dankbar dafür, dass er uns schon als Studenten zu Sitzungen der Forschungsgruppe mitgenommen hat. Wir konnten an einer mehrtägigen Klausurtagung in Bad Saarow teilnehmen, auf der ein neues Buch³ vorbereitet wurde. Dies war zum einen spannend, weil wir sehr gewinnbringende, aber auch richtig harte wissenschaftliche Diskussionen mitverfolgen konnten. Zum anderen empfanden wir es natürlich als Bereicherung, unsere akademischen Lehrer auch einmal ganz privat erleben zu dürfen. (Dieter Nerius über Gedichte von Eugen Roth⁴ Tränen lachen zu sehen war für uns Studenten ein sehr nachhaltiges Erlebnis.)

In der Folge, das heißt nach Abschluss des Studiums, wurde ich dann selbst Mitglied der Forschungsgruppe und konnte regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen. Das genaue Thema meiner Diplomarbeit lautete – und jetzt wird es sehr germanistisch: „Untersuchungen zur deutschen Orthographie – Vergleich der vermehrten Großschreibung und der gemäßigten Kleinschreibung für eine Neuregelung der Groß- und Kleinschreibung“. Ich durfte meine Ergebnisse 1979 in einer renommierten DDR-Zeitschrift veröffentlichen, nämlich in den „Linguistischen Studien“. Das ist meine erste Publikation.

Im Jahre 1978 war ich fertige Diplomlehrerin für Deutsch und Englisch, mit Lehrbefähigung bis zur Klasse 12, der letzten Klassenstufe in der erweiterten Oberschule der DDR. Es hatte sich allerdings schon zuvor angedeutet, dass mein Weg mich nicht in die Schule führen würde: Ausschlaggebend dafür war ein Angebot von Dieter Nerius, ein Forschungsstudium im Bereich der germanistischen Linguistik aufzunehmen, das ich letztlich angenommen habe, und zwar mit Freuden. Ich hätte auch die Möglichkeit gehabt, mich auf den Bereich der englischen und angloamerikanischen Literatur zu spezialisieren, aber mittlerweile lag mir die Germanistik doch sehr viel näher. Natürlich war diese Entscheidung für das Forschungsstudium nicht ganz unproblematisch, denn mir war durchaus klar, dass ich mich damit auch gegen die Schule entschied. Eigentlich wollte ich ja von vornherein Lehrerin werden und hatte im großen Schulpraktikum, das war die

² Nerius, Dieter et al.: Deutsche Orthographie. 1. Auflage Leipzig 1987, 4., neu bearb. Auflage Hildesheim [u.a.] 2007.

³ Theoretische Probleme der deutschen Orthographie. Hrsg. von Dieter Nerius und Jürgen Scharnhorst. Berlin 1980.

⁴ Eugen Roth (1895-1976), deutscher Lyriker und Dichter. Siehe auch: [\(http://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Roth_\(Dichter\)\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Roth_(Dichter)) (01.01.2010).

letzte Phase unseres Lehramtsstudiums in der DDR, auch sehr viel Freude an der Arbeit mit Kindern. Allerdings habe ich mir dann gesagt, dass ich an der Universität auch Lehrerin sein könnte, und so ist es ja schließlich auch. Daher gebe ich an dieser Stelle, weil es hier ganz gut hineinpasst, sogleich ein allgemeines Statement ab: Die akademische Lehre war und ist für mich etwas ganz Wichtiges, und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass ich jemals den Spaß daran verlieren könnte. Dafür sorgen ja nicht zuletzt auch die Studenten. Zudem hält das Institut für Germanistik, an dem ich jetzt schon so lange arbeite, die Lehre generell sehr hoch, sodass ich mich dort auch in dieser Hinsicht wirklich wohl und zu Hause fühle.

Von 1978 bis 1981 absolvierte ich also nach meinem „regulären“ Studium ein Forschungsstudium. In dieser Zeit bestand meine Hauptaufgabe natürlich im Schreiben der Dissertation. Daneben war für alle Doktoranden der Besuch von Lehrveranstaltungen zum Marxismus-Leninismus Pflicht. Diese verschlangen oftmals mehr Zeit, als mir lieb war, da ich sie für meine eigentliche wissenschaftliche Arbeit kaum als hilfreich betrachten konnte. Allerdings musste man sie sehr ernst nehmen, denn alle Doktoranden hatten auch eine Prüfung in Marxismus-Leninismus abzulegen, und die Note dieser Prüfung ging direkt in die Gesamtnote der Promotionsleistung ein. In meiner Dissertation habe ich die Fragestellung meiner Diplomarbeit wieder aufgenommen und zu folgendem Thema ausgebaut: „Die Groß- und Kleinschreibung im Deutschen – Einschätzung der geltenden Regelung und der zu ihrer Reform unterbreiteten Vorschläge“.⁵ Im Jahre 1982, nach der Geburt unseres Sohnes, habe ich die Dissertation erfolgreich verteidigt.

Mit dem Ende des Forschungsstudiums war für mich die Studienphase abgeschlossen, und die Berufstätigkeit begann – und zwar nicht an der Universität Rostock. (Da ich in der DDR-Zeit, die hier interessiert, nicht in Rostock beschäftigt war, bin ich mir übrigens nicht ganz sicher, ob ich wirklich die „ideale Zeitzeugin“ für diese Veranstaltung bin.) Im Jahre 1982, nach dem Ende des Forschungsstudiums, habe ich eine Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin an der Pädagogischen Hochschule Güstrow aufgenommen. Zumindest räumlich habe ich mich also nicht allzu weit von Rostock entfernt.

An dieser Stelle muss ich, damit Sie die Rahmenbedingungen meiner Arbeit in Güstrow kennenlernen, etwas genauer auf die pädagogischen Hochschulen in der DDR eingehen. Wie die Bezeichnung sagt, wurden dort ausschließlich Lehrer ausgebildet, allerdings Diplomlehrer – wie an den Universitäten auch. Daher stellt es sich aus meiner Sicht so dar, dass das Ausbildungsspektrum der pädagogischen Hochschulen natürlich enger war, es umfasste nur die Lehrerbildung, das Niveau

⁵ Ewald, Petra: Die Groß- und Kleinschreibung im Deutschen – Einschätzung der geltenden Regelung und der zu ihrer Reform unterbreiteten Vorschläge. Rostock, Univ., Diss. A, 1982.

der akademischen Lehre und auch der Forschung sich aber von dem der Universitäten kaum unterschied. Dennoch gab es, trotz der Übereinstimmungen, auch Unterschiede. Die Universitäten unterstanden dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, die pädagogischen Hochschulen dem Ministerium für Volksbildung, also zu meiner Zeit ganz konkret der Ministerin Margot Honecker.⁶ Insofern erfolgte die ideologische Gleichrichtung an den Hochschulen – zumindest in meiner Wahrnehmung – oft wesentlich massiver und offensichtlicher als an den Universitäten. Ich stieß etwa auf Reglementierungen, die ich von der Universität Rostock nicht kannte. So waren Quoten von „Prüfungsdurchfallern“ vorgegeben, die man als Lehrkraft (und Prüfer) möglichst nicht überschreiten sollte. Wenn diese Quoten überschritten waren, was in der germanistischen Sprachwissenschaft nicht selten geschah, hatten sich nicht die Studenten zu verantworten, sondern die Lehrkräfte. Daher war man immer in einer Zwickmühle, was die Studenten durchaus durchschauen und mitunter auch ausnutzen konnten.

Mein Haupttätigkeitsfeld in Güstrow lag in der Abteilung Ausländerstudium, wo ich studienbegleitenden Unterricht in Deutsch als Fremdsprache erteilt habe, vor allen Dingen bei Studenten aus dem südlichen Afrika, vorrangig aus Moçambique. Die afrikanischen Studenten haben in Güstrow unterschiedliche Fächer studiert – Chemie, Biologie, Mathematik, auch Marxismus-Leninismus –, um diese dann später in ihrer Heimat als Lehrer zu unterrichten. Sie brauchten den Deutschunterricht, um dem Studium optimal gerecht werden zu können. Das war für mich etwas ganz Neues und eine ziemlich große Herausforderung, denn etliche meiner Studenten waren älter als ich und gestandene Frelimo-Kämpfer.⁷ Dennoch hat es mir sehr viel Spaß gemacht. Freude hatte ich zum einen am Sprachunterricht, denn hier saß ich faktisch an der Quelle und konnte etwa versuchen, neuere linguistische Theorien bei der Gestaltung von Lehrmaterialien umzusetzen. Zum anderen ergaben sich sehr schöne persönliche Kontakte zu den Studenten, die ja das Handicap hatten, ihre Familien nur sehr selten sehen zu können. Diese Kontakte hatten etwa zur Folge, dass unser Sohn sich, als er noch klein war, auf jeden dunkelhäutigen Menschen in der Stadt stürzte und ihm die Hände schüttelte: Da er etliche meiner Studenten sehr gut kannte, betrachtete er alle, die so ähnlich aussahen wie sie, als seine Freunde und Bekannten.

⁶ Margot Honecker, geboren 1927 in Halle/Saale, 1963-1989 Ministerin für Volksbildung der DDR, Ehefrau des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Margot_Honecker (26.12.2009).

⁷ FRELIMO Abkürzung für „Frente da Libertação de Moçambique“ (Mosambikische Befreiungsfront), gegründet 1962, erlangte 1975 die Unabhängigkeit Mosambiks von Portugal. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Frente_da_Libertação_de_Moçambique (04.01.2010).

Daneben habe ich auch an der Sektion Germanistik/Slawistik lehren können und bekam die außergewöhnliche Chance, im Alter von nicht einmal ganz dreißig Jahren eine eigene Vorlesung zur Lexikologie, also zu Erforschung des Wortschatzes, halten zu können. Seitdem sind Wortschatz und Wortschatzphänomene die Gegenstände der Linguistik, die mich, neben der Orthographie, am meisten faszinieren.

Dennoch wollte ich in der Forschung, jetzt primär im Rahmen der Arbeit an meiner Dissertation B (also meiner Habilitation, wie ich sie auch im Weiteren nennen werde) der Orthographie treu bleiben und entschied mich wiederum für ein orthographisches Thema, allerdings nun für ein historisches. Es ging um einen der einflussreichsten deutschen Grammatiker des ausgehenden 18. Jahrhunderts, dessen Namen die Germanisten unter Ihnen ganz sicher schon gehört haben, um Johann Christoph Adelung.⁸ Das genaue Thema meiner Habilitationsschrift lautete: „Johann Christoph Adelung als Orthograph. Beitrag zu einem Modell für die Analyse historischer Regelwerke der deutschen Orthographie“.⁹ Diese Themenwahl bedarf wiederum einiger Erklärungen: In der DDR war es durchaus erwünscht, dass die Themen der Qualifikationsarbeiten (also der Dissertation und der Habilitation) relativ dicht beieinanderlagen, damit man zu einer höchstmöglichen Durchdringung seines Spezialgebietes gelangen konnte, das heißt ein wirklicher Profi auf diesem Gebiet wurde. Die Breite der wissenschaftlichen Erfahrung gewann man in der Lehre, indem man nach und nach alle Gebiete der linguistischen Ausbildung durchlief. Dieses DDR-Spezifikum hat es den in der DDR sozialisierten Geisteswissenschaftlern aus meiner Sicht nach der Wende deutlich erschwert, sich angemessen, das heißt ihrer Qualifikation entsprechend, in den nunmehr gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb einzugliedern.

Welche Bedingungen für die Bearbeitung meines orthographiegeschichtlichen Habilitationsthemas fand ich nun in der DDR vor? Die DDR-Bibliotheken verfügten natürlich über eine große Menge an Adelung-Originaldrucken. (Adelung war, zu meinem Glück, ein sehr produktiver Autor, dessen Werke häufig mehrere Auflagen erreichten.) Diese Bücher wurden – was heute kaum noch vorstellbar ist – damals auch ohne Weiteres über die Fernleihe verschickt. Es war also kein Problem, an die benötigten Originaldrucke zu gelangen. Allerdings war mir natürlich nicht damit gedient, einen Basistext nur wenige Wochen lang zur Verfügung zu haben, und die Beschaffung eines „dauerhaften“ Korpus von Analysetexten erwies sich als außerordentlich schwierig: Kopierer gab es nicht. (Damit

⁸ Johann Christoph Adelung, 1732-1806, deutscher Bibliothekar, Lexikograph und Germanist. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Christoph_Adelung (04.01.2010).

⁹ Ewald, Petra: Johann Christoph Adelung als Orthograph. Beitrag zu einem Modell für die Analyse historischer Regelwerke der deutschen Orthographie. Rostock, Univ., Habil.-Schr., 1991.

wäre mir ohnehin nicht wirklich geholfen gewesen, da man Drucke aus dem 18. Jahrhundert natürlich nicht der Gefahr aussetzen konnte, durch das Kopieren beschädigt zu werden.) Es gab aber auch nur sehr begrenzte Fotokopiermöglichkeiten, sodass allein mein Vorhaben das gesamte Kontingent der Sektion Germanistik/Slawistik verschlungen hätte (was natürlich nicht zu rechtfertigen war). Was blieb mir also übrig? – Ich saß Stunden über Stunden in der Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Güstrow, um die Wochen zu nutzen, in denen ich die Fernleihen zur Verfügung hatte. Ich exzerpierte oder schrieb ganze Passagen ab, weil man ja im Vorfeld nie genau weiß, was später als Zitat Verwendung finden wird. Die abgeschriebenen Passagen musste ich dann mehrmals überprüfen, um später nichts Falsches zu zitieren. Ich habe bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung meine Unterlagen aus der damaligen Zeit gesichtet: Hier zeige ich Ihnen mein Exzerpt und „Abschreibprodukt“ zu einem einzelnen Adelungswerk, der „Vollständigen Anweisung zur Deutschen Orthographie“ (Leipzig 1788), dessen Umfang Sie ahnen lässt, wie viel Zeit ich damit zugebracht habe – und zwar, wie meine Datierung zeigt, im Jahre 1985. Dies ist insofern besonders pikant, als bereits 1978 beim Georg Olms Verlag (Hildesheim/New York) ein Reprint erschienen war. Aber das war mir – als „Westliteratur“ – nicht zugänglich. Und selbst wenn ich es hätte beschaffen können, hätte mir das auch nicht viel genützt. Wie hätte ich es – ohne Kopierer – vervielfältigen wollen?

Im Jahre 1988 – ein Jahr nach der Geburt unserer Tochter – wollte ich meine Habilitationsarbeit zu Ende führen und habe, um das konzentriert tun zu können, eine planmäßige wissenschaftliche Aspirantur beantragt, also ein Habilitationsstipendium, wie man es heute nennen würde. Dieser Antrag war auch erfolgreich. Allerdings habe ich die Aspirantur nicht mit dem Ziel einer wissenschaftlichen Laufbahn im Bereich der germanistischen Linguistik angetreten, was wahrscheinlich heute ganz absonderlich klingt und daher erklärungsbedürftig ist. Der Grund dafür liegt in einer letzten Veränderung der DDR-Hochschullandschaft, auf die ich jetzt in einem weiteren Exkurs kurz eingehen muss:

In der DDR war es erwünscht, dass alle Bezirksstädte – wir hatten ja damals eine andere Verwaltungsstruktur – auch Sitz von Hochschulen sein sollten. Neubrandenburg, das lange keine Hochschulstadt war, sollte daher dazu gemacht werden, was kurz vor der Wende dann auch geschah. Am 1. September 1988 wurde die Pädagogische Hochschule Neubrandenburg gegründet und am 1. Oktober 1989 durch Margot Honecker feierlich eröffnet. Zu der Neubrandenburger Hochschule, die übrigens in den Räumen der heutigen Fachhochschule Neubrandenburg beheimatet war, wurden unterschiedliche Einrichtungen der Lehrerbildung zusammengeführt, wie das Institut für Lehrerbildung in Templin und Teile der Pädagogischen Hochschule Güstrow, darunter die gesamte Sektion Germanistik/Slawistik. Die Güstrower Hochschule wurde demnach geteilt: Die Ausbildung von Lehrern der geisteswissenschaftlichen Fächer (Deutsch, Russisch,

Staatsbürgerkunde) verlagerte man nach Neubrandenburg, und die naturwissenschaftlichen bzw. technischen Sektionen blieben in Güstrow. Für mich sah der sogenannte Kaderplan, in dem man über weite Strecken nur ein mehr oder weniger ferngesteuerter Baustein war, vor, dass ich in der Güstrower Hochschule im Bereich Ausländerstudium eine leitende Position einnehmen sollte.

Um wieder in meine Biografie einzuschwenken: Ich war als Aspirantin mitten in der Arbeit an meiner Habilitation, als sich die Wende ereignete und unser aller Leben umkremelte.

Uns war von vornherein klar, auf welche Weise sich mit der Wiedervereinigung auch die Situation im Hochschulwesen ändern würde. Es bestand kein Zweifel daran, dass die vor allem im akademischen Mittelbau vergleichsweise „üppige“ Personalausstattung der DDR keinen Bestand haben könnte. Daher gab es für mich nur eine Devise – die Habilitationsarbeit so schnell wie möglich fertigzustellen. Das habe ich dank der jahrelangen Vorarbeit und der großen Unterstützung meiner Familie auch geschafft, und zwar nach zwei Jahren, deutlich vor Ablauf der Aspirantur. Ich habe meine Habilitationsschrift dann bei der Universität Rostock eingereicht – eine Arbeit, die übrigens schon als gesamtdeutsche anzusehen ist: Zwei der Gutachter waren DDR-Wissenschaftler (mein schon vielfach erwähnter Doktorvater Prof. Dieter Neries und Prof. Brigitte Döring von der Pädagogischen Hochschule Erfurt), bei dem dritten handelte es sich um Prof. Rolf Bergmann, einen der renommiertesten Sprachhistoriker der Bundesrepublik und Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Sprachwissenschaft und ältere deutsche Literatur an der Universität Bamberg. Die eingereichte Habilitationsarbeit war quasi meine „Eintrittskarte“, um mich 1990 um eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik der Universität Rostock bewerben zu können. Wenn man bedenkt, dass die Wende sehr viele Bürger der DDR aus ihren Berufswegen hinausgetragen hat, bin ich also eine der sehr seltenen Ausnahmen: Mich hat die Wende wieder in mein Fach hineingeführt, mir hat sie die Möglichkeit gegeben, wieder in meinem Fach, auf dem Feld der germanistischen Linguistik, zu arbeiten. Am Institut für Germanistik der Universität Rostock bin ich bis heute tätig. Hier wurde ich 1998 zur außerplanmäßigen Professorin ernannt. Bei der folgenden Beschreibung meiner Nach-Wende-Jahre an der Rostocker Universität, die 1991/92 durch ein (für mich sehr wertvolles) Vertretungssemester an der Universität Bamberg unterbrochen wurden, möchte ich von der Chronologie abweichen und stattdessen eine systematische Aufarbeitung versuchen.

Die akademische Lehre macht mir sehr viel Freude und ist mir, wie ich schon betont habe, auch sehr wichtig. Schaut man auf die Hauptaufgaben, die sich hier nach der Wiedervereinigung auftraten, so bestanden diese vor allem in der Entwicklung eines neuen Ausbildungsprofils. Das schloss die Konzipierung neuer Lehrveranstaltungen zu solchen Teilgebieten der germanistischen Linguistik ein, die in der Lehrerbildung der DDR kaum eine Rolle gespielt hatten, in der Linguis-

tik der Bundesrepublik aber zum Ausbildungskanon gehörten, etwa zur Phonologie. Da entsprechende Einführungskurse sehr rasch angeboten werden sollten, musste ich mir das Fach bei der Seminarvorbereitung auch selbst erschließen. In meiner Anfangszeit war ich deshalb den Seminarsitzungen inhaltlich oft nicht mehr als zwei Stunden voraus. Das sehe ich aber nicht als ein Spezifikum der Nach-Wende-Zeit, weil viele Nachwuchswissenschaftler auch heute noch ähnliche Erfahrungen machen dürften. Außerdem ging es natürlich, genauso wie heute, um die Entwicklung neuer Lehrmethoden, vor allen Dingen im Hauptstudium. In diesem Zusammenhang stellten wir uns Fragen, die Sie auch bewegen und auf die Herr Krüger mit diesem Seminar eine ganz besondere (und aus meiner Sicht sehr nachahmenswerte) Antwort gefunden hat: Wie kann man den Referate-Seminaren, die ich persönlich nicht als sehr zielführend, sondern als angestaubt und wenig inspirierend empfinde, begegnen? Welche Möglichkeiten studentischer Beteiligung und Mitgestaltung bieten sich im Hauptstudium an? Welche dieser Möglichkeiten lassen sich in Seminaren eines „Massenfaches“ wie der Germanistik umsetzen, die gut und gerne auch mal fünfzig Teilnehmer umfassen können? So ist die Seminargestaltung für mich ein Feld ständigen „Experimentierens“, das ich noch lange nicht als abgeschlossen sehe. Wie die Teilnehmer meines jetzigen Hauptseminars gerade erleben, probiere ich unterschiedliche Arbeitsformen aus, um den Studenten zu einem größeren Gewinn zu verhelfen. So gebe ich zum einen ganze Kurssitzungen in die Hände studentischer Arbeitsgruppen – mit dem Auftrag, nicht nur wissenschaftliches Wissen zu vermitteln, sondern es gemeinsam mit dem Kurs zu erarbeiten, anzuwenden und zu diskutieren. Dies ist etwas ganz anderes als Referate-Seminare. Zum anderen versuche ich mich an neuen Arbeitsformen, wie zum Beispiel forschungsorientierten Seminaren, die dann zu öffentlichen wissenschaftlichen Kolloquien führen, auf denen Studenten ihre Seminarbeiträge einem größeren Publikum vorstellen. Dies kurz zur akademischen Lehre. Ich denke nicht, dass es interessant wäre, die Themen aller Lehrveranstaltungen aufzuführen, die unterschiedliche Gegenstände der Schriftlinguistik und lexikologischer Teildisziplinen umfassen.

Daneben steht die akademische Selbstverwaltung und Gremienarbeit. Meine Hauptaufgabe besteht hier vor allem darin, an der Konzipierung von Studiengängen mitzuwirken. Direkt nach der Wende waren es die alten Magisterstudiengänge, die für uns etwas völlig Neues darstellten, da in Rostock zuvor ausschließlich Deutschlehrer ausgebildet worden waren. Jetzt beschäftigen uns primär die neuen, modularisierten Bachelor- und Masterstudiengänge, bei deren Konzipierung und Diskussion Herr Krüger und ich im Magisterprüfungsausschuss der Fakultät zusammengearbeitet haben. Natürlich müssen diese Überlegungen dann auf der Ebene der Institute weitergeführt werden, da eine Prüfungsordnung allein für den Studienbetrieb nicht ausreicht: Die Studierenden brauchen, um effektiv und zielgerichtet studieren zu können, zusätzliche Studienpläne, die alle relevanten

Informationen der Prüfungsordnung prägnant und verständlich zusammenfassen. Deren Erarbeitung und Vervollkommnung ist eine Aufgabe, die kaum jemals als endgültig gelöst betrachtet werden kann. Insofern umreißt sie für mich ein wichtiges „immerwährendes“ Arbeitsfeld.

In der Darstellung meiner Forschungsarbeit seit 1990 werde ich mich im Weiteren auf die eher größeren Vorhaben konzentrieren, also Einzelaufsätze oder Rezensionen vernachlässigen. Es gibt zwei große Stränge in meiner Forschungsarbeit, die auch schon angeklungen sind. Im Zentrum standen und stehen schriftlinguistische und orthographiegeschichtliche Untersuchungen, zunächst im Rahmen des Bamberg-Rostocker Gemeinschaftsprojekts „Entwicklung der Großschreibung im Deutschen von 1500 bis 1700“, das von 1990 bis 1996 lief und durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die wichtigste Drittmittelgeberin geisteswissenschaftlicher Forschungen in Deutschland, gefördert wurde. Leiter des Projekts waren – beide Namen sind bereits bekannt – Prof. Dieter Nerius aus Rostock und Prof. Rolf Bergmann aus Bamberg. Ich habe an dem Projekt mitgearbeitet und konnte hierbei zum zweiten Mal erleben, wie außerordentlich produktiv eine Forschergruppe ist, in der man fortwährend gezwungen ist, eigene Forschungsergebnisse zu hinterfragen, zu diskutieren und zu verteidigen. Die Ergebnisse wurden 1998 in zwei gewichtigen Bänden veröffentlicht¹⁰ – gewichtig auch insofern, als sie sehr umfangreiches Datenmaterial enthalten, gewonnen aus immens aufwändigen Textanalysen. Hieran schloss sich (von 1999 bis 2002) ein weiteres, ebenfalls von der DFG gefördertes Projekt zur historischen Orthographie an, das von Rolf Bergmann und mir geleitet wurde. Es zielte darauf, die Durchsetzung morphematischer Schreibungen in der deutschen Orthographie genau zu erfassen. (Die Germanisten unter Ihnen wissen, dass ich sehr weit ausholen musste, um den Begriff der morphematischen Schreibung genauer zu erklären. Um es ganz pauschal zu sagen: Es handelt sich um Verfahren, die Schreibung der kleinsten sprachlichen Zeichen möglichst konstant zu halten, was deren Wiedererkennbarkeit befördert und uns das Lesen ungemein erleichtert.) Im Jahre 2004 wurden die Projektergebnisse publiziert.¹¹ Ein drittes Projekt, an dem ich beteiligt war, verbirgt sich hinter dem Namen einer beim Georg Olms Verlag erschienenen Publikationsreihe, nämlich „Documenta orthographica“. Seine Realisierung verdanken wir der Förderung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung. Anliegen dieses Gemeinschaftswerkes war die Herausgabe wesentlicher Arbeiten (u. a. historischer Regelwerke) zur deutschen Orthographie – mit dem Ziel, diese

¹⁰ Bergmann, Rolf und Nerius, Dieter (Hrsg.): Die Entwicklung der Großschreibung im Deutschen von 1500 bis 1700. 2 Bde. Heidelberg 1998.

¹¹ Ruge, Nikolaus: Aufkommen und Durchsetzung morphembezogener Schreibungen im Deutschen 1500–1770. Heidelberg 2004.

zu bewahren und leichter zugänglich zu machen. Das Besondere des Projekts bestand darin, dass die Herausgeber der einzelnen Bände ihren Editionen sehr ausführliche Vorworte voranstellten, die kleineren Monographien nahekommen. Ich habe im Rahmen dieser Reihe zwei Bände zu Grammatikern des 18. Jahrhunderts herausgegeben, die Ihnen vom Namen her wahrscheinlich kaum etwas sagen werden, nämlich zu Hieronymus Freyer¹² und zu Johann Friedrich Heynatz.¹³ Am meisten Freude hatte ich jedoch bei der Vorbereitung der dritten Edition – zweier Bände mit Orthographiereformkonzepten des 18. Jahrhunderts. Weil auch damals schon heftig über die deutsche Rechtschreibung gestritten, jeder Reformvorschlag kommentiert und diskutiert wurde, konnte ich versuchen, diesen Diskurs in der Edition wahrnehmbar zu machen (etwa durch Aufnahme einschlägiger Rezensionen). Bei chronologischer Betrachtung lassen die edierten Texte nun erkennen, welche Modifizierungen an den einzelnen Konzepten durch die Diskussionen bewirkt wurden.¹⁴ Dies nachzuvollziehen ist außerordentlich spannend.

Ein laufendes Projekt stellen die „Wörterbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft“ (WSK) dar. Es handelt sich hierbei um ein sehr großes germanistisches Projekt, an dem fast alle heutigen Sprachwissenschaftler beteiligt sind. Die Germanisten unter Ihnen kennen die Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (HSK), die den gegenwärtigen Stand der Forschungen zu den einzelnen linguistischen Teildisziplinen wiedergeben. Zur Flankierung dieser umfangreichen Handbücher wird gerade eine Wörterbuchreihe erarbeitet, die sich durch etliche Besonderheiten auszeichnet: Es handelt sich um sehr ausführliche terminologische Spezialwörterbücher, und die jeweiligen Bandherausgeber stellen dem Stichwörterteil einen kurzen wissenschaftlichen Abriss voran. Hier wirke ich am Band 5 „Schriftlinguistik“ mit und verantworte alle Artikel zu den thematischen Komplexen „Entwicklung“ und „Normierung“, insgesamt knapp über dreißig Artikel mit einem Umfang von bis zu mehreren Seiten. Besonders bemerkenswert ist, dass dieses Wörterbuch ganz und gar online erstellt wird, sodass ich eine für mich völlig neue Arbeitsweise kennenlernen. Natürlich wird es, wenn es fertig ist, auch über das Internet zugänglich sein.

¹² Freyer, Hieronymus: Anweisung zur teutschen Orthographie. Nachdr. der Ausg. Halle/Saale 1722 mit einem Vorw. hrsg. von Petra Ewald. Hildesheim [u.a.]1999.

¹³ Heynatz, Johann Friedrich: Deutsche Sprachlehre zum Gebrauch der Schulen. Nachdr. der 5. verm. und verb. Aufl., Berlin 1803, hrsg. von Petra Ewald. Hildesheim [u.a.] 2006. – Heynatz, Johann Friedrich: Die Lehre von der Interpunktion. Nachdr. der 2., durchgängig verb. Aufl., Berlin 1782, hrsg. v. Petra Ewald. Hildesheim [u. a.] 2006.

¹⁴ Ewald, Petra (Hrsg.): Die Bemühungen um eine Reform der deutschen Orthographie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Hildesheim [u.a.] 2004.

Schließlich möchte ich noch ein schriftlinguistisches Projekt nennen, das mir sehr am Herzen liegt, weil sein Gegenstand noch nahezu unerforscht ist – die Geschichte der Fremdwortschreibung im Deutschen. Um das Problemfeld knapp zu umreißen: Sie alle wissen, dass es assimilierte, das heißt dem Deutschen angepasste Wörter fremden Ursprungs gibt. Wenn ich Ihnen jetzt sage, dass es sich bei unserem scheinbar heimischen Wort *Keks* um eine Entlehnung des englischen Wortes *cake* handelt, bekommen Sie eine Vorstellung davon, wie sehr die Assimilation die Schreibung beeinflussen kann. Genaueres über diese Prozesse wissen wir aber bis jetzt noch nicht: Wir wissen zum Beispiel nicht, welche Merkmale von Wörtern deren graphische Assimilation oder auch die Verweigerung von Assimilation bewirkt haben. Um dies zu erkennen, muss man zum einen die Schreibung entlehnter Wörter in großen Korpora historischer Texte und zum anderen einschlägige Schreibanweisungen in historischen Regelwerken untersuchen – also immens arbeitsaufwändige Analysen auf sich nehmen. Ich betreue gerade zwei einschlägige Doktorarbeiten, eine zur „Geschichte der Fremdwortschreibung im 17. Jahrhundert“ und eine zur „Geschichte der Fremdwortschreibung im 19. Jahrhundert“. [Mittlerweile, im Februar 2010, hat sich auch eine sehr engagierte weitere Doktorandin gefunden, die die Geschichte der Fremdwortschreibung im 18. Jahrhundert erforschen wird.] Es wäre wunderbar, wenn als Ergebnis all dieser Forschungsarbeiten in Rostock irgendwann ein übergreifendes Werk zur Geschichte der Fremdwortschreibung und ihrer Regelung im Deutschen entstehen könnte. (Dies würde ich als eines meiner Fernziele betrachten.)

Meinen zweiten großen Forschungsstrang – Sie ahnen es mittlerweile vielleicht schon – bilden diverse Untersuchungen rund um die Lexik. Hier habe ich mich auch an integrativer Arbeit versucht, an der Verbindung meiner sprachwissenschaftlichen mit literaturwissenschaftlichen Untersuchungen. Mein Partner hierbei war der Rostocker Literaturwissenschaftler Prof. Lutz Hagedstedt¹⁵, der unter anderem zu Hans Fallada¹⁶ forscht. Um die Fallada-Forschung mit der akademischen Lehre zu verbinden, haben wir bisher in zwei Sommersemestern (2006 und 2008) einander flankierende Hauptseminare zu Fallada angeboten. Linguistische Themen waren zunächst die Namen, später dann die sprachlichen Bilder, das heißt die Metaphern und Vergleiche in Werken Falladas. Ort des Geschehens war nicht nur Rostock: Mit allen Teilnehmern unserer beiden Hauptseminare sind wir zu Falladas langjährigem Wohnsitz nach Carwitz¹⁷ gefahren

¹⁵ Prof. Dr. Lutz Hagedstedt: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001416

¹⁶ Hans Fallada 1893-1947, deutscher Schriftsteller. Siehe auch:
http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Fallada und
http://www.fallada.de/static/s_leben.htm (04.01.2010).

¹⁷ Siehe: http://www.fallada.de/static/s_museum1.htm (04.01.2010).

(zunächst aber in die Jugendherberge nach Feldberg). In Carwitz bot uns der Leiter des Hans-Fallada-Hauses, Dr. Stefan Knüppel, nicht nur eine beeindruckende Führung durch Museum und Garten, sondern auch die Möglichkeit, im wunderschönen Tagungsraum ein Kolloquium abzuhalten. Erwähnen möchte ich zuletzt noch unsere Bemühungen, sprachwissenschaftliche Forschung in die neue Interdisziplinäre Fakultät unserer Universität einzubringen. Aufgrund der thematischen Ausrichtung der bisherigen Departments haben wir hierfür leider nur begrenzte Möglichkeiten. Prof. Karl Heinz Ramers und ich versuchen dennoch, im Department mit dem schönen „neudeutschen“ Namen „Aging Science and Humanities“ Fuß zu fassen. Uns interessiert vor allem Lexik, mit der Erscheinungen des Alters und des Alterns benannt werden. Um auch Studierende in diese Untersuchungen einzubeziehen, haben wir im letzten Wintersemester (2008/09) ein Forschungsseminar zum Thema „Das Wortfeld Alter(n)“ angeboten. Auch diese Veranstaltung endete mit einem durch Studenten gestalteten Kolloquium, das einmal mehr gezeigt hat, welch erstaunliches Potenzial in unserer Studentenschaft steckt. Ich glaube, das ist ein ganz gutes Schlusswort.

Diskussion

Kersten Krüger:

Wir sind beeindruckt und kommen zu Rückfragen.

Hilde Michael:

Sie sprachen von den umfangreichen Studien und Forschungen zur deutschen Orthographie. Inwiefern war das auch eine gesamtdeutsche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD?

Petra Ewald:

Seit etwa 1980 entwickelte sich eine sehr fruchtbringende Zusammenarbeit nicht nur der beiden deutschen Staaten, sondern auch Österreichs und der Schweiz bei der Vorbereitung einer Orthographiereform: Schon zuvor hatten sich in diesen deutschsprachigen Staaten Kommissionen, Arbeits- bzw. Expertengruppen formiert, die auf orthographischem Gebiet tätig waren. Diese nahmen Ende der 70er Jahre intensivere Kontakte zueinander auf, und zwar auf Initiative des damaligen Präsidenten des Internationalen Germanistenverbandes Prof. Heinz Rupp (Basel). Es entstand der Internationale Arbeitskreis für Orthographie, in dem diese Gruppen in enger Zusammenarbeit sukzessive das Konzept der angestrebten orthographischen Neuregelung entwickelten. Besonderen Stellenwert hatten dabei die (insgesamt neun) Arbeitstagungen, die zwischen 1980 und 1991 stattfanden (übrigens auch in Rostock). Auf diesen Zusammenkünften stand jeweils ein

orthographischer Teilbereich im Mittelpunkt, zu dem die Experten der Gruppen (jedes der Mitglieder hatte sein Spezialgebiet) linguistische Analysen der „alten“ Rechtschreibung und darauf fußende Neuregelungskonzepte vorlegten. Diese wurden im Arbeitskreis so lange diskutiert, bis ein konsensfähiger Neuregelungsvorschlag erarbeitet war. Auf diese Weise entwickelte sich Schritt für Schritt ein von der ganzen Gruppe getragenes Gesamtkonzept der angestrebten Orthographiereform. Dieses Regelwerk lag 1991 vor und wurde 1992 veröffentlicht. Es war faktisch der linguistische Beitrag zur Vorbereitung der Orthographiereform, deren weiteres Schicksal dann vor allem in den Händen der politischen Entscheidungsträger lag. Die gemeinsamen Bemühungen im Arbeitskreis begünstigten natürlich auch die Entstehung persönlicher „zwischenstaatlicher“ Kontakte.

Zudem war für uns DDR-Forscher natürlich wichtig, dass vor allem die prominenten Mitglieder der Forschungsgruppe, also etwa Prof. Dieter Nerius, durchaus zu Tagungen in die Bundesrepublik reisen durften. Dies führte u.a. dazu, dass wir besser als andere Forschungsbereiche mit „Westliteratur“ versorgt waren, was natürlich der wissenschaftlichen Arbeit sehr zugute kam.

Letztlich erscheint es mir wichtig zu sagen, dass die intensive internationale Vorbereitung der Orthographiereform, also auch die beschriebenen sehr handfesten Kontakte, von der Öffentlichkeit der DDR kaum wahrgenommen werden konnte. Dies liegt vor allem daran, dass das Thema Orthographiereform in der DDR der 80er Jahre nahezu tabuisiert war, das heißt in den Medien faktisch nicht vorkam.

Sandy Hillmann:

Mich würde interessieren, warum sie ihre Diplomarbeit dann nicht in Englisch geschrieben haben? Wann ist ihre Liebe zur Orthographie erwacht?

Petra Ewald:

Zunächst zu Ihrer zweiten Frage: Meine Liebe zur Orthographie wurde natürlich zum einen durch die Besonderheiten dieses Faches ausgelöst, das im Schnittfeld sehr unterschiedlicher linguistischer Teildisziplinen steht. (Die Orthographie ist aus meiner Sicht eine ganz besonders integrativer Zweig der Sprachwissenschaft.) Zum anderen war die Persönlichkeit meines akademischen Lehrers maßgeblich, der mich tief beeindruckt und sehr stark geprägt hat. – Wenn man miterlebt, wie eine solche Person vor Begeisterung sprüht, wirkt das ungemein „ansteckend“.

Zu Ihrer ersten Frage: Meine Diplomarbeit befasste sich mit einem Gegenstand der deutschen Sprache. Die Forschungstexte, auf die ich mich bezog und die ich etwa auch zitierte, waren mehrheitlich in Deutsch abgefasst. Daher hätte es sich überhaupt nicht angeboten, die Arbeit etwa in Englisch zu schreiben.

Sandy Hillmann:

Nein, ich meine, Sie haben ja auch Englisch studiert, warum haben Sie generell Deutsch gemacht und Englisch gar nicht mehr weiter?

Petra Ewald:

Meine intensive Beschäftigung mit dem Englischen endete erst mit Abschluss des Studiums. Davor haben wir beide Fächer paritätisch studiert wie heutige Gymnasiallehrerstudenten auch. Einen inhaltlichen Schwerpunkt, der (zumindest im Groben) schon durch die Abfolge der Fächer vorherbestimmt war, hat man mit der Wahl des Fachgebietes seiner Diplomarbeit gesetzt. Ich habe die Fächerkombination Germanistik/Anglistik studiert, sodass klar war, dass ich meine Diplomarbeit zu einem germanistischen Thema schreiben würde. Warum ich mich für Germanistik als erstes Fach entschieden habe, kann ich heute nicht mehr genau nachvollziehen, möglicherweise mit Blick auf den hohen Stellenwert des Muttersprachunterrichts in der Schule.

Stefan Meyenburg:

Sie haben erzählt, dass Sie in den 80er Jahren in der Forschungsgruppe an der Orthographiereform gearbeitet haben und Sie haben in dem Zusammenhang auch gesagt, dass die Reform später nicht mehr gewollt war.

Petra Ewald:

Dass die Reform nicht mehr gewollt war, lässt sich nicht genau belegen, da uns keine entsprechenden Dokumente vorliegen. Offensichtlich nicht gewollt war jedoch seit etwa Mitte 1982 die öffentliche Auseinandersetzung mit der Reformproblematik, etwa in Diskussionsrunden des Hörfunks oder Ähnlichem. Ursachen dafür kann man vermuten, und wir sind uns recht sicher, einen konkreten Anlass zu kennen: Augenscheinlich war die Orthographiereform auf der politischen Prioritätenliste nach unten „abgerutscht“. Es gab in den Spitzen der DDR-Volksbildung große Vorbehalte gegen die Reform – allerdings nicht innerhalb der Lehrerschaft, die mehrheitlich stark an einer Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung interessiert war. Diese Vorbehalte äußerten sich etwa in einer ablehnenden Stellungnahme der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften zu den Reformvorschlägen, die die Forschungsgruppe Orthographie der DDR 1981 vorgelegt hatte. Dies war die eine starke Gegenkraft, die andere bildeten (wie auch in den Reformdebatten der 90er Jahre) die Schriftsteller. Für mich als Schriftlinguistin ist es nicht ganz einfach nachzuvollziehen, dass gerade Schriftsteller sich so heftig und so emotional gegen orthographische Neuerungen wehren. Denn immerhin ist die amtliche Rechtschreibregelung nur für zwei Bereiche vorgeschrieben – für die Schulen und für die Behörden. Dennoch haben auch die DDR-Schriftsteller ihren Unmut sehr laut bekundet; und da die Staatsmacht mit den

Künstlern ohnehin genug Ärger hatte, wollte man diese vielleicht nicht noch zusätzlich verprellen. Außerdem liegt natürlich der Verdacht nahe, dass die Parteispitze vor einer aktiven Beteiligung an einem offensichtlich gesamtdeutschen Vorhaben zurückgeschreckt ist, um dem Einheitsgedanken nicht zu viel Raum zu geben. All dies sind aber, wie gesagt, lediglich Vermutungen, die man nicht an Dokumenten festmachen kann.

Es gab auch einen konkreten Anlass dafür, das Thema Orthographiereform aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen, zumindest ein Geschehnis, das man für einen Anlass halten kann: Im Juli 1982 übertrug der DDR-Radiosender DDR II ein Interview mit einem Mitglied unserer Forschungsgruppe, und zwar mit Prof. Dieter Herberg¹⁷. Thema war der Stand der wissenschaftlichen Arbeiten zur Orthographiereform. Der Inhalt dieses Interviews wurde von einigen westdeutschen Publikationsorganen wiedergegeben, allerdings verzerrt: Es entstand der Eindruck, als stünde in der DDR eine Orthographiereform oder zumindest die Abschaffung der Substantivgroßschreibung unmittelbar bevor, was – wie bereits betont – definitiv nicht der Fall war. Möglicherweise wollte die politische Führung der DDR derartigen Kampagnen den Boden entziehen, indem sie öffentliche Verlautbarungen über die Orthographiereform unterband. Diese Tabuisierung bedeutete aber nicht das Aus für die wissenschaftliche Arbeit der Forschungsgruppe, die zwar unter verschlechterten Bedingungen, aber dennoch mit großer Intensität weitergeführt wurde. Eine Behinderung kann man darin sehen, dass zu diesem Thema in der DDR nichts mehr publiziert werden durfte. Diese Verbannung des Themas hatte durchaus Folgen für die Wahrnehmung der Reformproblematik durch die Öffentlichkeit der DDR: Als die Durchführung der Reform nach der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung rückte, war die Bevölkerung der neuen Bundesländer darauf gedanklich nicht vorbereitet (zumindest viel weniger als die Menschen in der „alten“ Bundesrepublik, wo das Thema dauerhaft, aber mit wechselnder Intensität in den Medien präsent war). Dies führte natürlich zu erheblichen Irritationen.

René Ide:

Ja, Sie haben über Professor Nerius gesprochen. Er war auch schon in einem unserer Seminare, und das war ziemlich beeindruckend. Er war einer der wenigen Professoren mit einem sehr großen internationalen Bekanntheitsgrad und auch einer der Väter der Rechtschreibreform. Sie sprachen sehr anerkennend von ihm. Meine Frage lautet: War Rostock damals führend in der DDR was die Orthogra-

¹⁷ Prof. Dr. Dieter Herberg, 1961-1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Bereichsleiter im Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Siehe auch: <http://www.ids-mannheim.de/org/personal/ehem-ids/herberg.html> (01.01.2010).

phieforschung betraf? Und wie sieht es heute in Gesamtdeutschland aus, wie sieht die Entwicklung heute aus?

Petra Ewald:

Unter den Hochschulen der DDR war die Rostocker Universität quasi auf Orthographieforschung spezialisiert, und daher rekrutierte sich die Forschungsgruppe Orthographie denn auch zu einem erheblichen Teil aus Rostocker Germanistinnen und Germanisten. (Die zweite größere Mitgliedergruppe kam vom Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, wo auch die meisten Sitzungen stattfanden. Außerdem gehörten Wissenschaftler anderer Universitäten und Einrichtungen zur Forschungsgruppe Orthographie, etwa aus Halle, Jena und Leipzig.) Insofern kann man meines Erachtens durchaus sagen, dass die in Rostock betriebene Orthographieforschung in der DDR einen besonderen Stellenwert hatte.

Die heutige, gesamtdeutsche Forschungslandschaft der Schriftlinguistik ist aus meiner Sicht deutlich stärker als die der DDR-Zeit von Theorienpluralismus geprägt: Es gibt eben mehr als nur ein Konzept, mehr als nur ein theoretisches Modell, die Orthographie zu beschreiben. Es gibt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und unterschiedliche, z.T. konkurrierende Erklärungsmodelle. Das heißt, die „Rostocker Schule“ der Orthographieforschung muss sich heute mehr als zu DDR-Zeiten gegen andere behaupten. Wie etliche Indizien zeigen, findet unser Forschungskonzept aber nach wie vor Anerkennung: Das Buch „Deutsche Orthographie“, von dem bereits die Rede war, erschien in der 3. Auflage im Jahre 2000 im Duden-Verlag und in der 4. Auflage im Jahre 2007 im Olms-Verlag. Wenn man einen Blick auf die Autorengruppe wirft, erkennt man ein weiteres Indiz für seine fortbestehende Akzeptanz: Zwar konnten einige der ursprünglichen Autoren aus unterschiedlichen Gründen an den Neubearbeitungen nicht mehr mitwirken. Das Buchprojekt hat nach der Wende jedoch auch neue Mitstreiter, z.T. aus den alten Bundesländern, angezogen, etwa Prof. Rolf Bergmann¹⁸ aus Bamberg und Prof. Claudine Moulin¹⁹ (heute Universität Trier). Insgesamt kann man wohl sagen, dass das in der DDR (und nicht zuletzt in Rostock) entwickelte Orthographiekonzept heute zwar nicht mehr von einer institutionalisierten Gruppe getragen, aber von zahlreichen Wissenschaftlern als Ansatz für weiterführende Forschungen anerkannt und angenommen wird. (Für diese Anerkennung spricht

¹⁸ Siehe auch:

http://www.uni-bamberg.de/zemas/organisation/mitglieder/ordentliche_mitglieder/prof_em_dr_rolf_bergmann/ (01.01.2010).

¹⁹ Prof. Dr. Claudine Moulin, siehe auch:

<http://www.uni-trier.de/index.php?id=7626&L=> (04.01.2010).

auch die Förderung von Forschungsprojekten durch die DFG, auf die ich schon verwiesen habe.)

Ein letztes Wort zur Situation an der Rostocker Universität nach der Wiedervereinigung: Infolge der Neuausrichtung und der erforderlichen Umstrukturierung des Instituts für Germanistik wurde das wissenschaftliche Personal (vor allem im akademischen Mittelbau) drastisch reduziert. So mussten auch etliche Mitglieder der Forschungsgruppe die Universität aus unterschiedlichen Gründen verlassen und ihre Orthographieforschung einstellen. Dies war ein schmerzlicher Aderlass, der natürlich auch Auswirkungen auf die inhaltliche Breite und die Menge einschlägiger Publikationen hatte. Zum Glück hat sich die Situation der Schriftlinguistik in Rostock mittlerweile aber durch Neuberufungen (Prof. Karl Heinz Ramers, Prof. Ursula Götz) wieder deutlich verbessert.

Steffen Bild:

Mich würde interessieren, wie Sie Ihre Lehrerausbildung des Englischen in der DDR wahrgenommen haben und ob Sie zu den Fachleuten noch Bezug haben oder ob Sie vom Deutschen quasi komplett eingenommen sind?

Petra Ewald:

Das Studium habe ich als sehr gewinnbringend wahrgenommen. Für meine anglistischen Lehrveranstaltungen gilt dasselbe wie für die germanistischen: Es gab ein durchdachtes, klar strukturiertes Studienprogramm mit in der Masse sehr niveauvollen Lehrveranstaltungen. Allerdings muss man bedenken, dass Anglistik-Studenten in der DDR grundsätzlich gehandicapt waren: Aus meiner Sicht gehört es zwingend zu einem optimalen Fremdsprachenstudium, dies zumindest in Teilen auch in dem Land zu betreiben, in dem die Fremdsprache Muttersprache ist. Insofern hatten die Slawistikstudenten unter uns einen klaren Vorteil, denn für sie war ein Studienabschnitt in der Sowjetunion Teil der Ausbildung. Wir dagegen hatten nicht die geringste Chance, ein englischsprachiges Land auch nur zu besuchen. Daher war uns von vornherein klar, dass es uns kaum möglich sein würde, das höchste Niveau der Sprachbeherrschung zu erreichen. Meine Kontakte zur Anglistik als Wissenschaft konzentrieren sich heute natürlich auf das Feld der Linguistik: Ich verfolge durchaus, welche für mich ergiebigen Konzepte der Sprachbeschreibung in der Anglistik/Amerikanistik entwickelt werden, und lese daher auch jede Menge Fachliteratur in Englisch. Auf literarischem Gebiet behaupten sich insbesondere englische Krimis, die ich aber eher nicht aus wissenschaftlichem Interesse lese.

Kolja Trieglaff:

Sie sprachen darüber, dass Sie Probleme hatten Literatur aus der BRD zu be-

sorgen. Sie hatten aber offensichtlich keine Probleme einen Drittgutachter aus der BRD zu bekommen.

Petra Ewald:

In dieser Hinsicht war es Glück, dass mein Habilitationsverfahren nach der Wiedervereinigung eröffnet wurde. Davor wäre aus politischen Gründen eine Begutachtung durch einen Spezialisten aus der Bundesrepublik ganz undenkbar gewesen. Besonders gute Karten hatte ich deshalb, weil mein akademischer Lehrer, Prof. Dieter Nerijs, ein international so anerkannter Wissenschaftler war und daher die Möglichkeit hatte, schon vor der Wende enge Verbindungen zu Kollegen aus der Bundesrepublik zu knüpfen, etwa zu Prof. Rolf Bergmann. Daher gab es zur Wende-Zeit bereits angebaute Kontakte, die sofort vertieft und ausgebaut werden konnten. Auf diese Weise war es etwa möglich, bei der DFG unverzüglich das bereits angesprochene Bamberg-Rostocker Gemeinschaftsprojekt zur Entwicklung der Groß- und Kleinschreibung zu beantragen. (Der Antrag wurde bereits im Juni 1990 gestellt, bezog sich also noch auf ein deutsch-deutsches Forschungsvorhaben.) Die bereits bestehenden guten Kontakte erklären es denn auch, dass es nicht schwierig war, relativ kurz nach der Wiedervereinigung einen Spezialisten aus der „alten“ Bundesrepublik als Gutachter für eine größtenteils in der DDR-Zeit verfasste Habilitationsschrift zu gewinnen.

Axel Büssem:

Sie hatten betont, es habe keine Unterschiede in der Orthographie zwischen Ost und West gegeben, aber es gab ja durchaus Unterschiede in der Sprache oder der Verwendung der Semantik. Haben Sie dazu geforscht? Können Sie dazu etwas erzählen? Mich würde es interessieren, ob es eine sozialistische Sprache und darüber hinaus gehende Unterschiede gab.

Petra Ewald:

Das ist eine hoch komplexe Frage, zu der ich selbst nicht geforscht habe, die mich aber natürlich sehr interessiert. Eine auch nur halbwegs erschöpfende Antwort kann ich hier natürlich nicht geben. Um sprachliche Besonderheiten dingfest zu machen, müsste ich zunächst die einzelnen Teilbereiche der Sprache abklopfen und dann nach Spezifika der Sprachverwendung Ausschau halten. Innerhalb des Sprachsystems würde man sicherlich vor allem Lexikunterschiede feststellen, die auch schon relativ gut beschrieben sind. So gab es in der Alltagssprache, aber auch in bestimmten Amts- und Fachsprachen ganz typische „DDR-Wörter“, die aber mittlerweile fast alle verschwunden sind – vielleicht mit Ausnahme des „legendären“ Wortes „Broiler“.

Kersten Krüger:

Aber der Broiler ist ja englisch.

Petra Ewald:

Ja, aber das englische Wort wurde in der DDR genutzt, nicht in der Bundesrepublik, in der weiterhin die heimische Bezeichnung „Brathähnchen“ gängig war. Ähnlich wie der Anglizismus „Juice“ (für Orangensaft) diente auch der „Broiler“ in der DDR offenbar dazu, eher alltägliche Lebensmittel sprachlich aufzuwerten und als etwas Besonderes erscheinen zu lassen. Beispiele wie diese, aber auch „Kaufhalle“ (für „Supermarkt“), „Dreiraumwohnung“ (für „Dreizimmerwohnung“) oder „Fahrerlaubnis“ (für „Führerschein“) würde ich dem kaum ideologienahen, Alltagssprachlichen DDR-Wortschatz zurechnen. Daneben gab es jedoch durchaus DDR-spezifische Benennungen, die im Dienste der Sprachlenkung standen (vgl. „Bruderbund [mit der Sowjetunion]“, „Hausvertrauensmann“ usw.). – Solche Lexik, die die positive Wahrnehmung bestimmter gesellschaftlicher Erscheinungen befördern soll, findet sich indessen nicht nur im deutschen Wortschatz der DDR. (Man denke an heutige „Nichtsesshafte“ anstelle von „Obdachlosen“.) Das ist ein sehr weites Feld.

Noch einige Worte zum zweiten großen Bereich, in dem sich Besonderheiten abzeichnen könnten, der Sprachverwendung. Hier würde ich, was die Alltagssprache anbelangt, keinen grundsätzlichen Unterschied zur Bundesrepublik sehen. Dagegen zeichnete sich die offizielle Sprache, also vor allem die der Partei- und Staatsführung sowie die der Massenmedien, durch einen unverwechselbaren Duktus aus, dessen Merkmale schon häufig beschrieben wurden. Ich möchte hier nur auf die Vorliebe für Kampfmetaphorik hinweisen (vgl. „Ernteschlacht“), die ich für besonders bedenklich halte, weil einschlägige Metaphern bereits in NS-Propagandertexten hochfrequent waren. (Diese Parallelen in den Mechanismen der Sprachlenkung müssen für die Generation, die die NS-Zeit bewusst erlebt hat, offensichtlich gewesen sein. Ich frage mich, wie das die Wahrnehmung der neuen Staatsideologie beeinflusst haben mag.)

Um meine Meinung zur Spezifik der DDR-Sprache (die Gegenstand eines längeren Vortrags sein könnte) nochmals auf den Punkt zu bringen: Ich sehe vor allem Besonderheiten in bestimmten Teilen des Wortschatzes sowie im offiziellen Sprachgebrauch. Alle anderen Bereiche des Sprachsystems, also Morphologie, Syntax, Textstrukturen usw., die meisten Sprachverwendungsnormen entsprachen weitestgehend dem Deutsch der Bundesrepublik. Die Einheit der deutschen Sprache war aus meiner Sicht daher nie in Frage gestellt.

Martin Kröppelien:

Sie sprachen davon, dass Sie vor 35 Jahren nach Rostock gekommen waren und mich würde einfach mal interessieren, in der DDR wurde ja nicht nur nach Plan

gewirtschaftet, sondern auch nach Plan studiert, das heißt, es wurde klar vorgegeben und selbst das Leben in den Studentenwohnheimen war ja fast militärisch organisiert.

Petra Ewald:

So weit würde ich nicht gehen. Es gab Regeln, aber diese wiesen durchaus noch Spielräume auf. Zudem konnten sie z.T. ja auch kreativ umgangen werden.

Martin Kröppelien:

Ja. Wie waren denn infolgedessen die Wahlmöglichkeiten im Vergleich zu heute?

Petra Ewald:

Die Wahlmöglichkeit bestand in der Entscheidung, in welchem Fachgebiet man seine Diplomarbeit schreiben wollte. Diese war insofern folgenreich, als man damit eine spezielle, umfangreiche und damit gewichtige Lehrveranstaltung wählte, nämlich den Diplomkurs, von dem bereits die Rede war. Die Diplomkurse waren fantastisch, aber es gab eben nur diese eine Möglichkeit wirklicher Spezialisierung in meinem Studium.

Martin Kröppelien:

Jetzt würde ich gerne wissen, wie Sie das aus heutiger Sicht beurteilen? Denn als ich begonnen habe, wusste ich nicht was ich machen soll. Da wurde mir kein Stundenplan gereicht. Was finden sie nun besser? Die Form von damals oder die heutige?

Petra Ewald:

Vor diese Alternative gestellt würde ich die heutige Form vorziehen – aber nur unter der Bedingung, dass man alles dafür tut, das Chaos in den Köpfen der Erstsemestler sehr schnell zu beseitigen. Dafür gibt es unterschiedliche Mittel und Wege. Als besonders wichtiges Instrument sehe ich ganz konkrete, handfeste und handhabbare Studienpläne. Man darf es nicht dabei belassen, den Studienanfängern die Prüfungs- und die Studienordnung in die Hand zu drücken, die sie größtenteils nicht verstehen, sondern muss deren entscheidende Aussagen studentengerecht aufbereiten und zusammenfassen. Das ist der erste Punkt. Zweitens: Die Fachschaft hat vielfältige Möglichkeiten, den Erstsemestlern den Einstieg zu erleichtern. Der Fachschaftsrat der Germanistikstudenten erarbeitet z.B. zu Beginn jedes Wintersemesters ein spezielles „Einsteigerpapier“ mit „Steckbriefen“ der einzelnen Dozenten, Stundenplanvorschlägen usw. Dies wird flankiert durch studentische Studienberatung und durch Studienberatung des Instituts. Dann gibt es das sogenannte „Bemutterungssystem“, in dem ältere Studenten die jüngeren unter ihre Fittiche nehmen, ihnen wichtige Orte der Universität zeigen und alle Fragen beantworten – bis für die Neulinge im universitären Dschungel die Pfade

sichtbar werden. Sofern all das richtig funktioniert und das Institut die Erstsemesterbetreuung ernst nimmt, helfen solche Angebote im Verbund, Orientierungslosigkeit beim Studienbeginn zu vermeiden.

Martin Kröppelien:

Worauf begründet sich die bedeutend geringere Anzahl von Studienabbrechern in der ehemaligen DDR?

Petra Ewald:

Da die Zahl der Studenten begrenzt und jeder Teil einer festen Gruppe war, wurden Studienprobleme Einzelner viel leichter und schneller wahrgenommen als heute. Sowohl die Dozenten als auch die Seminargruppe bemühten sich in solchen Fällen, ein Scheitern des Studiums abzuwenden. So wurden manche „mitgezogen“, wobei man natürlich fragen könnte, ob der Grad des „Mitziehens“ immer gut war. Aus meiner Sicht sollten Studenten deutlich merken, dass sie für ihr Studium und den Erfolg ihres Studiums selbst verantwortlich sind. (Auch in dieser Hinsicht sollte das Studium eine Vorbereitung auf das Berufsleben sein.) Das Bemühen um eine allseitige Absicherung des Studienerfolgs, wie wir es in der DDR-Zeit erlebt haben, war der Entwicklung einer solchen Eigenverantwortung kaum förderlich: Problemstudenten wurden hin und wieder durchaus vor den Seminargruppenberater zitiert und dann mit mehr oder weniger Druck zurück „in die Spur“ gebracht.

Heiko Marski:

Sie haben schon einmal die Kritikfreudigkeit der Schriftsteller angesprochen. Wie viel Einfluss hatte die Schriftstellerei in der Rechtschreibung oder der Ausarbeitung der Rechtschreibreform?

Petra Ewald:

Bei der Erarbeitung des jüngsten Reformregelwerkes blieben die speziellen Bedürfnisse der Schriftsteller unberücksichtigt. Das war kein Versehen, sondern ergab sich aus den Vorstellungen der Reformer von den Zielen der angestrebten orthographischen Erneuerung. Der Orthographiereform des Jahres 1996 lag die Überzeugung zugrunde, dass die Gestalt der Rechtschreibung nicht von den Wünschen einer Elite bestimmt werden sollte, auch nicht von denen einer schreibenden Elite. Nutznießer sollte die ganze Sprachgemeinschaft sein, zu der ja durchaus nicht nur die akademisch Gebildeten gehören. Daher hatte die 1996er Reform die klare Zielstellung, eine möglichst starke Vereinfachung für alle Schreiber zu erreichen, ohne das Lesen geschriebener Texte zu beeinträchtigen. Dass zur Erreichung eines solchen Ziels Kompromisse eingegangen werden müssen, weil nicht allein Linguisten über die Legitimität und Akzeptanz denkbarer Vereinfachungen entscheiden, liegt auf der Hand.

In anderer Hinsicht ist die „Schriftstellerei“ für die Orthographieforschung jedoch außerordentlich interessant, und zwar unter dem Blickwinkel, wie ein Schriftsteller es schafft, graphische Möglichkeiten auszuschöpfen, um zusätzliche Botschaften zu übermitteln. (Wir sprechen in diesem Zusammenhang von Graphostilistik.) So ist es etwa sehr ergiebig zu untersuchen, von welchen Rechtschreibregeln ein Schriftsteller abweicht und was er damit bewirkt, welche neue semantische Ebene sich dadurch unter Umständen im literarischen Text aufbaut.

Anne Lüder:

Wie zufrieden sind sie mit der Orthographiereform von heute? Wurden Ihre Ideen möglicherweise sogar berücksichtigt?

Petra Ewald:

In Bezug auf die Reform war mein Forschungsschwerpunkt (wie auch der von Prof. Dieter Nerius) die Groß- und Kleinschreibung. Leider muss ich klar sagen, dass unsere Untersuchungsergebnisse in der Neuregelung letztlich nicht berücksichtigt wurden. Aus unserer Sicht sprachen gewichtige Gründe für die Abschaffung der Substantivgroßschreibung und die Einführung der sogenannten gemäßigten Kleinschreibung – die Beschränkung der Großschreibung auf Text- und Ganzsatzanfänge sowie im Satzinneren auf Eigennamen und bestimmte Anredepronomen. Dieses Großschreibsystem kennen wir aus den anderen europäischen Sprachen. (Auch die Dänen sind kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1948, zu dieser Großschreibpraxis übergegangen.) Der Internationale Arbeitskreis für Orthographie, in dessen Händen die linguistische Vorbereitung der 1996er Reform lag, hatte sich einstimmig für die gemäßigte Kleinschreibung ausgesprochen. Dennoch wurde eine so weitgehende Neuerung offensichtlich für politisch nicht durchsetzbar gehalten, und an die Linguisten erging der Auftrag, eine vereinfachte Regelung der Substantivgroßschreibung zu erarbeiten. Nach dieser Regelung, die 1996 eingeführt und 2006 nochmals nachgebessert wurde, haben wir uns heute zu richten. Sie mag ein wenig einfacher sein als die alte Substantivgroßschreibung, weil sich die Schreiber nun verstärkt an typischen Substantivbegleitern wie dem Artikel orientieren können. Allerdings müssen wir aufgrund dieser Formalisierung auch Verbindungen wie „im Allgemeinen“ („gewöhnlich“) oder „des Öfteren“ („sehr oft“) großschreiben, die keine Substantive darstellen. Dass die Großschreibung ihre Bindung an Semantisches auf diese Weise z.T. eingebüßt und die fragwürdige Funktion der Markierung von Formalem übernommen hat, sehe ich als grundsätzlich problematisch an. Auch in anderen Bereichen halte ich die Neuregelung für keinen großen Wurf, beispielsweise im Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung, was ich an dieser Stelle allerdings nicht ausführen möchte. (Dies wäre eine eigene Vorlesung.) Als sehr gelungen begrüße ich hingegen die Veränderungen der s-Schreibung, die Ausnahmen beseitigen und

eine wirkliche Vereinfachung herbeiführen. (Das seit 1996 geltende Verfahren geht übrigens auf die sogenannte Heyse'sche Regel aus dem 19. Jahrhundert zurück.) Auch die erweiterten Möglichkeiten, sich bei der Worttrennung am Zeilenende an Silbenstrukturen zu orientieren, liegen im Interesse der Schreibenden. Und schließlich führen – um ein letztes Beispiel zu nennen – auch die neuen Varianten der Fremdwortschreibung zu punktuellen Erleichterungen in einem notorisch schwierigen Schreibungsfeld. So komme ich insgesamt zu einem gemischten Urteil über die Orthographiereform: In einzelnen orthographischen Teilbereichen sehe ich die Neuerung durchaus als Gewinn, in Bezug auf andere (vor allem die Groß- und Kleinschreibung) bezweifle ich, dass die Veränderungen eine Verbesserung der Orthographie herbeigeführt haben.

Kersten Krüger:

Altrector Heidorn²⁰ hat an dieser oder einer anderen Stelle gesagt, er sei gegen die Kleinschreibung. Er sagte sinngemäß: „Ich habe in Moskau liebe Genossen.“ Daher wollte er bei Groß- und Kleinschreibung bleiben. Das ist also der politische Einfluss.

Jetzt meine eigentliche Frage: Marxismus-Leninismus als dem Anspruch nach die maßgebliche Philosophie in allen Wissenschaften. Ihrer Aussage nach war die Bedeutung des Marxismus-Leninismus für die Linguistik gleich null. Im Fach Geschichte 100 Prozent. Die Mathematiker, die bei uns waren, haben nur müde gelächelt und gesagt: „Zwei und zwei ist vier, das kann man nun mal weder kapitalistisch noch marxistisch-leninistisch machen.“ Wie schätzen Sie die Linguistik, die zu Zeiten der DDR ganz offensichtlich auch international einen hohen anerkannten Stand hatte, in Ihrem Verhältnis zum Marxismus-Leninismus ein? Wie es bei Ihnen klingt war es eine Pflichtübung, aber sie hatte keinen Einfluss auf die Ausprägung der Linguistik in Forschung und Lehre.

Petra Ewald:

Der Stellenwert des Marxismus-Leninismus für die Linguistik hing sicherlich vom jeweiligen Forschungsschwerpunkt ab. Für die systemlinguistisch orientierten Untersuchungen sehe ich ihn in der Tat als sehr gering (etwas höher allenfalls in der Lexikbeschreibung). Für die Orthographieforschung gab es mangels Berührungspunkten kaum die Notwendigkeit oder die Erwartung einer marxistisch-leninistischen Ausrichtung. Man war natürlich angehalten, etwa in Qualifizierungsarbeiten eine gewisse Nähe zur Weltanschauung der Arbeiterklasse zu

²⁰ Prof. Dr. Günter Heidorn: Catalogus Professorum Rostochiensium:

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001456

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1. Rostock 2007, S. 21-39.

demonstrieren. Das konnte man sehr gut mit einem (noch heute gültigen) Leninizität bewerkstelligen, in dem die Sprache als wichtigstes Mittel des menschlichen Verkehrs gewürdigt wird. Damit hatte etwa der Doktorand seine fortschrittliche Gesinnung hinreichend bekundet. Ansonsten lag auf der Hand, dass von der Orthographieforschung aufgrund ihres ideologiefernen Gegenstandes eine marxistisch-leninistische Prägung nicht zu erwarten war – anders als etwa von Forschungen zu bestimmten Fragen der Sprachverwendung oder der Sprachgeschichte.

In der Lehre wurde die Verbindungen zum Marxismus-Leninismus zum Teil durch eine entsprechende Benennung von Lehrveranstaltungen hergestellt, etwa durch Etikettierung als marxistisch-leninistische Sprachtheorie. Dennoch war die Ausbildung auch in diesem Bereich alles andere als einseitig, kamen wir als Studenten ebenfalls in Kontakt mit wichtigen linguistischen Schulen „kapitalistischer Länder“, wie der generativen Transformationsgrammatik Noam Chomskys.²¹ Ich persönlich habe in meinem Fachstudium (speziell in der germanistischen Linguistik, die ich am besten überschaue) kaum eine ideologiegeschuldete Beschränkung wahrgenommen. Natürlich mussten wir, wie bereits gesagt, zusätzlich Lehrveranstaltungen zum Marxismus-Leninismus absolvieren, aber selbst diese waren nicht durchgängig lästige Pflichtübungen, sondern – in Abhängigkeit von den Dozenten – z.T. durchaus gewinnbringend. Es gab an der Universität Rostock z.B. sehr mitreißende Philosophen, die uns zum Nachdenken angeregt haben. Stellen Sie sich die Ausbildung in den Disziplinen des Marxismus-Leninismus also bitte nicht pauschal als plumpe Gleichrichterei vor.

Steffen Bild:

Letzte Woche hat Frau Ehlers etwas zur Giftbibliothek gesagt, dass Studenten oder auch Mitarbeiter der Universität, die Zugriff auf Westliteratur brauchten und die eine Genehmigung erhielten, diese auch nutzen durften. Haben sie davon gewusst und diese Möglichkeit genutzt?

Petra Ewald:

Ich wusste, dass es eine solche „Giftbibliothek“ gab, brauchte diese aber nicht zu nutzen, da ich vor allem durch Prof. Nerius Zugang zu wichtiger „Westliteratur“ hatte. Daher kenne ich den Bestand dieser Bibliothek auch nicht genau.

Steffen Bild:

Aber rein theoretisch hätten sie sich die Genehmigung dafür holen können?

²¹ Avram Noam Chomsky, geboren 1928, Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Noam_Chomsky (01.01.2010).

Petra Ewald:

Die hätte ich mir durchaus holen können und auch müssen.

Hilde Michael:

Eine etwas persönlichere Frage: Wie haben sie aus ihrem Blickwinkel die Wendezeit hier in Rostock wahrgenommen?

Petra Ewald:

Die Wendezeit habe ich hauptsächlich in Güstrow verbracht – und zwar in einer sehr „zerrissenen“ Verfassung: Einerseits hat mich natürlich das Wendegeschehen wie alle DDR-Bürger so brennend interessiert, dass ich mich gedanklich kaum davon lösen konnte. Andererseits wusste ich genau, dass es für mein berufliches Leben jetzt nur auf eines ankam, nämlich darauf, meine Habilitation möglichst rasch abzuschließen. Mir war klar, dass davon meine ganze weitere akademische Laufbahn abhängen würde. Daher habe ich mich quasi am Schreibtisch „festgebunden“ und sah dann vor dem Fenster die DDR-Welt in Stücke zerfallen. Als ich nach Rostock kam – das war Ende 1990 –, waren die meisten Wendestürme schon vorbei, allerdings noch nicht für das Rostocker germanistische Institut, das (als übrigens ältestes germanistisches Institut Deutschlands) akut von Abwicklungsplänen bedroht war. Letztlich haben nur massive Proteste, auch von Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern, den Fortbestand unseres Instituts gesichert – faktisch „in letzter Minute“. Insofern habe ich durchaus massive Nachwende-Irritationen in Rostock miterlebt.

Kolja Trieglaff:

Es gab bei Ihnen einen festen Stundenplan. Welche Möglichkeiten hatten sie da? Konnten sie, wenn es feste Studiengruppen gab, einfach an für Sie interessanten Veranstaltungen teilnehmen?

Petra Ewald:

Theoretisch wurde niemand aus einer Vorlesung eines anderen Studienganges hinausgeworfen. Aber unser (vorgegebener) Stundenplan war derart mit Pflichtveranstaltungen gefüllt, dass wenig Freiräume für solche „Ausflüge“ blieben. Wie bereits mehrfach gesagt: Die zentrale und für uns alle sehr wichtige Wahlmöglichkeit bestand in der Entscheidung für einen Diplomkurs, der dann fest in den Stundenplan integriert war. Die anderen Lehrveranstaltungen absolvierten wir weitgehend im Seminargruppenverband.

Insgesamt haben wir weniger „exemplarisch“ studiert als heutige Germanistikstudenten. Wir konnten z.B. nicht entscheiden, ob wir für die Absolvierung einer bestimmten Veranstaltung, etwa einer Vorlesung zur deutschen Gegenwartssprache, Morphologie, Syntax oder Lexikologie belegen. Indem wir durch alle

linguistischen Kerndisziplinen geführt wurden, bauten wir ein weit gefächertes Grundlagenwissen auf, was ich durchaus als Vorteil sehe. Die große Breite unseres Studiums gab uns das Gefühl, sehr solide ausgebildet zu sein. Allerdings wurde sie, so sehe ich es heute, mit geringerer Flexibilität erkauft. Nach der Wende mussten wir folglich lernen, uns mit den neuen Wahlmöglichkeiten anzufreunden.

Kersten Krüger.

Hier ergibt sich für mich eine Anschlussfrage, bezüglich des Verhältnisses von Forschung und Lehre. Mein Eindruck ist, dass in den geisteswissenschaftlichen Fächern oder gesellschaftswissenschaftlichen Fächern mit der Dritten Hochschulreform die Einheit von Forschung und Lehre aufgelöst wurde. Es gab eine vorgeschriebene standardisierte Lehre und es gab nur geringe Freiräume der Forschung, während sich die bürgerliche Universität nach Humboldt durch die Einheit von Forschung und Lehre versteht. Ist der Eindruck richtig, können sie diesen bestätigen oder war es anders?

Petra Ewald:

Ich könnte diese Sicht nicht teilen: Gerade in den Diplomkursen, die zentraler Bestandteil der akademischen Lehre im letzten Studienabschnitt waren, wurde die Einheit in jeder Hinsicht gewährleistet: Die Studenten haben sich dort intensiv mit der aktuellen Forschungsliteratur auseinandergesetzt und sind in laufende Forschungsvorhaben eingebunden worden, haben also mit ihren Diplomarbeiten einen eigenständigen (kleinen) Forschungsbeitrag geleistet. Auch die übrigen Lehrveranstaltungen waren in meiner Wahrnehmung auf dem neuesten Stand der Forschung. Insofern muss ich Ihrer These widersprechen.

Heiko Marski:

Wir haben in der Vergangenheit mehrfach gehört, dass es Fächer gibt, in denen Frauen benachteiligt werden. Sie haben vorhin gesagt, die Germanistik sei fest in Frauenhand. Könnte man hier vielleicht davon sprechen, dass es in der Germanistik eher von Nachteil ist, wenn man ein Mann ist?

Petra Ewald:

Fest in Frauenhand sieht man die Germanistik nur, wenn man auf die Studenten schaut. Hier bilden Männer die Minderheit, was für diese aber sicherlich nicht zu Nachteilen führt. Auf der Ebene der Professoren kehrt sich das Zahlenverhältnis dann eher um, kann man von einer „Germanistik in weiblicher Hand“ keinesfalls sprechen. Es gibt sicherlich unterschiedliche Gründe dafür, warum Frauen auf dieser Ebene weniger präsent sind. (Das ist wiederum ein weites Feld.) Für mich persönlich kann ich jedoch sagen, dass ich mich als Frau niemals benachteiligt

gefühlt habe, also niemals irgendeine Form von Diskriminierung erleben musste. Zwar wurden mir Meinungen von Kollegen zugetragen, eine Frau mit zwei Kindern sei für die Wissenschaft verloren. Aber diese waren für mich eher Ansporn, das Gegenteil zu beweisen.

Kersten Krüger:

Wir dürfen uns bei Frau Petra Ewald für ihren engagierten und beeindruckenden Vortrag bedanken, ebenso für die lebhaftige Diskussion und für den Erkenntnisgewinn, den wir, so meine ich, alle heute davontragen.

Hartwig, Angela



Lebenslauf

Adresse der Homepage mit weiteren Informationen:
http://www.ub.uni-rostock.de/ub/xAboutUs/archiv_xde.shtml

<i>akademischer Titel:</i>	Diplomhistorikerin, Dr. phil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	Leiterin des Universitätsarchivs und der Kustodie
<i>Forschungsgebiete:</i>	Universitätsgeschichte, Archivgeschichte

Lebensdaten: geboren am 29.06.1960 in Leipzig

Vater: Dr. Jürgen Haufe

Mutter: Karin Haufe

Kurzbiographie:

1979	Abitur
1982-1987	Geschichtsstudium
Seit 1990	Universitätsarchiv Rostock

Akademische Abschlüsse:

1987	Diplomhistoriker
2010	Promotion

Werke (Auswahl):

Hartwig, Angela: Handbibliothek des Thünen-Archivs der Universität Rostock. In: Handbuch der Historischen Buchbestände in Deutschland. Bd. 16 Mecklenburg-Vorpommern. Brandenburg. Hildesheim [u.a.]: Olms-Weidmann, 1996, S. 174.

Hartwig, Angela: Ferdinand von Müller betreffende Dokumente und Akten in mecklenburgischen Archiven. In: Ferdinand von Müller : 1825 – 1896. Rostock : Univ., 1998 (Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock, 22), S. 39-52.

Hartwig, Angela (Hrsg.); Schmidt, Tilmann (Hrsg.): Die Rektoren der Universität Rostock : 1419 - 2000. Rostock : Univ., 2000 (Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock, 23)

Hartwig, Angela: Das Universitätsarchiv zwischen 1990 und 1999. In: Bibliothek zwischen Kontinuität und Wandel. Rostock : Univ., 2000 (Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek Rostock, 129), S. 289-297.

Hartwig, Angela: Der Physiker Pascual Jordan (1902-1980) an der Rostocker Universität : naturwissenschaftliche und technische Überlieferungen im Rostocker Universitätsarchiv. In: Naturwissenschaften und Archive. Naturwissenschaftliche und technische Überlieferungen in Archiven wissenschaftlicher Einrichtungen. Rostock: Univ., 2001, S. 32-40.

Hartwig, Angela: Die Entwicklung des Rostocker Universitätsarchivs in den 1960er Jahren. In: Buchsteiner, Ilona (Hrsg.): Rostocker Landes- und agrargeschichtliche Forschungen nach 1990. Rostock : Univ. 2001, S. 139-144.

Hartwig, Angela: Die Ehrenpromotion von Georg Christian Friedrich Lisch an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock. In: Mecklenburgische Jahrbücher 117 (2002), S. 163-170.

Hartwig, Angela: Der Bestand des Rostocker Thünen-Archivs. In: 100 Jahre Thünen-Archiv an der Rostocker alma mater 1901 – 2001. Tellow : Thünen-Museum, 2002 (Tellow Thünen-Schriften, Bd. 2), S. 36-57.

Hartwig, Angela: Georg Christian Friedrich Lisch und die Universität Rostock. In: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock 29 (2002), S. 252-266.

Hartwig, Angela: Der Rechtsstreit zwischen der Universität Rostock und Herrn N. N.: Verlauf – Ergebnisse – Konsequenzen, In: Hering, Rainer; Mahn, Michael (Hrsg.): 2. Norddeutscher Archivtag, 23. bis 24. Juni 2003 in Schwerin. Nordhausen: Bautz, 2003, S. 513-521.

Hartwig, Angela; Münch, Ernst: Die Universität Rostock : Geschichte der „Leuchte des Nordens“ in Bildern. Erfurt : Sutton, 2008.

Hartwig, Angela: Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990. Rostock 2010 (Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 13).

Quellen: Eigene Angaben

Zeitzeuginnengespräch mit Angela Hartwig am 10. Juli 2009

Protokoll und Transkription:

Julia Harder, Julia Linke, René Ide, Carsten Schrepper

Kersten Krüger:

Wir begrüßen die Archivarin unserer Universität, Frau Angela Hartwig. Wir können beginnen. Sie haben das Wort, Frau Hartwig.

Angela Hartwig:

In Vorbereitung auf dieses Seminar habe ich mich mit der Frage beschäftigt, was ich heute sagen sollte und was nicht. Die älteren Herrschaften, die uns in dieser Lehrveranstaltung besucht haben, konnten ihr Leben ein wenig in Gelassenheit Revue passieren lassen. Da ich aber gerade erst etwa in der Mitte meines Lebens stehe oder knapp darüber hinaus bin, ist dies für mich nicht so einfach. Stellen Sie sich vor, dass Sie vielleicht in 20 Jahren darüber nachdenken, bei einer solchen Veranstaltung teilzunehmen. Sie werden sich auch fragen, was nun von Interesse ist und was nicht.

Dieses sind die ersten Fragen, die ich mir gestellt habe. Wie wird man Leiterin eines Universitätsarchivs? Ist es Zufall oder ist man zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort? Ist es die Ausbildung oder das Durchsetzungsvermögen? Oder aber ist es der Spaß an der Arbeit oder Interesse an der Sache? Zunächst aber sage ich einiges zu meiner Person. Ich bin Jahrgang 1960, verheiratet und habe zwei Kinder. Geboren bin ich in Leipzig, und die ersten zwei Jahre meines Lebens wurde ich von meinem Großvater betreut, da sich meine Mutter zu dieser Zeit noch in ihrer eigenen Ausbildung befand. Nach dieser Zeit wuchs ich in Kühnlungsborn auf, wo ich den Kindergarten besuchte und auch eingeschult wurde. Während meiner damals üblichen polytechnischen Ausbildung, die in der damaligen DDR zehn Klassen umfasste, besuchte ich drei Jahre lang die 74. Sowjetische Mittelschule in Leningrad. Diese Erfahrung hat mich sehr geprägt. In meiner Klasse, der etwa 30 russische Schüler angehörten, war ich die einzige deutsche Schülerin. Zwar hatte meine Mutter vor meinem Aufenthalt in Leningrad versucht, mir Russisch beizubringen, aber als Viertklässlerin hatte ich damals nicht viel Interesse daran, mich mit der Sprache zu beschäftigen. Nun kam ich an diese Schule und musste mich dort zurechtfinden. Das ist eine Erfahrung, die für das ganze Leben prägt.

Nach einem weiteren Schulaufenthalt in Rostock habe ich schließlich mein Abitur in Dresden abgelegt und studierte von 1982 bis 1987 in Leipzig. Es scheint

mir wichtig zu erwähnen, dass ich mein Studium mit zwei Kindern absolviert habe. Bereits vor Aufnahme meines Studiums hatte ich mein erstes Kind und das zweite folgte in meinem ersten Studienjahr. Mein Mann und ich waren ein Studentenehepaar, was auch zu DDR-Zeiten unüblich gewesen ist. Zwar kam es häufiger vor, dass Studentinnen während ihres Studiums ein Kind bekamen, aber dass eine Studentin schon mit einem Kind anfang zu studieren und im ersten Studienjahr das zweite Kind bekam, war etwas Außergewöhnliches. Zunächst war dies von meinen Professoren nicht gerne gesehen, aber zum Abschluss meines Studiums teilten mir diese Professoren, von denen mich viele meine ganzen fünf Studienjahre über hinweg betreut hatten, mit, dass sie es bewundernswert fanden, wie ich mein Studium gemeistert habe. Ich war sogar eine der ersten aus meiner Seminargruppe, die ihre Diplomarbeit fertig abgeben konnte. Andere Mitstudentinnen oder Mitstudenten mussten um eine Verlängerung bitten, obwohl sie keine Kinder hatten.

Im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR wurde 1965 beschlossen, dass nur maximal 10 % der Schüler zum Abitur und danach zum Studium zugelassen wurden. Auch wurden bestimmte Studienparameter von 1967 bis zum Ende der DDR festgelegt, die unter anderem beinhalteten, dass an den Universitäten 15 Wochen lang Lehrveranstaltungen stattzufinden hätten. Den Lehrveranstaltungen folgten ein bis zwei Prüfungswochen und daran schloss sich die veranstaltungsfreie Zeit an, die für Praktika oder auch Ferien genutzt werden konnte. Es war festgelegt, dass die Studentinnen und Studenten zur Anerkennung eines Semesters an mindestens acht von 15 Wochen die Lehrveranstaltungen besuchen mussten. Dies stellte für mich ein Problem dar, da mein Sohn im März meines ersten Studienjahres geboren wurde und es für mich schwierig war, kurz nach der Geburt meine Lehrveranstaltungen zu besuchen. Erwähnen wollte ich noch, dass es zu meiner Studienzeit an der Universität Leipzig einen so genannten „Babyraum“ gab. Hierbei handelt es sich um eine Möglichkeit sein Kind mit zur Universität zu nehmen. Man konnte das Baby im Kinderwagen in diesen Raum stellen. Natürlich musste man Fläschchen und Windeln selber mitbringen, und die Kinder wurden in diesem Raum von einer extra abgestellten studentischen Hilfskraft betreut, die alle 14 Tage wechselte. Ein solcher Babyraum ist nach heutigen Maßstäben wohl fast unvorstellbar und existiert auch in Leipzig nicht mehr. Ich nahm keine Förderung für Studentinnen mit Kind an, da ich meine Angelegenheiten schon immer lieber selber regeln wollte. Durch die Erfahrungen mit meinem ersten Kind war es für mich bei dem zweiten Kind kein Problem einen Krippenplatz und später einen Kindergartenplatz zu bekommen. Ein Kind während des Studiums zu haben war sogar von Vorteil, denn ich musste nicht an Ernteeinsätzen oder am „Studentensommer“ teilnehmen, was in der DDR für alle anderen Studenten obligatorisch gewesen ist. Deswegen konnte ich mich in dieser Zeit besonders meinen Kindern widmen.

Auch in Leipzig gab es damals Studentenwohnheime, die sich im Süden und im Osten der Stadt konzentrierten. Ich selbst wohnte zwar in der Nähe eines Studentenwohnheims, aber ich verfügte über eine eigene Wohnung. Das hatte Vor- und Nachteile. Zum einen hatte ich meine Privatsphäre, zum anderen war ich natürlich nicht derart in das Studentenleben integriert, als wenn ich in einem Studentenwohnheim gelebt hätte. In diesen Wohnheimen in Leipzig gab es Zwei- und Vierbettzimmer mit jeweils einem Bad und einer Küche. Insgesamt wurden in einem Studentenwohnheim 12 Studentinnen oder Studenten je Wohnung untergebracht. Andere junge Mütter wurden in Leipzig in einem Vierbettzimmer mit einer weiteren Studentin und ihrem Kind untergebracht, was für beide wohl problematisch war.

Die damals existierenden Seminargruppen waren für mich von Vorteil, da es gerade mir als Mutter eines Säuglings passieren konnte, dass ich hin und wieder Veranstaltungen nicht besuchen konnte. Meine Mitstudentinnen oder -studenten nahmen in diesem Fall sofort einen Bogen Blaupapier zur Hand und so bekam ich per Durchschrift immer die entsprechenden Unterlagen. Wie schon erwähnt, hatte ich aber den Nachteil mit zwei Kindern, dass ich abends nicht mal eben schnell in die „Moritzbastei“, die Studentenkneipe gehen konnte, aber ich hatte mich bewusst für meine Kinder entschieden und wusste, wo meine Prioritäten lagen.

Mein Mann war auch Student, allerdings war er schon ein Studienjahr weiter vorangeschritten als ich. Er studierte in Leipzig an der Sektion Veterinärmedizin und Tierproduktion. Da es sich hierbei um einen völlig anderen Studiengang handelte, konnten wir beide uns ganz gut arrangieren, was die Betreuung unserer Kinder betraf. Während der eine in die Bibliothek fuhr, blieb der andere zum Lernen zuhause und betreute die Kinder. Ich war in besonderem Maße auf das Bibliotheksstudium angewiesen, und als ich nach Rostock kam, war ich höchst erstaunt, dass hier die Bibliotheken nur bis 20 Uhr geöffnet hatten. In Leipzig war das nämlich in etwa die Zeit, zu der ich erst in die Bibliothek losfuhr und ich blieb dann bis um 22 Uhr. Man kann sagen, dass ich zwischen 20 und 22 Uhr einen festen Platz in der Deutschen Bibliothek hatte. Für mich war es völlig normal, erst abends zum Lernen loszufahren und um studienrelevante Dinge zu erledigen.

Wir hatten im zweiten Semester einen japanischen Studenten in unserer Seminargruppe der derart davon fasziniert war, dass es in der DDR für eine junge Mutter von zwei Kindern möglich war zu studieren, so dass er mich interviewte. Der Artikel erschien in einer japanischen Frauenzeitschrift und dabei entstand auch dieses Bild (Abbildung 1). Es ist in meinem zweiten Semester aufgenommen worden und zeigt mich mit meinen Kindern. André war im März geboren, das ist das kleine Kind auf dem Bild. Anja war damals zweieinhalb Jahre alt. Aus meiner Studienzeit existieren nicht viele Bilder. Lieber hätte ich Ihnen eines gezeigt, auf dem ich über Büchern sitze, aber so eines habe ich leider nicht.



アンゲラと子どもたち

「近くに住んでいる伯母が手伝いに来てくれるし、私か彼が休むわ」

そういえば、授業で出欠をとる時、休んでいる彼女に代わって他の学生が、「アンゲラは子どもが病気で休んでいます」と大きな声で答えていたことがありました。

いろいろな話をして家を出たのは、もう六時近く。家事を共同でやることに、力みもてらいいもの二人の姿はさすがらしいものでした。男女の平等が社会的に保障され、厚い福祉の手がさし伸べられるなかで、それがごく自然のことになっているのでしよう。

ドイツ民主共和国（東ドイツ、略称DDR）では結婚は総じて早く、男性二三・五歳、女性二一・五歳がその平均（一九八一年）で、学生結婚も珍しいことではありません。

その中で、アンゲラ一家の生活は、学生夫婦としては若干めぐまれた部類に入るかもしれません。

住宅難のライプツィヒのこと、結婚しても自分たちの家が見つからず、学生寮に子どもといっしょに暮らしている学生夫婦もかなりいます。学生寮に設けてある夫婦用の部屋は数が不足しがちで、私の住んでいた寮の場合、一階にある一般学生用の部屋全部を、数組の夫婦にあてていました。洋服ダンスやおもちゃ箱が廊下にまではみ出している生活は、たしかに「快適」とはいいがたいでしよう。

しかし、祖母から家を引き継ぐ「幸運」があつたにしろ、なかったにしても、さまざまな福祉措置が、すべての新婚夫婦の生活のひだを細かく潤しているのはたしかなことです。

☆.....☆
福祉が充実

ど、子どもがいる方がやっぱり張り合いがあっていいわ」
アンゲラが話している間に、ステファンはアンドレのおむつの取り換えをはじめました。多少ぎこちなさはあるものの、なかなか慣れた手つきです。
「ところで、子どもが病気のときにはどうするの？」

Abbildung 1

Eine japanische Zeitschrift berichtete im Sommer 1983 über das Studium von Frauen mit Kindern in der DDR. Angela Hartwig als Studentin mit ihren Kindern in Leipzig.

Privatarchiv Angela Hartwig

Auch als Studentin mit zwei Kindern musste ich während meines Studiums allen Anforderungen – bis auf Ernteeinsatz und Sommerlager – gerecht werden. Aber durch meinen Auslandsaufenthalt in Leningrad und den anschließenden Besuch einer Sprachklasse hatte ich einen weiteren Vorteil, denn ich musste an der obligatorischen Ausbildung in Russisch während meines Studiums nicht teilnehmen. Alle Studenten hatten obligatorisch während ihres Studiums einen höheren Abschluss als während des Abiturs in Englisch und Russisch zu erreichen. Dieser höhere Abschluss nannte sich „Sprachkundigenprüfung 2 B“; man konnte jedoch auch einen noch höheren Abschluss machen, genannt „2 A.“ Aufgrund meiner drei Jahre in Leningrad und der weiteren Sprachausbildung im Anschluss, wo mir nicht mehr viel beigebracht werden konnte, legte ich die Sprachkundigenprüfung 2 A schon während meiner Abiturphase ab. Das bedeutete für mich, dass ich während meines Studiums nicht weiter am Sprachkurs teilnehmen musste. Ich hatte lediglich mein Abiturzeugnis vorzulegen und war somit vom Russischunterricht befreit. Besonders günstig war diese Befreiung für mich, da der Sprachunterricht zumeist abends stattfand und ich an diesen Tagen dann früher als meine Mitstudentinnen und -studenten zuhause sein konnte. Meine Diplomarbeit schloss ich im Mai 1987 ab und wurde somit Diplom-Historikerin.

Im August 1989 zogen mein Mann und ich mit unseren Kindern nach Rostock, da mein Mann dort eine Anstellung bekommen hatte. Ich begann im März 1990 meine Tätigkeit im Universitätsarchiv, allerdings zunächst nicht, weil ich Archivarin werden sollte, sondern weil viele Berufsperspektiven mit dem Ende der DDR eingeschränkt wurden, wie zum Beispiel im Bereich des Lehramts. So nutzte ich die Chance und fing im Universitätsarchiv an zu arbeiten, aber nach vier Wochen hätte ich diese Tätigkeit am liebsten wieder aufgegeben. Doch revidierte ich diese Meinung schnell. Im März 1990 hatte ich eine Vorgesetzte, die nicht wollte, dass das Universitätsarchiv die Mitarbeiter aufstockte. Es arbeiteten dort bereits vier Kollegen, und so wurde mir von Anfang an klargemacht, dass wenn eine Stelle gestrichen werden sollte, es sich dabei um meine handeln würde. Nach und nach fand ich mich aber in die Arbeit im Universitätsarchiv ein und entwickelte Gefallen an meiner Tätigkeit. Zunächst wurde ich mit der Verzeichnung des Rektoratsbestandes von 1946 bis Mitte der 80er Jahre betraut. Zu dem Zeitpunkt war ich aber völlig unerfahren, was die Verzeichnung von Beständen betrifft. Im Januar 1992 verließ die damalige Leiterin das Archiv und ich wurde von meinem damaligen Vorgesetzten, dem Direktor der Universitätsbibliothek Herrn Professor Jügelt,¹ zunächst mit der Leitung des Archivs beauftragt.

Zu dem Zeitpunkt war allerdings bereits klar, dass alle Planstellen der Universität im Sommer 1992 neu vergeben werden sollten und dass damit auch eine

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Jügelt: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001946

neue Situation im Universitätsarchiv entstehen würde. Alle Mitarbeiter der Universität mussten sich bis zum 01. Juli 1992 auf ihre oder auch eine andere Stelle neu bewerben. So bewarb ich mich auf den Posten der Leiterin des Universitätsarchivs und bekam die Stelle auch. Damit begann meine richtige Tätigkeit im Archiv. Mein Studium half mir sehr, mich in die dortige Arbeit einzufinden. Ein historisches Studium ist zwar keine Grundlage für die Tätigkeit als Archivarin aber eine gute Voraussetzung. Es hätte sich für mich angeboten, meinem Diplomstudium zur Historikerin ein Archivstudium anzuschließen, aber ich hatte in den 90er Jahren nicht die Möglichkeit dazu. Dennoch konnte ich viele Kontakte zu anderen Archiven und Archivaren in der Region aufbauen. Hierbei profitierte ich von meiner jahrelangen Tätigkeit als Stellvertreterin im Landesverband des Vereins deutscher Archivare. So konnte ich mir einen Überblick über die Struktur der Archive verschaffen und die Probleme, die mit dem Ende der DDR auf die Archive zukamen, genauer betrachten. Auch die Kontakte zu anderen Universitäts- und Hochschularchivaren waren hilfreich. Aus dieser kurzen Biographie ist ersichtlich, dass ich keine Rostocker Studentin bin, aber inzwischen fühle ich mich fast so, als hätte ich hier studiert.

Durch die Arbeit mit den Akten habe ich viele Einblicke in die Geschichte Rostocks erlangen können und ich fühle mich als Hüterin der Vergangenheit dieser Universität. Ich arbeite nunmehr 20 Jahre in diesem Archiv und eine solche Zeitspanne geht nicht spurlos an einem vorüber. Im Folgenden werde ich auf meine Arbeit im Archiv genauer eingehen. Ich werde dabei vier Etappen genauer beleuchten: Beginnen werde ich mit der „Einarbeitung und Wendezeit“, welche sowohl mich als auch das Archiv geprägt haben. Danach werde ich zum Thema „Archivalltag“ sprechen. Wenn die Zeit reicht, werde ich kurz auf die „Herausforderungen 2000“ mit der Übernahme der Kustodie eingehen. Abschließend werde ich einen Ausblick auf den „Beginn der Vorbereitungen zur 600-Jahrfeier“ der Universität geben.

Zunächst aber der Punkt: „Einarbeitung und die Anforderungen nach der Wende“. Für mich war die Aufnahme meiner Tätigkeit im Universitätsarchiv in vielerlei Hinsicht ein neuer Anfang. Zum einen war ich neugierig auf meine neuen Aufgaben, die sich aus meiner Tätigkeit als Archivarin ergaben, zum anderen hatte der Untergang der DDR im Herbst 1989 tiefgreifende gesellschaftliche und politische Veränderungen zur Folge. Die Wende war für das Universitätsarchiv mit enormen Herausforderungen verbunden. Im Frühjahr 1990 wurde der Bereich des ersten Prorektors aufgelöst und das hieß konkret für das Archiv, dass es nunmehr direkt der Universitätsbibliothek unterstellt wurde. Zuvor, seit der Gründung der Universität 1419, war das Archiv immer direkt dem Rektor unterstellt. In diesem Wirkungskreis hatte das Universitätsarchiv gewirkt und war aus ihm hervorgegangen. Seit dieser Umstrukturierung 1990 hieß es, es solle geprüft werden, ob das Archiv tatsächlich weiterhin der Universitätsbibliothek unterstellt

bleiben solle, doch bis heute ist dies der Fall. Gerade heute habe ich erfahren, dass die Universitätsbibliothek nicht mehr dem Bereich des Kanzlers, sondern wieder dem Bereich des Rektors unterstellt ist. Dies würde bedeuten, dass auch das Archiv wieder, wenn auch über den Umweg der Bibliothek, dem Rektor unterstellt würde. Mein direkter Vorgesetzter ist aber weiterhin der Direktor der Universitätsbibliothek. Das Problem hierbei ist, dass die Universitätsbibliothek und das Universitätsarchiv völlig unterschiedliche Arbeitsweisen haben. Denn Bibliothekare sammeln Bücher, Archivare übernehmen das ihnen zukommende Registraturgut der Behörden, archivieren es und stellen es dem Benutzer zur Verfügung.

Diese unterschiedliche Arbeitsweise stellte in meinem ersten halben Jahr meiner Tätigkeit als Leiterin des Universitätsarchivs ein großes Problem dar, da der Direktor der Universitätsbibliothek wollte, dass das Archiv genauso funktionierte wie die Bibliothek. Ich hatte aber die Erfahrung gemacht, dass dies aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen nicht möglich ist. Inzwischen haben wir uns in dieser Frage geeinigt, dass ICH die Archivarin bin.

Die Wende rief für alle Archive in den neuen Bundesländern eine ganz neue Situation hervor. Wir hatten Konflikte zu lösen, Akten zu sichern, zu bewahren, zu verzeichnen und die Ergebnisse – möglichst sofort – der Benutzung zur Verfügung zu stellen. Solch einen „Spagat“ zu realisieren war einfach schwer. Die Nutzerzahlen stiegen nach der Wende enorm. Das hing zum Einen damit zusammen, dass wir sehr viele Studienzeitbescheinigungen an ehemalige Studenten ausstellen mussten, die diese für Rentenberechnungen benötigten, trotz eines vorhandenen Zeugnisses. Zum Anderen brauchten viele Beschäftigte der Universität Entgeltbescheinigungen, die ebenfalls das Archiv auszustellen hatte. Insgesamt hatte dies tausende Anfragen im Jahr zur Folge. Dazu kamen sowohl historische Anfragen, vor allem die DDR-Zeit betreffend.

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen besagten damals, dass alles, was von 1945 bis 1990 im Archiv der Universität entstanden war, sofort für die Nutzung zur Verfügung zu stellen sei. Dies ging gar nicht, da es nicht verzeichnet war. Natürlich gab es auch Anfragen zu den historischen Beständen, die eigentlich hätten verzeichnet sein sollen, was jedoch in Rostock nicht der Fall war. Die Benutzer wollten es aber. Viele von Ihnen waren jahrzehntelang von der Benutzung des Rostocker Universitätsarchivs ausgeschlossen und wollten nun endlich bestimmte Dinge einsehen. Neben diesen Benutzungsfragen hatten wir aber auch Übernahmen zu realisieren. Es galt, das Registraturgut, das in aufgelösten Einrichtungen und Instituten stand, zu übernehmen, zu sichern und zu verwahren. Nur wer organisierte diese Übernahme noch? Die Institute, die geschlossen wurden, verschwanden, aber die Schränke mit ihren Akten blieben voll dort stehen. Nur die Wenigsten machten sich noch die Mühe, Übergabelisten zu schreiben und sich diese bei Abgabe im Archiv abzeichnen zu lassen. Nun kamen aber die neuen

Institute, die diese Räume übernahmen, und mich, beziehungsweise das Archiv baten, die Schränke leer zu machen, um diese für ihre Zwecke nutzen zu können. Im Folgenden nenne ich ein paar Zahlen für das allgemeine Verständnis: 1960 bestand das Universitätsarchiv aus 500 laufenden Metern, 1989 waren es 1.000 laufende Meter und heute fast 3.000.

Kommen wir noch einmal auf die Anforderungen an das Archiv im Jahr 1990 zurück. Es gab auch aus der Universität heraus eine Angelegenheit, die uns enorm viel Zeit gekostet hat, die aber für die personelle Erneuerung der Universität wichtig war. Wir hatten Akten für die Ehrenkommission, für die Rehabilitierungskommission und für die Berufungskommissionen zur Verfügung zu stellen. Das bedeutete für das Archiv, zahlreiche Personal- und Studentenakten auszuheben und diese den entsprechenden Gremien zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren wurden Sachakten durch die Gremien angefordert, unter anderem Parteiakten, welche zu unserem Bestand zählten. Das alles waren Anforderungen, die über das normale Maß eines Universitätsarchivs hinausgingen. Die eigentlichen Kernaufgaben unseres Archivs sind Übernahmen, Sicherung, Ordnung und Verzeichnung der Bestände. Diese blieben zunächst auf der Strecke.

Der Verzeichnungszustand des Rostocker Universitätsarchivs war zu Beginn meiner Tätigkeit als Leiterin sehr schlecht. Es gab keine Findhilfsmittel. Es gab zwar ein altes Findbuch von 1939, dieses konnte den Benutzern jedoch nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, weil einer meiner Vorgänger darin Bestände aufgelöst beziehungsweise kassiert hatte ohne darin zu verzeichnen, wo sich diese befinden. Weiterhin gab es noch einen Aktenplan für den Rektoratsbestand ab 1900, mehr nicht. Die Personalakten, die Studentenakten und die Promotionsakten waren alphabetisch geordnet. Andere Bestände waren „geordnet gelegt.“ Das bedeutete, dass die Akten in Bündel verpackt und mit so genannten Aktenschwänzen versehen waren. Auf den Aktenschwänzen war dann verzeichnet, was in den gebündelten Heftern zu finden war. Dieses ganze System der Ordnung funktionierte so überhaupt nicht. Je länger man in einem Archiv tätig ist, desto besser kennt man natürlich auch die eigenen Bestände und kann so dem Benutzer besser helfen. Das ist einfach eine Frage der Zeit. Meine Vorgänger, die lange im Archiv arbeiteten, hatten ihre Bestände soweit im Griff, dass sie spezielle Nachfragen schnell bearbeiten konnten. Sie hatten sich bestimmte Akten schon so bereit gelegt, dass sie schnell darauf zugreifen konnten.

Ich bin jedoch anders veranlagt. Wenn ich morgen tot sein sollte, findet trotzdem jemand etwas in meinem Archiv. Das ist der eigentliche Anspruch für mich an eine Archivarin: ich muss so verzeichnen, dass auch ein Benutzer Akten findet. Ich werde später noch einmal darauf zu sprechen kommen, wie wir das heute handhaben, da sich heute jeder schon mit Hilfe des Webarchivs auf seine Nutzung vorbereiten kann. Zwar gibt es auch heute noch eine Art Herrschaftswissen von Archivaren, aber für das Universitätsarchiv Rostock kann ich das so

gut wie ausschließen, weil wir alles, was wir machen, auch veröffentlichen, und zwar in Form von Findhilfsmitteln. Im nächsten Jahr soll es eine Bestandsübersicht geben, durch die es dann noch einfacher wird, Zugang zu den Akten zu finden.

Da es zur damaligen Zeit keine Findhilfsmittel gab, war es zunächst wichtig die Entscheidung zu treffen, welchen Bestand wir zuerst verzeichnen. Ich habe mich damals dafür entschieden, zunächst die ältesten Bestände zu verzeichnen und dann weiter an die Gegenwart heranzugehen, was sich aus heutiger Sicht als richtig erwies. Aber das musste ich zu diesem Zeitpunkt erst einmal richtig beurteilen können. Wir haben zusammen mit Praktikanten zunächst grob verzeichnet und geordnet.

Wir hatten also riesengroße Anforderungen an das Universitätsarchiv zu erfüllen, hatten aber durch die Wende für viele Sachen keine rechtliche Grundlage mehr. Bis zur Wende galt das Archivgesetz der DDR von 1976, welches für einige Bereiche noch bis weit in die 1990er Jahre galt. Ich habe mich im Sommer 1992 bemüht, eine vorläufige Archiv- und Benutzerordnung zu erarbeiten und dem Akademischen Senat vorzulegen. Diese ist dann auch 1992 vom Senat beschlossen worden. Jedoch galt diese nur vorläufig. Wir mussten uns natürlich an den Bedingungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern orientieren, da alle archivarischen Angelegenheiten der Länderhoheit unterliegen. Das hieß für uns zu warten, bis das Landesarchivgesetz kam, um die gültige Archivordnung an das Landesgesetz anpassen zu können. Das Landesarchivgesetz wurde am 7. Juli 1997 verabschiedet. Am 1. August 1998 ist dann die heute gültige Archiv- und Benutzerordnung vom Senat der Universität Rostock verabschiedet worden.

Ich habe von den riesigen Anforderungen an das Universitätsarchiv gesprochen, die aus den Aufgaben der Universität selbst entstanden sind. Hinzu kam, dass mehrere Hochschulen beziehungsweise Institute geschlossen wurden und wir als Rechtsnachfolger festgelegt wurden. Dies galt für die Seefahrtsschule Warnemünde-Wustrow, deren Archivbestand mehr als 500 laufende Meter umfasste, ebenso für die Pädagogische Hochschule Güstrow, ebenfalls mit 500 laufenden Metern, und für das Lehrerbildungsinstitut Lichtenhagen, dass bereits in den 1970er Jahren die Lehrerbildungsinstitute Putbus und Neukloster übernommen hatte mit 150 laufenden Metern. Auch die Bestände dieser Einrichtungen waren nicht ordnungsgemäß verzeichnet. Wie erwähnt, sind Archive nicht unbedingt die Lieblingkinder der Hochschulleitungen. Als Beispiel sei hier die Pädagogische Hochschule Güstrow genannt. Von dieser hatten wir knapp 200 laufende Meter Studentenakten übernommen, für welche es eine hohe Anzahl an Anfragen für Studienzeitbescheinigungen und Zeugnisabschriften gab. Diese 200 laufenden Meter waren jedoch Seminargruppenweise abgelegt. Wenn die ehemaligen Studierenden also vergessen hatten, wie ihre Seminargruppe hieß, dann kamen sie nicht an den Bestand heran, oder es war der komplette Bestand durch-

zusuchen. Was habe ich nun gemacht? Ich habe 1993 mit Praktikanten, studentischen Hilfskräften und natürlich auch meinen Mitarbeitern diese knapp 200 laufenden Meter ins Alphabet gebracht. Das war ein Riesenspaß, ironisch bemerkt, aber wir können heute damit arbeiten. Aber das sind Dinge, die einfach getan werden mussten. Wir hätten sonst immer Probleme bei der Aktenfindung gehabt.

Hinzu kam, dass 1992 die Zahl der Mitarbeiter des Archivs von ursprünglich sieben auf drei reduziert wurde. Das brauche ich wohl nicht weiter zu kommentieren. Als Nächstes ergaben sich Raumprobleme. Anfang der 1990er Jahre wurde die gesamte Fassade des Hauptgebäudes der Universität saniert. Da bei uns im Archiv die Regale direkt vor den Fenstern stehen und diese gewechselt wurden, hatten wir zum Teil die Regale zu räumen. Dies war sehr schwer, da das Archiv bereits zu diesem Zeitpunkt zu 120 Prozent ausgelastet war. Ins Hauptgebäude konnten die Archive Güstrow, Warnemünde-Wustrow und Lichtenhagen schon nicht mehr übernommen werden, weshalb eine Baracke auf dem Gelände der ehemaligen Seefahrtsschule zur Verfügung gestellt wurde, die aber in keiner Weise den nötigen Sicherheitsanforderungen eines Archivs entsprach. Diese Baracke befand sich in der Nähe des Rostocker Stadtviertels Groß-Klein. Ein großes Problem war für mich hierbei, dass dort junge Leute lebten, die sich in ihrer Freizeit in dem Gelände aufhielten und oft mit Feuer spielten. Die Universität hatte großes Glück, dass dort nie etwas passiert ist. Dieses Provisorium dauerte bis 2004.

In diesem Jahr zogen wir in den Bücherspeicher in der Innenstadt um. Es mussten dort neue Regalböden angeschafft werden, da unsere Akten tiefer sind als Bücher. Zunächst wurden diese neu eingebaut, bevor wir mit den Beständen aus Groß-Klein einziehen konnten. Wir hatten einen großen Teil der Archivbestände in Groß-Klein, beispielsweise den Bestand der Universitätsbibliothek, welcher im 16. Jahrhundert beginnt, ebenso Konzilprotokolle, Registraturgut aus dem Rektorat und wertvolle Sachen aus der medizinischen Fakultät. Wäre also dort etwas passiert, hätte das einen bedeutenden Schaden für die Universität bedeutet, was ihr Gedächtnis betrifft.

Auch heute übernimmt das Archiv das Registraturgut noch gebündelt und mit entsprechenden Übernahmelisten und Nummern. Die Akten werden in säurefreien Kartons gelagert. In diesen befinden sich Mappen, so dass das Material keinen Schaden nehmen kann. Wir haben Kartons angeschafft, die sehr gut nutzbar sind, da sie Öffnungslaschen nach vorn haben. Dies wirkt sich jedoch negativ auf den Platz aus, da diese Kartons tiefer stehen als andere. Die Raumprobleme bestehen bis heute. Mit dem anstehenden Auszug aus dem Universitätshauptgebäude nehmen die Probleme zu. Wir müssen mit den Akten komplett in den Bücherspeicher einziehen und haben dabei so eng packen müssen, dass die Gänge sehr schmal sind und wir kaum noch hindurch passen. Mit diesem Provisorium müssen

wir mindestens drei Jahre leben. So wie es aber bis jetzt aussieht, wird es jahrzehntelang keine andere Lösung geben, falls die Universitätsleitung nicht doch noch eine andere Entscheidung trifft.

Zum Alltag des Universitätsarchivs kann ich kurz sagen, dass unsere wichtigste Aufgabe darin besteht, Bestände zu verzeichnen. Dazu gehört die kontinuierliche Übernahme von Registraturgut. Wir haben eine systematische Registraturbildnerbetreuung aufgebaut. Wir haben alle unsere verzeichneten Bestände ins Webarchiv gestellt, also eine Recherchemöglichkeit im Internet geschaffen. Die Findmittel sind heute zwar elektronisch, aber sie haben auch die Möglichkeit gedruckte Findbücher einzusehen. Das ist für mich das Offenlegen dessen, was die Universität Rostock zu verwalten hat. Wir bieten regelmäßige Lehrveranstaltungen an, bilden Praktikanten aus und sind verantwortlich für die Reihe „Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock.“



Abbildung 2
Bestand Studentenakten im Magazin des Hauptgebäudes vor der Kartonierung 1994
Universitätsarchiv Rostock



Abbildung 3
Bestand Rektorat im Magazin des Hauptgebäudes
nach Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten 2009 – Universitätsarchiv Rostock

Diskussion

Edmund Fanning:

Wenn mich nicht alles täuscht, stecken Sie gerade in einem Promotionsvorhaben. Können Sie bitte erklären, was sie da machen?

Angela Hartwig:

das hängt mit einer Anregung von Herrn Professor Krüger zusammen und meinem Wunsch, Lehrveranstaltungen bei den Historikern zu halten. Dafür habe ich eine ganze Menge Ideen für Lehrveranstaltungen, und im Fach Geschichte ist es üblich für akademische Lehre promoviert zu sein. Da sagte ich mir: „Dann mache ich das eben. Eine weitere wissenschaftliche Qualifikation kann nur nützen.“ Dann zog sich das etwas hin, weil das Eben-mal-machen komplizierter ist als gedacht. Ich habe nicht nur einen Beruf, sondern auch zwei Kinder, die inzwischen schon studieren. Aber die ganze Zeit bis dahin musste ich sie schon betreuen und zudem machten beide noch Leistungssport. Das war manchmal nicht einfach an den Wochenenden. Manchmal sind wir bis nach Mannheim gefahren, haben sie betreut, und Montag früh ging es ganz normal im Job wieder weiter.

Außerdem engagiere ich mich im Geschichtsverein und das ist dann auch oft nach Feierabend. Da ist es schwer noch eine ruhige Minute zu finden, um sich mit der Promotion zu beschäftigen. Dennoch glaube ich, die Dissertation dieses Jahr zum Abschluss bringen zu können. Mein Thema lautet: „Die Geschichte des Universitätsarchivs.“ Ich bin jetzt, glaube ich, die Einzige, die noch im Stande ist alles zusammen zu bringen, da ich schon eine Weile dran sitze und auch noch viele Zeitzeugen befragen konnte, die jetzt inzwischen nicht mehr leben oder die nicht mehr befragt werden können. Viele Dinge ergeben sich aus Befragungen und Zufällen, die ich aufschreiben kann und die vielleicht meinen Nachfolgern mal helfen werden.

Hilde Michael:

Sie wachen nun über sämtliche Akten und haben sicherlich dadurch auch Einblick, wo sie sagen, was Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren unbedingt notwendig ist erforscht zu werden. Welche Möglichkeiten gibt es da?

Angela Hartwig:

Die Frage ist ein bisschen kompliziert zu beantworten, weil es natürlich auch immer auf die Ausrichtung der jeweiligen Fachrichtung ankommt, die an mich herantritt. Es gibt Anfragen der Theologen, der Mediziner, der Historiker oder auch der Wirtschaftswissenschaftler – was kann man machen, wo gibt es noch Felder die nicht erforscht sind?

Wir haben fantastische Bestände, zum Beispiel das akademische Gericht oder die Spruchakten, die wir – zumindest die Spruchakten – in den letzten Jahren erschließen konnten und an die man viele Fragen stellen und in denen man Recherchen beginnen kann, sowohl aus medizinischen, ökonomischen, als auch sozialen Gesichtspunkten. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten. So haben wir die Ausstellung „100 Jahre Frauenstudium an der Universität Rostock“ vor 14 Tagen eröffnet. Das Frauenstudium oder die Förderung von Frauen in der DDR sind noch völlig offene Themen, da gibt es eine Menge zu tun. Wie hat in der DDR das System der Ausbildung der Studenten wirklich funktioniert? Es gibt natürlich Überlieferungen der Protokolle von den Struktureinheiten und weitere Überlieferungen, aber was für Studenten haben wir tatsächlich ausgebildet? Ich bin nun eine ausgebildete Leipziger Studentin, aber was ist in Rostock herausgekommen? Wir haben es an den Zeitzeugen gesehen, aber wie war der Querschnitt? Wo sind sie hingegangen? Man könnte auch andere Fragen stellen, denn wir haben einen kompletten Bestand an Studentenakten von 1789 bis heute überliefert. Studenten, beispielsweise bis 1945, was waren die Väter, was ist aus den Söhnen geworden, was haben sie weitergemacht? Das sind einige sozialwissenschaftliche Fragen, die heute immer wieder eine Rolle spielen.

Steffen Bild:

Wir haben besprochen, dass das Archiv für Sie in den ersten vier Wochen nicht die beste Wahl war, dass es jetzt aber mehr oder weniger Ihr Leben ist. Gab es ein Erlebnis oder einen Moment, bei dem Sie sich sagten: „Ab hier hat es mir Spaß gemacht,“ oder: „Das war jetzt so spannend und interessant, dass ich das unbedingt weitermachen muss?“

Angela Hartwig:

In den ersten vier Wochen, die ich da war, kriegte ich von meiner damaligen Chefin eine Personalakte hingelegt, die natürlich in Sütterlin-Schrift geschrieben war. Das war der Test, ob ich es kann oder nicht. Selbstverständlich hatten wir das im Studium, im ersten Semester, behandelt – damals war ich hochschwanger. Wir hatten im Januar eine Prüfung und ich hab dem Professor damals gesagt: „Das brauche ich in meinem Leben nie wieder.“ Meine Oma lebte damals noch, also habe ich meine Hausaufgaben mit der Oma gemacht. Als Student drückt man sich ja, wo man kann. Mir war klar, ich würde das nie wieder brauchen. Nun war es anders. Aber ich habe es hinbekommen. Man legt sich das Alphabet daneben und man übt ein bisschen zu schreiben und dann kommt man hinein. Zusätzlich besuchte ich noch einmal zwei Kurse. Die ersten vier Wochen waren gruselig, aber es bedeutete auch wieder sich durchzusetzen und sich durchzubeißen.

Richtig Spaß gemacht hat mir die Archivarbeit eigentlich erst, als ich 1992 Leiterin wurde, weil sich das Spektrum der Aktivitäten damit erweiterte. Es war

nicht nur das Verzeichnen und das zu machen, was andere einem vorgeben, sondern man konnte eigene Entscheidungen treffen, die man allerdings dann auch zu vertreten hatte. Das Arbeiten mit Studenten und im Archiv zu sehen, dass es vorwärts geht, macht mir viel Spaß. Mit meinen Mitarbeitern sind wir ein absolut gutes Team, sonst würde die Arbeit wahrscheinlich nicht soviel Spaß machen. Das spielt in solch kleinen Einrichtungen, denke ich, eine ganz große Rolle.

Heiko Marski:

Sie haben schon so ein bisschen durchblicken lassen, dass Sie öfter mal mit verschiedenen Leuten kämpfen und ringen müssen, um ihr Archiv zu verteidigen. Meine Frage lautet: Wie schwierig sind diese Kämpfe wirklich und wie essentiell ist das? Gab es vielleicht auch einmal einen Punkt in den 17 Jahren, wo das Archiv, so wie es als Archiv gedacht ist, auf der Kippe stand, das heißt, dass es was völlig Anderes werden sollte als eine Aktenregistratur?

Angela Hartwig:

Das Archiv steht ständig auf der Kippe, muss ich sagen. Schon mit der Übernahme, ich war noch amtierende Leiterin, kam ein Prorektor zu uns ins Archiv und erklärte uns fünf Mitarbeitern: „Also Sie können hier jetzt bald Schluss machen, wir brauchen Sie eigentlich nicht mehr, wir geben das Archiv komplett nach Schwerin ab.“ So ging das also 1992 schon los und das könnte man bis heute durchziehen. Ich fühle mich ein bisschen alleingelassen, was das Gedächtnis dieser Universität betrifft, wo es in Zukunft verbleibt, konkret was das Magazin betrifft. Es gibt ganz viele Punkte, in denen es um so kämpferische Kleinigkeiten ging, beispielsweise habe ich von der Baracke in Groß-Klein erzählt. Wahrscheinlich konnte nur ich nicht schlafen, der Rektor und der UB-Direktor hingegen werden gut geschlafen haben. Jedes Jahr Sylvester hab ich eine solche Angst gehabt, dass durch das Raketengeknalle eventuell so ein Ding in die Baracke geht und es dadurch lichterloh gebrannt hätte. Da hätte keine Feuerwehr mehr zu kommen brauchen. Man lernt dazu. Wenn ich mir meinen Kopf einrenne, dann versuch ich es auf der anderen Seite trotzdem noch einmal und ich versuche mir Partner zu suchen, die sich mit mir zusammen die Köpfe einrennen. Hilfreich sind die Archivkommission, die ich 1994 zur Seite gestellt bekommen habe, und auch die Kommission 2019, die sich einiger Probleme annehmen. Außerdem suche ich Unterstützung bei den Dekanen. Wichtige Partner habe ich im „Verein Deutscher Archivare“, andere gibt es in der Denkmalpflege. Aber im Prinzip muss ich es zum großen Teil allein durchboxen. Das Archiv würde heute nicht mehr an der Stelle sein, wenn ich es nicht zu sichern versucht und manches durchgesetzt hätte, denke ich.

Axel Büsser:

Wir hatten bereits in einer der vorherigen Sitzungen das Thema der „Giftbibliotheken“. Sind Sie bei ihrer Suche auch auf ein "Giftarchiv" gestoßen?

Angela Hartwig:

Was man auch immer als „Giftarchiv“ bezeichnet – die Universität Rostock besaß das vertrauliche Schriftgut und das streng vertrauliche Schriftgut (Abkürzungen: VS und VVS), die aber 1990 alle aufgelöst wurden. Es gab auch Dissertationen, die nicht öffentlich waren und eine entsprechende Geheimnisstufe hatten. Die lagen aber nicht im Archiv. Dort gab es nur einen Vermerk auf einer Karteikarte. Den finden Sie heute noch, der ist nur gestrichen. Nach der Wende wurde alles öffentlich gemacht.

Ein anderes Problem sind vielleicht die Akten des Parteibestandes, die der Universitätsparteileitung. Der Bestand ist 1990 zum großen Teil in das Universitätsarchiv übernommen worden, musste aber wieder abgegeben werden. Die Parteien, vor allem die Nachfolgeorganisation der SED, bestanden darauf, dass diese Akten in einem eigenen Archiv aufbewahrt wurden. Die damalige Leiterin, vor meiner Zeit als Leiterin, hat die Akten komplett abgegeben. Dafür bekam sie dann zwar Ärger, aber es war rechtens, dass die Parteien sich ihre Akten zurückholten.

Die Universität hatte sie nur, weil die SED sie zunächst nicht in ihrem Bezirksparteiarchiv ablegen wollte. Wir haben aber komplette Kopien davon gemacht, das hatten sie damals veranlasst. Wir haben also den Bestand als Kopien hier, das wussten sie auch damals. Wir konnten alles dabehalten, vor allem, was die Grundorganisationsleitung und andere Dinge betraf, die die Bezirksparteileitung nicht unbedingt in ihren Akten haben wollte. Das ist vielleicht ein kleiner Bestand, der hier nicht hergehört, den wir aber im Moment haben.

Kersten Krüger:

Aber es gilt heute Personen- und Datenschutz, das sollten Sie noch erwähnen.

Angela Hartwig:

Es gibt Sperrfristen. Alles was zu Personen gehört, das wissen die meisten von Ihnen, fällt unter den Datenschutz. Sie können also nicht kommen und sagen: „Ich möchte von Professor XY, die Personalakte einsehen“, weil sie zu DDR-Zeiten entstanden ist und vielleicht auch schon archiviert wurde. Dafür brauchen Sie eine Genehmigung. Entweder muss der Professor zehn Jahre tot sein oder Sie brauchen die Genehmigung, von ihm oder seinen Nachkommen, die Akte einsehen zu dürfen. In Sachakten dürfen sie prinzipiell einsehen. Ich habe nur Schwierigkeiten damit alles komplett zu kopieren, wenn es sich auch um Namenslisten usw.

handelt. Einsehen dürfen Sie diese, aber Sie würden sie nicht als komplette Kopien bekommen.

Einwurf Axel Büssem:

Ich meinte mit „Giftarchiv“, dass Sachen archiviert wurden, mit denen Leute ausspioniert wurden.

Angela Hartwig:

Dafür sind wir nicht die richtigen Ansprechpartner. An der Universität ist in diesem Sinne sicherlich spioniert worden, aber diese Dinge sind im Ministerium für Staatssicherheit gelandet und damit heute im Archiv der Bundesbeauftragten in Waldeck.

Was vielleicht im Zusammenhang mit der Universität spannend wäre – in welchem ich auch einen Rechtsstreit überstanden habe – sind die Berichte derjenigen, die ins westliche Ausland fahren durften. Diese Berichte sind als Durchschriften bei uns im Direktorat für Internationale Beziehungen abgelegt worden. Die habe ich auch im Universitätsarchiv, aber dass das Geheimakten wären, würde ich nicht sagen. Es war klar, dass alle Berichte zu schreiben hatten. Die sind noch da und könnten heute auch alle eingesehen werden.

Es war so, dass zu DDR-Zeiten bestimmte Bestände gar nicht einzusehen waren, bedingt durch das Archivgesetz der DDR. Aber Mecklenburg-Vorpommern hat heute ein sehr moderates Archivgesetz. In anderen Archiven oder in anderen Ländern sind die Gesetze nicht so moderat und da können Sie nicht so schnell Akten einsehen. Das hängt von den Ländern ab, wie sie den Zugriff zu den Unterlagen genehmigen. Zugriff kriegen sie übrigens nur, wenn die Akten verzeichnet sind. An alle Akten, die sich noch in dem Bestand des Zwischenarchivs befinden, an die kommen Sie gar nicht heran. Wir haben sie zwar als Registraturgut übernommen, aber sie sind noch nicht verzeichnet worden.

Arne Busch:

Wie wird eigentlich entschieden, welche Akten heute ins Universitätsarchiv kommen und wer entscheidet das?

Angela Hartwig:

Ich. Nach der Archivordnung der Universität Rostock ist all das, was an Schriftgut an der Universität anfällt, dem Archiv, wenn es nicht mehr benötigt wird, anzuzeigen. Spätestens 15 Jahre nach der Entstehung des entsprechenden Archivgutes soll Kontakt zum Universitätsarchiv aufgenommen werden. Was passiert damit? Wie ich erwähnte, haben wir am Ende der 1990er Jahre ein System mit Registraturbildnerbetreuung aufgebaut. Das bedeutet, dass wir für jede Institution wissen, wer der Ansprechpartner ist. Das ändert sich natürlich und man muss dann

hin und wieder auch diese Veränderungen eintragen. Aber es ist schon wichtig zu wissen, welche Institution es an dieser Universität gibt und welche Sekretärin für die Registratur zuständig ist. Wir machen uns entsprechende Notizen, wann die das letzte Mal Akten abgegeben haben. Alles was uns angeboten wird, sowohl das was später nicht übernommen und kassiert wird – der Begriff für die Vernichtung im Archivwesen heißt Kassation –, wie auch das, was wir übernehmen, wird in Listen geführt und entsprechend abgelegt. So wissen wir ganz genau, welche Einrichtung das letzte Mal etwas abgeliefert hat. Leider ist die Universität so groß, dass ich nicht zu jedem Zeitpunkt an allen Orten sein kann. Somit passiert es natürlich, dass einige Bereiche meinen, sie können selbst entscheiden, welche Sachen sie vernichten. Wir hatten es beispielsweise schon, dass aus der Medizin eine Einrichtung ihre Akten bei uns einsehen wollte. Wir suchten sie, aber sie waren nicht zu finden. Dann stellte sich heraus, dass sie die Akten selber vor Jahren vernichtet hatten. Es ist natürlich merkwürdig, wenn man versucht im Archiv etwas zu finden, was man selbst irgendwann weggeschmissen hat.

Das passiert leider immer wieder. Die Archivordnung ist eigentlich Gesetz an der Universität und für die Akten, die sie zu übernehmen hat, gibt es eine Liste. Wir haben durch die Verzeichnung der letzten Jahrzehnte, kann ich jetzt schon fast sagen, Erfahrungen gewonnen, welche Forschungsfragen vielleicht mal kommen werden. Der Auftrag für das Universitätsarchiv lautet, alles zu sichern, was mit der Geschichte im Zusammenhang steht. Nun, das ist ein sehr weiter Begriff, aber es gibt für die Aufbewahrung festgelegte Sachen. Beispielsweise sollen wir alle Konzilprotokolle, alle Protokolle der Dekane, alle Protokolle der Institute übernehmen, aber darüber hinaus zum Beispiel auch Nachlässe von Professoren. Das gibt es nur an Universitätsarchiven. Solche Dinge werden Sie an keinem Landesarchiv vorfinden. Nachlässe sind häufig vermischt, da finden Sie immer sowohl dienstliches Schriftgut, das dem Archiv sowieso zugestanden hätte, aber auch persönliches Schriftgut. Also, wenn wir wieder das Beispiel Herrn Professor Krügers nehmen: Er hat hier an der Universität zu vielen Personen über Jahre hinweg dienstliche Kontakte aufgebaut. Irgendwann gehen Schreiben aber mehr in den persönlichen Kontakt über und dann heißt es nicht mehr „Lieber Herr Kollege“, sondern „Lieber Peter“ oder anders. Dann werden auch private Angelegenheiten ausgetauscht, zum Beispiel „schöne Weihnachten“ oder „guten Rutsch ins neue Jahr“. Wo will man jetzt trennen? Briefe lassen sich nicht in einen dienstlichen und einen privaten Teil trennen. Sie gehören mit in den Nachlass, wenn wir ihn angeboten kriegen.

Im Moment entscheiden wir als Archivteam, welche Dinge wir nehmen und welche nicht. Was mir momentan angeboten wird, das übernehme ich vollständig, weil wir bis 1990 ganz wenige Nachlässe hatten. Erst in den letzten Jahren haben wir das kontinuierlich gefördert und gefordert und dadurch ungefähr 30 oder 40

Nachlässe übernommen. Es wird der Nachwelt sicherlich mal Spaß machen in diesen Nachlässen zu forschen.

Arne Busch:

Inwiefern verändert denn das Internet auch die Archivmasse?

Angela Hartwig:

Das Internet hat viele Vor- und viele Nachteile. Erstens sind die Anfragen sehr schnell da und wenn wir sie beantworten, haben wir schnell 25 Nachfragen zu einer Anfrage, was manchmal ein bisschen anstrengend ist.

Kersten Krüger:

Arne Busch meinte bestimmt das Material, das dabei produziert wird.

Angela Hartwig:

Das ist nicht ganz so problematisch, weil wir auch die normalen Postvorgänge übernommen haben. Wenn also eine Anfrage zu einer bestimmten Akte kam, dann ist das auch in die Akte abgelegt worden, sodass wir diesen Kontakt haben. Das ist heute ähnlich. Wir drucken die Anfrage aus und die Antwort gleich mit. Damit sparen wir sogar etwa eine Seite.

Kersten Krüger:

Nun gut, aber ich denke der Akzent liegt noch ein bisschen anders, es wird ja über Vieles auf einem Weg entschieden, der nicht mehr dokumentierbar ist. Ich möchte ihnen ein Beispiel nennen: Walter Kempowski ist Ihnen ein Begriff. Er hat lange über die Gründung einer Walter-Kempowski-Stiftung an der Universität Rostock mit uns verhandelt. Die Einzelheiten erzähle ich jetzt hier nicht, die sind aber spannend. Ich habe zum Schluss, als es gescheitert war, den ganzen E-Mail Verkehr zwischen ihm und mir – ich hatte das weitgehend in der Hand – ausgedruckt und ins Archiv gegeben. Denn darin stehen Sachen, die überhaupt nicht bekannt sind und die er selbst hinterher auch gar nicht mehr wissen und zugeben wollte. Jemand, der etwas wissen möchte über Walter Kempowski und seine Pläne sowie über seinen Nachlass, der findet dort Informationen. Das mussten wir allerdings ausdrucken. Da konnten wir nicht sagen, dass wir es auf einer CD ins Archiv geben. Mit digitalen Quellen haben wir also Schwierigkeiten und es herrscht ganz sicher ein Entwicklungsbedarf vor, der von den Archiven seit Jahrzehnten erkannt aber nicht gelöst worden ist.

Angela Hartwig:

Digitalisate oder alles was digital ist, versuchen wir im Moment nicht zu übernehmen. Das ist eine tolle Sache mit Kempowski, aber wenn solche Dinge viel hin

und her gehen, können wir gar nicht auf alle Bereiche zugreifen. Ich müsste mich sehr bewegen und mit dem Rechenzentrum Kontakt aufnehmen. Ich will es im Moment aber noch nicht haben, da gibt es zu viele andere Probleme. Digitale Archive gibt es bereits, auch E-Mail Systeme werden komplett archiviert, in Leipzig wird zum Beispiel daran gearbeitet. Das ist ein Zukunftsproblem, woran ich arbeiten müsste. Ich sage mir aber auf der anderen Seite, dass es früher auch immer Telefongespräche gab, die wir auch nicht haben archivieren können. Damit lebe ich momentan in Frieden.

René Ide:

Aktuell haben wir den Fall des Polizisten Kurras,² dessen Akten auch schon vor mehreren Jahren im Archiv gefunden wurden. Der Sachbearbeiter hatte historisches Hintergrundwissen, sortierte die Akte wieder ein und meldete es nirgendwo. Meine Frage: Sehen Sie es so, dass der Historiker eigentlich der bessere Archivar ist? Und vielleicht noch einmal eine persönliche Stellungnahme von Ihnen: Wenn jetzt eine Stelle bei Ihnen frei wäre, auf die würde sich jemand bewerben, der historisches Hintergrundwissen hat und jemand der vielleicht in seiner archivari-schen Ausbildung besser ist, was ist Ihnen wichtiger?

Angela Hartwig:

Ich würde wahrscheinlich lieber einen Archivar nehmen als einen Historiker, aber das ist nicht die Frage. Die Frage ist der Unterschied in den beiden Kategorien. Wenn ich als Historiker herangehe, dann habe ich eine spezielle Anfrage und untersuche das Material nach meiner Fragestellung. Archivare aber haben nicht die Aufgabe, so viel in den Akten zu lesen, sondern diese zu verzeichnen und sie der Benutzung zur Verfügung zu stellen. Das sind die unterschiedlichen Herangehensweisen des Archivars und des Historikers. Zwar habe ich eine historische Ausbildung und mich interessieren viele Dinge, aber ich kann die Akten gar nicht komplett lesen, auch nicht für eine Rechercheanfrage, denn das muss relativ schnell gehen. Wenn man sich einliest, dann verliert man eine Menge Zeit. Das macht zwar sehr viel Spaß, aber die Zeit habe ich oft nicht.

Die Frage betreffend, dass der Bearbeiter den Fall Kurras nicht richtig zugeordnet hätte: ich glaube nicht, dass das die Aufgabe des Archivars oder Bearbeiters ist. Wenn ich meinen Mitarbeitern zumuten würde, dass sie aus allen Akten alles herausfinden, was mit der Universitätsgeschichte zu tun hätte oder die Bestände so intensiv verzeichnen würden, dass wir wirklich auch bis ins kleinste

² Karl-Heinz Kurras, geboren 1927, ehemaliger West-Berliner Polizeibeamter, 1955-1967 Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, seit 1964 Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Heinz_Kurras (02.01.2010).

Detail alles wissen würden, dann wären sie noch nicht über den ersten Bestand hinausgekommen. Dann könnten wir heute nicht 30 Bestände im Internet darstellen. Es ist wirklich ein ganz spezieller Fall, den Sie angesprochen haben, aber historische Recherche ist nicht die Aufgabe des Archivs, sondern die eines Historikers, der genau diese Anfrage an eine Akte stellen muss.

Kersten Krüger:

Das beantwortet sich etwas anders bei den MfS-Akten, weil sie eine hohe aktuelle Bedeutung haben. Aber im Prinzip ist der Archivar der Dokumentar und der Historiker der Forscher.

René Ide:

Aber der Forschungsantrag wird dort gestellt und Sie lesen bzw. überfliegen die Akte und wenn man dann bestimmte Nachweise sieht, dann hat man ja schon einen Vorteil bei den Akten, zumindest als Historiker, oder?

Angela Hartwig:

Aber die sind aktuell so sehr interessant. Gerade die Birtler-Behörde,³ ist nicht ganz mit einem so historischen Archiv wie unserem zu vergleichen. Solche Überlieferungen haben wir nicht. Allenfalls zur NS-Vergangenheit kann es vergleichbare Anfragen zu politischen Belastungen geben.

Kersten Krüger:

Es ist es ganz wichtig zu unterscheiden zwischen der aktuellen und der reinen historischen Bedeutung. Der Herr Kurras lebt noch und kriegt seine Rente. Insofern unterliegt da die Recherche auch dem Personen- und Datenschutz.

Steffen Bild:

Ich hab nur eine ganz kurze Frage zur Verzeichnung der Bestände. Wie viel ist hier noch zu verzeichnen und wie weit sind die Bestände schon verzeichnet? Was ist noch offen?

Angela Hartwig:

Wir haben alle Bestände von 1419 bis ungefähr 1980 fertig verzeichnet. Offen ist noch der Bereich der Schiffstechnik, also Akten der Schiffstechnischen Fakultät

³ Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BstU). Siehe auch: http://www.bstu.bund.de/cln_028/DE/Home/homepage__node.html__nnn=true (03.01.2010).

und der Technischen Fakultät. Das gehört alles zusammen, die Namen haben sich ein paar Mal verändert. Das ist der einzige Bereich, der in diesem System noch offen ist. Alle anderen Fakultäten haben ihre Findbücher oder sind im Netz zu finden. Offen sind des Weiteren alle übernommenen Einrichtungen in Güstrow, Warnemünde und Wustrow sowie die Lehrerbildungsinstitute. Die werde ich auch nicht in die Verzeichnung geben. Wir sind zwar die Nachfolgeeinrichtung dieser Institute, aber wir werden sie nicht für die Ewigkeit archivieren. Wir werden den größten Teil, also zwei Drittel der Überlieferung dieser Einrichtungen, spätestens im Jahre 2020 zur Kassation freigeben. Das bedeutet, dass wir dort auch eine Menge an Kapazitäten wiedergewinnen. Wichtig ist nur zu dokumentieren, dass es diese Einrichtungen gegeben hat, aber wir können nicht die kompletten Studentenakten aufbewahren. Es ist auch eine Rechtsfrage, dass wir diese Akten solange aufheben müssen, aber dann eben nicht mehr.

Von unseren 3.000 laufenden Regalmetern haben wir 1.500 verzeichnet und der Rest ist zum Teil Registraturgut oder gehört zu den Dingen, die aus meiner Übernahme noch offen sind. Im Moment wird fast nichts verzeichnet, wir haben genug zu tun die Bestände für den Umzug vorzubereiten und wir werden erst wieder im neuen Jahr mit der Verzeichnung weitermachen können. Ich hoffe, dass wir dann in ein bisschen ruhigeres Fahrwasser kommen. Denn wir werden möglicherweise nicht mehr so viele Benutzungen haben können, weil der Nutzerraum einfach kleiner wird und wir dann diesen Anspruch des Umräumens nicht mehr haben. Wenn ein Archiv mit 3.000 laufenden Metern umziehen muss, dann ist das eine enorme Anspannung. Ich habe die Chance genutzt, dieses Archiv nach Tektonik zu ordnen. Das bedeutet, dass bestimmte Bereiche zusammen aufgestellt sind und somit auch sachlich jetzt alles hintereinander zusammengehört. Es passiert nicht, dass, wenn Sie keinen Platz haben, der 25. Karton noch ins Regal passt, aber die Kartons bis 30 stehen schon wieder an irgendeiner anderen Ecke. Jetzt bringen wir das in Ordnung. Das verschlingt ganz viel Kraft.

Anne Lüder:

Können Sie uns sagen, wie oft das Archiv frequentiert wird? Was wird am meisten angefragt?

Angela Hartwig:

Am meisten angefragt, das kann man so nicht sagen, denn das ist sehr unterschiedlich. Wir teilen die Anfragen immer in Recherchen vor und nach 1945 ein. Vielleicht müsste man das sogar einmal ändern, weil historische Anfragen eigentlich auch schon für den Bereich der fünfziger und sechziger Jahre jetzt zutreffend sind. Das hat sich aber einfach eingebürgert mit dieser Einteilung vor und nach 1945.

Das Universitätsarchiv erstellt jedes Jahr einen Jahresbericht. Ich bin erstmals 1992/ 93 aufgefordert worden dies zu machen. Ich habe es zumindest als lästig empfunden und mir auch die ersten zwei Jahre nicht sehr viel Mühe gegeben. Heute empfinde ich es zwar immer noch ein bisschen als lästig, aber zugleich auch als unwahrscheinlich wichtig, um sich vor Augen zu führen, was wir eigentlich gemacht haben, aber auch um folgende Dinge aufzulisten: Wie viele Nutzer hatten wir und was haben wir im Laufe der Zeit geschafft? Denn nur wenn man es für ein Jahr zusammenzählt, kann man sagen, wie viel Benutzung wir hatten, wie viele Akten wir bewegt haben und so weiter. Aus dem Bericht für das Jahr 2008 gebe ich folgende Informationen: Wir hatten 150 wissenschaftliche Anfragen, erstellten 60 persönliche Nachweise, das heißt Beglaubigungen oder Bestätigungen für Rehabilitierungsanträge und 91 Studienzeitsbescheinigungen. Wir hatten 240 Direktbenutzer, also 240 Benutzer, die also bei uns einen Nutzerantrag ausfüllten und zu den drei Öffnungszeiten, die wir in der Woche haben, kamen. Diese 240 Benutzer waren aufs Jahr verteilt an 650 Tagen da, das ist die Zahl der Archivbesuche. Wir tragen, anders als in der Bibliothek, jeden Tag die Benutzer ein. Auch schreiben wir auf, wie viele Akten ausgehoben wurden. Diese 240 Benutzer haben 1.300 Akten eingesehen. Im Moment haben wir acht Nutzerplätze, so dass wir an manchen Tagen wirklich Probleme bekommen alle unterzubringen.

Heiko Marski:

Meine Frage betrifft noch einmal das Thema Frauen an der Universität. Sind Ihnen einmal Männer begegnet, die höheren Semesters und unbelehrbar in Bezug auf weibliche Kompetenz waren? Und wenn ja, wie haben Sie es geschafft das zu umgehen, um trotzdem ihr Ziel zu erreichen?

Angela Hartwig:

Mit Charme. Ich denke, das gab es schon. Da muss man einfach versuchen, es auf einem anderen Wege zu erreichen. Also ich habe nicht immer alles erreicht was ich wollte, aber wichtige Sachen habe ich immer durchgekriegt, auch wenn ich mir fremde Hilfe gesucht habe. Aber Beispiele fallen mir im Moment nicht ein.

Kersten Krüger:

Doch, in allen Baudingen, da kommen die Baulöwen und sagen: „Davon versteht eine Frau doch nichts.“

Angela Hartwig:

Ja das stimmt, die überfahren mich im Moment mit Baufragen täglich. Also ich verstehe vielleicht wirklich nichts vom Bauen, aber ich verstehe durchaus, dass 3.000 laufende Regalmeter eine ganze Menge Grundfläche brauchen. Jetzt weiß

ich, dass sie fast 700 Quadratmeter Grundfläche brauchen und das, was man mir für drei Jahre bot, gerade einmal für 100 laufende Regalmeter reichen würde.

Kersten Krüger:

Sehen Sie, nach deutscher Industrienorm muss zwischen den Regalen ein Durchgang mindestens 85 cm breit sein, dem ist jetzt aber nicht so. Die Norm hat durchaus einen Sinn, dass nämlich Menschen im Notfall noch fliehen können. Fluchtwege sind freizuhalten, und es gehört zur Kompetenz der Archivarin, das den Baulöwen zu sagen. Regalmeter und erforderliche Grundfläche kann man berechnen. Da erweist sich das Urteil über die Frau als Ressentiment oder Vorurteil.

Angela Hartwig:

Also ich versuche es dann mit Beispielen auch zu unterlegen. Ich hab es geschafft, den Rektor in den Bücherspeicher zu holen und ihm zu zeigen, was nicht geht.

Kersten Krüger:

Ich habe abschließend noch eine, vielleicht etwas scherzhafte Frage: Sie erwähnten ganz am Anfang das Blaupapier. Können Sie das noch erklären? Das wissen die Studierenden jetzt wahrscheinlich nicht. Welche Bedeutung hatte das Blaupapier im Studium der DDR? Wir nennen es übrigens auch Kohlepapier.

Angela Hartwig:

Es gab das Kohlepapier und dann das lila Blaupapier, das besser zum Durchschreiben ging. Vorlesungen wurden mitgeschrieben. Natürlich gab es auch Studenten, die keine Kinder oder keine kranken Kinder hatten und trotzdem den Vorlesungen fern blieben. Jeder ordentliche Student, der an seine Mitstudenten dachte, der hatte also Blaupapier oder Kohlepapier durchaus immer in der Tasche. Ich selbst war eigentlich immer eine Teilnehmerin, die oft mitschreiben musste – zum Einen, weil ich ordentlich schrieb, so dass es Andere auch lesen konnten, und zum Anderen, weil ich Vorlesungen selten versäumte. Zudem war es selbstverständlich für die Mitstudenten mitzuschreiben. Wer also die Vorlesung schwänzte, der sagte entweder vorher Bescheid oder fragte hinterher, wer denn mitgeschrieben habe.

Sie legen heute alles auf den Kopierer, und das gab es damals nicht. Wir hatten nur die Möglichkeit für andere mitzuschreiben, das haben auch einige gemacht. Wenn wir also Bücher, die in der Bibliothek waren, lesen und dazu ein Konspekt schreiben mussten, dann hat das auch einer mit Blaupapier für uns mitgemacht. Wenn der andere das nicht geschafft hat, dann hat er sich nur das angeguckt, was in Stichpunkten da herausgeschrieben worden war. Das hat eben auch manchmal gelangt. Sie haben heute Kopierer und wir hatten damals Blaupapier.

Kersten Krüger:

Und ein anderes Prüfungssystem, denn es war damals die Abfrage des standardisierten Wissens angesagt, und da mussten Sie in jeder Vorlesung dabei sein. Es war anderes Prüfungs- und Ausbildungssystem, und auch in diesen Alltag haben Sie nun auch Einblick bekommen. Abschließend darf ich Frau Hartwig danken für den Einblick in einen Berufsalltag, den wir sonst nicht bekommen hätten. Denn das ist der Sinn der Zeitzuginnengespräche, dass wir Nachrichten und Informationen bekommen, die in normalen Akten nicht stehen – also ergänzende Informationen, die hier in einer sehr spannenden und sehr angenehm erfrischenden Art vorgetragen worden sind. Dafür darf ich mich jetzt bedanken.

Babanov, Henrik 242
Bänsch, Philipp 287
Beese, Marianne 7-40
Bild, Steffen 152
Boeck, Gisela 197-239
Brodowski, Eric 242
Busch, Arne 242
Büssem, Axel 152
Carl, Claudia 199
Ehlers, Hella 257-284
Ewald, Petra 285-317
Fanning, Edmund 260
Fanning, Harold 199
Freitag, Anna-Franziska 199
Gerhards, Meik 84-93
Harder, Julia 154, 320
Hartwig, Angela 318-344
Henry, Marie-Louise 68-93
Hillmann, Sandy 287
Ide, René 320
John, Judith 125
Kahlert, Heike 94-122
Kleinschmidt, Bettina 41-67
Krüger, Kersten 5
Lakomy, Christina 287
Linke, Julia 320
Lüder, Anne 152
Meyenburg, Stefan 125
Michael, Hilde 240-256
Neumann, Anne-Dore 94
Neumann, Rosina 123-151
Niemann, Hermann Michael 68-83, 84-93
Otto, Markus 260
Ruttloff, Felix 260
Schmidt, René 260
Schrepper, Carsten 320
Siehms Annett 287
Thome, Tina 125
Titzck, Karl-Reinhard 68-83
Trieglaff, Kolja 199
Walter, Lisa 125
Wigger, Marianne 152-196

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen:

Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009.

Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

Band 5

Kurt Ziegler
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

Band 7

Anita Krätzner
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2009.

Band 8

Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2006/07. Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck. Rostock 2010.

Band 9

Frauenstudium in Rostock. Berichte von und über Akademikerinnen. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2010.

Band 10

Maik Landsmann

Die Universitätsparteileitung der Universität Rostock von 1946 bis zur Vorbereitung der Volkswahlen der DDR 1954. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2010.

Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock, Universitätsarchiv, Schwaansche Straße 4, 18051 Rostock, Telefon: +49-381 498 8621; Fax: +49-381 498 8622